Der Weltkampf um Ehre und Recht.

Die Erforschung des Krieges in seiner wahren Begebenheit, auf amtlichen Urkunden und Akten beruhend.

Unter Beteiligung von 70 hervorragenden Mitarbeitern herausgegeben von Exzellenz Generalleutnant Max Schwarte.

Verlag von Johann Ambrosius Barth in Leipzig und Walter de Gruyter & Co. in Berlin, © 1919-1933.

Scriptorium dankt Herrn T. St. C.
für seine großzügige Spende dieser Bücher zwecks Digitalisierung auf unserer Netzseite!

Druckversion 2017 gesetzt vom Hilfsbibliothekar,
alle externen Verweise im Text führen zu den Quellen im Netz.

Mitarbeiter:

Generalleutnant a. D. Max Schwarte, Exzellenz, Oberstleutnant Walter Adam,
Generalarzt Dr. Carl Altgelt, Generalleutnant Constantin von Altrock, Major Hans Arndt,
Oberstleutnant Paul Augustin, Mehrkreispfarrer Franz Albert, Generalleutnant William Balck,
Oberst Gustav von Bartenwerffer, Korvettenkapitän Max Bastian,
Oberstleutnant Siegfried Boelcke, Generalmajor Rudolf von Borries,
Geheimrat Prof. Dr. Paul Clemen, Oberstleutnant Hermann Cron,
Kriegsgerichtsrat Dr. jur. h. c. Heinrich Dietz, Professor Wilhelm Doegen,
Generalmajor Wilhelm von Dommes, Oberstleutnant Paul Fleck,
Generalmajor Erich von Flotow, Generalleutnant August Fortmüller,
Generalmajor Hans Föst, Oberst Rudolf Frantz, Oberstleutnant Hans Garcke,
Major Hermann Geyer, Oberstleutnant Edmund Glaise, Korvettenkapitän Otto Groos,
Linienschiffsleutnant Peter Freiherr von Handel-Mazzetti, Stabsapotheker Dr. Rudolf Hanslian,
Konteradmiral Eberhard Heydel, Feldmarschalleutnant Max Hoen, Major Karl Hosse,
Professor Hauptmann a. D. Melchior von Hugo, Fregattenkapitän Emil Huning,
Fregattenleutnant Viktor Igalffy von Igaly, Oberst Friedrich Immanuel, Oberst Theodor Joachim,
Oberstleutnant Rudolf Kißling, Margarete Klante, Feldmarschalleutnant Theodor Konopicky,
Oberstleutnant Paul Krall, General der Infanterie Alfred Krauß, Ministerialrat Konrad Lau,
Fregattenkapitän Friedrich Lützow, Feldmarschalleutnant Josef Metzger, Oberst Walter Nicolai,
Oberst Dr. Erich Nigmann, Oberstabsveterinär Dr. Wilhelm Otto,
Generalmajor Anton Ritter von Pitreich, Dr. Clemens Plaßmann, Oberst Robert Ritter von Pohl,
Major Erich Prigge, Felddivisions- und Armeeoberpfarrer Walter Richter,
Vizeadmiral Bernhard Rösing, Hauptmann Rudolf Schmidt, Oberstleutnant Karl Schroeder,
Stabsveterinär Dr. Curt Schulz, Regierungsrat Major a. D. Rudolf Schumacher,
Dr. jur. et rer. pol. Kurt Schwarz, Oberpostrat Hermann Senger, Hauptmann Walter Sußdorf,
Oberst Georg Veith, Oberst Stefan von Velfen, Major Adalbert von Wallenberg,
Major Friedrich Wilhelm Freiherr von Willisen, Generalleutnant Hans von Winterfeld
Generalmajor Ernst von Wrisberg, Generalmajor Ludwig Wurtzbacher,
General der Infanterie Hans von Zwehl

Bd. 9: Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges, Erster Teil
Von Hermann Oncken, ord. Professor an der Universität Berlin

Vorwort

Die Bände 6/7 [Scriptorium merkt an: **tatsächlich Bände 9 und 10**] verlangen ein besonderes Vorwort: ein Wort der Erklärung und ein Wort der Erläuterung.

Ein Wort der **Erklärung** über das stark verspätete Erscheinen derselben. - Die politische Vorgeschichte und Geschichte des Weltkrieges, der die Bände 6 und 7 des Werkes "Der Große Krieg 1914-1918" bestimmt waren, sollte gleichzeitig mit den anderen Bänden ausgegeben werden; beabsichtigt war dies für die Jahre 1922 und 1923. Der Bearbeiter der politischen Bände, Herr Geheimrat Professor Dr. Hermann Oncken, hat auch gleichzeitig mit den anderen Mitarbeitern seine Darstellung begonnen, die sich naturgemäß nur auf das damals in der Öffentlichkeit bekannt gewordene Material stützen konnte. Daß die Regierungen mehrerer Staaten, veranlaßt durch die Veröffentlichung der Akten des Russischen Staatsarchivs durch die Sowjetregierung, daß vor allem die deutsche Regierung schon sehr bald nach Kriegsende zu groß angelegten Aktenpublikationen über die Vorgeschichte des Weltkrieges schreiten, und daß sich ihnen sehr bald die Memoiren fast aller beteiligten Staatsmänner, daß sich auch Einzelforschungen in fast unübersehbarer Fülle anschließen würden, war bei Beginn der Arbeit nicht vorauszusehen. Sehr bald stellte sich heraus, daß jede dieser verhältnismäßig schnell aufeinanderfolgenden Veröffentlichungen immer wieder Material herausbrachte, das mit dem Inhalt der vorhergegangenen Akten anderer Staaten usw. keineswegs übereinstimmte, das ihnen vielfach widersprach, sie oft in unerwarteter Weise erläuterte und ergänzte. Die Frage, ob trotzdem die Darstellung auf Grund etwa des bis 1920 zur öffentlichen Kenntnis gelangten Materials durchgeführt werden sollte, mußte abgelehnt werden, da sie bis zum Erscheinen geradezu unwahr geworden wäre. Die Versuche, in den schon niedergeschriebenen Text die aus den neuen Akten sich ergebenden Abweichungen hineinzuarbeiten, erwiesen sich infolge der mehrfachen Wiederholung als undurchführbar. So mußte trotz aller darin liegenden Bedenken in die Darstellung eine Pause eingelegt werden, bis sich für eine Weiterarbeit unter Zugrundelegung aller - oder doch fast aller - wichtigsten Publikationen ein klares, richtiges Bild der Vorgänge gewinnen und in textliche [vi] Form bringen ließ. So tief bedauerlich die Verzögerung war: sie hatte den Erfolg, daß sie jetzt eine einwandfreie Darstellung der politischen Vorgeschichte des Weltkrieges und einen "Ausblick" über die Politik nach 1914 ermöglichte.

Die diesem Bande mitzugebende **Erläuterung** erstreckt sich auf die Feststellung des nicht vermeidbaren Unterschieds in dem Inhalt dieses neuen Bandes und den Hinweisen politischen Charakters in den der Darstellung des Kriegsverlaufs gewidmeten Bänden. Diese konnten nur fußen auf dem damals - 1919 und 1920 - bekanntgewordenen Material und weichen infolgedessen vielfach von der neuen Darstellung ab. Die letztere entspricht in allen Fällen dem jetzigen Stande unseres Wissens. - Nur auf der unvollkommenen und teilweise falschen Anschauung der politischen Dinge konnten und mußten aber die Entschlüsse der politischen und der militärischen Kriegführung fußen; um zu deren gerechten Darstellung und Kenntnis zu gelangen, ist wiederum die Kenntnis der ihnen zur Verfügung gestandenen, vielfach falschen und unvollkommenen Grundlagen und ihrer Auswirkung notwendig, so daß auch sie wieder für das Verständnis des Kriegsverlaufs unentbehrlich sind. Man darf nicht den Entschluß eines obersten militärischen Führers verurteilen, weil er auf falschen politischen Voraussetzungen beruht, solange ihm die richtigen Unterlagen verborgen sein mußten.

Beim Studium und etwaigen Vergleich der Darstellung müssen diese Unterschiede erkannt und richtig bewertet werden.

Die Aktenpublikationen aller Regierungen schreiten fort; sie sind aber noch nicht so weit gediehen,

daß über einen ganz losen "Ausblick" hinaus eine Darstellung der Politik der Kriegs- und Nachkriegszeit heute schon möglich ist. Wann eine Darstellung der Politik dieser Epoche in einem Sonderbande etwa möglich sein wird, hängt von der Zeitfolge ab, in der die Aktenpublikationen der am Kriege beteiligten Länder erfolgen.

M. Schwarte

Inhalt:

Die Bilder für Bd. 9 & 10 sind zur Verfügung gestellt worden von:

Ballmann's Photohaus, Mayen / Dr. Helmuth Th. **Bossert**, Glienicke (Nordbahn) / Peter **Eßmann**, Köln a. Rh. / S. A. **Germain**, Berlin / Artur **Gläser**, Berlin / Heinrich **Guttmann**, Chesières / Oberstlt. Ferd. **Henry**, Stettin / Sammlung Raoul **Korty**, Wien / Frau von **Lenbach**, München / **Schletter-Natory**, München.

Zum Geleit

Das Schicksal der Völker wird bestimmt durch die inneren Anlagen ihres Geistes und durch die äußeren Bedingungen ihres Daseins. In einem steten Wechselspiel greift das Geheimnis ihres Wesens von innen nach außen hinüber, wirkt diese Außenwelt mit ihren formenden Kräften auf das innere Leben zurück: damit sind gleichsam die Elemente des Ablaufs gegeben, in dem Wille und Fatum sich immer aufs neue verketten, immer unauflöslicher einander durchdringen, um etwas Neues und Einmaliges hervorzubringen. Denn in dem Strome dieser niemals stillestehenden Entwicklung wächst und reift der historische Charakter eines Volkes, erhebt sich die individuelle Gestalt eines Staates als vollendeter Ausdruck eines völkischen Lebenswillens. Und indem die Wesensart des einzelnen Volkes, die ihren Sinn in sich selber trägt, durch dieses geschichtliche Erleben immer plastischer herausgearbeitet wird, bestimmt sich zugleich ihr Anteil an der Gemeinsamkeit der Menschheitsgeschichte: wir glauben die besondere Melodie zu vernehmen, die von dem Einzelnen in die Symphonie des Ganzen verwoben wird.

Inmitten dieses mächtigen Lebensprozesses, der die Individualitäten der modernen Völkergesellschaft erzeugt und immer schärfer voneinander geschieden hat, gibt es keine Einzelentwicklung, die mit dem gesamteuropäischen Macht- und Kulturzusammenhang eine so tiefe Verbundenheit aufzuweisen hat wie die Entwicklung des deutschen Volkes und des deutschen Staates: im Empfangen und Geben, im Bestimmen und Leiden, im Guten und Bösen erscheint das deutsche Schicksal vor allen andern in das europäische Gesamtschicksal verflochten. Was damit gesagt sein soll, wird durch einen Vergleich am ehesten deutlich werden. Es hat schwere europäische Krisen gegeben, welche die Staatengesellschaft des Kontinents von Grund aus erschütterten, aber auf das äußere und innere Gefüge des englischen Staates nicht zurückwirkten. Aber auch umgekehrt, Staat und Gesellschaft in England haben die schwersten Krisen durchschritten, ohne in deren Verlauf von Europa gestört zu werden, ohne aber auch ihrerseits auf Europa merklich überzugreifen. Darin beruht das Lebensgesetz der insularen Lage. Gerade das entgegengesetzte Daseinsgeheimnis sehen wir über dem deutschen Schicksal walten. Seine Eigentümlichkeit besteht eher darin, daß es durch ein Höchstmaß von Verflochtenheit in das Ganze bestimmt wird. Davon [x] zeugt die europäische Geschichte in ihren großen Epochen und Krisen, und auf der anderen Seite trägt das Gesicht der deutschen Gegenwart die Spuren, die solche Wechselwirkung der Jahrhunderte hinterließ, noch wie etwas Unauslöschliches an sich. Von den Anfängen unseres Auftretens in der Geschichte bis zu dem tragischen Geschehen, das im Weltkriege abrollte, hat sich dieses eine Grundgesetz unseres Daseins immer erneut, und alle Zukunft, ob wir sie hinnehmen oder zu meistern suchen, wird uns vor dasselbe Problem stellen. Der tiefste Sinn der deutschen Geschichte kann nur von dieser säkularen Lebenstatsache aus begriffen werden.

Kapitel 1: Das alte Reich und die Begründung des neuen Reiches

1. Deutsches Königtum und Kaisertum.

[**Anm. d. Scriptorium:** ein Précis zum Thema "Deutsches Reich und Vorgeschichte des Krieges" finden Sie **hier**.]

Es ist eine geläufige Vorstellung, daß die tiefe Verbundenheit der deutschen und der europäischen Entwicklung schon darin begründet sei, daß der geographische Siedlungsboden der Deutschen in der Mitte Europas gelegen war, und daß schon mit dieser Lage eine gewisse vorsehungsmäßige Bestimmung von Hause aus gegeben sein mußte. In Wirklichkeit sind das deutsche Volk und der deutsche Staat erst im Laufe ihrer Entwicklung in eine eigentliche "Mittellage" hineingewachsen und jenem Lebensgesetz unterworfen worden, das manchmal stärker ist als alles menschliche Wollen. Man könnte geradezu das allmähliche Ansteigen dieses dynamischen Motivs als die charakteristische Lebensbedingung bezeichnen, die erst in neueren Jahrhunderten sich voll entfaltet und in der Gegenwart ihren Höhepunkt erreicht hat.

Die Besonderheit der deutschen Stellung in der Welt ist vielmehr darin zu sehen, daß ihre Sitze während des ersten Jahrtausends unserer Zeitrechnung an dem äußern Rande der abendländischen Kulturwelt gelegen waren. Während die westlichen und südlichen Stämme der Germanen von dem römischen Macht- und Kulturbereich erfaßt wurden, konnten ihre nördlichen und östlichen Teile, unberührt von der feindlichen und überlegenen Welt, ihre Unabhängigkeit und Eigenart behaupten. Von der antiken Welt aus gesehen, war das Germanenland ein Grenzland, das gefährdetste des ganzen Weltreiches. Man darf es sogar als eine weltgeschichtliche Tatsache von unabsehbarer Tragweite bezeichnen, daß die Grenze des Römerreiches, bestimmt durch den Lauf des Rheins und der Donau sowie durch die militärische Sicherung des Limes, quer über den Boden lief, auf dem ein deutsches Volk erwachsen sollte. Für die Geschichte der europäischen Völker ist es von einer nicht auszudenkenden Bedeutung geworden, ob ihr Boden und ihr Blut, ihre Kultur und ihre Seele von dem Römerreich berührt, durchdrungen, geformt worden ist, oder ob sie jenseits des orbis Romanus ein ganz ursprüngliches und primitiveres Dasein fortzusetzen vermochten. Alles das aber, was

später deutsches Land und deutsches Volk wurde, wurzelt in beiden europäischen Hälften und wird das Zwiespältige dieser geschichtlichen Uranlage immer in sich bewahren; wenn man den Gedanken verfolgt, glaubt man im deutschen Wesen manchmal die beiden Wege zu spüren, die nach Rom führen und die in die Urtümlichkeit zurückweisen. Auch wenn ein deutscher Staat im eigentlichen Sinne sich bildet, wird er diese historische Spannung in seinem Innern tragen. Jene Lande um Weser und Elbe, von denen der germanische Freiheitskampf gegen Rom seinen Ausgang genommen, werden diesem Staate ebenso angehören wie Trier und das Moselgebiet, das noch lange Zeit hernach ein wunderreicher Mittelpunkt der Römerherrschaft und Römerkultur blieb.

Dieser deutsche Staat wird in derselben Stunde geboren wie der französische Staat, als aus dem zerfallenden Reiche Karls des Großen ein Ostfrankenreich und ein Westfrankenreich sich herauslösen und für immer voneinander absetzen. Damit löste sich eine Gemeinsamkeit von Jahrhunderten, gipfelnd zuletzt in der symbolischen Gestalt Karls des Großen, die beiden Völkern angehört, aber dem Blute und der Sprache nach den Deutschen. Niemals werden die tiefsten Grundlagen solcher einstigen Gemeinsamkeit ganz verschwinden, wenngleich das Trennende im Verlauf von ein bis zwei Generationen über das Verwandte hinweggeht. Die Antriebe und Umstände aber, unter denen sich die deutsche Hälfte, in den Königswahlen des ausgehenden neunten und des beginnenden zehnten Jahrhunderts, von der französischen Hälfte trennt, werden ewig denkwürdig bleiben. Denn sie haben die vielleicht folgenreichste Tatsache europäischer Gesamtentwicklung begründet.

In den Sonderungsvorgängen dieser Staatengründungen wirkte mehr als ein erkennbares Motiv zusammen: staatsrechtlich-dynastische Akte, Ansätze eines dunkel empfundenen nationalen Gemeinschaftsgefühls und drängende außenpolitische Notwendigkeiten. Den ersten Anstoß gaben die dynastischen Teilungen des Karolingerreiches von 843 und 870 und ihre Folgen, bis zu jenem Schlußakt des Jahres 925, in dem sich die Großen des Herzogtums Lotharingien dem deutschen Königtum unterwarfen. In der Durchführung der Teilung spielte aber auch irgendwie ein volkstümliches Motiv mit. Denn das Ostfrankenreich umfaßte diejenigen germanischen Stämme, die nicht einem abgewandelten romanischen Dialekt verfallen waren, sondern fortfuhren, die germanische Volkssprache, die *lingua theodisca*, zu sprechen und nach dieser ihrer gemeinsamen Eigentümlichkeit später den Namen der Deutschen annahmen - also daß vor mehr als tausend Jahren neben dem Blutserbe auch ein gemeinsamer Kulturbesitz einigend und namengebend an der Spitze unserer Geschichte steht. Um aber eben diese Stämme über alle Eigenwilligkeiten der Rasse hinweg doch noch zu einer Einheit und einer Verbindung zu führen, mußte die große Staatengründerin Not ihre Mitwirkung leihen. Die gleichzeitigen Gefahren, die von dem heidnischen Germanentum der Normannen im Norden und von dem Ansturm der hunnischen Barbaren im Südosten ausgingen - man nehme hinzu, daß dazwischen auch der Lauf der Elbe weithin die Grenzscheide gegen ein noch in tiefem Schatten liegendes Heidentum bildete - nötigten zum Zusammenschluß um des eigenen Lebens willen. Das Motiv der Sicherheit nach außen erklärt auch die führende Beteiligung der Kirche bei den entscheidenden Königswahlen. Also kamen der innere Trieb und der Zwang von außen zusammen, um die Grundlagen einer großen Volksgemeinschaft zu legen.

Die Entwicklung dieses Staatswesens war durch seine Grenzen und die damit gegebenen außenpolitischen Möglichkeiten bedingt: wenigstens in den ersten Umrissen wird alsbald das geschichtliche Lebensgesetz sichtbar, unter dem die Deutschen antreten. Im Westen war eine scharfe und eindeutige Absetzung von dem Westfrankenreiche auf einer Linie erfolgt, die sich mit den tiefen und unverrückbaren Grenzen der Sprache und des Volkstums wesentlich deckte: gerade hier, wo die einst verbundenen Völker jetzt Rücken gegen Rücken standen, erwies sich die Scheidung auf Jahrhunderte hinaus von einer außerordentlichen Beständigkeit. Nach Norden hin öffnete sich die deutsche Staatsgrenze zu Lande nur schmal auf der nordalbingischen Brücke in die skandinavisch-nordgermanische Welt; trennend und verbindend stand hier das Meer dazwischen,

und seekundige Kraft allein konnte es überschreiten. Nach Osten dagegen blickte man auf breiter Front, von der Elbmündung bis in die bayerischen Voralpen hinein, in ein noch dünnbesiedeltes und kulturarmes Land, in dem slawische Stämme in die einst germanischen Sitze nachgerückt waren und alles noch, wie in den Zeiten der Völkerwanderung, in Fluß und Bewegung verharrte; der ewige Grenzkrieg, in dem nicht historischer Anspruch, sondern das Recht der Stärkeren galt, ließ noch kaum ahnen, daß jenseits eine Welt unbegrenzter Möglichkeiten im Dunkel lag.

So blieb der Süden. Hierhin drängte, über die von Alemannen und Bayern besetzten Alpenpässe hinweg, das junge Kraftgefühl der deutschen Stämme, in deren Blut die elementaren Antriebe der Völkerwanderung noch nicht ganz verklungen waren. Hierhin riefen unwiderstehliche Lockungen der Vergangenheit, der Macht und der Kultur, des Lebensgenusses in einer reicheren und wärmeren Welt. Also entschied sich, daß der deutsche König Otto aus Sachsenstamm schon in der zweiten Generation des deutschen Staates, gleichsam in dem nächsten Atemzuge nach seiner Geburt, die unvergessene imperiale Tradition des Karolingerreiches wieder aufnahm. Die soeben erst staatlich zusammengeschlossenen deutschen Stämme verbanden ihr junges nationales Königtum mit dem großen Namen der römischen Kaiserwürde, und indem sie mit der universalen Idee des Abendlandes in ein Bündnis traten, griffen sie zugleich nach der universalen Machtauswirkung, die dieser Idee den Körper des Wirklichen gab. In einem gewaltigen Rückschlage gegen die einstige Machtrichtung des *Imperium Romanum* wagten sie ihre Waffen südwärts bis nach Rom zu tragen und eine neue Ordnung der Dinge zu begründen. Es war, als ob sich alles vereine, die große Wendung herbeizuführen: die natürliche Lage und die kriegerische Überlegenheit der Deutschen, die Gunst der Stunde und der hochgemute Sinn ihrer Häupter, die dunkle Ahnung überwältigender Traditionen und eigenen Berufenseins. So wurde der Weg eröffnet, auf dem die deutschen Könige, vereint mit der römischen Kirche, auf Jahrhunderte hinaus die Führung Europas in die Hand nahmen.

Was dieses Kaisertum des 10. bis 13. Jahrhunderts für die europäische Welt bedeutet hat, das zu durchdenken ist eine Angelegenheit der Weltgeschichte. Die Idee des Kaisertums, eingeordnet in den Universalismus der christlich-mittelalterlichen Weltanschauung, bedeutete zugleich eine außenpolitische Machtbetätigung derjenigen Nation, die sich als Träger der Idee durchsetzte. Es lag in der Natur der Dinge, daß der Anspruch der weltlich-universalen Idee sich in Rom immer von neuem mit der geistlichen Idee des Papsttums auseinanderzusetzen hatte. Und weiterhin sollte sich alsbald herausstellen, daß die Möglichkeiten der Machtausübung von der Mitte Europas nach den Rändern hin an tatsächlicher Geltung abnahmen, daß die ferner wohnenden oder selbständigeren Völker sich der in den Deutschen erneuerten Autorität einer erhabenen Herrscherwürde zu entziehen suchten. Es war der Widerstand gegen den Universalismus der irdischen Macht, der auf die Dauer den Anspruch der Völker auf ein unabhängiges Eigenleben durchsetzte und zu neuen europäischen Ordnungen hinüberführen sollte.

Das deutsche Kaisertum, mit seinem Anspruch auf Herrschaft in Rom und Italien, stand zehn Generationen lang im Kampf um seine Selbstbehauptung. Selten des beruhigten Besitzes der Macht sich erfreuend, mußte es täglich gleichsam sein Leben erobern: eben das gibt dem Wesen der Institution und den sie verkörpernden Gestalten den heroischen Zug. Was aber dieses Kaisertum in der Zeit seiner Geltung der deutschen Nation, dem deutschen Staate gebracht und genommen hat, das ist eine zweite Frage, und eben diese Frage wird noch heute von der gelehrten Forschung mit so leidenschaftlichem Scharfsinn umstritten, als wenn es sich um gegenwärtige Lebenswerte handelte. Schon darin liegt etwas Einzigartiges, daß ein großes Volk die mächtigste und eigentümlichste Epoche seiner Geschichte, die Jahrhunderte einer weitreichenden Führerstellung, in ihren letzten Werten überhaupt in Frage ziehen kann. Die Auswirkungen dieser Epoche, so fühlt man dunkel, haben den ganzen Ablauf unseres Schicksals bestimmt.

Das Kaisertum band die Zentralgewalt des deutschen Staates, ihren Sinn, ihre Tradition, ihre Ziele

an eine universale Aufgabe, die über den nächsten nationalen Lebensbereich weit hinausgriff, vielleicht in einem allzu frühen und ungefestigten Stadium der eigenen Entwicklung. Aber es band zugleich die deutschen Stämme in einem gewaltigen Erleben immer neuer Generationen nach innen und außen unlöslich aneinander, so daß man behaupten darf, ihre Gemeinschaft, nacheinander geführt von den norddeutschen Sachsen, von den rheinischen Saliern aus dem Speyergau und von den schwäbischen Staufern, sei erst in dem Ringen um dieses universale Ziel wahrhaft zu einer einigen und bewußten Nation geworden.

Aber war die vornehmste Richtung dieses Machtwillens, über die Alpen hinweg nach dem Süden, die der Nation angemessene und heilsame Richtung? Oder gab es für sie eine dringlichere Lebensaufgabe, wie sie etwa die Sicherung der Ostgrenze und ihre macht- und kulturpolitische Vorschiebung darbot? Hier setzen Zweifel und Kritik ein. Es läßt sich allerdings nicht beweisen, daß die Italienpolitik unter allen Umständen ein derartiges Ostprogramm schädigen mußte. Im Gegenteil, gerade von Rom aus - das trat schon zutage, als der Kaiser Otto dort vom Papste im Jahre 962 das Privileg der Begründung des Erzbistums Magdeburg erwirkte - ließ sich jeder östlichen Auswirkung der Deutschen ein mächtiger, ebenso ideeller wie praktischer Rückhalt geben. Durch Generationen hindurch haben sich die universalen Antriebe und die christliche Mission mit nationalen Machtbedürfnissen im Osten erfolgreich verbunden - alle diese Dinge, die wir in der Wissenschaft heute, manchmal viel zu künstlich, voneinander zu sondern suchen, flossen jenem Geschlechte fast in eins zusammen, wurden als eine einheitliche und natürliche Lebensaufgabe empfunden. Damit ist nicht ausgeschlossen, daß mit der Zeit doch eine Spannung zwischen beiden Aufgaben sichtbarer wurde, und daß schließlich der Zweifel sich regte, wo die richtigen Ziele der deutschen Außenpolitik zu suchen seien. Ob in einer Rompolitik, die immer wieder Gefahr lief, sich ins Grenzenlose zu übersteigern oder zu verlieren, oder in dem Grenzkampf an der Ostfront, wo Mission, Eroberung und Germanisierung zusammenfielen. Von dem schließlichen Ausgang her läßt sich leicht urteilen: so verführerisch der imperiale Glanz lockte, so wenig ließ sich, wenn die universale Woge ablief, von allen seinen Positionen auf die Dauer behaupten, und auf der andern Seite: so rauh und unansehnlich die Stückwerksarbeit im Osten sich anließ, welche Möglichkeiten dauernden Bestandes und bleibender Entscheidung lagen in ihr beschlossen! Diese Empfindung lenkt unsere Blicke zu den Kriegszügen Heinrichs des Löwen und Albrechts des Bären, denen wir den Gewinn von Ostholstein, **Mecklenburg**, **Pommern**, Brandenburg, Lausitz verdanken - eben dieser unruhige Zweifel überkommt uns bei jener Stellung der Kaiser, die so groß war, daß sie niemals freiwillig aufgegeben werden konnte, und wenn sie Erfolg hatte, fast unaufhaltsam ins Unmögliche weiterwachsen mußte. Aber sind wir imstande, den Zeitpunkt zu bestimmen, in dem diese Alternative so eindeutig gestellt war, wie wir sie heute zu sehen bemüht sind, und sind wir berufen, mit den Maßstäben, die wir heute zu gewinnen glauben, das letzte Urteil über Epochen zu fällen, die ihren weltgeschichtlichen Sinn in sich selber tragen?

Nicht anders steht es mit einer innerpolitischen Konsequenz der Kaiserpolitik, die noch tiefer in unsere geschichtliche Existenz eingreift. Das säkulare Unternehmen der Römerzüge als Ganzes band die Nation zusammen, aber die Kämpfe, in die sich die Kaiserpolitik unabweislich verflocht, trieben die Elemente der Nation auch wieder gegeneinander. Die innere Ausbildung des deutschen Staates, die Durchsetzung seiner Organe, die Machtbeziehung zwischen dem Zentrum und den Teilen wurden auf das tiefste durch die Verflechtung des Nationalen ins Universale bestimmt. Die Kämpfe zwischen Kaisertum und Papsttum führten schon im ersten Stadium zu schweren Rückschlägen auf den inneren Bestand - in mächtigen Umrissen kündigt sich frühzeitig das Problem der Rückwirkung äußeren Ausgreifens auf innere Gestaltung an, und je länger je mehr erhoben die Großen, die zusammen mit der Krone den Staat trugen, ihr Haupt. Es war die letzte große Kaisergestalt, Friedrich II., der sich am weitesten vom deutschen Boden entfernte und trotzdem uns menschlich nähergerückt ist als seine Vorgänger, der diese Entwicklung sanktionierte. Von den starken Bastionen seiner italienischen Gewalt aus gab er den deutschen geistlichen und weltlichen Fürsten eine *magna charta*, die sie auf eigene Füße stellte; und der ihnen eingeräumte

Machtbereich griff weiter als jener der englischen Barone, er konnte eines Tages den Staat sprengen. Unter einem halb ausgewanderten Kaisertum setzten die partikularen Gewalten, die in einem kleinen Lande sich hätten unter einem Willen zusammenhalten lassen, sich in den weiten Räumen des unbestimmt begrenzten deutschen Bodens in einem Umfange durch, der eines Tages nicht mehr rückgängig gemacht werden konnte. Und wieder suchen wir nach den entscheidenden Punkten in dieser Entwicklung: war sie mit der Idee des Kaisertums notwendig verbunden oder hätte sie sich vermeiden lassen? Wer will in diesen Jahrhunderten die Grenzen des Möglichen und Unmöglichen sondern? Große Völker werden manchmal Lebensepochen durchschreiten, die zu ihrer Zeit Notwendigkeiten waren und in einem späteren Zusammenhange als Irrwege gewertet werden. Niemand vermag zu ermessen, in welchem Lichte der Aufstieg und Sinn des englischen Weltreiches, seine Krisen und Wendepunkte sich künftigen Generationen darstellen werden.

Das deutsche Kaisertum lief eines Tages ab, weil der Gang der Zeiten ihm entgegenstand, mit derselben inneren Notwendigkeit, mit der es einst geschaffen worden war. Schon seine letzten Kämpfe hatten immer heftiger auf den deutschen Staat als Kern und Rückhalt aller imperialen Institutionen zurückgewirkt, und sein Sturz riß auch den deutschen Staat mit in den Abgrund, seine Zentralgewalt, seinen Aufbau, seine Stellung in der Welt. Große Katastrophen auf dem äußeren Schauplatz führen immer zu Machtrückschlägen auf die ganze innere Struktur eines Volkes - und ließ sich eine umfassendere außenpolitische Katastrophe in der europäischen Geschichte denken als das Versinken der universalen Autorität des Kaisertums? In diesem Augenblicke mußte auch das deutsche Königtum, auf das die Kaiserwürde gegründet worden war, zu einer bescheideneren Gewalt inmitten der deutschen Großen herabsteigen. Jetzt trat ans Licht, wieviel während des gigantischen Ringens um universale Ziele von dem nationalen Staate verloren und zersplittert, wie unausgebildet der Ausbau seiner zentralen Organe in Recht und Verwaltung geblieben war. Der Macht des Königtums aber war, selbst wenn eine stärkere Persönlichkeit ihr einen neuen Rückhalt zu geben verstand, fortan eine feste Schranke gesetzt; und wenn es auch eines Tages den Kaisernamen wieder annahm, so blieb nur der entleerte Schein des alten überlebten Wesens übrig.

Immer wieder wird man von dem Eindruck überwältigt, welche weltgeschichtliche Tragweite allen diesen Entscheidungen innewohnt. Wie die imperiale Laufbahn der Deutschen nur in diesem Zusammenhange gewürdigt werden kann, so wird der von dem Zentrum des Staates ausgehende Rückschlag bis in die kleinsten Teile seines Lebens weiterwirken und auf Generationen und Jahrhunderte hinaus, fast für den ganzen Ablauf unserer Geschichte entscheidend bleiben. Der erste große Bruch in der deutschen Entwicklung ist eingetreten.

2. Territorialisierung des Reiches.

Der Prozeß der deutschen Territorialisierung, die Entblätterung der Zentralgewalt zugunsten der Teilgewalten, ist viel mehr als eine Reihenfolge von verfassungsrechtlichen Vorgängen, es ist der eigentliche Inhalt der deutschen Geschichte von Jahrhunderten. Im Mittelpunkt steht eine fast ununterbrochene Abwanderung von staatlichen Hoheitsrechten von dem Ganzen in die Teile, die in ihrem Bereiche immer mehr öffentlich-rechtliche Funktionen an sich ziehen und ein staatsähnliches Leben entfalten werden. Und wenn dieser doppelte Gang der Auflockerung und der Neubildung auch immer wieder durch starke Rückschläge von oben unterbrochen wird, so wird er doch immer von neuem triumphieren, bis schließlich die Territorien zu souveränen Staaten und die größeren unter ihnen zu europäischen Mächten aufsteigen. Wenn darüber der staatliche Zusammenhang des Reiches nicht völlig zerstört wurde, so lag es daran, daß die führende Dynastie, die sich schließlich in der Kaiserwürde behauptete, auch in dem Prozeß der Territorialisierung als Hauptgewinner in der vordersten Linie stand und am frühesten unter die Zahl der größten Mächte eintrat. Die ganze Entwicklung, von unendlich vielen Zufälligkeiten, Krisen und Rückbildungen durchzogen, erscheint wie ein uferlos wogendes Meer - nur der eine große Rhythmus der Verlagerung des

staatlichen Schwergewichts läuft immer machtvoller durch die Jahrhunderte, als wenn er den letzten Sinn der deutschen Geschichte enthielte. Wenn heute trotzdem das tragische Drama dieses Geschichtsverlaufes von den Deutschen mit einer gewissen inneren Beruhigung angeschaut wird, so ist es nur deshalb möglich, weil diese Entwicklung schließlich aus sich selber schöpferische Kräfte erzeugte, die über alle Tiefen hinweg doch zu den Höhen einer neuen Staatsgründung führen sollten.

So tiefgreifende und dauernde Umgruppierungen des staatlichen Lebens mußten auf die geistig-kulturelle Haltung des Volkes je länger je tiefer zurückwirken. Der Wegfall umfassender Reichsinstitutionen, der Mangel eines beherrschenden nationalen Mittelpunktes, einer anerkannt führenden Hauptstadt, führte zu dem Schwinden eines gemeinsamen geistigen Bewußtseins. Statt dessen begann der Sonderwille der Stämme und Stammesteile, der Landschaften und Gebietstrümmer, allmählich auch einen geistigen Ausdruck zu suchen; es bildeten sich so viele kleine Welten mit besonderen Mittelpunkten, daß eine überraschend reiche Fülle besonderen Lebens nicht ausblieb; aber bei dem Gegeneinander aller gegen alle kam es doch auch zu einem Sichabschließen und Sichgenügenlassen in der geistigen Sphäre, zu einem Sichverbeißen im individuellsten Dasein. So wird sich in dem Nationalcharakter zu dem einen Grundzuge des universalen Überfliegens auch der zweite Grundzug eigenwilliger Besonderung im engsten Kreise gesellen - es hat den Anschein, als wenn diese beiden Extreme zwar nicht durch Uranlage uns in die Wiege gelegt, wohl aber in dem langen Erleben der Geschichte erworben seien. Eine einheitliche kulturelle Physiognomie der Gesamtheit wird allmählich verlorengehen. Das Ende ist, daß der deutsche Mensch im Laufe der Geschichte ein Gesicht empfangen wird, das den geschlosseneren Prägungen, die sich in den größeren Nationen herausbilden, einen festen Typus nationaler Ausdrucksform nicht entgegenstellen kann.

Aber bevor wir die ganze Kette der Folgeerscheinungen aufrollen, die mit der großen Wendung im 13. Jahrhundert einsetzen und dann durch die Jahrhunderte hindurch in die Tiefen unserer Schicksalsgestaltung hineinreichen, haben wir die nächsten und unmittelbaren Verschiebungen ins Auge zu fassen, die für die Stellung Deutschlands in Europa zu bemerken sind. Wie wird der doppelte Lebensvorgang, das Sinken der deutschen Zentralgewalt einerseits und die innere Territorialisierung des Reiches anderseits, sich in der künftigen Gestaltung seiner außenpolitischen Machtstellung auswirken? - an dieser Stelle wird früher oder später die für den Gesamtverlauf entscheidende Schicksalsfrage sich erheben. Die Antwort schließt ein gut Stück Vertagung des Problems in sich. Wenn Deutschland schon im 13. Jahrhundert in "der Mitte" einer allseitig wirksamen Machtdynamik eines Staatensystems gelegen hätte, so würden die Folgeerscheinungen nicht haben lange auf sich warten lassen. Aber die Überlegenheit und das Schwergewicht des Reiches, des nach Raumgröße und Bevölkerung immer noch mächtigsten Körpers in Europa, wird noch länger andauern, da auch seine Nachbarn noch überwiegend in dem Anfangsstadium staatlicher Entwicklung verharren. Man vergegenwärtige sich nur die eine Tatsache, daß das Jahrhundert ärgster deutscher Ohnmacht und Zersplitterung etwa zusammenfällt mit dem hundertjährigen englisch-französischen Kriege, der die aktive Außenkraft unseres westlichen Nachbarn völlig lahmlegte. In der Welt des Nordens und Ostens wogten die politischen Gewalten vollends noch allzu lange chaotisch auf und ab, als daß von ihnen ein einengender Druck auf die deutsche Mitte hätte ausgehen können.

So konnte es geschehen, daß auf die Liquidation der nach Süden gerichteten Politik in den nächsten Jahrhunderten eine langdauernde Machtausdehnung auf der ganzen Linie des Ostens erfolgte. Diese folgenreiche Wendung, eine durchgreifende Frontänderung der Außenpolitik, ist allerdings niemals eine gesamtdeutsche Angelegenheit gewesen, geschweige denn nach einem einheitlichen Programm ins Leben getreten, sie ruht nicht eigentlich auf einem bewußten Willen der ganzen Nation, sondern sie wird vielmehr von den Teilen getragen, zum guten Teil ohne Fühlung untereinander: sie ist im Grunde eine charakteristische Machtbetätigung des territorialisierten Reiches. Schon die alten

Ostmarken hatten den steten Grenzkampf überwiegend auf eigene Faust geführt. Unter diesem Zeichen, gleichsam im Schatten der eigentlichen Reichspolitik, waren Heinrich der Löwe und Albrecht der Bär in den kolonialen Raum zwischen Elbe und Oder vorgedrungen; ganz und gar überwog die lokale und private Initiative der deutschen Partikulargewalten bei den Vorgängen, die zur Kolonisation in den Lausitzen, in Schlesien und Böhmen führten; nicht anders hatte das bayerische Herzogtum seine Südostgrenze immer tiefer in die Alpen hinein und donauabwärts vorgeschoben. Es liegt etwas Namenloses über dem Heer dieser Pioniere, die dem Drange nach dem Osten Folge leisteten. In der Mitte der ganzen Ostfront, auf der sich die deutsch-slawische Auseinandersetzung abspielt, steht im Bamberger Dom, den der letzte, durch den Namen eines Heiligen ausgezeichnete Sachsenkaiser begründete, die Gestalt jenes Reiters, der als Symbol des deutschen christlichen Kriegers im Osten erscheint. Im Nordosten gab er einer völligen Neubildung den Charakter. Wenn der deutsche Orden, von einem Polenfürsten gegen die heidnischen Preußen zur Hilfe gerufen, sein Banner jenseits der Weichsel aufpflanzte, so erfreute sich das Unternehmen zwar von vornherein des Segens und des Privilegs der universalen Gewalten, des Kaisers und des Papstes, aber es wandelte sich alsbald in die partikulare Angelegenheit eines geistlichen Ritterstaates, der, Mission, Eroberung und deutsche Kolonisation in einem Atemzuge betreibend, sehr weit entfernt und fast unabhängig vom Reiche, zu einer einzigartigen und lebensvollen Sonderwelt aufwuchs: in seiner Blütezeit vielleicht das höchstentwickelte deutsche Territorium des Jahrhunderts.

Die Kolonisation des Ostens, die durch so viele große und kleine Kanäle strömte, stufte sich vor allem nach dem Grade ihrer Intensität und nach der Form der Auseinandersetzung mit dem vorbesitzenden slawischen Element ab. Nahe den alten Reichsgrenzen hatte es sich in der Regel um völlige Unterwerfung der Bevölkerung gehandelt, manchmal nach dem furchtbaren Herkommen des Ausrottungskampfes, wie er unter den Grenzern üblich war. Weiter hinaus kam es aber zu einem Aufsaugen auch der herrschenden slawischen Schichten, die sich, wie etwa die Herzöge von Mecklenburg, Pommern, Schlesien und ein großer Teil ihres Adels der höheren, christlichen und deutschen Kultur restlos assimilierten und dadurch allmählich zu territorialen Gliedern des deutschen Reiches wurden. In den baltischen Bereichen wiederum schob sich der deutsche Ritter und Städter wie eine Herrenschicht über eine Urbevölkerung, die ihr Wesen behauptete. Je weiter man nach dem Osten vordrang, desto dünner wurde in der Regel die Front der deutschen Siedler, die dorfweise neben den slawischen Siedlern festen Fuß faßten, und die deutschen Städte, ausgezeichnet durch ihre überlegene Rechtsform und den ihnen eigentümlichen Wirtschaftscharakter, tauchten manchmal wie Inseln aus dem umgebenden Meere einer slawisch bleibenden Umwelt auf. So schob sich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt die deutsche Macht- und Kulturgrenze - etwa so wie im 19. Jahrhundert die amerikanische Siedlungsgrenze unaufhaltsam in langer nordsüdlicher Linie von Osten nach Westen über den Leib des Kontinents vorrückte -, mannigfach gegliedert und vielerorts unbestimmt verlaufend, in die langsam erwachende Welt des Ostens hinein. Was hier entstand, war ein neues Deutschland, nicht bloß der Blutmischung nach, sondern auch in dem Gesellschafts- und Wirtschaftsaufbau, in Charakter und Intensität der Kultur, in dem Rhythmus des Lebens von jenem Deutschland der Altstämme wesenhaft unterschieden.

Vergleichbar dem Drang nach dem Osten verlief die Entwicklung nach Norden, nur daß hier nicht ein landhungriger Bauer über das Meer ging, sondern der Wagemut der Schiffer und Kaufleute den Ton angab, die an den Küsten der Ostsee, über Danzig und Königsberg hinweg bis nach Riga und Reval hin eine neue Welt ins Leben riefen und von ihren Koggen und Kontoren aus ihre Handelsherrschaft in das noch halbschlummernde Dasein der skandinavischen und baltischen Völker hineintrugen. Auch hier war es ein ganz auf sich selber gestelltes deutsches Bürgertum, das, vielfach aus den dichter bevölkerten Gegenden des Niederrheins und Westfalens stammend, über Hamburg und Lübeck den Weg ins Freie suchte, sich im Auslande erst zu machtvollen Korporationen zusammenschloß, und, vom Reiche weder gefördert noch gestört, zum ersten Male eine maritime Machtstellung der Deutschen begründete.

Auf allen diesen Fronten stand die Lockerheit des innern deutschen Staatsgefüges der Energie des Ausgreifens nicht im Wege, sie schien umgekehrt an manchen Stellen die unbekümmerte Eigenkraft der individuellen Leistungen geradezu zu begünstigen. Aber es war die Frage, wie lange die allgemeinen Verhältnisse das zuließen, wie lange jene politische Ordnung und Schwergewichtsverteilung Europas noch andauern würde, die trotz des anarchischen Territorialismus des Reiches so weitreichende deutsche Machtauswirkungen im Norden und Osten ermöglicht hatte.

Die Lage des Reiches mußte schon bedenklicher werden, sobald große allgemeine Probleme der Christenheit auftauchten, die das Reich als Ganzes angingen und einheitliche Lösungen von ihm forderten, wie es in der Zeit des Schismas und der Konzilien zuerst geschah. Ernster waren die Sicherheit und der Bestand des Reiches bedroht, wenn unerwartete Angriffe von innen oder von außen her, wie es in den Hussitenkriegen und gegenüber der rasch ansteigenden Türkengefahr zutage trat, eine schlagfertige militärische Abwehrorganisation verlangten, oder wenn ganze Territorialkomplexe aus dem Reichskörper herauswuchsen, die seinem Leben gefährlich werden konnten, wie die auf Kosten Deutschlands und Frankreichs gleichzeitig sich vollziehende Bildung des burgundischen Staates. Und wenn schließlich die größeren Nachbarvölker ihre politische Organisation auf eine höhere Stufe der Entwicklung hoben und eine dem Reiche überlegene Schlagkraft erlangten, so konnte das alte Kräfteverhältnis von Grund aus umgestellt werden.

Die grundsätzliche und fundamentale Verschiebung in den auswärtigen Lebensbedingungen wird nicht mit einem Schlage sichtbar. In einer Epoche, wo die politischen Bildungen in mannigfachen Zwischenformen chaotisch hin und her schwanken, sind endgültige Lösungen eher die Ausnahme. So wird der Ablösungsprozeß der schweizerischen Eidgenossenschaft und der Niederlande vom Reiche sich mehrere Menschenalter hinziehen: letzten Endes beides Auswirkungen desjenigen Verfassungszustandes, den die territorialpolitisch aufgelockerte Struktur Deutschlands im 14. und 15. Jahrhundert darbot, Auswirkungen freilich von einer weithinausreichenden, weltgeschichtlichen Tragweite. Wenn ein Teil der Hochalemannen, begünstigt durch die Krisen der wechselnden Königsdynastien, sich in einem besonderen Gemeinwesen zusammenfaßte, das längere Zeit hindurch loser geformt war als die straffere Organisation **der deutschen Hanse** und erst im Laufe der Jahrhunderte ein eigentümliches Staatswesen ausbildete - wenn weiterhin Bestandteile niederdeutscher Stämme sich dem Reiche entfremdeten, um schließlich, nach dem vorbereitenden Stadium der burgundischen Periode, in den Glaubenskämpfen des 16. Jahrhunderts einen Staat und sogar eine Nationalität von eigenem Charakter zu begründen, so bedeuteten diese beiden Vorgänge noch mehr als den Verlust unberechenbarer materieller und geistiger Werte des Volkstums. Es wurden dadurch im Süden und im Nordwesten des Reiches zwei dem altdeutschen Gesamtboden angehörende Bastionen eingezogen, deren Behauptung für die unangefochtene Machtstellung des Reiches der Mitte von weitausschauender Bedeutung war -, mit ihrem Wegfall wurden die europäischen Lebensbedingungen des deutschen Staates für alle Zeiten eingeengter als vordem. Es mochte auch zu denken geben, daß diese Einbußen auf der Westfront, an den Quellen und an der Mündung des Rheines, gerade altdeutsches Volkstum betrafen, während in dem Koloniallande des Ostens eine immer stärkere Ausweitung der deutschen Macht in deutsch-slawische Mischgebiete stattgefunden hatte. Aber auch in der Welt des Nordens und Ostens blieben im 15. Jahrhundert die Rückschläge nicht aus, da die hier emporsteigenden fremdnationalen Gewalten dazu übergingen, die vorgeschobenen deutschen Stellungen wieder zurückzudrängen. So entstand eine ganze Reihe von Verzahnungen deutschen und nichtdeutschen Volksbodens. Man braucht nur an den polnischen Gegenstoß des 15. Jahrhunderts, der den Deutschen Orden von der Weichselmündung und aus Danzig vertrieb, oder an die gleichzeitige dynastische Verbindung Dänemarks mit Schleswig und Holstein zu denken, um sich der säkularen Nachwirkungen der damals gefallenen Entscheidungen bewußt zu werden.

Alles in allem genommen: das Reich schien kleiner zu werden, die Nachbarn näher heranzurücken,

die Grenzen nicht mehr verfließend, sondern starrer: eine eigentliche Mittellage, ein Umgebensein von gesammelten politischen Staatsgewalten auf allen Seiten bildete sich immer deutlicher heraus, und warf die Mitte in die Defensive. Machiavelli urteilte damals: die Macht Deutschlands ist groß, aber so, daß man sich ihrer nicht bedienen kann - also blieb die Möglichkeit, die verkümmerten inneren Organe neu zu beleben, wie es in der Periode der maximilianeischen Reformen geschah. Aber eben dieser Ansatz zur staatlichen Konzentration war es, der die Eidgenossen vollends hinausdrängte. Oder es konnte auch der Fall eintreten, daß durch Glück und Verdienst sich eine Kaisergewalt erhob, die mit überlegenen Eigenkräften und europäischem Rückhalt den Geschicken der Nation eine Wendung gleichsam von außen her gab. Es ist keine Frage, daß die Weltstellung Kaiser Karls V., so wenig auch das Deutsche Reich in ihrem Zentrum lag, doch den problematisch gewordenen deutschen Positionen an vielen Stellen zugute kam, und in einem der raschen Umschläge, die für die deutsche Geschichte charakteristisch bleiben, eine *restauratio imperii* nach außen in sich schloß.

Man hätte erwarten können, daß die Verbindung der deutschen Kaisergewalt mit dem Weltreiche Karls V. auch der inneren Territorialisierung ein Gegengewicht hätte bieten und die Zentralgewalt auf Kosten der überwuchernden Teile auf die Dauer hätte verstärken müssen - und es gab Momente, in denen das Rad der Geschichte sich rückwärts zu wälzen schien. Dann aber sollte gerade diese Periode, die sich unter ganz anderen Sternen eröffnete, doch in ihrem schließlichen Ergebnis die Territorialisierung noch weiter vertiefen und gleichsam in das Innerste des deutschen Volkes hinüberschieben.

Diese Wendung hing mit der Reformation und ihren Rückwirkungen auf die Existenz des deutschen Staates zusammen. Die deutsche Reformation war getragen von der umfassendsten Bewegung, die unser Volk seit der Kaiserpolitik des 10. bis 13. Jahrhunderts und seit den großen Unternehmungen der Kolonisation des Ostens ergriffen, und sie enthielt, alles in allem, die geschichtlich höchste und eigentümlichste Leistung, die von den Deutschen in dem geistigen Zusammenhange der europäischen Gesamtentwicklung hervorgebracht worden ist. Das Land der Mitte wurde damals einige Generationen hindurch die geistige Mitte Europas. In Luther und durch Luther wurden die Deutschen sich ihrer nationalen Eigenart erst vollkommen bewußt - man braucht seine Gestalt und die von ihr ausgelösten Kräfte nur fortzudenken aus dem geschichtlichen Ablaufe, um sich über diese repräsentative Verbundenheit klar zu werden. Während in den bisherigen Jahrhunderten immer wieder der Hochadel der Ausdruck und Führer der Nation gewesen war, stieg hier aus den Tiefen des Volkes ein Mann empor, von dem man gestehen muß: das Licht, das von ihm ausging, und der Schatten, den er warf, reichen weiter als die irdische Wirkung irgendeines, den wir einen Deutschen nennen.

Aber eben diese Bewegung ist durch eine Reihe von Umständen, die ihrerseits in der damaligen staatlichen Entwicklungsstufe des Reiches ihre Wurzel haben, für die Deutschen nicht zum Segen ausgeschlagen, sondern eine Quelle neuen Verhängnisses geworden. Sie setzte mit dem Vollgefühl ein, den Grund des deutschen Daseins einheitlich umzugestalten, und endete damit, daß sie diesen Grund nur noch tiefer zerklüftete. Das Endergebnis der religiösen Kämpfe eines Menschenalters war die konfessionelle Spaltung, und da diese Spaltung den Grenzen der territorialen Gruppierung folgte, machte sie den Prozeß der Territorialisierung vollends unaufhaltsam: indem beide Triebkräfte sich wechselseitig stärkten, mußten sie verbunden auf das innere Gefüge und die äußeren Lebensbedingungen des Reiches vernichtend zurückwirken. Die Territorien wurden fortan zu konfessionell und kulturell scharf voneinander geschiedenen Sonderwelten und erzeugten eine Summe von inneren Verfremdungen und Verfeindungen, die sich tief in die Seelen der Menschen einfraßen - und da diese Sonderwelten im engsten geistigen Zusammenhange mit dem katholischen, dem lutherischen, dem reformierten Konfessionslager Europas lebten, so konnte es nicht anders sein, als daß die großen Kulturgegensätze und Kulturspannungen der nächsten Jahrhunderte quer über den Leib der deutschen Nation liefen und in ihrer Seele unauslöschliche Spuren hinterließen.

Während in Frankreich das letzte Ergebnis der Religionskämpfe darin bestand, daß sich eine fast vollkommene Deckung der Nationalidee und der Kulturidee herausbildete, begann sich der vordem schon längst aufgelockerten Nationalidee der Deutschen eine innere Spaltung der Kulturidee entgegenzusetzen, die vom Kleinlichsten aufsteigend schließlich an den Sitz des Lebens selber rührte und den nationalen Typus einer einheitlichen geistigen Ausdrucksform für alle Zeiten zerstörte.

Die unmittelbaren Wirkungen auf den Staat waren sofort mit den Händen zu greifen. Von innen her lähmte der konfessionelle Gegensatz der Territorien den Gesamtstaat derart, daß die höchst bescheiden entwickelten Funktionen der Reichsgewalt eine nach der andern vollends verkümmerten, bis das entleerte Gehäuse durch die Unversöhnlichkeit der inneren Gegensätze in die Luft gesprengt ward. Nach außen hin lief die Wirkung auf dasselbe Ende hinaus. **Der Augsburger Religionsfriede**, das erste paritätische Grundgesetz eines großen Volkes und insofern eine Errungenschaft von bleibendem inneren Werte, begründete zwar, inmitten der auf Tod und Leben miteinander ringenden konfessionellen Weltmächte, einen neutralen Friedensstand im Innern des deutschen Volkes, aber er bedingte, wenn er halbwegs haltbar sein wollte, ein Stillesitzen der Mitte bei allen Entscheidungen, in denen die großen europäischen Konfessionsparteien mit heroischer Anstrengung gegeneinanderstürmten: mit anderen Worten den Verzicht des Reiches auf jede aktive Außenpolitik. Sobald es sich aber nicht mehr vermeiden ließ, daß die innerdeutschen Gegensätze sich mit den europäischen Gegensätzen verschmolzen, sobald die europäische Krisis sich von außen her in das Innere der mühsam konservierten Neutralität des Reiches verlängerte, gab es kein Halten mehr. Der Heftigkeit der im inneren Deutschland angesammelten und immer wieder verschleppten Gegensätze und ihrer Verknüpfung mit den Glaubenskämpfen in allen umgebenden Nachbarländern entsprach der Umfang und die Gewalt der Katastrophe, die nunmehr die ganze deutsche Existenz ergreifen sollte. Jetzt wurde das durch die doppelte Belastung der Territorialisierung und der Glaubensspaltung von innen her schwer gelähmte Reich einem gleichzeitigen Druck von verschiedenen Außenfronten unterworfen. Es wurde auf eine europäische Probe gestellt, wie es sie noch nicht erlebt hatte, und es wurde zu leicht befunden.

Der Dreißigjährige Krieg war eine ungeheure europäische Krisis, ausgefochten auf dem Boden des deutschen Volkes und entscheidend über die Zukunft des deutschen Staates, aber an diesem Kampfe war das in sich gespaltene und fast führerlose deutsche Volk während der letzten Stadien kaum noch aktiv beteiligt. Die Deutschen waren aus einem Subjekt zu einem Objekt des Weltgeschehens geworden - so furchtbar sollte sich ihm der Sinn des Wortes: Hammer oder Amboß sein, in sein Gegenteil verkehren. Da man das Schicksal nicht mehr meistern konnte, mußte man es demütig aus den Händen Europas entgegennehmen. So war auch der Abschluß des dreißigjährigen Ringens, **der Westfälische Frieden**, vor allem durch das maßgebende Eingreifen der Fremdmächte gekennzeichnet. Die in ihm getroffene Neuordnung verflocht die neue Lebensform des deutschen Staates unauflöslich in eine neue europäische Staatenordnung: was für das schwer heimgesuchte Volk den Tiefstand bedeutete, ein Friede, der seine innere und äußere Verkuppelung verewigen mußte, erschien zugleich als Kern und Mittelpunkt eines feierlich anerkannten europäischen Systems. Gerade diese Neuordnung gilt noch heute, nach bald dreihundert Jahren, dem politischen Denken vieler Franzosen als eine europäische Normalordnung, als etwas in der Gegenwart zu Erneuerndes und zu Vertiefendes. Auf die Konstanz der großen Machtfragen fällt das hellste Licht, wenn man sieht, wie um ein derartiges Programm sich heute noch eine "Schule des Westfälischen Friedens" gruppiert; wie konnte es anders sein, als daß in der Pariser Siegerstimmung nach dem Weltkriege "die Idee der Wiederherstellung Deutschlands nach dem herrlichen Muster von 1648" als das lockendste Symbol des Triumphes wiederauftauchte.

Der Geist einer solchen Wiederherstellung wird in den inneren und äußeren Merkmalen der damaligen Ordnung Deutschlands sichtbar. Im Innern wurde, und nun gleichsam unter dem Segen der europäischen Mächte, jene Entwicklung der letzten Jahrhunderte sanktioniert, in denen aus den

Teilen des Ganzen staatsähnliche Gebilde geworden waren. Jetzt wurden die Territorien auch formell und im völkerrechtlichen Sinne souverän, zu selbständigem Bündnisschluß mit dem Auslande berechtigt; wenigstens die größeren unter ihnen begannen eifrig davon in Europa Gebrauch zu machen und die Souveränität des Reiches in dem Mittelpunkt ihrer Funktionen, in der Leitung nach außen hin, nach Bedarf zu durchbrechen. Am eifrigsten machte Frankreich es sich zur Aufgabe, diese Auffassung der "*libertés germaniques*" gegen die immer noch gefürchtete Kaisermacht des Hauses Habsburg auszuspielen - so wie sich einst die Päpste der Rebellion der Fürsten gegen Kaiser Heinrich IV. und die Staufer bedient hatten. Es wurde "der große Gedanke der französischen Politik", ihr "ewiger" Gedanke, - so rühmten sie selber ihn -, mit allen Kräften auf diese innere Umbildung der Machtverteilung im deutschen Staate hinzuwirken. Von den beiden Staaten, die sich einst aus dem Reiche Karls des Großen herausentwickelt hatten, ging der eine den Weg der höchstmöglichen Zentralisation aller politischen Gewalten: der andere drohte auf dem entgegengesetzten Wege, der höchsten Auflösung seiner staatlichen Einheit, zu verfallen. Dieselben politischen Denker, die für die französische Staatslehre den Gedanken des souveränen und zentralistischen Staates ausbildeten, pflegten mit Inbrunst zugleich die Theorie, daß der deutsche Nachbar den Beruf und die Pflicht zur weitgehendsten Dezentralisation habe. Und wie im außenpolitischen Denken am naivsten das Machtinteresse des einen sich in einen Rechtsanspruch auf den anderen, in der Regel auf einen Nachbarn zu verwandeln pflegt, so verlangte eines Tages auch die "Sicherheit" der Franzosen, daß im heiligen Römischen Reiche deutscher Nation die habsburgische Kaiserwürde in den engsten Schranken gehalten, die fürstlichen Gegenkräfte dagegen derart gesteigert und freigelegt würden, daß der König von Frankreich jeden Augenblick als Schiedsrichter oder als Intervenient und Nutznießer in innerdeutschen Fragen auftreten konnte.

Bei dieser staatsrechtlichen Struktur des Reiches kam es um so mehr darauf an, in welcher außenpolitischen Lage es aus der großen Katastrophe hervorging. Niemals zuvor war der Nation ihre Nordgrenze, die Öffnung nach dem Meere hin, so völlig aus den Händen gerissen wie in dieser Zeit. Vom äußersten Osten an, in Memel und Königsberg, standen die Küsten des einstigen Ordenslandes unter polnischer Lehnshoheit, an der Weichselmündung und in Danzig waren sie unmittelbar den Polen unterworfen. Nach einem hinterpommerschen Küstenstrich folgten die Odermündungen und Rügen-Vorpommern: schwedischer Hoheitsbereich. Selbst in dem anschließenden Mecklenburg gab es einen schwedischen Festpunkt. Holstein, das rechte Elbufer bis vor die Tore Hamburgs, war mit der dänischen Krone dynastisch verbunden, während das Dreieck zwischen linkem Elbufer und dem Unterlauf der Weser wiederum in schwedischem Besitz war; auch das linke Weserufer und der Jadebusen verfielen infolge der bald darauf erfolgenden Verbindung Oldenburgs mit Dänemark einer fremden Gewalt, und an den ostfriesischen Küsten reichte der holländische Einfluß zeitweilig tief nach Emden hinein. So hatten die Deutschen, einst das Volk **der Hanse** und ihrer Seegewalt in ganz Nordeuropa, jetzt die Schlüssel der eigenen Meere und die Mündungen ihrer großen Ströme den Fremden ausgeliefert; sie drohten ein binnenländisches Volk zu werden, das nur noch durch einige hanseatische Ausfallstore mit der See und der Welt bescheiden und notdürftig verbunden war. Die Situation war derartig unnatürlich, daß sie keinen Bestand haben konnte. Schon in den nächsten Jahrzehnten befreite der Große Kurfürst Ostpreußen von der polnischen Lehnshoheit, und zu Beginn des 18. Jahrhunderts begannen die schwedischen Außenposten wieder abgebaut zu werden, aber die Problematik der Nordgrenze blieb noch lange bestehen, und erst die Entscheidungen des Jahres 1864 gaben den Deutschen die Schlüssel ihres Hauses wieder zurück.

Die eigentliche Gefahr für den Bestand der Nation lag trotzdem nicht im Norden, sondern an der Westfront. Sie kündigte sich an in dem Vordringen der Franzosen an den Oberrhein, in den Elsaß, dessen habsburgische Bestandteile im **Westfälischen Frieden** abgetreten werden mußten. Nach den Schweizern begann eine weitere Landschaft der Alemannen am Oberrhein, reich begnadet durch die Schönheiten der Natur und die geschichtlichen Werte ihrer Kultur, sich der deutschen Staatsgemeinschaft zu entfremden. Aber mit dieser schmerzvollen Einbuße deutschen Lebens war

der Sinn der verderblichen Wandlung noch nicht erschöpft. Das Straßburger Münster war zugleich das Symbol eines allgemeinen Umschwungs. Denn an dieser Grenzlinie war eine Druckstelle am deutschen Staatskörper geschaffen, die immer weiter um sich griff und schon nach einer Generation das Schreckgespenst der Gefährdung des ganzen linken Rheinufers am Horizonte aufsteigen ließ.

Es hatte Zeiten gegeben, in denen Frankreich in der Defensive gegen die umklammernde Weltmachtbildung des Hauses Habsburg stand, aber sie waren schon unter König Heinrich IV. überwunden worden; seit dem Dreißigjährigen Kriege ging die Offensive endgültig auf die andere Seite über. Das Reich war nach innen und außen so sehr in die Defensive gedrängt, daß die französische Politik es unternehmen konnte, wie Ludwig XIV. sich rühmte, "in Deutschland die Autorität von Grund aus zu zerstören, die das Haus Österreich sich seit zwei Jahrhunderten begründet hatte". Jetzt erhob sich der französische Machtwille, gestützt durch das am frühesten und stärksten ausgebildete System des Militarismus, und erprobte seine Überlegenheit gegenüber dem föderalisierten Reichskörper. Das Entscheidende war, daß die Westgrenze des Reiches, die so lange feste und unveränderliche Westgrenze, sich unter diesem Drucke in weichende Bewegung setzte. Ohne Widerstand konnte Ludwig XIV. von den elsässischen Teilstücken aus vermöge der Reunionspolitik auf den ganzen Elsaß einschließlich Straßburg übergreifen und seine Politik auf die ganze Linie des Rheines - nebst Brückenköpfen auf dem andern Ufer, die sich als Sicherungen gaben, aber in Wahrheit Einmarschstraßen in Innerdeutschland eröffneten - gerichtet halten. Sein nächster Vorstoß, im pfälzischen Erbfolgekriege mit einem unberechtigten Erbanspruch, galt dem Mittelrhein, der folgende, im kurkölnischen Bistumsstreit, dem Niederrhein. Die französischen Ansprüche, die jetzt die ganze Geschichte bis zu den Kelten und Julius Cäsar hin zu ihrer Rechtfertigung aufrollten, und der militärische Grenzdruck mußten, bei der bestehenden Kräfteverteilung, schließlich die Existenz des Reiches in Frage stellen. Niemals zuvor hatte die Mittellage des Reiches einen solchen Zweifrontendruck erlebt, wie er in der französisch-schwedischen oder in der französisch-türkischen Kooperation zutage trat. Jetzt erst begann sich das deutsche Lebensgesetz in seiner ganzen Unerbittlichkeit auf unser Volk niederzusenken.

Wenn Ludwig XIV. in den Kämpfen um den Mittelrhein und Niederrhein den Rückzug antreten mußte, so war das einmal einer beginnenden Besinnung der deutschen Reichsstände zu danken; "denn solcher Angriffe und Gefahren bedarf es, um der Nation ihre gemeinschaftlichen Interessen zum Bewußtsein zu bringen". Es war vor allem die Territorialwelt des Nordens und Ostens, die zum Schutz für die in sich nicht widerstandsfähige westliche Grenzmark einsprang. Aber das alles würde nicht ausgereicht haben, wenn nicht auch andere Mächte erkannt hätten, daß der Kampf um das europäische Gleichgewicht vor allem auf der Rheinlinie entschieden würde, und deshalb hier den hegemonischen Vorstößen der Franzosen gleichfalls entgegengetreten wären.

Die Rheinpolitik Ludwigs XIV. hat eine Bedeutung, die über ihre Zeit hinausreicht: sie hat unauslöschliche Spuren in dem Lebenswillen der französischen Nation, ja in der französischen Seele hinterlassen. Und darum muß sie hier in die schärfste Beleuchtung gerückt werden, nicht um den alten Hader vergangener Jahrhunderte zu erneuern, in dem keine der Nationen frei von Unrecht gegen die andere ist, sondern um die Wurzel säkularer Verwicklungen bloßzulegen, die beiden Völkern zum Schicksal geworden sind. Vor zwei Menschenaltern hat Ranke, angesichts jener Erinnerungen, das besorgte Wort gesprochen, daß in den Traditionen der Macht für die spätern Geschlechter ein fast unwiderstehlicher Antrieb des Wetteifers mit den frühern liege. Seit dieser Zeit haben wir, bis in die letzten Jahre hinein, immer von neuem erleben müssen, wie die zuerst im 17. Jahrhundert entfesselten Instinkte zu den vielleicht dauerhaftesten Triebkräften im Machtwillen der europäischen Völker gehören.

In jener Weltlage hat kein anderer als Leibniz, als Wortführer des rheinischen Fürstentums, einmal den denkwürdigen Versuch gemacht, den großen Krieg, der immer wieder zu einem Krieg um den schwächsten Punkt, die Rheinlinie zu werden drohte, dadurch zu verhüten, daß er dem Könige von

Frankreich eine weitausschauende Orientpolitik mit allen Früchten, die sich aus solcher Vorherrschaft für die Führung Europas und den Weltfrieden ergaben, zu empfehlen unternahm. Daß man in Paris diesen "Ägyptischen Plan", so realpolitisch er auch begründet war, schwerlich angenommen haben würde (auch wenn man ihn wirklich kennengelernt hätte), verschlägt nicht so viel wie die symptomatische Tatsache, daß die Deutschen ein Menschenalter nach dem großen Kriege nur um den holden Frieden nicht noch einmal zu verlieren, nichts begehrten als stille zu sitzen: auf jede Beteiligung an der Zukunft der Weltgestaltung, die damals die führenden Völker zu beschäftigen begann, ward verzichtet. Das deutsche Programm hieß: Sicherung des Rheines und keine Weltpolitik, denn die Welt mit ihren Möglichkeiten wollte man den Franzosen überlassen, wenn man sie dadurch als friedliche Nachbarn gewann. So hat noch zweihundert Jahre später Bismarck die Franzosen von der Revancheidee dadurch abzulenken versucht, daß er ihnen immer wieder eröffnete, das deutsche Verständigungsgebiet mit Frankreich umfasse fast die ganze Welt, mit einziger Ausnahme der Rhein- und Vogesenfront.

Wenn die äußeren Lebensbedingungen eines Volkes sich dergestalt verändern, wie es durch die Bestimmungen des **Westfälischen Friedens** für Deutschland geschah, wird auch das Innerste seines Charakters davon beeinflußt werden. Man erwäge, daß dieses politisch territorialisierte Deutschland auch wirtschaftlich in ebenso viele große und kleine sich absperrende Sondergebiete zerfällt, und in einem Zeitalter, in dem die großen Nationalstaaten sich auch als einheitliche Wirtschaftskörper wuchtig zusammenfassen, nur mit einer mangelhaften wirtschaftlichen Rüstung in den Wettbewerb eintritt. Wieviel lähmende Rückständigkeiten des äußeren Lebens werden dieses Geschlecht drücken und in vielleicht niemals zu verwischenden Rückständigkeiten unseres inneren Wesens haften bleiben. Die oft beklagte Fremdtümelei der Deutschen ist nichts als die Anfälligkeit eines Nationalcharakters, dem die Ausprägung einer eigenen geschlossenen Wesensart nicht gelungen ist, für die über die zerrissenen Grenzen hinweg einbrechenden fremden Sitten und Geschmacksmoden. Nicht mehr von dem starken Pulsschlag nationalen Lebens bewegt, wird die geistige Art der Deutschen den Stempel einer gewissen Enge, obrigkeitlicher Überwachung oder konfessioneller Absperrung annehmen. Von staatlichem Empfinden scheint die Masse der Menschen fast abgedrängt zu sein, da der obrigkeitliche Territorialstaat, ganz gleich, ob er sich als absoluter Staat ausbildet oder in feudal-ständischen Formen verharrt, in der Regel den privilegierten Oberschichten vorbehalten bleibt; von den Beamtenstuben und den Universitätskathedern geht kein öffentliches Leben aus. In die geistige Luft dieses Deutschlands weht der Seewind nicht mehr hinein und kaum ein Hauch aus großen Weltperspektiven ist spürbar in der beschränkten Enge des Lebens, die in den Klausen der Gelehrten und der Frommen leicht etwas Muffiges annimmt. Die religiösen Antriebe in beiden Lagern wirken noch lange nach, die mittleren und tieferen Schichten des Volkes zu bestimmen, aber sie büßen doch das Ursprüngliche und Heroische allmählich ein. Es hat doch wohl seinen tiefen Sinn, daß die eigentümlichsten und stärksten Begabungen unseres Volkes (dem so viel natürliche Wege versperrt waren) sich jetzt zur Musik und zur Philosophie hinwandten, deren Wesen am vollkommensten von dem Boden irdischer Wirklichkeiten abgelöst ist. Hier werden sich, mehrere Generationen hindurch, die innerlichsten Auswirkungen der deutschen Seele zusammenfassen, bis sie, ihrer nationalen Sonderart wieder sich bewußt werdend, auch das Instrument ihrer Sprache von neuem erobert, und in ausgesprochener Absetzung von der lange Zeit vorbildlichen französischen Geistesart, einen künstlerischen Ausdruck ihres Innern zu prägen wagt.

Mochte dieses Reich des 17. Jahrhunderts auch ein kranker und ohnmächtiger Körper geworden sein, alle geschichtlichen Krankheitserscheinungen im Staatsleben tragen gleichsam ihr Heilmittel in sich selber. Gegen den Prozeß der chaotischen Territorialisierung des Reiches in lauter kleine Souveränitäten erhob sich das große Territorium, das im Kampf ums Dasein glücklich bestand und im günstigsten Falle auch über die Reichsgrenzen hinauszugreifen wagte. Das sich uns so tief einprägende Bild der Ohnmacht des Reiches, des europäischen Hinübergreifens in das innere Deutschland, würde unvollständig sein, wenn wir es nicht durch ein Gegenbild ergänzten: daß auf der andern Seite der deutsche Hochadel mit seinen Ambitionen und seinen dynastisch-staatlichen

Bildungen auch seinerseits in Europa hineingriff. Allen andern voran das Haus Habsburg, das auf Grund **seiner historischen Front gegen die Türken** in der Welt des Südostens aus deutschen und nichtdeutschen Gebieten einen Machtbereich zusammenschmiedete, der dem ehrwürdigen Namen des Kaisertums einen neuen europäischen Sinn gab und eine Großmacht auch dann bedeutete, wenn er eines Tages nicht mit dem Kaisertum verbunden war. Gewiß trug diese ganz und gar übernationale Schöpfung einen familienhaft-patrimonialen Charakter, aber irgendwie schob sie doch ein Stück deutscher Macht und deutscher Kultur in eine noch halb schlummernde Welt hinein. Überhaupt begann sich der Schwerpunkt staatlicher Macht in Deutschland in die großräumigere Welt des Ostens zu verschieben, auf deren Boden Habsburger und Hohenzollern, Wittelsbacher und Wettiner mit Berechnung und Glück die Wege ihrer Territorialpolitik lenkten. Hierhin verlegte sich je länger je mehr das Gewicht der aus dem Südwesten stammenden habsburgischen Hausmacht; ihre Versuche, sich im Süden des Reiches auszudehnen, schon im 16. Jahrhundert in Württemberg gescheitert, sollten auch im 18. Jahrhundert für den verlorenen Elsaß keinen Ausgleich in dem immer wieder erstrebten Gewinn Bayerns bringen; während man Schlesien verlor und damit einen weiteren Rückzug aus dem Reiche antrat, begann die Front der österreichischen Erblande nunmehr nach **Ofen und Belgrad** zu weisen. Auch dem preußischen Staate, der in seinen westlichen Besitzungen nur territoriales Stückwerk anhäufte, fiel es vor allem zu, auf der ganzen Linie der Ost- und Nordfront die deutsche Macht zusammenzufassen; er warf die polnische Lehnshoheit über Ostpreußen ab und befreite die Odermündungen von den Schweden; nach der Eroberung Schlesiens sollte es Friedrich dem Großen gelingen, auch die westpreußische Brücke zurückzugewinnen und die im 15. Jahrhundert geschlagene Bresche wieder zu schließen - ein waffenmächtiger Erbe des deutschen Ordens.

Dazu gesellt sich eine innerpolitische Erwägung. Die Dezentralisation, die das Reich als Staat fast aufgelöst hatte, machte doch wieder den Weg frei, um in einem territorialen Teilgebilde die ganz auf sich selber gestellten Kräfte rückhaltlos zu entbinden. Das geschah vor allem in Preußen. Indem man hier in mühsamer Arbeit auf kargem Boden organisatorische Antriebe des Kolonialbodens wieder aufnahm, brachte man durch Energie und Glück eine Macht zusammen, die ein eigenes und starkes Leben atmete. Dem Wachstum des preußischen Staates seit dem Großen Kurfürsten wohnt gewiß etwas Künstliches und Gewaltsames inne, mehr persönlich-dynastische Führung als sachlich innere Notwendigkeit. Eben gegen diesen als unorganisch empfundenen Aufstieg hat die moderne englische Staatsauffassung häufig reagiert, obgleich der Aufbau des englischen Empire einem ähnlichen Zusammenwirken von ruheloser Energie und schicksalsmäßigem Glück verdankt wurde. Aber das preußische System, die höchstentwickelte Zwangsgewalt des Staates gegen seine Glieder, der Geist eines Militarismus, der, um der innern Selbsterhaltung willen begründet, sich schließlich waffenklirrend nach außen wendet, diese ganze in den Persönlichkeiten der preußischen Könige verkörperte Tradition war im Grunde nichts als das stärkste Gegengift gegen die auflösenden Kräfte, denen das Reich im Innern und nach außen hin verfallen war. In dieser nationalen Erziehungsaufgabe dürfte die eigentliche providentielle Sendung des preußischen Staates liegen - nicht etwa in einem deutschen Beruf, der von langer Hand her bewußt und planmäßig ergriffen worden wäre. Es war die Staatlosigkeit des Ganzen, die in Preußen die denkbar höchstgespannte Anforderung der Staatsräson an das Individuum hervorrief, das äußerste Gegenbild zu jenen beschaulichen und schläfrigen, anziehenden und nichtsnutzigen Kleinwelten, an denen das deutsche *ancien régime* des 18. Jahrhunderts so reich war. Aber auch das gehört zu dem geheimnisvollen Sinn der deutschen Geschichte, daß sie solche äußersten Gegensätze aus sich selber erzeugte und von denselben Generationen auf getrennten Schauplätzen gleichzeitig durchleben ließ.

Allen diesen inneren Kräften aber, die in dem unerschöpflichen Leben der Nation durcheinander wogten, war eine bestimmte Grenze gesetzt, die nicht überschritten werden konnte: in die Welt über See, die sich seit dem 16. und 17. Jahrhundert zu eröffnen begann, reichten sie überhaupt nicht hinein. Als der Kampf um diese Welt in den Mittelpunkt des europäischen Machtringens rückte, fiel weder dem deutschen Gesamtstaat noch seinen größern Teilen ein eigener Anteil an solcher

Möglichkeit zu, dem deutschen Volke aber, einst dem Träger großer kolonisatorischer Bewegungen über Land und über See, sollte jetzt nur ein dienender Anteil beschieden sein. Es wirkt wie ein symbolischer Vorgang, wenn man zu Anfang des 18. Jahrhunderts aus der in Flammen aufgehenden Pfalz, aus der sonnigen Heimat, die weder Sicherheit nach außen noch Frieden im Innern bot, die Auswanderer in holländischen Schiffen den Rhein hinunterfahren sieht, **um in Pennsylvanien eine neue Heimat unter englischer Hoheit zu gewinnen** - die erste Vorhut eines Heeres von Millionen, das dem Aufbau fremder Größe seine treue und geduldige Arbeit widmen wird. Unter ähnlichem Stern stehen die innereuropäischen Wanderungen der Deutschen dieser Zeit: wenn Maria Theresia und Joseph II. Bauern aus dem katholischen Süd- und Westdeutschland in den Banat und die Baczka holten, um dem verödeten Lande hinter der Militärgrenze einen zuverlässigen Siedlungsrückhalt zu geben; wenn die Zarin Katharina II. jene Kolonisten herbeirief, die inmitten der tartarischen Welt den Grund der **Wolgadeutschen Siedlungen** legten. Wo nur ähnliche Experimente gemacht wurden, waren die an Arbeit und Entsagung gewohnten Deutschen dabei, um in der Ferne, bis in die jütischen Heiden und in die andalusischen Berge hinein, einem Glücke nachzujagen, das ihnen in der heimischen Enge und Unsicherheit versagt war. Welche Verzettelung von wertvollen nationalen Kräften auf allen möglichen Schauplätzen - aber entsprach sie nicht dem Bilde der innern Zerklüftung, dem Mangel an einem obersten Willen, der die Geschicke der Nation in der Welt hätte lenken können? Wie wirken doch alle jene Entscheidungen, vor allem diejenigen, von denen wir ausgeschlossen blieben, bis in die Gegenwart nach! Heute können wir uns erst Rechenschaft geben, wieviel Unwiederbringliches damals auf dem Spiele stand.

Das Deutschland des 18. Jahrhunderts stand unter dem Zeichen einer inneren Machtprobe. Theoretisch gesehen, wäre es ein möglicher Verlauf der deutschen Staatsentwicklung gewesen, wenn die stärkste der großen Territorialbildungen, alle andern weit überflügelnd, sie schließlich irgendwie in sich aufgesogen oder sich Untertan gemacht haben würde. Praktisch aber nahmen die Dinge im 18. Jahrhundert einen derartigen Verlauf, daß zwei Möglichkeiten einer solchen Führerstellung nebeneinander auftauchten. Zwischen Österreich und Preußen brach ein Kampf um die Führerstellung aus, in dem der Sieg auch das Schicksal des Reiches entscheiden mußte - damit trat eine neue Komplikation in dem immer verwickelter werdenden Ablauf der deutschen Geschicke ein.

Beide Mächte waren auf dem Kolonialboden des Ostens erwachsen, die eine süddeutsche, dem katholischen Volksteil angehörig, mit der Führung des Kaisertums lange verbunden, die andere norddeutsch und von ausgesprochen protestantischem Charakter, die aktivste und zukunftsreichste der fürstlichen Neubildungen. Wenn man tiefer blickt, glaubt man zu erkennen, daß zwei Möglichkeiten der deutschen Entwicklung einander entgegentreten: die traditionellen Kräfte des Bodenständigen, Volkstümlichen, Gebundenen, und die organisatorischen und nationalen Energien neuer und fortschreitender Gestaltung. Die Seele des altdeutschen Mutterlandes und der Geist des Kolonialbodens; Welten, die so weit voneinander geschieden zu sein scheinen, wie die Formenfreude der barocken Kunst des 18. Jahrhunderts von der Strenge des Denkens und der Dialektik bei Kant und Lessing. Bis in die großen Persönlichkeiten der Vorkämpfer in beiden Lagern, bis zu Maria Theresia und Friedrich dem Großen, scheint diese Gegensätzlichkeit im tiefsten eine Verkörperung zu finden. Ist es ein Zufall, daß gerade sie die lebensvollsten Gestalten darstellen, die der Erinnerung des Volkes aus den Fürstengeschlechtern der Habsburger und Hohenzollern zurückgeblieben sind? In Friedrich dem Großen scheint sich die ganze Größe seines Hauses dergestalt zusammenzudrängen, daß man heute die verzweifeltsten Versuche macht, die Legende einer angeblichen Scheingröße zu zerstören. Alle Menschlichkeiten, die sein Bild entstellen, sie werden überwunden oder mit hinaufgehoben in das Ganze einer Persönlichkeit, die jeder Entgötterung standhält. Er war ein Despot, von dem trotz allem eine Atmosphäre geistiger Freiheit ausging, ein Jünger französischer Kultur, der doch in seiner Schrift über die deutsche Literatur sein verborgenes Deutschtum eingestand und im Geistigen die Ganzheit einer Nation fühlte, die er in der Politik nicht kannte; und wenn er sich selbst wie ein Moses erschien, dessen

Augen das gelobte Land nicht schauen sollten, so konnte er in seiner Stellung dieses Bekenntnis einer innern Zugehörigkeit zu einem aufsteigenden Deutschland kaum stärker ablegen. Gewiß lebte Maria Theresia in ihrer persönlichen Haltung in einem naturhafteren Verhältnis zur deutschen Kultur als der Philosoph von Sanssouci, aber die Politik und der Staat der "Königin von Böhmen und Ungarn" waren doch auch in die europäischen Zusammenhänge viel tiefer verflochten, als die reichstreue Publizistik Wort haben wollte.

Das ewig denkwürdige Ringen zwischen Maria Theresia und Friedrich dem Großen ist mehr als ein österreichisch-preußischer Machtkampf. Unausgesprochen steht ein drittes Deutschland dahinter, ob es nun am Kampfe beteiligt war oder nicht: das Schicksal Gesamtdeutschlands, das auf dem Wege der innern Reform nicht mehr umzubilden war und allein durch den Machtentscheid, durch Blut und Eisen in eine andere Lebensform überführt werden konnte. Das Heroische des Kampfes und seiner Persönlichkeiten strahlt eine Anziehungskraft aus, die niemals verblassen wird. Aber es darf darüber nicht vergessen werden, welcher nationale Energienverlust in diesem Ringen der führenden Häuser unseres Hochadels lag. Der Siebenjährige Krieg war zugleich ein Teilstück des großen Weltkampfes zwischen England und Frankreich, in dem geschlossene Nationalstaaten um das zukünftige Gesicht der Erdteile stritten. Wenn man mit Recht gesagt hat, daß auf deutschem Boden, bei Roßbach und Leuthen, die Entscheidung über ein französisches oder ein englisches Kanada fiel, so sehen wir in dem deutschen Anteil an solchen säkularen Entscheidungen unsere Schwerter wie in einem Bürgerkrieg gegen unsere eigene Brust gekehrt. Das Höchste des Genies und des Charakters wird daran gesetzt, den deutschen Bruder auf die Knie zu zwingen - und alles erschien in dem Ablauf, den die deutsche Geschichte seit dem 13. Jahrhundert genommen hatte, wie eine schicksalhafte Phase der Entwicklung, die notwendig durchschritten werden mußte.

Der große Kampf führte, statt eine eindeutige Entscheidung zu bringen, nur zu der Verewigung des Dualismus. Indem dieser Dualismus, das sich kompensierende Gleichgewicht der rivalisierenden Vormächte, gleichsam zu einem Stück ungeschriebenen Verfassungsrechtes wurde, wird auch der äußere Rahmen des schwer erschütterten Reiches, einschließlich der Existenz aller Mittleren und Kleineren, mit am Leben erhalten. Wie einst im 17. Jahrhundert Pufendorf seine vernichtende Kritik der Reichsverfassung in dem praktischen Ratschlage gipfeln ließ, Ruhendes nicht in Bewegung zu bringen, so endete Friedrich der Große, der letzte und mächtigste in der Reihe der großen Rebellen der Reichsgeschichte, schließlich in der Epoche des Fürstenbundes mit einer konservativen Politik der Erhaltung des Reiches. Im Endergebnis bleibt das Reich des 18. Jahrhunderts als Ganzes bestehen, ein gotisches Ungeheuer, in dem die verfallensten und die lebensvollsten Staatskräfte im Gemenge liegen, und neben verzweigten Scheingebilden große Mächte mit europäischen Horizonten als Glieder einer und derselben ehrwürdigen Gemeinschaft leben.

So hatte das heroische Ringen mit der Feststellung eines inneren Gleichgewichts der Kräfte geendet. Da sollte es geschehen, daß die Entscheidung über die deutsche Zukunft nicht aus dem Innern, nicht aus dieser an Spannungen und Kompensationen so überreichen Wesensbeschaffenheit unseres Staats- und Volkskörpers seinen Ausgang nahm, sondern von außen her mit elementarer Wucht fast unvermittelt über uns hereinbrach. Der französischen Revolution war es vorbehalten, auch den Grund, auf dem das Reichsgebäude stand, bis in seine letzten Tiefen aufzuwühlen, und jenes Lebensgesetz, in dem deutsche und europäische Entscheidung immer wieder sich wechselseitig verwirren und durchdringen, sollte nunmehr gebieterischer denn je zuvor über Leben und Tod des deutschen Volkes bestimmen.

3. Zusammenbruch und Erhebung.

Der Zusammenstoß zwischen der französischen Revolution und den beiden deutschen Vormächten war nicht einem ausgesprochen schuldhaften Kriegswillen der einen oder der andern Seite

zuzuschreiben, sondern er erhob sich mit innerer Notwendigkeit aus der Tiefe der Gegensätze. Der Anlauf von Österreich und Preußen, die alte Ordnung in Frankreich gegen die Revolution zu stützen, auf der einen Seite, die Übergriffe der Revolution in die Rechtssphäre des Deutschen Reichs auf der andern Seite, beides vereint führte zu einer Entfesselung der neu erwachten Urkräfte der französischen Nation, die nunmehr die im 17. Jahrhundert begründete, aber niemals ganz erloschene Rheinpolitik des alten Königtums mit verdoppelter Vehemenz wieder aufnahm.

Die beiden deutschen Mächte zusammen würden zur Abwehr stark genug gewesen sein, aber als in kritischen Situationen ihr eifersüchtiger Egoismus sie gegeneinandertrieb, als dann weiter ihre Ostpolitik infolge der polnischen Teilungen eine zweite Front der widerstrebenden Interessen fand, da konnte es nicht ausbleiben, daß das Deutsche Reich in die größte Krisis, die Europa bisher erlebt hatte, mit einem gespaltenen und von innen gelähmten außenpolitischen Willen eintrat. So führte der Rückzug auf der ganzen Linie, zu dem die deutschen Mächte allen Koalitionen zum Trotz genötigt wurden, in den Friedensschlüssen von **Basel (1795)**, **Campoformio (1799) und Lunéville (1801)** zu dem Einsturz der ganzen deutschen Westfront, zu dem Verlust der Rheinlinie, die von den Franzosen als ihre "natürliche Grenze" beansprucht wurde. Hier war die überlegene französische Nationalkraft auf die überlebtesten und widerstandsunfähigsten Gebilde unseres *ancien régime* gestoßen und hatte die militärisch weichsten Stellen unseres Grenzsystems der härtesten Probe ausgesetzt - als die deutschen Großmächte nacheinander den Kampf am Rheine aufgaben, war für das Reich die ganze Stellung nicht mehr zu halten, sondern eine Beute der triumphierenden Nachbarn. Das war mehr als der Verlust einer Grenzprovinz. Damit wurden die ältesten Kulturgebiete Deutschlands aus dem Körper des Reiches herausgerissen, in früheren Jahrhunderten die geistig und politisch führenden Landschaften, von denen einst Otto von Freising sagte: *ubi maxima vis regni noscitur* - wo bekanntlich die stärkste Kraft des Reiches beruht. **Von Speyer, der Grabstätte der salischen Kaiser, bis nach Mainz**, dem Sitz des *Primas Germaniae*, von dem heiligen Köln bis zu der von karolingischen Erinnerungen geweihten Krönungsstadt Aachen - es war, als wenn die stolzeste Vergangenheit der Deutschen mit einem Male versänke und uns nicht mehr angehörte. Und es war mehr als nur Vergangenheit, es war wirklichste Gegenwart. Das goldene Mainz wurde nicht mit Unrecht als der Schlüssel des Reiches gepriesen, und die ganze Rheinlinie mit den Brückenköpfen auf der andern Seite eröffnete ein System von militärischen Einmarschstraßen in das innere Deutschland.

Der Verlust des linken Rheinufers bedingte fast automatisch den Zusammenbruch der deutschen Reichsverfassung. Die nunmehr unaufhaltsame Zerstörung der geistlichen Staaten, der Reichsstädte und aller kleineren Elemente wirkte wie die Entfernung alles verbindenden und lückenfüllenden Mörtels aus einer Feldsteinwand. Was übrigblieb, waren nur die unverbundenen Blöcke einer Fürstenföderation, in der das partikulare Interesse der Selbsterhaltung souverän entschied. So gab das Haus Habsburg die Kaiserkrone preis, indem es sie auf seine Erblande übertrug, und sah ohne Widerspruch zu, daß Napoleon in Aachen als Erbe Karls des Großen die alte Kaisertradition übernahm. Das deutsche Fürstentum aber war in der neuen strategischen Lage, die durch die Rheinstellung der Franzosen geschaffen war, zumal in Süddeutschland dem militärischen Drucke von außen preisgegeben und genötigt, sich der politischen Führung Frankreichs zu unterstellen. Die seit dem **Westfälischen Frieden** lebendige politische Idee der Franzosen, ein "drittes Deutschland", eben dieses außerpreußische und außerösterreichische Restdeutschland, unter eigener Führung politisch-militärisch zu organisieren und, wie früher dem Habsburgischen Kaisertum, jetzt den beiden deutschen Großmächten entgegenzuwerfen, sah sich endlich am Ziele; die alte Spekulation auf die "*libertés germaniques*" war so gründlich gelungen, daß von einer Freiheit deutscher Nation kaum noch die Rede war. Der Rheinbund von 1806, der jedem Verhältnis gleichberechtigter Staaten Hohn sprach, erschien den Franzosen als das letzte Wort einer tausendjährigen Geschichte. Die falschen Prätensionen der Geschichte haben oft ein zäheres Leben als ihre tiefsten Lehren. So war es möglich, daß die Franzosen auch dann noch in den Phantasien dieses rheinbündischen Zwischenspiels fortlebten, als die deutsche Nation sich wieder auf sich selbst besonnen hatte, und

daß sie jene Wendung von 1866, in der Preußen an ihrer Stelle an der Spitze dieses dritten Deutschlands in einem Bunde gleichberechtigter Glieder auftrat, als eine unerhörte Verlagerung der Macht und eine frevelhafte Verletzung des historischen Rechts nicht ertragen wollten.

Selten begegnen wir in der Geschichte einem Vorgange, in dem wie in diesem Beispiel ein einziger Stoß von der Außenfront eines Staatskörpers her so vernichtend und auflösend auf dessen gesamte Innenorgane übergreift, daß schließlich das ganze von ihnen umschlossene Leben der Nation an der Wurzel getroffen wird. Aber was hier zusammenbrach, war nicht nur das äußere Gehäuse eines Staatskörpers, der seit Jahrhunderten der Entleerung verfallen war und sich nur durch die Rivalität seiner einzelnen Glieder am Leben erhielt, es war auch das innere Zusammensinken einer Gesellschaftsordnung, die gegenüber einer neuen Zeit keine Daseinsberechtigung mehr besaß und die Nation niemals wieder in die Höhe zu führen vermochte.

So konnte die Politik Napoleons Schritt für Schritt daran gehen, der deutschen Nation ein den Polen vergleichbares Schicksal zu bereiten. **Die Versuche Österreichs in den Jahren 1805 und 1809, Preußens in den Jahren 1806/07, sich dem drohenden Sturz in den Abgrund mit den Mitteln des alten Staates entgegenzuwerfen, endeten mit der Zertrümmerung ihrer eigenen Machtstellung.** Und nun erst schienen die deutschen Entscheidungen unwiderruflich. Nach dem alten Reiche stürzten auch die deutschen Einzelmächte, von denen einst eine Erneuerung des Ganzen zu hoffen war; nach der Macht des habsburgischen Kaiserhauses, die seit Jahrhunderten die glorreiche Doppelrolle für sich selbst und das Reich gespielt hatte, nun auch die führende Macht der reichsfürstlichen Opposition. Die Summe jener staatlichen Energien, die seit dem Großen Kurfürsten auf preußischem Boden zusammengerafft war, auch sie schien vergebens und sinnlos geworden. War es zu verwundern, daß die Menschen von damals an dem Sinn ihrer ganzen Geschichte zu zweifeln begannen und diesen Ausgang meinten als unabänderlich hinnehmen zu müssen? War es nicht das Ende und letzte Wort der Geschichte?

Mit der Zerstörung des letzten Restes gemeinsamer staatlicher Lebensformen im Reiche, mit dem Sturze von Österreich und Preußen, an dem das rheinbündische Truppengefolge Napoleons schon seinen Anteil hatte, verband sich eine immer weiter über den Rhein hinweg greifende Abreißung deutschen Bodens. Sie fraß sich im Jahre 1810 um die ganzen Nordseeküsten herum und erreichte in Lübeck sogar den innern Winkel der Ostsee und die Grenzen des Kolonialbodens. Eine fremde Weltpolitik holte aus den deutschen Bereichen soviel sie wollte in ihren Dienst. Schon das erste Aufgebot Pfälzer Rekruten war französischen Truppenteilen zugeordnet, die auf einer überseeischen Expedition nach der Negerinsel Martinique mit Mann und Maus zugrunde gingen, und Pfälzer Landsoldaten waren als seeunkundige Besatzung auch auf den französischen Schiffen verpackt, die bei Trafalgar von der englischen Flotte vernichtet wurden; von den Zehntausenden bayerischer, württembergischer und badischer Truppen, die im Jahre 1812 mit in den russischen Feldzug geschleppt wurden, sind nur wenige Hunderte zurückgekehrt. Während derselben Zeit hatte eine fremdnationale Kultur am linken Rheinufer längst begonnen, sich den geistigen Bedürfnissen der "Zukunfts-Franzosen" aufdringlich zu empfehlen; im Jahre 1810 glaubte man schon so weit zu sein, in Aachen alle deutschen Zeitungen zugunsten eines offiziellen *Journal de Roër* zu verbieten; niemand konnte wissen, ob nicht eine allmähliche Französierung der Sitten, wie im Elsaß, auch in das rheinische Volkstum einschleichen würde. Der Ausgang mußte das Ende der Nation sein - woher sollte man nur den Glauben nehmen, den ehernen Gang des Geschickes aufzuhalten?

Welche Umkehr aber in dem tausendjährigen Völkerschicksal, das hier entrollt wird. Einst die führende Universalmacht des Mittelalters, schienen die Deutschen mit Blut und Seele fremder Botmäßigkeit verfallen und in Gefahr, selbst die Trümmer ihres Nationalbestandes und die letzten Reste ihrer Selbstbestimmung zu verlieren.

Wie aber nahm die geistige Nation den Tod der staatlichen Nation auf? Die französische Revolution

war ein tiefes Erlebnis für den deutschen Geist geworden, so wenig er in seinem öffentlichen Zustande darauf vorbereitet war. Diese Deutschen, politisch unfertig und zusammenhangslos, gesellschaftlich rückständig und auf das rein Geistige abgedrängt, hier eher auf das Allgemeine, Überstaatliche, Weltbürgerlich-Philosophische gerichtet, erwiesen sich den französischen Ideen gegenüber in unglaublichem Maße empfänglich und zur Weiterbildung berufen. Wie aber gestaltete sich diese Wirkung, als auf die Invasion der französischen Ideen die Invasion der französischen Waffen folgte und die ganze Gemeinschaft öffentlichen Staatslebens zerschlug?

Es bleibt immer denkwürdig, wie die erlesensten Köpfe noch gegen die Wende des Jahrhunderts, als die entfesselte revolutionäre Nationalkraft der Franzosen schon über alle Dämme hinwegspülte, über die Lebensfragen des Staates und der Nation dachten. Wenn Kant in seiner Schrift "Zum ewigen Frieden" (1795) das Bild einer zukünftigen besseren Staatengesellschaft der Menschheit entwarf, verwandte er kein Nachdenken auf die Frage, unter welchen Bedingungen etwa ein deutscher Staat in seiner Weltföderation Platz finden werde - es war immerhin im Jahre des **Friedens von Basel**, der den Rückzug Preußens vom linken Rheinufer und die innere Auflösung des Reiches einleitete. Und als Novalis vier Jahre später - während der Rastatter Verhandlungen, in denen schon die Abtretung des linken Rheinufers auf der Tagesordnung stand - in seiner Schrift "Das Christentum oder Europa" (1799) die *magna charta* einer europäischen Friedensordnung aufstellte, gipfelte sie in der Idee: Es gibt nur einen Gott und Du sollst keine nationalen Götter neben ihm dulden. Noch herrscht ein Universalismus, der, ob rationalistisch oder romantisch, sich der Menschheit angehörig fühlt und zu dem Besonderen der Nation kein Verhältnis findet. Selbst ein so realpolitisch empfindender Kopf wie Friedrich Gentz wußte im Jahre 1801, zur Bekämpfung des Franzosen d'Hauterive und seines Programms einer von Frankreich geführten europäischen Föderation, doch nur die Wiederherstellung des alten Gleichgewichts des 18. Jahrhunderts zu empfehlen.

Erst unter dem erschütternden Erlebnis, daß mit dem Reiche, so überlebt auch Form und Inhalt waren, zugleich jede Art deutscher Freiheit für immer verloren schien, begann sich in dem deutschen Denken über den Staat jene Umbildung anzubahnen, die bis zum heutigen Tage hin das erregte Interesse aller zuschauenden Völker erweckt hat. Denn es handelte sich um das höchste geistig-sittliche Problem, das sich denken ließ: den Staat, von dem die Deutschen in einer Leidensgeschichte von Jahrhunderten abgedrängt waren, gewissermaßen von der Idee her mit höchster innerer Anspannung zurückzugewinnen und seine Erweckung zu neuem Leben in der Wirklichkeit vorzubereiten. Auf dem tiefsten Grunde ihrer Staatlosigkeit, auf dem Trümmerfelde eines verspielten nationalen Daseins begannen die Deutschen über die Problematik ihrer geschichtlichen Vergangenheit, über die Fragen von Staat und Nation, von Macht und Recht, von Innen und Außen ernsthaft nachzusinnen. Selbst die innerlichsten und weltbürgerlichsten ihrer idealistischen Köpfe vermochten sich nicht der Forderung zu entziehen, die das Leben so erbarmungslos an sie stellte.

Es war kein Zufall, daß man auf dem Gipfelpunkt der napoleonischen Macht und der eigenen Ohnmacht das Wesen des Staates nicht nur als Recht, sondern auch als Macht, nicht nur als eine Lebensordnung zwischen Individuum und Gemeinschaft, sondern als einen Machtausdruck in dem Verhältnis der Staaten untereinander zu begreifen und sich in diesem Zusammenhange, wie es Fichte und Clausewitz taten, auch der Lehre Machiavellis zu öffnen wagte. Die Macht bedeutete für dieses Geschlecht nicht, wie für die übrigen großen Völker, etwas, was man stillschweigend zu üben gewohnt war und höchstens an den Forderungen des Rechtes zu messen suchte, sondern vor allem etwas, was man nicht besaß und eben darum, um nicht völlig unterzugehen, leidenschaftlich erstrebte. So sollte man im weiteren Verlaufe dazu gelangen, dieses seelische Bedürfnis in der theoretischen Form des Machtgedankens - der die eigentlichen Machtvölker in der Geschichte viel weniger als die wirkliche Machtausübung beschäftigte - gleichsam zu verabsolutieren, auf die Gefahr der Überspannung hin, die sich in solcher Lage einzustellen pflegt.

Nicht anders steht es mit dem Begriffe der Nation selbst, der, weil er aus der deutschen Geschichte der letzten Jahrhunderte kaum noch beantwortet werden konnte und fast verloren schien, nur in enthusiastischer Übersteigerung neu gewonnen werden konnte. Herder war darin vorangegangen, und die Romantiker folgten ihm nach, das Ewige und Einmalige einer Nation in ihrer urtümlichen Existenz zu schauen, in ihrer Sprache, in ihren volksmäßigen geistigen Hervorbringungen in Spruch, Volkslied und Epos, in ihrer naturhaften und ursprünglichen Kunstübung, in ihrer lebendigen Geschichte mit ihrem Reichtum an Formungsmotiven und Vermächtnissen - mit alledem setzt der deutsche Anteil, der historisch-romantische Anteil an der Ideologie der modernen Nationalitätenerweckung ein. Konnte eine solche historische Selbstbesinnung, ein solches Zurückgehen in seinen eigenen Geist, irgendeinem Volke Europas mehr Impulse geben als den Deutschen, die jetzt eine ihrem Bewußtsein fast verlorene Geschichte als ein Stück Weltgeschichte begreifen lernten? Mit feinem Nachgefühl hat man neuerdings betont, wieviel daran hing, daß auch das koloniale Deutschland den geschichtlichen Traditionsreichtum des Mutterlandes damals zu ahnen und zu erleben begann. So galt es für dieses deutsche Geschlecht, ein Nationalgefühl gleichsam neu zu erzeugen, historisch in der Vergangenheit begründet, philosophisch aus den Tiefen der Sittlichkeit sich nährend, geistig von einem bewußten Lebenswillen durchflutet - wie viel Wesenszüge des Nationalismus späterer Generationen sind keimhaft in dem Ringen dieser Menschen angelegt, die alles verloren hatten und alles wiedergewinnen wollten. Nur durch Anspannung, nur durch Überhebung, so hat man mit Recht gesagt, konnte ein so unpolitisches Geschlecht zu einem nationalen Selbstgefühl erzogen werden, wie es für die Engländer und die Franzosen ein natürliches Erzeugnis ihrer Geschichte und ihres Seins ist.

Indem dieser neugeborene Nationalismus tief in eine halb verschüttete und nun wieder aufgedeckte Vergangenheit eintauchte, indem er sehnsüchtig zu den letzten Untergründen alles nationalen Seins vordrang, scheute er sich nicht, gleichzeitig ein anderes mächtiges Stück vergangenen Geschehens als einen Irrweg der Geschichte radikal abzulehnen. Jeder kennt den heroischen Auftakt von Fichtes "Reden an die deutsche Nation": "Ich rede für Deutsche schlechtweg und von Deutschen schlechtweg." Aber auch die Fortsetzung dieser Eingangsworte sollte nicht zu leicht genommen werden: "nicht anerkennend, sondern beiseitesetzend und wegwerfend alle die trennenden Unterscheidungen, welche unselige Ereignisse seit Jahrhunderten in der einigen Nation gemacht hatten". Denn was hier im Namen der Nation verworfen und verleugnet wurde, war nichts Geringeres als die Geschichte und die Staatlichkeit aller deutschen Territorien, Österreichs und Preußens voran, ihrer Tradition und ihres Ruhmes, alles dessen, was den stolzen Inhalt von Jahrhunderten bildete und was in Wahrheit auch wieder ein unentbehrliches Element jeder Erhebung war. Mit demselben Radikalismus, mit dem die nationale Revolution der Franzosen ihre ganze Königszeit auslöschte, glaubte der deutsche Denker mit einem Sprunge hinwegsetzen zu können über alles, was in dem Dasein unseres Volkes seit Jahrhunderten an staatlichen Werten erzeugt worden war.

Das Umschlagen vom Weltbürgertum zum Nationalstaat ist von einem der geistigsten Werke unserer Geschichtschreibung bis in seine feinsten Verästelungen in deutschen Köpfen durchleuchtet worden. Es ist aber nicht außer acht zu lassen, daß zwischen die beiden gegensätzlichen Welten als dritte sich das starke Element des territorialstaatlichen politischen Denkens schiebt - ob es nun im kleinsten Kreise sein Genüge findet oder einer großen Staatstradition, wie in Österreich und Preußen, sich rühmen darf. Während früher in diese reale Welt auch kosmopolitische Untertöne einströmen mochten, beginnt sie sich jetzt immer mehr dem nationalstaatlichen Denken zu öffnen. Die deutsche Landkarte war nun einmal so bunt, daß ein jeder auf anderm Wege sich seinem Ziele, das nur in unsicheren Umrissen in weiter Ferne sich abhob, zu nähern suchte.

In Wahrheit war für die Reformer und Befreier doch nur in Österreich oder in Preußen der staatliche und militärische Rückhalt zu finden, den man brauchte, die Kraft des sittlichen Opferwillens für eine große Gemeinschaft aufzurufen. Der Ruhm Friedrichs des Großen war ein Bindemittel der

deutschen Nationalität - und wenn auch sein Staat zusammengebrochen war und in seiner alten Gestalt nicht wieder erweckt werden konnte, so war doch der Genius des großen Königs einer der unwiderstehlichsten Antriebe der Erhebung. Diese Reformer und Befreier bildeten ja nicht eine geschlossene innerliche Einheit, sondern ihr politisches und sittliches Denken vereinigte die verschiedensten Motive in sich. Sie reichten von den reinen Borussen, die noch ganz im Geiste des Staates vor 1806 wurzelten, bis zum Freiherrn vom Stein, der, obwohl preußischer Minister, gestand: "Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland", ja bis zu jenen Deutschen der Idee, die alle historische Wirklichkeit übersehen zu dürfen meinten. In jedem einzelnen der führenden Männer sieht man eine andere, eine höchst individuelle Mischung der Elemente der Befreiung, ob sie aus dem Arsenal der französischen Revolution die Waffen zur Gegenwehr nehmen, ob sie romantisch den Glanz und die Größe einer altdeutschen Vergangenheit zu erneuern suchen, ob sie für den Neubau des Staates und die politische Erziehung eines neuen Geschlechtes in die Ideen der Sittlichkeit, der Selbstverantwortung und der Selbstverwaltung eintauchen. Welche Fülle von Antrieben, die sich kreuzen und steigern, alle zusammengehalten durch die Glut des Willens und die Tiefe der Empfindung!

Die große Wendung in der geistig-staatlichen Wesensart der Deutschen wurde freudig überall da in Europa begrüßt, wo man im Kampf für die Freiheit der Völker gegen die französische Hegemonie stand. Erst späteren Zeiten ist es vorbehalten geblieben, die deutsche Seele in diesem Umschwung an einem verhängnisvollen Kreuzweg zu sehen, an dem wir aus einem Volke von weltbürgerlicher und unpolitischer Geisteshaltung uns leider in ein anderes Volk von nationalistischerem Gepräge und unerwarteten Machtbedürfnissen zu verwandeln begonnen hätten. Noch ein neueres französisches Buch über den Ursprung des Pangermanismus erinnert an jenes Volk der Dichter und Denker, das niemand so naiv und zärtlich wie Frankreich geliebt habe. Daß die bekannte Antithese, in der auch das Deutschland Goethes und das Deutschland Bismarcks oder auch kurzweg Weimar und Potsdam einander gegenübergestellt werden, schon logisch unzulässig ist, bedarf keiner Erörterung - wer würde das Frankreich Racines und Molières und das Frankreich Ludwigs XIV. in einen inneren Gegensatz zueinander zu bringen wagen. Aber es lohnt sich, das Spiel der Argumente, das immer von neuem in den Geschichtsbüchern und in der Publizistik gespielt wird, auch von innen her aufzudecken.

Das Deutschland der Dichter und Denker ist am inbrünstigsten nicht von denen gepriesen worden, die eben diese Dichter und Denker um ihretwillen verehrten, sondern in der Regel von denen, die auch das politische Deutschland, das damals den staatlichen Hintergrund jener geistigen Welt bildete, als ein harmloses und dienendes, den Interessen der Nachbarn vortrefflich entsprechendes Glied in der europäischen Machtordnung zu schätzen wußten. Dieses Deutschland von 1770 bis 1810 umfaßte aber zugleich das Zeitalter, das den Untergang des Reiches, das Versinken in Fremdherrschaft, das Verbluten für die Machtziele anderer, die schwerste Heimsuchung unserer nationalen Geschichte erleben mußte - das alles sah sich aus dem Lager siegreicher Nachbarn viel gleichgültiger oder erträglicher an, als es dem deutschen Geschlecht erschien, das damals jenes Meer von Not und Schande zu durchschreiten hatte. Unbegreiflich wird das Spiel mit dem Schlagwort der beiden Deutschland, die sich an diesem Kreuzweg des Erlebens voneinander trennen, erst dann, wenn Deutsche, die jedes tieferen historischen Sinnes entbehren, es sich gelehrig aneignen.

Die beginnende geistige Umwälzung der Deutschen, die an der Wiege unserer neuen nationalen Geschichte steht, beflügelte die Seelen der Führer und erfüllte die Vorhut der Kämpfer mit staatlichem Sinn und mit Bereitschaft zum Opfer, aber sie konnte nicht mit einem Schlage eine Geschichte von Jahrhunderten umwälzen und ein ganzes Volk umschaffen. So rasch läßt sich die verlorene politische Freiheit nicht zurückerobern.

Vor allem aber dürfen wir uns nicht verhehlen, daß die Eigenkraft der Deutschen, materiell und

moralisch genommen, damals noch nicht entfernt ausgereicht haben würde, das Schicksal, dem wir verfallen schienen, zu wenden und einen ebenbürtigen Platz im Kreise der Staatengesellschaft zurückzugewinnen. Allein im Bunde mit denjenigen europäischen Mächten, die mit uns das unerträgliche Joch der französischen Hegemonie abzuwerfen entschlossen waren, ließ sich das Werk der Befreiung von 1813 bis 1815 durchführen.

Also vollzog sich auch diese Krisis deutscher Geschichte, der erste Schritt des nationalen Wiederaufstiegs und die erste Ahnung neuer nationaler Antriebe, als ein Glied umfassender europäischer Umwälzungen. In den Befreiungsschlachten des Jahres 1813 rang auf deutschem Boden fast ganz Europa miteinander, und bis zur Völkerschlacht bei Leipzig floß - wie einst im Dreißigjährigen Kriege und in den Kriegen der friderizianischen Epoche - auf beiden Seiten deutsches Blut; auch nur ein Teil der Deutschen war in diesen Monaten an den eigentlichen unvergeßlichen Entscheidungen im Felde beteiligt, die ostelbischen Provinzen Preußens und die deutschen Erblande der österreichischen Monarchie. Dementsprechend blieb auch jede politische Entscheidung auf deutschem Boden eng mit den europäischen Machtinteressen verknüpft, die sie herbeiführen halfen, und die Stimmen von Rußland, England, Österreich hallten vernehmlich in die Angelegenheiten hinein, die der feurige Idealismus der Befreier und Reformer am liebsten der nationalen Selbstbestimmung überlassen hätte. Nicht die Nation, ein Begriff, der noch jedes Körpers, jedes Organs entbehrte, konnte den deutschen Anteil am Ergebnis des Kampfes bestimmen, sondern die Gewalten, die in langem historischen Ablauf auf dem Boden dieser Nation erwachsen waren. Selbst der preußische Staat, der am tiefsten in diesen Jahren in die nationale Idee eingetaucht war, reichte mit seinen Traditionen und Lebensinteressen auch wieder über die Nation hinaus und ging seine eigenen Wege.

Unter diesem Zeichen vollzog sich auf dem **Wiener Kongreß** der Wiederaufbau einer staatlichen Gemeinschaft der Deutschen. Ein Gesetzgeber, der vom Himmel käme, wäre zu wünschen - so hatte der Philosoph Schelling wenige Tage vor der Leipziger Völkerschlacht geschrieben -, um den Deutschen (da das Alte doch wohl nicht wiederkommen könne) die Verfassung zu geben, die zu ihrem dauernden Glück notwendig sei. Aber die irdischen Dinge verleugnen niemals ihre irdischen Abhängigkeiten. Es war wohl unvermeidlich, daß ein Schicksal, das sich während eines Jahrtausends im Leben eines Volkes vollstreckt hatte, nicht durch eine plötzliche Gnade von oben her zum Heil gewendet werden konnte, und eine tiefe sittliche Notwendigkeit forderte, daß allein die eigene Kraft von deutschen Generationen wiederaufrichtete, was in Jahrhunderten verspielt war. Und so hatte es auch seinen guten Grund, daß die uns umgebende Welt der großen Mächte dieser Erde, soweit sie an den Entscheidungen von 1813 bis 1815 beteiligt war, für sich in Anspruch nahm, auf diese deutschen Dinge, die irgendwie sie alle angingen, einen weitgreifenden Einfluß auszuüben. Für alle diejenigen aber, die schon im Befreiungskriege aus vollem Herzen eine reinere Lösung erstrebt und in der Idee vorweggenommen hatten, war der Ausgang eine bittere Lehre - mehr als ein Menschenalter sollte dazu gehören, um den Sinn dieser Lehre den Köpfen und Seelen der Deutschen einzuprägen.

4. Deutscher Bund und nationale Erhebung.

Ein Werk der Beruhigung nach aufwühlenden Erlebnissen zu schaffen, mit jenem feierlichen Anspruch auf Dauer, der nach solchen Katastrophen ein Bedürfnis der Menschen ist - darin sah der **Wiener Kongreß** seine weltgeschichtliche Aufgabe. Die neue Lebensform, in der nunmehr der deutsche Staat nach seiner völligen Zerstörung wieder hergestellt wurde, der Deutsche Bund, war zugleich ein Bestandteil, in gewissem Sinne sogar das Kernstück einer neuen europäischen Ordnung. Noch einmal erschienen, wie es einst im **Westfälischen Frieden** geschehen, deutsche und europäische Interessen in einem einzigen Rechtszusammenhange ineinander verwoben, und es blieb noch für Menschenalter von hoher Tragweite, daß sie nicht gesondert voneinander in Bewegung

gesetzt werden konnten. Dieser Deutsche Bund war alles andere eher als ein nationales Staatsgebilde von der Art, wie es der französische Geist in immer neuen Anläufen für sich zu gestalten versuchte. Vielmehr eine höchst eigentümliche Schöpfung, gegen die von der Theorie des Staates vielleicht nicht mehr der Vorwurf der Monstrosität wie im 17. Jahrhundert erhoben werden konnte, die aber niemand in der Welt so hätte erfinden können, wenn nicht die doppelte Aufgabe darin bestanden hätte: eine unendliche Vielfältigkeit von Überresten einer jahrhundertelangen Vergangenheit zu übernehmen und mit dem politischen Schlußergebnis der letzten Machtauseinandersetzung in irgendein dauerndes Verhältnis zu bringen. So kam es zu einer kompromißmäßigen Verbindung von Altem und Neuem, in der die tief im Erdboden steckenden Fundamente, die tragenden Säulen und ein verwickeltes System von Verzahnungen sorgfältig miteinander ausbalanciert waren.

Anders als im **Westfälischen Frieden** wurde eine Neuordnung geschaffen, bei deren Begründung die deutschen Vormächte im Lager der Sieger standen. So wurde denn die französische Gewaltordnung der letzten Jahrzehnte, ob sie nun in unmittelbarer Ausdehnung des Empire bestanden oder scheinselbständig wuchernde Neubildungen im Stile des Königreichs Westfalen herausgetrieben hatte, bis auf den letzten Rest wieder beseitigt. Alle Landschaften, auf denen das fremde Joch gelastet hatte, wurden dem Leben des deutschen Staates wieder einverleibt; dem Verhängnis entrannen nur diejenigen rheinbündischen Staaten, die in Süd- und Westdeutschland auf altdeutschen staatlichen Stamm aufgepfropft waren und jetzt rechtzeitig die Partei wechselten. So erneuerte der Deutsche Bund das zu Anfang des Jahrhunderts untergegangene Reich zwar nicht in seinen alten Formen, die nicht mehr zu neuem Leben erweckt werden konnten, wohl aber in seinem wesentlichen Länderbestande und Zusammenhange, dergestalt, daß einerseits allerhand kleine Bestandteile der historischen Territorialwelt so restauriert wurden, wie sie zuletzt auf dem Boden des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation gelebt hatten, anderseits aber auch ein Teil der unter den Fittichen des napoleonischen Adlers entstandenen Neubildungen übernommen wurde, deren innerer Aufbau völlig moderne, wenn nicht revolutionäre Züge trug. Vor allem traten die beiden Großmächte in dem Gebietsumfange, der die Anerkennung der neuen siegreichen Staatsräson Europas gefunden hatte, an die Spitze der neuen Ordnung. So lag Altes und Neues überall im Gemenge, ohne daß ein allgemein durchgreifendes höheres Prinzip der Regelung zu erkennen war - Diplomatie und Konvention entschieden die Durchführung im einzelnen.

Es war nicht mehr ein Reich, das den Schein eines Anspruches auf eindeutige Machtäußerung noch aufrechterhielt, sondern es war jetzt eingestandenermaßen ein loser Bund von souveränen Staaten, unter denen die beiden Vormächte, unbeschadet ihrer Zugehörigkeit zum Bunde, zugleich ein selbständiges großmächtliches Leben in Europa führten. Schon daraus ergab sich, daß die Bundesautorität nur auf dem Umwege über die Einzelsouveränitäten ausgeübt werden konnte und hier je nach dem Maße dieser Souveränität zur Geltung kam. An der Spitze des Bundes stand formell die alte Kaisermacht als Präsidialmacht, dieser im 16. bis 18. Jahrhundert zusammengewachsene Hausstaat, dessen ungarische, italienische und polnische Besitzungen außerhalb der Bundesgrenzen lagen. In Wirklichkeit aber standen die beiden Großmächte des Bundes in einer Art von politischem Gleichgewicht, in dem der Dualismus des 18. Jahrhunderts sein halb verschleiertes, halb anerkanntes Leben fortsetzte. Wenn die beiden Großmächte zusammengingen, war das Gewicht, das sie gemeinschaftlich mit dem Bunde in die Wagschale werfen konnten, in keinem Falle zu unterschätzen; vielmehr vermochte dann diese neue Organisation Mitteleuropas sich schlagfertiger und mächtiger als seit Jahrhunderten zur Geltung zu bringen. Wenn freilich die Großmächte uneinig waren oder gar offen gegeneinandergingen, dann war auch der Deutsche Bund als ein wirksames politisches Gebilde vor aller Welt in Frage gestellt, dann trieb man äußerstenfalls dem Chaos zu; als die preußische Politik im März 1848 einen von Österreich unabhängigen Weg einzuschlagen versuchte, glich der Bund jenem Schiff der Sage, dem der Magnetberg alle Klammern und Nieten aus seinem Gefüge herauszieht.

So verriet schon die Möglichkeit dieser Alternative, so wenig sie auch zunächst sichtbar wurde, die eingeborene Problematik, das unausgesprochene Geheimnis der neuen Schöpfung. Und je tiefer man eindrang, desto deutlicher wurde das Einmalige und Beispiellose eines Lösungsversuchs, der zwar einen Teil der Bundesglieder durch das befriedigte, was sie in und mit dem Bunde an äußerer Sicherheit in der Welt gewannen, dem andern Teile aber als das Wertvollste die freie politische Eigenbewegung erscheinen ließ, die sie trotz des Bundes und über ihn hinaus sich zu sichern verstanden. Die Staffel der Machtunterschiede zwischen den einzelnen Bundesgliedern führte von dem inhaltslosen Schein des Zwergstaates bis zu den großmächtlichen Realitäten, aber je höher man in dem Gesamtgebilde des Bundes emporstieg, desto mehr überwogen wieder die europäischen Staatsmerkmale die nationalen Bedürfnisse und Aufgaben im Innern. Diese Spannung hatte dann wieder zur Folge, daß gerade das außerösterreichische und das außerpreußische Deutschland sich gelegentlich als das dritte, das eigentliche, wenn nicht gar das wertvollste Deutschland vorkam, und daß der französische Nachbar, sobald er wieder zu Kräften kam, diesen Irrglauben, der von jeher zu seinen politischen Traditionen gehörte, mit erbaulichem Eifer zu nähren sich bemühte.

Aus alledem ergab sich eine höchst verschiedene Gesamtansicht des Bundes, je nachdem man von dem alten Reiche und seinen verfallenden Institutionen herkam oder die Maßstäbe eines modernen Staates an das Neue legte. Von dorther gesehen, ließ sich der relative Fortschritt zu gesundem Leben, innerhalb der Grenzen des Durchführbaren, nicht verkennen; von hier aus blieb nur der niederziehende Eindruck zurück, wie unvollkommen und widerspruchsvoll das Ganze noch war. Daß keine endgültige, geschweige denn eine ideale Lösung vorlag, sondern höchstens eine neue Stufe der Entwicklung erreicht war, dämmerte schon den feurigen Köpfen, die mit der Idee der Nation in den Befreiungskampf gezogen waren; im Laufe des nächsten Menschenalters wurde es die Überzeugung immer wachsender Kreise, bis die Kritik das ganze Bild des Bestehenden ungerecht und höhnisch verzerrte. Der rückblickende Historiker weiß, daß man dem Deutschen Bunde nur dann gerecht wird, wenn man seine Existenz zwischen den Zeitaltern und zwischen den Welten, zwischen den geschichtlichen Daseinsformen des deutschen Staates ins Auge faßt - als eine unvermeidliche Durchgangsform, die auf dem Wege vom alten Reiche zum modernen Nationalstaat durchschritten werden mußte.

An einer Stelle klaffte der Bruch zwischen Ideal und Leben ganz unversöhnlich. Eine Wiederaufnahme und Fortführung der sittlichen und geistigen Antriebe, die den Befreiungskrieg getragen hatten, fand in dem Geiste der neuen Staatsordnung keinen Raum, und insofern diese Antriebe nicht nur die Befreiung vom Joch der Fremdherrschaft erstrebt, sondern auch die staatliche Freiheit einer sich selber bestimmenden Nation als Endziel gewollt hatten, standen sie zu dem Wesen des Deutschen Bundes in einem tiefen Gegensatz; als ein aufbauendes Motiv kamen sie für die neue Staatsordnung nicht in Betracht, und sobald sie sich jugendlich und hemmungslos rührten, riefen sie von der andern Seite nur eine gewaltsame Unterdrückung hervor. Die Ideen, die man in der Stunde der Not angerufen, konnten noch keinen Tempel erbauen, in dem man für immer der Nation diente.

So setzte mit der Begründung der Restauration eine neue Spannung im deutschen Leben ein. Sie äußerte sich heftiger, wo die Menschen in die alte Enge kleinstaatlicher Existenz wieder eingesperrt oder infolge der Gebietsverschiebungen des Wiener Kongresses aus älteren geschichtlichen Zusammenhängen unter neue und traditionslose Herrschaft gestellt wurden; sie war aber schwächer, wo sie vermöge ihrer Zugehörigkeit zu einem Großstaat (oder auch Mittelstaat) durch ein volleres politisches Lebensbewußtsein über die utopischen Bilder dessen, was eines Tages aus der deutschen Nation werden könne, mehr oder weniger hinweggehoben wurden.

Der erste Eindruck der Staatenwelt des Bundes war: der alte deutsche Hochadel, der seit Jahrhunderten schon die deutschen Geschicke bestimmte, jetzt nicht mehr als zwei Dutzend Familien, teilte noch einmal die deutsche Welt in sich auf. Die Habsburger und die Hohenzollern,

die Welfen und die Wittelsbacher, die Württemberger und die Zähringer, die Hessen und die Nassauer, die Wettiner und die Oldenburger, die Mecklenburger und die Anhaltiner; von den kleineren Häusern zu schweigen, die wie die Lippe und Waldeck in Westfalen, die Schwarzburg und Reuß in Thüringen, die süddeutschen Hohenzollern durch irgendein Spiel des Zufalls im Kampf ums Dasein am Leben geblieben waren. Aber diese Dynastien hatten vermöge ihrer historischen Erlebnisse nicht bloß ein deutsches, sondern meistens auch ein europäisches Gesicht, sie verlängerten sich gleichsam in Europa hinein. Die Habsburger waren längst eine große europäische Dynastie, die auch jetzt noch einige kleine italienische Fürstenthrone besetzte; unter den Erzherzögen bildete sich im nächsten Menschenalter mehr als eine nationale Schattierung heraus, und der Hochadel, der das glorreichste Haus Europas umgab, repräsentierte nach Herkunft oder innerer Zugehörigkeit eine ganze Reihe von Nationalitäten. Von den Welfen war der jüngere Zweig längst ausgewandert aber die Verbindung, in die seitdem die Krone von Großbritannien und Irland mit dem Königreich Hannover gebracht war, warf einen seltsamen Glorienschein über das norddeutsche Bauernland. In ähnlicher Weise war von den Nassauern im Rheingau der jüngere oranische Zweig in einer großen historischen Laufbahn nach den Niederlanden gelangt, gehörte aber zugleich durch die Würde des Großherzogs von Luxemburg dem Bunde an. Das weitverzweigte Haus der Oldenburger verkörperte die Doppelstellung sogar in zwiefacher Weise; seine ältere, die königliche Linie, gehörte zugleich Europa und Deutschland an vermöge der Personalunion, die das Herzogtum Holstein mit dem Königreich Dänemark verband; die jüngere Linie, das Haus Gottorp, das sich in dem russischen Zarenhause unter die ersten europäischen Häuser erhoben hatte, in Schweden aber durch die Bernadotte entwurzelt wurde, war im Bunde durch das alte Stammland, das Großherzogtum Oldenburg, vertreten. Und solche Ambitionen starben auch in Zukunft nicht aus. So tief auch die Wittelsbacher ihre neue Königskrone in das Volkstum ihrer Landschaft zu versenken verstanden, der alte europäische Ehrgeiz des Hauses sollte wenigstens noch in einer kurzen griechischen Königslaufbahn einen romantisch gefärbten Nachklang finden. Von den Wettinern hatte die albertinische sächsische Linie nur mit Mühe ihre neue Königswürde aus dem napoleonisch-rheinbündischen Zusammenbruch gerettet, aber von der älteren Linie, den Ernestinern, die seit ihrer Katastrophe im 16. Jahrhundert in Thüringen immer von neuem sich gespalten hatte, sollte wenigstens ein Zweig, der von Coburg-Gotha, in dem nächsten Menschenalter eine Staffel europäisch-dynastischen Ehrgeizes nach der andern ersteigen und einen eigenen Typus einer zwischen den Völkern stehenden Familienhaltung herausbilden. Und daß selbst den kleinsten unter den alten Häusern solche bald glänzenden, bald abenteuerlichen Möglichkeiten zufallen konnten, sollten die Geschicke der Familie Hohenzollern-Sigmaringen zeigen. Aber auch von diesen "Laufbahnen" abgesehen, an wieviel Stellen wuchs die deutsche Aristokratie, deren Glieder noch immer den Anspruch auf Souveränität behaupteten, durch ihre verwandtschaftlichen Beziehungen in Europa hinein! Inmitten des familienhaften Charakters der europäischen Dynastieverbindungen konnte man geradezu von einem Blutskern des deutschen hohen Adels sprechen; so sehr auch diese Fäden mit der Zeit dünner wurden, und so wenig sie auch schweren Konflikten standhielten, so konnten sie doch immer wieder von ernsthafter Bedeutung werden. Die preußisch-russische Dynastieverbindung hat durch mehrere Generationen hindurch eine politische Realität besessen, mit der alle europäischen Mächte zu rechnen hatten.

Nach der geltenden Ordnung der Restauration standen diese Höfe voran, von den europäischen Zentren der großen Monarchien bis hinab zu den Miniaturresidenzen der kleinen Landesväter, und mit den Höfen die an sie angelehnten herrschenden Schichten mit ihren gesellschaftlichen Umrahmungen und ihren beamtlichen Instrumenten, die ganze jetzt wieder neuartig gruppierte Welt der Privilegierten, die sich in der Restaurationsepoche des deutschen Vormärz in die Ehren und Freuden des Lebens teilte. Daß an einzelnen Höfen persönliche Unzulänglichkeit und Unwürdigkeit der Fürsten den allgemeinen Unwillen erregte, war kaum zu vermeiden. Der monarchische Gedanke, in der Idee den Deutschen herkömmlich vertraut, war nun einmal durch allzu zahlreiche Repräsentation und übermäßige Verkleinerung in der Wirklichkeit bedroht. Bedenklicher war, daß dieses System, das sich in dem Menschenalter nach 1815 von neuem häuslich einrichtete, doch

vieles aus der Welt des *ancien régime* mit sich schleppte, was von den Draußenstehenden als überlebt und drückend empfunden wurde. Die Würde und der Pomp dieser monarchischen Repräsentation waren ja nicht mit dem großen Dasein einer Nation verbunden, das alle seine historischen Ausdrucksformen verklärt, sondern nur mit den Bruchteilen des Staates, manchmal nur die glänzende Spitze eines kleinstaatlichen Klassenaufbaus.

Aber die Dynastien sind nur der Vordergrund, die von ihnen vertretenen Staaten mit ihrem eigentümlichen Gehalt sind der eigentliche Inhalt des politischen Lebens im Deutschen Bunde. Wieder hat man den Eindruck, daß mit der Gesamtheit der ihm angehörigen Länder eine eindeutige Abgrenzung gegen Europa nicht gegeben ist. Bei der Neuordnung der europäischen Karte war eine Reihe von halben Lösungen übriggeblieben, die wohl ihre historische Erklärung haben aber völkerrechtlich und staatsrechtlich aus der sonst in der Welt gültigen Norm herausfallen. Wenn das Herzogtum Holstein durch Personalunion mit dem Königreich Dänemark, das Großherzogtum Luxemburg mit dem Königreich der Vereinigten Niederlande, und vor allem das Königreich Hannover mit der englischen Krone verbunden war, so mochte die Lockerheit des Deutschen Bundes solche Verzahnungen zulassen. Es ist aber gar nicht auszudenken, wie sich die deutsche Entwicklung gestaltet haben könnte, wenn die letztere Verknüpfung nicht durch das Glück eines dynastischen Zufalls im Jahre 1837 sich von selber gelöst hätte; die beiden anderen Kombinationen werden zwar ein Menschenalter länger fortbestehen, aber in den Krisenjahren der deutschen Einigung beide eine höchst gewichtige Rolle spielen, bevor der unvermeidliche Operationsschnitt vollzogen wird. Von höherer allgemeiner Bedeutung war es, daß gerade die beiden deutschen Vormächte nicht mit ihrem ganzen Bestande dem Bunde angehörten, sondern mit einem Teil ihres Lebens eigenkräftig in Europa hineinreichten. Während Österreich mit seinen reindeutschen und seinen deutsch-slawischen Erbländern, wie es die historische Entwicklung seit vielen Jahrhunderten mit sich gebracht hatte, dem Bunde angehörte, stand der weit überwiegende Teil seiner Kronlande, die magyarisch-kroatische, die polnische, die oberitalienische Welt seiner Besitzungen draußen; auch das erwachende nationale Selbstgefühl der Tschechen in Böhmen und Mähren betonte mit Vorliebe, daß sie nicht von wegen ihres Volkstums, sondern nur durch den persönlichen Träger der Krone mit dem Deutschen Bunde verbunden seien. So hohen Wert man auch in Wien, aus alter Tradition und nüchterner Machterwägung, auf die Würde einer Präsidialmacht des Bundes legte, so war man sich stets bewußt, daß das Schwergewicht der europäischen Interessen Österreichs nach vielen Seiten über den deutschen Staat hinausreiche. In dieser Doppelstellung fand der Charakter der Großmacht seinen natürlichen Ausdruck, und die Staatskunst von Jahrhunderten hatte das Haus Habsburg gelehrt, das eine mit dem andern als seine ihm von der Vorsehung zugefallene Aufgabe zu verbinden.

Ähnlich, und doch wieder von Grund aus anders, war die Stellung Preußens, dessen wesentlicher Schwerpunkt im Bunde ruhte. Wenn es ihm mit den Provinzen Ost- und Westpreußen nicht angehörte, so mochte das Draußenstehen der alten Ordenslande, volkstümlich gesehen, sinnlos sein, und nur in der letzten historischen Phase seine Erklärung finden. Mit der Provinz Posen, mit der aus dem Wiener Kongreß eine strategisch wichtige, aber tiefer in die deutsch-slavische Mischwelt hineinreichende Länderbrücke zwischen dem preußischen und dem schlesischen Flügel des Staates geschaffen worden war, stand es anders: hier fehlte irgendwelche historische Legitimation der Verbindung. Vor allem wurde an dieser Stelle sichtbar, daß auch Preußen - wenngleich in unvergleichlich geringerem Umfang als Österreich - einen großmächtlichen Interessenbereich besaß, der sich nicht restlos in den Aufgaben eines deutschen Staates unterbringen ließ, sondern die Autonomie seiner eigenen Staatsräson forderte.

Schon dieser rasche Überblick über den äußeren Aufbau des Deutschen Bundes hinterläßt einen überwältigenden Eindruck: wieviel historische Mitgift früherer Zeiten, auf dem Wiener Kongreß neu befestigt und sanktioniert, reicht in die neue deutsche Ordnung hinein und tritt uns mit dem ganzen Gewicht wohlerworbener Rechte gegenüber, und weiter: welchen Raum nehmen darunter

die problematischen Übergangslösungen ein, mit denen die Diplomatie zu allen Zeiten Dinge, die sie nicht zur Befriedigung aller entscheiden kann, mit den künstlichen Mitteln eines erträglichen Auswegs vertagt!

Jedes politische Gebilde hat schon vermöge seiner inneren Struktur ein bestimmtes Maß von außenpolitischer Aktivität. Wir sahen schon, das Gewicht des Bundes ruht auf einer Voraussetzung, auf dem Zusammengehen von Österreich und Preußen; schon seine militärische Leistungsfähigkeit ist in der Hauptsache die Summe der vereinigten militärischen Kräfte von Österreich und Preußen, die sich im Ernstfalle durch die Kontingente der übrigen, in ihren Leistungen untereinander sehr ungleichen Staaten verstärken. Aus diesen Konstruktionsmerkmalen ergibt sich, daß der Bund durch seine Wehrkraft mehr zu defensiver als zu offensiver Haltung befähigt war. Das entsprach im Zeitalter der Heiligen Allianz dem friedensseligen Charakter dieser deutschen Generation, die an der mit soviel Opfern erkämpften neuen Ordnung nichts geändert, aber alles erhalten wissen wollte. Mochte die weitere Peripherie Europas auch gelegentlich von neuen Erschütterungen heimgesucht werden, die still ruhende und sich fast neutralisierende Mitte Europas verbürgte die Beständigkeit des Ganzen. Die neuen Staatsphilosophen fanden bald auch geheimnisvolle Formeln, in der diese Unbeweglichkeit der Mitte als eine für Europa heilsame und unentbehrliche Einrichtung gepriesen wurde, und zerbrachen sich wenig den Kopf darüber, ob mit einer solchen ehrenvollen Funktion alle Bedürfnisse einer wachsenden Nation befriedigt wurden. Irgendein machtpolitischer Wille, das Gewicht des Bundes in der einen oder der anderen Richtung in die Wagschale zu werfen, war weder in der Oberschicht der Privilegierten noch in den Massen der Beherrschten zu entdecken. In den Tiefen schon gar nicht. Ein so temperamentvoller Franzose wie Balzac konnte seine Verwunderung über die leidenschaftslose Haltung dieser Generation nicht verhehlen, und er pries "das weise und edle Germanien, das so fruchtbar ist an ehrenwerten Charakteren, deren friedfertige Sitten sich selbst nach sieben Invasionen nicht verleugnen". Die behagliche Rückständigkeit des deutschen Lebens der Biedermeierzeit, dieser an unendlich vielen Orten wiederkehrenden Idyllen Spitzwegs, mußte nach außen hin einen höchst ungefährlichen Eindruck erwecken; war es doch für diese deutsche öffentliche Meinung eigentümlich, daß sie sich am leichtesten für Dinge aufrütteln ließ, die am weitesten von dem Schauplatz ihrer eigenen Interessen entfernt lagen. Sogar in jenen staatlichen Welten, in denen einst ein aktiverer Ehrgeiz den Ton angegeben, in Preußen und Österreich, schienen die alten Traditionen verblaßt zu sein; wenn ihre großmächtlichen Rivalitäten auch nicht ausstarben, so vermieden sie es doch, sich auf dem früher umkämpften Boden des deutschen Machteinflusses feindlich zu begegnen. Niemals war das fridericianische Lebenselixier des preußischen Staates so vertrocknet wie in den letzten Jahrzehnten Friedrich Wilhelms III., in denen der borussische Geist in den Aufgaben der Selbsterhaltung aufzugehen schien. Ebenso war die österreichische Politik unter Metternichs Führung darauf bedacht, jede Quelle einer neuen europäischen Unruhe, die der großen Machtstellung des Staates gefährlich werden konnte, zu verstopfen und die Unveränderlichkeit aller Zustände zum Programm zu erheben: *quieta non movere*.

Von dieser defensiven Grundhaltung der deutschen Staatenwelt machte auch das Verhältnis zu dem westlichen Nachbar keine Ausnahme. Nach dem großen französischen Einbruch im Westen war auf dem Wiener Kongresse nur die vorrevolutionäre Staatsgrenze der beiden Völker wiederhergestellt worden, und die nächste Aufgabe bestand darin, diese Grenzziehung auf dem umkämpftesten Gebiete Europas durch politisch-militärische Maßregeln auf die Dauer zu sichern. Da war es denn von der höchsten Tragweite, daß in den befreiten Landschaften links und rechts des Rheins nicht etwa die erstorbene Welt des ancien régime zu neuem Leben erweckt, sondern die Landeshoheit dem Königreich Preußen übertragen wurde. Es ist nicht zuviel gesagt, daß mit dieser Bestimmung die am tiefsten greifende und folgenreichste Umbildung des deutschen Staatslebens, seiner inneren und äußeren Struktur einsetzte. Allzu eindringlich predigte die Lehre des letzten Menschenalters, daß an dieser Stelle das äußere Lebensgesetz seinen Primat über die inneren Bedürfnisse des Herkommens behaupten müsse: daß nur eine starke und schlagfertige Staatsgewalt die Wacht am

Rhein anstatt abwehrschwacher und verzweigter Territorialhoheiten übernehmen könne. Schon Pitt hatte zu Beginn des Jahres 1805 in seinem großen europäischen Sicherheitsprogramm die gesamten Lande links des Rheins zwischen Maas und Mosel mit Preußen vereinigen wollen, um "hier eine mächtige Barriere der Verteidigung nicht nur von Holland, sondern auch von Norddeutschland gegen Frankreich aufzurichten"; ja, er hatte nötigenfalls so weit gehen wollen, auch die Gebiete östlich der Mosel (die mittelrheinischen Landschaften) hinzuzulegen, da "eine solche Einrichtung unendlich wirksamer für die Verteidigung Nordeuropas als irgendein anderer Plan sein würde". Es war die Erfahrung der englischen Gleichgewichtspolitik seit den Raubkriegen Ludwigs XIV. So forderten denn vor allem die englischen Staatsmänner, die Castlereagh und Wellington, auf dem Wiener Kongreß eine preußische Rheinstellung, um die Sicherheit und den Frieden Europas an der verletzlichsten Stelle durch ein Höchstmaß militärischer Abwehrkraft zu garantieren. Damit wurde die preußische Rheinstellung das Kernstück des großen Sicherheitssystems, das im Norden mit der Schöpfung des Königreiches der Vereinigten Niederlande einsetzte und auf dem Gebiet des Deutschen Bundes die Bundesfestungen Luxemburg, Mainz und Rastatt umfaßte. Erst am Oberrhein (den Pitt einst durch eine Festungskette mit österreichischen und preußischen Garnisonen hatte schützen wollen) wurde das System der Barriere schwächer; es ist bekannt, daß die preußischen Generale alles darangesetzt hatten, die Verteidigungslinie durch den Wiedergewinn des Elsaß zu verstärken und die alte Grenzlinie des Reiches vor 1648 wiederherzustellen - was immerhin unter dem überragenden Gesichtspunkt, der die europäische Welt auf dem Wiener Kongreß bewegte, eine ganze Lösung gewesen wäre.

Der Übergang an Preußen mochte in den alten rheinischen Krummstabslanden, in denen die große historische Reichstradition schon längst in dem äußerlichen Lebensgenuß eines geistlichen Rokoko versunken war, zunächst keineswegs leicht genommen werden. Es war nicht anders, wie wenn - um in einem Bilde moderner Kriegführung zu sprechen - in die Rebengehänge einer lieblichen Landschaft mit einem Male betonierte Unterstände eingebaut werden sollten. Aber auch wer dagegen murrte, daß der Geist des preußischen Militarismus, der norddeutsch-nüchternen Ordnung und Anspannung, des kolonialdeutschen Befehlens und Gehorchens jetzt als Herr in diese ältesten deutschen Kulturlande und in den Kreis der behaglichen Lebensfreuden einzog, die in der rheinischen Sonne und dem rheinischen Blute am besten gediehen, konnte sich nicht dagegen verschließen, daß dieser neue Herr als Befreier vom Joche der Fremdherrschaft und als Beschützer gegen ihre Wiederkehr in das Land kam. Und wenn der Preuße die Unerbittlichkeit der staatlichen Anforderungen auf diesem Boden wieder einbürgerte, so mochte historischer Rückblick der harten Gestalten der rheinischen Kaiserdynastie gedenken, die **von Speyer und Worms aus** das Reich regiert hatten - ein verwandter Ton klang aus dem Schritt der preußischen Regimenter, die jetzt in Köln und in Trier, oder in die Bundesfestungen Mainz und Luxemburg einrückten.

Daß nach der Franzosenzeit die bitteren Notwendigkeiten des Lebens das Wort führen mußten, scheinen die Saarbrücker am frühesten begriffen zu haben. Es waren die Bewohner jener Grenzlandschaft, die, als in der Zeit der napoleonischen hundert Tage eine Revision der Friedensbedingungen vorgenommen wurde, von Frankreich abgelöst und wieder mit Deutschland vereinigt wurde - wie es sowohl der Grenzführung des vorrevolutionären französischen Staates als der reindeutschen Art dieser Gebiete entsprach. Das Besondere war, daß man in Saarbrücken - in einer Zeit, wo der Bevölkerungswille nur selten in den Verhandlungen der Mächte zu Worte kam, stürmisch den Anschluß an den preußischen Staat verlangte. Man hat wohl gesagt, der einzige freiwillige Antrag einer Bevölkerung, Preußen zu werden, sei eben damals von hier ausgegangen. Und wenn das auch nicht ganz zutraf, an dieser Grenzecke an der Saar hatte es schon seinen tieferen symbolischen Grund, daß man so und nicht anders empfand: man rief das preußische Schwert, dessen Herkunft und Glorie auf das Kolonialland, das Ordensland zurückwies, jetzt in die Grenzbereiche des altdeutschen Mutterlandes, die im Verlaufe der Geschichte sich als die bedrohtesten erwiesen hatten.

Dieser Tatbestand wird nicht dadurch aufgehoben, daß der preußische Staat auf dem Wiener Kongresse seiner Versetzung an den Rhein von Haus aus heftig widerstrebt hatte (ähnlich wie damals auch in Bayern manche Stimmen laut wurden, die statt der entlegenen Pfalz lieber das nahe Salzburg genommen hätten). Das preußische Staatsinteresse als solches würde einen geschlossenen Staat im Osten unter allen Umständen einem in zwei Teile zerfallenden und dadurch schon in seinem geographischen Bau geradezu großmachtswidrigen Gebilde vorgezogen haben, das mit der doppelten Aufgabe des deutschen Grenzschutzes, von Memel bis Oberschlesien und von Cleve bis Saarbrücken, belastet war. Wenn jetzt das deutsche Gesamtinteresse, unter Mitwirkung Europas, den Sieg über den preußischen Partikularismus davontrug, so wurde Preußen eine schwere und verantwortungsvolle, aber dem Geiste des Staates entsprechende Aufgabe auferlegt. Es war, als wenn unter den deutschen Lebensbedingungen die Übernahme des Zweifrontenschutzes einer einzigen deutschen Macht als ihr besonderer Beruf zugefallen wäre. Der Vorgang wiegt noch schwerer, wenn man erwägt, daß gleichzeitig Österreich aus den Überlieferungen eines unmittelbaren Schutzes der Westfront so gut wie ganz (bis auf seinen symbolischen Anteil an der Mainzer Bundesgarnison) ausschied, um nun vollends zur östlichen Großmacht zu werden und in dem damit gegebenen Interessenkreise aufzugehen. Auch im Völkerleben tragen Aufgaben und Pflichten, die übernommen werden (mag die Übernahme zunächst auch nur widerstrebend erfolgen), den Kern eines Anrechtes, den Sinn einer Berufung in sich, und angesichts des ganzen deutschen Geschichtsverlaufes entzieht man sich schwer der Vorstellung, daß hier ein schicksalsreicher Posten von dem einen geräumt und von dem andern besetzt wird.

Daß auf der andern Seite die Franzosen unter allen Machteinbußen, die sie beim Sturze Napoleons erlitten, keine einzige mit so bitterem Widerstreben und so heftigen inneren Vorbehalten hinnahmen wie den Verlust ihrer Rheinstellung, ergibt sich aus der engen Verflechtung gerade dieses Machtzieles in ihre traditionelle Außenpolitik. Noch nach einem weiteren halben Jahrhundert dachte jeder Franzose, wenn er gegen "die Verträge von 1815" protestierte, im Grunde nur an den Rhein und seine Wiedergewinnung. Mit gesteigerter Empfindlichkeit aber, gleichsam als ein angetanes Unrecht, ertrug man es, daß der deutsche Westen und das linke Rheinufer fortan dem preußischen Staate als Wächter anvertraut wurden, also gerade derjenigen Militärmacht, von der nicht zu erwarten war, daß sie jemals freiwillig vor den französischen Waffen den Platz räumen würde. Nichts ist bezeichnender, als daß das bourbonische Königtum noch kurz vor seinem Sturz im Jahre 1829 die Orientkrise zu benutzen suchte, um vermöge eines verwickelten Systems von Ländertauschen die preußische Rheinstellung durch einen Mittelstaat von ungefährlicherer Nachbarschaft abzulösen - Gedanken, die länger als ein Menschenalter nicht aus dem Arsenal der diplomatischen Aushilfslösungen der Franzosen verschwinden werden. So wird sich denn von dieser Stelle aus eine gereizte innere Gegensätzlichkeit zwischen Franzosen und Preußen herauskristallisieren, die in ihren früheren Beziehungen während des 17. und 18. Jahrhunderts keinen besonderen Anlaß findet. Mit dieser antipreußischen Einstellung des französischen politischen Denkens wird alsbald eine interessierte Teilnahme an dem Schicksal der Rheinländer Hand in Hand gehen, die nach so vielen hingebungsvollen Versuchen, sie zu "*Français futurs*" hinaufzuentwickeln, nunmehr zu preußischen Untertanen geworden waren. Wir rühren hier an das Geheimnis eines Außenproblems, das sich in dem folgenden Menschenalter immer sichtbarer enthüllen und schließlich das Schicksal der beiden großen Völker wie ein Verhängnis gegeneinander treiben wird.

Zuerst sollte die Julirevolution, die erste allgemeine Erschütterung nach 1815, die in manchen Teilen Deutschlands innere Bewegungen der Unzufriedenheit auslöste, auch auf die außenpolitische Lage und damit das Gesamtproblem des deutschen Staates übergreifen. Beim Ausbruch der Revolution wandten viele deutsche Liberale ihre sehnsüchtigen Blicke nach Paris, obgleich sich dort eine halbe und verschämte Rückkehr zu den nationalen Erinnerungen der großen Revolution ankündigte. Als dann die Weiterwirkungen wie an einer Zündschnur über Europa sprangen, wurden sowohl die belgische Revolution als der Aufstand in Kongreßpolen auch von vielen Deutschen mit

begeisterter Anteilnahme begrüßt, weil man irgendwie von der Summe dieser Bewegungen einen freieren Luftzug erwartete, der die heimatliche Enge aufrühren würde, eine Steigerung des bürgerlichen Klassenbewußtseins, das hinter den herrschenden Schichten der Restauration auch bei uns selbstsicherer den Kopf erhob. Aber diese jugendliche öffentliche Meinung entbehrte noch jeder Tradition, die äußeren Lebensfragen des deutschen Volkes nach den ihnen eingeborenen Grundsätzen selbständig zu durchdringen, und begnügte sich, die Dinge der großen Politik gelehrig mit den Augen der Nachbarvölker anzuschauen; die katholischen Sympathien der Rheinländer für Belgien und die vage Polenschwärmerei der Süddeutschen gingen wie verblendet an der Frage vorbei, die für ein Volk von politischer Erfahrung den Ausschlag geben mußte. Die Begründung des belgischen Staates durchbrach zum ersten Male das System von 1815, insbesondere das Sicherheitsmotiv, das dem Königreich der Vereinigten Niederlande zugrunde gelegen, und niemand konnte voraussehen, ob die französischen Hintermänner der Umwälzung nicht eines Tages die Erinnerungen von 1793 wieder wachrufen und zum mindesten einen Druck auf die preußische Rheinstellung ausüben würden. Schon suchte Talleyrand die englische Politik für Tauschpläne einzufangen, die das ganze Rheinland den Franzosen zurückgeben sollten, und ein Heißsporn wie Armand Carrel wollte von Frieden nicht eher hören, als bis der letzte preußische Soldat vom linken Rheinufer verschwunden sei; in manchen Debatten der Franzosen stand nur noch zur Frage, ob man die volle Annexion oder nur die Autonomie der Rheinlande anstreben solle. Wenn nun auf der andern Seite der polnische Aufstand auf die preußischen Provinzen übergriff, so fiel damit eine zweite Karte des französischen Spiels in Europa auf den Tisch, mit der sich die ganze preußisch-deutsche Ostlinie ins Wanken bringen ließ. Jedenfalls war Preußen mit einem Male vor die Aufgabe gestellt, seine Ostfront und seine Westfront in demselben Augenblick militärisch decken zu müssen, in seiner ungünstigen langgestreckten Lage einem Zangendruck von zwei Fronten her ausgesetzt, dessen Hebelkräfte von Paris aus in Bewegung gesetzt wurden. Mit dem überlegenen Blicke des militärischen Staatsmannes erkannten Männer wie Gneisenau und Clausewitz die in Umrissen auftauchenden Gefahren, die damals die europäische Konstellation von Grund aus zu verschieben drohten.

Wenn somit Preußen nach der Julirevolution eine ausgesprochen antirevolutionäre Politik einschlug und die engste Fühlung mit den Ostmächten suchte, so handelte es aus außenpolitischer Notwendigkeit nach den Gesetzen der Selbsterhaltung - wie hätte es etwa um einer Popularität im liberalen und deutschen Lager willen eine europäische Politik fördern können, die in weiterer Konsequenz seinen eigenen Lebensinteressen tödlich werden mußte. Zum ersten Male wurde hier das Problem aller Probleme sichtbar: wie war der innenpolitische Fortschritt der Deutschen, der zur tieferen Begründung eines nationalen Staates unerläßlich war, in Einklang zu bringen mit den außenpolitischen Lebensbedingungen, die für den Deutschen Bund und seinen preußischen Machtkern ein unverbrüchliches Gesetz enthielten? Statt dessen, welche Spannung und welcher Widerspruch! - in jenen Jahren begann Ranke sich in seinen publizistischen Arbeiten mit dem Gedanken des Primats der auswärtigen über die innere Politik zu durchdringen.

Das alles war nur ein Vorspiel. Ernster schon nahmen die Dinge sich aus, als die orientalische Krisis des Jahres 1840 die europäischen Mächte heftiger gegeneinandertrieb, denn jetzt entlud sich der französische Tatendrang, im Orient enttäuscht, leidenschaftlich nach der Seite des Rheines. Thiers forderte als Minister den Krieg um des europäischen Gleichgewichts willen und erregte die Presse zu dem stürmischen Ausbruch: Frankreich müsse sich für das linkes Rheinufer schlagen. Aus dem Erlebnis dieses Jahres blieb für die Deutschen eine doppelte Erkenntnis zurück. Das erste war die absolute Einigkeit der Franzosen, wenn dieses eine politische Ziel winkte, das sich ihnen im Laufes der Zeit mit immer neuen Argumenten, mit einer Mischung von Geschichte, Recht und schönen Worten umgab; nicht umsonst hatten das alte Königtum und der Konvent, das Direktorium und das Kaisertum, so sehr sie in ihren Methoden verschiedene Wege eingeschlagen, doch ihren Anhängern die eine große Tradition erobernder Rheinpolitik hinterlassen. Selbst ein radikaler Sozialist wie L. Blanc erklärte im Jahre 1843 die "rheinische Frage" nicht für eine Frage der Gebietserweiterung,

sondern der nationalen Verteidigung, bei der nicht ein Eroberungsgeist, sondern nur "die Notwendigkeit unserer Sicherheit" in Frage komme. War es zu verwundern, daß es auch aus dem geruhsamen Deutschland damals patriotisch und lärmend zurückschallte: daß der junge Hauptmann von Moltke aus einer Prüfung der westlichen Grenzfragen den Schluß zog, daß vom historischen Recht und vom nationalen Standpunkt aus nicht Frankreich das linke Rheinufer von uns, vielmehr wir von ihm Elsaß und Lothringen anzusprechen hätten? Wenn Frankreich aber schon die Verträge von 1815, den einzigen Rechtstitel dieses Besitzes, brechen würde, so sollten die Deutschen sich vereinigen, das Schwert nicht eher in die Scheide zu stecken, als bis ihnen ihr ganzes Recht geworden!

Wenn die erregende Episode von 1840 auch so rasch verschwand, wie sie aufgetaucht war, für die Zukunft ließ sie den Deutschen noch eine weitere Lehre zurück. Die am meisten problematische Stelle der Ordnung von 1815 mochte in Ruhe bleiben, wenn der allgemeine Zustand, durch die beiden engverbundenen deutschen Großmächte gedeckt, nirgendwo angetastet wurde; in einer großen Krisis aber, in der die ganzen Zusammenhänge dieser europäischen Ordnung wieder in Bewegung gerieten, zumal in einer Krisis, in der dieser Deutsche Bund sich in einen deutschen Nationalstaat zu verwandeln anschickte, mußte aller Wahrscheinlichkeit nach das französische Begehren hemmungslos hervorbrechen.

So viel über die außenpolitischen Voraussetzungen des Deutschen Bundes - wie stand es mit den wichtigsten innerpolitischen Funktionen, die ihm obgelegen hätten, auf dem Gebiet des Rechtes und der sozialen Wohlfahrt, der Wirtschaft und des Verkehrs? Hier handelte es sich um die großen Lebensfragen, die schon von dem alten Reiche nicht gelöst wurden, sondern dem Ganzen gleichsam aus den Händen geglitten waren. Die Rückständigkeit des alten Reiches hatte gerade darin bestanden, daß es diese Lebensgebiete immer mehr seinen territorialen Teilen und deren souveräner Entscheidung überlassen, daß es nicht einmal die primitivsten Einheitsformen des öffentlichen Lebens hervorgebracht hatte, die in anderen Völkern längst ein selbstverständlicher Bestandteil der nationalen Gemeinschaft geworden waren. Genug, auch der Deutsche Bund erwies sich schon vermöge seiner Konstruktion - schon allein infolge seiner Verbindung mit einer Großmacht wie Österreich, die überwiegend in weitverzweigten europäischen Beziehungen lebte - als außerstande, einen Schritt vorwärts zu tun in Bereichen, die das ganze deutsche Leben umfaßten, zur Einheit des bürgerlichen Rechts, zur Einheit des Wirtschaftsgebietes, zur Einheit der Wirtschaftsmittel wie Münze, Maß und Gewicht. Es war nur die Frage, ob dieses völlige Versagen des Bundes das letzte Wort enthielt; ob die Deutschen für immer mit zersplitterten wirtschaftlichen Lebensformen dem Wettbewerb der geschlossenen nationalen Wirtschafts- und Staatskörper entgegentreten sollten; ob das wirtschaftliche Gesamtinteresse der österreichischen Monarchie oder die dynastische Verknüpfung Hannovers mit England ein unübersteigliches Hindernis für eine Wirtschaftseinheit bleiben sollte, wie sie die feurige Prophetennatur des schwäbischen Reichsstädters Friedrich List verkündete. Da war es von höchster Tragweite, daß die Schaffung eines größeren einheitlichen Wirtschaftsgebietes trotzdem zustande kam, nicht auf dem Wege der Bundesinstitutionen, sondern auf der Grundlage des freiwilligen und paritätischen Zusammenschlusses der Einzelnen: der Sonderbund, der so häufig die deutschen Geschicke zerrissen hatte, erwies sich in diesem Falle als schöpferisch, denn er wuchs in eine neue Einheit hinein. Die Entscheidung fiel, als die Verbindung des preußisch-hessischen und des bayrisch-württembergischen Zollvereins am 1. Januar 1834 über den mitteldeutschen Zollverein triumphierte, der sich vergeblich dazwischen zu legen versucht hatte: in den folgenden Jahrzehnten holte der Deutsche Zollverein, ohne Österreich, fast alle andern Glieder, außer den **Hansestädten**, zu sich herüber. Damit war eine Wirtschaftseinheit begründet, wie sie in der bisherigen staatlichen Entwicklung den Deutschen nicht beschieden gewesen war. Es war ein Werk noch des Obrigkeitsstaates und seines Beamtentums, das mit dieser großen historischen Leistung als Wortführer und Anwalt der erwachenden nationalen Wirtschaft erschien.

In diesem allmählich und geräuschlos sich vollziehenden Prozeß der Wirtschaftseinigung haben

später benachbarte Völker eine geheimnisvolle neue Methode zu erblicken vermeint, vermöge deren der dann fast automatisch folgende Schritt zur politischen Einigung vorbereitet sei, und das Wort "Zollverein" als einen mit besonders magischen Kräften ausgestatteten Begriff des Staats- und Völkerrechts in ihre Sprache aufgenommen. In Wirklichkeit lagen die Dinge doch so, daß die Deutschen über eine staatliche Einzelfunktion hinweg sich einen Weg zum Ganzen öffneten und auf dem irregulären Wege dieses Notbehelfs nur verspätet das nachholten, was die andern Völker in einem viel frühern Stadium ihrer Staatsentwicklung bereits durchgeführt hatten und als einen selbstverständlichen Inhalt ihrer Staatseinheit längst besaßen. Von hoher Bedeutung war dabei, daß die führende Zollvereinsmacht, der preußische Staat, dem schon seine militärische Verpflichtung eine so hervorragende Aufgabe für die Gesamtheit übertragen hatte, nunmehr durch die Führung der Wirtschaftspolitik im Zollverein, die ihm schon durch das eigene Interesse seines von der Maas bis an die Memel sich erstreckenden Staates auferlegt war, noch einen zweiten Rechtstitel, eine neue Anwartschaft auf die künftige politische Führung im außerösterreichischen Deutschland hinzugewann. Wenn aber dieser Gedanke dahin formuliert wird, daß die wirtschaftspolitische Führung und Organisation eine ihr analoge politische Führung und Organisation gewissermaßen zwangsläufig habe nach sich ziehen müssen, so hält er dem tatsächlichen geschichtlichen Verlaufe doch nicht stand. Denn alle großen politischen Krisen von 1848/50 bis zum Jahre 1866 lieferten den Nachweis, daß im Ernstfalle für die souveränen Mittelstaaten, die dem Zollverein angehörten, nicht das wohlverstandene Wirtschaftsinteresse, sondern der politische Selbstbehauptungswille als solcher den Ausschlag gab. So hat das wirtschaftliche Motiv zwar den Untergrund des deutschen Lebens in einer bestimmten Richtung verändert und die unvermeidliche kleindeutsche Lösung fördern helfen, aber es bleibt in der Stunde der Entscheidung doch nur eine sekundäre Triebkraft der Entwicklung. In das System der innerdeutschen Gegensätze tritt immerhin fortan ein neues Moment der Spannung ein, trennend und verbindend, den wirtschaftlich schöpferischen und arbeitenden Kräften im Volke ohne weiteres verständlich.

In andern Lebensfragen war ein solcher Ausgleich für das Versagen des Deutschen Bundes nicht zu finden. Der Zollverein konnte wohl Handelspolitik für seinen Bereich treiben, aber auch er hätte nicht ausgereicht, eine selbständige Beteiligung der Nation zur See und in der kolonialen Erschließung der Welt zu tragen. In die weite Welt, in der das maritim-kommerzielle Übergewicht Englands seit 1815 fast einer gottgewollten Einrichtung gleich galt, reichten weder das Ganze noch die Teile des deutschen Staates hinaus, und nur die Tatkraft der **Hansestädte** öffnete der binnenländisch gewordenen Nation den einen oder andern Weg ins Freie. Im großen Weltzusammenhange dauerte für die Deutschen vollends der Zustand der letzten Jahrhunderte unverändert fort. Wer in den engen und gedrückten Verhältnissen der Heimat keinen Raum fand und sich zur Auswanderung entschloß, der mußte das Aufgehen in fremden Staats- und Volkskörpern mit in Kauf nehmen. Das ganze Gewicht dieser Lebensfrage für das deutsche Volkstum sollte sich erst allmählich enthüllen. Was besagte es dagegen, wenn im Vormärz ein Verein deutscher Aristokraten den in der Wurzel verfehlten Versuch machte, die deutsche Auswanderung nach Texas dem künstlichen Experiment seines gesellschaftlichen Protektorates zu unterstellen. Nirgends in der Welt, wo immer deutscher Wagemut sich ebenbürtig in die Reihe der übrigen Völker stellte, wehte die Fahne einer großen Nation schützend und verheißungsvoll über seiner Siedlungsarbeit und ihren Früchten. Schon in den Jahren nach der Revolution wird es sich jährlich um eine Viertelmillion Menschen handeln, die mit einem damals höchst erregten deutschen Bewußtsein in eine unbekannte Welt hinausziehen, um dann doch nach einer, nach zwei oder drei Generationen fast restlos in einem fremden, politisch herrschenden Volkstum aufzugehen. So sollte das einstige Universalreich der Mitte Europas die Zukunftsmöglichkeiten, die es in den letzten Jahrhunderten des alten Reiches versäumt hatte, auch jetzt noch nicht einholen, sondern im Laufe des 19. Jahrhunderts Millionen seines aktivsten Bevölkerungsüberschusses unwiederbringlich für das eigene Volkstum verlieren: ja noch mehr, mit der eigenen völkischen Energie fremde Zukunftsmächte aufbauen helfen. Nicht nur, daß diese uns eines Tages auf unserm eigenen Schicksalswege in den Weg treten konnten - wessen Auge sah damals voraus, daß es sich um Millionen handele, deren Söhne und Enkel, Blut aus

unserm Blute, bewußt oder unbewußt, wenn die Sterne ungünstig standen, uns in weltgeschichtlicher Stunde feindselig und tödlich begegnen konnten. Jenes Deutschland der dreißiger, vierziger, fünfziger Jahre, in dem gemäß unserer Stellung in der Welt der Grund dieser Dinge gelegt wurde, hatte wenigstens eine dunkle Ahnung dessen, was sie eines Tages für uns würden bedeuten können. Wie einst Ernst Moritz Arndt nach dem Vaterland der Deutschen gefragt hatte, das größer sein müsse als alle einzelnen deutschen Wirklichkeiten, wie ein anderer deutscher Dichter, Hoffmann von Fallersleben, auf dem englischen Felsen Helgoland von einem Deutschland über alles in der Welt sang, das allen andern begegnen könne, wenn es einig zusammenhalte, so brachte damals der Schwabe Georg Herwegh, ein weltbürgerlicher Binnenländer, in seinem Lied von der deutschen Flotte die Sehnsucht nach einer uns verschlossenen Welt in ergreifende Verse. Es waren nicht Männer der herrschenden Schichten in der geltenden Ordnung - etwa des preußischen Geistes, der damals sehr ruhig saß -, sondern Männer der demokratischen Nationalpartei, die einem dunklen Drang aus der Tiefe Ausdruck gaben, von dem der Deutsche Bund amtlich nichts wußte, patriotische Poeten, die in den Unwirklichkeiten einer schöneren Zukunft lebten. Damals von den Regierungen des Bundes verfolgt, weil sie dem deutschen Freiheits- und Selbstbestimmungsdrang einen allzu lauten Ausdruck gaben, werden sie heute von unsern Nachbarvölkern als Kronzeugen eines zügellosen germanischen Machtdranges vor Gericht gezogen.

Und so kehren wir denn von dem äußeren Gehäuse des Deutschen Bundes und seiner Staatenwelt immer wieder zu dem zurück, was den Untergrund dieses ganzen politischen Lebens ausmachte, zu der noch so unwirklichen, aber in Wahrheit doch so wirklichen Existenz einer deutschen Nation, zu ihren Möglichkeiten, Bedürfnissen, Zielen, wie sie in den Befreiungskriegen schon in den Köpfen einzelner vorweggenommen waren und die folgende Generation immer unwiderstehlicher eroberten.

Wie wenig war übrig geblieben von den hohen Gedanken, die einst die Begeisterung der Freiheitskämpfer beflügelt hatte! Wie wenig hatten sie gemein mit der politischen Wirklichkeit, in der man jetzt lebte, mit diesem ganzen Gefüge des Deutschen Bundes, das so kunstvoll das Europäische und das Deutsche, das Größte und das Kleinste, ins Gleichgewicht zu setzen verstand! Der Frankfurter Bundestag mit seinem höfisch-adligen Personalbestande, mit der Geheimnistuerei seiner Geschäftsordnungen und Ausschüsse, mit der Beschränktheit seiner Kompetenzen und Initiativen erinnerte an den seligen Regensburger Reichstag, und war auf normalem Wege ebensowenig in schöpferischem Sinne umzugestalten, wie einst das Reich des 17. und 18. Jahrhunderts zu reformieren gewesen war. Hier war man groß, wenn es galt, selbständige Regungen der Nation zu unterdrücken, und klein, wenn höhere Aufgaben des nationalen Gemeinwohls an die Türe klopften und eine lebendige und volkstümliche Vertretung der Nation verlangten.

Das war es, was man in tiefer Beschämung empfand. Wie weit war die politische Wirklichkeit der Deutschen entfernt von den politischen Ideen, die in der umgehenden europäischen Welt, zumal seit der Julirevolution, immer machtvoller vorwärtsdrängten! Dem deutschen Volke als solchem war eine maßgebliche Beteiligung an der Gesamtheit seiner eigenen Geschicke versagt, und wo es solche Rechte, wie in den Mittelstaaten, verfassungsmäßig zu üben berechtigt war, ging man in der Regel in kleinlichem Hader zwischen Beamtentum und Kammern unter: auch die parlamentarische Institution wurde in das Partikulare und Beschränkte hinabgezogen. Wonach man aber sehnsüchtig verlangte, das war eine große Arena des politischen Lebens, wie die Engländer sie in ihrem Parlament besaßen, und auch die Franzosen sie seit der Julirevolution in den oratorischen Kämpfen ihrer Kammern wiedergewonnen hatten. An dieser Stelle berührte sich die nationale Idee und die freiheitliche Idee. Wer den nationalen Staat wollte, im Innern bis in die letzten Tiefen der Konsequenz durchgeführt und nach außen kräftig verwirklicht, konnte den ganzen Bund nur verneinen, er mußte eine Staatsidee aus ganz anderer Wurzel an seine Stelle setzen. In dieser Staatsidee der nationalen Einheit und Freiheit kamen politische Gedanken und Impulse des Westens zur Sprache, jedoch zugleich auch Triebkräfte, die dem nationalen Geiste selber entsprungen waren.

Aber sie mußten ohne Zweifel ein gutes Stück der historischen Welt des Deutschen Bundes in die Luft sprengen und sogar den Zusammenhang zerstören, in den diese deutsche Welt seit 1815 eingebettet war. War die nationale Idee schon stark genug, diese doppelte Belastung auf sich zu nehmen und trotz ihrer den nationalen Staat zu tragen? Ein historisch-politischer Denker wie Ranke, der in seinen Jugendjahren der Nationalbewegung nahegestanden, aber jetzt die Luft des höheren preußischen Beamtentums atmete, glaubte besorgt warnen zu müssen: "Auch könnte es nichts nützen, die Fahne einer eingebildeten Deutschheit aufzustecken. Wer will jemals in den Begriff oder in Worte fassen, was deutsch sei? Wer will ihn bei Namen nennen, den Genius unserer Jahrhunderte, der vergangenen und der künftigen? Es würde nur ein anderes Phantom werden, das uns nach andern falschen Wegen verführte." Es wird aber wohl zu allen Zeiten so sein, daß ein politisches Denken, das sich vornehmlich aus historischen Zusammenhängen nährt, sich gegen die verborgenen Kräfte des Zukünftigen verschließt, die unruhig und gewaltsam, aber verheißungsvoll die äußere Schale des Bestehenden zu sprengen trachten.

Die deutsche nationale Bewegung des 19. Jahrhunderts ist nach Umfang, Tiefe und zentraler Lage von Haus diejenige, die unter allen die innerlichste Besinnung der Geister hervorrufen und dann auch die nach außen hin sichtbarste Machtverschiebung hervorrufen mußte. Sie steht im Mittelpunkt einer ganzen Reihe kleinerer verwandter Nationalbewegungen, die ideell vielfach von ihr ausgelöst, befruchtet, angefeuert wurden, und die dann, sobald sie sich praktisch auswirkten, den deutschen Bestrebungen häufig auf den unsicheren Grenzlinien nationaler Mischgebiete begegneten, um unvermeidlich in Spannung und Reibung mit ihnen zu geraten; auch hier sollten, wie so oft in der Geschichte, die Waffen, die aus der eigenen Geistesschmiede hervorgegangen, von feindlichen Händen aufgenommen und umgeformt, sich drohend gegen die Brust ihres einstigen Urhebers richten.

Weltanschaulich hatte die Bewegung des deutschen Geschlechtes, das zwischen Befreiungskrieg und Märzrevolution lebte, einen doppelten geistigen Untergrund. Sie war auf der einen Seite gleichsam autochthon, und reichte zurück in die von Herder und der Romantik entfesselte Denk- und Gefühlsweise, die das urtümlich Wesentliche einer Nation in ihren natürlichen Voraussetzungen, ihrer Sprache, ihrer Volksdichtung, ihrer Geschichte zu entdecken und nun den Menschen zum Bewußtsein zu bringen gewohnt war. Es war eine Wendung des Geistes, die von Deutschland aus auf eine Reihe von schlummernden oder erst halb erwachten Nationalitäten übergriff. Es hatte seine symbolische Bedeutung, wenn der Freiherr vom Stein noch im Alter sich an die Spitze des Unternehmens der *Monumenta Germaniae historica* stellte; wenn man voll Hingebung sich bemühte, von der Marienburg bis zum Kölner Dom hin die Monumente vergangener Größe sichtbar zu erneuern oder zu vollenden; wenn den Zeugnissen deutschen Geistes, manchmal in gemeingermanischer Weite des Begriffes gefaßt, Stätten der Weihe und der Sammlung gewidmet wurden, wie die Walhalla bei Regensburg oder das germanische Nationalmuseum in Nürnberg; wenn auch die lebendige Kunst und Dichtung der Zeit eine unendliche Liebe auf die nationale Historisierung der Vergangenheit verschwendete. Denn diese Vergangenheit sollte ja aus dem Dunkel der Vergessenheit wieder machtvoll emporsteigen, um dem lebenden Geschlechte Mahner und Wegweiser zu werden, und die Germanisten der Sprache, des Rechtes, der Dichtung wurden wohl aus gelehrten zu politischen Wortführern, so daß die Germanistentage von 1846 und 1847 wie geistige Vorspiele des Frankfurter Parlamentes erscheinen.

Daneben her läuft eine zweite Linie von Ideen und Antrieben der Nationalbewegung, im Ursprung und Wesen höchst verschieden, nicht so sehr deutscher, als europäischer Natur. Auch die deutsche Bewegung nahm einen mächtigen Ansporn aus den demokratischen Ideen, die zuerst in der französischen Revolution von 1789 sich durchgesetzt hatten und, in der politischen Formel der Nationalsouveränität gipfelnd, dem Anspruch jeder einzelnen Nation auf Selbstbestimmung nach innen wie nach außen einen ungeheuren Anstoß gaben. Seit der Julirevolution hatten sie von neuem in der Welt um sich gegriffen, überall das angeborene Recht der Nationen verbindend mit

freiheitlichen Forderungen, mit einer Volksvertretung nach parlamentarischer Staatsform, kurzum mit allen Elementen der liberalen Weltanschauung, die jetzt aus der Tiefe an die Oberfläche rangen. Es gab auch ein junges Deutschland, das mit den verschiedenen Sektionen des jungen Europa in enge Fühlung trat. Wo man dem Ideal eines deutschen Nationalstaats als äußerer Form des Lebens nachging, suchte man ihr einen Inhalt aus den großen europäischen Programmen der Zeit zu geben. Nationales und politisches Selbstbewußtsein erwuchs vielfach sich verkettend oder doch darum ringend, wie es Inhalt und Form vereine. Gerade in jenen Gebieten, die fast ein Menschenalter lang durch die Fremdherrschaft dem deutschen Gesamtleben fast entfremdet waren, erwies sich in der Zeit des Vormärz der geistige Boden ungemein zeugungskräftig: im Rheinlande war es, wo die Wurzeln der liberalen, der klerikalen, der sozialistischen Parteibildungen und Parteiorganisationen nebeneinander lagen.

Es war eine Eigentümlichkeit der deutschen nationalen Bewegung, daß sie sich nicht auf einem völkisch und geographisch so eindeutig geschlossenen Schauplatz erhob, wie die italienische Bewegung ihn vorfand, sondern daß sie diesen Schauplatz, so wie das Ergebnis eines verwickelten Geschichtsverlaufes ihn gestaltet hatte, im weiteren Verlaufe erst abzugrenzen genötigt war. Einen besonderen Charakter aber erhielt sie dadurch, daß sie sich mit dem Bestande und dem Selbstbewußtsein der beiden europäischen Großmächte, die so tief in die Nation verflochten waren, aus dem Grunde auseinanderzusetzen hatte. Schon deshalb war die deutsche Bewegung, ob sie nun eines Tages diese Großmächte in sich selber auflösen oder die eine in die Führung bringen oder die andere ausscheiden wollte, von der Stunde an, wo sie ihr Ideal ins Leben treten lassen wollte, auf das Unlöslichste mit der großen Politik des Kontinents verflochten. Das trat in der deutschen Revolution von 1848/49 mit überwältigender Wucht zutage.

Der politische Ideengehalt dieses Ereignisses ist von europäischer Natur. Insbesondere sind die Franzosen und die Deutschen niemals in einem so lebhaften geistigen Austausch über ihre Grenzen hinweg gestanden wie in der Epoche, die sich in der Revolution entlud. Aber was politische Gesinnungsgenossen in beiden Ländern verband, war doch in seiner tieferen Bedeutung für das Geschick des einen wie des andern sehr verschieden. Wenn in Frankreich der politische Ideenkampf von 1789 - 1848 die Ordnung des Staates und der Gesellschaft immer neuen umwälzenden Experimenten unterwarf, so vollzog sich dieser weltgeschichtlich denkwürdige Prozeß in dem festen und gesicherten Rahmen eines Einheitsstaates. Das deutsche Abbild dieser Kämpfe mußte sich diesen äußern Rahmen, in dem es galt sich zu betätigen, erst schaffen und sichern: das Innere war zugleich ein Problem des Äußern. Jeder tiefergreifende Versuch der innern Reform, jeder Anlauf zu nationaler Selbstbestimmung rührte an das Gesamtgefüge des Deutschen Bundes, ja letzten Endes an die europäische Ordnung des Jahres 1815. Sobald sich die deutsche nationale Idee im Sturme der Revolution in aktive Bewegung setzt, rollt sie unvermeidlich das ganze Problem der Mitte Europas auf, überlastet wie es war mit unzähligen schicksalshaft mitgeschleppten historischen Einzelfragen, in dem ganzen Umfange ihrer staatlichen und völkischen Umwelt. So paradox es klingt: die deutsche Revolution wird sich mit einer preußischen, einer österreichischen Revolution überschneiden und mit ihnen um ihre Wirkungssphäre ringen. Diese tiefe innere Verwicklung des Problemkomplexes ist es, die eine objektive und einfache Deutung der Revolutionsjahre noch heute erschwert, so gern ihr Inhalt auch von den Parteien, bejahend oder verneinend, als eine feste Größe bewertet und ausgespielt wird.

Dem Deutschen steigt bei der Erinnerung an die Revolutionsereignisse von 1848/49 vor allem eine Reihe dramatischer Einzelbilder wieder auf, deren Folge, seitdem in Paris das Signal gegeben, einer Springflut vergleichbar über den deutschen Boden jagt: der äußere Vorgang dieser Bilder ist ihm lebendiger geblieben als der innere Sinn der Dinge. Da ist zunächst der Umsturz in ein paar Wochen, das Zusammensinken der Regierungen, das Nachgeben der Höfe, von den kleinsten bis zu den mächtigsten, bis zu Wien und Berlin, die plötzliche Kapitulation des ganzen komplizierten Herrschaftsgebäudes, das auf dem bisher so ängstlich gehüteten Boden der Restauration errichtet

war. Und gleichzeitig die hemmungslose, alles überwältigende Woge der Revolutionsstimmung, die aus einheitlichen und freiheitlichen Ideen sich nährend, an Stelle der versinkenden historischen Welt ein neues Gebäude eines freien Staates für eine große Nation zu errichten sich zutraut: nur der heiße Drang, jetzt mündig gesprochen zu sein und mündig bestimmen zu können, konnte den Weg zu diesem Ziele mit der Inbrunst einer Glaubensbewegung erfüllen. Und dann, als der zusammengefaßte Ausdruck dieses Wollens, der Zusammentritt der Nationalversammlung in der Paulskirche zu Frankfurt, als der von Begeisterung umwogte Mittelpunkt des deutschen Lebens! Der Gang der deutschen Geschichte, seit Jahrhunderten im wesentlichen von dem Hochadel, von den Privilegierten aller Schichten, von dem staatlichen Beamtentum gelenkt, geht nun mit einem Schlage in die Hände einer Versammlung über, die den rechtlich anerkannten und geistig begründeten Anspruch erhebt, die Vertretung der Nation zu übernehmen, und das bisher so verkümmerte Moment der Selbstbestimmung mit übersteigerter Wucht zum Durchbruch zu bringen - aus dem Erstmaligen und Unvermittelten ist das grenzenlose Selbstgefühl des Frankfurter Parlamentes zu erklären. Es war eine Versammlung, die in der ganzen deutschen Vergangenheit keine Analogie und Anknüpfung vor sich sah und um so mehr sich in dem beseligenden Glauben bestärkte, etwas aus dem Grunde Neues und Endgültiges schaffen zu können.

Auch alle diejenigen, die nach der Ordnung von 1815 noch draußen standen, begehrten Einlaß. So auch die preußischen Provinzen, die dem Deutschen Bunde bisher nicht angehörten. Hören wir statt vieler Stimmen die nach Frankfurt gerichtete Eingabe von Magistrat und Stadtverordneten von Danzig:

> "Wir hegen die Hoffnung, die innige Übereinstimmung mit unsern deutschen Brüdern, von den Vätern überkommen und in unserm Gefühl lebendig erhalten, auch äußerlich anerkannt zu sehen... Wir richten deshalb die Bitte an den Deutschen Bundestag, daß von demselben baldigst ausgesprochen werde, daß wir als Abkömmlinge der ehemaligen deutschen Ansiedler und als treue Bewahrer deutscher Sitte und Gefühle mit zu der großen Verbrüderung gehören, die im Herzen Europas das Glück und den Glanz des deutschen Vaterlandes neu zu gründen den erhabenen Beruf hat."

An anderen Stellen begannen sich jetzt die Geister zu scheiden. Keine der jungen Nationalitätenbewegungen war in ihren geistigen Untergründen dem deutschen Denken so tief verpflichtet wie die tschechische. Kein anderer als T. Masaryk hat von der tschechischen Nationenphilosophie ausgesprochen: Alle unsere Erwecker schöpften ihre Bildung aus deutscher Kultur, deutsch haben sie geschrieben, deutsch gesprochen, waren eigentlich deutsche Schriftsteller, und nur mühselig sind sie nationale Lehrmeister ihres Volkes geworden. Jetzt, bei den Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung, gab der Historiker Palacky, der in deutscher Sprache die Geschichte der tschechischen Nation geschrieben, seinen Volksgenossen das Signal, nicht teilzunehmen und nicht in Frankfurt zu erscheinen. Auch in den deutsch-polnischen Mischgebieten der Provinz Posen stießen die entgegengesetzten nationalen Elemente aufeinander; die großen Lebensfragen des Ostraumes traten zum ersten Male der innerdeutschen Welt ins Bewußtsein. Um so mehr blickten aus den Grenzgebieten alle deutschen Hoffnungen vertrauensvoll auf die Nationalversammlung, die, so weit die deutsche Zunge klang, für alle Söhne der Nation das erlösende Wort sprechen sollte.

Und allerdings: welch ein unerhört reizvolles Abbild des geistig-politischen Deutschlands, das sich in diesen Männern darbot, die sich guten Teils jetzt erst persönlich nähertraten: Wortführer einer Nation, die noch im Liede die Frage aufwarf, wie weit sie reiche, und ihre Form noch gar nicht gefunden hatte, dafür aber ihre besten Namen - das war vielfach der Ehrgeiz der Wahlbezirke - in das Gefecht schickte, um aus ihren Händen eine neue Gestalt ihres Schicksals entgegenzunehmen. Und so repräsentierten die Männer der Paulskirche ein wirkliches Stück deutscher Geschichte, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft - von den Befreiungskriegen, deren Kreuz noch mancher

Preuße stolz auf der Brust trug, bis zu Biedermeier und Vormärz, bis in den politischen Realismus der fünfziger und sechziger Jahre hinein. Als das erwählte Haupt der provisorischen Reichsgewalt, Erzherzog Johann von Österreich, herabsteigend von seinem Schlosse in Meran (wo er nahe dem Hofe des Freiheitshelden Andreas Hofer im Passeiertal seinen Sitz hatte), in Frankfurt einzog, da sah er sich einer Vertretung der Nation gegenüber, die, von dem herrschenden Deutschland des Bundes durch eine Kluft geschieden, durch ihren Reichtum an Persönlichkeit das stolze Bild eines neuen Deutschland der Zukunft gewährte.

Da waren die gefeierten Namen der alten Nationalisten wie Jahn und E. M. Arndt; da waren hunderte, die in ihrer Studentenzeit durch die schwarz-rot-goldene Burschenschaft hindurchgegangen waren und sich gern in politischer Entscheidungsstunde des Schwures der Jugend erinnerten; da waren manche, die in der Zeit der Reaktion irgendwie einen politischen Märtyrernamen gewonnen hatten; da waren Dichter wie Uhland, deren Klang in aller Herzen lebte. In Scharen erschienen, statt des Beamtentums, die freien Berufe, die Professoren der Universitäten, so daß niemals das geistige, ja das im eigentlichen Sinne gelehrte Deutschland sich so zahlreich von seinen Kathedern und aus seinen Studierstuben erhoben hatte, namentlich alle diejenigen, die durch ihre Wissenschaft, durch Geschichte, Sprachwissenschaft, Recht sich besonders mit der deutschen Nation verbunden fühlten: die Grimm, die Droysen, Fr. Chr. Dahlmann, Beseler. Aber auch ein guter Teil deutschen Adels war zur Stelle, Söhne vor allem alter reichsritterlicher Geschlechter, wie die Gagern, Giech und Rotenhan, oder auch schlesisch-halbpolnische Magnaten wie Fürst Felix Lichnowsky oder ehemalige Reichsunmittelbare, die sich einst knirschend unter das Joch der Fürsten gebeugt hatten und ihnen jetzt gern das Schicksal der Unterwerfung unter die souveräne Nation gönnten. Neben ihnen wiederum standen die gefeierten Lieblinge des deutschen Kleinbürgertums, wie Robert Blum, hanseatische Kaufleute mit überseeischen Horizonten und die bekannten Führer des emanzipierten und getauften Judentums, wie der Königsberger Jurist Eduard Simson. Überall stieß man auf Namen, die in jenen Jahrzehnten beschränkten öffentlichen Lebens sich bereits der Nation eingeprägt hatten, wie die Größen der mittelstaatlichen Kammeropposition, die Wassermann, Welcker, Heinrich von Gagern. Ferner die liberalen Führer des Vereinigten preußischen Landtags, die Georg v. Vincke und Graf Schwerin, und hinter ihnen die geheimnisvolle Gestalt des Freundes Friedrich Wilhelms IV., des Generals von Radowitz. Ihnen gegenüber die Österreicher, die mit Wärme und Leidenschaft für ihr Verbleiben im Reiche kämpften, die Arneth, Giskra und Graf Deym, stärker als sie alle die staatsmännische Figur des Herrn von Schmerling. Da waren unter den Katholiken so repräsentative Namen wie der Münsterländer Bischof von Ketteler, der zur stärksten Erscheinung des deutschen Katholizismus im 19. Jahrhundert aufsteigen sollte, und der Altbayer Ignaz Döllinger, später der Führer derjenigen, die dieser klerikalen Richtung in den Weg traten. Da waren die Männer aus den nationalen Grenzgebieten, die Schleswiger, die nunmehr sich zum ersten Male zum Gesamtdeutschtum fanden und häufig im Vordergrunde standen; oder die Ostdeutschen, für deren Stellung der junge Demokrat Wilhelm Jordan eine hinreißende Rede hielt; die Deutschböhmen, die ihre Landschaft allein vertraten. Aus Südwestdeutschland waren manche Abgeordnete tiefer in die radikalen und republikanischen Ideen der Zeit eingetaucht, wie Karl Vogt von Gießen oder Ludwig Simon von Trier, und wenn die eigentlichen sozialen Nöte in der Paulskirche auch weniger zu Worte kamen als etwa in der Berliner Nationalversammlung, so sollte sich doch, in einer der letzten Sitzungen des sterbenden Parlamentes, jener schlesische Konrektor Wilhelm Wolff herausfordernd erheben, dessen Name später durch die Widmung, die Karl Marx dem "Kapital" voranschickte, eine gewisse Unsterblichkeit gewann.

Die große Frage war, ob diese Fülle von Individualismus und Begeisterung sich auch in einem politischen Willen zusammenfassen ließ. Wir haben zwar von Ranke, der ganz in der bisher herrschenden Welt lebte, das harte Wort überliefert: "Das deutsche Parlament erscheint wie ein literarischer Versuch; - sie kamen alle zusammen, brachten nichts zustande und zerfleischten sich nur"; aber dieses Urteil erscheint doch ungerechter, als man dem sonst um unparteiische

Objektivität bemühten großen Historiker zutrauen sollte. Auch wer den Debatten der Paulskirche die doktrinäre Breite zum Vorwurf macht, muß den wachsenden Sinn für die wirklichen Mächte in der Politik mit Achtung anerkennen.

Die politischen Kämpfe in Frankfurt spielten sich auf Schauplätzen ab, die gleichsam wie konzentrische Kreise zueinander lagen. Der äußerste Kreis war davon erfüllt, das Maß der individuellen Freiheitsrechte gegenüber dem Staate zu bestimmen, die dieses Geschlecht nicht hoch genug gespannt sich denken konnte. Aber nur eine geringe Gruppe ging so weit, diese Ideen bis in die Staatsform selber zu verfolgen und die auf deutschem Boden ganz traditionslose Republik als Staatsform für das Reich zu fordern; die erdrückende Mehrheit hielt an dem monarchischen Prinzip, in der durch die neue Entwicklung gegebenen Beschränkung, fest. Der nächste Kreis umfaßte den Kern des politischen Problems, die Abgrenzung der Zentralgewalt und der Teilgewalten in der künftigen Reichsverfassung: es war dasjenige Problem, dessen Lösung der bisherige Ablauf der deutschen Geschichte in die Hände dieses Geschlechtes gelegt hatte. Aber wenn die Linie der Lösung auch von einer praktischen Aktivierung des Staatenbundes bis zum Bundesstaate und darüber hinweg bis zum Einheitsstaate lief, so lag es doch auf der Hand, daß nicht eine formal-technische Lösung hier entschied, sondern die große politische Machtfrage den Ausschlag gab: wie weit sollte dieses neue deutsche Reich reichen und wer sollte es führen? So ging es in dem innersten Kreise der Entscheidungen um die Losung: kleindeutsch oder großdeutsch.

Sollte es wirklich das ganze Deutschland sein und bleiben, um derentwillen diese Männer so hohen Mutes ausgezogen waren, oder aber mußte man sich entschließen, um überhaupt ein Ziel zu erreichen, sich mit einer Teillösung zufrieden zu geben und zunächst auf die Einbeziehung Deutsch-Österreichs zu verzichten? Die nationale Zusammensetzung der Habsburgischen Gesamtmonarchie, die nicht ein Viertel deutscher Einwohner zählte, machte keine andere Lösung möglich. Es war eine erschütternde Alternative: wer einen deutschen Nationalstaat wollte, der mußte entweder den übernationalen österreichischen Staat (wie die radikalen Republikaner wollten) mit revolutionärer Gewalt zerschlagen, um die Deutschen herauszuholen, oder er mußte die Deutschen Österreichs draußen lassen. Das eine war die ganze Lösung, auf die Gefahr des Weitertreibens der Revolution, des Bürgerkriegs und unabsehbarer europäischer Verwicklung - das andre war eine Halbheit, ein Opfer, aber es zeigte den Weg des Möglichen. Wir können das ganze Problem ruhiger und objektiver ansehen, weil der Verlauf des Weltkrieges die Auflösung der österreichischen Monarchie von außen her vollzogen und damit die Deutschen Österreichs freigesetzt hat, und weil wir jetzt erst über die kleindeutsche Zwischenlösung hinweg zum großdeutschen Programm zurückkehren können. Damals aber war es eine Sache, die auf das Leidenschaftlichste alle deutschen Gemüter ergreifen und trennen mußte. Diese österreichische Monarchie zerschlagen helfen? - es war doch, politisch gesehen, mit die stärkste staatliche Leistung des Deutschtums der letzten Jahrhunderte. Sich von den Österreichern trennen und den Weg zum Nationalstaat mit einer Spaltung eröffnen? War das eine nicht so unmöglich wie das andere? Das war die Tragödie der mächtigsten nationalen Bewegung Europas: wollte sie zu ihrem Ziele kommen, so mußte sie mit einem Verzicht beginnen. Indem die Frage so gestellt war, erhob sich der große Gegensatz des Dualismus Österreich - Preußen, der an sich nicht primär die große Alternative eröffnet hatte, von neuem und mit alter Wucht. Und auf dem Untergrunde dieses Dualismus kamen die Gegensätze katholisch - protestantisch, die von sich aus das deutsche Leben längst nicht mehr beherrschten, durch die politische Verquickung zu erneuter eifervoller Behandlung. Sollten denn alle Spannungen der Geschichte der letzten Jahrhunderte wieder als lebendiger Widerstreit in das Dasein der Gegenwart eindringen, und mit ihren Schlachtrufen, als wenn man wieder im 16. oder 17. Jahrhundert stände, die ehrlichen Leidenschaften der schmerzlich erregten Patrioten gegeneinander treiben?

Wohl gab es eine Minute, in der eine Lösung nahe schien. Die Kleindeutschen gewannen im Parlament mit knappester Mehrheit den Sieg, und die Chancen der nationalen Revolutionen im österreichischen Gesamtstaat schienen einen Augenblick ohne viel Zutun in ihre Karten zu spielen.

Wie sich doch in dem kleindeutschen Programm die verschiedenen Elemente der Nationalbewegung begegnen! Auf der einen Seite der ehrwürdige Name des Kaisertums, der unendlich viel im geschichtlichen Bewußtsein der Nation aufweckt, auf der andern Seite das Parlament auf Grundlage des demokratischen Wahlrechts. So vereinigten sich konservativ-romantische und modern-politische Antriebe, zusammengehalten durch ein Drittes, die Realität des preußischen Staates, wenn man will das Erbe Friedrichs des Großen. Auf dem Zusammenbinden und Verschmelzen dieser politischen Elemente höchst verschiedener Herkunft beruhte das Programm und die Politik der Erbkaiserlichen im Frankfurter Parlament: mit der Wahl König Friedrich Wilhelms IV. zum Deutschen Kaiser am 28. März 1849 glaubten sie der deutschen Geschichte die große Wendung zu geben.

Aber König Friedrich Wilhelm IV. gestand seinen Vertrauten, er sei kein Friedrich der Große. Er wollte für das kleindeutsche Programm nicht kämpfen, wie er es gegen Österreich und einige Mittelstaaten hätte tun müssen. Er wollte sein Preußen behaupten, wie es seit dem Spätherbst 1848 seinen eigenen Willen nach innen und außen wiedergefunden hatte, und er wollte es nicht aufgehen lassen in einem demokratischen Deutschland, auch um den Preis der Führung nicht, die zunächst durch ein Bündnis mit der Revolution zu erkaufen war. Mit der Ablehnung des Königs war alles zu Ende. Der Versuch, die alten historischen Elemente des Staates in Fühlung mit gesamtnationalen Antrieben zu bringen und zu diesem Zwecke eine Verfassungsform zu entwerfen, die wie die Quadratur des Zirkels erschien, war gescheitert.



Frankfurter Fürstentag 1863, dem König Wilhelm auf Drängen Bismarcks fernblieb.

Man beurteilt den Gesamtverlauf der nationalen Revolution von 1848/49 in der Regel viel zu wenig nach den außenpolitischen Bedingungen, von denen er in letzter Instanz abhängig gewesen wäre. Man sieht vor allem die ungeheuer verwickelte innerdeutsche Problematik der Revolution, für deren Endausgang die Auseinandersetzung zwischen Preußen und Österreich entscheidend sein mußte. Aber dieser Endausgang wäre doch wieder in den europäischen Machtzusammenhang verflochten gewesen, und wenn man darüber manchmal hinwegsieht, so geschieht es nur, weil die innerdeutsche Revolution noch nicht jenes Stadium erreicht hatte, in dem von diesem europäischen Machtzusammenhang zu erwarten war, daß er sich zur Geltung bringen würde. Wohl blitzte er in

diesem Schicksalsjahre hier und da auf, wenn schon die bescheidenen deutschen Flottenhoffnungen auf eine hochmütige Ablehnung Englands stießen, wenn der neue Kurs der preußischen Polenpolitik das gereizte Mißtrauen Rußlands erregte, oder wenn die französische Politik, die ihre Abneigung gegen den unberechenbaren Einigungswillen der Deutschen nie aufgab, vorübergehend ihre begehrlichen Blicke auf den Rhein richtete. Ist doch von Adolphe Thiers das herausfordernde Wort überliefert: wenn man ihn nur hätte im Jahre 1848 gewähren lassen, so würde er die Grenzen Frankreichs bis Mainz ausgedehnt und die Schlüssel Deutschlands in die Hände genommen haben. Und fast auf allen Seiten erlebte die deutsche öffentliche Meinung, daß sie auf Reibungsflächen mit den neuen nationalen Aspirationen der Polen, Tschechen, Dänen stieß. Wie unlöslich die Gebundenheit der deutschen Interessen an die europäische Umwelt war, trat schon ans Licht, als die preußische Politik und Kriegführung sich anschickte, in der schleswig-holsteinischen Schicksalsfrage die nationalen Ansprüche zu vollstrecken - da erhob sich wirklich ein einmütiges Europa gegen die nationaldeutschen Begehrlichkeiten und nötigte sie zu einem bitter empfundenen Rückzuge. Wenn das schon für die Teilfrage Schleswig möglich war, was war dann von den Mächten zu erwarten, sobald der deutsche Neubau sich selbstherrlich in Mitteleuropa einrichtete? Das praktisch undurchführbare Siebzigmillionenreich Schwarzenbergs würde wahrscheinlich auf einmütige Ablehnung gestoßen sein. Aber auch bei jeder Lösung im kleindeutschen Sinne, wie sie an sich nur aus einer letzten Machtprobe zwischen Österreich und Preußen, aus einem deutschen Bürgerkriege emporsteigen konnte, saß Europa abwartend in der Hinterhand des Spiels, um das letzte Wort zu sprechen.

Den Deutschen der Revolutionsjahre, den Enthusiasten des nationalen Staates ist damals nicht völlig zum Bewußtsein gekommen, in welchem Maße alles das, was sie aus der Tiefe ihres Herzens für die souveräne Nation in Anspruch nahmen, zugleich eine Angelegenheit Europas war und jedenfalls von den Mächten als eine tiefe Berührung ihrer Interessen behandelt wurde. Der revolutionäre Nationalismus von 1848 kannte diese Welt nicht genug, um zu wissen, daß das Recht der Völker an der Macht der Andern seine Grenze findet. Später ist es wohl ein Lieblingsgedanke bei manchen Völkern, zumal bei den Engländern geworden, daß die deutsche Einheit, wenn sie nicht in dem waffenklirrenden Gewande des preußischen Staates sich erhoben hätte, sondern wahrhaft von volkstümlichen Kräften getragen worden wäre, einer andern Aufnahme hätte gewärtig sein können. Aber wenn schon dem schwarz-rot-goldenen Deutschland von 1848/49 diese Sympathien versagt blieben, so haben neuere Erfahrungen uns vollends gelehrt, daß jene Annahme harmloser Naturen nichts als eine leere Illusion ist.

Für die Deutschen, die alle Schuld nur bei dem innern Parteigegner sahen, war die Enttäuschung ungeheuer. Die Reihe der Niederlagen hatte mit der Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. und mit der Niederwerfung des wüsten Nachspiels der Revolution im Sommer 1849 eingesetzt; sie endigte mit dem Scheitern der preußischen Versuche, wenigstens etwas, wie eine norddeutsche Teillösung, aus dem Zusammenbruch aller Hoffnungen zu retten, mit der Unterwerfung, die Preußen und die nationale Idee in Olmütz unter das Joch der alten Ordnung zurückführte. Sie hatten alle ihren Anteil an der Niederlage: die Erbkaiserlichen und die Republikaner und der preußische Staat, der zwar seine Selbständigkeit gegen die nationale Revolution zu behaupten wußte, aber den innersten Kern ihres Unterfangens an ihrer Statt zu vollstrecken zu schwach war.

So war das Ende gerade dasjenige, das niemand im Frühjahr 1848 vorausgesehen hatte: die Rückkehr zum Alten auf der ganzen Linie, eine abgebrochene Krisis, die völlig in die Bahnen einer überlebten Ordnung zurückgeleitet wurde. Eine Wiedererweckung des Deutschen Bundes, der gleichsam aus dem Sarge wieder herausgeholt wurde, um, als wenn nichts geschehen wäre, eine zweite Epoche seines Daseins zu eröffnen, die allerdings die Erinnerung an die Erlebnisse jener Jahre nicht mehr auslöschen und von vornherein, so wenig das künstlich aufgefrischte Selbstgefühl es sich auch eingestand, die hippokratischen Züge nicht verleugnen konnte. Nach innen hin legte

sich der beamtlich-polizeiliche Druck mit unvermeidlicher Brutalität auf die Gemüter und traute sich zu, mit dem schwelenden Brande der radikalen Ideen auch das Feuer der nationalen Idee austreten zu können; und auf Jahre hinaus war die Repression der alten Gewalten stark genug, jeden Ansatz zu einem neuen Versuche im Keime zu ersticken. Aus diesem Deutschland **wanderten allein in den Jahren 1849 bis 1853 eine Million Menschen nach Nordamerika aus**; nicht allein Männer wie Marx und Engels, deren Bild des Zukunftsstaates in diesen Jahren doch mehr proletarische als deutsche Wesenszüge verriet, schlüpften wieder in fremdnationalem Dasein unter, auch viele, die das Banner des deutschen Staates hingebungsvoll getragen, warteten in der Schweiz oder in England ab, ob die große Stunde noch einmal wiederkehre.

Diese ganze Generation, die ihr Höchstes und Letztes an die Schaffung des nationalen Staates gesetzt hatte, schritt mit einer namenlosen Enttäuschung aus dem Zusammenbruch aller ihrer Pläne hervor. Sollte die erneute Befestigung der alten Gewalten für lange Zeit das letzte Wort sprechen, sollte dieses bezeichnende politische Kräfteverhältnis, in dem alles sich wechselseitig band und lähmte, das unabwendbare Schicksal sein, dem das deutsche Volk verfallen? Sollte man sich, nachdem so viele edle Leidenschaft nutzlos vertan, damit begnügen, eine günstige Stunde abzuwarten, um dann das Werk des Sisyphus noch einmal auf sich zu nehmen? Oder aber sollte eines Tages eine neue radikale Revolution die Erbschaft des gescheiterten Anlaufs übernehmen, um unter Zerreißung aller historischen Zusammenhänge und mit elementaren Gewaltstößen aus der Tiefe eine deutsche Republik zu errichten? Wozu waren diese Deutschen bestimmt?

In dem zuschauenden Europa überwog der ironische Zweifel. Wenige Jahre später glaubte der junge Lord Robert Cecil (der spätere Lord Salisbury) der deutschen Nationalbewegung das folgende Horoskop stellen zu dürfen. Es gebe nur zwei Möglichkeiten der Zukunft Deutschlands als einer europäischen Macht: entweder es überwinde die gegenwärtige Zersplitterung, die seine natürlichen Kräfte lähme, und werde zu einem der mächtigsten Reiche der Welt oder - was der viel wahrscheinlichere Ausgang sei - die augenblickliche Begeisterung verpuffe die Energie eines so unpraktischen Volkes ergebnislos, und Deutschland falle in einen Zustand noch größerer Zerrissenheit, Stagnation und Ohnmacht zurück, um vollends ein hilfloser Vasall Rußlands zu werden.

5. Der Weg der deutschen Entscheidung (1862 - 1866).

In der nationalen Bewegung seit der Befreiungszeit, vor allem seit der großen Erschütterung von 1848, war den Deutschen die aufregende Frage nach der Sinndeutung ihres ganzen Werdens immer fordernder entgegengetreten. Aus der Vergangenheit suchte man den Weg der Zukunft zu enträtseln, aber wohin man sich rückblickend wandte, man stieß immer wieder auf entgegengesetzte geschichtliche Wertungen, zwischen denen keine Versöhnung möglich schien: Kaisertum und Königtum, Katholizismus und Protestantismus, Österreich und Preußen. In dem politischen Ringen der Gegenwart zog ein guter Teil der Vergangenheit der Nation, den Schatten der Gefallenen gleich, die sich aus dem ewig sich erneuernden Kampfplatz des Lebens erhoben, gegeneinander zu Felde, und von dem Geisterkampf sprangen gleichsam die Funken weltanschaulicher Unversöhnlichkeiten auf die Wirklichkeit der Gegenwart über. Wer um das Jahr 1860 sich die Möglichkeit vorzustellen suchte, wie ein in einer alten und großen Nation so tief verwurzeltes geschichtliches Problem gelöst werden könne, war auf alle Fälle geneigt, mit einem Kampfe zu rechnen, der einen langen Atem erforderte und nur unter dem intensivsten Anteil einer ganzen Nation entschieden werden konnte.

Dann aber sollte es geschehen, daß die Entscheidung in einigen wenigen Jahren auf einem Wege herbeigeführt wurde, auf dem die kollektiven Kräfte des Geschehens wider alles Erwarten zurückgedrängt werden und statt dessen die geschichtliche Bedeutung einer einzelnen Persönlichkeit auf die Höhe erhoben wird, dergestalt, daß dieses letzte Stadium eines säkularen

geschichtlichen Prozesses viel mehr von etwas Einmaligem, Persönlichem, Zufälligem an sich zu tragen scheint, als nach dem bisherigen Verlaufe zu erwarten war. Weshalb es so kam, sei hier nur mit wenigen Strichen, so wie der Zusammenhang dieses Buches es erforderlich macht, umrissen.

Wenn die zerbrochene und versandete nationale Bewegung wieder zu neuem Leben erwachen sollte, so mußten in Deutschland selber die Dinge reifer werden und zugleich ein Anstoß von außen her die gärende Masse in Bewegung setzen. Seit dem Winter 1858/59 begann ein allmählich heraufziehender Wetterumschlag am europäischen Horizont einen deutschen Umschwung vorzubereiten. In Frankreich war in der Revolution schließlich eine neue Macht emporgekommen, die, bald von dem verheißenden kaiserlichen Namen gedeckt, eine aktivere Kraft in die europäischen Verhältnisse hineinzuwerfen unternahm und sich die Aufgabe setzte, aus allen ungelösten Fragen des Kontinents, aus diesen halb erstickten und doch nicht erloschenen Möglichkeiten in Italien und Ungarn, in Deutschland und Polen, irgendeinen Auftrieb für die Größe Frankreichs und die eigenen Ambitionen zu gewinnen. Im Krimkrieg gelang es Kaiser Napoleon III. zum ersten Male, die antirevolutionäre Einheitsfront der Mächte zu sprengen und die Initiative in der europäischen Außenpolitik an sich zu reißen. Indem er dann seit Ende 1858 dazu überging, die Frage der italienischen Einheit aufzurollen, führte er an der aussichtsvollsten Stelle den entscheidenden Schlag, die Nationalitätenbewegung in Europa ein Stück voranzubringen und gleichzeitig die Machtstellung Frankreichs ungeahnt zu erhöhen - als wenn es nur dieses einen und ersten Stoßes bedurft hätte, stieg in wenigen Jahren schon ein Königreich Italien empor, noch unfertig, noch in manche Abhängigkeit verstrickt, aber seines Weges und der Zukunft gewiß. Seit dem Kriegsjahre 1859 war die Welt sich darüber klar, daß ein ähnlicher Anstoß und eine ähnliche Auswirkung - wenn die geeigneten Vorbedingungen sich darboten - sich auf deutschem Boden wiederholen könnten. In allen Schichten wurde die Nation von dem Gefühl ergriffen, daß das Schicksal zum zweiten Male, nach dem Fehlschlag von 1848/49, die große Frage an sie richten könnte. Die deutschen Vormächte konnten sich nicht verhehlen, daß sie sich irgendwie auf die Gefahren und die Verlockungen, die mit einem neuen Anstoß verbunden waren, vorzubereiten hätten, ob man nun zusammen oder getrennt oder gegeneinander vorging; die mittleren und kleineren Staaten hatten allen Grund nachzuprüfen, wie sie selber diesen unberechenbaren Möglichkeiten standhalten wollten; und in der Nation erwachte der kernhafte Wille, an solchen Entscheidungen, von welcher Seite sie sich auch herandrängten, einen selbständigen und aufrechten Anteil zu nehmen und nicht zum zweiten Male einen großen historischen Moment zu verspielen. Unausgesprochen liegt dieser Gedanke auf dem Grunde alles dessen, was auf deutschem Boden in den Jahren 1859 bis 1862 politisch gedacht und gewollt wird.

Damit rückt von neuem das große Problem Großdeutsch und Kleindeutsch in den Mittelpunkt. Soll die zukünftige Lebensform des deutschen Staates unter Einschließung Deutschösterreichs, also vermöge irgendeines Zusammenwirkens beider Großmächte gesucht werden, oder aber, wenn jene Einschließung ohne Zerschlagung des österreichischen Gesamtstaates praktisch undurchführbar ist, unter einem, wenn auch noch so vorläufig gedachten Ausscheiden Österreichs, wodurch sich dann die alleinige Führung Preußens in dem neuen Nationalstaat von selber ergab? Wer sich für den zweiten Weg entschied, stand alsbald vor einer weiteren Alternative. Wird es die in die demokratischen Tiefen der Nation hinabreichende nationale Idee sein, die in der Schöpfung des neuen Staates vorangeht, mit Hilfe eines Preußens, das sie sich einordnet und unterwirft, aber zugleich durch Übertragung der Führung erhöht - wie es die Erbkaiserlichen einst gewollt hatten, wie Staat und Haus Savoyen-Piemont jetzt in dem Königreich Italien und seiner nationalen Aufgabe aufgingen? Das war der Traum, mit dem sich die neue Generation der Nationalpartei erfüllte. Oder aber werden die Dinge den Verlauf nehmen, daß der preußische Staat von sich aus die Schaffung des nationalen Staates als seine Aufgabe ergreift, unter Anrufung und Ausnutzung der nationalen Idee, aber vor allem unter der Behauptung seines eigenen Selbst inmitten des künftigen Gebildes? Das ist der Weg, den Bismarck zu Ende gehen wird. Diese beiden Möglichkeiten werden im Laufe der nächsten Jahre sich begegnen und sich messen.

Die neue Ära in Preußen mit ihrer Ankündigung der moralischen Eroberungen hatte im Oktober 1858 die Trümmer der alten erbkaiserlichen Partei, alles was in der nationalen und liberalen Idee lebte, mit frischen Hoffnungen erfüllt. Der Verlauf der europäischen Krisis von 1859, der die Unfertigkeit der Deutschen als politische Nation vor aller Welt enthüllte, gab einen neuen Anstoß zu patriotischer Selbstbesinnung. Mit einem Schlage standen die beiden großen Lebensfragen, Reform des Deutschen Bundes, insbesondere der nationalen Verteidigung, und Forderung eines selbständigen Anteils des Volkes an seinen höchsten Geschicken, im Mittelpunkt der politischen Erwägungen. Der Fortgang der italienischen Bewegung und die Undurchsichtigkeit der napoleonischen Politik drängten zum Handeln. Aus den Versammlungen besorgter Patrioten erwuchs, nach italienischem Muster, der Nationalverein als Massenorganisation der nationalen Bewegung; neue Figuren kamen in ihr empor, die repräsentative und vertrauenerweckende Gestalt Rudolfs von Bennigsen, Johannes Miquel, der ehrgeizige, kluge und bewegliche Taktiker, Schulze-Delitzsch, der volkstümliche und populäre Wirtschaftsberater des Kleinbürgertums. Gleichzeitig beauftragte Großherzog Friedrich von Baden, ein Fürst von reiner idealistischer Gesinnung und ethischer Redlichkeit, seinen Minister Freiherrn von Roggenbach mit dem Entwurf einer Bundesverfassung, die in realistischer Weise die Erbschaft der Erbkaiserlichen und der Politik des Generals von Radowitz zugleich anzutreten versuchte. Eine liberale Fürstengruppe begann sich zu bilden, die diese Gedanken ergriff; auch der Erbe des preußischen Staates, Kronprinz Friedrich Wilhelm, und seine lebhaft aufnehmende englische Gemahlin suchten die neue Fühlung. Der Gedankengang war, wenn auch in mannigfachen Tönungen sich unterscheidend, in der Hauptsache der gleiche. Es galt Preußen in die Führung des außerösterreichischen Deutschlands bringen, mit allen Mitteln des Lockens und des Drängens; aber ein Preußen, das sich der deutschen Idee ganz öffne und mit modernem liberalen Geiste erfülle, das sich im Sinne des liberalen Bürgertums umbilde und vor dem öffentlichen Leben eines parlamentarischen Staates nicht zurückscheue; ein Preußen, das durch diese Bundesgenossenschaft mit der öffentlichen Meinung, mit allen guten Kräften der Nation, wahrhaft zur Führung berufen, die entgegenstehenden Elemente des Partikularismus von innen her überwinde und mit dem Schwunge einer großen Bewegung der Geister den deutschen Nationalstaat erstehen lasse. Mit dem beseligenden Selbstbewußtsein einer Nation, die an sich selber glaubte, verband sich das Vollgefühl dieses Bürgertums der sechziger Jahre, den Kern und die Zukunft der Nation darzustellen und alle fortschreitenden Kräfte der Zeit auf seiner Seite zu wissen. Die Front der liberalen Nationalpartei war vielfach geteilt, aber innerlich doch zusammenhängend; wenn sie bis an die Höhen der Throne und ihrer Berater rührte, so reichte sie auch bis in die Massen hinab und fand auf nationalen Schützen- und Turnerfesten einen rauschenden Ausdruck für ihr begeistertes Wollen.

Dabei stellte sich allerdings sehr bald heraus, daß Preußen im Grunde doch preußischer und minder liberal war, als es für das kunstvolle Gefüge dieser Kombinationen erträglich schien. Die politischen Gedanken des Liberalismus, von denen der preußische Staat an die Spitze der Nation emporgetragen werden sollte, waren auch innerhalb dieses Staates mit Forderungen und Ansprüchen lebendig und stießen auf den Widerstand seines Monarchen und seiner Traditionen. Selbst der fürstliche Fahnenträger der Nationalpartei, Großherzog Friedrich von Baden, meinte seinem Schwiegervater, dem König Wilhelm, sagen zu dürfen, die preußische Regierung müsse zunächst betätigen, daß sie ihre versprochenen, aber immer noch fehlenden inneren Reformen wirklich durchführen wolle; sie müsse offen bekennen, daß ihre deutsche Politik auf einer konstitutionellen Grundlage beruhe, und daß sie diejenigen nicht für Demokraten und Umsturzmänner halte, die Deutschland stark und mächtig wissen wollten und von Preußen verlangten, daß es selbst Opfer zu diesem Zwecke bringe. König Wilhelm hielt nur um so nachdrücklicher daran fest, daß in Preußen die Konstitution niemals die Grenzen überschreiten dürfe, "welche die Macht und die Kraft des Königtums in einer Weise schmälert, die dasselbe zum Sklaven des Parlaments macht". Während der Badener dem Könige vorschlug, den Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe, einen süddeutschen katholischen Standesherrn, der der liberalen Nationalpartei nahestand, an die Spitze eines Ministeriums über den Parteien zu berufen und damit

der deutschen Idee zu huldigen, erhob sich das schwarz-weiße Selbstbewußtsein des Staates und verwahrte sich dagegen, nur ein Mittel für einen noch so hehren Zweck zu sein. Schon ein halbes Jahr bevor Bismarck die Leitung der preußischen Politik übernahm, kam es zwischen König Wilhelm und seinem Schwiegersohn zu denkwürdigen Auseinandersetzungen über das parlamentarische System und die Staatsautorität, aus denen hervorging, daß die Gewalten, die von der liberalen Nationalpartei harmonisch ineinandergeschmolzen werden sollten, sich auch wieder innerlich widerstrebten. Das Problem hatte im Grunde noch dasselbe Gesicht, wie in den Tagen der Frankfurter Erbkaiserpartei von 1848. Wenn man den Nationalstaat unter Abscheidung Österreichs wollte, ließ er sich nur unter Führung und Mitwirkung Preußens verwirklichen - wenn aber dieser Weg als der einzige, der aus der Wüste führe, der Nation empfohlen werden sollte, so war die nationale Bewegung für Preußen doch nur durch dessen Liberalisierung und Eindeutschung zu gewinnen. Konnte aber die Staatsmacht, die den neuen Nationalstaat allein zu vollziehen vermochte, auf ihre Individualität so weit verzichten, gleichsam in Deutschland aufgehen, ohne sich selbst und alle ihre großmächtlichen Mittel, deren man im Ernstfalle bedurfte, aufzugeben und damit möglicherweise den ganzen Preis zu verscherzen? Und wenn sie es tat, besaß sie irgendeine Gewähr, das Ziel auf diesem Wege zu erreichen? Im Grunde bestand der Irrtum der Nationalpartei, des Großherzogs von Baden und Roggenbachs sowohl wie des Nationalvereins darin, daß sie allein von der Kraft und dem Schwung der nationalen Idee erwarteten, daß sie alle Widerstände friedlich überwinden würde. Sie vertrauten dem bloßen Druck der öffentlichen Meinung, waren aber nicht gewillt, die Gewalten der Tiefe, eine nationale Revolution im Stile Garibaldis, zur Verstärkung dieses Druckes anzurufen. Sie unterschätzten den politischen Lebenswillen Österreichs, das seine deutsche Stellung mit allen ihren Traditionen ohne Machtentscheidung gar nicht aufgeben konnte, und nicht minder das zähe Schwergewicht der Mittelstaaten und der in ihnen verkörperten bodenständigen Kräfte, die in der Entscheidungsstunde sich um Österreich scharen mußten. Sie unterschätzten aber vor allem auch die Schwierigkeiten, eine so weitreichende Umwälzung in der Mitte Europas ohne Fühlung mit den großen Mächten vornehmen zu können; denn die Sympathien Englands, die von der öffentlichen Meinung und von der liberalen Fürstengruppe gelegentlich in Rechnung gezogen wurden, waren als ein ernster Rückhalt für ein so weitausschauendes Unternehmen nicht zu bewerten. Eben weil sie vor dem Äußersten die Augen zu schließen geneigt war, nach innen wie nach außen, hatte die Nationalpartei ihr ganzes Programm nicht zu Ende gedacht; jedenfalls verfügte sie für die Verwirklichung ihrer innerpolitischen Ideale nicht über eine Außenpolitik, in deren Rahmen sie Aussicht auf Erfolg gehabt hätte.



König Wilhelm I. als Prinzregent.

So stand es um den einen Weg. Daß noch ein anderer Weg zu demselben Ziele denkbar war, auf dem die Initiative bei dem preußischen Staate lag, würde unter den vielen heißen Herzen und klugen Köpfen der Nationalpartei kaum einer theoretisch ohne weiteres zugegeben haben: erst das

Erleben selber mußte davon überzeugen. Der preußische Staat war neben allem, was ihn mit Deutschland verband, zugleich der stärkste, entwickeltste und selbstbewußteste aller Einzelstaaten; wenn man von ihm erwartete, daß er den egoistischen Partikularismus der Mittleren und Kleineren brechen würde, durfte man nicht übersehen, daß der preußische Partikularismus von Natur nur noch lebensfähiger war als alle andern. Seine Staatspersönlichkeit verfügte über eine Geschichte von Größe und Glanz, von Ethos und Schwung, von heroischen Traditionen, vor denen alle mittelstaatlichen Ruhmesblätter verblaßten. Man sah hier einen Staatstypus, der seine besonderen Anforderungen an seine Untertanen stellte und auch in den Augen der Welt seine besondere Berufung hatte. Auch das Innere des Staates wies eine soziale und gesellschaftliche Struktur auf, in der ein besonderes Herrschaftsverhältnis der Klassen sich ausprägte, wie es den übrigen deutschen Staaten wesentlich fremd war, hier aber mit dem strengen Stil des Ganzen sich zu einer Einheit zusammenfand. Dieses Preußen war gewiß von den deutschen Ideen berührt, zumal in seinen westlichen Provinzen tief davon durchsetzt, aber es verkörperte zugleich ein geschlossenes und selbstbewußtes Dasein. Es hatte sich schon in den Jahren 1848/50 gegen die nationale Revolution und wenn man will gegen die nationale Verlockung behauptet, und wenn es sich seit 1858 von neuem der deutschen Idee zur Verfügung stellte, so wollte es darum doch nicht ganz in Deutschland aufgehen. König Wilhelm, schon seit seiner Krönung in Königsberg preußischer empfindend, war durch den Kampf mit dem Abgeordnetenhaus um die Militärreform, durch den Zusammenstoß mit den parlamentarischen Ansprüchen nach englischem Muster, sehr mißtrauisch gegen die Bundesgenossenschaft geworden, in die er um des deutschen Ehrgeizes willen hineintrieb - das alles mochte ihm so revolutionär erscheinen wie einst Mazzinis Aufruf dem König Karl Albert von Sardinien. Lieber wollte er den Staat, dessen Krone er trug, gegen den Geist so gefährlicher Neuerung behaupten und verteidigen.

Besaß man aber dafür ein Programm auf längere Sicht? Daß die Zukunft auch des preußischen Staatsgebildes doch nur im Zusammenhang mit einer Neugestaltung der deutschen Gesamtgeschicke irgendwie gelöst werden konnte, drängte sich jedem Tieferblickenden auf. Man mochte vom preußischen Standpunkt das nationale Programm der Liberalen als illusionär verwerfen. Aber der preußische Staat, so wie er geworden und zusammengesetzt war, König Wilhelm und seine Leute, würden von sich aus nicht imstande gewesen sein, ein anderes Programm an die Stelle zu setzen, das den preußisch-deutschen Geschicken eine neue Wendung gegeben hätte. Um Preußens Selbst zu behaupten und trotzdem auf der großen nationalen Flut eines Tages in den Hafen der Erfüllung zu gelangen, für diese zwiefache Aufgabe, die fast allen sich in sich selber zu widersprechen schien, bedurfte es einer Persönlichkeit, wie sie weder im Lager der Liberalen noch in dem Lager des reinen Preußentums zu finden war. Es bedurfte der Einzigartigkeit des Genius.

Damit ist schon ausgesprochen, daß das Besondere, was Bismarck mitbrachte, kaum auf eine einleuchtende Formel gebracht werden könnte - auch nicht das Geheimnis, wie in seinem politischen Denken Preußisches und Deutsches sich voneinander geschieden und miteinander verbunden habe. Er war Preuße genug in der Wurzel seines Seins, um den ganzen Zauber der nationalen Idee in sich aufnehmen zu können und doch er selbst zu bleiben; er war von der Idee auf das Tiefste berührt, ohne sich ihr, geschweige denn einem bestimmten Programm der Lösung, zu unterwerfen. "Das Wort »Deutsch« für »Preußisch« möchte ich gern erst dann auf unsre Fahne geschrieben sehen", so schrieb er am 12. Mai 1859 dem Minister von Schleinitz, "wenn wir enger und zweckmäßiger mit unseren übrigen Landsleuten verbunden wären als bisher; es verliert von seinem Zauber, wenn man es schon jetzt, in Anwendung auf seinen bundestäglichen Nexus, abnützt." Der historische Moment selber mußte entscheiden, wann und wie sich diese Wandlung vollzog.

Es war eine tiefe Verschiedenheit in allen Voraussetzungen des politischen Verhaltens. Die Liberalen waren erfüllt von dem Ziel und dem Ideal - Bismarck lebte nur in dem Wege, auf dem er sich dem Ziel nähern konnte, ja sein Ziel konnte sich verändern, wenn der Weg es verlangte. Die

Liberalen schöpften aus der Hoheit des Ideals die Inbrunst ihres politischen Glaubens - Bismarck entnahm aus den unendlichen Schwierigkeiten des Weges das Gebot seines Handelns. Er war sich bewußt, daß es mehr als eine Möglichkeit gab, in der Verfügung des preußischen Staates über die deutschen Machtmittel ein Stück voranzukommen und einen deutschen Nationalstaat zu errichten; und er vergaß keinen Augenblick, daß nur ein ganz schmaler und steiler Weg durch die umgebenden europäischen und deutschen Hemmungen hindurchführte. Es gab kein Axiom der Politik, das für ihn in veränderter Weltlage nicht auch veränderte Geltung gewinnen konnte. Er wäre in den Jahren 1859/61 vielleicht einen Weg gegangen, der dem Beispiel Cavours nähergelegen hätte. Jetzt fand er, zum Minister berufen, den innerpreußischen Konflikt vor und mußte sich einen höchst borussischen Eingang in die deutsche Politik bahnen.



Ministerpräsident v. Bismarck in der Konfliktszeit.

Aber seine Persönlichkeit brachte für seine Aufgabe eine politische Begabung mit, die härteste Willenskraft mit geschmeidigster Beweglichkeit, nüchternsten Realismus mit schöpferischer Phantasie verband, eine Elastizität von federndem Stahl in der Entschließung und einen durchdringenden Weitblick in der Schätzung aller Dinge, ob sie seinen Weg förderten oder störten. So vermochte er endgültig die Nationalpolitik der Liberalen zu durchkreuzen, aber auch das alte Borussentum, als dessen Ritter er zunächst in der Arena erschien, für immer aus seiner Bahn zu werfen.

Aus politischem Instinkt und aus der realistischen Erfahrung von anderthalb Jahrzehnten hatte Bismarck sich mit der Überzeugung durchdrungen, daß eine Macht wie Österreich niemals freiwillig ihre Traditionen verleugnen und die für den innern Machtzusammenhang des Gesamtstaates unerläßliche Verbindung mit dem Deutschen Bunde preisgeben werde, daß sie nur auf dem Schlachtfelde besiegt in eine so tiefgreifende Umwälzung ihrer europäischen Stellung sich fügen könne; wenn ihm das kleindeutsche Programm auch die wahrscheinlichere, keineswegs aber die einzig mögliche Lösung schien, so machte er sich darüber keine Illusionen, daß dieses Endziel nicht auf dem Wege der Verhandlungen, sondern nur durch Krieg zu erreichen war. Aus diesem Grunde ließ er, gleich zu Beginn seiner ministeriellen Laufbahn, das Wort von Blut und Eisen fallen, das dann, im Laufe der Zeit zu einem geflügelten Worte werdend, einem ähnlichen berechneten Mißbrauch wie das Deutschlandlied Hoffmanns von Fallersleben verfallen sollte. Wir haben das Schlagwort - ohne das Bedürfnis einer "Verteidigung" zu haben, wo keine nötig ist - nur insofern zu berühren, ob und wieweit eine zutreffende historische Charakteristik des Bismarckschen

Weges der Reichsgründung damit gegeben ist. Ist sein Sinn darin zu sehen, daß Bismarck bewußt und eingestandenermaßen an Stelle eines andern ebenso gut möglichen friedlichen Weges gerade diesen kriegerischen Weg vorgezogen habe, sei es, daß ein Dämon in seiner Brust es ihm vorschrieb, sei es, daß der preußische Staat, den kriegerischen Traditionen seines Emporkommens gemäß, unter seiner Führung die Wahl der ihm eingeborenen politischen Methode bevorzugte, während eine andere Methode dem damaligen Stande der europäischen Zivilisation besser entsprochen hätte? Vertrat er einen herausfordernden Widerspruch gegen den friedlichen Geist einer längst siegreich heraufgezogenen Zeit? Das ist eine Vorstellung, die, von unsern Gegnern ganz abgesehen, neuerdings auch manche gute Deutsche - nachdem in schwersten Erschütterungen so viele Tafeln zerbrochen worden sind und neue Geltungen sich erhoben haben - innerlich etwas zu beunruhigen scheint.

Noch einmal sei des niederschmetternden Erlebnisses von 1849 gedacht. Wäre damals der Wille der souveränen Nationalversammlung in Frankfurt, wäre die Kaiserkrone Friedrich Wilhelms IV. in Deutschland anders zu verwirklichen gewesen, als durch Revolution und Bürgerkrieg, und wenn den Deutschen daheim die Erreichung dieses Zieles gelang, würden sie es ohne Krieg gegen die europäischen Mächte haben behaupten können? Damals wich man zurück - ein Radikaler wie Engels würde damals sogar den Kampf gegen die drei Großmächte der Reaktion, Preußen, Rußland und England, nicht gescheut haben. Jetzt stand man zum zweiten Male vor derselben Frage. Würde die liberale Nationalpartei die von neuem in ihr erblühte Hoffnung, Preußen allein durch moralische Eroberungen und öffentliche Meinung in die Führung Deutschlands zu bringen, ohne Blut und Eisen zum Siege haben führen können, oder stand sie nicht schon im Winter 1861/62 vor einer ähnlichen Situation wie im Jahre 1849/50: vor dem nur kriegerisch zu brechenden Entschluß Österreichs und der Mittelstaaten zum Widerstande gegen alle kleindeutschen Verfassungsexperimente? Nicht nur die Gegner der Liberalen dachten skeptisch über den Glauben an die Allmacht der Idee. Als Großherzog Friedrich von Baden im Oktober 1860 in Koblenz seine idealistischen Pläne den englischen Staatsmännern Lord John Russell und Sir Robert Morier entwickelte, standen die beiden Engländer, die keineswegs realistische Machtanbeter waren, sondern unbedingt mit dem Strome der liberalen weltanschaulichen Ideologie gingen, noch lange auf der Rheinbrücke und besprachen mit tiefen Zweifeln die Vorfrage: ob denn eine so große Revolution anders als durch revolutionäre Mittel herbeigeführt werden könne. Nichts anderes wollte Bismarck den Abgeordneten andeuten, wenn er in einer seiner ersten ministeriellen Äußerungen vielleicht allzu offenherzig gestand: die großen Fragen der Zeit würden nicht durch Reden und Parlamentsbeschlüsse entschieden, sondern durch Blut und Eisen. Es gibt eben Krisen im Leben der Völker, auch demokratisch verfaßter Völker, die nicht auf friedlichem Wege zu lösen sind, sondern nur durch die Anrufung der *ultima ratio regum* entschieden werden. Die Schweizerische Eidgenossenschaft hatte nicht lange vorher den Übergang vom Staatenbund zum Bundesstaat doch nur durch das Vorspiel des Sonderbundskrieges vollziehen können, und in eben diesen Jahren, da Bismarck an sein Werk ging, sah die Welt die Vereinigten Staaten von Amerika die Fragen ihrer Staatseinheit und eines höheren sittlichen Staatsprinzips in einem nicht endenwollenden Bürgerkriege in einem Meer von Blut ausfechten. Auch die nächste Parallele dieser Jahre, die nationale Staatseinheit des modernen Italiens, an sich ein viel leichter zu bewältigendes Problem, ist doch nur durch den Krieg von 1859, die revolutionären Vorgänge von 1860/61, den Krieg von 1866 und den Rechtsbruch von 1870 vollendet worden, ohne daß ihre Lenker vom geschichtlichen Urteil für ihre politischen Methoden besonders zur Rechenschaft gezogen würden.

Wenn die Vorwürfe gegen Bismarcks Blut- und Eisenpolitik schließlich damit argumentieren, daß die Reihenfolge der drei Kriege von 1864, 1866 und 1870/71 am besten beweise, daß der Krieg, seiner Ankündigung gemäß, das Prinzip seines politischen Handelns gewesen sei, und eben das ihn von denen unterscheide, die den Krieg nur gezwungen hinnähmen, so ist darauf zu erwidern, daß diese drei Kriege keineswegs eine programmatische Einheit bilden. Der Krieg von 1870 ist, wie hernach ausgeführt werden wird, von der andern Seite gewollt worden und zu verantworten: er ist

ein Versuch von französischer Seite, mit Blut und Eisen die staatliche Einigung des Nachbarn zu durchkreuzen. Der Krieg mit Dänemark war im Jahre 1848 auch von der nationalen und freiheitlichen Bewegung entfesselt worden und nicht Sache einer spezifischen Blut- und Eisenpolitik. So bleibt nur der Krieg von 1866 als die von Bismarck bewußt gewollte, weil auf anderem Wege nicht herbeizuführende Lösung des deutschen Problems. Recht und Unrecht, Notwendigkeit und Vermeidbarkeit dieser kriegerischen Machtprobe können nur in dem ganzen Zusammenhange der deutschen Geschichte erörtert werden. Im übrigen wird der weitere Verlauf auch die Legende in nichts auflösen, als wenn Bismarck inmitten der Staatsmänner seiner Zeit, der Napoleon III. und Gortschakow, der Victor Emanuel und Cavour, der Palmerston und Disraeli, der Franz Joseph und Beust, allein ein Mann von anderem Kaliber, gleichsam mit einer geheimen Rüstung unter dem Diplomatenrock, gewesen sei. [Scriptorium merkt an: vgl. **hier**!]

Das erste Jahr der Staatsleitung Bismarcks ist rasch zu durchschreiten. Welchen Ansatzpunkt seine deutsche Politik genommen haben würde, wenn nicht die Eröffnung der Schleswig-Holsteinischen Frage seit dem November 1863 ihr eine ganz bestimmte Aufgabe gestellt hätte, bedarf keiner Erörterung. Von bleibender Bedeutung sind nur die politischen Handlungen, mit denen Bismarck Stellung unter den europäischen Mächten suchte: die enge Fühlungnahme mit Rußland aus Anlaß der polnischen Revolution, der Abschluß der Konvention Alvensleben. Den deutschen Liberalen galt dieser Schritt als ein schwerer Fehler, mit dem Preußen alle Sympathien in Deutschland sowohl wie in Europa sich verscherzen mußte: sie sahen darin gleichsam die außenpolitisch sich fortsetzende Politik der innenpreußischen Reaktion, und ahnten nicht, daß an dieser Stelle die erste und sicherste Deckung für die deutsche Politik Preußens in diesem Jahrzehnt geschaffen wurde. Gefährlicher war, daß Kaiser Napoleon durch die Konvention Alvensleben auf das Schwerste in seinen Berechnungen gestört wurde; er hatte auf einen deutschen Cavour gerechnet, mit dem das Spiel von 1858/59 noch einmal gespielt werden könne, und sah jetzt den Unberechenbaren nach innen hin die borussische Reaktion vertreten und nach außen für Rußland optieren. Da also die Wahrscheinlichkeit einer preußischen Nationalpolitik, mit der sich von Paris aus hätten Geschäfte machen lassen, anscheinend für immer verschwand, so sprang er unvermittelt auf die andere Seite hinüber und versuchte, statt des preußisch-deutschen den österreichisch-polnischen Hebel in die Hand zu nehmen, um Europa aus den Angeln zu heben. Er unterbreitete den Österreichern einen Bündnisplan, der auf eine gründliche Revision der europäischen Karte hinausgelaufen wäre und Frankreich selbst in den Besitz des linken Rheinufers gebracht haben würde - der beherrschende Gedanke, der sich in der Seele des Kaisers auf dem Untergrunde aller politischen Spekulationen findet, wird an dieser Stelle zum ersten Male ganz sichtbar und gießt, einem Scheinwerfer gleich, taghelles Licht über die Gefährlichkeit des ganzen Weges, den die Politik Bismarcks zurückzulegen haben wird. Damals lehnte Österreich ab und die Wolke verschwand, wie sie gekommen war. Und alle Möglichkeiten, die in diesem ersten Jahre der Politik Bismarcks sich boten oder ihr entgegentraten, waren gleichsam in sich selber aufgelöst, als der Tod des Königs von Dänemark ihn auf den alten Kampfplatz der nationalen Bewegung, in die schleswig-holsteinische Frage, führen sollte. Hier hatte er vor Deutschland und vor Europa Farbe zu bekennen, hier mußte er diejenige Gleisrichtung seines Kurses wählen, die ihn in seine große Politik, in die Lösung der deutschen Frage hineinführte.

Bismarck traf diese Wahl, indem er seine Kampfstellung gegen die deutschen Liberalen fortsetzte. Die Liberalen gingen mit dem Erbrecht des Augustenburgers, um mit diesem unantastbaren Rechtstitel Schleswig-Holstein von Dänemark abzulösen, gleichsam mit den dynastischen Ansprüchen des Privatfürstenrechts die leidenschaftlich umstrittene nationale Schicksalsfrage zu entscheiden - unbekümmert darum, ob die europäische Konvention, die in dieser Frage schon gesprochen hatte, sich solcher Entscheidung beugen würde. Bismarck dagegen stellte sich von vornherein auf den Boden der europäischen Verträge, erkannte dementsprechend den König Christian IX. als Herzog von Schleswig-Holstein an und gewann für dieses international korrekte Vorgehen auch die Bundesgenossenschaft Österreichs; von dieser europäischen Plattform aus war er

gewillt, die Dänen nachdrücklich an ihre mißachteten Verpflichtungen gegenüber Schleswig-Holstein zu erinnern, äußerstenfalls durch Krieg sie zur Anerkennung zu zwingen, und so wenig ihn das augustenburgische Ergebnis eines neuen deutschen Mittelstaates locken konnte, so vernehmlich regte sich auf dem Grunde seines politischen Wollens ein anderes letztes Endziel: wie er 1859 sich ausgedrückt hatte, Preußen "enger und zweckmäßiger" mit den deutschen Landsleuten in Schleswig-Holstein zu verbinden.

Es wird immer denkwürdig bleiben, in wie grauenhafter Einsamkeit Bismarck in diesem Unternehmen, das er selber wohl als sein Meisterstück bezeichnet hat, zu seinem nur im allgemeinen Umriß ihm vorschwebenden Ziele voranschritt. Er hatte sie wiederum alle gegen sich, den Augustenburger und die Mittelstaaten, die Liberalen und die öffentliche Meinung der Nation, die mit ehrlicher Begeisterung in die falsche Richtung drängte, selbst den König und die Dynastie, in der das fürstliche Recht und der Anspruch der Nation ihre unbedingten Anwälte besaßen. Alle deutschen Gegnerschaften wogen leicht gegen die Gefahren in der europäischen Arena. Hier mußte der allen Parteien tief verhaßte preußische Minister hindurchsteuern durch ein gefährliches Gegenspiel der europäischen Mächte, allein Österreich zur Seite, von dem er sich eines Tages wieder trennen mußte, mitten hindurch zwischen Rußland, dessen geneigten Willen er sich soeben versichert hatte, und Frankreich, das nunmehr, eines größeren Spieles lüstern gewärtig, seine Karten vorläufig zurückzuhalten bemüht war - vor allem aber vorbei an England, das immer wieder mit drohenden Worten seinen Schild vor Dänemark zu stellen und den Preußen den Weg zu vertreten suchte. Hier lag im Jahre 1864 die eigentliche Gefahr.

Denn die Rolle Schleswig-Holsteins bestand nicht nur darin, daß es das Sprungbrett war, von dem aus Bismarck in seine große Politik hineingelangte, und die Beute, über die er eines Tages den Streit um die Abrechnung mit dem verbündeten Österreich herbeiführte, es war zugleich ein politisches Objekt, dessen europäischer Wert wegen seiner geographischen Lage weit über seine Größe hinausreichte.

Bismarck sollte, indem er Schleswig-Holstein für Preußen und Deutschland gewann, der Befreier des deutschen Nordens und der Seeküsten werden und die unerträglichen Abhängigkeiten, die hier aus der Vergangenheit nachschleppten, mit einem Schlage rückgängig machen. Und eben wegen solcher Möglichkeiten konnte hier eine nur dunkel geahnte Rivalität Englands zu Worte kommen. Der politische Wille Englands war nichts weniger als einheitlich. Schon in der Dynastie bestand ein Gegensatz zwischen der deutschen und augustenburgischen (aber keineswegs preußischen) Gesinnung der Königin Victoria und der dänischen Vorliebe des jungen Prinzen von Wales, der unter den Eindrücken des Krieges von 1864 seine ersten politischen Urteile formte. Während die Mehrheit der herrschenden Liberalen für den Frieden war, erklärte der alte Lord Palmerston, daß das Einrücken deutscher Truppen in Schleswig-Holstein ein Kriegsakt sei, der Dänemark ein Recht auf aktive Heeres- und Flottenunterstützung Großbritanniens geben würde. Und in der konservativen Opposition wurden Stimmen laut, die aus einem tiefen Instinkt ein höchstes englisches Interesse im Spiele sahen. Kein anderer als der spätere Premierminister Lord Salisbury hat damals, als Lord Robert Cecil, in der *Quarterly Review* vom Januar 1864, einen Aufsatz geschrieben, der als ein Weltbild an der Schwelle des Bismarckschen Zeitalters eine mehr als gewöhnliche Beachtung verdient.

> "Die nationale deutsche Bewegung," - so heißt es in diesem Aufsatz -, "irregeleitet und in falschen Händen, lebt in phantastischen Träumen von einem mächtigen Deutschen Reiche, wie es im Mittelalter existierte und in Zukunft zu Lande und zu Wasser wieder errichtet werden soll; deswegen ruft man auch ganz ohne Not nach einer deutschen Flotte, obgleich ein friedliches Deutschland für seinen bescheidenen Handel sie gar nicht braucht; und da die für eine Seemacht unbrauchbaren Küstenverhältnisse Norddeutschlands erst durch den Gewinn von Schleswig-Holstein ein anderes Gesicht gewinnen würden, so ist für

> die deutsche Nationalpolitik die Zerstückelung Dänemarks die unerläßliche Vorbedingung - zu diesem Zwecke ist die schleswig-holsteinische Frage von den Deutschen sozusagen erfunden oder vorgeschoben worden."

Mit christlicher Salbung greift Lord Robert zu dem alttestamentlichen Bilde, daß die Deutschen in dem gegenwärtigen Streite von genau denselben Beweggründen geleitet würden, die Ahab in seinen berühmten Streit mit Naboth um dessen Weinberg getrieben. Da ein preußischer Landtagsbericht es offen ausgesprochen habe, daß ohne die Herzogtümer ein wirksamer Schutz der deutschen Küsten und der Nordsee unmöglich sei, so schließt er voll Entrüstung, ein einfacher formulierter Grund, seinem Nachbar Hab und Gut zu stehlen, sei vielleicht niemals früher in einem amtlichen Aktenstücke gedruckt worden. Dann geht Lord Robert dazu über, die Gefahren auszumalen, die sich für Österreich und vor allem für Preußen ergeben würden, wenn sie sich auf diesen unsinnigen Weg der Intervention fortreißen ließen. Insbesondere wird er gleißnerisch beredt, um eine augenscheinlich für das Gemüt des Kaisers Napoleon bestimmte Leimrute aufzustellen.

> "Auf dem linken Rheinufer liegen Provinzen von Bayern und Preußen, die vor einem halben Jahrhundert zugleich eine Versuchung und ein Vorwurf für Frankreich waren. Sie bieten einen Preis des Ehrgeizes, sie erwecken gleichzeitig die Erinnerung an Erniedrigung und die Hoffnung auf Revanche. Derjenige Souverän, der sie mit dem französischen Kaiserreich wieder vereinen würde, werde seine Dynastie auf einen Grund bauen, den weder Liberalismus noch Legitimismus jemals erschüttern könnten. Sie sind schon halbfranzösisch in ihrem Recht und mehr als halbfranzösisch in ihren Sympathien. Sie würden leicht für die Franzosen zu erobern sein, und die Schranke des Rheinlaufes würde es den Deutschen schwer machen, sie zurückzugewinnen. Man bedarf nur eines Vorwandes, um ohne allzu große Opfer des Gewissens die Verträge zu zerreißen, die das linke Rheinufer von Frankreich trennen. Es scheint nicht zweifelhaft zu sein, daß Napoleon rüstet, und die Lage der französischen Politik verlangt allerdings dringend, daß er durch einen Gewinn an Land und Prestige die wankende Liebe seines Volkes zurückgewinne und die Erinnerung an das mexikanische Abenteuer auslösche."

Der Sirenensang, dessen Leitmotiv auch wegen der objektiven Einschätzung Napoleons im damaligen Europa Beachtung verdient, schließt mit dem doppelten Satze: Es widerspricht dem englischen Lebensinteresse, daß Dänemark in eine Abhängigkeit von Deutschland gerät. Es ist nicht mit der Ehre Englands vereinbar, Dänemark im Stiche zu lassen.

Die erste politische Arbeit eines später in England führenden Staatsmannes! Wenn sie damals auch von dem Führer der Partei beiseite geschoben wurde, die maßgebenden Liberalen urteilten nicht viel anders. Wenn Palmerstons schnöde Ausfälle gegen die österreichische Flotte ein Bild von unsrer Seegeltung in den letzten Tagen des Deutschen Bundes geben, so spiegelt die Abhandlung Cecils das englische politische Denken in einem Augenblicke, wo Bismarck, in den Anfängen stehend, noch nicht den ersten Schuß der "Blut- und Eisenpolitik" abgefeuert hatte. Man sage auch nicht, daß ihre Spekulation außer aller Möglichkeit lag. Wenn sie damals doch in den Schatten trat, so geschah es deswegen, weil auf der einen Seite Napoleon, sich für den zweiten Akt aufsparend, für das englische Spiel noch nicht zu haben war, auf der andern Seite, weil das amtliche England den im voraus verlangten Preis, eben das linke Rheinufer, nicht zahlen wollte. Jedenfalls entbehrte die europäische Lage nicht der inneren Gefahren. Letzten Endes sollte allerdings gerade England durch eine Haltung, die in Worten weit mehr versprach, als sie in Taten leistete, dazu beitragen, die starre Unbelehrbarkeit der Dänen in den Verhandlungen zu steigern, und damit den Ausgang, die Abtretung der Herzogtümer an die beiden Siegermächte, unvermeidlich machen. Eben diese Verhandlungen sind ein Musterbeispiel für die diplomatische Beweglichkeit, mit der Bismarck mehr als eine Lösung, die eine wesentliche Verbesserung des bisherigen Standes in sich geschlossen hätte, hinzunehmen bereit war, um schließlich, auch die leiseste Wendung überlegen ausnutzend,

mit der umfassendsten Lösung aus dem Kampfe herauszukommen und das Vorspiel seiner deutschen Politik auf der ganzen Linie zu gewinnen.

Mit dem Abschluß des Kampfes um Schleswig-Holstein durch den Frieden vom 1. August 1864 war eine Teilfrage der Nationalpolitik vorläufig erledigt und der Weg wieder für die Wiederaufnahme der deutschen Frage im ganzen frei gemacht. Gerade an dem Ergebnis der preußisch-österreichischen Aktion von 1863/64, der gemeinsamen Verfügung über Schleswig-Holstein, sollte sich der Gegensatz zwischen Preußen und Österreich von neuem entzünden und von Bismarck bewußt zum Konflikt gesteigert werden. In der Frage der endgültigen Bestimmung über das Schicksal Schleswig-Holsteins begann Preußen soviel Reservate anzumelden, die es im gemeindeutschen Interesse in dem künftigen Mittelstaate in Anspruch nehmen müsse, daß Österreich, an dem Objekt des gemeinsamen Sieges nicht unmittelbar interessiert, sich höchstens durch eine Kompensation an Land und Leuten hatte abfinden lassen, und da es diese von Preußen nicht erhalten konnte, notgedrungen auf die Seite des augustenburgischen Erbrechts, in das Lager der Mittelstaaten und der Nationalpartei hinüberzutreten begann. An der Entschlossenheit, mit der Bismarck in dieser Angelegenheit die preußischen Forderungen verschärfte, mußte man in Wien bald erkennen, daß er letzten Endes auf eine Machtentscheidung in der Frage der deutschen Führung überhaupt hinausdrängte. Diese Entwicklung des Konflikts, durch manche Stufen hindurch sich allmählich steigernd, vollzog sich in zwei Anläufen. Das erste Stadium führte schon in der Spannung des Sommers 1865 nahe an den Rand des offenen Streites, der durch eine Kompromißlösung, welche die Verwaltung von Schleswig-Holstein zwischen den beiden Siegermächten teilte, vorübergehend befriedet wurde. Die Schnelligkeit aber, mit der dieser Kompromiß von neuem der Durchlöcherung verfiel, war der beste Beweis, daß es der preußischen Politik nicht mehr auf einen Ausgleich in der Teilfrage ankam, sondern auf die Aufrollung des ganzen deutschen Problems. Wenn man sich in Berlin entschloß, um Schleswig-Holstein zu kämpfen, so hieß das nichts anderes, als den Kampf um die deutsche Führung zu beginnen und die Rivalität, die seit Friedrich dem Großen bestand, in einem letzten großen Waffengange zu entscheiden. Das war der Entschluß, den Bismarck im Frühjahr 1866 zunächst in Preußen zum Siege führen mußte, um ihn dann gegen Deutschland und Europa durchzukämpfen.

In diesen Monaten vor dem Ausbruch des Krieges von 1866 liegt der weltgeschichtliche Höhepunkt in Bismarcks Leben. Denn jetzt greift der Einzelne am Persönlichsten und Herrischsten in die Geschichte seines Volkes ein; das Schöpferisch-Dämonische und wenn man will das Machiavellistische seiner Persönlichkeit steigert sich zur höchsten Höhe. Denn er ist allein der verantwortliche Träger des Geschehens und zwingt aus seiner Seele und seinem Willen heraus dem ganzen Zusammenhang der deutschen Geschichte eine andre Wendung auf. Wenn die Entscheidungen sich trotzdem hinausziehen und von Gegenaktionen aufgehalten werden, so liegt das vor allem daran, daß Bismarck nicht der König selber ist - ein Moritz von Sachsen oder Friedrich der Große würde den Weg rascher zurückgelegt haben -, sondern seinen König zu beraten, zu führen, über sich selbst zu erheben hat. Daraus ergibt sich jene denkwürdige Teilung der Verantwortlichkeiten zwischen dem Minister, der die Tragweite jedes einzelnen Schrittes im Zusammenhange seiner großen politischen Konzeptionen überschaut, und dem Monarchen, der die jeweilige Situation nur von seinem engen preußischen Pflichtenbereich erfaßt und die von hier aus gebotenen Befehle gibt, deren Schwere er höchst persönlich empfindet. Wenn der König auch häufig Bismarcks Vorgehen hemmte, so konnte sein Wille doch auch wieder für den Minister die wertvollste Deckung werden.

Die Schwierigkeit, die Gefahr, das eigentliche Problem der Politik Bismarcks in der Herbeiführung des deutschen Krieges lag an einer andern Stelle: das war die dunkle und undurchdringliche Figur Napoleons III. Es war seit Jahren die Lieblingsidee des Kaisers, die deutsche Frage wieder in Bewegung zu bringen und dann, wenn erst Preußen und Österreich unter den Waffen gegeneinanderstanden, das Spiel mit Cavour, und nun um einen größeren Einsatz, noch einmal zu

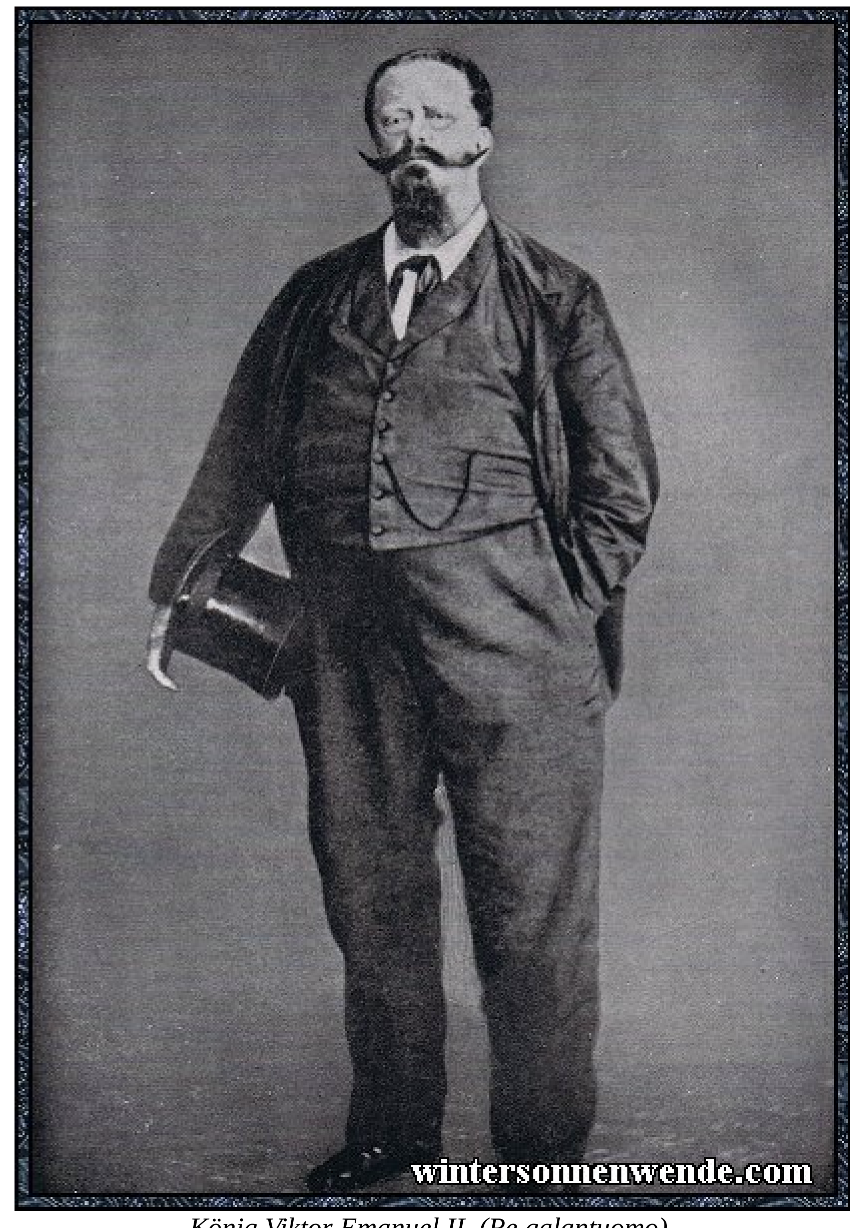
spielen. Er war bereit, Preußen freie Hand zu einer weitreichenden Vergrößerung in Norddeutschland zu geben, wenn er entsprechende Kompensationen dafür erhielt. Eben deswegen war die Einleitung der Schleswig-Holsteinischen Aktion sehr wenig nach seinen Wünschen gewesen, weil sie Österreich und Preußen zusammenführte, statt sie gegeneinander zu treiben. Schon als die österreichisch-preußischen Truppen die jütische Grenze überschritten, hatte man in Paris die preußische Seite zur Annexion ermutigt, aber zugleich einige Worte über eigene Wünsche: Grenzen von 1814 und autonomer Rheinstaat, fallen lassen. Da man auf dieses Flüstern ebensowenig Gehör fand wie auf eine deutlichere Tonart, hatte Napoleon aus Furcht, die beiden Mächte durch vorzeitige Geständnisse nur fester aneinander zu ketten, sich entschlossen, lieber zurückzuhalten, bis sich aus dem Verlauf des Ringens um Schleswig-Holstein eine ernstere Spannung zwischen Österreich und Preußen ergab, die seiner Politik den ersehnten Ansatz darbot. Es war eine schwere Schule der Geduld. Noch in der ersten Krisis im Sommer 1865 hatte der Kaiser sich streng gehütet, durch irgendwelche verfrühte Aufdeckung seiner Karten eigene Begehrlichkeiten zu verraten. Um so peinlicher war für ihn die Überraschung, als, trotz seiner vorsichtigen Entsagung, in der Gasteiner Konvention noch einmal der Friedenswille über alle Kriegspläne der deutschen Mächte triumphierte. Die französische öffentliche Meinung war förmlich erbittert, weil ihr die Hoffnung auf den großen deutschen Bürgerkrieg, der schon so nahe vor der Tür gestanden hatte, wieder unter den Händen zerrann. Die Wurzel des Stimmungsumschwunges lag, wie Bismarck nüchtern feststellte, in einem naiven Gekränktsein: "Ich hätte die Rheingrenze gewinnen können, wenn nicht die beiden Großmächte die Unwürdigkeit begangen hätten, sich einstweilen wieder zu verständigen." Die Reise Bismarcks nach Biarritz stellte das Verhältnis wieder her. Sie gab dem Kaiser wohl die allgemeine Gewißheit, daß dieser preußische Cavour sein großes Spiel zu spielen bereit sei, aber nicht mehr. Wenn Bismarck sich kein Angebot entlocken ließ, so hütete sich Napoleon eine Forderung zu stellen, die zumal bei König Wilhelm die Wirkung haben konnte, unter allen Umständen an dem Gasteiner Ausgleich festzuhalten und den großen Machtkampf für immer zu vertagen.



Kaiser Napoleon III.

Als dann seit dem Februar 1866 die Wahrscheinlichkeit eines Bruches zwischen Österreich und Preußen wieder höher stieg, schlug endlich für den Kaiser die ersehnte Stunde: jetzt kam alles für

ihn darauf an, den Bruch zum Kriege zu steigern. Das erste Vorspiel bestand darin, daß Bismarck am 8. April 1866 durch den preußischen Antrag auf Bundesreform und Berufung eines Parlamentes auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts den Entschluß verkündete, die ganze deutsche Frage zur Entscheidung zu stellen, und gleichzeitig durch ein Dreimonatsbündnis mit Italien die Vorbereitung des Krieges einleitete. Das war nicht nur ein Aufruf an die Nation, die deutsche Frage zu beraten, wie sie schon einmal getan hatte, sondern gleichzeitig - und die militärischen Vorbereitungen und Gegenvorbereitungen ließen sich nicht lange verbergen - der feste Wille, mit der Macht in die Selbstbestimmung der Nation einzugreifen. Es war das Vorspiel des Krieges, aber noch nicht der Krieg selbst - allzuviel stand noch dagegen. Da Österreich wie Preußen für ihre letzte Entschließung nach Paris blickten, so stand das verschlungene und undurchsichtige Spiel des Kaisers vor der Aufgabe: beiden Mächten, und zwar jeder mit andern Mitteln, den Kriegsentschluß dadurch zu erleichtern, daß er sie über die Bedingungen seines Wohlwollens beruhigte, gleichzeitig aber den dafür in Rechnung zu setzenden Gewinn aus deutschen Landen - ohne sich durch allzu grobe und gierige Methoden die Kriegschance wieder entschlüpfen zu lassen - von der einen wie von der andern Seite womöglich vertraglich sicherzustellen. Von französischer eingeweihter Seite ist einige Jahre später ausdrücklich zugestanden worden, der Grundgedanke der Politik des Kaisers und seines Ministers Drouyn de Lhuys sei gewesen, vor dem Ausbruch des Krieges gleichartige Verträge wie mit Österreich so mit Preußen abzuschließen, in denen Frankreich, als Preis seiner Neutralität, der Rhein verschrieben worden wäre.



König Viktor Emanuel II. (Re galantuomo), Preußens Verbündeter 1866.

Die Rheinpolitik Napoleons[1] verfügte über mehr als eine Methode, kannte verschiedene, auch miteinander kombinierbare Ziele. Das eine war der neutrale rheinische Pufferstaat auf dem linken Ufer des Stromes, seit 1815 eine französische Lieblingsidee, bis zu den Mainzer Klubisten und den Cisrhenanen zurückreichend, die sich angeblich dadurch empfahl, daß die gröbste Verletzung des deutschen Nationalgefühls vermieden wurde. Wenn auch vereinzelt von einem neutralen Staat im Rahmen des Deutschen Bundes die Rede war, so schwebte in der Regel die völlige Herauslösung aus dem Bunde vor: ein zweites Belgien und ein entscheidendes Durchbrechen des verhaßten

Sicherheitsgürtels von 1815! Der neutrale Pufferstaat bot dann weitere erfreuliche Möglichkeiten. In einer Sitzung des Ministerrats und Staatsrats malte der Herzog von Persigny, der alte Vertraute des Kaisers, phantasievoll aus, was man mit diesem Rheinstaat machen könne: man könne die Eisenbahnen, die Zolltarife und die Handelsbeziehungen geschickt benutzen, um eine Interessengemeinschaft mit den französischen Nordostdepartements einzuleiten; man könne durch den französischen hohen Klerus auf die katholische Bevölkerung der Rheinlande einwirken; man könne schließlich die alten geschichtlichen Erinnerungen wieder erwecken, um einen gallischen Staatenbund zu begründen, der Holland, Belgien, Luxemburg, die Rheinstaaten und Frankreich umfasse und das erste Kaiserreich in seinem ganzen Glanze wiederherstelle. Man begreift, daß Napoleon den Herzog zu seiner Lösung beglückwünschte: es sei der natürliche und vielleicht einzige Weg, um in Zukunft die Rheingrenze "zurückzunehmen".

Dementsprechend eröffnete schon am 29. April 1866 der Minister Drouyn de Lhuys dem österreichischen Botschafter: Frankreich wünsche, wenn der Krieg zu einer Offensivverstärkung Deutschlands unter österreichischer oder preußischer Leitung führen sollte, eine "Neutralisierung" der Rheinlande unter einer neutralen, wenngleich deutschen Dynastie, dergestalt, daß es Frankreich wie Deutschland in gleicher Weise untersagt sein würde, an diese Neutralität zu rühren. Der Österreicher erhob gegen die Formel keinen Widerspruch. Aber es lag auf der Hand, daß man zu Preußen nicht in dieser Weise vom "*grand Rhin*" sprechen konnte, ohne es kopfscheu zu machen; in letzter Stunde höchstens ließ sich hoffen, Preußen zu einem so schmerzlichen Opfer, gegen ein weitgreifendes System von Abrundungen und Annexionen in Norddeutschland, bereit zu finden. Eher ließ sich mit Preußen vielleicht über den "*petit Rhin*", über die Grenzen von 1814 (Saarbrücken, Landau), sprechen, die sich ungezwungen in der bayerischen Pfalz und angrenzenden Landschaften vorschieben ließen. Man blieb, auch aus Rücksicht auf die Mittelstaaten, zunächst sehr unbestimmt, kam aber doch, bald nach der Eröffnung zu dem Österreicher, mit dem zweiten Geständnis zu dem Preußen heraus, alle Welt verlange für den Fall einer Vergrößerung Preußens "*quelque chose du côté du Rhin, vers la Moselle et du côté de la Bavière rhénane*". Hier handelte es sich also um Annexion, die im günstigen Falle bis zur Mosellinie vorzuschieben war.

Da die ersten Bemühungen des Kaisers ergebnislos verliefen, legte er noch ein neues Eisen ins Feuer, indem er den Gedanken eines europäischen Kongresses zur Lösung der venezianischen, der schleswig-holsteinischen und der deutschen Frage in die Debatte warf, in der Erwartung, daß der Kongreßgedanke sowohl für Österreichs Ehre als für Preußens Kampfpläne unannehmbar sein und daher bei beiden die Geneigtheit, mit ihm über die "Bedingungen" zu verhandeln, verstärken würde.

Bei dem Preußen kam der Kaiser nicht zu seinem Ziele. Vielmehr ließ sich Bismarck, in jedem Schritte höchste Verwegenheit mit höchster Vorsicht paarend, nicht aus seiner Zurückhaltung herauslocken und zu freiwilliger Erbietung bereit finden; er verschanzte sich hinter dem König und schob es Napoleon zu, das erste Wort zu sagen. Es gab auch für den preußischen Minister, so entschlossen er auf den deutschen Machtkampf hintrieb, eine Grenze, einen so offenen Druck französischer Begehrlichkeiten, daß er jede Einigung mit Österreich vorgezogen haben würde; sein Eingehen auf die Mission Gablentz im Mai beweist, daß für gewisse Möglichkeiten ein dualistischer Ausgleich Österreich-Preußen auf der ganzen Linie von ihm erwogen wurde. Wenn man in Paris noch um den 1. Juni in italienfreundlichen Kreisen einen offiziösen Versuch machte, ein Angebot nicht nur der französischen Neutralität, sondern sogar des französischen Bündnisses, allerdings gegen Abtretung der Mosellinie, an Bismarck heranzubringen, so war der Erfolg derselbe wie vorher. Bismarck ging mit freier Hand, ohne Kompensationsverpflichtung in den Krieg, und Napoleon nahm es hin, weil er fürchtete, durch stärkeren Druck die Sache des Krieges in Berlin zu verspielen, und weil er im Stillen hoffte, daß Preußen ohnehin durch den Verlauf des Krieges genötigt werden würde, seine rettende Hand zu ergreifen.

Dagegen gelang es Napoleon, den Österreicher vertragsmäßig zu binden. Am 3. Juni deckte er sein

ganzes mit Preußen geführtes Spiel auf und erklärte es für abgeschlossen: "Ich habe das Vorgehen Preußens zugelassen, weil ich mir sagte, daß, wenn der Augenblick käme, sich mit mir zu verständigen, man mir eine goldene Brücke bauen würde. Die Rheinprovinzen in weiter Aussicht haben mich lange im Zweifel gelassen, meine Wahl zu treffen." Jetzt sage er sich, daß er allein durch eine Verständigung mit Österreich zu gewinnen habe. Der Vertrag, der zwischen Österreich und Frankreich über die in Italien und Deutschland zu treffenden Neuordnungen geschlossen wurde, erhielt seinen wahren Sinn durch die mündliche Erklärung der österreichischen Minister, sie würden keinen Widerspruch gegen eine Territorialveränderung erheben, die "aus den Rheinprovinzen einen neuen deutschen unabhängigen Staat machen würde". Wie die Franzosen eine solche Staatsbildung verstanden, ist bereits dargelegt worden. Sie hatten für alle Fälle noch eine weitere, die mittelstaatliche Karte in ihrem Spiel. Auch in München hatten sie von vornherein zwischen Lockung und Drohung gewechselt. Nach den ersten Gefechten aber ließ Drouyn de Lhuys den bayerischen Gesandten kommen und eröffnete ihm: das beste wäre, wenn "diejenigen Mittel- und Kleinstaaten, welche eigentlich das Herz Deutschlands bildeten", Bayern an der Spitze, einen Bund bilden würden, mit Ausschluß von Preußen und Österreich, welche beide den bisherigen Bund seit seinem Bestehen zu egoistischen Zwecken benutzt und ihre Genossen mißhandelt hätten: diese Gruppe habe die französischen Sympathien. Damit gesellte sich zu dem hier österreichischen, dort preußischen Doppelspiel der Pariser Politik noch eine wohlbekannte dritte Melodie: das alte Lockwort von dem dritten Deutschland, dessen Leitung Frankreich nach der Auflösung des Bundes in edler Unparteilichkeit wie in den Zeiten des Rheinbundes zu übernehmen bereit war. So waren vom Kaiser der Franzosen die Karten zu einem Spiele gemischt, das wie in vergangenen Jahrhunderten fast in jedem Falle einen sicheren Erfolg versprach.

Man begreift, daß der Ausbruch des Krieges vielen patriotischen Gemütern in Deutschland ohnmächtige Verzweiflung erregte; man mag nachlesen, wie mit ergreifendem Schmerze Friedrich und Luise von Baden damals ihre Stellung nahmen. Schien doch die ganze an Tiefe und Ernst unvergleichliche Bewegung zweier Generationen um einen nationalen Staat nun auszumünden in einen Bruderkrieg, dessen Ausgang nicht abzusehen war. Schon allein die Tatsache, daß Preußen, um den Krieg auf dem entscheidenden Schauplatz mit dem höchsten Aufgebot seiner Kräfte führen zu können, das Rheinland von Truppen völlig entblößte, wirft ein grelles Licht auf das unerhörte Wagnis des Kriegsspiels, dem das letzte Wort des deutschen Schicksals anvertraut war. Napoleon rechnete mit dem Siege Österreichs als des vermeintlich Stärkeren, aber auch wenn die beiden Vormächte sich auf den Schlachtfeldern Böhmens matt rangen und der Kampf sich unentschieden hinzog, dann war er es, mit seinen frischen Kräften in der Hinterhand, der den Großen den Frieden diktierte, seinen Anteil am Rheine nahm und die Kleinen unter den Fittichen des französischen Adlers versammelte. Was in der Seele des Kaisers die große Rechnung war, die Karte, die alle Wahrscheinlichkeit für sich hatte zu schlagen, das war für die Deutschen eine erschütternde Sorge, die ihnen den Atem raubte. Ihre Geschichte war voll von tragischen Situationen, in denen der innere Hader die Volksgenossen auseinandergerissen hatte, und ein Feind von außen mit dem Schwerte dazwischensprang; ob, wenn auch dieses Mal die äußere Lebensgefahr hinzutrat, noch in letzter Stunde, unter Preisgabe aller Sonderziele, ein gemeinsamer nationaler Abwehrkrieg denkbar war, mußte ernstlich bezweifelt werden.

Wenn jemals der im ganzen mehr von Unglück als Glück begleitete Lauf der deutschen Geschichte die Gunst der Götter erfahren hat, dann geschah es in der Woche, die in dem **Siege von Königgrätz** gipfelte. Der Tag von Königgrätz war nicht nur Glück: er war Verdienst des Heeres und der Führung. Er war die Bestätigung der friderizianischen Tradition und des preußischen Geistes der Befreiungskriege als der ursprünglichsten militärischen Kräfte, die wir im letzten Jahrhundert hervorgebracht hatten. Er war die Erfüllung des Glaubens, den die Nationalpartei dem in diesen Kräften begründeten Führerberuf Preußens entgegengebracht hatte. Es war die Rechtfertigung des unerhörten Wagnisses, das die Politik Bismarcks auf sich genommen: allein der vollkommene Sieg gab ihm die ganze Absolution und, in demselben Atemzuge, die höchste Stellung in der deutschen

Geschichte. In wenigen Tagen, bevor die Menschen das Dunkel, durch das sie hindurchgeführt wurden, recht eigentlich begriffen hatten, durfte man sich sagen, daß man dem Lichte wieder entgegengehe.

Alles aber, was für die Deutschen an diesem Tage entschieden ward, war gegen die Franzosen entschieden. Der niederschmetternde Eindruck des Donnerschlages von Sadowa bestand darin, daß die weitausschauenden Pläne des napoleonischen Eroberungsspieles, an dem die Nation mit gespannter Erwartung teilgenommen hatte, zerrissen seien, und vor allem, daß die deutsche Nationalbewegung, die man als eine Saat der Zwietracht hatte nutzen wollen, nunmehr als eine unwiderstehliche Kraft der Einheit an den Grenzen Frankreichs ihr Haupt erhob. Wenn Napoleon jetzt auf Anrufen Kaiser Franz Josephs als Schiedsrichter dazwischentrat, mußte er sich, nach kurzem Schwanken, begnügen, die Vermittlung ohne gleichzeitige militärische Handlung zu unternehmen, in der Hoffnung, wenigstens einen Teil seines Programms zu retten.

Die große Gefahr hatte für Bismarck ihre todbringende Seite verloren, aber sie barg noch die schwerste Sorge. Denn die Intervention des Kaisers der Franzosen bezog sich nicht nur auf den Feldzug in Böhmen und den Frieden mit Österreich, sie erstreckte sich vor allem auf die künftige Ordnung der deutschen Dinge, auf das ganze Programm, um derentwillen Bismarck den Krieg herbeigeführt hatte, und auf die Frage der Kompensationen. Jetzt, nachdem die innerdeutsche Kriegsentscheidung schon gefallen, trat der Schatten des Kaisers in die Mitte des deutschen Lebens, bereit sein Schwert in die Wagschale zu werfen. Es ist äußerst bezeichnend, wie Bismarck in dem Augenblick, wo die dunkle Wolke im Westen aufstieg, sofort sein deutsches Programm der unerwarteten Lage anzupassen suchte. Er machte schon am 8. August den höchst bismarckischen Versuch, den Bayern, mit dem eine Begegnung im Felde noch nicht stattgefunden hatte, jählings auf die preußische Seite herüberzureißen, um möglichst sofort der französischen Gefahr auf einer nationalen Linie entgegenzutreten; er bot dafür - wie schon im Frühjahr des Jahres - innerhalb einer gemeindeutschen Organisation eine präponderante Stellung Bayerns im Süden, gleichsam als süddeutscher Juniorpartner neben der preußischen Führung in Norddeutschland, und deutete seine Bereitschaft zum Verzicht auf Annexion an. Auf Verbreiterung der nationalen Front und Verminderung des Risikos kam es ihm an. Das Ganze blieb nur eine Episode, da die Bayern, ihrer Partei treu bleibend, den überraschenden Antrag ablehnten, aber eine Episode, die einen Beweis liefert, wie elastisch im Moment und im einzelnen die in ihrem großen Zuge so machtvolle und skrupellose Staatskunst sein konnte, und wie sie ihr Bild der deutschen Zukunft immer nach dem Maße seiner Durchführbarkeit zu gestalten suchte, die Form geringachtend und den Inhalt über alles stellend.

Inzwischen hatte Napoleon, innerlich zusammenbrechend, sich eingestehen müssen, daß er das diplomatische Wirrsal nicht meistern könne, und zunächst alles daran gesetzt, der Kriegführung möglichst schnell ein Ziel zu setzen, um die Gesamtlage nicht zu verschlechtern und seine Intervention nicht zum Spotte Europas werden zu lassen. Dabei fand er sich bereit, in das Ausscheiden Österreichs aus dem Deutschen Bunde zu willigen, wenn nur der Süden aus der künftigen Neuordnung herausbliebe; mochte Preußen dabei seinen Gewinn in norddeutschen Gebietsvergrößerungen suchen. Im Laufe des Juli entschloß sich auch Bismarck, den Frieden in dieser erreichbaren Form anzunehmen: Österreich keine weitere Forderung als den Austritt aus dem Bunde aufzuerlegen, die deutsche Neuordnung auf Norddeutschland und die Annexionswünsche seines Königs auf die politisch zu rechtfertigenden Gebiete zu beschränken, und die Kompensationsforderung Napoleons, die eigentliche Kraftprobe, möglichst lange hinzuhalten. Für den Kaiser war es der einzige Ausweg, den Prozeß der deutschen Einigung, den seine Begehrlichkeit im Vorstadium so kurzsichtig gefördert hatte, wenigstens dadurch abzubiegen, daß er ihm eine für Frankreich und das Prestige des kaiserlichen Thrones erträgliche Grenze setzte; wenn die preußischen Annexionen dabei in Norddeutschland weiter ausgriffen, mochten sie um so mehr seiner späteren Kompensationsforderung zur Rechtfertigung dienen; dann konnten Mainlinie und

rheinische Kompensation immerhin den Franzosen als eine Frucht seines Dazwischentretens empfohlen werden.

Für Bismarck war es ein schwerer Entschluß, einen Frieden anzunehmen, der für die gesamtdeutschen Geschicke nicht das letzte Wort sprach - was mit Napoleon in der Flanke nicht zu erreichen war -, sondern eine Halbheit und eine Vertagung bedeutete. Es ist bekannt, daß Moltke damals den heroischen Plan vertrat, den preußischen Siegeslauf fortzusetzen und neben dem österreichisch-süddeutschen Krieg auch den Krieg gegen Frankreich auf sich zu nehmen, um den politischen Höchstpreis heimzutragen. Bismarcks Weitblick und Verantwortungsgefühl warf sich solchem Heroismus, der alles hätte gewinnen, aber auch alles hätte verlieren können, entgegen, und gewann in schwerem Kampfe auch den König für seine Politik. Mochte er der Questenberg im Lager heißen, er wußte, daß der Einsatz eines solchen militärischen Spiels das ganze deutsche Schicksal war: es war nicht eine Sache des persönlichen Mutes, sondern eine Sache der Verantwortlichkeit für die deutsche Volksgemeinschaft, die den Ausschlag gab. Die preußische Führung war nicht für das ganze Kleindeutschland erkämpft, sondern wurde, in erneuter Verkürzung, nur über vier Fünftel dieses Kleindeutschlands erstreckt, aber wenn sie sich bewährte, konnte ihr auch das letzte Fünftel nicht entgehen. Es war ein Friede des Maßhaltens, auf der Diagonale der eigenen und gegnerischen Kräfte sorgfältig abgewogen, der Gunst einer vergänglichen Stunde abgerungen und doch mit der inneren Anwartschaft auf die baldige Vollendung ausgestattet.

Die preußischen Annexionen des Jahres 1866 sind keineswegs ein prinzipielles Glied der Neuordnung, sie erfolgen auch nicht, wie es in Italien bei den landfremden Dynastien der Fall war, zugunsten der Nation, sondern eines Einzelstaats. Sie beseitigen keineswegs diejenigen Mittelstaaten, die am heftigsten sich dem preußischen Machtwillen entgegengeworfen und die österreichische Partei ergriffen hatten, sondern die Auswahl geschah, ohne daß Bismarck einem Motiv der Rache oder Strafe in der Seele des Königs Raum verstattet hätte, ausschließlich unter einem opportunistischen, geographischen Gesichtspunkt. Indem außer Schleswig-Holstein, über dessen Existenz die Staatsräson bereits in einem frühern Stadium hinweggeschritten war, das Königreich Hannover, das Kurfürstentum Hessen, das Herzogtum Nassau und die freie Stadt Frankfurt ihrer Souveränität beraubt wurden, waren nur solche Gebiete betroffen, die sich zwischen die östlichen und die westlichen Provinzen Preußens einschoben. Preußen hatte seit dem Jahre 1815 es als eine Belastung seiner großmächtlichen Stellung empfunden, daß es in zwei Gebiete ohne territorialen Zusammenhang zerrissen war und im Ernstfalle durch gegnerische Mittelstaaten inmitten seines Machtbereiches bedroht werden konnte. Es war also nichts anderes als ein Akt der preußischen Staatspolitik, der in diesen Annexionen einen machtpolitischen Schönheitsfehler beseitigte, nicht aber eine deutsche Notwendigkeit. Vielmehr läßt sich denken, wenn Napoleon sich nicht so drohend mit seiner Intervention dazwischengestellt und nicht eine Beschränkung des preußischen Waffenerfolges auf Norddeutschland erzwungen hätte, daß dann eine deutsche Neuordnung unter Preußen, ohne Mainlinie und ohne Annexionen (zur Not mit geringfügigen Gebietsabtretungen), sich wohl hätte durchführen lassen. Insofern half Napoleon, indem er nach Süden abriegelte, mittelbar auch den preußischen Machtwillen auf eine egoistisch-partikularistische Vergrößerung abdrängen, in der Hoffnung, ihm dadurch den gefährlichen Weg zur deutschen Einheit zu verlegen.

Die Annexionen fielen in einen Moment, wo die Züge in der zukünftigen Lebensform Deutschlands sich noch nicht enträtseln ließen. Wenn die Dinge wirklich auf ein Großpreußen in Norddeutschland hinausliefen, dann mochte allerdings das jenen Fürsten zufallende Los auch den übrigen auf die Dauer nicht zu ersparen sein, und die alte Frage, ob aus dem Hochadel Lords oder Souveräne deutscher Nation werden sollten, durch dieses Menetekel endgültig zugunsten der ersten Möglichkeit entschieden sein. Aber es wirkten doch manche dynastische, auch außenpolitische Rücksichten zusammen, daß die Annexionen die Ausnahme blieben, eine einmalige und auf diesen

geographischen Kreis beschränkte Maßregel. Sie tragen in jeder Weise den Stempel einer Übergangsentscheidung, die durch die Vergangenheit und den Moment stärker bestimmt wurde als durch die Bedürfnisse der Zukunft. Eine bleibende Nachwirkung hatte sie nur in Hannover, wo ein Widerstand von Teilen der Bevölkerung sich mit dem Stolz eines der ältesten Geschlechter des deutschen Hochadels verband - das allerdings in den folgenden Jahren viel von seinem alten "Rechte" verwirkte -, um eine noch lange sich erhaltende Oppositionsstellung zu beziehen.

Der preußische Staat, der noch einmal mit seinen eingeborenen militärischen Kräften gesiegt hatte, hat auch die Früchte des Sieges nicht allein im gesamtdeutschen Sinne, sondern zugleich im rein preußischen Sinne zu pflücken verstanden. Aber es geschah doch in derselben Stunde, wo der preußische Staatsmann zu einer über den Augenblick hinausreichenden rein deutschen Politik überging und die preußische Linie seiner Entwicklung verließ. So nahe berühren sich verschiedene Motivenreihen in demselben politischen Charakter - ein erstes Anzeichen dafür, daß Preußen, in die deutsche Führung aufsteigend, eine neue Grundlage für die Prinzipien seiner Außenpolitik aufsuchen muß.

Denn nunmehr kam die lange hingehaltene Kompensationsforderung Napoleons endlich zu Worte. Unmittelbar nach dem **Nikolsburger Vorfrieden** setzte, eingeleitet durch ein anmeldendes Vorspiel vom 26. Juli, die Auseinandersetzung mit Frankreich ein. Noch ehe Kaiser Napoleon seinen Zusammenbruch völlig überwunden hatte, ließ er sich von seinem Minister Drouyn de Lhuys zu einer Kompensationsforderung verleiten, wie sie nach Bismarcks vernichtendem Urteil nur "die Folge eines verlorenen Krieges hätte sein können", jetzt aber, in einer unbegreiflichen Verkennung der Sachlage, dem Sieger abgenötigt werden sollte. Frankreich forderte, als Kompensation für die innerdeutschen Veränderungen, die Grenzen von 1814 (Saarbrücken und Landau), Luxemburg, die bayerische Pfalz und Rheinhessen einschließlich Mainz. Es war der Mittelrhein, große blühende reindeutsche Landschaften, reiche und fruchtbare Kulturgebiete, deren Erwerbung durch Mainz, den Schlüssel Deutschlands, als eindeutig offensiv im strategischen Sinne gekennzeichnet war. Diese Forderung, am 5. August 1866 in Berlin unterbreitet, ist zu einem Wendepunkt der neueren Geschichte geworden.

Kaiser Napoleon ließ alle realistische Vorsicht fallen, die ihn immer wieder vor einer offenen Rheinoffensive zurückgeschreckt hatte, und glaubte es wagen zu können, seine Zustimmung zu der innerdeutschen Umwälzung an diese ungeheuerliche Erpressung zu knüpfen; sein Minister meinte sogar die schlechte Sache durch das vertrauliche Geständnis zu fördern, ohne "reelle" Kompensationen bestehe eine Gefahr für Thron und Dynastie.

Bismarck bezeichnete die Forderung sofort als unannehmbar, auf jede Gefahr hin. Napoleon hatte im wesentlichen (abgesehen von Saarbrücken) nichtpreußisches Gebiet gefordert, aber er stieß jetzt auf einen Gegner, der zwischen preußisch und deutsch keinen Unterschied mehr kannte: in diesem Augenblick ging der preußische Minister, der soeben noch in den Annexionen preußische Staatspolitik alten Stils getrieben hatte, völlig in den deutschen Minister über, der das Gefühl der vollen nationalen Verantwortlichkeit und die Gewißheit hatte, daß die Nation geschlossen hinter ihm stehen werde. Also erklärte er dem Grafen Benedetti, daß der Kaiser der Franzosen nur auf dem Wege des Krieges zu seinem Ziele kommen würde und: "*que ce serait une guerre à coups de révolution*". Er war entschlossen, äußerstenfalls die Nation selber, aus dem kaum befriedeten Bürgerkriege heraus, aufzurufen, und den Nationalkrieg, wenn es sein mußte, auf der Grundlage der Frankfurter Reichsverfassung, zu entfachen - durch diese Vision verband der preußische Junker seine geschichtliche Stellung mit jenem ersten revolutionären Anlauf zum deutschen Nationalstaat im Jahre 1848. Gleichzeitig nützte er die Gunst des unvergleichlichen Moments, um die von Frankreichs Begehrlichkeit unmittelbar bedrohten süddeutschen Staaten zum schleunigen Friedensschluß unter mäßigen Bedingungen, und dann zu jenen Schutz- und Trutzbündnissen vom 10. August zu veranlassen, mit denen die große Wendung zur deutschen Einheit vollzogen wurde.

Napoleon aber verspielte in einer Woche, dem Gegenspieler selber die tödlichsten Trümpfe in die Hand liefernd, nicht nur seine deutschen Kompensationsträume, sondern zugleich seinen ganzen mittelstaatlichen Kredit. Freilich, nur im Augenblick wich er zurück. Aber seine tatendurstige Gemahlin tröstete den österreichischen Botschafter: "Wenn Frankreich einmal an die Idee des Rheins rührt, dann wird es, glauben Sie mir, diese Idee ebenso sicher verfolgen, wie Ihr die andere." Die Dinge waren in dieser Stunde schon so zugespitzt, daß man nicht hoffen durfte, die letzte Phase bis zur Vollendung des kleindeutschen Reiches in Frieden zurückzulegen.

In diesen Augusttagen sind die großen Entscheidungen im Grunde alle vorweggenommen. Preußen stellte, getreu den mit seiner Rheinstellung auf dem Wiener Kongreß übernommenen Verpflichtungen, seinen Schild vor den deutschen Rhein, und schuf, indem es die französischen Forderungen abwehrte, die Bündnisse, die vier Jahre später auf französischem Boden sich bewährten. Im Augenblick, wo Österreich aus dem Bunde ausschied und die unvermeidliche Spaltung des Gesamtdeutschtums zur Tatsache wurde, lieferte die triumphierende kleindeutsche Staatsidee, so ungeordnet und unfertig auch noch ihre Elemente durcheinanderwogten, doch schon den Beweis, daß sie gegen einen durch nichts begründeten feindlichen Anspruch stark genug sei, die Sache der Nation zu vertreten.

Aber durch welche Erschütterungen war das deutsche Gesamtschicksal im Sommer 1866 hindurchgeschritten! So unbedingt auch von der Mehrheit der Nation die Trennung von Österreich als eine realpolitische, in einer säkularen Entwicklung begründete Unvermeidlichkeit anerkannt wurde, so war es doch das förmliche und anscheinend endgültige Zerschneiden eines Bandes, das seit den Anfängen unserer Geschichte die Stämme der Nation in wechselvoller Lebensgemeinschaft fest umschlossen hielt. Gewiß blieb alle geistige und seelische Verbundenheit auch jetzt ungestört erhalten. Nie hätte das schon von den dichterischen Erinnerungen der Nibelungenfahrt verklärte Land, in dem Walther von der Vogelweide singen und sagen gelernt hatte und der Stefansdom in Wien als eine späte und süße Frucht der deutschen Gotik im Südosten aufragte, uns innerlich fremd werden können; wenn auch Grillparzer zugleich ein österreichischer Dichter unter den deutschen Dichtern gewesen war, so war der Klang, der von Mozarts und Schuberts Harmonien ausging, nicht an die Grenzen innerhalb des Deutschtums gebunden. Und doch begann dieses Österreich, das sich längst in vieler Hinsicht zu einer Welt für sich entwickelt hatte, durch die Trennung tiefer von uns geschieden zu werden; die an Ehren und Siegen so reichen sechs Jahrhunderte habsburgischer Geschichte, an denen alle deutschen Stämme mitgearbeitet hatten, drohten sich dem gesamtdeutschen geschichtlichen Bewußtsein leise zu entfremden, und die alte deutsche Kaiserstadt Wien, deren barocke Pracht auch das europäische Gesicht des Habsburgerstaates im 17. und 18. Jahrhundert widerspiegelte, wurde zur Hauptstadt einer europäischen Großmacht und zum großstädtischen Zentrum der Lebenskultur des Südostens. Die besonderen Interessen aber, die das Donautal, die deutschen Alpenländer, die Sudetendeutschen mit der Habsburgischen Monarchie und ihren Aufgaben im Südosten verflochten, waren fortan nicht mehr durch die lockere Verbindung mit dem Deutschen Bunde in einem Gleichgewicht gehalten - vom politischen Leben ausgehend, mußte sich die Schale allmählich nach der einen Seite senken.

Wer den ganzen Gang der deutschen Geschichte überdenkt, steht immer wieder vor der Tatsache, daß das Volk in der Mitte Europas von dem Erbgut seines Bodens und Volkstums abgibt, anderes dafür, seinen Schwerpunkt verschiebend, zurückgewinnt - war dieser Verlust nicht tiefer und schmerzlicher als alle anderen? Wie konnte es anders sein, als daß der bayerische Stamm den Schnitt beklagte, der die einstige Herauslösung des Herzogtums Österreich aus dem bayerischen Stammesherzogtum im Jahre 1156 zu einer Trennungslinie zwischen europäischen Mächten vertiefte: daß vollends der deutsche Katholizismus mit brennendem Schmerze empfand, daß dieser Trennungsschnitt wesentlich durch Körper und Seele der katholischen Volkshälfte ging, und darum eine solche Entscheidung nicht als endgültig hinnehmen wollte?

Auch wer sich vor den realpolitischen Notwendigkeiten beugte, die unser Geschichtsverlauf uns auferlegte, würde sie als unerträglich verworfen haben, wenn dieses neue "außerösterreichische" Deutschland, das jetzt seinen letzten Marsch zum Ziel des Nationalstaats antrat, nicht stark genug gewesen wäre, schon in seiner Geburtsstunde, da es die Donau aufgab, die Wacht am Rhein gegen alle fremde Begehrlichkeit zu behaupten und die erzwungene Schranke der Mainlinie mit raschen Schritten zu übersteigen. Erst die Vollendung des Werkes brachte die geschichtliche Rechtfertigung des Weges, auf dem es erstand.

6. Die europäische Entscheidung.

Der Krieg von 1866 war nach dem Urteil Jacob Burckhardts eine abgeschnittene Krisis ersten Ranges. Denn er endete in einem politischen Waffenstillstand, nicht zwischen den Beteiligten, zwischen denen eine volle Entscheidung gefallen war, wohl aber zwischen der siegreichen Macht und einem Dritten, der den Anlauf nahm, dazwischenzutreten. So kam es zu einem Stillestehen auf halbem Wege in einer Frage, deren Wesen nun einmal nur eine ganze Lösung vertrug, zu einem Stillestehen in einer unfertigen Ordnung und in einer unsichern Situation. Eine Streitfrage von weltgeschichtlichen Horizonten, in den Tiefen der Nation auf das innerlichste umkämpft und zugleich fast alle Großmächte in ihren Interessen berührend, erfährt eine Lösung, an deren Dauer und Endgültigkeit niemand glauben kann, und im Mittelpunkt der nächsten Jahre wird das Problem stehen, ob das Provisorische der deutschen Staatsgründung gleichsam das letzte Wort enthalten soll, oder ob der natürliche Lauf einer großen Entwicklung über die von außen her künstlich herbeigeführte Unterbrechung hinwegrollen wird.

Die Jahre 1867 bis 1870 stehen in der deutschen Geschichtsbetrachtung unter einer unsichern Beleuchtung, wie die Stunde der Dämmerung, die zwischen Dunkel und Licht liegt. Sie werden in der Regel als eine Vorstufe empfunden, die rasch durchschritten worden sei, da der Gang der Dinge automatisch weiterdrängte. Auf der andern Seite hat man die Jahre als ein Deutschland der tiefsten Zersplitterung gekennzeichnet, da, abgesehen von der Zeit der napoleonischen Herrschaft, in dem Reiche der Ottonen und Hohenstaufen seit tausend Jahren keine ähnliche, völkerrechtlich festgestellte Aufteilung erlebt worden sei; insofern als neben dem geschlossenen Norddeutschen Bunde nunmehr die Königreiche Bayern und Württemberg und die Großherzogtümer Baden und Hessen zu souveränen Mitgliedern der europäischen Staatengesellschaft aufgestiegen seien, weder durch den im **Prager Frieden** vorgesehenen Südbund untereinander zusammengehalten noch mit dem Nordbund durch staatsrechtliche Bande verknüpft. Dagegen läßt sich formal staatsrechtlich nichts einwenden, aber der politischen Wirklichkeit wird eine solche Feststellung der äußern Form nichts weniger als gerecht. Die völkerrechtlichen Schutz- und Trutzbündnisse zwischen Preußen und dem Süden auf der einen Seite, die wirtschaftliche Gemeinschaft in dem erneuerten Zollverein auf der andern Seite, beides getragen von dem Strome der nationalen Bewegung, belebt von dem Glauben, daß der Fortgang der Dinge jetzt nicht mehr aufzuhalten sei, das Ganze dieser Kombinationen enthielt zusammen so viel dynamische Unwägbarkeiten, daß der Ausnahmezustand des Provisoriums darüber ertragen und hingenommen wurde.

Freilich, die Hemmungen waren darum doch nicht zu unterschätzen. Die Leidenschaften, die in dem rasch abgeschnittenen Kriege sich nach außen nicht hatten ausleben können, schwelten, nach allen Seiten verdrängt, in der Tiefe weiter. Und wie hätten, angesichts der gewaltigen historischen Lebenskräfte, die auf dem Spiele gestanden, die Menschen sich sogleich der wie ein Blitz herniederfahrenden Entscheidung demütig beugen sollen. So blieben überall Rückstände, das Revanchebedürfnis der österreichischen Großmacht, das Ressentiment entsetzter Fürsten und partikularer bodenständiger Kräfte, das Widerstreben bayerischer Klerikaler und württembergischer Demokraten, die doch alle nicht nur eine politische Niederlage erlitten hatten, wie andere auch, sondern eine Welt von Idealen, einen weltanschaulichen geschichtlichen Zusammenhang verloren

hatten, den sie nicht für immer kampflos aufgeben wollten. Und doch wäre die Summe aller dieser Widerstände nicht lebenskräftig gewesen, sich gegen den Fortgang zu erheben, wenn nicht am Himmel die Wolke Napoleons gestanden hätte, die Möglichkeit einer französischen Intervention, die allein imstande war, die abgeschnittene Krisis wieder zu eröffnen und dann, so hoffte man im Lager der Besiegten, zu einem Siege hinaufzuführen. Das ist das große Geheimnis dieser Jahre, die eigentliche Erklärung des Provisoriums, in dem die Deutschen nun weiterleben.

Zunächst sollte die Kompensationskrise des August 1866 in mehreren Stufen ablaufen. Die französische Regierung unterbreitete, um sich den unvermeidlichen Rückzug zu erleichtern, in Berlin sofort einen neuen Vorschlag. Nunmehr wurden die Abtretung der deutschen Bundesfestung Luxemburg und ein Geheimvertrag über Belgien (das seit seiner Begründung nicht aufgehört hatte, ein heimliches Ziel der französischen Wünsche zu bilden) als eine ausreichende französische Kompensation für die nationale Einigung Deutschlands bezeichnet. Diesem bedenklichen Vorschlage gegenüber war Bismarck, immer wieder dilatorisch ausweichend, darauf bedacht, eine vertragsmäßige Bindung und eine europäische Mitverantwortlichkeit für einen französischen Anfall auf Belgien zu vermeiden: einer solchen "Verschwörung" würde die gerechte und edle Natur König Wilhelms sich unter allen Umständen widersetzt haben. Sobald das Drängen aus Paris ungeduldiger wurde und sich auf die sofortige Erwerbung Luxemburgs versteifte, ließ der preußische Minister, der in diesen Wochen den Grund der Norddeutschen Bundesverfassung legte, immer deutlicher durchblicken, daß ein solcher Verzicht von preußischer Seite denkbar sei gegen die vorbehaltlose Anerkennung der nationalen Entwicklung Deutschlands, dagegen als ein Preis zur vorübergehenden Beruhigung der öffentlichen Meinung zu hoch sein würde. Als dann Kaiser Napoleon durch überstürztes Vorgehen im März 1867 den Gegenspieler vor eine vollendete Tatsache zu stellen suchte, rief Bismarck die europäischen Mächte an. Er vermied den Krieg und nahm den Kompromiß an, der die Bundesfestung Luxemburg neutralisierte. Die große Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland war zunächst vertagt.

Bis zum Ablauf der Luxemburger Krisis war die Möglichkeit eines rascheren Fortgangs der deutschen Einheit im Feuer großer Ereignisse noch auf allen Seiten erwogen worden, seit dem Frühjahr 1867 begannen die Menschen wieder mit längeren Fristen zu rechnen und sich innerhalb des Provisoriums irgendwie einzurichten. Der Abschluß der norddeutschen Bundesverfassung erfolgte, die süddeutschen Staaten bemühten sich um den Südbund und erneuerten ihre unvollkommene Militärverfassung, in Österreich begann man sich nach der Einführung des Dualismus wieder auf einen selbständigen Weg zu besinnen, und vor allem unternahm die napoleonische Politik, nachdem die Luxemburger Illusion ihr unter den Händen zerronnen war, eine zielbewußte Aktion, die ihr über Wien den Rückweg nach Deutschland erleichtern sollte.

Es konnte nicht anders sein, als daß die Norddeutsche Bundesverfassung vom 16. April die Merkmale des Provisoriums an sich trug. Wenn man sie in einen historischen Zusammenhang einreihen will, so kann man sie in gewissem Sinne, was die äußern Bestandteile angeht, an die Frankfurter Reichsverfassung von 1849 anknüpfen, aber mit der doppelten Modifikation, die sich hinsichtlich der inneren Machtverteilung aus der staatsschöpferischen Rolle und dem Siege Preußens und hinsichtlich der äußern Abgrenzung aus dem Dazwischentreten Napoleons ergab. Die Norddeutsche Bundesverfassung war dementsprechend nicht ein Werk, das aus dem Kampfe der politischen Ideen und Theorien hervorging, sondern aus dem Entwurfe eines Einzigen, der den in der gegenwärtigen Lage nach außen und innen entstandenen Machtzusammenhang gleichsam in die Formen einer Verfassung umgoß und das Ganze dem konstituierenden Reichstag zur Diskussion und Beschlußfassung unterbreitete; es ist bezeichnend, daß die Annahme unter dem Druck der auswärtigen Spannung erfolgte, die durch die Luxemburger Frage ausgelöst worden war. Das Ganze war ein Bundesstaat unter Führung Preußens, aber wie sehr empfing er sein Gesicht nicht aus dem Geiste des Theoretikers, sondern von der Hand des staatsschöpferischen Politikers! Bismarck hatte seinem Mitarbeiter Savigny für die Gestaltung der Verfassung am 30. Oktober 1866 die Anweisung

gegeben: "Man werde sich in der Form mehr an den Staatenbund halten müssen, diesem aber praktisch die Natur des Bundesstaates geben, mit elastischen, unscheinbaren, aber weitgreifenden Ausdrücken." Er legte sie daher in seinem Entwurfe so elastisch an, daß sie die Tore für den spätern Beitritt der Süddeutschen mühelos offenhielt und ohne wesentliche Veränderungen zur Grundlage der Reichsverfassung von 1871 werden konnte. Dieses Verhältnis ist um so überraschender, als die bundesstaatliche Idee durch das weit überragende Übergewicht Preußens im Norddeutschen Bunde zunächst fast in den Schatten gedrängt schien. Manchen Politikern schienen damals die Zeichen der Zeit eher auf ein Großpreußen hinauszudeuten, und auch in Europa sah man den Umschwung mehr als eine Eroberung Norddeutschlands durch Preußen denn als Errichtung eines Bundesstaates an, in dem Preußen nur die Führung zustand. Man darf wohl sagen, daß dem bundesstaatlichen Gedanken erst durch den Eintritt der Süddeutschen zu einer stärkern Geltung verholfen worden sei. Noch war aus dem Wortlaut der Verfassung nicht abzulesen, wie sich das politische Dasein des neuen Staates in dieser Lebensform auswirken würde; es wird immer denkwürdig bleiben, wie die spätere Machtkonzentration im Amte des Reichskanzlers sich nur daraus ergab, daß die Liberalen wohl die Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers dem Reichstage gegenüber, nicht aber ein kollegiales Bundesministerium durchzusetzen vermochten. Schließlich überwog in den Verhandlungen des konstituierenden Reichstages die Stimmung, das Werk werde erst durch den Beitritt des Südens abgeschlossen. So schrieb Rudolf von Bennigsen einem süddeutschen Parteifreunde am 27. April: "Hier im Norden sehen in dem Zustandekommen dieser Verfassung alle Weiterblickenden einen außerordentlichen Fortschritt, meiner Meinung nach den größten, welchen Deutschland seit der Reformationszeit wirklich gemacht, nicht bloß versucht hat. Der Süden hat es vollkommen in der Hand, jeden Tag beizutreten. Eine Agitation im großen Stile müßte mit der Sache in wenigen Wochen fertig werden können!" Also dachten die Männer der Nationalpartei, die in dem Schlußartikel der Verfassung den Zusatz durchsetzten: "Der Eintritt der süddeutschen Staaten oder eines derselben in den Bund erfolgt auf Vorschlag des Bundespräsidiums im Wege der Bundesgesetzgebung." Die Tore standen weit offen.

Aber so fest auch das Ziel stand, die Durchführung der Aufgabe war an die große Politik gebunden. Das Zukunftsprogramm, das Bismarck dem Großherzog Friedrich von Baden, dem idealistischen Bundesgenossen der Nationalpartei, übersandte, lautete in vieldeutigen und unbestimmten Sätzen: vorerst sich an die Mainlinie halten und dem Norden Zeit zum inneren Ausbau lassen, eine Verbindung von Nord und Süd nur als Zeitfrage behandeln und in der Zwischenzeit, ohne zu provozieren, alles tun, was diese Verbindung vorbereiten könne; im Kriegsfalle aber die Mainschranke entschlossen durchbrechen. Fast noch bestimmter sprach sich König Wilhelm seinem Schwiegersohn gegenüber aus: "Diese Manifestation des Südens nach dem Norden muß von Euch encouragiert werden, damit man auch jenseits des Rheins einsieht, daß ein Nationalwille vorhanden ist, dem der Norden sich nicht widersetzen dürfe auf die Dauer."

Der Weg zu diesem Ende lag darum doch im Dunkeln und sollte weder in gerader Linie noch in raschem Tempo zurückzulegen sein. Das letzte Zwischenspiel in dem großen vaterländischen Drama sollte sich nicht mit der inneren Logik des Unaufhaltsamen abwickeln, sondern der nationale Impuls, der diese Menschen als etwas Unbedingtes erfüllte, mußte sich immer wieder den Mächten anpassen, die jenseits des deutschen Volkes die Geschicke bestimmten, und in den Künsten diplomatischer Kleinarbeit aufgehen, um nur einen Schritt vorwärtszukommen. Das letzte Stadium der Vollendung der deutschen Geschicke war keine innenpolitische Angelegenheit, sondern eine Frage der Außenpolitik, vor allem der Stellungnahme Frankreichs.

Darüber machte man sich damals keine Illusionen. In jenem Briefe Bennigsens vom 27. April 1867 hieß es zum Schluß: "Für ein historisches Urteil kann leider kein ernsthafter Zweifel darüber sein, daß Frankreich nach seiner traditionellen Politik die Bildung einer stärkeren Kontinentalmacht, als es selbst ist, nicht ruhig dulden kann, ohne vorerst einen sehr kriegerischen Versuch zu machen, diese deutsche Präponderanz im Entstehen zu hindern." Wenige Tage zuvor, am 23. April 1867,

noch während der Luxemburger Ausgleichsverhandlung, hatte Napoleon durch seinen Botschafter in Wien, Herzog von Gramont, Österreich ein Offensiv- und Defensivbündnis mit weitgreifenden Kriegszielen anbieten lassen. Für sich selbst verlangte er das linke Rheinufer, das "er zu erwerben beabsichtige", namentlich die bayerische Pfalz und den linksrheinischen Teil der preußischen Rheinprovinz; dagegen würde Österreich Schlesien erhalten und könne sich in Süddeutschland ganz nach Belieben einrichten, unter dem alleinigen Vorbehalt, daß Frankreich sich für das Schicksal des Großherzogtums Baden interessiere. Auf dem Kamme des Schwarzwaldes würden sich in diesem Zukunftsbilde die französische und die österreichische Macht- und Einflußsphäre begegnet haben. Die Tatsache, daß Beust den "etwas abenteuerlichen Plan" sofort ablehnte, schon weil ein Krieg mit dem "eingestandenen Zweck", einen Teil Deutschlands unter fremde Herrschaft zu bringen, für die Monarchie nicht tragbar sein würde, ändert nichts an der historischen Bedeutung des französischen Bündnisangebots. Man hatte jetzt in Paris alle Verkleidungen zu Boden fallen lassen, und von der napoleonischen Ideologie der Nationalitäten war die letzte Spur verschwunden; was früher nur zaghaft oder stückweise als Kompensation bezeichnet worden war, erschien jetzt in großem Zuge mit überraschender Offenherzigkeit zusammengefaßt, nicht mehr in der keuschen Verhüllung des Pufferstaates, vielmehr zur nackten Eroberung sich bekennend; selbst die Rheingrenze genügte nicht mehr, sondern wurde ohne Bedenken überschritten. Es waren die Tage, in denen die Vorform des deutschen Nationalstaates, das Werk der norddeutschen Bundesverfassung, abgeschlossen wurde. Aber während die Nation in tiefer Bewegung zur Einheit voranschritt, galten ihr Körper und ihre Seele, wie in vergangenen Zeiten, noch immer als Objekt für das Spiel dynastischen Ehrgeizes und fremden Machthungers. Während ein neues deutsches Geschlecht aufsteigt, das in dem nationalen Staate die Überwindung langer geschichtlicher Irrwege erblickt, treibt die französische Politik, ohne irgendeinen höhern europäischen Gesichtspunkt, in die Bahnen der Rheinpolitik verflossener Jahrhunderte zurück. Bismarck hatte seine Auffassung der Lage in einem Erlaß vom 18. April 1867 dahin formuliert: "Deutschland hat keine erobernden Tendenzen, es hat sich nicht vergrößert und verlangt nichts von Frankreich, es hat sich nur durch innere Kämpfe eine neue und bessere Organisation erworben und durch das Ausscheiden Österreichs sogar eine Verminderung seiner Macht erfahren. Aber es ist bereit, sich gegen jede unberufene Einmischung zu sichern." Die Deutschen wollen nichts als Selbstbestimmung im Umkreis ihrer Nation, die Franzosen sind entschlossen, durch Intervention in den nationalen Bereich des Nachbarn ihr Interesse zu wahren. Es mag sein, daß der Kaiser fortan keine Wahl mehr hatte. Die Politik bis Königgrätz war eine Sache seiner freien Hand, seines Spiels mit den verschiedensten Möglichkeiten, seiner persönlichsten Initiative gewesen, von jetzt an empfing er das Gesetz des Handelns mehr und mehr von der öffentlichen Meinung Frankreichs. Die innere Unsicherheit des aus dem Staatsstreich emporgestiegenen zweiten Kaiserreichs, die Sorge um Thron und Dynastie trieb ihn fortan, sich der Vollendung der deutschen Einheit auf jede Gefahr hin entgegenzuwerfen. In richtiger Erkenntnis urteilte Bismarck damals: "Die Gefahr für den Frieden liegt nicht in dem Werte Luxemburgs für Frankreich oder für den Kaiser, sondern in der Nachgiebigkeit des letztern gegen die begehrlichen Leidenschaften der französischen Nation und in seinem Bedürfnis, die innern Schwierigkeiten durch äußere Erfolge zu überwinden."

Diese Politik wird fortan jeden Schritt, der auf dem Wege einer weitern Annäherung des Südens an den Norddeutschen Bund lag, als eine Durchlöcherung des Prager Friedens bekämpfen. Sie begann schon bald damit, die Schutz- und Trutzbündnisse vom August 1866, weil sie dem Wortlaut des **Prager Friedens** widersprächen, zu beanstanden, obgleich diese Bündnisse allein durch die französischen Kompensationsforderungen deutschen Landes hervorgerufen worden waren; noch bis in den Winter 1869/70 wird man auf unterirdischen Wegen die Opposition der bayerischen und württembergischen Kammern gegen die Bündnisverträge ins Feuer zu schicken versuchen. Sie wandte sich weiter gegen die Ausgestaltung des Zollvereins. Als Preußen im Jahre 1867 die Zollvereinsverträge erneuerte und ihre Ergänzung durch ein Zollparlament, einen politischen Gedanken schon aus dem Jahre 1847, in Aussicht nahm, zeigte sich die französische Regierung sehr unzufrieden. Eigentlich sei ein Zollparlament eine Institution von politischem Charakter: wenn man

schon einer solchen Einrichtung bedürfe, weshalb sie nicht nach Würzburg oder Bamberg berufen und warum, statt eines Eintritts der süddeutschen Abgeordneten in den Norddeutschen Reichstag, nicht völlige Neuwahlen indirekter Art, etwa in der bescheidenen Form von Handelskammerwahlen? Wenn man auch nicht zu amtlichen Schritten vorging, so verrieten solche Wünsche eine fortdauernde Interventionsneigung. Obgleich die Wirtschaftseinigung, in der Nord- und Süddeutschland im Zollverein verbunden waren, seit einem Menschenalter eine anerkannte Tatsache war, stellte man sich in Paris, als wenn eigentlich auch in der wirtschaftlichen Sphäre die Mainlinie, in sinngemäßer Anwendung des Prager Friedens, maßgebend und darin von Frankreich als dem Garanten dieses Friedens zu überwachen sei. So begann man, indem man sich an den Wortlaut und Sinn des **Prager Friedens** klammerte, ihn bald nach allen Seiten zu durchbrechen und eine Kette von Interventionsmöglichkeiten daraus zu folgern, in denen, wie in den dunkelsten Zeiten des alten Reiches, Frankreich als der oberste Schiedsrichter in deutschen Dingen aufgetreten wäre.

Aus den einzelnen Beanstandungen erwuchs allmählich ein geschlossenes Programm. Als Kaiser Napoleon dem Kaiser Franz Joseph in Salzburg im August 1867 einen Besuch abstattete, ließ er Beust den Entwurf eines Bündnisses auf der Basis der strikten Ausführung des **Prager Friedens** vorlegen. Und zwar sollten die Mächte fordern: die Aufhebung der Schutz- und Trutzbündnisse; Bildung eines Südbundes unter gemeinschaftlichem Protektorat von Österreich und Frankreich, mit dem Sitz des Bundesparlamentes in Wien; Räumung der Festung Mainz durch die Preußen und Entlassung Oberhessens aus dem Nordbunde; Errichtung eines österreichisch-süddeutschen Zollvereins. Bei Verweigerung dieser Forderungen aber Krieg mit den Kriegszielen: Grenzen von 1814 für Frankreich, Oberschlesien für Österreich, Revision der Annexionen und Volksabstimmung in Nordschleswig. Der Text klang maßvoller und ostensibler als das große Eroberungsprogramm vom April 1867, doch fehlt es nicht an einer Nachricht Beusts, Napoleon habe ihm in Salzburg Süddeutschland angeboten, wenn man ihm dafür das linke Rheinufer überlassen wolle: das waren freilich Zusicherungen, die man in Wien unbedingt vermeiden wollte. So war der Österreicher denn auch nur bereit, die kriegerische Intervention durch eine gemeinsame diplomatische Methode in der deutschen Politik zu ersetzen, die, um der Nationalpartei jeden Vormund zu nehmen, den Mittelstädten den Rücken stärken, einen neuen moralischen Einfluß gewinnen und mit dieser wohlberechneten Taktik die Politik Bismarcks durchkreuzen sollte.

Die Folgen blieben nicht aus. Die Franzosen hatten schon in der Luxemburger Krisis der bayrischen Regierung bedeutet, in der herrischen Sprache des alten Kaiserreichs: wenn sie in einer solchen Haltung beharre, werde man im Kriegsfalle den Endfrieden ganz einfach auf dem Rücken Bayerns schließen. In Karlsruhe leitete der französische Gesandte seinen Vortrag mit der Wendung ein: "Wir, die wir das Großherzogtum Baden geschaffen haben" - als wenn die Zeiten des Rheinbundes sich in der Epoche der nationalen Einigung noch wieder beleben ließen. Seit der Salzburger Zusammenkunft wurde diese Einwirkung von Paris und Wien gleichmäßig in den Mittelstädten geübt. Man beobachtet, wie diese Sprache deutlicher wird, als die Wahlen zum Zollparlament in Süddeutschland einsetzen und das Zollparlament in Berlin zusammentritt. Schon sickerte in Europa durch, daß Kaiser Napoleon zum Handeln bereit sei, und Königin Viktoria von England hielt es im März 1868 für angezeigt, in Berlin einen diplomatischen Bericht vertraulich mitzuteilen: zwar sei die Sprache der französischen Minister äußerst friedlich, aber vertraute Kenner des Charakters Napoleons versicherten aus gewissen Symptomen zu schließen, daß der Gedanke einer plötzlichen Kriegserklärung gegen Preußen ihn gegenwärtig beschäftige. Und tatsächlich ließ Napoleon einige Wochen später, als das Zollparlament seine Sitzungen eröffnet hatte, in Wien eine Anfrage unterbreiten, was man zu tun gedenke, wenn die Süddeutschen sich freiwillig den Preußen in die Arme würfen oder wenn Preußen Gewalt anwende, um sie unter Bruch des **Prager Friedens** zu sich herüber zu ziehen. Indem er seinerseits erklärte, Frankreich werde in einem Überschreiten der Mainlinie einen Kriegsfall erblicken, ließ er in Wien die Gewissensfrage stellen. Als Beust ausweichend antwortete, drohte der Herzog von Gramont: "Dann werden wir Sie mit uns

fortreißen." Dem Bayern wurde noch deutlicher eröffnet, daß er dann vor die Entscheidung, ob Freund oder Feind, gestellt werde. Sollten solche demütigenden Erinnerungen - man brauchte in München nur an das Jahr 1805 zurückzudenken - in Deutschland niemals aussterben?



Königin Victoria mit Prinzgemahl Albert.

Die kriegerisch angeheizte Atmosphäre mochte ihre Wirkung tun, um das Zollparlament, von dem Napoleon eine Kompetenzüberschreitung in das Politische befürchtete, unter einen Druck zu setzen. Alle begeisterten Reden des Zollparlaments änderten nichts an der Tatsache, daß Paris und Wien in gleicher Weise zu verstehen gaben, daß sie gewisse Schritte, von denen die nationale Aktion einen Fortgang erwartete, nicht gleichgültig hinnehmen würden. Nur die maßvolle Leitung des Zollparlaments verhinderte, daß solche Beschlüsse gefaßt wurden. Auch Bismarck konnte sich nicht mehr verhehlen, daß er sich auf eine Verzögerung in der Vollendung des Einigungswerkes werde einzurichten haben. So sprach er am 19. Mai 1868 zu dem württembergischen Kriegsminister von Suckow die denkwürdigen Worte: "Erreicht Deutschland sein nationales Ziel noch im 19. Jahrhundert, so erscheint mir das als etwas Großes, und wäre es in zehn oder gar fünf Jahren, so wäre das etwas Außerordentliches, ein unverhofftes Gnadengeschenk von Gott."

Um so mehr war Napoleon darauf aus, vor allem in Wien das Eisen so lange zu schmieden, wie es heiß war. Schon im Juli 1868 meldete er sich von neuem mit seinen Bündnisanträgen; als Beust, wiederum ausweichend, den Abrüstungsgedanken zur Bündnisgrundlage zu machen vorschlug, war Napoleon wohl bereit, an Preußen eine Reihe von Forderungen zu stellen, die in Wahrheit die Aufhebung der preußischen Wehrverfassung in sich schlossen, aber er verband damit die Gewissensfrage, ob man in Wien bereit sein würde, ihn im Notfall mit bewaffneter Hand zu unterstützen. Mit dem Ölzweig der allgemeinen Abrüstung wollte er die deutsche Nation, der man das Recht auf ihre Einheit bestritt, vor die Alternative stellen: Verzicht oder Krieg. Der englische Außenminister Lord Clarendon hatte recht mit seinem Urteil, ein derartiger Vorschlag würde nur dazu dienen, den Krieg unvermeidlich zu machen.

Nach diesem letzten Vorspiel entschloß sich Napoleon, die Bündnisverhandlungen auf einer

breiteren Basis, gleichzeitig mit Österreich und Italien, aufzunehmen, um damit alle Bedenklichkeiten Wiens von vornherein zu beruhigen und eine schlechthin überlegene Machtkonzentration für den Ernstfall hinter seine Politik zu stellen. Die Pariser Dreibundsverhandlungen, am 1. Dezember 1868 vertraulich eingeleitet, seit dem 1. März 1869 zwischen den drei Monarchen und ihren leitenden Ministern amtlich im tiefsten Geheimnis geführt, gediehen, nach einem höchst verwickelten Spiel der Interessen und der Projekte, schließlich zu einem Vertragsentwurf, dessen formelle Ratifikation in den nächsten Wochen auf Schwierigkeiten stieß, die in dem in letzter Stunde angemeldeten italienischen Anspruch auf Rom und in einer innerfranzösischen Krisis ihre Wurzel hatten. Doch erklärte Kaiser Napoleon schon im Juni 1869, daß er den Vertrag als bestimmt unterzeichnet ansehe, und der Austausch von ähnlich lautenden Briefen der drei Monarchen im September 1869 befestigte in ihm die Überzeugung, daß, unbeschadet des Mangels der Ratifikation, eine moralische Bindung erreicht sei. Er teilte bald darauf dem Staatsminister Rouher mit, daß er die Verträge als moralisch unterzeichnet betrachte, und bezeichnete insbesondere das Bündnis mit Österreich als den Angelpunkt seiner Politik. Dem General Lebrun erklärte er im November 1869: "Es ist erlaubt, das Bündnis mit Italien als gewiß, und das Bündnis mit Österreich als moralisch, wenn nicht tatsächlich gesichert anzunehmen." Die Äußerung wiegt um so schwerer, als der General auf der Grundlage dieses Tatbestandes die Aufstellung eines Feldzugsplanes vornehmen sollte. Jedenfalls glaubte der Kaiser so weit zu sein, daß er an die strategischen Konsequenzen herantreten könne. Ob er in dem Glauben an die vorausgesetzte vertragsgleiche Bindung, die bis in den Juli 1870 die Grundlage seiner Politik bildet, sich geirrt hat oder nicht, kommt zunächst nicht in Frage. Die Motive der Bündnispolitik von 1869 und das taktische Vorgehen in der ersten Hälfte des Jahres 1870 werden davon nicht betroffen.

Aus den Entwürfen über die Zweckbestimmung des Bündnisses war schließlich die Formel hervorgegangen: "Frankreich und Österreich versprechen im Kriegsfall die Waffen nicht eher niederzulegen, als bis in Deutschland ein neuer, aus möglichst gleich mächtigen Staaten zu bildender Bund geschaffen und somit der Zweck des Krieges erreicht ist." Es war die (noch in den amtlich mitgeteilten Kriegszielen vom August 1870 wiederkehrende) Zerschlagung Preußens und seine Herabdrückung auf den Machtumfang Bayerns oder Sachsens, somit die Begründung einer deutschen Mächtegruppierung, die sich wechselseitig neutralisierte und kaum unter einheitlicher Führung zusammenfassen ließ - es ist das Bild jenes Deutschlands von 1648, das noch die Franzosen von 1919 als das Ideal einer unschädlichen Desorganisation der Macht in den dunkelsten Zeiten unserer inneren Auflockerung und äußeren Abhängigkeit entzückte. Man kann nicht sagen, daß dieser Offenheit auch eine ähnliche Offenheit in Sachen der französischen Sonderwünsche entsprach: von den Erwerbungen auf dem linken Rheinufer war in dem Vertrage nicht die Rede. Die Erklärung liegt in der unbedingten Abneigung Wiens gegen vertragsmäßige Festlegung zugestandener Eroberungsziele. Schon am 1. März 1869 stellte Metternich ironisch fest: "Die Germanen ihrerseits werden im Text den Rhein nicht erwähnt finden, was ich nur mit einer gewissen Mühe habe durchsetzen können; sie werden kein Geschrei erheben können über eine gemeinsame Kriegsunternehmung von uns und dem Ausland gegen »die deutschen Brüder«." Wieviel Wert auf diese formelle Unterdrückung der geheimsten Triebkraft der ganzen Unternehmung zu legen ist, wird in dem weitern Verlauf bis zum Kriegsausbruch hin deutlich werden.

So erreichte Napoleon sein erstes Ziel. Die Politik der Verhinderung der deutschen Einheit fand fortan Deckung und Verstärkung in einem Bündnissystem, das, wenn es in Kraft trat, allerdings eine neue Ordnung der Dinge, freilich auch einen europäischen Krieg von unabsehbaren Dimensionen heraufführen mußte. Einer der österreichischen Unterhändler urteilte mit Recht, bis zur Heiligen Allianz müsse man zurückgehen, um eine Konzeption von ähnlicher Allgemeinbedeutung zu finden, denn der Dreibund der drei Monarchen, der hundert Millionen regiere und über beinahe drei Millionen Bajonette verfüge, werde den einstigen Bund der Ostmächte ablösen und ein neues politisches System in Europa begründen; vermöge der Identität des Glaubens, der inneren Gefahren

und der gemeinsamen Interessen im Orient wie im Okzident verbürge er die Dauer dieser politischen und geographischen Dreieinigkeit und sei der besten Traditionen eines Kaunitz würdig.

Napoleon III. hatte einst den Maximen seiner Außenpolitik einen modernern Anstrich dadurch gegeben, daß er sich zu dem Nationalitätsprinzip als einer unwiderstehlichen Macht des Jahrhunderts bekannte und ein Bündnis mit diesen Kräften suchte. Jetzt warf er sich der mächtigsten Nationalitätenbewegung seiner Zeit, der heraufziehenden deutschen Einheit, den Donnerkeil der Kriegsdrohung kaum verbergend, in den Weg, weil sie dem französischen Machtinteresse widersprach. Diese Tatsache, im heutigen geschichtlichen Bewußtsein viel zu sehr verblaßt, ist einer der entscheidenden Wendepunkte der neueren Geschichte bis zum Weltkriege.

Es war, als ob die ganze Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen im 17. und 18. Jahrhundert sich noch einmal aufrollte. Für die französische Politik war es, wie wir uns erinnern, ein Glaubenssatz seit dem 17. Jahrhundert, daß die wahre Sicherheit Frankreichs allein dadurch gewährleistet sei, daß das Deutsche Reich möglichst locker, am besten in einem ständischen Chaos ohne zentrale Führung organisiert sei. Seitdem wurde den Franzosen ihre Sicherheit zur Unsicherheit des andern, zu einem formelhaften Ausdruck für einen konkreten Machtanspruch, der damit in das verschönernde Licht einer sittlichen Notwendigkeit oder einer natürlichen Ordnung der Dinge gerückt ward. Das Sicherheitsmotiv war auch der Sprache und der Praxis der andern Mächte nicht fremd. Aber die Sicherheitspolitik der Siegermächte von 1815, deren Aufgabe war, ihre Neuordnung gegen Frankreich dauernd zu schützen, war ausschließlich in das nichtfranzösische Gebiet verlegt, es war eine echte, nicht verkleidete, eine wirklich defensive Sicherheitspolitik. Wenn aber Napoleon III. Sicherheitspolitik trieb, wie in den rheinischen Kompensationsforderungen des August 1866 oder jetzt in dem Verbot des Anschlusses des Südens, so verlegte er die Anwendung des Sicherheitsmotivs in das Gebiet, in den Körper und die Seele einer benachbarten Nation. Das war eine unechte, eine offensive Sicherheitspolitik, nur ein verschämter Name für eine Machtpolitik, die man nicht einzugestehen wagte; in dem politischen Sprachgebrauch mancher Franzosen liefen Rhein und Sicherheit harmlos durcheinander. In Wahrheit hatte der englische Premierminister Mr. Gladstone recht, wenn er in einer Unterredung mit dem Botschafter Grafen Bernstorff vom 6. Dezember 1868 "die schlechte traditionelle Politik der Franzosen" verurteilte, welche von jeher gewollt habe, daß Frankreich "nur von schwachen Staaten umgeben sei"; mit dieser Eifersucht auf die Einheit der Nachbarn zögen sie im Grunde nur sich selber herab, "weil sie, vermöge ihrer glänzenden geographischen Lage, der Homogenität ihrer Bevölkerung, des Reichtums ihres Bodens und des militärischen Geistes ihres Volkes sehr wohl imstande wären, sich gegen jeden Angriff von außen zu verteidigen und infolgedessen niemand zu fürchten haben".

Man kann in dieser Frage Napoleon nicht von der französischen Nation trennen, und wie sich die "Schuld" auf den einen und die andere verteilt, ist nicht mit einem Worte zu sagen. Bis zum Sommer 1866 hatte der Kaiser in der Führung gestanden, die Seele der Franzosen mit dem Spiel der Kompensationen, mit den rheinischen Möglichkeiten erfüllend. Seit Königgrätz, vollends seit dem Ausgang der Luxemburger Frage, war er in die Defensive gegenüber den nationalen Leidenschaften gerückt. Denn jetzt begann man auf allen Seiten zu drängen. Da war seine Gemahlin und seine alten Getreuen; da war die Armee, die Fleury, Niel, Ney, Ducrot, Bazaine, Bourbaki, da war auch die Opposition, mochte sie legitimistisch oder orleanistisch oder republikanisch sein. Die ganze Nation empfand in gleicher Weise. Man hatte 1866 auf den Rhein und die Vermehrung der Sicherheiten, auf ein wildes deutsches Gegeneinander gehofft; man hatte keine Kompensationen erhalten, sondern sah jetzt die deutsche Einheit heraufziehen, wie einen Einbruch in die eigene Sicherheit. Man ahnte - das lag auf dem tiefsten Grunde in dem Empfinden eines stolzen und eitlen Volkes - das Ende der französischen Präponderanz. Es fehlte der französischen Nation an der inneren Freiheit und Objektivität, einen natürlichen und unabwendbar heraufziehenden geschichtlichen Prozeß hinzunehmen und danach ihre Politik einzurichten. Der deutsche Nationalstaat, stark und

unangreifbar in sich selber, widersprach allzu sehr dem Bilde französischer Größe und den Traditionen, die man mit ihr verband. Man legte sich niemals die Frage vor, ob die von so viel inneren Spannungen und Gegensätzlichkeiten durchzogene deutsche Volksgemeinschaft nicht gerade durch das Verhältnis, das die französische Politik zu ihr einnahm, fester zusammengeschweißt und in sich selber ausgeglichen werde, ob also eine Fortsetzung des Widerspruches gegen den unvermeidlichen Ausgang diesen nicht eher zu beschleunigen berufen sei. Der deutsche Partikularismus, wenn auch ins Hintertreffen geraten gegenüber der nationalen Bewegung, war immerhin noch eine Macht - nichts aber war ihm so schädlich als der Ruf, daß er sich des Pariser Wohlwollens erfreue. Das Schlagwort des Rheines diente den Preußen und der Nationalpartei dazu, die Franzosenfreunde vor der öffentlichen Meinung zu brandmarken; und selbst ein so ausgesprochen franzosenfreundlicher Mann wie der Großherzog von Hessen flehte seine Freunde immer an, nur ihre Rheinpolitik aufzugeben. Napoleon und Frankreich fuhren fort, nur das ihnen vermeintlich gefährliche Aufsteigen Preußens zu sehen, während es sich darum handelte, ob die deutsche Nation, nach langem Ringen sich selber vollendend, auf friedlichem Wege eine ihrer Vergangenheit würdige Stellung einnehmen würde.

Die Staatsleitung des Norddeutschen Bundes hat den ganzen Umfang der Gefahr, die sich seit den Dreibundverhandlungen im tiefsten Dunkel heranschlich, nicht gekannt. Sie konnte nur einzelne beunruhigende Symptome aufgreifen und daraus ihre Schlüsse ziehen. Wenn Bismarck es für gut hielt, einen warnenden Ton in der Presse anzuschlagen, zog er vor, das Ziel nach Wien zu verlegen; das führte wohl dazu, daß Napoleon sofort dem Grafen Beust die wärmsten Versicherungen abgab, Österreich gegen jede preußische Unfreundlichkeit zu unterstützen. Im übrigen hielt Bismarck auch jetzt an seinem Programm des kalten Blutes fest: Zuversicht und keine Übereilung, den Süden nicht drängen, sondern kommen lassen, die Franzosen nicht provozieren. Ein Erlaß an seinen Vertreter in Frankreich vom 19. Februar 1869 fand sich mit der von dunklen Drohungen erfüllten Atmosphäre in Paris ab: "Wir können ihnen gegenüber nichts anderes tun, als im Bewußtsein unserer Stärke die vollste Ruhe bewahren, um auch jenseits des Rheines den Eindruck immer fester wurzeln zu lassen, daß man uns nicht einschüchtern kann." Dieselbe Haltung bewahrte auch König Wilhelm I., wenn er etwa seinen im Sinne des Anschlusses drängenden Schwiegersohn, den Großherzog Friedrich von Baden, auf den Kaiser der Franzosen als den Mann des Schicksals hinwies: "Diese Auslegungen transrhenanischer Natur muß ich leider stets vor Augen haben, um in keinerlei Art den geringsten Vorwand zu einer *rupture* zu geben, sondern alles anzuwenden, daß, wenn sie doch einmal eintritt, die Welt mir nicht den Stein wirft. So wenig ich einen solchen Moment fürchte als Soldat, so wenig kann ich ihn gleichgültig kommen sehen bei dem Bedürfnis nach Frieden in unserer neuen Schöpfung im Norden, daher muß es dahin geleitet werden, daß die ganze Welt den Stein über den Rhein wirft. Kommt Zeit, kommt Rat!" Dieses Wort friedlichen Selbstvertrauens fällt in die Zeit, wo in Paris die Dreibundsverhandlungen mit dem Ziel der Zertrümmerung in vollem Zuge waren. Aber der preußische Militarismus steht Gewehr bei Fuß und der Führer der deutschen Nationalpolitik, auf den alle Blicke gerichtet sind, gebietet den Wogen stille zu stehen.

Die innerste Natur dieses Mannes, die manche seiner Gegner in dem Wort über die Blut- und Eisenpolitik erschöpft wähnen: die Verbindung von realpolitischer Rechnung und sittlicher Verantwortlichkeit, ja noch mehr, die von ihm vollzogene Einordnung seines weltgeschichtlichen Handelns in einen über ihm waltenden höheren Zusammenhang, enthüllt sich in dem Momente, wo er, auf dem Wege zu seinem Ziele notgedrungen einhaltend, seinen eigenen Mitarbeitern und Anhängern, vor allem der stürmisch drängenden Nationalpartei, nicht genug zu tun scheint. Wer in sein Inneres blicken will, möge die Sätze lesen, die in einem Erlaß Bismarcks vom 26. Februar 1869 an den preußischen Gesandten in München, Freiherrn von Werthern, sich finden:

> "Daß die deutsche Einheit durch gewaltsame Ereignisse gefördert werden würde, halte auch ich für wahrscheinlich. Aber eine ganz andere Frage ist der Beruf, eine gewaltsame Katastrophe herbeizuführen, und die Verantwortlichkeit für die Wahl des Zeitpunktes. Ein

> willkürliches und nach subjektiven Gründen bestimmtes Eingreifen in die Entwicklung der Geschichte hat immer nur das Abschlagen unreifer Früchte zur Folge gehabt; und daß die deutsche Einheit in diesem Augenblick keine reife Frucht ist, fällt meines Erachtens in die Augen. Wenn in der Richtung auf dieselbe die kommende Zeit ebenso fortschreitet wie die seit dem Regierungsantritt Friedrichs des Großen verflossene und namentlich wie die seit 1840, dem Jahre, wo zuerst seit den Befreiungskriegen wieder eine nationale Bewegung fühlbar wurde, so können wir der Zukunft mit Ruhe entgegensehen und unsern Nachkommen das Weitere zu tun überlassen. Wir können die Uhren vorstellen, die Zeit geht aber deshalb nicht rascher und die Fähigkeit zu warten, während die Verhältnisse sich entwickeln, ist eine Vorbedingung praktischer Politik."

Man kann den Ton dieser Worte nicht auf sich wirken lassen, ohne in Gedanken das Innere seines Gegenspielers Napoleon aufzusuchen.

Es drängt sich geradezu die Frage auf, welche Mittel Bismarck gegen das gewaltige Spiel der Einkreisungspolitik ins Feld zu führen hatte. Man vergegenwärtige sich, daß in der erdrückenden Machtanhäufung des Dreibundes Frankreich-Österreich-Italien als vierter Bundesgenosse Dänemark vorgesehen und verständigt war; man nehme hinzu, daß die französische Diplomatie auch schwedische Sympathien zu gewinnen sich bemühte und sogar den einzigen wohlwollenden Freund Preußens, den Zaren, durch die nordschleswigsche Frage abspenstig zu machen suchte; man nehme weiter hinzu, daß England durch das klug berechnete Eingehen Napoleons auf seine Abrüstungsvorschläge zum mindesten beschäftigt wurde - der europäische Aktionsradius für diplomatische Gegenaktionen Bismarcks war wirklich sehr beschränkt. Er mußte sich sagen, daß das Zusammenwirken des Drei- oder Vierbundes auch in dem innerdeutschen Lager der Besiegten von 1866 manche schlummernden Kräfte, zumal bei Anfangserfolgen, in Bewegung setzen würde. Er hatte pflichtmäßig alles auf das sorgfältigste zu verfolgen, was die freie Hand Napoleons irgendwie einengen oder auch den Tatendrang Österreichs, etwa vom Balkan her, eindämmen konnte - viele Möglichkeiten waren überhaupt nicht gegeben. Als im September 1868 die spanische Revolution ausbrach, rechnete man in Berlin sofort damit, daß sie Napoleon etwas beschäftigen würde und zugunsten des Friedens wirken könne; als im Herbst 1869, zunächst wohl ganz überraschend, die Thronkandidatur eines Hohenzollern in Madrid auftauchte, horchte Bismarck scharf auf und griff zu; als die Sache im Februar 1870 ernst wurde, setzte er seine ganze Energie dahinter, um das Unternehmen gegen alle Widerstände zu fördern. Diese spanische Politik Bismarcks, bis in die letzte Falte des Geheimnisses untersucht und heute wie ein taghell durchleuchtetes Intrigenspiel vor uns liegend, ist sehr verschieden beurteilt worden. Daß Bismarck die spanische Episode nicht erfunden, sondern nur das, was ihm entgegengetragen, benutzt hat, liegt auf der Hand - aber hat er sie wie ein machiavellistisches Ungeheuer benutzt, um schließlich den unglücklichen Napoleon in eine mit raffiniertestem Geschick aufgestellte Falle laufen zu lassen? Ich bin der Meinung, daß bei manchem Forscher und Zuschauer sich dieser Zug des Unternehmens ins Überlebensgroße gesteigert und diese Dinge im Verhältnis zu ihrer wirklichen Rolle vollkommen verzerrt hat. Da die deutsche Politik dieser Jahre durch den Ausgang des Krieges von 1870/71 vom Erfolg gekrönt wurde, so erscheint sie auch im einzelnen auf den Gesamtverlauf bewußt angelegt. Während die überlegene und bedrohliche Kraft der Initiative in Wahrheit bei Napoleon lag, wirkt Bismarck, der sich den Zügen des Gegners in der Abwehr anzupassen hatte, nachträglich viel zu sehr als der zielbewußtere Spielpartner. Die Fäden, an denen die spanische Thronkandidatur aufgezogen wurde, waren ziemlich dünn, und das ganze höchst unsichere Unternehmen wog federleicht gegen die massive Maschinerie des Dreibundes.

Daß die Spanier bei französischem Gegendruck festbleiben würden, war kaum zu erwarten; daß die Sache auf einen Krieg hinauslaufen würde, war sehr unwahrscheinlich und im Grunde, als ein wenig glücklicher Anlaß, nicht einmal wünschenswert. Man konnte also nur mit der Möglichkeit rechnen, daß aus der spanischen Thronkandidatur der Hohenzollern dem Kaiser Napoleon

Schwierigkeiten oder Prestigeverluste erwachsen und ihn - wie etwa einst seine mexikanischen Sorgen - im friedlichen Sinne beeinflussen würden, wie Bismarck überhaupt die Möglichkeiten einer friedlichen Erziehung Napoleons durch innere und äußere Schwierigkeiten eher überschätzt als unterschätzt hat. Wenn man ganz unvoreingenommen die Politik der beiden gegnerischen Lager vergleicht, muß man gestehen, daß im Vergleich zu der gewaltigen Minenanlage, die Napoleon von langer Hand her in das unterirdische Gestein Europas vortrieb, der einzelne Gegenstollen, den Bismarck hier anlegte, nur ein Unternehmen zweiten Ranges war; ein Nebenspiel, wie im Jahre 1866 die Verbindung mit der ungarischen Revolution - wenn nicht Napoleon es aufgriff. Wenn der siegreiche Ausgang der andern Seite zugefallen wäre, würde auch ihr überlegenes Vorbereitungsspiel in eine strahlende Beleuchtung gerückt sein, vor der dann die unsichern Züge eines abenteuerlichen Hasardeurs als ohnmächtiges Gegenspiel in einem verdienten Dunkel versunken wären.

Jedenfalls war Bismarck seit Anfang des Jahres 1870 stärker im Gedränge als zuvor. In der Nationalpartei wuchs das Gefühl des Mißbehagens darüber, daß der Fortgang der nationalen Einheit zu versanden drohe. In dieser Lage hat Bismarck vorübergehend auch die Annahme einer norddeutschen Kaiserwürde durch König Wilhelm (anstatt der farblosen Amtsbezeichnung Bundespräsidium) erwogen, um dann den Gedanken, der anscheinend sofort Unruhe in Paris erregte, aus manchen sachlichen Erwägungen wieder fallen zu lassen. Er konnte sich nicht verhehlen, daß die Widerstände auf seinem Wege anwüchsen; schon ließ der Kampf um den *casus foederis* in den bayerischen Kammern und der Sturz Hohenlohes stille Hoffnungen in Paris aufsteigen; auch die englischen Anregungen einer Rüstungsverminderung konnten, ganz abgesehen von ihrer französischen Herkunft, in dieser Weltlage in Berlin nicht als ein nützliches Mittel zur Erhaltung des Friedens betrachtet werden.

So war es Bismarck sehr unbequem, durch einen Antrag der national-liberalen Fraktion im Norddeutschen Reichstage überrascht zu werden, der auf Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund abzielte: sich drängen zu lassen von jenen, die sichtbar das nationale Banner trugen, und genötigt zu werden, vor Europa sich zur deutschen Frage zu äußern! Mochte er auch in seiner Antwort über den Tatendrang der Antragsteller spotten, denen anscheinend zumute sei wie Shakespeare den Heißsporn Percy schildere, der, nachdem er ein halbes Dutzend Schotten umgebracht, über das langweilige Leben klage - er wußte genug, daß sein Programm des Abwartens die unruhigen Gemüter nicht beflügeln könne, ein Aufruf zur Tat aber sofort den französischen Einspruch auslösen würde: nach beiden Seiten war das Feld der Motivierung für ihn eingeengt. So begnügte er sich in seiner Antwort im Norddeutschen Reichstag mit der scherzhaften Warnung, den (badischen) Milchtopf abzusahnen und das übrige sauer werden zu lassen, und mit dem nachdenklichen Zweifel, ob es ratsam sei, Bayern und Württemberg vor dem Westwind durch den (badischen) Mantel zu schützen. So wenig er die großen Worte liebte, mit stolzem Ausblick verwies er die Ungeduldigen und Unzufriedenen auf die tatsächliche Einheit, wie sie in militärischen und wirtschaftlichen Fragen jetzt schon erreicht sei: "Ich kann dreist behaupten: übt nicht das Präsidium des Norddeutschen Bundes in Süddeutschland ein Stück kaiserlicher Gewalt, wie es im Besitze der deutschen Kaiser seit fünfhundert Jahren nicht gewesen ist?" In seinen Erlassen sprach er sich deutlicher aus über die Rücksichten, die er zu nehmen gezwungen war, auf den König von Bayern, auf Frankreich und sein neues konstitutionelles System. Es komme darauf an, die öffentliche Meinung, namentlich in Frankreich, allmählich damit vertraut zu machen, daß die Einigung Deutschlands unser natürliches, rechtmäßiges und durch die Verträge nicht untersagtes Ziel sei. Er hoffte auf eine günstige Gestaltung der Verhältnisse und wollte sie nicht gewaltsam durch einen Krieg lösen: "Ich bin von der Sorge ziemlich frei, daß wir einen Krieg mehr als andere zu fürchten hätten; ich habe volles Vertrauen zu unserer Fähigkeit zu siegen, wenn uns der Krieg gebracht wird; aber ich halte selbst einen siegreichen Krieg für ein Mittel, welches zur Erreichung von Zwecken, die sich auch ohne einen solchen zweifellos erfüllen werden, von gewissenhaften Regierungen nicht angewendet werden sollte." Daß die Erwartungen, die Bismarck auf das konstitutionelle System im

napoleonischen Frankreich setzte, nicht zutrafen, mochte schon der freundschaftliche Rat verraten, den der neue Außenminister Graf Daru dem norddeutschen Botschafter gab, das beste sei, die deutsche Einheit *ad calendas graecas* zu vertagen. Es sollte sich bald herausstellen, daß in dem parlamentarischen System die chauvinistischen Stimmungen ganz neue Entladungsmöglichkeiten fanden.

Die kriegerische Gesinnung begann über die militärischen und amtlichen Kreise hinauszudrängen. In den nächsten Wochen gewann Fürst Metternich aus Gesprächen mit dem ehemaligen Staatsminister Rouher und mit Adolphe Thiers den Eindruck, "daß sie beide, wenn sie zur Macht kämen, daran denken würden, Krieg zu machen und den Rhein zu nehmen; der eine zur Wiederherstellung der autoritären Regierung des 2. Dezember, der andere zugunsten seines eigenen Ruhmes und seiner Figur in der Geschichte." Als dem Botschafter auch der Republikaner Bethmont von dem Glück sprach, mit Österreich zu marschieren, notierte dieser: "Das ist der Republikaner, der wie Rouher, der Absolutist, und Thiers, der Parlamentarier, mit Wohlgefallen an einen Krieg an unserer Seite denkt. Ich weiß wohl, der Rhein ist der große Zauberer, der die Anziehung auf die Nation ausübt - unsere schönen Augen spielen wenig dabei mit."

Bismarcks Ansichten über Krieg und Frieden aber empfangen eine denkwürdige Beleuchtung durch die Tatsache, daß eben in jenen Tagen ein Besuch des Erzherzogs Albrecht in Paris erfolgte, der die militärischen Besprechungen über einen gemeinsamen Feldzugplan eröffnete. Die Grundzüge des zwischen dem Kaiser und dem Erzherzog festgestellten Planes sind bekannt: Eröffnung des Krieges durch einen gleichzeitigen Angriff von je 100 000 Mann der drei verbündeten Mächte auf Süddeutschland (der Italiener auf München), Konzentrierung der gesamten Streitkräfte in der Richtung auf der Linie Würzburg - Nürnberg - Amberg, Vormarsch nach den Plänen Napoleons von 1806 und Entscheidungsschlacht bei Leipzig, schließlich Erzwingung des Friedens in Berlin. Diese Kriegführung, die Einkreisung aus dem Diplomatischen ins Militärische übersetzend, würde allerdings in großem Stil alles das in die Tat umgesetzt haben, was die Diplomaten in den Verhandlungen des Vorjahres als Ziel einer künftigen Umgestaltung Europas sich erträumten. Wenn es den verbündeten Truppen gelang, in einem konzentrischen Angriff gleichzeitig am Rhein und an der Saar, über den Brenner hinweg, von Böhmen aus und in der Nord- und Ostsee loszubrechen, dann mußte die Macht der Mitte zum mindesten zur Teilung ihrer Streitkräfte genötigt werden, wenn nicht die Süddeutschen vollends unter solchem Druck abgeschnürt und lahmgelegt wurden. Mochte das militärische Programm auch zunächst einen akademischen Charakter tragen, Napoleon war dazu übergegangen, hinter den Kulissen der parlamentarischen Ära, ohne Wissen der in seine Bündnispolitik noch gar nicht eingeweihten Minister Ollivier und Daru, die politischen Bindungen von 1869 nach der militärischen Seite zu vertiefen.

Jeder Schritt des Kaisers scheint fortan den Eindruck zu erwecken, als ob er sich der Aktion zu nähern beginne. Durch das im Plebiszit vom 8. Mai 1870 erlangte Vertrauensvotum glaubte er sein persönliches Regiment von neuem befestigt. Unmittelbar darauf ernannte er zum Leiter der Außenpolitik den Botschafter in Wien, Herzog von Gramont, von dessen hochfahrender und unbeherrschter Haltung alle Welt damals eine schärfere Tonart erwartete; nachdem er in Wien durch Beust am 18. Mai in den ganzen Umfang der geheimen Bündnisverhandlung eingeweiht worden war, trat er sein Amt mit einem kaum verhehlten Tatendrang an; er verschmähte es nicht, das sehr reizbar gewordene parlamentarische Aktionsbedürfnis in seine Politik einzuspannen, nahm in den letzten Tagen des Juni einen geringfügigen Anlaß wahr, um an Mainzer Befestigungsfragen zu rühren, und kündigte am 1. Juli dem norddeutschen Botschafter an, unter nachdrücklicher Anspielung auf den **Prager Frieden**, daß in den Kammern eine Erörterung der deutschen Fragen bevorstehe.

Gleichzeitig gingen die militärischen Erwägungen fort. Ein französischer Kriegsrat unter Vorsitz des Kaisers hatte die strategischen Pläne Erzherzog Albrechts einer Prüfung unterzogen und die

Durchführbarkeit des gleichzeitigen Angriffs beanstandet. Napoleon entsandte den General Lebrun nach Wien, um diese Bedenken zur Sprache zu bringen. Am 14. Juni 1870 stand der Franzose vor Kaiser Franz Joseph in Laxenburg, um aus seinem Munde die diplomatische, aber doch vielsagende Erklärung zu vernehmen, wenn er den Krieg mache, müsse er dazu gezwungen sein, aber wenn Napoleon mit seinem Heere, nicht als Feind, sondern als Befreier in Süddeutschland stehe, dann werde er seinerseits gezwungen sein, gemeinsame Sache mit ihm zu machen. In der letzten Juniwoche erstattete der französische General seinem Kaiser Bericht über etwaige Abänderungen an dem Plane des Erzherzogs; vor allem wurde dabei erwogen, daß schon die ersten militärischen Demonstrationen Österreichs, wenngleich unter dem Schein der Neutralität, eine starke moralische Wirkung auf die preußische Heerführung üben und zu Deckungen an den Grenzen Sachsens und Schlesiens nötigen würden. Mit diesen Dingen war das amtliche Frankreich, war die Seele des Kaisers beschäftigt, als - wenige Tage später - die Meldung kam, daß die spanische Regierung dem Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen die Königskrone angeboten habe.

Von der ersten Stunde an, wo die Nachricht von der spanischen Thronkandidatur in Paris eintraf, faßten Kaiser Napoleon und seine Minister den Entschluß, diesen Anlaß zu einer großen Krisis, gegebenenfalls bis zum Kriege zu steigern, um mit diesem Hebel endlich in die "Deutsche Frage" wirksam eingreifen zu können. Es ist bemerkenswert, daß in dem sofort vom Herzog von Gramont eingeleiteten Pressefeldzug schon in den ersten Tagen Stimmen laut wurden, die den Rhein forderten. Der Heißsporn Granier de Cassagnac, der einige Tage vorher, am 1. Juli, im Gesetzgebenden Körper ausgerufen hatte: "Nehmen wir den Rhein, dann können wir die Armee um 100 000 Mann verringern", veröffentlichte am 5. Juli im *Pays* einen Artikel "*Le Rhin français*", in dem es hieß: "Der Besitz des linken Rheinufers ist für Frankreich nicht nur ein Anfall von Ehrgeiz, der strafbar, nicht eine Herausforderung an die deutsche Nation, die lächerlich sein würde, sondern ein Gedanke der Sicherheit, der vertretbar und legitim ist. Es gibt heute zwischen Preußen und uns nicht mehr Pufferstaaten und einen Bund, die unser Schutz nach dieser Seite waren; an der Stelle dieser verschwundenen Sicherheit brauchen wir eine andere. Der erste Kanonenschuß wird sie uns wiedergeben."

Gewiß, das war der vorzeitig-unvorsichtige Losbruch eines monarchischen Außenseiters, aber er verriet eine richtige Witterung für den Weg, zu dem die kaiserliche Regierung sich entschloß. Der unter Vorsitz Napoleons im Ministerrat fertiggestellte Wortlaut der Rede im Gesetzgebenden Körper, mit der Herzog von Gramont am 6. Juli die amtliche Aktion eröffnete, war eine solche Anhäufung wohlberechneter Herausforderungen, daß die jedem diplomatischen Brauch widersprechende Absicht, alle Brücken abzubrechen, sich kaum verbergen ließ; und nicht minder sprach für solche Absicht, wenn Ollivier, der einstige Pazifist, sich zu den (später unterdrückten) Worten übersteigerte, jedesmal wo Frankreich sich fest gezeigt, habe Europa sich vor seinem Willen gebeugt. Mit Recht hat Bismarck noch in einem der letzten von ihm überlieferten Gespräche des Alters betont, daß die französische Kriegserklärung schon in den Verhandlungen der Kammer am 6. Juli enthalten gewesen sei, und auf die Zeugnisse von Glais-Bizoin und Arago verwiesen, die schon damals gesagt hätten, daß dies keine Debatte, sondern eine Kriegserklärung gewesen sei.

Und tatsächlich, es liegt heute eine Reihe von Zeugnissen ersten Ranges vor, daß dies der geheime Sinn der Kundgebung und die bewußte Absicht war, von der die verantwortlichen Männer geleitet wurden. Als der österreichische Botschafter Fürst Metternich, fortan der vornehmste Zeuge, sich noch während der Kammersitzung in die Tuilerien begab, fand er den Kaiser mit einem entzückten, ja freudig erregten Gesicht, die Kaiserin dermaßen zugunsten des Krieges gestimmt, daß sie ihm, bei dem Gedanken an einen politischen Triumph oder den Krieg, um zehn Jahre verjüngt erschien. Napoleon konnte die Frage nicht unterdrücken, ob er denn wirklich glaube, daß man in Berlin angesichts dieser höchst energischen Art des Vorgehens unmittelbar zurückweichen könne, um dann sofort die Gewissensfrage folgen zu lassen: "Können wir auf Österreich rechnen?" Als der Botschafter dann Ollivier aufsuchte, glaubte dieser, des säbelrasselnden Tones noch ungewohnt,

dem Österreicher den Sinn seiner Drohworte pathetisch auslegen zu sollen: "Es sind nicht mehr die Rouher und La Valette, die Frankreichs Politik zu leiten haben. Ich bin es, ein Minister des Volkes, hervorgegangen aus dem Volke, fühlend mit dem Volke, ich, ein der Nation verantwortlicher Minister, der diese Sache mit der patriotischen Entschlossenheit, die Sie an mir kennen, geführt hat. Wir haben einmütig den Entschluß gefaßt, daß man marschieren muß, wir haben die Kammer fortgerissen, wir werden die Nation fortreißen. In vierzehn Tagen haben wir 400 000 Mann an der Saar, und wir werden den Krieg machen, wie 1793, wir werden das Volk bewaffnen, das zu den Grenzen strömen wird." Der Herzog von Gramont vollends, dem Metternich auf den Kopf zusagte, er sei einfach blindlings in die Gelegenheit hineingesprungen, um entweder einen diplomatischen Erfolg davonzutragen oder den Krieg auf einem Terrain zu führen, das nicht den deutschen Geist gegen Frankreich in Bewegung setze - Gramont antwortete mit dem geschmeichelten Selbstgefühl des verblendeten Toren: "Das ist ausgezeichnet gesagt, weihen Sie nur den Reichskanzler in das Geheimnis des Würfelspiels ein. Herr von Beust wird zufrieden mit mir sein, er mußte auf einen Wurf von meiner Art gefaßt sein."

Das sind die Geheimnisse derer, die in der Krisis des Juli 1870, in der falschen Rechnung auf Österreichs sichern Beistand, von der ersten Stunde an leichten Herzens die Verantwortlichkeit für einen Krieg auf sich nehmen, in dem Gerichtstag über ihre Politik gehalten werden sollte. Selten setzt eine große Krisis mit einem so offen zur Schau getragenen und überlegten Kriegswillen der einen Seite ein. Seit dem 7. Juli, urteilte der österreichische Militärattaché in Paris, stellte man sich ausschließlich auf den Boden der allgemeinen Notwendigkeit, den Krieg mit Preußen herbeizuführen und endlich auszutragen. Dieser Kriegswille wußte, daß die spanische Thronkandidatur, die den äußern Anlaß bilde, sehr bald verschwinden würde, und war darauf gefaßt, dann den eigentlichen Streitgrund in den Vordergrund zu stoßen. Und so begann sofort durch den dünnen spanisch-dynastischen Vorhang die Frage durchzubrechen, die seit Sadowa alle politischen Gedanken der Franzosen beherrschte: Rückgängigmachung der deutschen Einheit. Schon am 9. Juli stellte Émile de Girardin den Preußen die Wahl: Kongreß oder Krieg - aber Kongreß mit der Tagesordnung einer Schleifung deutscher Festungen (Mainz, Köln, Landau): "Wenn die Preußen nicht wollen, gut, dann werden wir sie mit Kolbenstößen in den Rücken zwingen, über den Rhein zurückzugehen und das linke Ufer zu räumen." Schritt für Schritt wurde die Basis des Konfliktes verbreitert. Nur in der Form diplomatischer, nahm anderntags der amtliche Moniteur das Thema auf und bezeichnete als Mindestmaß der "Genugtuung" die restlose Ausführung des Prager Friedens nach Wortlaut und Sinn, die Freiheit der Südstaaten (d. h. die Aufhebung der Schutz- und Trutzbündnisse), die Räumung von Mainz, den Verzicht Preußens auf jeden Einfluß südlich der Mainlinie, schließlich die Regelung der nordschleswigschen Frage: wenn diese Forderungen nicht erfüllt würden, könnten die Ansprüche Frankreichs sich nur noch weiter steigern. Schon pflanzte sich am 11. Juli die Forderung in die Kammer fort und führte zu dringlicher Mahnung an den Minister, "andere Fragen" - das war die deutsche Frage, die sie alle erregte - in den Konflikt hineinzutragen. Der Ministerpräsident Ollivier war, nach dem Urteil des österreichischen Botschafters, sogar mehr als der jetzt bedenklichere Gramont, bereit, die "andern Fragen" hinzuzufügen, "um den Krieg unvermeidlich zu machen". Er schrieb zur selben Stunde an den Kaiser, daß die Rechte laut dränge, Preußen vor die Alternative eines Kongresses (mit dem Programm der deutschen Frage) oder des Krieges zu stellen, daß auch auf der Linken sich ähnliche Stimmen (Gambetta) erhöben und von beiden Seiten mit einem Angriff auf das Kabinett gedroht würde. Er erreichte auch durch dieses Drängen, daß der Kaiser, stark beeindruckt, noch vor Mitternacht dem österreichischen Botschafter die Gewissensfrage zuschob, ob er es nicht auch für nötig halte, "die Frage zu komplizieren". Als Metternich dringend abriet, da das Auswerfen der deutschen Frage gerade die Wirkung haben würde, die man in Wien dringend zu vermeiden wünschte, nämlich die Deutschen einmütig um Preußen zu scharen, wich Napoleon zwar zurück, aber erklärte, daß er es jetzt mit einem neuen Mittel versuchen werde: "Er wird morgen" - so meldete der Botschafter seinem Chef einige Stunden nach Mitternacht - "die Mobilmachung ersten Grades anordnen, ohne den Stand der Frage zu verändern, und glaubt, daß das den Krieg

unvermeidlich machen würde." Wie man den Krieg unvermeidlich mache - darin sieht Metternich als scharfsichtiger und empfänglicher Zuschauer den Schlüssel zu allen Schritten der Beteiligten, und nur eine einzige Sorge klingt aus seinen Berichten wieder: daß man sich nur den Krieg nicht entgleiten lasse.

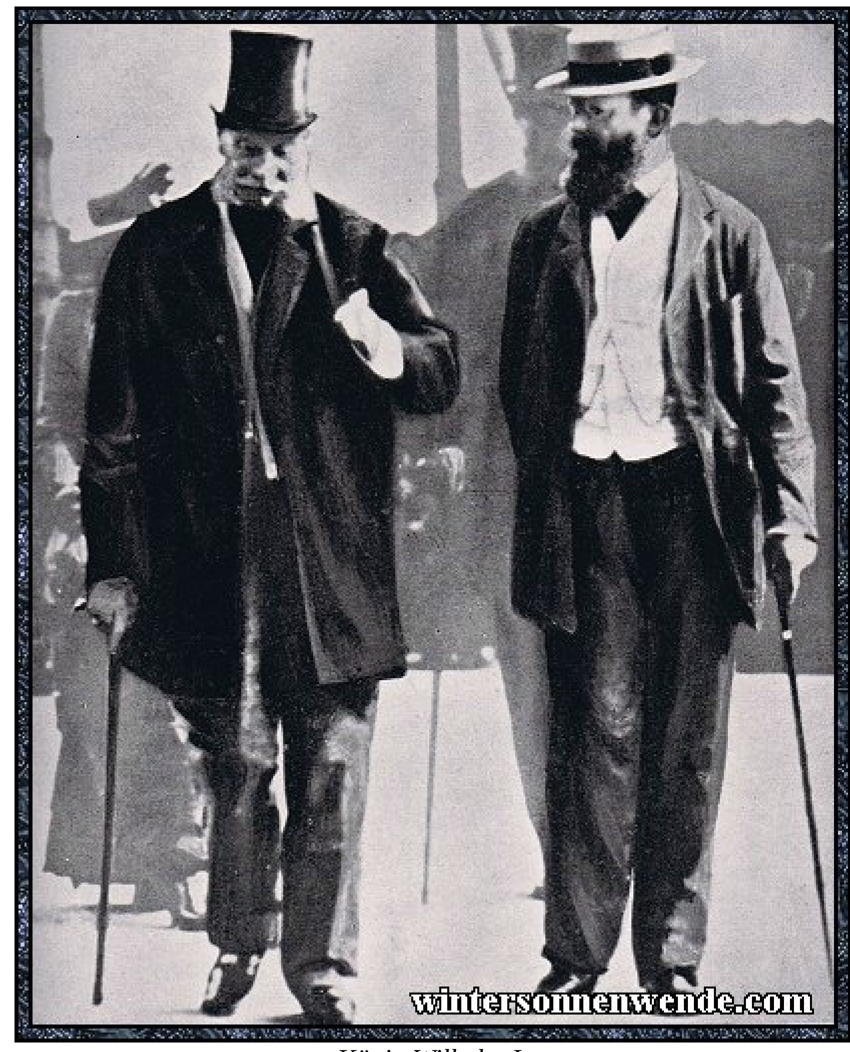


Ministerium des Krieges Ollivier, Juli 1870.

Da kam am Mittag des 12. Juli die Nachricht von der Entsagung des Prinzen Leopold, und damit die Nötigung für den französischen Kriegswillen, wenn er sein Ziel weiter verfolgen wollte, einen veränderten Weg der Entladung zu suchen. Als Ollivier mit der Nachricht in die Kammer kam, tönte ihm schon der Ruf entgegen: "Und der **Prager Friede**?", und alsbald fragte eine Interpellation drängend, welche Garantien das Kabinett erwirkt habe oder zu erwirken gedenke, um die Wiederkehr von Verwicklungen mit Preußen zu vermeiden - jetzt meldeten sich die Geister, die man gerufen hatte. Gleichzeitig riet Beust, wie schon Metternich getan hatte, auf das dringendste davon ab, eine Garantieforderung auf dem delikaten Gebiet der deutschen Frage zu suchen. In diesem Dilemma verfiel Gramont auf die unglückselige Idee, die Garantie in einem persönlichen Sühnebrief König Wilhelms an den Kaiser zu suchen, der die spanische Thronkandidatur aus der Welt schaffen solle. Nicht aus Sorge vor dieser Kandidatur, deren Wiederauftauchen kein Mensch auf der Welt für möglich gehalten hätte; nicht aus einem Bedürfnis, die Person des Königs hereinzuziehen und zu demütigen, sondern um irgendwie Garantien gegen Wiederkehr vorzeigen zu können, wenn sie auch von dem politischen Gebiet der deutschen Frage, das man in Wien nicht betreten wollte, auf das scheinbar harmlosere dynastische Gebiet abgeschoben werden mußten. Gegenüber dem tobenden Ausbruch der Kammer, umgeben von der bis zur Weißglut erregten Stimmung bei Hofe und im Militär, billigte der Kaiser den neuen Vorschlag Gramonts, der den Gegenschlag herbeiführen sollte.

Bismarck hatte bis zu diesem Augenblicke zurückgehalten. Erst jetzt entschloß er sich, auf das unerhörte Ansinnen der französischen Regierung in einem so gemessenen und bestimmten Tone zu antworten, wie es der Summe der französischen Herausforderungen seit dem 6. Juli entsprach: das war die Emser Depesche. Die geschichtliche Rolle der Emser Depesche ist in dem letzten Menschenalter einem beispiellosen Mißbrauch ausgesetzt worden. Sie geriet in den Ruf, durch einen wohlberechneten diplomatischen Offensivvorstoß, ja durch die Verfälschung eines harmlosem Vorgangs, eine friedlich angelegte Verhandlung zerrissen zu haben. In Wirklichkeit hat sie ein auf den Krieg und nichts anderes berechnetes Intrigenspiel der Franzosen, die um ihres Rüstungsvorsprunges willen die Verhandlung hinzuschleppen suchten, schneidend durchkreuzt. Daß

dies der historische Zusammenhang und sein Geheimnis ist, kann durch keinen bessern Kronzeugen als den Herzog von Gramont selbst bewiesen werden. Er erklärte am 18. Juli, fünf Tage nach der Emser Depesche, dem dänischen Gesandten, den er durch das Angebot Schleswigs in den Krieg an der Seite des Dreibundes hineinzureißen suchte: "Wir haben zehn oder elf Tage Vorsprung vor den Preußen hinsichtlich der militärischen Vorbereitungen; wir würden noch mehr gehabt haben, wenn wir, so wie wir es wünschten, die Dauer der Verhandlungen noch hätten hinziehen können; unglücklicherweise ist es zu einer Insulte seitens des Königs von Preußen gekommen, und diese Tatsache hat zur Folge gehabt, auf der Stelle die Verhandlungen abzubrechen." Die Emser Depesche hat also (daß keine Insulte erfolgt ist, bedarf keines Nachweises) die Franzosen nur genötigt, den Übergang zum Kriege einige Tage früher zu vollziehen, als ihnen nützlich schien, und das kriegerische Programm durchzuführen, das, seit dem 6. Juli mit Vorbedacht angelegt, zeitweilig in den Plänen einer Aufrollung der deutschen Frage vollends aufgedeckt war. Weshalb Gramont gern noch einige Tage gehabt hätte, hatte er schon am 17. Juli dem österreichischen Reichskanzler Beust gestanden: "Wenn ich die Stunde der Aktion hätte wählen können, so würde ich natürlich nicht verfehlt haben, unsere Verträge fertig zu machen." Wie seine innere Stimmung aussah in den Stunden, wo die Kriegserklärung nach Berlin abging, verrät der pathetische Zuruf, den er in demselben Schreiben an Beust richtete: "Niemals wird sich eine gleiche Gelegenheit von neuem bieten, niemals werdet Ihr eine so wirksame Hilfe finden, niemals wird Frankreich so stark sein wie heute, niemals besser bewaffnet und ausgerüstet, von höherem Enthusiasmus erfüllt. Im Moment, wo ich schreibe, fühle ich, daß der Geist, der mich beseelt, der Geist ganz Frankreichs, der Geist des Kaisers und der Armee ist."



*König Wilhelm I.
auf der Kurpromenade in Bad Ems im Juli 1870.*

Auch als die Hoffnung auf den österreichischen Verbündeten schwand, machte Gramont kein Hehl aus dem bewußten Willen, mit dem er in den Krieg getrieben. Als am 27. Juli der bisherige französische Gesandte in Stuttgart, Graf Saint-Vallier, bei ihm eintraf, voll lebhafter Sorgen und Klagen über die Politik seines Chefs, erwiderte er: Er hätte den Krieg zwischen Frankreich und Preußen schon längst als unvermeidlich betrachtet; deshalb hätte er Zeit und Gelegenheit so ausgesucht, "wie sie für uns günstig wären". Ja in seiner Verblendung schloß er mit den Worten: "Was nun aber die süddeutschen Königreiche betrifft, so irrten Sie sehr, wenn Sie meinten, wir wünschten deren Neutralität; wir wollen sie gar nicht haben; unsere militärischen Operationen würden durch sie nur gehemmt werden; wir brauchen die rheinpfälzische Ebene für den Aufmarsch

unserer Armee." Das ist eins der letzten Worte, das unmittelbar vor den ersten Schlachten uns in die Tiefe des Grundes blicken läßt. Die Kriegführung, und man darf hinzusetzen, die Kriegsziele der Franzosen bedurften der ganzen deutschen Nation als eines Gegners - im trügerischen Glauben an die große Bündnisvorbereitung vermaß man sich, ihr im Felde zu begegnen. Noch hatte der unglückliche Verlauf des Krieges nicht die Flucht aus den wahren Verantwortlichkeiten eingeleitet. Ein Mann wie Thiers, der die Zusammenhänge tief durchschaute, dachte, wie Ranke erzählt, in ihren vertrauten Unterredungen im November 1870 nicht daran, Bismarck, den er auf das Höchste bewunderte, oder den Deutschen überhaupt die Schuld am Kriege zuzumessen. Und Kaiser Napoleon hat noch am 2. März 1871 einer Vertrauten gestanden: "Ich erkenne an, daß wir die Angreifer gewesen sind."

Nur scheinbar war der Krieg, der jetzt begann, von einem Streit der Mächte um fernabliegende Fragen ausgelöst, nur scheinbar ging der Krieg aus dem kunstvollen Spiel der Diplomatie hervor, die im letzten Stadium herkömmlich um die Legitimation des Kriegsausbruches vor der öffentlichen Meinung rang - jetzt ging es wirklich um ein Völkerschicksal, das seit Jahrhunderten zu einem europäischen Problem geworden, vor vier Jahren vor der letzten Entscheidung unterbrochen und vertagt, nach dem Willen der Franzosen nicht ohne Anrufen des Kriegsgottes endgültig seiner letzten Bestimmung entgegengeführt werden sollte. Die Schlachten dieses Krieges sind nicht nur Siege über einen tapferen Gegner, sondern ein Ringen eines Volkes um seine nationale Selbstbestimmung. Der tiefere Sinn, der sich aus dem positiven Ziel des Unternehmens herleitet, scheint auch dem englischen Historiker Seeley vorzuschweben, wenn er im Jahre 1878 das Urteil niederschrieb: "Die Hauptkriege Preußens seit seinem großen Zusammenbruch, die von 1813, 1866 und 1870, haben einen Charakter von Größe, wie keine andern modernen Kriege. Sie haben in gewisser Weise die moderne Welt mit dem Kriege ausgesöhnt, denn sie haben diesen als Förderer der Zivilisation und als eine Art moralischer Energie gezeigt." Es war der Eindruck des gerechten Krieges, der in der damaligen Weltmeinung, die seine Vorgeschichte in den letzten vier Jahren miterlebt hatte, weit überwog und noch nicht, wie ein Menschenalter später, durch eine berechnete Umwertung aller Werte verfälscht war. Wir kennen die großen konzentrischen Kriegspläne des Dreibundes auf dem deutschen Boden, Entwürfe, nach denen die französische Macht, wie alle Welt erwartete, über den deutschen Mittelrhein vorstoßen sollte - nur die Überlegenheit der preußisch-deutschen Organisation ermöglichte es ihr, die Waffen auf den Boden des Feindes zu tragen und ihrerseits zu der "Invasion" zu schreiten, die sich einem spätern Geschlechte in dem "Überfall" eines friedlichen Volkes durch einen verschlagenen und von langer Hand her rüstenden Gegner darstellte.

Die Gemeinsamkeit des Kampfes aller deutschen Stämme, das war schon die Idee des neuen Reiches in der Tat verwirklicht - wie hätte man, wenn nicht geschlagen, überhaupt in die frühere Unfertigkeit der staatlichen Ordnung zurückkehren können! Die Gefangennahme Kaiser Napoleons, das war mehr als ein Kriegsereignis, es war der symbolhafte Vorgang des Ausscheidens der Macht, die sich dem deutschen Staate in den Weg gestellt hatte. So herrschte bald Einmütigkeit darüber, noch während der Fortgang des Krieges den Widerstand der Franzosen vollends brach, das Deutsche Reich mit allem, was sein Inhalt und seine Form bedurfte, zu vollenden. Also verflocht sich die Vollendung des Reiches mit den kriegerischen Ereignissen. Bald nach Sedan begannen die Verhandlungen zwischen Norden und Süden; in den Wochen nach dem Fall von Metz kamen die Versailler Verträge über den Anschluß zustande, und wenige Wochen vor dem Fall von Paris wurde in dem Schlosse Ludwigs XIV., von dem so viele kriegerische Unternehmungen gegen das alte Reich ausgegangen waren, eine neue Kaiserwürde begründet.

Es entsprach der Beharrlichkeit der Kräfte im deutschen Staatsleben, daß dieser letzte Abschluß unserer staatlichen Lebensform sich nicht vollzog, ohne daß noch ein später Nachklang der großen innern Gegensätze der letzten Menschenalter in die Verhandlungen hineinspielte. Die Süddeutschen traten in das Reich ein, aber sie waren darauf bedacht, bei diesem Eintritt sich gewisse Sonderrechte

vorzubehalten und ihre Eigenstaatlichkeit noch ein Stück weiter sicherzustellen, als es in der Norddeutschen Bundesverfassung von 1867 für die Gliedstaaten vorgesehen war. Trotzdem trug Bismarck kein Bedenken, ihnen in den Versailler Verträgen des Novembers 1870 die geforderten Reservatrechte zu bewilligen, obgleich dadurch die im Norden bereits erreichte Einheitsform des Reiches tatsächlich oder scheinbar wieder durchlöchert wurde. Die Unitarier der Nationalpartei waren schwer enttäuscht; der preußische Kronprinz hatte mit dem Gedanken gespielt, daß man durch stärkern Druck mehr im Sinne der Einheit hätte erreichen können, und spottete über das "kunstvoll gefertigte Chaos" des Verfassungswerkes; und Heinrich von Treitschke machte, wie seine leidenschaftlichen Briefe aus diesen Tagen zeigen, kein Hehl aus seinem tiefen Groll "über das elende Flickwerk von Versailles". Auf der andern Seite waren die Verträge in Bayern nur unter großen Schwierigkeiten durchzusetzen; bis zuletzt bedrängten die Prinzen des wittelsbachischen Hauses den König Ludwig II. wegen seiner Preisgabe wesentlicher Souveränitätsrechte, und auch der bayrische Landtag nahm die Verträge nur mit zwei Stimmen über die erforderliche Zweidrittelmajorität an. Bismarck hatte jeden Versuch, durch stärkeren Druck ein reineres Ergebnis zu erzielen, von der Hand gewiesen, weil ihm, mitten in dem Kriege und in den vom neutralen Auslande drohenden Gefahren, der rasche und freiwillige Beitritt des Südens wertvoller war als alles andere. So nahm er seinen Weg mitten durch die enttäuschte Kritik der liberalen Unitarier und das ohnmächtige letzte Aufbäumen des Partikularismus. Er vertraute auf die natürlichen Kräfte des lebendigen Fortschritts, die in den nationalen Einrichtungen lagen, und ließ sich die Schönheitsfehler der Form wenig kümmern, die ihm von der staatsrechtlichen Doktrin niemals so recht verziehen wurden. Vielmehr trug er der politischen Situation Rechnung, wie sie sich aus der Anwendung der Schutz- und Trutzbündnisse im Juli 1870 entwickelt hatte, und um keinen Preis wollte er auf der Gegenseite das Gefühl aufkommen lassen, in dem großen Entscheidungskampfe die Pflicht eines Bundesgenossen erfüllt zu haben und trotzdem wider Gebühr vergewaltigt zu sein. Nur eine Entschließung aus Freiheit behielt in dieser Stunde dauernden Wert.

Gewiß wurden Bayern und Württemberg Reservate zugebilligt, die an sich die strenge Geschlossenheit des bundesstaatlichen Aufbaus störten. Aber dieser Bundesstaat hatte nun einmal durch die überragende Stellung des Gliedstaates Preußen von Hause aus eine irreguläre Form erhalten, die in keinem bundesstaatlichen Körper der Erde seine Analogie fand; nur die führende Stellung Hollands in den Generalstaaten des 17. und 18. Jahrhunderts könnte zur Not als Parallele herangezogen werden. Diese Verbindung des größten Gliedstaates Preußen mit dem Reiche war ja die eigentliche Singularität des neuen Gebildes, die für die Zukunft ihre Probleme, ihre Aufgaben und Schwierigkeiten in sich schloß. Im Moment lag es in dem geschichtlichen Hergang dieser Entstehung tief begründet, daß das neue Reich gerade diese Gestalt gewann. Es war nun einmal ein Bundesstaat, der durch die Macht eines seiner Glieder, durch seine Waffen und seine Politik geschaffen worden war; und in den Reservaten spiegelte sich doch nur der Teilvorgang, daß diese süddeutschen Staaten freiwillig und auf eigene Verantwortung dem Krieg und dem Bunde des Nordens beitraten. So war die Form des neuen Reiches gewiß an den Moment gebunden, in dem sie ihre Prägung erhielt, aber sie stand zugleich in dem Strom des Lebens, in dem die Entwicklung der Nation fortschritt. Schwerer als alles wog eine einzige Tatsache: seit Jahrhunderten war es das erste Mal, daß der deutsche Staat, aus seinem eigenen Willen heraus und ohne Einwirkung des umgebenden Auslands, sich autonom und souverän selber gestaltete.

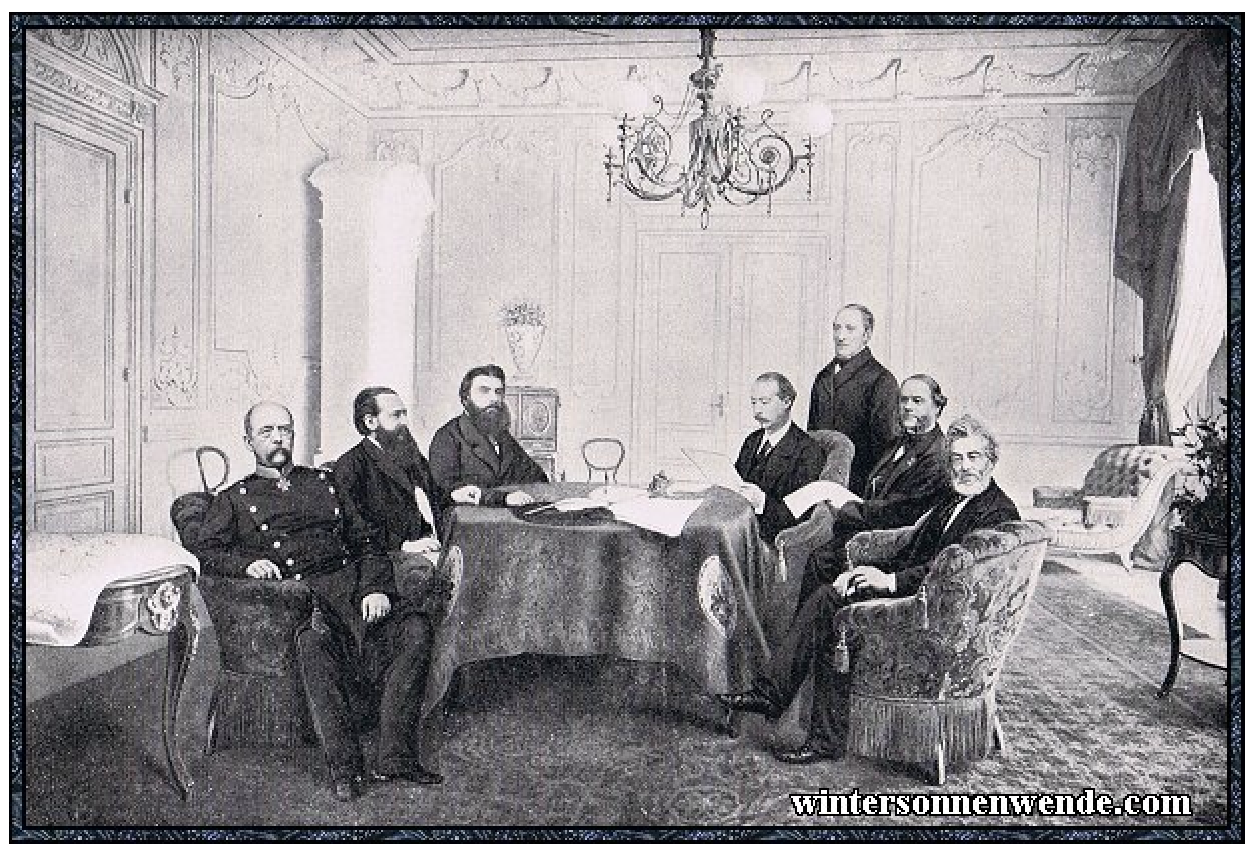
Auf den Eintritt der Süddeutschen in den Nordbund folgte die Annahme des Kaisertitels: die Krönung des Gebäudes aus dem Geiste der deutschen Geschichte. Einst hatte das Frankfurter Parlament den König von Preußen zum Kaiser eines Reiches gewählt, das man auf dem Grunde der Souveränität der Nation zu errichten gedachte, jetzt waren es die deutschen Fürsten, die unter Führung König Ludwigs von Bayern an den Hohenzollern die Aufforderung richteten, den Namen eines deutschen Kaisers in dem aus ihren Verträgen erwachsenen Reiche anzunehmen. Es war gleichsam der Geist des Staatsrechts des alten Reichs, das fürstliche Privileg der Großen, das noch einmal den Sieg über das neue Staatsrecht der souveränen Nation davontrug. Und doch sollte man

die beiden Hergänge so entgegengesetzten Ursprungs, den national-revolutionären von 1849 und den historisch-konservativen von 1871, in einem Atemzuge nennen, weil sie zusammen erst das ganze Bild der Lösung der deutschen Frage ergeben. Beide Male waren die irdischen Kleinlichkeiten nicht ausgeblieben, ohne die sich auch die großen Dinge der Geschichte selten vollstrecken: lagen sie damals in dem Handel der Parlamentsparteien und der geringfügigen Abstimmungsmehrheit, so hafteten sie jetzt an dem Spiel der höfischen Diplomatie, mit dem Bismarck die schwere und schwankende Seele des Bayernkönigs in Bewegung setzte. Aber wenn die Hand Bismarcks selbst den Entwurf des Schreibens aufsetzte, in dem Ludwig seinen königlichen Vetter zur Annahme des Kaisertitels aufforderte, so war auch dieser kleine Nebenumstand nur ein wundersam symbolischer Ausdruck dafür, daß die mächtigen Züge dieses ganzen großen Geschehens die geheime Handschrift des Kanzlers trugen.

Wie er es dem König von Bayern erleichterte, in dieser geschichtlichen Stunde eine seines Staates würdige Rolle zu spielen, so hatte er zugleich die noch schwierigere Aufgabe zu erfüllen, den König von Preußen über sich selbst zu erhöhen. Dieser schwere Kampf zwischen dem König und seinem Staatsmann gipfelte schließlich in der Titelfrage, die nicht etwas Äußerliches, sondern die feinste Essenz des ganzen preußisch-deutschen Problems war: der jetzt im deutschen Reiche aufgehende preußische Staatsgedanke, der sich 1848 behauptet hatte, von Bismarck selbst im Konflikt befestigt und zum Siege geführt worden war, ließ sich nicht ohne innersten Kampf herbei, mitten in der Erhebung des Sieges hinter der höhern Idee der Nation zurückzutreten. An diesem 18. Januar 1871, dem Jahrestage der Annahme des Königstitels durch den Kurfürsten von Brandenburg, atmete König Wilhelm, umgeben von den Prinzen seines Hauses und den Generalen seiner Armee, hinter sich die Fahnenträger des 1. Garderegiments zu Fuß und des Königs-Grenadierregiments Nr. 7, noch einmal in vollen Zügen die preußische Luft: aber ihn überwältigte, wie er Bismarck vorhielt, zugleich das Gefühl, daß er das preußische Königtum zu Grabe trage. Das Bild des Preußenkönigs, der eine große Tradition sich selbst vollendend versinken sieht und an dem Tag der Kaiserproklamation wort- und danklos an dem Schöpfer des Reiches vorbeischreitet, bringt doch nur das Schmerzlich-Tragische zum Ausdruck, das für die beteiligten Personen eines großen geschichtlichen Dramas niemals ausbleibt. Der militärische Zuschnitt der ganzen Feier ließ den alten Rechtssatz des "*exercitus facit imperatorem*" wieder zur Geltung kommen, und wer in dem prunkvollen Bilde des höfischen "Ordensfestes" die volkstümlichen Züge suchte, mochte sie in den Abordnungen der Regimenter erblicken, die das Volk in Waffen vertraten. Das alles wirkt symbolisch, wie auch der erste huldigende Zuruf aus dem Munde des Großherzogs von Baden, des fürstlichen Bundesgenossen der Nationalpartei. Freilich die nationale Idee, mit ihrem Ethos und ihrem Glauben, erscheint vor den Männern der Tat zurückgedrängt. Sie kommt an diesem Tage so wenig zu Worte wie sie in den kurzen Beratungen des Reichstages einen vollen Ausdruck fand: ihre Größe war vorweggenommen und bedarf am Tage des Siegesfestes keiner Bestätigung. Aber Großherzog Friedrich von Baden, der alle diese Dinge intensiv miterlebte, schrieb an diesem Abend in sein Tagebuch das Gelöbnis nieder: daß diese Kraft fortan nur zum Guten angewandt werde, das soll die Lehre sein, welche unser junges deutsches Reich aus den geschichtlichen Erinnerungen des Schlosses von Versailles nach der Heimat bringt.

Der Friede war die erste Aufgabe, die dem neuen Reiche oblag. Unmittelbar nach der Kaiserproklamation leiteten die Franzosen Schritte zur Aufnahme der Friedensverhandlungen ein. Damit begann für Bismarck der zweite Teil seiner eigentlichen Kriegsaufgabe. Der Krieg von 1864 hatte gleichsam die machtpolitische Auseinandersetzung mit Österreich unter dem Herzen getragen; in dem Kriege von 1866 hatte unsichtbar der mächtige Schatten Kaiser Napoleons hinter allen Entscheidungen gestanden; in dem Kriege von 1870/71 war Bismarcks eigentliche Sorge, daß ein Kreis der Neutralen in die Friedensverhandlung eingreifen möchte. Aus diesem Grunde war er entschlossen, den Abschluß des Friedens unter allen Umständen mit der Kapitulation von Paris zu verbinden und möglichst zu beschleunigen; während die führenden Militärs einem Diktatfrieden zuneigten, wollte Bismarck einen Verständigungsfrieden mit den Franzosen, denn er blickte

sorgenvoll in die Umwelt Europas und in die Zukunft voraus. Nach schweren Kämpfen im Hauptquartier gelang es ihm, auch bei König Wilhelm den Sieg davonzutragen und den Militärs den Frieden aus der Hand zu nehmen. Nicht in allem und jedem, aber doch in den Hauptzügen war der Präliminarfriede vom 26. Februar das Werk seines festen und dann doch wieder elastischen Willens.



Abschlußsitzung des Frankfurter Friedens, Mai 1871.

Der **Frankfurter Friede**, der auf der Grundlage dieses Präliminarfriedens geschlossen wurde, war mehr als das Ende dieses Krieges. Er brachte die durch die Jahrhunderte gehende Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland dergestalt zum Abschluß, daß das Schwergewicht der Macht von der französischen auf die deutsche Seite überging. So verband sich die Begründung des deutschen Reiches mit dem Sieg über Frankreich, während die Franzosen aus dem Kriege das bittere Erlebnis heimtrugen, in der Existenz der nachbarlichen Großmacht, deren Aufstieg sie zu durchkreuzen versucht hatten, nun erst die eigene Niederlage in einem weltgeschichtlichen Prozeß gleichsam verkörpert zu sehen. Also waren die von jeher sich so tief berührenden Geschicke der einander nahe verwandten und aufeinander angewiesenen Länder durch die unglückselige Politik Napoleons III. ineinander verkettet worden, daß ihr Glück und Unglück fortan immer wieder aneinander gemessen, sich wechselseitig vertiefend und, wie etwas immer untrennbarer und immer gegensätzlicher Werdendes, schicksalsmäßig das Gesicht Europas bestimmten.

Das Symbol der jetzt eingetretenen Machtverschiebung war die Annexion des Elsaß und einiger anschließender Teile Lothringens, einschließlich Metz, durch das Reich.

Die deutsche amtliche Politik begründete die Abtretung mit dem staatspolitischen Motiv der Sicherheit. Dieses und kein anderes Motiv, obgleich es die Frage des von der Abtretung betroffenen Volkstums noch gar nicht berührte, wollte Bismarck als primär und entscheidend gelten lassen. Er konnte sich auf die Geschichte der Jahrhunderte, er konnte sich insbesondere auf die Politik der Kompensationen und Interventionen, der Drohungen und des Anschlußverbotes unter Napoleon III. berufen. Dieser Eindruck war damals noch stark und lebendig in Europa. Schon am 12. Oktober 1870 äußerte sich der amerikanische Gesandte Bancroft im Auswärtigen Amte zu Berlin: "daß die

leitenden Staatsmänner und die öffentliche Meinung in Amerika den jetzigen Krieg wesentlich als einen Akt der Notwehr von deutscher Seite ansähen, wobei es hauptsächlich darauf ankomme, Deutschland vor neuen Angriffskriegen seiner westlichen Nachbarn, wie deren die Geschichte der drei letzten Jahrhunderte eine so große Anzahl aufweist, durch eine bessere Abgrenzung dauernd zu schützen." Weithin in der Welt wurde der Krieg von 1870 als ein gerechter Krieg empfunden, und einem großen Teil der öffentlichen Meinung schien auch die Gerechtigkeit des Friedens - soweit man in den Machtauseinandersetzungen irdischer Gewalten derartige ethisch-juristische Begriffe verwenden darf - durch die Abtretung nicht belastet.

Dazu trug die Tatsache bei, daß das staatspolitische Motiv der Sicherheit noch durch andere tiefere Motive verstärkt wurde: **durch die einstige geschichtliche Zusammengehörigkeit dieser Gebiete mit dem alten deutschen Reiche, durch die weitüberwiegende deutsche Sprache und Kultur ihrer Bevölkerung**. Von dem historischen Argument allerdings wollte Bismarck niemals viel wissen, er suchte seine Geltung und Anwendung bewußt als Professorenidee zu diskreditieren. Weitblickend und verantwortungsvoll, sagte er sich mit Recht, daß ein neuerstandenes deutsches Reich, das alsbald die historischen Rechtstitel des alten deutschen Reiches auszugraben Neigung zeige, nur mit Mißtrauen, nicht wie er wollte mit Vertrauen, in den Kreis der Mächte aufgenommen werden würde, ja leicht als eine allgemeingefährliche Bedrohung für die andern, für die geltende Rechtsordnung der Staatengesellschaft empfunden werden könne. Was der die Jahrhunderte überfliegende Blick des Historikers als eine Einheit zusammenfaßt, wie es auch in dem berühmt gewordenen Worte Rankes zu Adolphe Thiers geschah, darf darum doch nicht von dem Politiker zur Begründung von Ansprüchen und Gewaltmaßregeln ins Feld geführt werden.

Anders stand es mit dem Motiv der deutschen Sprache und der deutschen Kultur im Elsaß. Dadurch konnte allerdings der Annexionshergang eine tiefere und innere, nicht vor den Kabinetten, sondern auch vor den Völkern vertretbare Begründung finden. Diesem Gedankengange, wenn auch nur in sekundärer Anwendung, verschloß sich auch Bismarck nicht. Er würde das Sicherheitsargument nicht in solchem Umfange geltend gemacht haben, wenn es nicht durch das Deutschtum des Elsasses eine Unterstützung erfahren hätte. Aus diesem Grunde widerstrebte er auch der Annexion von Metz als einer Aneignung fremdnationalen Gebietes, dessen Bevölkerung, schwer verdauliche Elemente, wie er sie nannte, doch nur ein dauernder, allein aus militärischen Gründen zu rechtfertigender Fremdkörper im Reiche bleiben würde. Strategische Rücksichten, so sagte er vertraulich zum Großherzog von Baden, dürften nicht allein gegenüber politischen Notwendigkeiten entscheiden.

Das Deutschtum der Elsässer, was ihre Sprache und den Kern ihrer Kultur anging, stand außer Frage. Der dem kronprinzlichen Hofe nahestehende englische Diplomat Sir Robert Morier, der Anfang Oktober 1870 eine Informationsreise in das Elsaß unternahm, um den Charakter von Land und Leuten festzustellen, kehrte mit dem Ergebnis zurück, daß das Elsaß eine "rein deutsche Provinz" sei. Der im Grunde seines Herzens den Deutschen kaum wohlgesinnte Führer der Polen, Herr von Zoltowski, begrüßte im Deutschen Reichstage die Rückkehr der Elsässer als einen Sieg des Nationalitätenprinzips, "weil das historische Recht und das Nationalitätsprinzip den Sieg über faktisch und rechtlich jahrhundertelang bestehende Verhältnisse davongetragen hat". Und konnte es anders sein, als daß die deutsche öffentliche Meinung, im Vollgefühl der nationalen Idee, die nun endlich alle Stämme zur Einheit zusammenführe, sich begeistert an dem Gedanken erhob, daß hier ein entfremdeter deutscher Bruderstamm in das Vaterhaus der Nation zurückkehre? Gerade jene Beschäftigung mit dem altdeutschen Literatur-, Kunst- und Kulturgut, die in der Erneuerung des nationalen Empfindens eine so große Rolle spielte, ließ angesichts des überreichen Anteils des Elsaß die Herzen höher schlagen. Mit Otfried von Weißenburg fing die deutsche Literaturgeschichte an. Im Religiösen, das immer die innerste Art eines Volkstums offenbart, führt eine Linie von dem Straßburger Dominikaner Johannes Tauler, hinweg über die Prediger der Reformationszeit, Martin Bucer aus Schlettstadt und Wolfgang Capito aus Hagenau, bis zu Philipp Jakob Spener aus

Rappoltsweiler, dem Haupt des deutschen Pietismus: so viel umfaßt der elsässische Einschlag in das Gewebe deutscher religiöser Innerlichkeit ! Deutsch waren die Künstler im Elsaß, auch da, wo sie französischen Einflüssen sich öffneten, Gottfried von Straßburg, der Dichter, der im romanischen Gewande die deutsche Innerlichkeit durch die höfische Form hindurchbrechen läßt; Erwin von Steinbach, der Erbauer des Straßburger Münsters, in dem übernommene fremde Form und deutscher Gefühlsinhalt zusammengehen; und Johann Fischart, der größte deutsche Satiriker, der einen deutschen Rabelais in einem überquellenden, phantastischen, tudesquen Reichtum der Form und Sprache zu schaffen unternahm. Im Elsaß hatten die beiden Schlettstädter Jakob Wimpheling und Beatus Rhenanus, der eine die erste deutsche Geschichte (1505) in dem neuen nationalen Stile der Humanisten geschrieben, der andere die erste wissenschaftliche germanische Altertumskunde (1531) verfaßt; von den bedeutendsten elsässischen Malern der Epoche stammte der Colmarer Martin Schongauer aus Augsburg und Hans Baldung Grien aus einer Schwäbisch-Gmünder Familie. Genug, von einer französischen Kultur war in dem Alemannenlande bis in das 17. Jahrhundert nicht die Rede, wohl aber gab es nirgends einen so reichen Anschauungsstoff für die Blätter "Von deutscher Art und Kunst", wie ihn der junge Goethe als Straßburger Student gerade auf diesem deutschen Boden in sich aufnahm. Und sollte alles das, einst uns entfremdet, da wir nichts in der Welt vermochten, nicht wieder auferstehen in einer Zeit, da der deutsche Name wieder zu Ehren kam? So war der Glaube der deutschen Nationalpartei gewillt - und in welchem andern großen Volke in ähnlicher Lage wäre es anders gewesen -, diese Frage aus ehrlicher Überzeugung zu bejahen. Den Deutschen war im Laufe ihrer geschichtlichen Entwicklung, die wir verfolgt haben, die innere Kontinuität eines nationalen Geschichtsbesitzes, wie ihn glücklichere Völker als nationales Heiligtum verehren, fast aus dem Bewußtsein geschwunden. Ist es zu viel gesagt, daß die Deutschen, wenn sie die Annexion von Elsaß-Lothringen begrüßten, gleichsam ein Stück Geschichte, das ihnen allen gemeinsam, dem Ganzen und nicht seinen Teilen angehörte, ein Stück ihrer schmerzvollsten Erinnerungen sich wieder einverleibten und gleichsam den ganzen Sinn ihres Werdens in den letzten Jahrhunderten damit für sich selber zu erobern vermeinten?

Dabei übersah man freilich, daß auch deutsche Sprache und deutsches Volkstum allein noch nichts aussagen über den politischen Lebenswillen einer Bevölkerung. Man mußte es hinnehmen, daß die lebende Elsässer Generation das politische Band, das sie mit Frankreich verknüpfte, nicht zerschneiden wollte, und sich dessen getrösten, daß erst die kommende Generation die Wiedervereinigung auch aus eigenem Willen gutheißen würde. Heute wird sich niemand dagegen verschließen, daß die jetzt geltenden ethisch-politischen Maßstäbe dem Plebiszit in der politischen Verschiebung von Menschen aus dem einen Staate in einen anderen Staat einen größern Raum zuweisen. Die Frage aber, ob Napoleon bei den wechselnden Listen seiner rheinischen Kompensationsforderungen oder gar in den Friedensbedingungen nach einem siegreichen Kriege seinerseits ein solches Plebiszit auf deutschem Boden zur Anwendung zu bringen bereit gewesen wäre, wird jeder Kenner der französischen Rheinpolitik ohne Schwierigkeit zu beantworten wissen. Und wer wollte die weitere, immer wieder aufgeworfene Frage zu entscheiden wagen, ob ein Frankreich, das, ohne jeden Gebietsverlust aus dem Kriege hervorgegangen, seine ganze überlegene militärische Stellung am Oberrhein behauptet hätte, aus diesem Grunde den Neigungen zur friedlichen Nachbarschaft den Vorzug vor seinem historischen Machtwillen gegeben haben würde? Die französische Geschichte bis zum heutigen Tage fährt fort, den Stoff zur Beantwortung dieser Frage zu liefern.

Ein französischer Historiker hat einmal die scheinbar schlagende Antithese aufgestellt: die Deutschen hätten im 19. Jahrhundert den edlen Gedanken (*la noble idée*) ihrer nationalen Einigung verfolgt, aber die erste Anwendung, die sie von der gewonnenen Einheit gemacht hätten, habe darin bestanden, Franzosen aus dem französischen Staate herauszureißen: das sei ein Fehler und ein Verbrechen gewesen. Dabei wird nur die entscheidende Tatsache außer acht gelassen, daß die französische Generation von 1860 bis 1870 den deutschen Einigungswillen, weit entfernt ihm die Wertschätzung einer "*noble idée*" zuteil werden zu lassen, auf Tod und Leben, durch die Erneuerung

der historischen Rheinpolitik und die Anmaßung des Anschlußverbotes, bekämpft und eben dadurch den Krieg mit seinen Rückschlägen ausgelöst hat. Hätten Napoleon und seine Leute jene tiefere Einsicht gehabt, auf die Bismarck immer wieder hoffte, dann wäre allerdings der Krieg vermieden worden, das Reich ohne die schweren Opfer von 1870/71 zustande gekommen und den Franzosen der **Frankfurter Friede** erspart geblieben. Wer also von Fehlern und Verbrechen spricht, die an dem Geiste des Jahrhunderts begangen seien, muß sie in der Vorgeschichte des Krieges suchen und danach den Prozeß eröffnen. An dem Geiste der französischen Politik der sechziger Jahre müssen letzten Endes auch die Mittel gemessen werden, mit denen die Deutschen, den säkularen Umweg ihrer Geschicke beschließend, sich gegen die Wiederkehr des Erlittenen auf die Dauer sicherzustellen suchten.

Miteinander sind die Wiederherstellung des Reiches und der Frankfurter Friede die Grundlage eines neuen Zeitalters, das unter diesem doppelten Zeichen sich eröffnet. Was das Deutsche Reich für die europäische Geschichte bedeutet, wird nicht nur von dem Wege seiner Entstehung, sondern vor allem von seiner Stellung und Leistung inmitten der Staatengesellschaft abhängig sein.

Anmerkung:

1 [1/79]Für diese Zusammenhänge sind im folgendem die Ergebnisse meiner dreibändigen Publikation: *Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von 1863 bis 1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71* (Stuttgart 1926) zugrunde gelegt. ...zurück...

Kapitel 2: Das Deutsche Reich unter der Staatsleitung Bismarcks 1871 - 1890

1. Der Eintritt des Deutschen Reiches in die europäische Staatengesellschaft 1871 - 1875.

Der Aufstieg des Deutschen Reiches aus den heroischen Ereignissen des Krieges von 1870/71 mußte nach innen und außen einen elementaren Umschwung aller politischen Kräfte auslösen. So mächtig auch der Lauf der Geschichte seit Jahren auf diesen Ausgang hindrängte, jetzt stand das Geschlecht der Deutschen wie gebannt unter dem tiefen Eindruck der überraschend plötzlichen Erfüllung. Der Kampf, unter dessen Zeichen alles politische Leben so lange gestanden, war für immer entschieden; alles, was um den Mittelpunkt der bisherigen Sorgen kreiste, schien befriedet, überwunden, gegenstandslos und wich dem beglückenden Gefühl des säkularen Abschlusses. Mit einem Schlage schien die deutsche Geschichte ihren Sinn wiedergefunden zu haben, und es dauerte nicht lange, bis die entgegengesetzten Lager den Sinn dieses geschichtlichen Ablaufs als innere Notwendigkeit sich auslegten: sowohl die Nationalpartei, die den Kern ihrer alten Ideale auf einem unerwarteten Wege verwirklicht sah, als auch die preußische Staatspolitik, deren Tradition gleichfalls die Ankunft auf der Höhe erlebte. Die beiden Gewalten, die immer wieder sehnsüchtig und vergeblich nacheinander ausgeschaut hatten, schienen sich für immer gefunden zu haben. Selbst ein politischer Kopf wie Heinrich von Sybel konnte im ersten Augenblick die Frage aufwerfen, was denn dieses lebende Geschlecht nun noch werde zu tun haben; um sich vermutlich schon anderntags selber die Antwort zu geben: daß nach der Legung der Fundamente und der Errichtung des äußeren Rahmens erst die eigentlichen Aufgaben des Ausbaues und der Befestigung des deutschen Staates für die Nation und ihre Glieder gestellt seien, daß das Ringen aller deutschen Lebensgewalten nach innen und außen nunmehr auf einer höheren Ebene von neuem anhebe. Zunächst aber sagte den Deutschen ein unbestimmtes Gefühl, daß der eigentliche dynamische Abschnitt ihrer neueren Geschichte abgeschlossen sei und ein mehr statisch bestimmtes politisches Zeitalter heraufziehe.

Nicht anders stand es mit der Stellung der Deutschen unter den Völkern Europas. Die deutsche Nationalbewegung war lange Zeit eine der stärksten dynamischen Zukunftskräfte in Europa gewesen, mit deren Lösungsmöglichkeiten sich alle anderen Gewalten irgendwie auseinanderzusetzen hatten: jetzt schied sie, nachdem sie sich gestaltet und beruhigt hatte, als die große Unbekannte aus dem Spiel der Kräfte aus und ging als neue, feste, anerkannte Größe in die geltende Ordnung der Dinge ein. Allgemein war der Eindruck, daß die Mitte Europas, die in früheren Jahrhunderten dem Eingriff von allen Seiten offengelegen und auch seit 1815 ein mehr ruhendes, fast passives Element in der Machtgruppierung der Staaten gebildet hatte, sich jetzt in eine aktive Konzentration der Macht verwandelt habe, deren Leistung allen überlegen zu werden versprach. Zwar hatte die Landkarte sich kaum verändert, aber die Verschiebung des Schwergewichts drängte sich allen auf, sie betraf sämtliche Mächte und mußte das ganze System, alle Verhältnisse des Sichanziehens und Sichabstoßens der Staaten stärker als irgendeine peripherische Veränderung beeinflussen. Auch dieser europäische Umschwung hatte eine säkulare Tragweite. Schon sah Ranke den Moment eingetreten, in dem die seit der französischen Revolution ansteigende Welle der Volkssouveränität auf den entscheidenden Widerstand der alten Mächte gestoßen sei; nach dieser Befriedung Mitteleuropas erst, in diesem neuen Zeitalter gesicherter Entwicklung, glaubte er den Mut zu finden, an das Wagnis einer Weltgeschichte heranzutreten.

Was dieser Umschwung für die Gesamtheit Europas zu bedeuten habe, darüber gingen die Meinungen, von persönlichen und kulturellen Sympathien nach der einen oder der anderen Seite gezogen, vielfach auseinander. Die siegreiche Sache hatte, wie immer im Menschengeschlecht, viele unbedingte Anwälte, welche die Machtverschiebung begrüßten. Aber schon während des Krieges hatte der holländische Historiker R. Fruin geurteilt, die von Frankreich seit drei Jahrhunderten geübte Hegemonie sei nunmehr auf Deutschland übergegangen, und nicht seine Besorgnis verschwiegen: wenn man in die große Zeit der deutschen Kaisermacht zurückgehe, so zeigten Italien und die Slawenländer an, was an der Ansicht richtig sei, daß die Eroberungssucht allein den Romanen zu eigen, den germanischen Völkern jederzeit fremd sei. Etwas von der Empfindung der Unberechenbarkeit dieser Kräfte, die jetzt die Mitte Europas beherrschten, lebte in vielen Menschen und konnte auch den politischen Berechnungen der Mächte nicht fremd bleiben.

Um so mehr mußten die Deutschen das Bedürfnis haben, vor der Welt offen auszusprechen, was dieses Reich für sie und die anderen zu bedeuten habe. Schon die Kaiserproklamation war auf den Ton gestimmt, daß die neue Würde keine überlebten Ansprüche wieder aufleben lasse, daß man ein Reich des Friedens und des Segens erstrebe, in welchem das deutsche Volk finden und genießen werde, was es seit Jahrhunderten ersehnt. Das war nicht die Kaiserkrone, in der einst Napoleon I. in Aachen eine universale Verklärung unbegrenzter Ansprüche gesucht hatte: es war eher eine nationale Königskrone, deren Name sogar einzelnen kleindeutschen Gemütern lieber gewesen wäre. So betonte auch die Thronrede Kaiser Wilhelms I. bei der Eröffnung des ersten deutschen Reichstages am 21. März 1871 ausdrücklich, daß der Geist des deutschen Volkes und die Verfassung des Reiches Deutschland inmitten seiner Erfolge vor jeder Versuchung zum Mißbrauch seiner durch Einigung gewonnenen Kraft bewahren würden:

> "Die Achtung, welche Deutschland für seine eigene Selbständigkeit in Anspruch nimmt, zollt es bereitwillig der Unabhängigkeit aller anderen Staaten und Völker, der schwachen wie der starken. Das neue Deutschland, wie es aus der Feuerprobe des gegenwärtigen Krieges hervorgegangen ist, wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein, weil es stark und selbstbewußt genug ist, um sich die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten als ein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbteil zu bewahren."

Dieses Bekenntnis nahm der Deutsche Reichstag in seiner ersten Kundgebung auf. Als in der Adreßdebatte am 31. März 1871 die feindlichen Lager der kleindeutsch-liberalen Nationalpartei und

der großdeutsch-katholisch Gesinnten in der Frage einer Intervention zugunsten des Kirchenstaates aufeinanderstießen, da schien es, als ob man unter den Bannern vergangener Kämpfe zu Felde ziehen und die gelehrten historischen Kontroversen über deutsches Königtum und Kaisertum noch einmal in dieser Stunde erneuern wolle. Die Mehrheit wollte es feierlich zum Ausdruck gebracht wissen, daß das neue Reich mit der universalen Tradition des alten Reiches nichts zu tun habe, sondern etwas Neues und Eigenes sei, ein Nationalstaat, der zwar seinem Haupte den geschichtlich ehrwürdigen Kaisernamen verliehen habe, aber seinen Daseinsgrund allein in der Nation zu finden gewillt sei. Wenn Bismarck an dem Kampf der Worte auch nicht teilnahm, so gab er durch sein beredtes Schweigen zu verstehen, in welchem Lager er selber stand. Der Schöpfer dieser Dinge war sich allzusehr bewußt, wie viele wirkliche oder vorgebliche Beunruhigung in der Welt zu überwinden sei - niemals durfte er unter den Völkern Europas den Gedanken aufkommen lassen, daß die Deutschen mit den Traditionen des alten Reiches irgendwelche verklungenen Rechtstitel wieder aufleben zu lassen gewillt wären.

Der Nationalstaat, zu dem man sich bekannte, wurde zugleich nach außen für abgeschlossen erklärt. Feierlich wurde verkündet, daß von dem neuen Reiche ein Weiterführen der nationalen Propaganda, die an mehr als einer Stelle hätte beunruhigen können, nicht zu erwarten sein werde. So fällt die Reichsgründung, der Triumph der nationalen Bewegung, doch mit der Einstellung jeder nationalen Aktion zusammen. In diesem Entschlusse kamen alle Parteien überein: die Kleindeutschen hatten ja gerade die bewußte Beschränkung des deutschen Staates ohne Österreich gewollt, und für die Großdeutschen verstand sich die Erhaltung und Nichtanfechtung Österreichs von selbst.

Für Bismarck vollends, in dessen Denken die Einordnung seiner Schöpfung in die Staatengesellschaft an erster Stelle stand, war die österreichisch-ungarische Monarchie ein Faktor in der europäischen Politik, der unter keinen Umständen durch bedrohliche nationale Gesten in das gegnerische Lager abgedrängt werden durfte. Er war im Jahre 1866 der Vollstrecker friderizianischer Politik gewesen, aber in dem Moment des Sieges, mit der Erreichung seines Zieles, war er entschlossen, die alte Verbindung mit Österreich wieder herzustellen, wie sie im Deutschen Bunde bestanden hatte, und dadurch der Mitte Europas ein verstärktes Schwergewicht zu verleihen. Wenn ihm dieses Ziel vorschwebte, so mußte er von vornherein alles daransetzen, die österreichischen Staatsmänner über seine Absichten auf dem Felde nationaldeutscher Politik unbedingt zu beruhigen, und jede Möglichkeit abweisen, daß das Deutsche Reich, als Zentrum des nationalen Lebens, jemals eine mehr oder weniger große Anziehungskraft auf das Deutschtum jenseits seiner Grenzen ausüben werde. Als Graf Andrássy, nur aus taktischer Erwägung, einmal im Jahre 1874 in Petersburg hatte fallen lassen, man könne nicht wissen, ob nicht einmal die Zeit kommen werde, in der Deutschland unter dem Einfluß der Nationalpartei es für ersprießlich erachten werde, nicht bloß in seinen Einheitsbestrebungen weiter als bisher zu gehen, sondern seine Machtsphäre auch auf die Deutschen Österreichs auszudehnen, setzte Bismarck, auf das Höchste beunruhigt, alles daran, eine so irrtümliche Vorstellung mit der Wurzel auszurotten. Man müsse in Wien und Budapest doch wissen, daß Macht und Einheit des Deutschen Reiches durch eine Verschmelzung mit den seit 400 Jahren tatsächlich von Deutschland getrennten österreichischen Elblanden eher verlieren als gewinnen würden; wenn der Ungar Andrássy etwa tätige deutsche Sympathien für die Siebenbürger Sachsen befürchte, so erklärte der Kanzler bestimmt, einem derartigen Gedanken ebenso fern zu stehen, wie überhaupt jeder Versuchung, sich der Stammesgenossen in den russisch-baltischen Provinzen, in Nordamerika oder in der Schweiz anzunehmen.[1] Einige Jahre später hatte Bismarck Gelegenheit, seine unbedingte Festigkeit gegen jede nationale "Versuchung" in einem viel ernsteren Falle zu erweisen. Als Francesco Crispi im Herbst 1877 ihm mit versteckten Hinweisen nahte, daß die deutsche Einheit noch nicht fertig sei und Österreich auch deutsche Provinzen besäße, widersprach der Reichskanzler dem Italiener in sehr bestimmtem Tone und ließ ihn nicht im unklaren darüber, daß der Weg von Rom nach Berlin zu allen Zeiten über Wien führen müsse. An dieser Überzeugung hielt Bismarck während seiner ganzen Staatsleitung fest, und an diesem Teil seines Vermächtnisses ist von der nachbismarckischen

Reichspolitik bis zum Weltkriege niemals auch nur in Gedanken gerüttelt worden.

Also war die nationale Triebkraft, auf deren mächtig ansteigender Welle das weltgeschichtliche Handeln Bismarcks sich erhoben hatte, als ein nach außen wirkendes Element der amtlichen Politik und des öffentlichen Lebens so gut wie ausgeschaltet: ein nationalpolitisches Ziel gab es für das Deutschland nach 1871 nicht mehr. Auch nach innen besaß das Reich, dessen Verfassung sich als ein Staatsvertrag der Fürsten einführte, keine unmittelbare Fühlung mit den tieferen Untergründen der Nation, sondern schien mit ihnen nur über die Vermittlung der historischen Gliedstaaten und deren bodenständigen Traditionen verknüpft. Damals schon regte sich in einzelnen Köpfen die Empfindung, daß man auch etwas vermisse, daß in dem von vornherein so realpolitisch gefaßten Staatsbewußtsein des Reiches die Tragkraft des nationalen Volkstums doch zu kurz komme. Die heute lebende Generation, die das Wesen des Staates tiefer im Volkstum verankert wissen möchte, sieht solche Grenzen schärfer als die Männer von damals, die den historischen Weg des Aufstiegs hinter sich hatten.

Jedenfalls trat das Reich nach außen hin als eine Großmacht auf, die aus sehr realen Erwägungen ein lautes Anschlagen des nationalen Tones sich eher versagte und sich endgültig damit abfand, daß es nicht einen alle Deutschen umfassenden Nationalstaat darstellte. Dazu kam, daß dieses Reich auch wegen seiner fremdnationalen Bestandteile nicht als ein reiner Nationalstaat zu bezeichnen war. Daß die nordschleswigsche Frage, hingeschleppt unter Umständen, an denen beide Seiten ihren Anteil hatten, nicht zur Lösung gekommen war, mochte nicht allzusehr ins Gewicht fallen. Schwerer schon wog das aus militärischen Sicherheitsgründen erfolgte Übergreifen in das französische Sprachgebiet in Lothringen. Diese an Zahl geringfügigen dänischen und französischen Minoritäten waren gleichsam eine Frucht der historischen Umstände, unter denen das Reich sich gebildet hatte. Ein wirkliches Problem dagegen war die Polenfrage, die als Mitgift des preußischen Staates in das Reich übernommen wurde. Die preußischen Polen hielten sogar den Augenblick der Reichsgründung für angemessen, ihre Vorbehalte anzumelden. Sie waren seit dem Jahre 1815 auf Grund europäischer Verträge preußische Untertanen; je mehr sich das alte absolute Preußen in einen konstitutionellen Staat verwandelte, desto lebhafter hatten sie ihre nationalen Interessen zur Geltung zu bringen versucht; zumal als der preußische Staat sich mit dem nationaldeutschen Gedanken befreundete, hatte ihr empfindlicher und abwehrbereiter Nationalismus sich auf seine eigenen letzten Ziele besonnen. In dem ersten deutschen Reichstag wurden polnische Stimmen laut, die die Annexion des Elsaß aus historischen und nationalen Gründen billigten, aber eben darum die eigenen Ansprüche grundsätzlich vertraten. Bismarck war sich der Tragweite dieser Probleme durchaus bewußt. Er äußerte im Jahre 1875 einmal: "Wir haben jetzt mehr Polen, Dänen, Franzosen, als uns erwünscht sein kann." Auch von hier aus ergab sich für ihn das politische Gebot, den Bestand der Dinge in der europäischen Ordnung sicherzustellen, sich zu der abgeschlossenen und saturierten Existenz zu bekennen, statt sie durch irgendwelche neuen Ambitionen zu gefährden.

Und so wandelte sich dem Reichsgründer die Aufgabe der Staatskunst und der Sinn seines Lebens. Bis zum Jahre 1871 hatte Bismarck ein einziges überragendes Ziel verfolgt: die stärkste der europäischen Nationalbewegungen, die deutsche Bewegung, gleichsam in das Strombett der preußisch-historischen Gegebenheiten zu leiten und einen preußisch-deutschen Nationalstaat inmitten der europäischen Lebensbedingungen aufzurichten. Indem er eine Aufgabe von weltgeschichtlicher innerer Notwendigkeit erfüllte, war er selbst auf dem steilen und verschlungenen Wege zu seinem Ziel von einem Genius des Berufenseins geleitet oder, wenn man will, von dem Dämon eines gewaltigen Schicksals besessen: seine innerste Seele suchte sich Rechenschaft darüber zu geben, wie sie die Wucht ihres Willens mit den unerforschlichen Wegen der Vorsehung vereine. In diesem Lebensgefühl bestand seine verborgene Überlegenheit gegenüber allen Gewalten, die ihm im Innern oder im Äußern entgegentraten, selbst in seinem Führungsanspruch gegenüber seinem Könige. Er wußte eben, ein vorsichtig verwegener Bergsteiger, um einen einzigen schwindelnden Weg zum Gipfel, den keiner der Freunde oder

Gegner gehen konnte. Die Einzigartigkeit und Positivität der Aufgabe erzeugte die Folgerichtigkeit und Geschlossenheit des handelnden Staatsmannes, der in der Hoheit seines Endziels zugleich den letzten, über alle Ablenkung erhabenen Maßstab für jeden einzelnen seiner Schritte besaß.

Nachdem aber das Ziel der Reichsgründung erreicht war, konnte es nicht anders sein, als daß der große Nerv der Aktion gleichsam zur Ruhe kam und durch eine andere Richtung des seelischen Verhaltens abgelöst wurde. Seitdem es sich um die Erhaltung und Sicherung des Erreichten handelte, bekamen alle Probleme der Außenpolitik mit einem Male ein anderes Gesicht. Es war, als ob von der Seele Bismarcks statt der im Dynamischen wurzelnden Lebenskräfte hinfort die Erwägungen einer statischen Ordnung Besitz ergreifen müßten. Während das Zwingende des unerreichten Zieles verschwand, öffnete sich seinem Handeln eine weite Ebene, die viele Möglichkeiten der Entschließung nebeneinander darzubieten schien. Nach allen Seiten hin, den Mächten gegenüber, denen er jetzt auf einem anderen Boden begegnete, dem Kaiser gegenüber, den zu führen er fortfahren mußte, der Nation gegenüber, die das Geschenk des Genius zu erwerben hatte, um es zu besitzen: nach allen Seiten hin mußte gemäß der veränderten Aufgabe auch der Stil der Staatsleitung Bismarcks sich verändern.

Der Schauplatz seines Wirkens, die Umgrenzung seiner Aufgabe blieben die gleichen: der Kreis der Mächte Europas. Aber der Eintritt der starken Macht der Mitte in diesen Kreis schuf eine Reihe neuer Problemstellungen.

Schon während des Krieges von 1870/71 hatten die Pontusfrage auf der einen und der Untergang des Kirchenstaates auf der anderen Seite den Kanzler vor Entscheidungen gestellt, die von grundsätzlicher, rückwirkender Bedeutung für das künftige Verhältnis Deutschlands zu den Großmächten werden konnten. Die Pontuskonferenz versetzte die deutsche Politik in eine Lage, in deren Verlauf die Mächtekonstellation des Krimkrieges wieder aufleben konnte. Der werdende deutsche Staat mußte hier seine Stellung nehmen, ohne ganz in die Gefolgschaft des Russen zu geraten, der sein Vorgehen auf die deutschen Siege hin wagte, und ohne die englisch-österreichische Seite zu verletzen, die sich mit dem im Augenblick ausgeschalteten Frankreich zusammenfinden konnte: im tiefsten Grunde wurden schon die Umrisse einer künftigen Option zwischen Rußland und England sichtbar. Und wenn Bismarck während des Krieges diese Frage in sorgenvollem Hinblick auf die Haltung der Neutralen zum Friedensschluß beurteilte, so konnte er sich nicht verhehlen, daß sie in Friedenszeiten jeden Tag in vergrößertem Umfange sich von neuem erheben könne.

Gleichzeitig drängte ein zweites Problem von außenpolitischer Tragweite heran, das obendrein in die Tiefe innerpolitischer Entscheidungen hinabreichte. Als die deutschen Siege dem Kirchenstaate die napoleonische Stütze entzogen, waren die Italiener in Rom eingerückt, und die erste Frage, die an die Politik des werdenden Deutschen Reiches gerichtet wurde, kam aus dem Lager der um das Schicksal Roms trauernden deutschen Katholiken: wird das neue Reich sich vor der von Italien geschaffenen vollendeten Tatsache beugen oder aber seinen Schild vor das Papsttum stellen und damit einen Anspruch auf Liebe im großdeutsch-katholischen Lager erwerben? Die Mission des Kardinals Ledochowski im November 1870 klopfte bereits an, ob Preußen bereit sein würde, dem Papste Pius IX. seinen Schutz, gegebenenfalls sogar ein Asyl in Deutschland zu gewähren und sich an einem Protest der Mächte gegen den römischen Rechtsbruch zu beteiligen. Daß Bismarck den katholischen Mächten den Vortritt lassen wollte und mit dem Vorschlag eines europäischen Kongresses auswich, läßt sich begreifen. Jede deutsche Initiative in dieser Frage mußte in Italien als eine feindselige Handlung aufgefaßt werden, und die deutsche Außenpolitik hatte sich Rechenschaft darüber zu geben, ob sie das in aller Zukunft mit einer französischen Hypothek belastete Reichsgebäude auch noch mit einer zweiten Gegnerschaft überladen und Italien künftig in die Arme eines sich wiedererholenden Frankreichs treiben wolle. Auf der anderen Seite konnte die unvermeidliche Absage an die Kurie katholische Bevölkerungsteile tiefer in die Opposition

hinüberwerfen, und schon in den ersten Sitzungen des Reichstages im März 1871 sollte es der Taktik Windthorsts gelingen, die Katholiken unter dem Zeichen, daß sie von dem Reiche in ihren teuersten Angelegenheiten doch nichts zu erwarten hätten, politisch zu organisieren. Ebenso wie das künftige Verhältnis zu Österreich zugleich ein innerpolitisches Problem war, war das Verhältnis zu Italien ohne unser Zutun von Haus aus mit der Stellung des deutschen Katholizismus zum Reiche verknüpft.

Beide Episoden, noch während des Krieges rasch in sich selber ablaufend, lassen erkennen, von welcher Tragweite jeder einzelne außenpolitische Schritt des neuen Reiches sein mußte. Je weniger diese deutsche Politik eine Tradition besaß, in deren sicheren Geleisen sie ihren Weg hätte finden können, desto mehr kam es darauf an, welchen Kurs sie vom ersten Augenblick an in den Beziehungen zu den verschiedenen Mächten einschlagen würde. Wir müssen die Mächte der Reihe nach durchgehen, um aus der Problematik des Einzelnen ein Bild des Ganzen zu gewinnen.

Die zentrale Frage war die Gestaltung der deutschen Beziehungen zu Frankreich. Das war die neue Tatsache, die alle unbeteiligten Mächte von nun an in ihre Rechnung einstellten: wenn im Moment auch ohne Gewicht, so mußte sie doch mit der Zeit zum Brennpunkt der europäischen Mächtedynamik werden.

Die Stimmung Frankreichs in der Periode des Präliminarfriedens und des **Frankfurter Friedens** bietet ein ganz einheitliches Bild. Man wird aus den Ausbrüchen des Schmerzes und des Hasses, die unmittelbar mit den Kriegsereignissen zusammenhingen, nicht allzu viel Wesens machen wollen: sie sind menschlich begreiflich und können von anderen Nationen nachgefühlt werden. Man muß gerechterweise das Furchtbare und Unvermittelte des Umschlages in Anschlag bringen: wie konnte der französische Geist, der in den Jahren vor 1870 sich mit deutschen Erwerbungen getragen hatte und voll unermeßlicher Erwartung in den Krieg gezogen war, in allen Empfindungen militärischen und politischen Stolzes verwundet, sich in ein Schicksal finden, in dem eine große Geschichte für lange Zeiten verspielt erschien? Es ist jedoch denkwürdig, welche Form die Äußerung solcher Gefühle gerade in der französischen Seele annahm. Bei der Beratung des Präliminarfriedens in Bordeaux am 1. März 1871 verkündete Victor Hugo das Zukunftsprogramm des geschlagenen Frankreich: sich sammeln in einem einzigen Gedanken, bis es sich eines Tages plötzlich zu furchtbarer Größe erhebe. Diese Vision aber malte aus: "Mit einem Sprung wird es Lothringen, wird es das Elsaß an sich reißen! Ist das alles? Nein, und abermals nein! Es wird Trier, Mainz, Köln, Koblenz nehmen, das ganze linke Rheinufer." Vor dem Schmerz, mit dem eine große Nation Niederlage und Verlust hinnimmt, wird man Achtung empfinden; und es geht zu weit, für den zügellosen Ausbruch dichterischer Ekstase den politischen Teil der Nation verantwortlich zu machen. Aber wenn das erste große Bekenntnis zur Revanche sogleich die Wiederaufnahme der räuberischen historischen Rheinpolitik selbst in der Stunde schwerster Prüfung ankündigt, wird man ohne nationale Überheblichkeit urteilen dürfen, daß in diesem Volk der großen Eroberungstradition manche Wortführer nichts gelernt und nichts vergessen hatten.

Fortan kam es vor allem darauf an, wie sich die amtlichen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Frankreich unter der Staatsleitung von Adolphe Thiers gestalten würden. Sie kreisten in diesen ersten Jahren um zwei politische Fragenkomplexe. Der erste betraf die Okkupation, Kriegskostenzahlung und Räumung, der zweite, nach der Überwältigung des Kommuneaufstandes, den innerfranzösischen Parteikampf um die endgültige Entscheidung der Staatsform. Daß mit der deutschen Besetzung für die betroffenen Landesteile auch Härte und Bitterkeit, wie der Besiegte sie zu tragen hat, verbunden war, wird niemand bestreiten. Ob sie aber damals das militärisch und politisch Notwendige überschritten hat, kann niemand besser als das heutige deutsche Geschlecht beurteilen, das die französische Okkupation des linken Rheinufers seit Ende 1918 erlebt hat. Es ist gewiß nicht die Aufgabe des Historikers, die düstere Folie solcher Gegenwartserlebnisse auf Schritt und Tritt aufzurollen, aber da sie sich ungewollt aufdrängt, ist auch die objektive Feststellung

geboten, daß die beiden Vorgänge von 1871 bis 1873 und von 1918 bis 1929 in keiner Hinsicht miteinander in Vergleich gestellt werden können. Die deutschen Akten über die Okkupation in Frankreich konnten restlos und ohne Scheu aufgedeckt werden,[2] und das Wort, das Präsident MacMahon an den Oberbefehlshaber General v. Manteuffel im Moment der Räumung, am 4. September 1873, richtete, die Anerkennung seiner "Gerechtigkeit und Unparteilichkeit", darf sich füglich auf den Geist erstrecken, in dem die deutsche Okkupation überhaupt ausgeübt worden ist.

Die auferlegten finanziellen Lasten waren, so riesenhaft hoch damals die Zahlen der Milliarden klangen, im Verhältnis nicht so drückend wie die Lasten, die Preußen nach 1807 hatte tragen müssen, und sie können **mit den Lasten, die nach dem Weltkrieg von Deutschland verlangt wurden**, nicht entfernt verglichen werden. Sie waren vor allem im Augenblick des Friedensschlusses eindeutig und endgültig festgestellt und so verteilt, daß die patriotische Entschlossenheit eines zugleich wohlhabenden und sparsamen Volkes sie in wenigen Jahren ohne zerstörende Nachwirkungen in seiner Gesamtwirtschaft abzahlen konnte. Selbst der in diesen Jahren erfolgende Übergang Frankreichs zur allgemeinen Wehrpflicht mit allen seinen finanziellen Anforderungen wurde durch die Kriegskostenentschädigung an Deutschland nicht aufgehalten.

Schließlich läßt sich der deutschen Politik das Zeugnis ausstellen, daß sie keinen Versuch gemacht hat, über den Wortlaut und Geist des Frankfurter Friedens hinweg Forderungen irgendwelcher Art aufzustellen oder die relative Wehrlosigkeit des ehemaligen Gegners während der Okkupation zu benutzen, um in die Gestaltung seiner inneren Angelegenheiten mit dem Anspruch des Siegers hineinzureden. So ist das französische Rekrutierungsgesetz vom 27. Juli 1872, das zum ersten Male die allgemeine Wehrpflicht mit zwanzigjähriger Dienstzeit einführte - der erste Anstoß zum Wettrüsten der europäischen Großmächte -, noch während der Okkupationszeit, ohne Bemerkung von deutscher Seite, erlassen worden und in Kraft getreten. Vor allem vermied die deutsche Politik jede Einmischung in den Kampf um die französische Regierungsform. Bismarck war für die Anerkennung der Regierung Thiers, "solange sich nicht auf gesetzmäßigem Wege aus ihr eine andere entwickelt, welche die Ausführung des Friedensvertrages und die Erhaltung der jetzigen Beziehungen zwischen den beiden Ländern für die Zukunft sicherstellt".[3] Er war entschlossen, die Auseinandersetzung zwischen Monarchisten und Republikanern einen Verlauf nehmen zu lassen, der allein durch die französischen Parteiverhältnisse bestimmt werde, und tadelte die Versuche seines Botschafters, in diesem Streite zugunsten der Monarchie Partei zu ergreifen, auf das Strengste. Er übte diese Zurückhaltung gewiß in der realistischen Berechnung, daß ein republikanisches Frankreich, wenigstens damals, verhältnismäßig friedlicher und weniger angriffslustig, vor allem weniger bündnisfähig als ein monarchisches Frankreich sein würde; aber er besaß doch zugleich ein lebendiges Gefühl dafür, daß eine große Nation nichts demütigender empfindet, als das Einmischen eines Fremden, der im Augenblick die Macht dazu hat, in ihre inneren Parteikämpfe; er gab sich keiner Täuschung darüber hin, daß eine Spekulation auf inneren Hader gegenüber dem französischen nationalen Solidaritätsgefühl jederzeit fehlschlage. Gegen dieses deutsche System läßt sich nicht der Vorwurf erheben, daß es die Ehre und das Recht der französischen Seite nicht anerkannt und geschont hätte; man verkannte keineswegs die Verpflichtung, die Tiefen der Erbitterung und des Hasses, die aus einem solchen Kriege zurückbleiben, nicht weiter aufzureißen. Bismarck war gerecht und realistisch genug, von der Seele der Gegner nicht allzu viel zu verlangen. Als der Botschafter einmal gegenüber den Friedensbeteuerungen der Franzosen die Frage nach ihren Hintergedanken aufwarf, korrigierte er ihn in seinem großen Stile: "Man kann einer Großmacht, die mit Gebietsverlust aus einem Kriege hervorgegangen ist, nicht sobald eine solche Entsagung zutrauen, und der Verzichterklärung eines einzelnen Ministers wäre nicht mehr Aufrichtigkeit und Bestand zuzuschreiben, als der sonst üblichen Klausel der Friedensverträge, daß zwischen den kontrahierenden Teilen immerwährende Freundschaft bestehen werde".[4] Es war mehr als bloße Courtoisie, wenn er an dem ersten Jahrestage des Friedensschlusses, am 2. März 1872, dem französischen Botschafter seinen Wunsch aussprach: "Ich hoffe von ganzem Herzen, daß damit ein Zeitabschnitt begonnen hat, der auch unsere Kinder noch überdauert."

Aber von Anfang an schienen die Sterne in die umgekehrte Richtung zu weisen. Schon am 9. Juli 1871 urteilte Graf Waldersee über die sichtliche Zunahme des Revanchegeistes: "Fast alle Zeitungen predigen Haß und Rache gegen die Deutschen, wenige wagen ganz schüchtern zur Mäßigung zu raten. Es kommt allmählich in allen politischen Parteien die Ansicht zur Geltung, daß man sich nur in einem Zustande der Waffenruhe befinde und daß, sobald man genügend wieder retabliert sei, zur Revanche geschritten werden müsse." **Ein scheinwerferhaftes Licht fiel auf diesen Seelenzustand, als im Dezember1871 die Mörder deutscher Soldaten von französischen Geschworenengerichten freigesprochen wurden - man stelle sich vor, mit welchen Mitteln die französischen Okkupationsmethoden von 1919 auf einen ähnlichen Vorgang geantwortet haben würden.** *[Betonung vom Scriptorium hinzugefügt.]* Wenn aber Bismarck darauf scharfe und drohende Anklagen gegen dieses Erlöschen des Rechtsempfindens erhob, erregte er neuen Groll, und seine Worte geben noch heute der französischen Geschichtschreibung einen Anlaß, Betrachtungen über die brutale Natur des Reichskanzlers anzustellen.[5] Selbst der alte Ranke, der sehr menschlich zu urteilen pflegte, stellte in einer Silvesterbetrachtung von 1872 fest, daß über allen Zerwürfnissen der Franzosen der Wunsch, die Leidenschaft sich zu rächen schwebe: "davor wird alles andere zurückweichen". Auf diesem Felde verschwanden alle Parteiunterschiede. So kam denn Bismarck in einem Erlaß vom 2. Februar 1873 zu dem Ergebnis: "Die Offenheit, mit welcher seit dem Friedensschluß in Frankreich der Nationalhaß gegen die Deutschen von allen Parteien geschürt und proklamiert wird, läßt uns darüber keinen Zweifel, daß jede Regierung, welcher Partei sie auch angehören möge, die Revanche als ihre Hauptaufgabe betrachten wird. Es kann sich nur darum handeln, welche Zeit die Franzosen brauchen werden, um ihre Armee oder ihre Bündnisse soweit zu reorganisieren, daß sie ihrer Ansicht nach fähig ist, den Kampf wieder aufzunehmen. Sobald dieser Augenblick gekommen ist, wird jede französische Regierung gedrängt werden, uns den Krieg zu erklären."

Allerdings war die Regierung von Thiers entschlossen, Erfüllungspolitik zu treiben, um die Räumung des Landes in den vertragsmäßigen Fristen herbeizuführen, und es lag ihr nichts ferner, als nach der Weise der Opposition mit kriegerischen Velleitäten zu spielen. Aber auch Thiers, wenn er dem deutschen Botschafter die völlige Unmöglichkeit einer französischen Kriegführung in der Gegenwart entwickelte, hielt es für angezeigt, eine andere Zukunft seines Vaterlandes (die er allerdings nicht erleben werde) in Worten auszumalen: "Nach Verlauf vieler Jahre, wenn Frankreich zu Kräften gekommen sein würde, müsse natürlich das Bestreben in den Vordergrund treten, eine Entschädigung für die erlittenen Verluste zu suchen, und wenn Deutschland einmal in Verlegenheit mit andern Mächten geraten sollte, werde der Augenblick zur Abrechnung gekommen sein. Darum sei aber noch gar nicht gesagt, daß Frankreich in einem solchen Falle **gegen** Deutschland auftreten müsse. Es sei sehr wohl denkbar, daß Deutschland dann Frankreichs Allianz durch Kompensationen zu erkaufen geneigt sein würde, welche einen Krieg unmöglich machen könnten".[6] Diese Visionen mochten in eine ferne Zukunft reichen und sich friedlich-realistisch gebärden - wie mußten sie auf einen Realisten wie Bismarck einwirken!

Die am 15. September 1873 vollendete Räumung Frankreichs eröffnete eine neue Epoche im Innern des Landes, weil nun die Entscheidung über die Staatsform näherrückte, und nach außen hin, weil sich dem französischen Staat der erste Anfang zu freierer Bewegung eröffnete. Von jetzt an begannen die übrigen Mächte ernsthafter mit dem französischen Faktor zu rechnen. Wie hatten sich inzwischen die Beziehungen des Deutschen Reiches zu den Großmächten gestaltet?

Die intime Verbindung zwischen Preußen und Rußland, seit Ende 1868 auch vertragsmäßig gefestigt, hatte beim Kriegsausbruch im Juli 1870 wertvolle Dienste geleistet, indem sie zur Zügelung des österreichischen Tatendranges beitrug. Kaiser Wilhelm hatte diese Tatsache im März 1871 in einer Weise anerkannt, die nach dem Urteil seiner Berater seinem ritterlichen Empfinden entsprach, aber über das politisch Zulässige fast hinausging. "Nie wird Preußen vergessen, daß es Ihnen verdankt, daß der Krieg nicht äußerste Dimensionen angenommen hat", hieß es in dem

Telegramm an den Zaren, das fast einer politischen Schuldverschreibung glich. Niemals zuvor strahlte die traditionelle Freundschaft der Dynastien in hellerem Lichte. Aber wenn es schon immer fraglich gewesen war, ob die Wärme dieser Freundschaft auch in der nächsten dynastischen Generation andauern würde und ob sie von den Spitzen des Staates tiefer in die russische Gesellschaft hinabreiche, so trat jetzt die weitere Frage hinzu, ob diese Tradition nach den überwältigenden deutschen Siegen auch dem russischen Machtinteresse entsprechen und unverändert in eine veränderte Weltlage übernommen werden könne. Als der in der russischen Tradition aufgewachsene Prinz Friedrich Carl im Dezember 1871 nach Petersburg entsandt wurde, wußte er nicht genug von der Liebe des Zaren zu Preußen zu melden, den die deutschen Siege wie russische Siege erfreut hätten: "Aber der Kaiser", fügte er hinzu, "dem sehr wenige beistimmen, steht allein da für uns. Gegen Deutschland ist der große Haß überall, außer beim russischen Volke."

Schon regten sich ganz andere Stimmen in Rußland. Noch während des deutsch-französischen Krieges erschien das Werk von Danilewskij: *Rußland und Europa*, das bald zu einem Evangelium der russischen Intelligenz werden sollte. Es faßte zum ersten Male die Zertrümmerung Österreichs und der Türkei als Ziel der russischen Politik und Sache des gesamten Slawentums ins Auge und nahm für dieses Zukunftsprogramm Frankreich als Bundesgenossen in Aussicht. Ebendarum aber sei Rußland, so folgerte diese geschmeidige Dialektik, an dem Siege Deutschlands und zeitweiliger Schwächung Frankreichs interessiert, damit eine dauernde tiefe Kluft zwischen beiden Mächten aufgerissen, Frankreich aber (unter Preisgabe aller polnischen Liebhabereien) allein bei Rußland seine Stütze zu suchen genötigt werde. Also habe Rußland die bisherige politische Unterstützung Preußen-Deutschlands aufzugeben. Es werde durch eine solche Wendung, mit der es in dem jahrhundertalten Kampfe zwischen Germanentum und Slawentum seine Stellung nehme, überall die Herzen der slawischen Intelligenz auch außerhalb Rußlands gewinnen. Der russische Machtinstinkt fühlte, daß er infolge der sich verschiebenden Dynamik Europas mit der anderen Seite vielleicht noch bessere Geschäfte machen könne. Obgleich der deutsche Sieg keineswegs die Position der Russen verschlechtert, vielmehr in der Pontusfrage infolge des Wegfalls der alten englisch-französischen Kombination ihr eher Luft gemacht hatte, so wurde man sich doch bewußt, daß man hinfort auch eine andere Karte ausspielen und den von Frankreich her lockenden Liebeswerbungen entgegenkommen könne. Schon vor der Kaiserproklamation in Versailles war Danilewskij über sein Programm klar: alle unsere Sympathien sind auf Seiten Frankreichs, aber die politischen Interessen zwingen uns, auf den vollen Sieg Deutschlands zu hoffen.[7]

Solche Gefühle wurden von dem amtlichen Rußland keineswegs geteilt, aber die Möglichkeit, eines Tages auch eine andere Politik treiben zu können, konnte dazu verführen, mit ihr zu spielen und das Deutsche Reich aus Sorge vor einer solchen Rechnung beizeiten zu einer dankbaren und dienstwilligen Haltung zu nötigen. Fürst Gortschakow hatte die französische Karte von jeher viel zu sehr geschätzt, als daß er um solche Möglichkeiten und die daraus für den deutschen Staat fließenden Konsequenzen nicht gewußt hätte; die preußischen Diplomaten hatten längst beobachtet, daß er zu ihnen über Frankreich zu sprechen lieber vermied; seit dem deutsch-französischen Kriege stand es für ihn noch mehr als vordem fest, daß, vom russischen Interesse aus gesehen, Frankreich eine europäische Notwendigkeit sei. Schon Ende 1871 ließ er in Berlin neben einer Erkundigung nach dem Stande der nordschleswigschen Frage die Hoffnung aussprechen - und das machte Bismarck hoch aufhorchen[8] -, daß die Deutschen wegen etwaiger Nichterfüllung der französischen Zahlungsverpflichtungen doch keinesfalls einen Krieg zur Eintreibung führen würden. Gewiß nur eine leichte Andeutung - obendrein bestimmt den Weg nach Berlin nicht zu verlegen, sondern offenzuhalten -, aber doch zugleich eine sanfte Erinnerung, daß dieser Weg für die Russen in Berlin nicht aufhöre, sondern ihnen bis nach Paris reichende Perspektiven eröffne. Mochte der deutsche Sieger daraus entnehmen, daß er zwar in den Mittelpunkt Europas gerückt, aber dafür auch mit neuen aus dieser Machtverschiebung unausweichlich sich ergebenden Belastungen beladen sei.

Bismarck hörte ohne Zweifel das politische Bedürfnis Rußlands heraus, auch dem starken

kaiserlichen Deutschland gegenüber die Freiheit seiner Hand und seiner Interessen zu betonen. Er war sich der positiven Werte der russischen Freundschaft sehr bewußt; noch fünf Jahre später, nachdem er inzwischen peinlichere Erfahrungen gesammelt hatte, sprach er von Rußland als "dem bisher nützlichsten und in Zukunft vielleicht wichtigsten und seinen inneren Verhältnissen nach relativ zuverlässigsten unserer Bundesgenossen"; vor allem verhehlte er sich nicht, daß er mit einer starken Neigung seines Monarchen nach dieser Seite rechnen müsse. Aber sein politisches Denken lebte viel zu sehr in dem dynamischen Grundgesetz der europäischen Mächte, als daß er nicht einem fortan vielleicht zu erwartenden russischen Freundesdruck gegenüber sich auch nach Gegengewichten in der Welt umgesehen hätte.

Die preußisch-deutschen Beziehungen zu Österreich waren durch den Krieg, rein dynamisch gesehen, eher im umgekehrten Sinne umgewälzt worden. Bis an die Schwelle des Kriegsausbruches hatte man in Wien in geheimen Bündnisverhandlungen mit Frankreich gestanden, und wenn man nach Kriegsausbruch doch nicht marschierte, so geschah es, weil die russische Drohung, der Einspruch der Ungarn und Deutsch-Österreicher, und die ersten deutschen Siege zum Stillsitzen oder doch zum Abwarten nötigten. Aber noch kurz vor Sedan hatte die österreichische Militärpartei gegen die bremsende Diplomatie der Staatsleitung größere Kriegsvorbereitungen durchgesetzt, und der Reichskanzler Beust hatte wenigstens alles getan, um eine Aktion der Neutralen einzuleiten und damit dem deutschen Siege in den Weg zu treten. Bismarck hatte dieses ganze Nachspiel der österreichischen Gegnerschaft seit 1866 nicht allzu tief nachgetragen, sondern mit nüchternem Realismus die österreichische Großmacht als europäischen Faktor in seine künftige Rechnung eingestellt; er war entschlossen, die Politik, die er mit den maßvollen Friedensbedingungen des Jahres 1866 eingeleitet hatte, wieder aufzunehmen. Gewiß wiegt es nicht allzu schwer, wenn er während der Pontuskonferenz dem Engländer Odo Russell zu verstehen gab, ihm schwebe eigentlich ein Bündnis mit England und Österreich als Ideal vor - daß er sich nach Gegengewichten gegen Rußland umsah, mag man immerhin daraus entnehmen. Eben damals, im Dezember 1870, brachte er dem Wiener Kabinett den Beitritt der Südstaaten, der formell die **Prager Friedensbestimmungen** durchbrach, zur amtlichen Anzeige: nicht allein die Rücksicht auf den Prager Frieden leite ihn, "sondern auch der Wunsch, mit dem mächtigen Nachbarreiche Beziehungen zu pflegen, welche der gemeinsamen Vergangenheit wie den Gesinnungen und Bedürfnissen der beiderseitigen Bevölkerungen entsprechen". Auf diesem Wege ging er nach dem Friedensschlusse weiter. Die ersten Berührungen der beiden Monarchen in Ischl und Salzburg im August 1871 stellten die persönlichen Beziehungen wieder her und begruben die Vergangenheit; seit der Berufung Andrássys konnte Bismarck darauf rechnen, daß seine Politik auf Gegenliebe stoßen würde; daß noch auf lange Zeit hinaus mächtige Gruppen in Wien die Versöhnung zu hintertreiben suchten, blieb ihm nicht unbekannt. Andrássy aber war innerlich überzeugt, daß Deutschland wegen Frankreich kommen müsse; hätte es nicht Elsaß-Lothringen genommen, so würde es die Wahl zwischen Österreich und Rußland haben; bei der unversöhnlichen Kluft zwischen Deutschland und Frankreich werde ihm die Freundschaft mit Österreich so wichtig sein, daß es sie unmöglich Rußland opfern könne. So war schon im April 1872 der Besuch Kaiser Franz Josephs in Berlin zum Herbstmanöver beschlossen, der vor der Welt den endgültigen Strich unter die Vergangenheit ziehen und eine neue Ära einleiten sollte; man meinte auf deutscher Seite, auf dieser Zusammenkunft das freundschaftliche Verhältnis in bindende, wenn auch noch nicht vertragsmäßige Formen zu bringen.

Die Absicht Bismarcks war, die deutsch-österreichische Freundschaft zunächst unter Dach und Fach zu bringen und von dieser starken Mitte aus, die in gewissem Sinne die europäische Situation des Deutschen Bundes wiederherstellte, als gleichwertige Partner mit Rußland einen Friedenspakt zu schließen. Dieser Plan Bismarcks, von seinem Standpunkte ebenso verständlich wie von demjenigen Andrássys, wurde jedoch in der Ausführung durchkreuzt und abgebogen. Kaiser Alexander, der auf Umwegen von dieser Zusammenkunft erfahren hatte, ließ um Mitte Juli in Berlin anfragen, ob man ihn nicht zusammen mit dem Kaiser von Österreich zu sehen wünsche; er

schien das Gefühl zu hegen, wenn sein bester Freund Wilhelm I. mit einem dritten zusammenkomme, daß er sozusagen vor der Tür seines Freundes stehe, während die beiden anderen miteinander vertraulich verkehrten. Der Russe war von der Sorge erfüllt, daß eine sich bildende deutsch-österreichische Freundschaft ohne ihn leicht zu intim werden könne, und meldete gleichsam als der ältere Freund die Vorhand im Freundschaftsverhältnis an. Es lag auf der Hand, daß Kaiser Wilhelm I. auf die Ankündigung des Zaren eingehen und die gewünschte Einladung aussprechen mußte. Der ursprüngliche Plan Bismarcks war damit gestört; "der eigentliche Zweck", so urteilte Schweinitz, "nämlich unser Verhältnis zu Wien so akzentuieren, daß sowohl Frankreich wie Rußland sich danach zu richten hätten, war verfehlt. Das rasche und geschickte Eingreifen des Kaisers Alexanders hatte das erreicht". Immerhin glaubte Bismarck auch jetzt noch, daß die Vorteile überwögen; selbst wenn seine eigene Rechnung und nicht minder die Erwartungen Wiens dadurch etwas verschoben waren.

Die Dreikaiserzusammenkunft im September 1872, deren Vorgeschichte nicht frei von einem verborgenen Spiel großmächtlicher Rivalitäten ist, ließ vor der Welt von diesen Hintergründen nichts erkennen. Sie wirkte nach außen hin wie ein Triumph der deutschen Politik, und die glänzende Schaustellung der drei Monarchen und ihrer leitenden Minister in der Hauptstadt des neuen Reiches wurde wie eine europäische Sanktion des großen Umschwunges angesehen. Dem Zuschauer drängte sich die Vorstellung auf, als wenn ein Dreikaiserbündnis eine neue Ära der Staatengesellschaft einleite, und der historische Sinn mochte sich an die Zeiten des Bundes der Ostmächte erinnert sehen. Aber der Vergleich traf in Wirklichkeit nicht zu. Nicht nur daß in dem Verhältnis der Schwerpunkt sich von Wien über Petersburg nach Berlin verlagert hatte; insofern hatte Bismarck Recht zu dem Urteil, er habe sich eine Brücke nach Wien geschlagen, ohne die abzubrechen, die er schon nach Petersburg besessen habe. Vor allem aber war von einem Bündnis, überhaupt von einer Abmachung nicht die Rede. Bismarck, der mit Gortschakow und Andrássy nur gesondert, nicht gemeinschaftlich verhandelte, stellte sogar fest, daß durch jeden Versuch einer Abmachung nur der gute Eindruck und die wohltätige Wirkung der Zusammenkunft würde abgeschwächt werden; "es ist nichts abgemacht", betonte er auch gegenüber seinem Kaiser. Man stellte also nur ein allgemeines Einvernehmen fest in der Aufrechterhaltung des Friedens, in der Behauptung der Ordnung gegenüber den unterirdischen Gefahren und schließlich in der grundsätzlichen Haltung in der Orientfrage. Aufrechterhaltung des Friedens bedeutete noch keineswegs Garantie des Besitzstandes. Die Franzosen hatten mit den größten Sorgen einer solchen Wendung entgegengesehen, aber Gortschakow hielt es für angezeigt, sie noch in Berlin zu beruhigen, daß es nur einen Austausch von Gesichtspunkten und Ideen gegeben habe, aber kein Protokoll, nichts Schriftliches. Ja er ging so weit, dem französischen Botschafter in Berlin gleichzeitig mit dieser Eröffnung den Wunsch auszusprechen: "Frankreich muß stark und weise sein; es muß stark sein, um eines Tages die ihm vorbehaltene Rolle in Europa zu spielen." Damit durchkreuzte Gortschakow im Augenblick der Begründung des Dreikaiserverhältnisses die Linie Bismarcks: gegenüber dem deutschen Reichskanzler, der die Karte Österreich aufgenommen hatte, wollte er wenigstens für die Zukunft sich die Karte Frankreich sichern.

Schon diese eine Episode warnt davor, die Bedeutung des Dreikaiserverhältnisses zu überschätzen: auch auf der russischen Seite, die soviel Wert auf die Beteiligung gelegt hatte, machte man seine Vorbehalte. Doch würde es ebenso unrichtig sein, die Bedeutung des Dreikaiserverhältnisses darum gering anzusetzen. Es hat immerhin den Wert eines Versuches, der vielleicht zeitlich befristet war, aber so viele Möglichkeiten in seinem Innern barg, daß er sein eigentliches Gesicht erst im Laufe der Zeit entwickeln würde. Man war in London nicht ohne Besorgnisse, und wenn der Zar von den Gefahren des wachsenden Republikanismus in England sprach, denen die Mächte entgegentreten müßten, um die Ordnung in Europa aufrechtzuerhalten, so verriet er, daß er dem Verhältnis gern eine Spitze gegen England geben wollte. Im Laufe des nächsten Jahres schien es sogar, als wenn das Dreikaiserverhältnis sich noch vertragsmäßig verdichten würde. Bei dem Besuche Kaiser Wilhelms in Petersburg im April 1873 wurde eine Militärkonvention über militärische Hilfeleistung

gegen jeden Angriff von dritter Seite abgeschlossen, die von den Feldmarschällen Moltke und Graf Berg unterzeichnet und von den Monarchen bestätigt wurde. Bezeichnend aber war, daß Bismarck die Unterzeichnung ablehnte, offenbar weil er eine einseitige Bindung von ihr befürchtete, und ausdrücklich darauf bestand, daß die Konvention nicht gelte, wenn Österreich nicht beiträte. Am 6. Juni 1873 folgte auch eine österreichisch-russische Militärkonvention, die im Falle eines Angriffs von dritter Seite eine vorgängige Verständigung vorsah; indem auch Kaiser Wilhelm ihr am 22. Oktober 1873 beitrat, wurde der Ring der Abmachungen wieder geschlossen. Man kann trotzdem nicht sagen, daß das Dreikaiserverhältnis von 1872 durch diese Verträge an innerer Festigkeit gewonnen hätte. In Wahrheit war noch alles im Flusse. Das wird noch deutlicher werden, wenn wir den Blick auf England werfen. Innerhalb des Dreikaiserverhältnisses war Rußland geneigt, eine Spitze gegen England zu nehmen, Österreich aber gewillt, eine gute Beziehung mit England unter allen Umständen zu pflegen. Um so mehr kam es darauf an, wie sich die Beziehungen zwischen Berlin und London gestalten würden.

England hatte in den preußisch-deutschen außenpolitischen Beziehungen von jeher nicht diejenige Bedeutung gehabt, die dem Verhältnis zu den nächsten kontinentalen Nachbarn zukam: das galt auch von der Zeit des Krieges und den ersten Jahren der Nachkriegszeit. Die Außenpolitik des liberalen Kabinetts Gladstone-Granville, im allgemeinen ohne feste und ausgesprochene Linie, hatte zumal gegenüber den Umwälzungen, die sich unter Bismarcks Führung vollzogen, kein Programm gehabt - es waren die Jahre, in denen der englische Einfluß in Europa eher etwas ausgelöscht war. Bismarck hielt während des Krieges dem englischen Kabinett einmal vor, "daß wir im Laufe der letzten zehn Jahre oftmals vertraulich in London sondiert haben, was wir von England zu erwarten hätten im Falle eines Krieges mit Frankreich - und daß wir stets ausweichende, meist kühl ablehnende, im besten Falle dahin lautende Antworten erhalten haben: daß dies ganz von dem Stande der öffentlichen Meinung in England abhängen würde".[9] Diese unbestimmte Haltung Englands setzte sich nach Kriegsausbruch fort. Wenn anfangs die Sympathien für Deutschland überwogen, so begann sich mit der Zeit in der öffentlichen Meinung, auf die alles ankam, ein Umschwung zu vollziehen. Der Zusammentritt der Pontuskonferenz änderte daran ebensowenig wie die gelegentlichen werbenden Sondierungen Bismarcks.[10] Vielmehr unternahm das englische Kabinett verschiedene Anläufe, auf die Friedensbedingungen von Versailles wenigstens auf Umwegen einzuwirken; es tat damit der öffentlichen Meinung Englands nicht genug, reizte den französischen Widerstand auf und erregte nur die deutschen Stimmungen, die gerade das Verhältnis zu England unsachlich und sentimental nahmen.

Die Ursache des Stimmungsumschwunges in England lag nicht in dem allgemein menschlichen Anteil an dem französischen Schicksal, der nach außen hin einen breiten Raum einnahm, noch in den geschäftlichen Interessen der Kriegsindustrie, die den Weg des besten Verdienstes suchte, sie lag in dem tiefen politischen Instinkt der Engländer begründet. Wenn die Niederlage Napoleons auch für England eine gewisse Erleichterung innerhalb des europäischen Gleichgewichtes bedeutete, so drohte seit Sedan der Umschlag, wie man dumpf empfand, einen Umfang anzunehmen, der dem englischen Interesse doch nicht mehr entsprach. Das allgemeine politische Empfinden des Volkes sah in der Welt, die ihm geläufig war, eine Störung eintreten durch etwas Neues, Unberechenbares, Bedrohliches, und das Wort des englischen Diplomaten: "Europa hat eine Herrin verloren und einen Herrn bekommen" schien vielen den Nagel auf den Kopf zu treffen. Eine neue Suprematie drohte heraufzuziehen. Man wurde sich bewußt, daß mit dem Sturze Napoleons III. jede westmächtliche Kombination für lange Zeit ausgeschaltet worden sei, und war sehr unsicher, was an die Stelle treten würde. Auch der Führer der Opposition kam, unabhängig von allen Sympathien und Antipathien, zu dem Ergebnis: "Dieser Krieg verkörpert die germanische Revolution, ein größeres politisches Ereignis als die französische Revolution des letzten Jahrhunderts. Das Gleichgewicht ist völlig zerstört und das Land, das darunter am meisten leidet und das die Wirkungen des großen Umschwunges am meisten fühlt, ist England."[11]

Wohl überwog in den Vordergründen des politischen Lebens die freundliche Begrüßung des neuen Reiches, aber in der Tiefe regten sich andere Stimmen. Wir erinnern uns des Bildes europäischer Politik, das im Jahre 1864 Lord Salisbury (damals Lord Robert Cecil) entwarf. Von tiefen französischen Sympathien kultureller Art erfüllt, erbitterte er sich jetzt heftig über die Friedensbedingungen, die der Deutsche dem Besiegten auferlege. Er hatte im Jahre 1864 kein Bedenken getragen, dem Kaiser Napoleon III. das Lockmittel des linken Rheinufers hinzuhalten, und setzte sich jetzt leidenschaftlich dafür ein, daß jede Grenzveränderung zwischen Frankreich und Deutschland verboten werden müsse. Denn von dem Rausche des deutschen Triumphes, meinte er, sei mehr zu befürchten als von dem zerrissenen und revolutionierten Frankreich, das friedliche Deutschland sei nur ein diplomatischer Gemeinplatz und es gebe in der Geschichte nichts, eine solche Behauptung zu rechtfertigen. Je mehr er einst die national-politischen Bemühungen eines so unpraktischen Volkes wie der Deutschen von oben herab ironisiert hatte, desto gereizter empfand er jetzt den Umschwung, und fast rachsüchtig blickte er in die Zukunft: "Die Zeit wird kommen, wo ihre ehrgeizigen Träume den Pfad irgendeiner Großmacht kreuzen, die stark genug ist, sie sich nicht gefallen zu lassen; dieser Tag wird für Frankreich der Tag der Wiederherstellung und der Revanche sein." Es war im Moment nur ein Publizist mit vornehmem Namen, der so schrieb, aber es sollten nur wenige Jahre bis zu seinem Eintritt in das Auswärtige Amt vergehen.

Für die englische öffentliche Meinung machte es nicht wenig aus, daß diese Machtverschiebung sich in der ihnen fremdartigen Gestalt Bismarcks verkörperte - was würde der Gegner der Liberalen und der Freund der Russen für England bedeuten? Bei Gladstone und Granville überwog ein persönliches, auch der innerpolitischen Parteifarbe nicht ermangelndes Mißtrauen gegen "den Mann von Blut und Eisen". Weite Kreise waren geneigt, dem deutschen Kanzler nach seinem beunruhigenden Erfolge schlechterdings alles zuzutrauen, und die insulare Geschichtskenntnis fühlte sich sogar an die Figur Napoleons I. erinnert, obgleich auch nicht ein entferntes Recht zu solcher Parallele zu erweisen, geschweige denn vom englischen Standpunkt aus zu vertreten war. An dieser Stelle trug leider auch die Haltung des kronprinzlichen Paares in Berlin, namentlich der Kronprinzessin Victoria, der alten Gegnerin des konservativen Ministers, immer wieder dazu bei, zumal bei der Königin Victoria und ihrer Umgebung das schlummernde Mißtrauen von innen her zu verstärken.

Diese englische Grundstimmung konnte durch die Dreikaiserzusammenkunft im September 1872 nur vertieft werden. Ein kluger Beobachter stellte in den nächsten Wochen fest: "Es herrscht zur Zeit in England viel Übelwollen gegen Deutschland." Wenn das Dreikaiserverhältnis von weitem an die alte Gruppierung der Ostmächte erinnerte, so bedeutete es, angesichts der zeitweiligen Ausschaltung Frankreichs, so gut wie eine Isolierung Englands, und es konnte immerhin eines Tages seine Spitze gegen England nehmen, zumal wenn es sich - wie es im Jahre 1873 den Anschein hatte - noch weiter verdichtete oder gar auf die Orientpolitik ausdehnte. So begreift man, wenn die englische Regierung es für erwünscht halten mußte, daß Frankreich nicht für längere Zeiten ausgeschaltet blieb, sondern eines Tages sein Gewicht wieder in die europäische Wagschale zu werfen befähigt wurde. Das englische Interesse verlangte nicht Niederhalten, sondern Erholung Frankreichs.

Mit der Räumung Frankreichs durch die deutschen Truppen am 15. September 1873 war die Epoche eröffnet, in der überhaupt die Konsolidierung der europäischen Staatengesellschaft in ein neues Stadium trat. Die nächste innerfranzösische Wirkung bestand nicht in einer Erleichterung von einer drückenden Last, deren Wegfall einer friedlicheren Stimmung zugute kam, sondern in dem Abzuge einer Zwangsgewalt, nach dem man keinerlei Rücksichten mehr zu nehmen hatte. Einsichtige Beobachter stellten sofort fest, daß die feindselige Sprache der französischen Blätter aller Parteien beinahe noch gehässiger und sogar von öffentlichen Autoritäten aufgenommen werde. Unmittelbar bevor die letzten Truppen die Grenze überschritten, wurde in den Kirchen der Diözesen Nancy und Toul - denen auch die Kirchen Deutsch-Lothringens angehörten - ein Hirtenbrief verlesen, der zu

Gebeten für die Wiedervereinigung von Metz und Straßburg mit Frankreich aufforderte. Die wohlberechnete Herausforderung gab der deutschen Regierung den Anlaß, von der französischen Regierung zu verlangen, daß sie "wenigstens eine öffentlich erkennbare Mißbilligung" ausspreche; man wollte damit nicht nur das deutsch-französische Verhältnis grundsätzlich klären, sondern auch auf die innerfranzösischen Entscheidungen, in denen während der letzten Monate des Jahres 1873 die Möglichkeit einer klerikalen Monarchie immer naher zu rücken schien, eine heilsame Einwirkung ausüben. Da die Regierung des Herzogs von Broglie zunächst auszuweichen suchte, wurde das Verlangen deutlicher wiederholt, bis sie schließlich zu denjenigen Schritten sich herbeiließ, die, ohne sie allzusehr bei dem Nationalismus zu kompromittieren, als Genugtuung angesehen werden konnten. In dieser Krisis wandte sich am 16. Januar 1874 ein Artikel der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* gegen die Bischöfe, die "ein Zerwürfnis zwischen Frankreich und uns, das wir nicht wünschen, herbeiführen". Die große Sorge Bismarcks in diesen Monaten, wo der innerdeutsche Kulturkampf auf dem Hintergrunde einer internationalen Krise auf den Höhepunkt stieg, war die Verquickung von Revanche und Religion, die Befestigung der Regierungsgewalt Frankreichs nach der klerikalen Seite hin und die Möglichkeit einer katholisch-monarchischen Bündnisbildung in Europa: eine Verbindung der inneren und äußeren Gegensätze im Zeichen der *Ecclesia militans* mußte um jeden Preis gesprengt werden. Ein streng vertraulicher Erlaß vom 23. Januar 1874 erörterte, man sei entschlossen, den Krieg zu vermeiden, solange sich nicht die Überzeugung aufdränge, daß er unvermeidlich sei: "Wenn die französische Politik sich den uns feindlichen Bestrebungen der römischen Kurie dienstbar macht, so werden wir uns für bedroht erachten und auf die Abwehr Bedacht nehmen müssen. Auf andern Gebieten liegt für uns kein Grund vor, eine Störung des Friedens zu besorgen, und wir haben weder Absicht noch Bedürfnis, in die ruhige Entwicklung unsrer künftigen Beziehungen zu dem mächtigen Nachbarstaate gewaltsam einzugreifen. Es ist unser lebhaftester Wunsch, mit demselben in Frieden zu leben, und wir werden kein Mittel unversucht lassen, um die französische Regierung für die gleiche Anschauung zu gewinnen."[12] Daß der Sinn des Erlasses, der ausdrücklich den Botschaftern untersagte, einen Anlaß zu Äußerungen ihrerseits daraus zu entnehmen, nicht etwa auf eine verdeckte Theorie des Präventivkrieges hinauslief, steht nach seinem Gedankengang außer Frage.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die französische Regierung, in dem Gedränge zwischen ihren eigenen Nationalisten und dem deutschen Drucke, in diesen Tagen bewegliche Klage nach London erschallen ließ - und hier war man sogleich bereit, den Schlüssel der Situation in der einfachen Formel zu finden: Frankreich durch Deutschland bedroht. Man glaubte es, weil man es glauben wollte und die Wiederauferstehung der französischen Macht in Europa wünschte. Lord Granville meinte damals wirklich in Bismarck eine größere Gefahr für den Frieden Europas zu erblicken, als in den Leidenschaften der französischen Klerikalen: wenn Deutschland einen Angriffskrieg beginne, so zweifle er, ob irgend jemand für die Stimmung in England aufkommen könne.[13] Bald nachdem die *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* ihren kalten Wasserstrahl nach Paris gesandt hatte, begann er zu handeln, in einem Momente, wo die Spannung zwischen Berlin und Paris infolge des schärferen Vorgehens der französischen Regierung gegen die klerikalen Elemente schon wieder nachzulassen begann. Er veranlaßte die stets zu Friedensdiensten bereite Königin Victoria, am 10. Februar 1874 ein Schreiben an Kaiser Wilhelm zu richten, das in freundschaftlicher, aber eindringlicher Weise zur Großmut und zum Frieden mahnte; die herausfordernde Sprache der Franzosen wurde zugegeben, aber aus dem Nationalcharakter zu erklären versucht; die Sympathien für Deutschland wurden warm betont, namentlich auch die protestantischen Sympathien, auf die man rechnen könne, wenn nur nicht Deutschland die Absicht hege, einen geschlagenen Feind zu vernichten.[14] Es war ein Familienbrief, gegen dessen Form nichts einzuwenden war, dessen Inhalt aber doch, wie Bismarck sofort herausfühlte, auf eine leise politische Warnung hinauslief. Der Kaiser beteuerte in einem langen Staatsschreiben vom 16. Februar 1874 seine absolute Friedensliebe.[15] In dem Entwurfe, in dem Bismarck die Feder geführt hatte, hieß es in dessen Worten: "Ich muß gerüstet bleiben. Um so mehr, als die Erfahrung mich gelehrt hat, daß ich auch dem ungerechtesten Überfall gegenüber allein stehe in Europa. Mir aber wird niemand im Ernste

einen Eroberungskrieg zutrauen. Wenn mir meine Neigung und mein christliches Bewußtsein der Verantwortung vor Gott solche ruchlose Kriege nach französischer Manier, wie Frankreich seit 300 Jahren gegen uns so viele geführt hat, nicht an sich untersagten, so frage ich jeden vernünftigen Menschen, was sollte ich denn erobern wollen, wo liegt denn irgendeine Versuchung, die mich auf solche Abwege bringen könnte? Ich will nichts als Deutschlands Frieden, Sicherheit und innere Befestigung."[16]

In denselben Tagen führte ein Erlaß des Reichskanzlers an den Botschafter in Petersburg aus: "Daß **andere** Regierungen auf die Entwicklung der Dinge in Frankreich mit anderen Augen sehen, ist nicht zu verwundern; sie sind nicht die Nachbarn der Franzosen, während Deutschland gleichsam das Stoßpolster Europas gegen die Invasionen einer kriegerischen Völkerschaft bildet. Niemand kann sich darüber täuschen, daß, wenn Frankreich wieder stark genug ist, den Frieden zu brechen, der Friede zu Ende sein wird; und es ist möglich, daß andere Regierungen, die nicht Nachbarn von Frankreich sind, auf die Eventualität, ob Deutschland von Frankreich zum zwanzigsten Mal in zwei Jahrhunderten wiederum angegriffen wird, mit mehr Ruhe als wir, vielleicht auch nicht ohne ein gewisses Behagen, blicken. Der Fürst Gortschakow treibt russische Machtpolitik: wir verfolgen keine Macht-, sondern Sicherheitspolitik." Es ließ sich aber nicht verkennen, daß man in Petersburg wie in London aus einem gleichen großmächtlichen Interesse heraus auch eine deutsche Sicherheitspolitik, die irgendwie als eine Beeinträchtigung des französischen Machtwillens ausgelegt werden konnte, nicht gutzuheißen geneigt war.

Während des Meinungsaustausches der Monarchen hatte sich in England ein politischer Umschwung vollzogen: der Übergang der Regierung an die konservative Partei. Ihr Führer Mr. Disraeli, der schon im Jahre 1872 die Umrisse seines imperialistischen Programms entwickelt hatte, war von Anfang an entschlossen, eine aktivere und energischere Außenpolitik als sein Vorgänger zu betreiben. Man mußte in Berlin damit rechnen, daß die Außenpolitik Englands, statt von den etwas schwächlichen Händen Granvilles, fortan von einem stärkeren, vielleicht auch unvorsichtigeren Willen geleitet werden würde.

Das Jahr 1874 brachte in die großmächtlichen Beziehungen nicht zunehmende Durchsichtigkeit, sondern nur neue Spannungen, die ihren Ursprung mehr in der Peripherie als in dem Zentrum Europas hatten. Indem das Deutsche Reich aus Anlaß eines Konfliktes mit den spanischen Karlisten die Führung in der Anerkennung der spanischen Republik - zugleich ein Schritt in der antiklerikalen Außenpolitik Bismarcks - übernahm, konnte es nicht vermeiden, daß dadurch ein Mißton in das Verhältnis zu Rußland gebracht wurde. Wenn in diesem Falle der Anlaß eher vorübergehender Natur war, so wurden im Orient schon Anzeichen sichtbar, daß von hier aus die Gruppierung der Mächte nachhaltiger in Fluß kommen würde. Um so mehr ging Bismarck darauf aus, einen orientalischen Krieg möglichst hinzuhalten oder doch zu verhindern, daß aus orientalischen Verwicklungen eine europäische Friedensstörung entstehen möchte, durch die auch die französischen Hoffnungen neu belebt werden könnten. Mit einer gewissen Unruhe verfolgte er die Bemühungen Frankreichs, sich der wenn auch noch so entfernten Möglichkeit eines russischen Bündnisses auf dem Boden einer gemeinsamen Aktion im Orient Schritt für Schritt zu nähern: schon im Jahre 1874 sahen die Visionen Gambettas die Serben dereinst die Rolle der Piemontesen des Ostens spielen und träumten davon, wie es, wenn dieses Südslawenreich geschaffen sei, mit den Preußen, den Mazedoniern des Nordens, als Diktatoren Europas zu Ende sein würde.[17] Bismarck wollte eine Orientkrise möglichst vermeiden, weil sie auf alle Fälle dem Bestande des Dreikaiserverhältnisses, des einzigen bisherigen Ansatzes zu einer Mächtegruppierung, gefährlich werden und einen russisch-österreichischen Interessengegensatz enthüllen konnte; in demselben Gedankengange suchte er den russisch-englischen Gegensatz auf diesem Schauplatz zu mildern, weil er auch von seinem Ansteigen eine wachsende Bedrohung des Friedens, vor allem für Deutschland den Zwang zur Option befürchtete. Wenn der Reichskanzler sich bewußt war, daß die guten Beziehungen Deutschlands zu England im Interesse seiner europäischen Stellung unter der Intimität zu den

beiden Kaisermächten nicht leiden dürften,[18] so war auf der anderen Seite Gortschakow darauf bedacht, Bismarck einer englischen Rückendeckung zu berauben und zugleich die französische Bündnismöglichkeit nicht aus dem Auge zu verlieren. So waren die großmächtlichen Beziehungen aller zu allen noch im vollen Flusse. Jeder bemühte sich, in die Hinterhand des Spieles zu kommen, möglichst freie Bewegung für sich und feste Bindung der anderen zu erzielen, um so die Führung zu übernehmen und dem Rivalen das Gesetz des Handelns zu diktieren. In diesen Zusammenhang gehört auch die Mission Radowitz' nach Petersburg im Februar 1875. Sie bezweckte nicht nur, die deutsch-russischen Mißverständnisse zu beseitigen und das möglicherweise gestörte Vertrauen des Zaren zu befestigen, sondern war auch dazu bestimmt, in der politischen Behandlung der Geschäfte die Parität wieder herzustellen, die Gortschakows Methode zugunsten einer russischen Führung zu verschieben bestrebt war - sie war eine Episode in dem diplomatischen Ringen um die Mächtegruppierung der Zukunft. Nicht aber lief die Mission, wie später behauptet worden ist, auf eine geheime Erkundung hinaus, ob Rußland gegen eine ihm gewährte freie Hand im Osten seinerseits freie Hand gegen Frankreich zu gewähren bereit sei. Als ein Vorspiel zu der zeitlich bald anschließenden deutsch-französischen Krisis von 1875 ist sie weder nach dem Aktenbestande noch nach der Lage der Dinge zu bezeichnen.[19]

Diese Krisis setzte erst etwas später ein, sie nahm ihren Ausgang von den neuen Rüstungen Frankreichs. Der Auftakt war die deutsche Maßregel eines Pferdeausfuhrverbotes vom 4. März, mit der man die umfangreichen französischen Pferdeankäufe beantwortete. Den eigentlichen Anlaß gab das französische Cadresgesetz vom 13. März 1875, das in das militärische Stärkeverhältnis der Länder einen neuen Ton zu bringen schien. Das deutsche Reichsmilitärgesetz vom 2. Mai 1874, das am 1. Januar 1875 in Kraft getreten war, hatte die im Jahre 1867 auf 1% der Bevölkerungszahl festgesetzte Friedenspräsenzstärke von 401 659 Köpfen beibehalten, ohne den inzwischen eingetretenen Bevölkerungszuwachs von rund 2 Millionen Einwohnern zu berücksichtigen.[20] Auch aus der Geltung dieser Regelung für sieben Jahre war zu entnehmen, daß man sich nicht auf Wettrüsten, sondern auf einen dauernden Stand einzurichten wünschte. Das neue französische Cadresgesetz veränderte das Kräfteverhältnis insofern, als es die Möglichkeit schuf, ohne die Friedenspräsenz zu erhöhen, durch Aufstellung eines Kriegsetats von 200 bis 300 Mann für die Kompagnie 100 000 bis 150 000 Mann mehr in die aktive Feldarmee zu stellen. Die Absicht, den deutschen Rivalen zu überflügeln, war erkennbar und symptomatisch. Es steht jedoch außer Frage, daß die praktische Tragweite dieser Verstärkung auf deutscher Seite überschätzt wurde, weniger von dem deutschen Militärattaché in Paris als von dem Generalstab in Berlin. Jenes Geschlecht war noch nicht an das Schauspiel des ungemessenen Wettrüstens der Mächte als eines Dauerzustandes der Menschheit gewöhnt, sondern glaubte die Maßnahmen der anderen Seite als einem unmittelbaren kriegerischen Zwecke dienend auslegen zu sollen. Die Militärs in Berlin meinten sich schon dem letzten vorbereitenden Schritt gegenüber zu sehen; das Militärwochenblatt vom 27. März sprach bereits ernste Warnungen aus; auch der Kronprinz stand stark unter dem Eindruck, daß eine wirkliche Gefahr für Deutschland vorliege. So begann der Generalstab unter Führung Moltkes sich pflichtmäßig mit dem Gedanken zu beschäftigen, ob es gegenüber einem wahrscheinlich zu erwartenden Angriff nicht richtiger sei, selber die Stunde des Losschlagens zu wählen und der drohenden Revanche gegenüber das Prävenire zu spielen.

Die militärischen Besorgnisse, nicht die militärische Idee eines Präventivkrieges wurden im Auswärtigen Amte geteilt. Inmitten der völlig ungeklärten auswärtigen Lage, die sich trotz des Dreikaiserverhältnisses in Europa entwickelt hatte, schien das starke Wiederanwachsen der französischen Macht, auch wenn es noch keine unmittelbare Kriegsgefahr in sich schloß, die deutsche Position automatisch zu verschlechtern. Sollte "der neue Kriegszustand", den Jakob Burckhardt schon im Dezember 1871 schmerzvoll vorausgesehen hatte, sich immer weiter verschärfen, ja verewigen? So war auch Bismarck überzeugt, daß die von der französischen Regierung getroffenen Vorbereitungen, um ihre Armee in schlagfertigen Zustand zu versetzen, weit über die Bedürfnisse einer friedlichen Politik und über die materiellen Kräfte des Landes

hinausgingen. Gegen Anfang April wurden die deutschen Vertreter in Paris, London und Wien nach Berlin berufen, um angesichts der schwierig gewordenen Lage Instruktionen zu empfangen.

Inzwischen begannen sich Sorge und Kriegsgerede zu verbreiten und auch in der Presse durchzusickern: je undurchsichtiger gerade in diesen Tagen sich die internationale Konstellation der Mächte (Zusammentreffen des Kaisers Franz Joseph und des Königs von Italien in Venedig) zu gestalten schien, um so mehr schien eine Warnung nach innen und außen angezeigt. Auf einen Warnungsartikel in der *Kölnischen Zeitung* vom 5. April folgte am 8. April ein viel ernster gehaltener Artikel in der Post mit der beunruhigenden Überschrift "Ist der Krieg in Sicht?", der die herankriechende dunkle Welle der Gefahr der Allgemeinheit zum Bewußtsein brachte und die Frage aufwarf, ob es nicht richtiger sei, dem Gegner zuvorzukommen. Der Artikel war nicht von Bismarck veranlaßt, kam ihm überraschend, wurde aber gleichwohl als ein helles Schlaglicht auf die bedrohliche Lage für nützlich gehalten; demgemäß war auch ein offiziöser Artikel in der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* vom 10. April, der formell von den Schlußfolgerungen der Post abrückte, nicht geeignet, die Ruhe wiederherzustellen. Die Beunruhigung stieg vielmehr immer höher. Als General v. Werder am 14. April von Petersburg in Berlin eintraf, fand er die Gemüter in höchster Aufregung: "man glaubte jeden Augenblick die Mobilmachungsordre erscheinen zu sehen."[21] In Wirklichkeit war gerade an diesem Tage der Höhepunkt der Krisis schon überschritten. Ein Bericht des deutschen Militärattachés in Paris vom 11. April, in dem auch die milde Hand des Botschafters Fürst Hohenlohe nicht zu verkennen war, hatte über die technischen Wirkungen des Cadresgesetzes weitgehend beruhigt; seine allgemein friedlichen Perspektiven wurden sogar in Berlin als unerwünschte Kompetenzüberschreitung empfunden. Aber auch die bewußte Zurückhaltung der Pariser Presse war im Augenblick geeignet, in demselben Sinne zu wirken. So brachte denn auch die offiziöse Provinzialkorrespondenz vom 14. April einen beruhigenden Artikel, der die Umstellung ankündigte. Der Umschwung wurde vollends dadurch sichtbar, daß unmittelbar hernach, am 15. April, Kaiser Wilhelm sich veranlaßt sah, den französischen Militärattaché auf dem Hofball huldvoll anzusprechen: man habe Deutschland und Frankreich brouillieren wollen, jetzt aber sei alles vorbei. Der Kaiser, an den irgendwelche Anträge der Militärs ebensowenig herangelangt waren wie beunruhigende Vorträge Bismarcks, lebte in der Überzeugung, daß es sich überhaupt nur um Zusammenstöße in den Gefilden der Presse handle, und er sprach mit dem ganzen Gewicht des Obersten Kriegsherrn, an den dieser Lärm nicht heranreiche, in dem ruhigen Bewußtsein, mit seinem kaiserlichen Worte alles zu erledigen und die Krisis zum Abschluß zu bringen.

Die heftige Erregung ließ sich freilich nicht mit einem Schlage abstellen, sondern zog noch einige weitere Kreise. Bismarck hatte sich, wie er damals und später eingeräumt hat, von einer gewissen Beunruhigung eine erzieherische Wirkung auf französische Revanchestimmungen versprochen und er sah keine Veranlassung, auf dieses Argument zu verzichten. Ob er aber mit zwei Vorgängen einverstanden war, die nach dem Ablauf der Krisis sie zu erneuern drohten, ist eher zu bezweifeln. Es handelte sich zunächst um ein Privatgespräch, in dem Herr v. Radowitz, akademisch und außeramtlich, am 21. April zu Diplomaten sich über die Berechtigung der Idee eines Präventivkrieges erging; wieweit ihm dabei Unvorsichtigkeiten unterliefen, wieweit seine Worte nur so ausgelegt wurden, steht dahin. Jedenfalls waren sie für den französischen Ministerpräsidenten Herzog von Decazes ein erwünschter Anlaß, eine Gegenaktion einzuleiten; er hatte schon im März der englischen Regierung nahegelegt, ihren Einfluß in Berlin im Sinne des Friedens geltend zu machen; jetzt sah er eine günstige Gelegenheit, als der Friedliche und Bedrohte an die Mächte heranzutreten, ihre Intervention zu erbitten und damit die Diskussion auf den von so viel Spannungen und ungeklärten Rivalitäten durchzogenen Schauplatz der großen Mächte hinüberzuspielen. Daß der schlaue Gascogner dabei weniger von ernster Sorge als von kühler Berechnung geleitet wurde, steht auch nach französischem Urteil wohl außer Frage. Jedenfalls nahm der Zar, obgleich er die Krisis in Berlin als beendet ansah, den französischen "Vertrauensbeweis" freundlich auf; er stand, auf einer Reise nach Ems, nahe vor einem Besuche in

Berlin, und war augenscheinlich auf Drängen Gortschakows zur Hilfe in der Not bereit. Denn Frankreich schien ja einer Hilfe zu bedürfen. Einige Tage später, am 1. Mai, äußerte sich auch Moltke selbst in einem Gespräch mit dem belgischen Gesandten dahin, daß Deutschland im nächsten Jahre den Krieg nicht werde vermeiden können, wenn Frankreich seine Rüstungen nicht auf einen vernünftigen Friedenszustand zurückführe. Ein solches Wort aus dem gewichtigen Munde des Marschalls schien immerhin bedrohlich. Daß Moltke für seine Person an der Notwendigkeit des Präventivkrieges festhielt, war sein Recht; daß er seine Überzeugung trotz der ihm bekannten Ansicht des Obersten Kriegsherrn in dieser Form aussprach, überschritt seine amtliche Kompetenz und in diesem Augenblick auch die von Bismarck innegehaltene Linie. Denn seine Äußerung konnte allerdings der nunmehr beginnenden amtlichen deutsch-französischen Aussprache einen anderen Sinn geben.

Der Herzog von Decazes hatte in der letzten Aprilwoche selbst in Berlin angeregt, ob Frankreich und Deutschland nicht irgendwie zusammen operieren und dadurch ihre Gegensätze überwinden könnten. Die deutsche Regierung griff den Gedanken auf, ohne sich allzuviel davon zu versprechen, und verband ihn auch mit der Frage der Rüstungen. Am 5. Mai erschien Fürst Hohenlohe bei dem Herzog von Decazes mit diesem doppelten Auftrage. Er hatte bei aller friedlichen Tendenz doch dem Herzog klarzumachen, daß Deutschland in den französischen Rüstungsbeschlüssen zwar nicht die Gefahr nahe bevorstehender kriegerischer Verwicklung, wohl aber eine bleibende Belastung der beiderseitigen Beziehungen sehe. Der Franzose erklärte sich seinerseits bereit, zu erwägen, wie und wo ein Terrain zu finden sei, auf dem durch gemeinsame Aktion Deutschlands und Frankreichs für ersteres Beruhigung und für letzteres die gewünschte Stellung unter den europäischen Mächten gewonnen werden könnte. Daß in dem Gespräch von deutscher Seite eine offene oder versteckte Forderung einer Rüstungsbeschränkung oder Entwaffnung gestellt worden sei, wird durch alle ernsthaften Quellen widerlegt.[22] So wenig von einer ausgesprochenen deutschen Verständigungsaktion[23] die Rede sein kann, so wenig darf ein eindeutiger Einschüchterungsvorstoß herausgelesen werden - die diplomatische Methode Bismarcks barg oftmals mehr als eine Möglichkeit in den Falten ihrer Toga. Jedenfalls konnte er sich einige Tage später, in einem Erlaß an Münster vom 12. Mai, mit Recht darauf berufen, daß zwischen der französischen und deutschen Regierung "auch nicht die leiseste Tonart einer Verstimmung erkennbar sei".

Um so mehr kam es für die Taktik von Decazes darauf an, sich zu stellen, als wenn in der Rüstungsfrage tatsächlich ein Druck ausgeübt worden sei, um auf dieser Grundlage in der bereits eingeleiteten Aktion bei den Großmächten wirksam nachzustoßen. Wenn in Petersburg und London sich die Überzeugung befestigte, daß Bismarck wirklich eine Herabsetzung der französischen Rüstungen habe erzwingen wollen, dann war zu hoffen, daß England und Rußland, die sich in den letzten Wochen einander schon genähert hatten, nicht nur eingreifen, sondern vielleicht sogar vereint eingreifen würden.

In London schlug diese Rechnung mit überraschendem Erfolge durch. Der Außenminister Lord Derby, der sich bisher zurückgehalten hatte, fühlte sich schon durch den Bericht über Moltkes Präventivkriegstheorie lebhaft beunruhigt und ließ sich jetzt leicht überzeugen, daß der Schritt Hohenlohes die erste Etappe auf dem Wege zur direkten Forderung der Rüstungsbeschränkung gewesen sei; den wahren Sinn dieses Schrittes meinte er sich aus den nichtamtlichen Äußerungen von Moltke und Radowitz interpretieren zu dürfen. Als daher die französische Regierung nunmehr in starkem Tone die Sympathien Englands für sich anrief, erklärte er sich sofort bereit, sie tatkräftig zu bezeugen; der konservative Minister nahm damit in vergrößertem Ausmaße die Politik wieder auf, die sein liberaler Vorgänger, vereint mit der Königin Victoria, im Februar 1874 eingeleitet hatte. Zunächst ließ Lord Derby es zu, daß am 6. Mai ein Artikel in der Times Aufnahme fand, der gegen die deutsche Kriegspartei die Anklage erhob, einen Präventivkrieg gegen Frankreich zu planen und den Frieden Europas zu stören, und damit einen Appell an Rußland als die dazu berufene Macht verband, solcher Friedensstörung ein Ende zu bereiten. Der Artikel war von dem Pariser

Korrespondenten der *Times* verfaßt, ging aber in Wahrheit auf den Herzog von Decazes zurück; der italienische Gesandte in Berlin spottete gleich darauf, jedermann in Paris wisse, wer den Times-Artikel geschrieben, aber darum könne man dort nicht auf die Straße gehen, ohne daß ein begegnender Franzose einem zuriefe: "*Ce n'est pas M. Decazes qui ait fait l'article.*" Seine Aufnahme in die Times aber war eine Ankündigung für die Öffentlichkeit, in welchem Lager England zu finden sein würde, und der Auftakt zu der in den nächsten Tagen von England und Rußland ausgehenden diplomatischen Aktion.

Die öffentliche Meinung Englands ließ sich leicht überzeugen, daß Deutschland der große Störenfried und Schuldige sei und daß die Kriegspartei in Berlin den Präventivkrieg vom Zaune brechen würde, wenn ihr nicht Einhalt geboten werde. Selbst ein Mann wie Sir Robert Morier, der sich am kronprinzlichen Hofe leicht hätte unterrichten können, daß Bismarck gar nicht an Krieg denke, sah jetzt als erwiesen an, daß der systematische und doktrinäre Chauvinismus, den Deutschland großgezogen habe, schlimmer als der unmethodische, undisziplinierte Chauvinismus sei, durch den Frankreich so oft den Frieden gestört habe, - eine Nation dürfe es sich nicht leisten, so zynischen Ansichten wie der Präventivtheorie zu huldigen. Vielerlei englische Instinkte vereinigten sich: das alte Mißbehagen seit 1871 und das neue Bedürfnis nach politischer Aktivität, der Glaube an die Notwendigkeit des französischen Gegengewichts und die ehrliche Sorge um den Frieden, Angst vor einer deutschen Hegemonie und vor dem großen Mann, dem man nach seinen Erfolgen von 1866 bis 1871 schlechterdings alles zutraute: wenn ihm bald die Zertrümmerung Österreichs oder die Aufsaugung der kleinen Staaten, bald die Eroberung Hollands oder die Annexion Belgiens als Ziel eines ruchlosen Ehrgeizes zugeschrieben wurde,[24] so konnte der Plan eines Überfalles auf Frankreich vollends der inneren Wahrscheinlichkeit doch nicht entbehren. So unternahm es Königin Victoria, in einem persönlichen Brief an den Zaren Alexander dessen Friedenseinwirkung in Berlin anzurufen, und das englische Kabinett entschloß sich, in einer Zirkulardepesche vom 8. Mai, die nach Petersburg, Wien und Rom ging, die Mächte zu einem kollektiven Friedensschritt aufzufordern - an demselben Tage, an dem der Zar mit dem Fürsten Gortschakow aufbrach, um auf der Durchreise durch Berlin sein gewichtiges Wort in die Wagschale zu werfen.

Die russische und die englische Politik, noch kurz zuvor im Reibungszustande untereinander, hatten unerwartet nähere Fühlung miteinander genommen und spielten sich in die Hände - ein überraschendes Momentbild! Während des Krieges von 1870/71 war es Bismarck bis zuletzt gelungen, an den untereinander uneinigen Neutralen vorbei den Friedensschluß autonom zu vollziehen, aber schon in den Nachkriegsjahren hatte der großmächtliche Wille dieser Neutralen sich immer wieder leise bemerklich gemacht - war es jetzt soweit, daß Europa geeint ihm entgegentrat und seinen Schild vor Frankreich stellte? Dazu sollte es allerdings nicht kommen. Die englische Kollektivaktion stieß in Wien und Rom auf unbedingte Ablehnung und war damit erledigt. So versagten nunmehr gerade diejenigen beiden Mächte, die in den Jahren 1868 bis 1870 sich mit Napoleon III. zu einer Bündnispolitik gegen die Mitte vereinigt hatten und nur durch die raschen deutschen Siege am Eingreifen verhindert worden waren, jede Mitwirkung an der Friedenseinkreisung - bei ihnen überwog schon die Tendenz, ihre bündnismäßige Fühlung nach eben dieser Mitte hin zu suchen. Die beiden großen Flügelmächte Europas dagegen, die während der deutschen Reichsgründung in einer gewissen Entfernung wohlwollend oder neutral beiseitegestanden hatten, reichten sich die Hände, um die Mitte nicht allzu stark werden zu lassen. Bismarck mußte die Erfahrung machen, daß diese beiden großmächtlichen Gegenpole, die weltpolitisch am weitesten voneinander entfernt standen, in einer gemeinsamen Aktion unzweideutig die Grenze dessen bezeichneten, was sie für eine deutsche Sicherungspolitik gegen Frankreich für zulässig hielten. Schon meinte der englische Premierminister, man sollte ein kollektives Vorgehen einleiten, um den Frieden Europas zu sichern, wie Lord Palmerston es tat, als er im Jahre 1840 Frankreich in den Weg trat und den Ägypter aus Syrien vertrieb.[25]

Diese plötzlich hereinbrechende Situation hätte bedrohlich erscheinen können, wenn nicht Bismarcks diplomatisches Geschick dafür gesorgt hätte, daß beide Aktionen wie ein Stoß ins Leere verpufften. Er lehnte das obendrein alleingebliebene Angebot der englischen guten Dienste höflich ab, da in den deutsch-französischen Beziehungen nicht der geringste Anlaß, sie anzurufen, gegeben sei, und führte auch den Russen den gar nicht schwierigen Nachweis, daß es nichts zu pazifizieren gebe.

So nahm der Besuch des Zaren in Berlin einen ganz anderen Verlauf, als man in Petersburg sich ihn ausgemalt hatte. Kaiser Wilhelm hat den Hergang seiner Besprechung mit dem Zaren mit hoher Befriedigung, die die Reinheit seines Gewissens widerspiegelt, selber aufgezeichnet: "Die Unterredung mit dem Kaiser hat eine Übereinstimmung unserer Ansichten festgestellt, wie ich solche nur je hätte wünschen können. Er wird von neuem, wie er es schon in den letzten vier Wochen, ohne mich von neuem gehört oder gesehen zu haben, unsere Friedensliebe nach allen Seiten hin proklamieren und so hoffentlich dem ewigen Zeitungsgeschwätz ein Ende machen." Dementsprechend hat auch der Zar später immer wieder versichert, daß er wider Willen und ohne sein Wissen als Engel des Friedens proklamiert worden sei und in Berlin kein Wort von Kriegsgeschrei und Rüstungen gehört habe. Als aber Fürst Gortschakow bei seinem ersten Besuche bei Bismarck in scherzhaftem Tone von der angeblichen deutschen Kriegspolitik zu sprechen anfing, wurde er mit so schneidender Ironie abgefertigt, daß er mit keiner Silbe auf die Sache zurückkam.[26] Er ließ sich aber nicht abhalten, seinem Erfolgsbedürfnis dadurch genug zu tun, daß er bei seiner Abreise durch eine Zirkulardepesche vom 13. Mai: "jetzt ist der Friede gesichert" den Glauben in Europa zu erwecken suchte, als wenn erst dem russischen Eingreifen diese Sicherung zu danken sei. Er erregte dadurch den schweren Zorn Bismarcks. Denn dieses von Berlin aufgegebene Telegramm war mehr als eine schwere Belastung eines Freundschaftsverhältnisses zweier Großmächte, es war eine den wahren Hergang verfälschende hinterlistige Handlung, die in vollem Umfange die erbarmungslose Kritik verdient, die Bismarck bis zuletzt über das eitle Prestigebedürfnis seines alternden Kollegen zu äußern nicht müde wurde.

Aber wie stand es in Wirklichkeit um die deutsche Politik, die der Russe zum Frieden zurückgerufen haben wollte? Hat sie, als Ganzes beurteilt, in ihrem Ablauf von Ende März bis Anfang Mai einen hinreichenden Anlaß gegeben zu den Hilferufen der Franzosen und der Rettungsaktion zweier Großmächte? Es bedarf keiner weiteren Erörterung, daß zwar der Generalstab den Präventivkrieg unbedingt vertreten hatte, daß aber der Kaiser ihn ebenso unbedingt verwarf, wie seine militärischen Berater ihn forderten. Wie der Kaiser während der ganzen Krisis dachte, geht aus einer Randbemerkung vom 16. Mai zu einem publizistischen Artikel hervor, der die Möglichkeit des Präventivkrieges streifte: "Dies ist eine Ansicht, die im gemeinen Leben etwas für sich hat, nicht da, wo Staaten sich bekämpfen wollen. Um glückliche Kriege zu führen, muß dem Angreifenden die Sympathie aller edelgesinnten Menschen und Länder zur Seite stehen, und dem, der ungerecht den Krieg zuträgt, die öffentliche Stimme den Stein werfen. Dies war das Geheimnis des Enthusiasmus in Deutschland 1870! Wer ungerechtfertigt zu den Waffen greift, wird die öffentliche Stimme gegen sich haben, er wird keine Allierten finden, keine *neutres bienveillants*, ja überhaupt wohl keine Neutralen, wohl aber Gegner finden. Dieses Raisonnement habe ich dem Kaiser Alexander vorgehalten, und er erfaßte meine beiden Hände und sprach seine volle Übereinstimmung aus." Wer in dem Geiste des deutschen Militarismus eine wirkliche Gefahr für den Frieden sieht, muß im selben Atemzuge anerkennen, daß der oberste Kriegsherr, der an der Spitze dieses Systems stand, durch sein Verantwortungsgefühl eine unübersteigliche Schranke gegen jeden Mißbrauch darstellte und das System vor jeder Überspannung bewahrte.

Welche Rolle aber hat Bismarck selbst in dieser Krisis gespielt? Darauf kommt es zur Beurteilung der deutschen Politik von 1875 recht eigentlich an. Die unbedingte Friedensliebe des Monarchen zugegeben, war dieser nicht von seinem dämonischen Minister in den Jahren 1866 und 1870 trotz seines ernsten Friedenswillens mit solcher Kunst vor vollendete Tatsachen gestellt worden, daß er

doch mit Gottvertrauen in den Krieg zog? Entscheidend bleibt daher, was im Frühjahr 1875 in der Seele des Mannes vorging, von dem man annahm, daß er alle Fäden zog und seinen Plan hatte.

Nach dem weitaus überwiegenden Urteil hat Bismarck in dieser Krisis den Krieg nicht gewollt. In Wien und Rom waren die leitenden Männer überzeugt, daß er an den Krieg nicht denke; Andrássy hat immer von neuem bei seinem Kaiser seinen Kopf dafür verpfändet, daß Bismarck keine Kriegsabsichten hege, und die Italiener gestanden offen, der ganze Lärm sei nur ein Angstgeschrei aus Paris gewesen. Selbst sein Gegenspieler Decazes hat am 8. Mai geurteilt: "Bismarck will uns mehr glauben machen, daß er den Krieg wolle, als daß er ihn in Wirklichkeit will." Jeder, der in diesen Wochen Bismarck politisch näher kam, wußte nur zu melden, daß ihm jede Kriegsabsicht fernliege, und selbst die Kronprinzessin, die ihm das Schlimmste zuzutrauen liebte, war im Frühjahr 1875 weit davon entfernt, ihn kriegerischer Pläne zu bezichtigen. So hat denn auch ein sachkundiger französischer Diplomat und Historiker wie Gabriel Hanotaux die These von Bismarcks Kriegswillen verworfen, und erst während des Weltkrieges sollte auch an dieser Stelle das Bedürfnis der Welt nach dunkleren Farbentönen seine Befriedigung suchen.[27]

Insbesondere hat Bismarck in allen seinen Äußerungen während seiner Staatsleitung und später in seinem Vermächtnis die generalstäbliche Theorie des Präventivkrieges grundsätzlich verworfen. Einige Monate nach Ablauf der Krisis entwickelte er seinem Monarchen seine Stellungnahme: "Ich würde noch heute, wie 1867 in der Luxemburger Frage, Ew. Majestät niemals zureden, einen Krieg um deswillen sofort zu führen, weil wahrscheinlich ist, daß der Gegner ihn bald beginnen würde; man kann die Wege der göttlichen Vorsehung dazu niemals sicher genug im Voraus erkennen. Aber es ist gewiß auch nicht nützlich, dem Gegner die Sicherheit zu geben, daß man einen Angriff jedenfalls abwarten werde." Das war es, bei aller grundsätzlichen Ablehnung des Präventivkrieges, die uns in seiner Staatsleitung noch mehr als einmal begegnen wird, wollte der Reichskanzler doch die französische öffentliche Meinung nicht im unklaren darüber gelassen wissen, daß der Weg der Revanchepolitik eines Tages zum Kriege führen könne. Er teilte den unbedingten und präventiven Angriffsgeist des Generalstabes ebensowenig, wie die strenge und absolute Enthaltsamkeit des Monarchen, aber er hat sie beide auf dem Schachbrett seines diplomatischen Spieles ihre Rolle spielen lassen. Während er sich selber aus diesem Spiele möglichst heraushielt, ließ er alle publizistischen und diplomatischen Äußerungen gewähren, die ihm geeignet schienen, der öffentlichen Meinung Frankreichs den Ernst der Lage zu Gemüte zu führen.

Ganz allgemein gesprochen lautete das dem deutschen Staat gestellte politische Problem: wie weit darf man die wiederaufsteigende Offensivkraft eines geschlagenen Gegners, in dem der Revanchegedanke als unauslöschliche Lebenskraft erkennbar ist, sich entfalten lassen, und welche Mittel können vor der politischen Klugheit und der politischen Sittlichkeit bestehen, die Gefahr beizeiten einzuschränken, einzuschüchtern oder gar gewaltsam einzudämmen? Bismarck war sich durchaus bewußt, daß der letztere Weg, der des Präventivkrieges, über die Grenzen, die die Politik verantworten kann, hinausführe. Um so mehr meinte er von den Methoden der Einschüchterung, um der eigenen Sicherheit und um des Friedens willen, Gebrauch machen zu dürfen. Man kann ihm nicht vorwerfen, daß seine vorsichtig angelegte Aktion sich nicht innerhalb der erlaubten Grenzen gehalten hätte. So korrekt aber er selbst in seinen amtlichen Handlungen verfuhr, so ließ sich doch nicht vermeiden, daß einzelne Stimmen, die ihm zu sekundieren meinten, die Linie der politischen Klugheit überschritten und damit der Gegenseite den Vormund zu einem unerwarteten Rückstoße gaben, ja seine ganze Politik einen Moment lang vor der Welt ins Unrecht setzten. Denn die Idee des Präventivkrieges, die technisch-militärisch, in den internen Erwägungen eines Generalstabes, ihr Recht hat, kann, in die allgemeine Publizistik übergreifend, dem Mißbrauch der Willkür und Überheblichkeit des Stärkeren dienen und dadurch einer allgemeinen Verurteilung verfallen.

So mußte Bismarck jetzt die Erfahrung machen, daß zwei führende Großmächte auf sehr unbestimmte Besorgnisse hin in sehr bestimmter Form zum Ausdruck brachten, daß sie den

Wiederaufstieg Frankreichs zur ebenbürtigen Großmacht nicht irgendwie gehemmt oder verlangsamt zu sehen wünschten. Es war freilich nicht nur der selbstlose Wunsch nach Frieden, dem sie damit zu dienen vorgaben, es war mindestens in demselben Maße das Interesse dieser beiden Großmächte, daß der deutsch-französische dauernde Spannungszustand - eine so eindeutige Tatsache, wie ihn die frühere Staatengesellschaft kaum gekannt hatte - nicht wieder aus der Welt verschwand, sondern in seiner Unversöhnlichkeit erhalten blieb. Im Keime war dieses Interesse der Großmächte schon bald nach 1870/71 zu erkennen. Es wird dauernd ein Geheimnis der großmächtlichen Rechnung der anderen bleiben, die Gefahr einer Hegemonie der Mitte Europas durch die Verewigung der Revanche zu bannen.

Wenn man neuerdings versucht hat, an der Politik Bismarcks von 1875 gerade die Gefährlichkeit dessen zu deduzieren, was von einem solchen Deutschland zu erwarten gewesen wäre und nur durch großmächtliches Einschreiten verhindert worden sei, so liefert die Parallele der französischen Druckmethoden, die auf die analoge deutsche Position in der Nachkriegszeit ausgeübt wurden, einen unvergleichlichen Anschauungsstoff für das, was in solchen Lagen grundsätzlich als zulässig und unzulässig bezeichnet werden darf. Denn die aus Furcht und Gewalt gemischte Politik des heutigen Frankreichs, die sich um eine deutsche Revanchepolitik in ferner Zukunft sorgt, hat das Zehnfache, wenn nicht das Hundertfache an Druckmitteln aufgewandt: obgleich dem Revanchegeiste der Franzosen von einst eine vergleichbare antifranzösische Stimmung der Deutschen von heute keineswegs entspricht, obgleich den auf das Höchste angespannten französischen Rüstungen heute die peinlich überwachte Abrüstung der deutschen Seite gegenübersteht, und obgleich schließlich das Deutsche Reich der Gegenwart nicht mächtige und wohlwollende Freunde zur Seite hat, sondern bei aller seiner wehrpolitischen Ohnmacht von einem System schwerbewaffneter französischer Parteigänger umringt ist. Wenn man diese Parallele, in welcher der wandelbare Begriff der "Sicherheit" so ganz zugunsten der einen und zuungunsten der anderen Seite verkehrt ist, in ihrem vollen Umfange durchdenkt, erscheint Bismarcks amtliche Sprache mit ihren Begleiterscheinungen und Hintergedanken wie eine ziemliche Harmlosigkeit, verglichen mit der künstlichen Maschinerie von Zwangsmitteln, die sich in unseren Tagen auf den leisesten Verdacht hin in Bewegung setzte, es möchte auf deutschem Boden sich jemals wieder eine bescheidene Wehrhaftigkeit und Selbstbestimmung herausbilden.

Der Alarm von 1875 hatte ein überraschendes Ergebnis. Der deutsch-französische Spannungszustand hatte sich vorläufig gleichsam wie ein Geisterspuk mit einem Schlage verflüchtigt und auf der Bühne blieben nur die großen Akteurs zurück, die Großmächte, allen voran Deutschland, Rußland und England, um sich Rechenschaft zu geben über die Rollen, die sie gespielt hatten und fortan miteinander spielen würden. Das war es, was vor allem für Bismarck aus dem Erlebnis zurückblieb: eine Revision sämtlicher großmächtlichen Beziehungen.

Er empfand zunächst die russische Aktion als die unbequemste. Rußland hatte die persönliche und sichtbare Form des freundschaftlichen Druckes gewählt, England die sachlich umfassendere und gefährlichere, wenngleich sein Versuch einer Mobilisierung der Großmächte in Wien wie in Rom sein Ziel verfehlte. Dazu kam, daß England immerhin keinerlei Verpflichtungen gegen Deutschland besaß, im vollen Besitz seiner freien Hand war, während Rußland alte dynastische Freundschaft und vertragliche Verbindung außer acht gelassen hatte und sich, auch nach geschehener Aufklärung, seiner Taten vor der Welt auf deutsche Kosten berühmte. Bismarck hat Gortschakow den Dolchstoß in den Rücken nicht vergessen. Doch würde es ein falsches Bild erwecken, wenn man die spätere Entfremdung auf das persönliche Motiv in erster Linie zurückführen wollte. Schwerer wog die sachliche Einschätzung dessen, was die deutsche Politik von der Großmacht Rußland, trotz der Freundschaft der beiden Kaiser, gegebenenfalls zu befahren haben würde. Darin lag die große Enttäuschung.

Der englische Friedensschritt vom 8. Mai war von Bismarck ursprünglich nicht als eine

unfreundliche Handlung genommen worden. Noch ein Erlaß an Münster vom 12. Mai beschränkte sich auf den ironischen Rat: der beste Weg, den Beunruhigungen Europas ein Ziel zu setzen, sei und bleibe, den tendenziösen Verleumdungen der deutschen Politik, die leider auch in Organe der englischen Presse ihren Weg gefunden hätten, den Glauben zu versagen. Als er jedoch den ganzen gefährlichen Umfang der englischen Aktion erfuhr, ging er in seiner Weise zu frontalem Gegenstoße vor.

Die Engländer waren einen Moment mit ihrem Vorgehen sehr zufrieden gewesen. In einer gewissen Harmlosigkeit meldete Lord Derby dem Premierminister Disraeli: "Was wir taten, schloß kein Risiko in sich und kostete uns keine Unruhe, während es uns den Schein gab, geholfen zu haben, in höherem Grade als wir in Wahrheit zu dem erreichten Ergebnis beitrugen";[28] und auch Disraeli meinte in seinem fast naiven Prestigebedürfnis: "seit Palmerston sind wir niemals so energisch gewesen". Die Sache gewann ein verändertes Gesicht, als von Berlin am 3. Juni eine gemessene Anfrage nach London erging, wieso man zur Annahme gelangt sei, daß Deutschland den Frieden stören oder eine Herabsetzung der französischen Rüstung fordern würde. Wenn auch Lord Derby seine tatsächliche Gutgläubigkeit erweisen mochte und sogar seine Auffassung in einer Oberhausrede wiederholte, und Königin Victoria persönlich in ihrer Korrespondenz mit Kaiser Wilhelm den englischen Interventionsvorstoß mit allgemeinen Wendungen und deutlichen Hinweisen auf Moltke (nicht aber auf irgendeinen amtlichen deutschen Schritt) zu rechtfertigen suchte, so setzte Bismarck die Auseinandersetzung fort und ließ die englische Regierung wissen, daß Lord Derby sein persönliches Vertrauen verscherzt habe. Das Ende dieses diplomatischen Nachspieles war eine Erklärung Derbys vom 28. Juli, die im Grunde einen bescheidenen Rückzug von der großen Prestigeaktion des Mai darstellte: "England habe nur das Interesse, in Europa Frieden zu erhalten, und dazu gebe es keine bessere Garantie als ein starkes Deutschland. Mit Deutschland habe England keine divergierenden Interessen, mit Frankreich sei das anders, und kein ruhiger und verständiger Engländer könne sich der Überzeugung verschließen, daß ein zu mächtiges Frankreich naturgemäß für England gefährlicher sein müsse als ein kräftiges Deutschland. Er bedauere deshalb die momentane Verstimmung."

In neueren Zeiten hat man sich bemüht, der Drohung des deutschen Militarismus die englisch-russische Kooperation gegenüberzustellen, und Poincaré hat sie sogar als die erste Skizze der Tripelentente gepriesen. In Wahrheit lagen die Dinge so, daß gleich nachher beide Mächte es nicht gewesen sein wollten, vielmehr sich wechselseitig die Initiative zuschoben und ein weiteres Zusammengehen untereinander gar nicht erwogen. Beide hatten mit ihrem Vorgehen zugleich das Ziel verfolgt, die Annäherung der anderen an Deutschland zu durchkreuzen, und die scheinbare Schutzaktion für Frankreich war zugleich eine Szene aus dem Drama des Ringens um die deutsche Option, die vor allem Rußland für die eigene Sache erstrebte und mit einem kräftigen Frankreich eher in seinem Sinne zu entscheiden hoffte.

Aber es bleibt noch ein letztes Nachspiel zu erwähnen übrig. Österreich hatte unter der klugen Leitung Andrássys eine Beteiligung an dem englischen Schritte abgelehnt und damit diejenige Zuverlässigkeit erwiesen, die Rußland hatte vermissen lassen. Bismarck zog auch daraus seine Schlüsse. Er sprach am 4. Juni dem österreichischen Botschafter seine zuversichtliche Hoffnung aus, daß die Freundschaft sich inniger gestalten würde, und machte sogar die Andeutung, es scheine ihm "bei der Gleichartigkeit der allgemeinen Interessen innerhalb des Bereiches der Eventualitäten und sogar der Probabilitäten gelegen, daß sich zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn ein natürliches, auf völkerrechtlicher Grundlage beruhendes Verhältnis einer gegenseitigen Assekuranz entwickle. Auch sei es notwendig, daß ein solches Verhältnis von selbst heranreife, daher seiner natürlichen Entwicklung überlassen und nicht voreilig und zu schnell angebahnt werde". Andrássy erläuterte seinem Monarchen, daß er es für möglich hielte, einen Antrag von Bismarck zu erreichen: "derselbe erscheint soeben in der Ferne". In der Ferne war das deutsch-österreichische Bündnis von 1879 zu ahnen, eine völkerrechtliche Wiederaufnahme des Verhältnisses, das bis 1866

staatsrechtlich bestanden hatte. Es war fürs erste nur eine Möglichkeit der Zukunft, nicht mehr, aber ihre Umrisse hoben sich innerhalb des erschütterten Dreikaiserverhältnisses zum ersten Male erkennbarer ab.

Der Prozeß, der mit dem Eintritt des Deutschen Reiches in die Staatengesellschaft begonnen hatte, war im Sommer 1875 noch immer mitten im Flusse. Eine ausgesprochene Befestigung der politischen Beziehungen des Deutschen Reiches war noch an keiner Stelle sicher erkennbar; noch war mehr als eine Möglichkeit des Anziehens und Abstoßens in dem flutenden Meere der staatlichen Kräftekollektive vorhanden. Nach der Krisis von 1875 zog ein deutscher Diplomat den resignierten Schluß: wir müssen stärker werden. Und allerdings, das neue Reich der Mitte brauchte, um nur seine in einem glücklichen Kriege gewonnene Stellung autonom zu behaupten, mehr Stärke im Daseinskampf, als einst Preußen, die kleinste der Großmächte, innerhalb der alten Staatengesellschaft gebraucht hatte. Der Alarm von 1875 hatte die Karten überall tiefer aufgedeckt, und es war die Frage, ob das Erlebnis so bald verwunden werden könnte. Schon aber stand ein neuer Anstoß von außen vor der Tür, der den Prozeß in eine neue Entwicklungsstufe überführen sollte - er erhob sich im Orient, in der alten Arena großmächtlicher Rivalitäten.

Bevor wir den Fortgang dieser Entwicklung verfolgen, haben wir noch einen Blick auf die politischen Kräfte zu werfen, die sich in der inneren Gestaltung des Reiches in diesen Jahren nebeneinander erhoben haben.

Anmerkungen:

1 [1/126] 25. Febr. 1874. E. v. Wertheimer, *Andrássy*, II, 110, 112. ...zurück...

2 [1/131] Karl Linnebach, *Deutschland als Sieger im besetzten Frankreich 1871 - 73* (Stuttgart 1924) und *Deutsche und französische Okkupationsmethoden 1871 - 73 und 1920* (Berlin 1929). Hans Goldschmidt, *Bismarck und die Friedensverhandlungen 1871* (1929). ...zurück...

3 [1/132] 1871. 4. Juni, *Gr. Pol.* I, 47. ...zurück...

4 [2/132] 1873. 30. Okt. *Gr. Pol.* I, 220. ...zurück...

5 [1/133] Vgl. Hanotaux, I. 353 ff. ...zurück...

6 [2/133] 1872. 6. Mai. *Gr. Pol.* I, 114. ...zurück...

7 [1/135] Daß diese theoretische Berechnung auch der praktischen Politik nicht fremd war, zeigt folgende Episode. Als der kroatische Bischof Stroßmayer nach Sedan vom russischen Botschafter in Wien eine Intervention des Zaren zu gunsten Frankreichs erbat, verwarf der Botschafter jeden Schritt "nur um des so wie so sichern Vorteils willen, Frankreich im gegebenen Fall zum warmen Alliierten gegen Deutschland zu haben". (E. C. Corti, *Alexander von Battenberg*, S. 50). ...zurück...

8 [2/135] *Gr. Pol.* I. 107. Nach einer späteren Bemerkung Bismarcks hat der Zar ihm bald nach dem Kriege (also vermutlich im September 1872) gesagt: "Ihre Regierung ist mir Dank schuldig, und sie könnte ihn mir durch Abtretung von Nordschleswig betätigen". ...zurück...

9 [1/139] Kurt Rheindorf, *England und der Deutsch-französische Krieg*. S. 177. ...zurück...

10 [2/139] Bismarck an Odo Russell. 1. Dez. 1870. *Cambridge Modern Hist.* 3, 54. - Vgl. Bismarcks Erlaß vom 28. Nov.: "Solange in England die Erkenntnis nicht durchgedrungen ist, daß sein einziger wertvoller und sicherer Alliierter auf dem Kontinent in Deutschland zu finden ist." ...zurück...

11 [1/140] Monypenny-Buckle, *Life of Benjamin Disraeli,* 5, 133. ...zurück...

12 [1/142] 1874. 23. Januar. *Gr. Pol.* I. 235. ...zurück...

13 [1/143] Granville an O. Russell, 28. und 31. Dezbr. 1878. Lord Fitzmaurice, *Granville*, II. 114 ff. ...zurück...

14 [2/143] Buckle, *The Letters of Queen Victoria*, II, 313 f. ...zurück...

15 [3/143] Ebenda II, 325 ff. ...zurück...

16 [4/143] Dieser Passus ist nach dem Entwurf des Schreibens wiedergegeben, den Bismarck damals dem Kaiser vorlegte. Konzept von der Hand Buchers, von Bismarck durchkorrigiert (Auswärtiges Amt). ...zurück...

17 [1/144] Gambetta an Mme. Adam; L. Mandl, *Die Habsburger und die serbische Frage*, S. 14. ...zurück...

18 [1/145] Erlaß Bülows von 25. III. 75. ...zurück...

19 [2/145] Hajo Holborn, *Bismarcks europäische Politik zu Beginn der siebziger Jahre und die Mission Radowitz* (1925). Hans Herzfeld, *Die deutsch-französische Kriegsgefahr von 1875*. (1922.) ...zurück...

20 [1/146] Vgl. die amtliche Publikation des Reichsarchivs: *Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft*. I. S. 5 ff. (*Der Weltkrieg 1914 - 18*.) Berlin 1930. ...zurück...

21 [1/147] *Briefwechsel des Generals von Schweinitz*. S. 103 f. ...zurück...

22 [1/149] Fürst Münster an Bennigsen. H. Oncken, *Rudolf v. Bennigsen* 2, 286. 1921. ...zurück...

23 [2/149] Adalbert Wahl, "Vom Bismarck der siebziger Jahre." *Deutsche Geschichte* I, 363 f. ...zurück...

24 [1/150] Es wäre eine besondere Aufgabe, die Geschichte dieser Legenden in dem diplomatischen Gerede zu verfolgen. Auch der englische Botschafter Lord Odo Russell gab sich diesen Phantasien damals mehr hin, als man in Berlin ahnte. Selbst seine Gemahlin, Lady E. Russell, wußte in einem Schreiben an Königin Victoria vom 15. März 1873 von den Ambitionen Bismarck zu erzählen, die er "*by mediatising the reigning princes*" zu befriedigen gedenke. ...zurück...

25 [1/151] Monypenny-Buckle, *Beaconsfield* 5, 422. ...zurück...

26 [1/152] So die spätere Mitteilung des hier wohl eingeweihten Radowitz, vgl. sein Schreiben an Schweinitz vom 24. März 1878 (Briefwechsel Schweinitz S. 129). ...zurück...

27 [1/153] Es begann mit einem Angriff, den J. Holland Rose (*The origins of the war*. 1915) gegen meine Darstellung in der *Cambridge Modern History* (1910) richtete. Die bis dahin mehr im Schatten liegende englische Mitwirkung ist dann erst durch die neueren Veröffentlichungen vollends ans Licht getreten. ...zurück...

28 [1/156] Monypenny-Buckle, *Beaconsfield* a. a. O. 20. Mai 1875. ...zurück...

2. Die politischen Gewalten im neuen Reich.

Die Norddeutsche Bundesverfassung von 1867 hatte sich vermöge ihrer elastischen Anlage ohne jede Schwierigkeit zur Reichsverfassung von 1871 erweitern können, indem sie die süddeutschen Staaten mit einer Abstufung von Reservaten in sich aufnahm. Nur das Ausmaß dieser Reservate, nicht aber Wesen und Fundament der Verfassung waren der Gegenstand der Versailler Verhandlung gewesen. Der äußere Rahmen des Reiches war durch die Erweiterung nicht berührt: das Haupt der Exekutive, der Kaiser - die Vertretung der Gliedstaaten im Bundesrat - und die Vertretung des Volkes in einem aus demokratischem Wahlrecht hervorgegangenen Reichstage. Entsprechend der Personalunion zwischen dem preußischen Könige und dem deutschen Kaiser war die Personalunion zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten und dem Reichskanzler, als Fortentwicklung die Seele zu geben. Damit aber waren nur die äußeren Pfähle der Arena abgesteckt, in der sich die

lebendige Entwicklung eines deutschen Nationalstaats fortan vollziehen sollte. Nachdem die formelle Lösung gefunden war, sollten die eigentlichen materiellen Aufgaben, der lebendige Inhalt der Verfassung, nunmehr erst sichtbar werden. Wie sollte das Reich, das sich zunächst nur in der Idee und einigen verfassungsmäßigen Institutionen darstellte, dieses Reich, das zunächst noch keine eigenen Mittel, keine eigene Verwaltung besaß und selbst der primitivsten Gemeinsamkeiten entbehrte, ein wahrhaft staatliches und nationales Leben entfalten? In welche Lebenssphären mußte der Einheitsgedanke übergreifen, um den Grund solcher Gemeinsamkeit zu legen und um ihretwillen den so tief verwurzelten historischen Sondergeist zu überwinden? Wie mußte sich das politische Leben in einem Bundesstaate gestalten, der sich von allen anderen Bundesstaaten dadurch unterschied, daß ein nach Macht und Größe zwei Drittel des Ganzen umfassender Gliedstaat mit der Führung der "verbündeten Regierungen" betraut war? Wie würde das Reich auf dem Wege seiner Entwicklung sich mit diesem führenden Gliedstaate und seinem ungebrochenen Lebenswillen, dem stärksten Vertreter des zu überwindenden Sondergeistes, auseinanderzusetzen haben? Wie würde sich dieser verwickelte Prozeß nun weiter verflechten mit jenen politischen Auseinandersetzungen, die das ganze europäische Leben bestimmten und auch auf dem Boden des Deutschen Reiches nicht ausbleiben konnten, zwischen den historisch erwachsenen und den modernen Elementen des Staates, zwischen der Krone und der Volksvertretung, zwischen den Klassen der Gesellschaft?

Man braucht alle diese Fragen nur anklingen zu lassen, um sich sofort bewußt zu sein, die Reichsverfassung sei nichts als das Eingangstor zu einer Verfassungsentwicklung, deren Inhalte und Probleme sich nunmehr erst allen sichtbar darstellten. Jetzt stand man vor dem Ineinanderleben der einzelnen verfassungsmäßigen Organe, jetzt mußte das Funktionieren der Reichsmaschine praktisch erprobt, ihr planmäßiger Ausbau verwirklicht werden; jetzt mußte das Leben selbst, mit allen seinen Bedürfnissen, die Führung in einem Verfassungswerk übernehmen, um dessen Umrisse die Macht der Ideen so lange gerungen hatte. Kurzum, eine staatliche Wirklichkeit mußte sich erheben, für die es in der Geschichte kein Beispiel und in der Theorie keine vorbildliche Systemlösung gab. Und es konnte nicht anders sein, als daß die Persönlichkeiten, die den Institutionen das Gesicht geben, dabei entscheidend mitspielten.

Kaiser Wilhelm verkörperte die monarchische Idee vermöge der Würde des Alters, der Zuverlässigkeit seiner Gesinnung und Pflichttreue, der schlichten Vornehmheit seines Auftretens. So stellte seine Erscheinung, auch ohne den Vortritt der Ehren zu suchen, die Erhöhung des preußischen Königtums im Kreise der Bundesfürsten gleichsam sichtbar dar; unter den Königen war, da Ludwig von Bayern aus dem öffentlichen Leben beinahe ausschied, nur Albert von Sachsen ein Mann von eigenem Gewicht; auch Friedrich von Baden trat nunmehr von seiner früheren Stellung eines fürstlichen Fahnenträgers der nationalen Idee mehr und mehr zurück. Der deutsche Kaiser aber stieg mit den Jahren, wachsend in der vorbildlichen Reife seiner Amtsführung, zum Doyen der europäischen Monarchen auf, um vor aller Welt die Besonderheit des historischen monarchischen Pflichtenkreises eindrucksvoll darzustellen. Man wird vielleicht in späteren Zeiten sagen, daß er in einer Epoche, da der Höhepunkt dieser Staatsform schon überschritten war, noch einmal sie erhöht und dadurch ihr geschichtliches Dasein verlängert habe.

Der Kaiser war zugleich das Haupt des preußischen Militärstaats, mit dessen Mitteln die Reichsgründung vollzogen worden war. Es war nur natürlich, daß dieser Militärstaat, indem er in die Führung des Reiches hineinwuchs, vieles von seinem charakteristischen Gepräge auf die neue Schöpfung übertrug, von seiner Größe, die jetzt in der hellen Beleuchtung des Erfolges strahlte, und von seinen Schranken, die eher in eine abgelaufene Geschichtsepoche als in die Zukunft der Nation wiesen. Bismarck war auf dem Wege der Reichsgründung, zumal wenn Mars die Stunde regierte, auch mit den Häuptern dieses Militärstaats und ihrer traditionellen Denkweise zusammengestoßen. Es handelte sich in dem Konflikte des Winters 1870/71 nicht nur, wie man in der Regel annimmt, um einen Ressortgegensatz in technischen Einzelfragen, wie der Frage der Beschießung von Paris,

sondern um die höchsten Entscheidungen, um den Friedensschluß und seine Bedingungen: es ging letzten Endes um die Macht im Staate und vielleicht, ohne daß die Träger der Institutionen sich dessen voll bewußt waren, um die Stellung des alten Preußens im neuen Reich. Mochten auch persönliche Gegensätze, von starken Persönlichkeiten leidenschaftlich durchgefochten, den Kampf im Hauptquartier verschärfen, der Gegensatz der Institutionen und ihres Anspruchs auf die Gestaltung des Neuen reichte tiefer hinab, in die ewigen Probleme von Politik und Kriegführung, aber auch in das innerste Wesen eines Staates, der in Krieg und Frieden von seinen Königen aufgebaut worden war.

Während die Militärs, vor allem den französischen Kriegsschauplatz vor Augen, ihre ganze Energie auf die Ausnützung des Sieges gerichtet hielten, vertrat Bismarck mit derselben Wucht den Primat der Außenpolitik; er blickte über die militärischen Forderungen der Stunde hinweg in das Lager des neutralen und interventionslüsternen Europa, in die künftige Situation des Deutschen Reiches in der Zeit des Friedens. Es gelang ihm, bei seinem Monarchen, der in hohem Sinne beide Welten in seinen Entschlüssen vereinte, in der Hauptsache seinen Willen durchzusetzen und dem Generalstab den Friedensschluß aus der Hand zu nehmen. Eine Natur wie Waldersee mochte in Bismarcks Vorgehen die "Rache" des Ressorts gegenüber dem Generalstab sehen und sich noch später des Glaubens getrösten, daß der Kaiser seinem Kanzler dieses Durchgreifen "nie vergessen" habe. Es war begreiflich, daß eine militärische Generation, die auf der Höhe des Sieges sich der politischen Staatsräson zu beugen hatte, dieses Erlebnis nicht sobald vergaß, sondern im Kreise ihrer Institution vererbte, so wenig auch ein allem äußeren Machtglanz abholder Charakter wie derjenige Moltkes zu persönlichen und unsachlichen Rivalitäten neigte. Aber das Gefühl, von dem Allmächtigen gleichsam in die zweite Linie gedrängt und überschattet zu werden, blieb in dieser strengen und ehrgeizigen Auslese des preußischen Militärstaats zurück, und konnte eines Tages wieder stärker durchbrechen. Ein Zusammenstoß, den Bismarck gleich nach dem Kriege hatte, zeigte ihm diesen stolzen und empfindlichen Geist. Er hatte dem General von Manteuffel, dem Befehlshaber der Okkupationsarmee in Frankreich, den Vorwurf gemacht, daß er in seinen Verhandlungen mit Frankreich seine Kompetenz überschreite: er könne sein Amt nicht weiterführen, wenn die allein Erfolg versprechende Einheitlichkeit der Unterhandlung durchkreuzt werde. Der andere aber glaubte es seiner Generalsstellung schuldig zu sein, wenn er dem Kanzler kühl erwiderte, die Rücksichtnahme auf das Verbleiben oder Nichtverbleiben eines Ministers im Amte dürfe auf sein amtliches Handeln keinen Einfluß üben. Man sieht, daß für dieses Lager die staatsmännische Leistung der Reichsgründung nicht gerade erdrückend in die Waagschale fiel. Um so mehr vernimmt man den Ton einer selbstbewußten Gemeinschaft, die sich den König als den Ihrigen zurechnet. Bismarck wußte wohl, weshalb er in seiner scharfen Antwort zu wissen gab, er habe sich genötigt gesehen, seinen Platz in der Nähe Seiner Majestät schleunigst einzunehmen.[1]

So blieb bei Bismarck aus jenen Kämpfen, in denen er häufig genug die Grenze seines Einflusses im alten Militärstaate empfunden hatte, ein gewisser Groll zurück. Hatte er doch noch während des Feldzuges dem alten Gegner Friedrich von Baden, mit dem er sich jetzt auf nationalem Boden zusammenfand, das bezeichnende Geständnis gemacht, er sei bisher militärfromm gewesen, aber fortan im Frieden werde das anders werden. Er sollte auf dem Wege des Reichsausbaus immer wieder auf das preußische und das militärische Element stoßen, die sich in der Person seines Monarchen vereinigten. Wenn er später die Gewohnheit annahm, die militärische Uniform statt des bürgerlichen Gewandes zu tragen, so geschah das nicht etwa aus militärischer Liebhaberei, sondern vielmehr in der politischen Berechnung, auf diese Weise seinem Monarchen zu jeder Stunde im militärischen Dienstkleide auf der Ebene des Verkehrs, die jedem Offizier den Zugang zu seinem Könige so leicht machte, zu begegnen und ihm damit das Gefühl zu nehmen, einem zivilistischen Berater gegenüberzustehen.

Dieses Bedürfnis lag vor allem dann vor, wenn es sich um die auswärtige Politik handelte, deren entscheidende Maßnahmen in gemeinschaftlichem Benehmen zwischen dem Kaiser und dem

Kanzler getroffen wurden. Die entscheidende Einflußnahme auf die auswärtige Politik gehörte für Kaiser Wilhelm zur herkömmlichen monarchischen Amtsauffassung wie auch für seine fürstlichen Standesgenossen, den Kaiser Franz Joseph oder den Kaiser Alexander; selbst Königin Victoria legte den größten Wert darauf, allen konstitutionellen Gepflogenheiten zum Trotz auf diesem Gebiete höchst persönlich einzugreifen. Freilich hatte Kaiser Wilhelm unter den Monarchen seiner Zeit die mächtigste Persönlichkeit als außenpolitischen Berater an seiner Seite - und damit war für ihr Zusammenwirken, so harmonisch es durchweg verlief, ein besonderes Problem gegeben. Die Welt gewöhnte sich zwar immer mehr daran, überall Bismarcks Hand zu sehen. In Wahrheit war das Gewicht, das der Kaiser in die deutsche Außenpolitik warf, doch stärker, als die europäischen Diplomaten in der Regel annahmen; und der Kanzler selbst empfand auf Schritt und Tritt, daß er sich mit einem Willen von Sachkenntnis und Überzeugung laufend auseinanderzusetzen habe; er konnte wohl einmal nüchtern feststellen: "Auch unsere Politik wird ja doch ausschließlich und nach dem Charakter unseres Herrn, noch viel mehr im Detail, als die russische, nach Allerhöchsten Befehlen gemacht." Schon bald nach dem Kriege äußerte er vertraulich, zur Ausfüllung der Stellung und Geschäfte, die er habe, seien eigentlich drei Männer erforderlich: einer für die Behandlung des Hofes, ein zweiter für den Reichstag, ein dritter für die auswärtigen Angelegenheiten.

Kaiser Wilhelm brachte für die Aufgaben des Herrschers sehr viel mit. Die Erfahrung des Alters: bei dem Ausbruch des russisch-türkischen Krieges konnte er mit überraschendem Gedächtnis in analoge militärisch-politische Situationen vor fünfzig Jahren, im Kriege von 1828/29, zurückgreifen. Eine ungewöhnliche Geschäftskenntnis: mit vollendeter Sicherheit präsidierte er, so erzählt ein Beobachter, in den Sitzungen des Staatsministeriums; seine Sprache war knapp und klar, kein Mißverständnis zulassend und die Punkte, auf die es ankam, scharf hervorhebend.[2] Er brachte schließlich Takt und Würde mit, die sich immer gleichbleibenden Tugenden einer beherrschten und liebenswürdigen Haltung, deren Stil schon einer vergangenen Epoche angehörte. Gewiß lebte er in mancher Hinsicht in seinem Bilde der Vergangenheit und blieb den Problemen der Gegenwart fremder; in den Randbemerkungen der siebziger Jahre nimmt man manchmal mit Überraschung wahr, daß ihm immer noch die Vorstellung eines an Bevölkerung und Truppenzahl überlegenen Frankreich vorschwebt. So tief der Kaiser die außenpolitische Autorität des Kanzlers respektierte, es gab eine Welt, in der er unbedingt seine eigenen Überzeugungen wahrte; er ließ sich nicht so einfach, wie etwa der Zar durch Gortschakow, "verwenden", war eher abgeneigt, wie Bismarck urteilte, "sich persönlich zum Organ der großmächtlichen Politik herzugeben"; niemals ließ er sich von einer Augenblicksstimmung hinreißen, sondern sein Urteil entsprang immer aus der Substanz eines in einem langen Leben gefestigten Wesens.[3] Die Aufgabe Bismarcks war es, seine Überzeugung in laufender Auseinandersetzung mit dem Monarchen in allerhöchste Befehle umzusetzen und dann über dem Festhalten an der eingeschlagenen Linie zu wachen. Die Einheitlichkeit der äußeren Geschäftsführung stand ihm über allem. Er verlangte sie naturgemäß unbedingt von seinen Mitarbeitern, von den Botschaftern: "Kein Ressort verträgt weniger als das der auswärtigen Politik" - so formulierte er schon beim Beginn der Auseinandersetzung mit dem Grafen Arnim - "eine zwiespältige Behandlung; eine solche würde für mich in derselben Kategorie der Gefährlichkeit stehen, wie etwa im Kriege das Verfahren eines Brigadiers und seines Divisionärs nach einander widersprechenden Operationsplänen".[4] Das Innehalten dieser Einheitlichkeit, so wie er sie verstand, vertrat er auch seinem Monarchen gegenüber mit unerbittlicher Schärfe. Als Kaiser Wilhelm bei seinem Empfange des französischen Botschafters in Metz im Mai 1877 sich über die englische Neutralitätsdepesche nach Ausbruch des Russisch-türkischen Krieges kritisch äußerte, nahm Bismarck die Gelegenheit wahr, um dem Monarchen in ehrerbietiger Form vorzustellen, daß es ihm unmöglich sei, die Verantwortung für eine Politik zu tragen, die nicht die Seine wäre und auf deren Gang er keinen Einfluß auszuüben vermöchte: wenn die auswärtige Politik so rein persönlich betrieben werde, so könne er sich nicht mehr daran beteiligen, sondern müsse sein Rücktrittsgesuch erneuern. Der Kaiser suchte sich, fast in der Form der Verteidigung, zu verwahren: Briefe schreibe er nie ohne Bismarcks Wissen - aber den mündlichen Verkehr mit Fremden könne sich kein Monarch einschränken lassen; die

Randbemerkung Bismarcks grollte wuchtig: "doch, durch die Staats-Raison" - und der Kanzler wisse doch sehr gut, daß er, der Kaiser, in diesem Verkehr immer vorsichtig und daß er jedenfalls sein langes Leben treu und zuverlässig gewesen sei - die Randbemerkung Bismarcks setzte ein unerbittliches "früher, ja" daneben.[5]



Kaiser Wilhelm I. mit Kaiserin Augusta in Ems 1883.

Er hatte dauernd mit diesem Willen zu rechnen. Die seelische und körperliche Kraft dieses Achtzigjährigen wurde selbst durch das Attentat von 1878 nicht gebrochen. Noch im folgenden Jahre warf er in einer außenpolitischen Lebensfrage, dem Abschluß des Deutsch-österreichischen Bündnisses von 1879, die höchste Energie und Zähigkeit seiner Überzeugungen ins Gefecht, und das letzte Aufgebot persönlicher Überredung, vereinter Einwirkung aller Instanzen, und die immer mehr zur *ultima ratio* werdende Drohung mit dem Abschied mußte in Bewegung gesetzt werden, um den innerlich widerstrebenden Willen des Monarchen und den Willen des Kanzlers zu vereinigen. Erst seit dem Beginn der achtziger Jahre begann die Kraft des persönlichen Eingreifens des Kaisers nachzulassen und allmählich mit der ganzen Vitalität des Greises zusammenzuschrumpfen, ohne jemals ganz zu schwinden.

Wenn der Kaiser seinem Kanzler schließlich doch immer wieder das Opfer des Intellekts brachte, selbst in Fragen höchster Entscheidung, so empfand seine hochstrebende und geistig lebendige Gemahlin Augusta von Sachsen-Weimar in der Begrenzung ihres eigenen Willens tief das Übergewicht, das die Autorität Bismarcks sich gegenüber der Dynastie erworben hatte; schon persönlich trug sie schwer daran, daß sie aus der Einflußstellung einer vertrauten Beraterin ihres Gemahls, die sie bis zu Bismarcks Amtsantritt innegehabt hatte, von dem Minister gleichsam verdrängt wurde. Wenn sie früher eher im nationalen und liberalisierenden Sinne die Wege des konservativen Junkers gekreuzt hatte, war sie jetzt von dem entgegengesetzten Lager aus, von föderalistischen und katholisierenden Neigungen her, die erklärte politische Gegnerin des Reichskanzlers. Wie sie in der inneren Politik der Eröffnung und Zuspitzung des Kulturkampfes heftig widerstrebte, so verwarf sie auch die Außenpolitik, die in der Mitte der siebziger Jahre den Kampf gegen monarchisch-klerikale Bündnisbildung auf der ganzen Linie aufnahm: ihr schien der hohe Beruf der neuen Monarchie geradezu in der Führung der legitimistischen, konservativen, kirchlichen Kräfte Europas zu liegen. Bismarck mißtraute ihrem Einfluß auf den Kaiser, ihrem

dynastischen Briefwechsel, dem ganzen Netz von außenpolitischen und innenpolitischen Beziehungen, das ihre Geschäftigkeit wob; sein Konflikt mit dem Grafen Arnim traf nicht nur den unbotmäßigen Botschafter, sondern zielte noch höher hinauf, eben in jene Welt des Hofes, die der Person des Kaisers am nächsten stand und sie immer wieder ihren unsichtbaren Einwirkungen aussetzte.

Ganz anders, entgegengesetzt sogar, war die oppositionelle Stimmung begründet, die am kronprinzlichen Hofe gegen den Reichskanzler herrschte; aber sie verband sich letzten Endes doch wieder mit dem fürstlichen Selbstbewußtsein. Die alte Gegnerschaft, in der Kronprinz Friedrich Wilhelm und Kronprinzessin Victoria zusammen mit dem deutschen Liberalismus gegen Bismarck gestanden hatten, setzte sich wenig gemildert fort. Das Fürstenpaar lebte in dem Gefühl, dem Geiste der Zeit, in dem das neue Reich emporstieg, recht eigentlich wahlverwandt und doch von jedem wirksamen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge weit entfernt zu sein. Nach außen zurückgedrängt durch die Stellung des Vaters, der fast eifersüchtig über der Ausschließlichkeit seines herrscherlichen Willens wachte, sah sich der Kronprinz obendrein überall in dem Schatten des Mannes, der, zwischen den beiden fürstlichen Generationen stehend, die Dinge lenkte, die er geschaffen hatte. Obgleich Friedrich Wilhelm von Hause aus den Unitariern näherstand und während der Reichsgründung sogar zu Zwangsmitteln gegen den fürstlichen Partikularismus geraten hatte, begann er schon bald über die Omnipotenz des Kanzlers zu klagen, die sogar an die Mediatisierung der kleinen deutschen Fürsten denke und mit der Macht der Krone rivalisiere. Seine temperamentvolle Gemahlin konnte wohl, halb im Scherze den Kanzler herausfordernd, ihm sagen, er wolle aus Deutschland eine Republik und sich selber zu ihrem Präsidenten machen; aber ihre Meinung ging ernstlich dahin, sie wundere sich, daß er nicht offen erkläre: solange wie ich lebe, sind sowohl die Verfassung als die Krone suspendiert.[6] Der doppelte Vorwurf, die doppelte Front ist in ihrem Munde das Charakteristische. Solche Stimmungen des kronprinzlichen Paares hielten in den Briefen an die englischen Verwandten nicht zurück. Königin Victoria konnte, was sie an mißtrauischen Sorgen vor der unheimlichen Gewalterscheinung Bismarcks von ihren Ministern hörte, hier nur bestätigt sehen.



Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen mit Braut, Royal Prinzessin Victoria von England.

Dabei spielten in der Regel auch Gegensätzlichkeiten der großen

Politik in diese Urteile hinein. Wenn Bismarck aus Gründen der Staatsräson den dynastischen Sympathien Kaiser Wilhelms für Rußland manchmal einen Dämpfer aufzusetzen hatte, so mußten die Beziehungen des kronprinzlichen Hofes nach England hin und wieder die umgekehrten Bedenken erregen. Gerade wenn, wie es in den Jahren 1876 bis 1879 geschehen sollte, die englische und die russische Politik die Richtung gegeneinander nahmen und die deutschen Entschließungen sich auf der Linie London - Petersburg bewegen mußten, drohte unsachliche dynastische Vorliebe den abgewogenen Gang seiner Außenpolitik zu durchkreuzen, und sowohl von London wie von Petersburg her fanden politische Werbungen und Verstimmungen ihren Weg nach Berlin, in den Schoß der Dynastie. Hatte doch die Kronprinzessin mitten in der Krisis von 1875 kein Bedenken getragen, ihrer dafür sehr empfänglichen Mutter anzuvertrauen, wenn Deutschland ein Gegenstand allgemeinen Mißtrauens sei, so sei das unvermeidlich, solange Fürst Bismarck der einzige und allmächtige Leiter der deutschen Geschicke sei.[7] Dieser Briefwechsel konnte zwar nicht gefährlich werden, weil er für die praktische Geschäftsführung nicht ins Gewicht fiel, aber er trug mehr als einmal dazu bei, die Atmosphäre zu trüben. Viel ernster als solche Privatbriefe, in denen die Stimmung leicht wieder umschlug, nahm Bismarck es natürlich, wenn Zar Alexander in seinem persönlichen Briefwechsel mit dem alten Kaiser die deutsche Politik unter ausgesprochener Diskreditierung des Reichskanzlers bekämpfte; der denkwürdige Frontalangriff vom August 1879 erschien ihm sofort als eine Staatsangelegenheit von höchster Bedeutung. Aber man sieht, auch die persönlich-dynastischen Gegensätze, die seine Stellung umtoben, zielten letzten Endes auf den Kern seiner Politik, und es ist menschlich verständlich, daß er in solchem Kampfe immer mehr dazu gelangte, seine Person mit der Staatsräson gleichzusetzen, wie nur Friedrich der Große es getan.

Es versteht sich, daß beide dynastischen Beziehungen für Bismarcks Führung der Geschäfte ein höchst wertvolles Aktivum der deutschen Politik waren und demgemäß eine jede zu ihrer Zeit in seinem diplomatischen Geschäft nützlich verwandt wurden, als Mittel für den höheren Zweck der Sicherheit des Reiches. Das Problem, das seit der Reichsgründung in der Tiefe der deutschen Außenpolitik ruhte, die Mittelstellung zwischen Rußland und England, war durch das Nebeneinander dieser dynastischen Beziehungen jedenfalls kompliziert, es konnte dadurch erleichtert, aber auch erschwert werden. Mit der Zeit übertrug die Virtuosität der Diplomatie Bismarcks das bewährte System der Gegengewichte auch auf dieses Mitspielen eines dynastisch-europäischen Elementes in den Staatsgeschäften. Wenn er sich überzeugte, daß es dem alten Kaiser zu schwer falle, seine persönlichen Gefühle hinter den Staatsnotwendigkeiten zurückzustellen, suchte er mit Vorbedacht das englische Gewicht in die Waagschale zu legen, um jedes unsachliche Verschieben des Schwergewichts auszugleichen. Sobald dann die Möglichkeit einer Thronbesteigung der nächsten Generation näherrückte, setzte er um so mehr alles daran, gerade die Erhaltung des Drahtes nach Petersburg zu pflegen, um die deutsche Politik beizeiten vor einem allzu einseitigen Kurs nach der anderen Seite zu bewahren: auch für diesen Fall mochte das Vorhandensein des russischen Rückversicherungsvertrages als brauchbares Gegenmittel bereitgestellt sein. Als dann aber die Ablösung durch eine dritte Generation sich fast unvermittelt am Horizont erhob, der sogar der Ruf einer unbedingt russischen Haltung voranging, war es für Bismarck wieder an der Zeit, überlegt und behutsam das englische Eisen ins Feuer zu schieben. Der einzelne Schritt des Kanzlers mochte, für sich betrachtet, nach rechthaberischer Herrschsucht oder gar nach Intrige aussehen, er war schließlich einzig und allein durch die Staatsräson diktiert. Wie schwierig die Befestigung des Reiches in der europäischen Dynamik der Mächte schon von Natur war, sie empfing durch die dynastische Mitwirkung noch ihre besondere Note der Komplizierung, die sich in die allgemeine Melodie des Ganzen einordnen mußte. Nach außen hin legte Bismarck um so mehr Wert darauf, die Sachlichkeit seiner Politik zu betonen. Dem russischen Minister Herrn von Giers versicherte er im November 1883, "daß Preußen und Deutschland zu große Mächte seien, um von anderen Einflüssen als dem eigenen Staatsinteresse geleitet werden zu können, und daß selbst persönliche Vorliebe und Abneigung des Monarchen daran nichts änderten". Nach beiden Seiten stand er auf der Wacht.

Die Außenpolitik des Reiches war zu alledem die Außenpolitik eines Bundesstaates. Auch die führenden Gliedstaaten hatten ihre dynastischen Beziehungen, die vorwiegend, wie bei dem Münchner und Dresdner Hof, nach Wien gerichtet waren; wenn sie auch nur in der zweiten Linie standen, so konnten sie seit dem Bündnis von 1879 doch im Sinne der amtlichen Reichspolitik wirksam werden.[8] Aber längst vordem war das Vertrauen der Bundesfürsten zu der Geschäftsführung Bismarcks unbestritten. In dem Briefwechsel, in dem der Reichskanzler seit 1870 das persönliche Verhältnis zu König Ludwig von Bayern pflegte, wurde ihm immer wieder die volle Bewunderung über seine Leitung der Außenpolitik ausgesprochen.[9] Typisch ist das Geständnis, das König Albert von Sachsen am 27. Januar 1878 dem preußischen Gesandten machte: "In der äußeren Politik folge ich dem Fürsten mit verbundenen Augen. Da will ich überhaupt gar nicht gefragt sein, und da ist auch der Ausschuß im Bundesrat für die auswärtigen Angelegenheiten höchst überflüssig. Die Führung der äußeren Politik versteht doch kein Mensch so gut als er."[10] Welch ein denkwürdiges Dokument für die bedingungslose Hingabe desjenigen Souveränitätsrechtes, das einst das kostbarste Juwel der fürstlichen Kronen gewesen war und so viel Unheil in der deutschen Geschichte angerichtet hatte! Welch ein Wandel der Zeiten, wenn man schon in Dresden die Rechte geringschätzte, mit denen Bayern bei seinem Eintritt in das Reich wenigstens die Form bundesstaatlicher Beteiligung an der Außenpolitik gerettet zu haben glaubte. Es waren zwei Äquivalente für den schmerzlichen Verzicht, die Bayern in den Versailler Verträgen festlegte: der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, der unter seinem Vorsitz gebildet werden sollte und immerhin ein organischer Ansatz zu einer verfassungsmäßigen Entwicklung werden konnte, und das Gesandtschaftsrecht, das sich schon bald als inhaltloses Ehrenrecht enthüllte. Den Unitariern erschienen solche Konzessionen als schlimme Schönheitsfehler an der Reichseinheit,[11] als mögliche Quelle künftigen Unheils, denn noch stand dieses Geschlecht unter dem lebendigen Eindruck der zweideutigen Rolle, die einst die fremde Diplomatie an den kleinen Höfen gespielt hatte. Vor allem nach außen hin war absolute Einheit notwendig. Wenn in den Jahren 1867 bis 1870 die französische Regierung in berechnender Weise versucht hatte, norddeutsche Bundesstaatsregierungen zu internationalen Tagungen zuzuziehen, so hatte das Motiv auf der Hand gelegen; aber es ereignete sich noch im Januar 1875, daß Rußland seine Einladungen zu der Brüsseler kriegsrechtlichen Konferenz auch an deutsche Mittelstaaten versandte, so daß es einer amtlichen Beschwerde in Petersburg bedurfte, um den Rückfall in eine vergangene Zeit aus der Welt zu schaffen. So hohen Wert die Reichsleitung Bismarcks später darauf legte, im innerpolitischen Geschäftsgange stets im Namen der Verbündeten Regierungen zu sprechen und die bundesstaatliche Etikette streng zu wahren, in dem außerpolitischen Verkehr mit den fremden Mächten war es die Kaiserliche Regierung, die das Wort führte. Aber Bismarck war Realist genug, dem natürlichen Gang der Dinge vertrauend, die bayrischen Reservate als ungefährlich hinzunehmen. Der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten gewann schon darum kein Leben, weil er, im Unterschied von den übrigen Ausschüssen, keinen Geschäftsbereich besaß, der eine laufende Mitwirkung erfordert hätte: durch die Nichtbeteiligung Preußens war er rettungslos trockengelegt. Erst nach der Krisis von 1875 erinnerten sich die süddeutschen Regierungen der Einrichtung, die noch nicht einmal aus der Taufe gehoben war, und klopften mehr oder weniger geschickt in Berlin an, ob es nicht an der Zeit sei, den Ausschuß einzuberufen. So erwog denn Bismarck, wie sich dem Verfahren eine positive Seite abgewinnen ließe. Er entwickelte dem württembergischen Ministerpräsidenten von Mittnacht den Gedankengang: die bundesstaatlichen leitenden Minister, deren persönliches Erscheinen er zur Bedingung machte, könnten ihm als Zeugen und Eideshelfer dienen, so wie das englische Parlament die englische Politik unterstütze. Machen könne man diese Politik, die wie ein Kaleidoskop sei, nicht zusammen; aber Mitteilungen zu machen, vielleicht in Quartalsterminen, würde ihm ganz erwünscht sein.[12] Eine derart begrenzte Funktion, die dann ewig dazu verurteilt gewesen wäre, hinter den Ereignissen zurückzubleiben, konnte die Bundesratsmitglieder freilich wenig locken. Wohl aber konnte die Reichsleitung auch einmal von sich aus das Bedürfnis fühlen, in einem wichtigen Augenblick die "Zeugen und Eideshelfer" um sich zu versammeln. So hat Bismarck bei dem Abschluß des österreichischen Bündnisses auch den Bundesratsausschuß als eine ihm jetzt erwünschte Verstärkung seiner Position

in Bewegung gesetzt. Auf seinen Wunsch versammelte sich der Ausschuß am 16. Oktober 1879, und im Namen des Reichskanzlers machte der Minister Graf Stolberg eine Reihe vertraulicher Mitteilungen über die gepflogenen Verhandlungen; von einer Berichterstattung an das Plenum wurde abgesehen und weitere Schritte schlossen sich nicht an. Eine Wiederholung dieses einmaligen Vorganges fand während Bismarcks Staatsleitung nicht statt.

Um den Bundesmitgliedern die Information zu geben, die sie ein gewisses Recht hatten zu fordern, gab es auch noch andere Wege. Dem König von Bayern gegenüber fuhr der Reichskanzler, der dem persönlichen Bedürfnis gern den Vortritt vor den rechtlich-unpersönlichen Ordnungen gab, fort, den Weg des vertraulichen Briefwechsels im Bedarfsfalle zu beschreiten. So kam auch während der zweiten Hälfte seiner Staatsleitung, in der das föderalistische Element einen gewissen Spielraum im Innern gewann, in der Außenpolitik eine bundesmäßig-kollektive Beteiligung um so weniger in Frage, als seine Autorität auf diesem Gebiete nun vollends auf die Höhe stieg. Dagegen beobachtet man, daß er in diesen Jahren in den Sitzungen des preußischen Staatsministeriums ausführlicher in die außenpolitische Lage einzugehen pflegte; daß von den unpolitischen Ressortchefs einer auch nur eine Frage an den auswärtigen Minister gerichtet hätte, verbot sich durch ein ungeschriebenes Gesetz.

Nicht viel anders gestaltete sich die Mitwirkung des Reichstages an der Außenpolitik. Der Reichstag hatte das natürliche Bedürfnis, sich nicht grundsätzlich von diesen Dingen ausschalten zu lassen. Nach dem Brauch anderer parlamentarischer Staaten wünschte er das Mittel der Interpellation und die Praxis der Blaubücher zu üben, wenigstens in außerordentlichen Fällen; wobei man sich darüber nicht ganz klar war, daß diese erprobten parlamentarischen Methoden gerade in ihrem Mutterlande von der Regierung in ihrem Interesse virtuos gehandhabt wurden. Nach englischem Muster den Geschäftsgang durch wohlberechnete neugierige Anfragen zu kontrollieren, lag dieser Reichstagsgeneration, die das Übergewicht der Autorität des Reichsgründers lebhaft empfand, noch völlig fern. Nur die Zentrumspartei, in der sich das Lager der Besiegten von 1866 zusammengefunden hatte, liebte es, gelegentlich ihre Opposition auch auf die Außenpolitik auszudehnen; sie griff gern in die Vergangenheit zurück und benutzte etwa das Erscheinen von Lamarmoras Buch, um die Erinnerung an den Bruderkampf des Jahres 1866 aufzufrischen. Der Höhepunkt dieser Gegnerschaft fiel mit der antiklerikalen europäischen Außenpolitik Bismarcks zusammen. Als der Abgeordnete Majunke sie im Dezember 1874 scharf angriff, wurde sein Vorstoß - nachdem der Achilles sich grollend in sein Zelt zurückgezogen hatte - durch Rudolf von Bennigsens geschicktes Eingreifen in eine überwältigende Vertrauenskundgebung des Reichstags umgebogen.

Im Namen der regierungsfreundlichen Parteien geschah es, daß Bennigsen und Lucius, auf der Höhe der orientalischen Krisis, im Februar 1878, eine Interpellation an die Reichsregierung über die Lage richteten. Aber sie mußten erfahren, daß dieses Mittel dem Kanzler gegenüber nicht ganz einfach zu handhaben sei. Die Antragsteller hatten vorher in Varzin vertraulich angefragt, ob eine Interpellation nicht ungelegen komme; Bismarck hatte erst zustimmend geantwortet, meinte dann aber nach Überlegung, die Antwort würde ihm erleichtert werden, wenn er von feindlicher Seite angegriffen werden sollte. Als die von allen Parteien unterzeichnete Interpellation nicht mehr zurückgezogen werden konnte, erging er sich in unmutigen und drastischen Wendungen, da ihm der Wortlaut der Interpellation und vielleicht auch, wegen neuer Ereignisse, der gewählte Augenblick nicht passend erschien.[13] Man sieht, wie sehr es ihm widerstrebte, aus der bis dahin sorgfältig innegehaltenen Stellung in der Hinterhand herauszutreten und vor den Augen Europas das Seil zu besteigen. Aber der "feindliche Akt" der Interpellation, dem er sich am liebsten entzogen hätte, wurde von ihm in ein beispielloses Meisterstück, außenpolitische Fragen in einer parlamentarischen Arena zu behandeln, verwandelt. Der Reichstag wurde ihm zu einer Versammlung von Zeugen und Eideshelfern, einer mächtigen Resonanz, die seiner Politik den moralischen Rückhalt der Nation und einen weitreichenden Widerhall verlieh, nicht mehr und nicht weniger. Aber der Reichstag

erhob auch seinerseits nicht den Anspruch, diese Politik "mitmachen" zu wollen. Seine Mehrheit folgte, wie der König von Sachsen, dem Kanzler mit verbundenen Augen; soweit er damals auch das Feld seines innerpolitischen Tatendrangs dehnte, in der Außenpolitik wußte er sich klug zu beherrschen. Bismarck konnte selber das Seltene des Interpellationsherganges verbindlich dahin erläutern: "So ist das einmal ein Beweis persönlichen Vertrauens, welches man mir geschenkt hat, und zweitens ein Beweis, daß zwischen der Politik, wie sie geführt ist, und der Ansicht der Mehrheit der Landesvertretung volle Übereinstimmung geherrscht hat, die zu einer Dissonanz keinen Anlaß gegeben hat!"

Es war in der Natur der Dinge begründet, daß auch in anderen Staaten, selbst in solchen des rein parlamentarischen Systems, sich immer wieder eine Konzentration des außenpolitischen Willens in wenigen Händen und eine Geheimhaltung der außenpolitischen Geschäftsführung, selbst vor dem Parlamente, durchsetzte. In Deutschland war das Verhältnis von Autorität und Sachkenntnis, wie es sich seit der Reichsgründung herausgebildet hatte, so eindeutig bestimmt, daß eine parlamentarische Tradition außenpolitischen Interesses lange Zeit ganz hintangehalten wurde. Wir sehen, daß Bismarck schon nach mehr als einer Seite die Einheitlichkeit seiner Politik gegen dynastische Sonderwünsche, dilettantische Neugier und unvermeidliche Indiskretionen zu verteidigen hatte: seiner herrenhaften Natur würde es nicht entsprochen haben, seinen Anteil an dem im ständigen Fluß befindlichen Spiel der Mächte wie ein Zauberkünstler, der auch das Inwendige des Apparates zeigt, in parlamentarischen Kommissionsverhandlungen auf den Tisch zu legen. Zumal in den Jahren nach dem Eintritt des Reiches in die Staatengesellschaft und in der Epoche der heraufziehenden Orientkrise, in allen diesen Phasen eines wechselseitigen Sichabtastens der Mächte untereinander, würde sich eine andere Praxis der Geschäftsführung unter allen Umständen verboten haben. Nur ein ganz geschlossener und nur sich selber verantwortlicher Wille vermochte das sachlich im Orient nicht interessierte Reich so lange aus den Entscheidungen herauszuhalten, bis alle anderen ihre Stellung genommen hatten, um dann erst in die Hinterhand des Spieles zu gelangen und die Grundlagen einer deutschen und europäischen Sicherheitspolitik zu legen. So vereinigte sich alles, um an dem Kreuzweg so vieler Instanzen und in der Mitte so vieler Friktionen, die der verfassungsmäßige und der tatsächliche Apparat erzeugte, eine Omnipotenz des leitenden Willens in der Außenpolitik hervorzubringen, die in den achtziger Jahren immer höher ansteigend, in ihrer Geschlossenheit und Dauer ohne Beispiel in Europa war.

Daß diese Entwicklung, so wie die Menschen und die Institutionen waren, eine Notwendigkeit war, läßt sich nicht bestreiten. Daß sie ebenso unvermeidlich auch gewisse Kehrseiten erzeugte, wird erst im weiteren Verlaufe der Dinge offenbar werden. Sowohl in den Spitzen des Staates als auch in den breiteren Schichten des Volkes gewöhnte man sich daran, daß die Außenpolitik in den besten Händen liege und dem **Einen** zu überlassen sei. Gewiß wurde auch im englischen Ministerium das innere Kabinett, das um die Geheimnisse der Außenpolitik wußte, mit der Zeit zu einem kleinen Ausschuß in einem Kreise höchst oberflächlich unterrichteter Fachminister, aber die Einsamkeit und Höhe des *Jupiter tonans*, von der aus Bismarck etwa im preußischen Staatsministerium oder vor dem Reichstag den Schleier gelegentlich lüftete, schuf doch eine allzu große Distanz. Im Ministerium erschien er wie ein Staatsmann in einem Kreise hoher Beamter, bei denen nach deutschem Brauch Ressortgeist und Spezialistentum die Vorhand vor dem großen Zusammenhang und dem politischen Instinkt besaßen.[14] Im Reichstage hielt sich vollends das außenpolitische Urteil in bescheidenen Grenzen. Man lernte wenig auf dem Instrumente spielen, mit dessen Hilfe sich der äußere Lebenswille großer Völker mit den inneren Bewegungen in Verbindung setzt. Auch die publizistische Beteiligung, in die Bismarck frühzeitig mit virtuoser Kunst einzugreifen gelernt hatte, überschritt selten ein höheres Niveau und war häufig auch dilettantischen, manchmal sogar verant-wortungslosen Bemühungen zugänglich. So blieben die Massen des gebildeten Volkes in diesem Teile ihrer politischen Erziehung allzusehr zurück und lebten im Grunde, wie einst im absoluten Staate, in einer bequemen Entfernung von den Lebensfragen der Nation. Wo man aber über diesen Kreis hinaustrat, war der gute Wille in der Regel stärker als Sachkunde, Takt und Instinkt.

Bismarck war als Politiker gewöhnt, die außenpolitische Staatsleitung, statt sie zu isolieren, nur im Zusammenhange mit der inneren Staatsleitung anzusehen. Er war sich bewußt, daß das eine immer in das andere hineinspiele, und daher am besten von **einem** Willen nach einem einheitlichen Plane gelenkt werde. In der kurzen Episode, in der er sich von den preußischen Staatsgeschäften zurückgezogen und auf die Reichsleitung beschränkt hatte, am 13. Dezember 1872 schrieb er darüber an Roon: "Eine Trennung der auswärtigen Politik des Reichs von den innern Reichsgeschäften erscheint mir überhaupt sachlich unausführbar aus dem doppelten Grunde, daß das Deutsche Reich erst vor kurzem seine Stellung unter den Mächten eingenommen hat, und daß seine Mitglieder, während sie nach außen ein geschlossenes Ganzes bilden, untereinander in gewissen Beziehungen von internationalem Charakter stehen."[15] Der innenpolitische Prozeß der Vereinheitlichung des Reiches stand für ihn in unlösbarer Verbindung mit der Führung der Außenpolitik; er gewöhnte sich immer mehr daran, diese Verbundenheit aller Dinge untereinander, in der ein Schlag tausend Verbindungen schlägt, als die Berechtigung der einheitlichen Führung anzusehen. Von der unangefochtenen Position der einheitlichen Außenleitung griff er in das allmählich sich reicher entfaltende innere Leben des Reiches über.

Die ersten Aufgaben der inneren Reichspolitik nach 1870 bestanden darin, diejenigen Lebenssphären des deutschen Volkes, die in den älteren Nationalstaaten längst einheitlich geordnet waren, durch gemeinsame Reichsinstitutionen zusammenzufassen, und mit der Idee der Einheit, die einen fast magischen Charakter für die letzte deutsche Generation gewonnen hatte, den Sondergeist mit allen seinen in Jahrhunderten erwachsenen Merkmalen der Zersplitterung zu überwinden. Wenn das Reich zu einem Nationalstaat werden wollte, mußte es seine Kompetenz wieder in die Hoheitsrechte der Bundesstaaten, die nur auf Kosten des alten Reiches erwachsen waren, Schritt für Schritt hineinschieben: das aber bedeutete nicht nur ein Einschmelzen von mittelstaatlichen und kleinstaatlichen, sondern auch von preußischen Hoheitsrechten.

Bismarck war gegen Ende der sechziger und in der ersten Hälfte der siebziger Jahre entschlossen, auf diesem Wege weit voranzuschreiten. Er setzte im Jahre 1869 der Warnung eines partikularistisch gesinnten Staatsrechtslehrers: die Gefahr für die Einzelstaaten, allmählich ihrer Befugnisse entkleidet zu werden, bestehe auch für Preußen, kühn und gelassen ein "*accipio*" entgegen; und wenn jener die Frage aufwarf, ob Preußen im Norddeutschen Bunde völlig aufgehen oder innerhalb seines staatlichen Gebietes eine selbständige Existenz behaupten solle, so trug er kein Bedenken, die erstere Alternative ausdrücklich zu bejahen. Dabei war er sich bewußt, auf starke preußische Widerstände zu stoßen. Hatte er doch damals Mühe genug, dem preußischen Kriegsminister von Roon, der die Marine nicht als norddeutsche Bundeseinrichtung, sondern als preußische Einrichtung wollte, klarzumachen, daß Mecklenburg, Oldenburg und die Hansestädte auf ihre Seehoheit nicht zugunsten des Königs von Preußen, sondern des Bundesoberhauptes verzichtet hätten.[16] Ja, er sprach seinem altpreußischen Genossen sogar die Hoffnung aus, daß er die Zeit erleben werde, "wo unsre Söhne es sich zur Ehre rechnen werden, den Söhnen des Königs in einer Königlich deutschen Flotte und dem Königlich deutschen Heere zu dienen".[17] Aber schon während des deutsch-französischen Krieges machte er die Erfahrung, daß die zweite seiner Hoffnungen dem Lauf der Dinge weit vorauseilte. Als der Großherzog Friedrich von Baden in Versailles die badische Militärhoheit freiwillig aufgab, um sie in edler Wallung der Idee des neuen Reiches zum Opfer zu bringen, gelang es ihm nicht, sie in einem deutschen Reichsheer aufgehen zu lassen; niemals dachte der preußisch-militärische Geist weniger daran, sich zugunsten eines deutschen Zukunftsheeres zu verflüchtigen, und der Großherzog mußte statt der Reichskokarde, an die er für seine Truppen neben der badischen gedacht hatte, die preußische Kokarde annehmen. Bismarck aber stand, mit einer gewissen Erbitterung, in den Verhandlungen über die preußisch-badische Militärkonvention auf der Seite des Großherzogs, da er instinktiv fühlte, daß es sich in diesen verhältnismäßig geringen Fragen um einen symbolhaften Vorgang handele. Ob er damals schon in vollem Umfang überschaute, daß die verfassungsmäßigen süddeutschen Reservatrechte grundsätzlich auch dem preußischen Reservat, das unausgesprochen, aber mächtig und urwüchsig,

hinter den Dingen stand, zugute kommen mußten?

Damals fühlte der Gründer des Reiches sich von der aufsteigenden Welle der Einheit getragen, und er konnte darauf rechnen, daß ihm der unitarische Tatendrang des Reichstages zur Seite stehen werde, der in dem Werke der Vereinheitlichung seine nationale Ehrenpflicht, seinen politischen Rechtstitel und seine nächste praktische Aufgabe erblickte. Die Idee der Einheit und die Idee des Parlaments hatten in der Geschichte der Nationalbewegung von jeher zusammengehört. Bismarck hatte das demokratische Prinzip, das in dem Frankfurter Versuche der Reichsgründung von 1848/49 das Ganze des Staates zu tragen bestimmt war, wenigstens als ein mittragendes politisches Element in seinen Aufriß des Reichsgebäudes übernommen. Er hatte die deutsche Volksvertretung auf Grund des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts als Ziel verkündet, als er im Frühjahr 1866 in den großen Kampf um die Macht hineinging, um mit diesem Verbündeten die partikularistischen Gegenkräfte aus dem Felde zu schlagen; er verließ sich bei diesem gewagten Schritte auf die Massen der monarchisch gesinnten ländlichen Bevölkerung in Preußen und traute ihnen sogar zu, die bürgerliche Mittelschicht der Liberalen zu überflügeln. Die Wirkungen des demokratischen Wahlrechts schienen auch seine Kreise nicht zu stören, so lange der große Antrieb seiner erfolgreichen Politik von 1866 und 1870/71 die Stimmung des Volkes beherrschte. Mit diesem auf breiter Basis ruhenden Organ des Reichstages glaubte er dem nationalen Lebenswillen ein kräftiges Instrument, dem zunächst noch lockeren Gefüge des Reiches eine unzerbrechliche Klammer im Sinne seiner Ordnung geschaffen zu haben.

Die großen Ereignisse der Reichsgründung hatten zu einer inneren und äußeren Umgestaltung des deutschen Parteilebens geführt. In den ersten Reichstagen überwog stark die Stimmung der liberalen Nationalpartei, die einst den nationalen Staat auf ihrem Wege erstrebt hatte, sich jetzt aber, mehr oder weniger bereitwillig, in die von Bismarck geschaffene und seinen Stempel tragende Wirklichkeit hineinfand. Dieser staatlicher und realistischer gewordene Liberalismus gab dem Reichstag die Signatur und dem öffentlichen Leben die beherrschende Farbe; seine Anziehungskraft dehnte sich auch auf politische Elemente aus, die aus dem alten konservativen Lager Preußens und der Mittelstaaten kamen, oder auf dem Boden der Demokratie erwachsen waren, jetzt aber dem Zuge der Zeit und dem Zwang zum Handeln sich nicht entziehen mochten. Mit Genugtuung glaubte Bismarck das Hineinwachsen immer breiterer befriedigter Schichten in die neue Ordnung feststellen zu können: er verzeichnete damals voll optimistischer Hoffnung auf längere Fristen, "wie stark und massenhaft die Bekehrung gewesen ist und noch ist von roten zu gemäßigten Liberalen, von gemäßigt liberalen zu konservativen Gesinnungen, von doktrinärer Opposition zu dem Gefühl des Interesses am Staate und der Verantwortlichkeit für denselben".[18] Vom Standpunkt der alten Ideale gesehen, hatten die Liberalen allerdings Wasser in den brausenden Wein der Jugend gießen müssen. So hatte Rudolf von Bennigsen im Jahr 1866 nach der deutschen Revolution, die Bismarck vollzogen hatte, die liberalen Aufgaben der Zukunft beurteilt: "Mehr kann die Nation zur Zeit nicht verlangen, die doch an der heilsamen Krisis dieses Jahres ziemlich unschuldig ist und vorerst gar keinen begründeten Anspruch erheben kann, von der preußischen Krone und dem deutschen Richelieu den Parlamentarismus und den ganzen Komplex von Freiheiten in Gnaden verliehen zu erhalten".[19] Man mußte sich bescheiden, fortan mit diesem deutschen Richelieu zusammen, der in dem liberalen Lager fast eine stärkere Resonanz fand als in den altkonservativen Kreisen seiner Herkunft, die innere Gestalt des neuen Reichs zu formen, in ständigem Ringen, aber auch in ständigem Zusammenwirken. Die alten Gegensätze zwischen Krone und Parlament schienen vertagt und zurückgetreten, aber auf dem Grunde war doch der Glaube der Liberalen ungebrochen, ein gutes Teil der eigenen Ideale, in einer machtvollen Stellung des Reichstages verkörpert, der neuen Schöpfung einverleiben zu können. Es war die zweite oder dritte Generation dieses Liberalismus, nicht mehr so ursprünglich und einheitlich wie ihre Väter, in ihren weltanschaulichen Begründungen längst mehr in die Breite als in die Tiefe gehend, in ihrer Stellung zum geschichtlichen Staate nicht mehr auf das Prinzip, sondern auf den realpolitischen Kompromiß gestellt, aber doch mit dem großen Strome einer Entwicklung marschierend, die auch auf dem

weiteren europäischen Schauplatze noch immer eine der stärksten Lebensmächte verkörperte. In diesem nationalen Liberalismus überwog das bürgerliche Element mit seinen klassenmäßigen Ideologien und Interessen; wirtschaftlich griff es begierig nach den neuen Möglichkeiten, die der sich dehnende Körper des großen Nationalstaates ihm gewährte; noch schien seine Stellung stark genug, die entfesselten Kräfte des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in sein Strombett zu lenken. Einheitlicher und freiheitlicher Ausbau des Reiches, das war die Parole, die allen diesen nationalen und liberalen Strömungen den Glauben, den Schwung und die Berechtigung gab.

Das demokratische Wahlrecht des Reichstages hatte aber nicht nur den Anhängern des Neuen einen mächtigen Auftrieb gegeben, sondern es sollte fast unerwarteterweise auch den Gegnern der Lösung von 1866/71 die politische Organisation ermöglichen. In dem Reichstage, dem heißersehnten Organ des nationalen Einheitswillens, fanden sich auch diejenigen zusammen, die an den vergangenen Idealen deutscher Lebensgestaltung festhielten. Es bildete sich eine geschlossene Partei, die einen großen Teil der katholischen Bevölkerung mit Hilfe der Geistlichkeit zusammenfaßte und als eine an das *Corpus catholicorum* des alten Reiches erinnernde politische Kampfgemeinschaft in den neuen Reichstag einzog. Wer die enge Verflechtung der kleindeutschen und großdeutschen Parteien mit den konfessionellen Gegensätzen verfolgt, wird kaum erstaunt sein, daß auch nach der großen Entscheidung von 1866 der Kampf auf einer anderen Ebene noch weiterging - diese konfessionellen Gegensätze waren nun einmal mit der Geschichte von Jahrhunderten, mit unseren höchsten Kraftanstrengungen und unserem geheimsten Wesen, mehr als es in irgendeinem anderen Volke der Fall war, verknüpft. Aber lief diese konfessionelle Parteibildung nicht dem Geiste des Einheitsgedankens zuwider, auf dessen ansteigender Flut das Reich seine Fahrt antreten sollte? Statt der erhofften Überbrückung der historischen Spaltung, die das deutsche Volk so abgrundtief zerrissen hatte, schien der Gegensatz, in seiner Unversöhnlichkeit wieder erwacht, ja die Scheidung der Geister zum politischen Prinzip erhoben zu sein. Diese Parteibildung betonte gegenüber dem unitarischen Zuge der Reichspolitik den föderalistischen Staatsgedanken und sammelte alle Elemente, die, statt in der formalen Einheit der Nation aufzugehen, vielmehr das Wesenhafte deutschen Lebens in der historisch erwachsenen Vielheit und Buntheit erblickten - ob sie nun echte, bodenständige Werte vertrat oder nur den Schein absterbenden Lebens widerspiegelte. Da das Zentrum recht eigentlich aus dem Lager der Besiegten von 1866 hervorging und sich einer Führung unterstellte, die sich auf der ganzen Linie der Politik Bismarcks entgegenwarf, übte es eine starke Anziehungskraft auf alle Geister des Widerspruchs aus, bis zu den Polen und Elsaß-Lothringern hin. Von einem obersten konfessionellen Prinzip zusammengehalten, konnte die Partei es wagen, obwohl historisch, legitimistisch, konservativ in der Grundtendenz, sich zugleich des ganzen Apparates parlamentarischer Ansprüche und demokratischer Forderungen zu bedienen; von den Massen und ihren gläubigen Instinkten reichte sie bis in die höchsten Kreise der Gesellschaft, ja bis in die Nähe des Thrones hinauf - eine fast unangreifbare, aber der Idee der Reichseinheit entgegengesetzte Gewalt. Wenn Bismarck den Arnim-Konflikt erbarmungslos verfolgte, wollte er zugleich die höfischen Verbindungen der Partei bis in ihre letzten Ausläufer treffen. Man begreift, daß für die Nationalpartei und ihr Selbstgefühl in diesem Lager der Gegner saß. Der Natur Bismarcks entsprach es vollends, den Angriff nicht abzuwarten, sondern ihm zuvorzukommen.

Insofern ist der Kulturkampf der siebziger Jahre, auf seinen politischen Kern beurteilt, eine Fortsetzung der innerdeutschen Kämpfe um die Gestalt und Einheit des Reiches. Wie man auch über den Ursprung und Verlauf des Kulturkampfes deuten mag, es steht außer Frage, daß Bismarck keineswegs die katholische Kirche als solche bekämpfen wollte, sondern nur das Ziel verfolgte, die politisch-konfessionelle Bildung des Zentrums, die auf dem außenpolitischen wie dem innenpolitischen Schauplatz seiner Staatsleitung feindlich war, zu sprengen. Die kirchenpolitischen Kampfpositionen und manche unerfreuliche Begleiterscheinungen des Kulturkampfes, die das religiöse Empfinden des katholischen Volksteils schwer verletzten, mögen preisgegeben werden, wie sie denn in den achtziger Jahren zu einem guten Teile wieder abgebaut worden sind. Der politische Kampf endete doch damit, daß die im Zentrum zusammengefaßten Bevölkerungsmassen

schließlich in das Reich und die Mitarbeit am Staate, der das letzte Ergebnis des Kampfes blieb, hineinwuchsen - das Zentrum zu sprengen, war dem Reichskanzler nicht beschieden, wohl aber sollte er erleben, daß es, bis auf einen Rest seiner historischen und konfessionellen Vorbehalte, mit der Zeit auf den Boden des Reichs hinübertrat.

Eine zweite unabsehbare Wirkung des demokratischen Wahlrechtes wurde nicht mit einem Schlage, sondern erst allmählich sichtbar. Der politische Kampf um den deutschen Staat in den letzten Generationen war begleitet von einem tiefgreifenden sozialen Umbildungsprozeß. Hinter den bürgerlichen Schichten, deren Wachstum den nationalen und liberalen Ideen einen starken Rückhalt gegeben hatte, regten sich immer heftiger die Kräfte der Tiefe, begann sich unter dem Einfluß radikaler Denker und glänzender Demagogen die politische Organisation des vierten Standes vorzubereiten. Schon während des Konflikts, in den Jahren 1863/64, hatte Bismarck sich bezeichnenderweise über ein Programm des demokratischen Wahlrechts und staatssozialistischer Experimente mit Lassalle zu einigen versucht, da er damals diese sich zum ersten Male regenden Zukunftsgewalten gegen die Liberalen auszuspielen Verlangen trug. Jetzt aber sollte sich erweisen, daß die Wirkungen des demokratischen Wahlrechts auf dem Schauplatz des neuen Reiches einen Umfang annehmen konnten, der alle taktischen Berechnungen weit hinter sich ließ. Jene starken demokratischen Antriebe, die im Jahre 1848 vorübergehend große Teile des Bürgertums und des Bauerntums erfaßt hatten, sollten in dem vierten Stande, der mit dem Eintritt der industriell-kapitalistischen Entwicklung zu unaufhaltsamem Wachstum berufen war, ihr eigentliches Arbeitsfeld finden; indem sie sich mit den sozialen Forderungen und den sozialistischen Utopien dieser Klasse verbanden, erzeugten sie das Ferment einer politischen Parteibildung, das sich nur schwer wieder lockern ließ. Ähnlich wie das Zentrum stand auch die Sozialdemokratie in internationalen Beziehungen, lebte auch sie in Ideologien, die über den Nationalstaat weit hinausreichten. Der Herrschaft der in dem neuen Reiche politisch und sozial befriedigten Klassen setzte sie den Glauben an einen Zukunftsstaat entgegen, der alle Ungerechtigkeiten beseitigen und alle Träume erfüllen sollte - welche weltgeschichtlichen Möglichkeiten sich hier in der Tiefe regten, hatte die Episode der Pariser Kommune von 1871 zum ersten Male der Welt bedrohlich offenbart. Auch Bismarck erkannte in diesem Augenblicke eine Zukunftsgefahr, die seiner Schöpfung gefährlich werden konnte. War der konfessionelle Gegensatz das Erbteil von Jahrhunderten, dem man sich auch bei dem Ausbau des neuen Reiches nicht entziehen konnte, den man vielmehr auch auf dieser Ebene noch einmal auskämpfen und in sich überwinden mußte, so handelte es sich bei dem Auftauchen der sozialen Frage und ihrer sozialistischen Lösungsversuche um eine Zukunftsgewalt, mit der sich der neue nationale Staat auf dem Kampfplatz der Idee und der Realität auseinanderzusetzen hatte. So stieg hier mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts in dem Reiche eine Macht empor, mit deren radikalem Oppositionswillen Bismarck eines Tages den Kampf aufnehmen mußte. Wie allen Großen in der Geschichte war auch ihm das Schwerste beschieden: mit den Kräften, die er selbst hatte entfesseln helfen, auf einem Schauplatz, den er ihnen selbst bereitet hatte, um den Bestand seiner Schöpfung zu ringen.[20]

Aus dem Ausbau der einheitlichen Reichsinstitutionen in den siebziger Jahren greifen wir im folgenden einige beherrschende Züge auf, um von der Richtung der politischen Arbeit eine Vorstellung zu geben. Die Vereinheitlichung war kaum umstritten und verhältnismäßig leicht durchführbar in allen Dingen des Handels und Verkehrs, die von jeher dem Einheitsbedürfnis einen kräftigen materiellen Auftrieb vermittelt hatten. Zu der Einheitlichkeit von Münze, Maß und Gewicht, zu der zentralen Institution der Reichsbank, gesellte sich nun die Einheitlichkeit von Post und Telegraphen, nur durch einige süddeutsche Reservate begrenzt; der Unternehmungsdrang der Reichspost ging freudig an die Aufgabe, das neue Reich mittels der Gebäude und Einrichtungen einer Reichsbehörde bis in das entlegenste Dorf symbolisch zur Anschauung zu bringen. Schwieriger war schon das Unternehmen, ein so überragendes Verkehrsmittel wie die Eisenbahnen grundsätzlich dem Reiche zu überweisen, und damit den mit der Begründung des Zollvereins eingeleiteten Prozeß der wirtschaftlichen Vereinigung in einer überwältigenden Weise zu vollenden.

In der ersten Hälfte der siebziger Jahre hatte der Reichskanzler dieses weit ausschauende Ziel mit vollem Vorbedacht auf sein Programm gesetzt: "Es ist die feste Absicht des Fürsten Bismarck, das ganze Eisenbahnwesen im Deutschen Reiche unter eine effektive Reichskontrolle zu bringen", schrieb der sächsische Bundesratsbevollmächtigte am 5. März 1873.[21] Aber es war die Frage, ob der einzelstaatliche Eisenbahnbau nicht schon zu weit vorgeschritten und das Eisenbahnwesen überhaupt mit den wirtschaftlichen Sonderinteressen, den Finanz- und Verwaltungsbedürfnissen der größeren Einzelstaaten allzu eng verflochten war, um an ein so gewichtiges Hoheitsrecht von Reichs wegen tasten zu dürfen.

Längst von der Nation ersehnt war die Vereinheitlichung der ganzen bürgerlichen Rechtssphäre. Seitdem die einheitliche Lebensform des nationalen Rechts den Deutschen im Mittelalter verlorengegangen war, brachte ihnen das alltägliche Dasein zum Bewußtsein, wieviel noch an der ideellen Einheit der Nation fehle. So wurde zunächst die Einheitlichkeit der Gerichtsverfassung, des Gerichtsverfahrens, des Strafrechts ohne ernstere Widerstände durchgeführt; nur hier und da spielten politische Erwägungen in die Neuordnung hinein; die Wahl Leipzigs zum Sitz des Reichsgerichts war ein merkwürdiges Kompromiß zwischen unitarischen und dezentralistischen Bemühungen.

Einen weit längeren Atem erforderte die Begründung eines einheitlichen bürgerlichen Rechtes, in dem die Deutschen sich im Laufe der Jahrhunderte immer weiter auseinandergelebt hatten; römisch-rechtliche Gebiete wechselten mit Gebieten einzelstaatlicher Kodifikation ab, und selbst ein Überrest der Fremdherrschaft hatte im französischen Recht auf dem linken Rheinufer sich erhalten. Nachdem schon im Norddeutschen Reichstage auf Antrag Miquel-Lasker die Überweisung der gemeinsamen Gesetzgebung über das gesamte bürgerliche Recht an den Bund beschlossen worden war, hatte der Reichstag diese Beschlüsse erneuert, aber erst im April 1873 waren alle Widerstände im Bundesrate überwunden. Jedoch selbst hier suchte die föderalistische Opposition des Zentrums sich in den Weg zu stellen. Sein Führer Windthorst stimmte ein bewegliches Klagelied an, daß die deutschen Fürsten den größten Schmuck ihrer Krone, die Justizhoheit, zu den Füßen Laskers niederlegten, und verstieg sich sogar zu der hämisch berechneten Prophezeiung, daß vom 2. April 1873 an die noch anscheinend souveränen Monarchen in der Lage der Standesherren sein würden, das Haus Wittelsbach die Stellung des Hauses Hohenlohe einnehmen würde.[22] Es war nur eine Stimme aus vergangenen Tagen deutscher Geschichte. Als nach den gründlichsten Vorbereitungen, in denen die tiefsten Probleme unserer geschichtlichen Rechtsentwicklung zur Sprache kamen, das Bürgerliche Gesetzbuch vom Reichstage verabschiedet wurde, sollte auch das Zentrum seinen Stolz darein setzen, bei dem parlamentarischen Abschluß des nationalen Gesetzgebungswerkes führend mitzuwirken.

Bei jeder der großen Institutionen des Reiches mußte sich die Auseinandersetzung zwischen dem Ganzen und den Teilen, innerhalb des Ganzen zwischen Reichsregierung und Reichstag wiederholen. Sehr bemerkenswert trat das bei der gesetzlichen Festlegung der Heeresverfassung zutage. Die Reichsverfassung war nicht so weit gegangen, ein einheitliches deutsches Reichsheer zu schaffen, sondern hatte starke Unterschiede bestehen lassen. Neben dem preußischen Heere blieben die einzelnen Kontingente der Bundesstaaten bestehen, die allerdings größtenteils durch Militärkonventionen dem preußischen Heere vollkommen eingegliedert waren, während die Kontingente von Württemberg und Sachsen eine größere Selbständigkeit als besondere Einheiten mit eigener Militärverwaltung behaupteten; die bayrische Armee dagegen stellte - es war das Bedeutendste der Versailler Reservate - einen in sich geschlossenen Bestandteil des Bundesheeres mit selbständiger Militärverwaltung unter Militärhoheit des Königs von Bayern dar, wenn auch mit gemeinsamen Einrichtungen in Friedenspräsenzstärke und Organisation. Diese unregelmäßige Ordnung, in deren Abstufungen der historische Vorgang der Reichsgründung fortlebt, ist unverändert bis zum Weltkriege erhalten geblieben. Das Reichsmilitärgesetz von 1874 hatte nur die Aufgabe, diese vertragsmäßig begründete Ordnung in den Gesamtrahmen der Reichsinstitutionen

einzufügen. Der Entwurf der militärischen Seite schlug eine zeitlich unbeschränkte gesetzliche Festlegung einer Friedenspräsenzstärke von 401 659 Mann vor, wie sie im Interesse der Stetigkeit der Organisation lag. Für den Reichstag aber war die gesetzliche Festlegung der Präsenzstärke auf unbestimmte Zeit eine Beeinträchtigung seines Budgetrechts und seiner politischen Kompetenz überhaupt. Wenn es dem preußischen Militärstaat, der an der Begründung des Reiches einen so großen Anteil hatte, widerstrebte, sein ganzes Gefüge in eine jährlich sich wiederholende Abhängigkeit von einer parlamentarischen Körperschaft zu setzen, wollte der Reichstag nicht das weitaus größte Gebiet des ganzen Finanzhaushalts seiner Mitwirkung und Beschlußfassung dauernd entzogen wissen. Es war natürlich, daß dieser Gegensatz, den prinzipiell zu erneuern die Erinnerung an den preußischen Militärkonflikt nicht ermutigen konnte, auf einer mittleren Linie verglichen wurde. Der Kompromißweg der Bewilligung auf sieben Jahre (Septennat) war an sich äußerlicher Natur, aber so zweckmäßig, daß er in den Jahren 1881 und 1888 wiederholt wurde. Wenn auch das Reichsheer äußerlich kein ganz einheitliches Gebilde war, so konnte doch weder das bayerische Reservat noch das Septennat seiner Geschlossenheit und Schlagfertigkeit das geringste anhaben, und der geschichtliche Verlauf hat den unwiderleglichen Nachweis erbracht, daß Bismarck recht daran tat, in der Form nachgiebig zu sein, wenn nur in der Sache das Ziel erreicht ward.

Wenn hier die machtpolitischen Hintergründe durch einen glücklichen Kompromiß überbrückt wurden, so mußten sie erkennbarer hervortreten, sobald es sich darum handelte, das Reich, das ursprünglich nur als Kostgänger der Einzelstaaten seine anfangs geringen finanziellen Erfordernisse deckte, mit dem Wachsen seiner Kompetenzen und seines Bedarfs finanziell auf eigene Füße zu stellen. Sobald dem Reiche eigene Finanzquellen erschlossen werden sollten, stand man vor der Frage, in welchem Umfange dafür direkte und indirekte Steuern und Zölle herangezogen werden sollten. Die Entscheidung darüber war nicht nur eine technische Frage finanzpolitischer oder wirtschaftspolitischer Natur, sondern sie betraf mit der Abgrenzung von Reichsfinanzen und Einzelstaatsfinanzen auch das grundsätzliche Verhältnis zwischen dem Ganzen und seinen Teilen, den Charakter des bundesstaatlichen Aufbaus, an der entscheidenden Stelle; sie rührte schon empfindlicher an das Problem Reich und Preußen, das von Anfang an nicht so scharf gestellt war, wie wir es heute sehen, aber bei dem Umsichgreifen der Reichskompetenz sich doch bereits sichtbarer herausstellte; sie betraf, sobald die Einnahmen aus Zöllen für das Reich herangezogen wurden, auch die prinzipielle Entscheidung über die einzuschlagenden Wege der Wirtschaftspolitik. Vor allem rückte mit allen diesen Fragen das Verhältnis zwischen Reichsregierung und Reichstag, die Mächteverteilung unter den Gewalten und Organen des Reiches in den Mittelpunkt. Man war an dem Punkte angelangt, wo die unitarischen Tendenzen eine geheime Wahlverwandtschaft mit dem parlamentarischen System verrieten. Es mußte eines Tages zu einer umfassenden Machtprobe kommen, die sowohl über das Problem Unitarismus - Föderalismus als auch über das Problem Krone - Parlament entschied.

Bismarck hatte das Unbefriedigende in dem Verhältnis zwischen Reich und Preußen längst erkannt; um der "Gefahr der Trockenlegung von Reich und Bundesrat durch den Partikularstaat Preußen" vorzubeugen, suchte er das Heilmittel "in Ausdehnung des Systems der Personalunion, wie sie bisher im Monarchen, im Kanzler, im Kriegsminister und im Auswärtigen besteht".[23] Er hatte schon 1869 in den Funktionen, die der preußische Kriegsminister, der preußische Finanzminister und der Handelsminister für den Bund übernehmen mußten, den tatsächlichen Übergang zu einem wirklichen Bundesministerium "mit einer nach englischem Muster schärfer akzentuierten Verantwortlichkeit des Kanzlers als Ministerpräsidenten gesehen".[24] Nachdem der systematische Ausbau sich lange verzögert hatte, entschloß er sich, dem Führer der Nationalliberalen ein preußisches Ministerium, Inneres oder auch Finanz, in Verbindung mit dem Amt eines Vizekanzlers im Reiche anzubieten. Er lud Ende Dezember 1877 Bennigsen zu einer Verhandlung nach Varzin, deren Inhalt eine verfassungsmäßige Ordnung der Stellvertretung des Reichskanzlers, eine Modifikation der Reichsämter und ihrer Beziehungen zu den preußischen Ministerien und schließlich die Finanzfragen, Zoll- und Steuerreform, umfaßte. Es schien, als ob die Praxis der

bisherigen Zusammenarbeit mit den Liberalen nach der persönlichen wie nach der sachlichen Seite vertieft werden sollte. Bismarck mußte aber erkennen, daß die politischen Forderungen der Liberalen noch über den Inhalt seines nächsten Programms hinausgingen, und wenn er schon dadurch zweifelhaft werden mochte, so wurde er gleich darauf durch einen ungewöhnlich scharfen Brief des Kaisers, daß er Bennigsen in einer hohen Stellung im Staate nicht wünsche, an einem weiteren Vorgehen auf dem beabsichtigten Wege gehindert. Das Altpreußentum verwarf aus legitimistischen und persönlichen Empfindungen heraus den Führer der alten Nationalpartei.

Die Notwendigkeit für Bismarck, nunmehr einen anderen Weg einzuschlagen und statt der verstärkten Fühlung mit den Liberalen die Möglichkeit einer Ablösung von ihnen in Betracht zu ziehen, wurde ihm durch äußere Vorgänge erleichtert. Der Tod des Papstes Pius IX. und die Nachfolge eines versöhnlichen Papstes zeigte plötzlich die Möglichkeit, den Kulturkampf abzubrechen, sich zunächst auf dieser Front von der Mitwirkung der Liberalen zu befreien und andere Bundesgenossenschaften vorzubereiten. Die Attentate des Mai und Juni 1878 gaben eine Gelegenheit, in der Innenpolitik das Steuer scharf nach rechts, nach der Befestigung der staatlichen Autorität, herumzuwerfen. Der Reichskanzler wurde sich klar über die Gefahren, die für seine Schöpfung auf deutschem Boden aus dem extremen Flügel der Sozialdemokratie aufsteigen konnten, und entschloß sich, sie durch ein scharfes Ausnahmegesetz zu bannen, das der Sozialdemokratie jegliche politische Betätigung so gut wie unmöglich zu machen bestimmt war. Damit wurde ein gutes Teil der demokratischen Kräfte in den Untergründen des politischen Lebens gleichsam abgeriegelt. Mit diesen, in der Periode von 1878 bis 1890 mehrfach erneuerten Maßnahmen wurde eine politische Wendung im Sinne der besitzenden Klassen, der staatlichen Autorität und der ihr gefügigen Ordnungsparteien eingeleitet. Der einseitige Klassencharakter des Sozialistengesetzes wurde zwar durch eine groß angelegte Sozialpolitik, über die noch zu sprechen sein wird, gemildert, aber keineswegs beseitigt. Die Wirkung der Ausnahmegesetzgebung konnte den politischen Emanzipationsprozeß, in dem die sozialen Tiefen aus dem Dunkel sich ans Licht rangen und ihren Anteil an der politischen Machtverteilung forderten, auf die Dauer nicht aufhalten. Es war sogar die Frage, ob das neue Reich, das die allgemeine Wehrpflicht, das allgemeine Wahlrecht und die allgemeine Schulpflicht als demokratische Institutionen in seinen Aufbau aufgenommen hatte, auf die Dauer so große Gruppen der rasch anwachsenden industriellen Arbeiterschaft als Volksbestandteile minderen Rechtes behandeln konnte. Zunächst trug auch das Sozialistengesetz dazu bei, die allgemeine machtpolitische Auseinandersetzung mit den Liberalen zu erleichtern. So verband sich ein Motiv mit dem andern, um die Reichsleitung von den politischen Gewalten abzulösen, die bisher auf Unitarisierung und Parlamentarisierung hingearbeitet hatten, und statt dessen sich denjenigen Elementen zu nähern, die bisher aus konservativen oder föderalistischen Gründen in Zurückhaltung oder Opposition verharrt hatten.

Bismarck hatte schon nach der Auflösung des Reichstages im Sommer 1878 auf eine Umbildung der Parteien aus überwiegend formal-verfassungsrechtlich orientierten zu vorwiegend produktiv-wirtschaftlich interessierten Parteien hingearbeitet - um die einheitliche Stoßkraft des parlamentarischen Machtwillens zu lähmen. Die überfraktionelle Bildung einer schutzzöllnerisch gesinnten Wirtschaftsgruppe im Reichstage kam seinen Absichten entgegen und zeigte an, daß eine Verlagerung der politischen Kräfte im Entstehen war. Und dieser neuen Mehrheit fiel jetzt die Entscheidung über die finanz- und wirtschaftspolitischen sowie die reichsorganisatorischen Probleme zu. Die Reichstagskämpfe um den Zolltarif von 1879 stellte die erste Erprobung eines neuen politischen Systems dar.

Der Übergang zum Schutzzollsystem war ein weiterer Schritt, das Wirtschaftsgebilde des Deutschen Reichs vollends zu einer Einheit zu verschmelzen; die bisherige Ausnahmestellung der Städte Hamburg und Bremen war jetzt so gut wie unmöglich gemacht. Jene Gedanken, die einst Friedrich List in seinem nationalen System der politischen Ökonomie entwickelt hatte - der eigenwüchsige ökonomische Nebenstrang der deutschen Nationalbewegung um die Mitte des

Jahrhunderts - sollten von nun an eine Verwirklichung erleben und der wirtschaftlichen Schwerkraft des Reiches in dem Wettbewerb der Welt einen mächtigen Auftrieb geben. Wie einst der Freihandel im Zollverein zumal seit 1860 eine natürliche Wahlverwandtschaft mit dem Liberalismus und seinen parlamentarischen Tendenzen besessen hatte, so entsprach die Organisation der schutzzöllnerischen Wirtschaftskräfte einer Neugruppierung von konservativen Elementen unter der Führung der staatlichen Autorität. So begann sich die eingetretene parteipolitische Wendung im deutschen Leben unter der Einwirkung wirtschaftspolitischer Motive immer mehr zu vertiefen: eine unaufhaltsam vordringende Erscheinung, der die Parallelen in anderen Ländern nicht fehlen. Man hat wohl beklagt, daß dadurch auch dem Eindringen der materiellen Interessen in das politische Leben Tor und Tür geöffnet worden sei. Aber die analogen politisch-wirtschaftlichen Kämpfe in anderen Staaten scheinen doch den Beweis zu liefern, daß diese Entwicklung allgemein und unvermeidlich war. Allerdings hat Bismarck, indem er diese Kräfte zu sich herüberriß und sie gleichsam in das Strombett seiner Reichspolitik zu lenken verstand, ihnen eine mächtige Förderung zuteil werden lassen. Nur wäre es eine Illusion zu glauben, daß sich etwa bei einer mehr parlamentarischen Staatsform das Ansteigen der wirtschaftlichen Motive im staatlichen Leben überhaupt hätte hintanhalten lassen. Nur dahin waren damals die Dinge noch nicht gediehen, daß das wirtschaftliche Interesse unmittelbar bestimmend in die politischen Beziehungen der großen Nationalstaaten eingegriffen hätte. Mochten auf dem inneren Schauplatz auch Politik und Wirtschaft einander stärker durchsetzen, auf dem äußeren Schauplatz galt für die großen Mächte noch der Primat der rein politischen Berechnungen in der Gestaltung ihrer Beziehungen, und Bismarck würde, wie er den einzelnen Parteien ein *get you home, you fragments!* zurief, auch den Wirtschaftsinteressen einen Einbruch in die absolute Autonomie der großen Politik unter allen Umständen auf das schärfste verwehrt haben.

Der Staat, der sein Gewicht fortan stärker in das wirtschaftliche Leben der Nation hineinschob, sollte auch gegenüber dem schwersten der Probleme das alte liberale Prinzip der Nichtintervention aufgeben und sich zur Pflicht der Fürsorge gegenüber dem vierten Stande bekennen, um durch Befriedigung der gerechten Forderungen der Arbeiter den gesunden Kern der sozialen Ideen zu verwirklichen. Schon während seines früheren Verkehrs mit Lassalle hatte Bismarck sich mit der sozialen Frage wenigstens zu dem Grundsatz "Der Staat kann" bekannt. Jetzt machte die Kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 das einst für Preußen anerkannte Programm in der Fortbildung "Das Reich kann" sich zu eigen. Mit der staatlichen Kranken- und Unfall-, mit der Alters- und Invalidenversicherung sollte das Deutsche Reich das Erbteil des preußischen Königtums übernehmen. Zumal mit der Alters- und Invaliditätsversicherung gedachte Bismarck geradezu dem Arbeiter die Sicherheit der Existenz in einer Form zu geben, daß der Reichsgedanke dabei gewann. Wenn es dieser Gesetzgebung auch nicht gelang, den politischen Emanzipationskampf der Arbeiterschaft wesentlich zu durchkreuzen, so wuchs mit ihr doch die Kompetenz des Reiches in Lebenssphären hinein, an die man bei der Reichsverfassung von 1871 noch gar nicht gedacht hatte.

Gleichzeitig mit dem Übergang zum Schutzzollsystem fielen auch die ersten Entscheidungen in den Fragen der finanziellen Ausrüstung des Reiches. Indem die Reichsfinanzen wesentlich auf die Zölle und einzelne indirekte Steuern angewiesen wurden, blieben sie allerdings von dem parlamentarischen Budgetrecht unabhängiger, als wenn sie unwesentlichen auf den Erträgnissen direkter Steuern aufgebaut worden wären. Und da weiterhin auch die Einzelstaaten vermöge der Franckensteinschen Klausel an den Einkünften der Zölle und indirekten Steuern mitbeteiligt wurden, ergab sich, daß diese finanzielle Neuordnung nicht mehr vornehmlich unter dem unitarischen Gesetz stand, das bisher den Fortgang der Dinge beherrscht hatte, sondern gleichsam unter föderalistischen Vorzeichen ins Leben trat. Diese in ihrer politischen Tragweite gar nicht zu unterschätzende Wendung hatte zunächst zur Folge, daß die finanzielle Lösung nur eine Teillösung blieb, deren Unvollkommenheit in der weiteren Gestaltung der Reichsfinanzen bis zum Weltkriege niemals überwunden worden ist; indem die direkten Steuern grundsätzlich dem Einzelstaate

vorbehalten blieben, wurde das Reich von einer gleichmäßigen und entwicklungsfähigen Begründung seiner Finanzen abgesperrt. So wurde an dieser Stelle zuerst erkennbar, daß die Hochflut der unitarischen Entwicklung im Reiche abzulaufen begann, und daß die föderalistisch-bundesstaatlichen Elemente des deutschen Lebens in den achtziger Jahren - stärker als man in dem Jahrzehnt vorher hätte annehmen dürfen - zur Geltung kamen. Insbesondere sollte diese Wendung dahin führen, daß das Schwergewicht des preußischen Staates, als des stärksten Trägers der konservativen Gewalten, sich innerhalb des Reiches unerschütterlich behauptete. Damit war diese preußische politische Individualität, der gesellschaftlich-wirtschaftliche Aufbau und die militärisch-traditionelle Eigenart, instand gesetzt, ihrerseits einen manchmal übergreifenden Einfluß auf die Gestaltung des Reiches auszuüben. Diese ganze Entwicklung entband gewiß viele fruchtbare und produktive Kräfte, aber konservierte auch wiederum manche rückständige Interessen und Anschauungen. Die damals noch nicht in ihrem vollen Umfange erkennbare Kehrseite bestand darin, daß das große Organisationsproblem Reich und Preußen in seinen entscheidenden Bestandteilen, zumal in den Beziehungen zwischen den deutschen und preußischen Zentralbehörden, ungelöst blieb und auf dem Entwicklungsstande verharrte, den die überragende Gestalt des Reichskanzlers ihr gegeben hatte.

Die Ursache dafür, daß diese Entwicklung zum Stillstand kam, lag doch auch in der politischen Persönlichkeit Bismarcks. Seine schöpferische staatsmännische Begabung kam nicht so sehr in dem Systematisch-Organisatorischen der Institutionen zur Geltung, als in dem persönlichen Impuls, durch den er eine allmählich angewachsene Einsicht mit einer günstigen Konstellation des Momentes verknüpfte, alle auf den Erfolg gerichteten Kräfte zusammenraffend. Seine politische Methode glich eher der Praxis englischer Staatsmänner, sich bei großen Umwälzungen, mit einem praktischen Schritt zur Lösung hin, mit einem wesentlichen Teilerfolge zufriedenzugeben, statt das ganze Endziel schon in sein Handeln aufzunehmen. Er war sich im besonderen stets bewußt, daß in der äußern Politik die Gelegenheit einer Stunde niemals wiederkehre, während die Entscheidungen im Innern so oder so getroffen, ja, manchmal ohne Schaden vertagt werden konnten. Wie er in den sechziger Jahren in diesem Stile den Aufstieg zur Begründung des Reiches vollzogen hatte, so setzte er in den siebziger und achtziger Jahren den Ausbau des Reiches in derselben souveränen Gestaltungsweise fort, ohne sich darum zu sorgen, daß manches Einzelproblem allzulange vertagt ward, wie eben die deutsch-preußische Behördenverzahnung im Zentrum seiner Schöpfung oder auch die Gestaltung der staatsrechtlichen Stellung des Reichslandes Elsaß-Lothringen im Reiche, die er gleichfalls der folgenden Generation überließ. Dabei beobachtet man wohl, daß die außenpolitischen Methoden der Politik, in denen er vor allem lebte, auf seine innerpolitische Regierungspraxis übergriffen. Und wenn man als das Geheimnis seiner Macht bezeichnet, daß er alle politischen Einzelheiten in einer großen Verbundenheit zusammen sehen konnte, so konnte auch ein Stillstand eintreten, weil das Einzelne zugleich seine unentbehrliche Funktion im Gefüge des Ganzen hatte und deswegen nicht geändert werden dürfte; es war schließlich die Gefahr, daß alle politischen Lebenskräfte nur als Mittel im Dienste eines obersten Zusammenhanges, der Staatsräson des Reiches nach außen und innen, so wie sie in ihm lebendig war, gewertet wurden und darüber in ihrem Bereiche einer gewissen Entseelung verfallen konnten.

Dabei dürfen die Widerstände, die er auf dem Wege seiner Innenpolitik zu überwinden hatte, nicht zu gering veranschlagt werden. Die persönlich-sachlichen Kämpfe, in denen er sich verzehrte, wiegen darum nicht leichter, weil er sie in der Regel siegreich durchzuführen verstand, und weil sie für unsere heutige Generation in den Schatten getreten sind. Gerade bei dem schwierigsten aller Innenprobleme, der deutsch-preußischen Behördenorganisation, sollte man sich hüten, sich der leichten Kritik der Unterlassungen hinzugeben, nachdem wir erlebt haben, daß selbst eine revolutionäre Umwälzung, die vor den tiefsten Fundamenten des Reiches nicht innehielt, doch trotz der Gunst der Stunde an dieser Stelle die Problemlage nicht zu meistern vermochte, sondern sie, mit einer formalen Scheinlösung, eher erschwerte.

Über diesen tiefgreifenden Umwälzungen blieb der politische Machtbereich des Kanzlers im Wachsen. Er überflügelte alle politischen Rivalitäten, ob sie sich bei Hofe oder im Militär, im Reichstage oder im Bundesrat erhoben, und sprengte alle gegnerischen Kombinationen, die sich aus irgendwelchen Motiven zusammenfanden. Seit dem Beginn der achtziger Jahre begann seine Gestalt auch den alten Kaiser zu überschatten, und der Kronprinz schien seit der Wendung von 1879 vollends von dem Strom des lebendigen Geschehens entfernt, ja fast ohne Fühlung mit der Regierung des Reiches. Gleichzeitig aber gelang es Bismarck, die Gegenwirkungen parlamentarischer Herkunft mit seinen alten Kunstmitteln: erst spalten, dann beherrschen, matt zu setzen. Im großen Stil und mit vollem Erfolge hatte er sie angewandt gegen die Liberalen und die Konservativen, mit denen er in seinen politischen Zielen wahlverwandt war; weniger vermochte er es gegenüber den Parteien, die, wie Zentrum und Sozialdemokratie, über einen weltanschaulichen Kern verfügten, der ihm völlig wesensfremd war. Der greise Ranke, der nach seiner preußisch-konservativen Denkweise die liberal-parlamentarische Entwicklung des Reiches lange Zeit nur mit Sorge verfolgt hatte, glaubte schon im Sommer 1879 aufatmend feststellen zu dürfen: "Was man nicht hätte erwarten sollen, scheint ihm zu gelingen. Die ministerielle Autonomie spaltet und beherrscht den Reichstag." Bestimmter noch wagte er im Februar 1881 die Zeichen der Zeit zu deuten: "Die Frage scheint zu sein, ob die Formen der Konstitution und Administration sich, wie sie sind, behaupten, ober ob sie von einem dominierenden Geist, der große Ziele verfolgt, modifiziert und fortgerissen werden sollen." Das Bild, das vor seinen Augen aufstieg, mochte an die großen Gestalten allmächtiger Minister in der ihm vertrauten Welt des 17. und 18. Jahrhunderts, etwa an den Kardinal Richelieu, erinnern. Aber auch solche Parallelen treffen nicht den Kern dieser einzigartigen Führerstellung, in der sich der monarchisch-dynastische Dienstauftrag, die parlamentarische Verantwortlichkeit und die bundesstaatliche Delegation mit einem geschichtlich erworbenen Anspruch ohnegleichen verschmolzen. Die Notwendigkeit, das Innere und das Äußere, das Deutsche und das Preußische, das Parlamentarisch-Moderne und das Historisch-Konservative in einem einzigen Willen zu vereinen, verband sich mit einer geistigen Anlage, die blitzschnell in jeder Situation die für den äußeren Machteffekt entscheidenden Kräfte herausfand, und in dem Zusammenspiel der einzelnen Faktoren oder auch in einem System von Gegengewichten das Geheimnis der Herrschaft erkannte.

Die Machtstellung des Reichstages blieb trotz der wachsenden Kompetenz des Reiches und trotz des Anwachsens der oppositionellen Parteien in gewisse Grenzen gebannt. Der Kampf gegen das parlamentarische System, den Bismarck in dem Konflikt der sechziger Jahre auf dem preußischen Schauplatz siegreich durchgefochten hatte, wurde von ihm, auch wenn es nicht zu neuem Konflikt oder verfassungswidrigem Regiment kam, in der großen Arena des Reiches in den achtziger Jahren aufgenommen und durchgeführt. Er stritt dann im Namen des monarchischen Prinzips, der Krone oder der verbündeten Regierungen gegen eine Opposition, die mit parlamentarischen Methoden einen Teil der politischen Macht zu erobern suchte; er trat dem Reichstage mit dem manchmal herrenmäßig herausfordernden Selbstgefühl gegenüber, daß er selbst doch diese Institution geschaffen habe; so wie er in späteren Jahren sich grollend vorwarf, daß er die Krone zu stark gemacht habe. Und wenn er 1877 sein politisches Ziel darin erblickt hatte, die Trockenlegung des Reiches durch Preußen zu verhindern, so konnte er am Ende seiner Laufbahn sein Kampfprogramm darin erblicken, das Reich zeitweilig zugunsten der Bundesstaaten trockenzulegen. Alles blieb Durchgang und Entwicklung, Lösung für den Moment, Aufstieg zu neuen Formen, in denen der erfindungsreiche Genius des Staatslenkers neue Wege zu seinem höchsten Ziel, der inneren und äußeren Stärkung der Ganzheit seiner Schöpfung, zu bahnen sich vermaß.

Daß der Reichskanzler in seinem Ringen mit den Parlamentsparteien bis nahe vor seinem Sturze der Stärkere blieb, hat seine tieferen geschichtlichen Gründe. Die hohe Blütezeit des europäischen Liberalismus war schon überschritten, und auf der ganzen Linie bereitete sich eine Ablösung der liberalen Ideale durch andere weltanschauliche Kräfte vor: in diesem allgemeinen europäischen Prozeß nimmt Bismarcks Staatsleitung eine besondere historische Stellung dadurch ein, daß er den

Umschwung der Zeitalter von der Mitte des Erdteils aus tiefgehend beschleunigt hat. Auch im Deutschen Reiche begann sich im Rücken des selbstbewußten Bürgertums der vierte Stand mit seinen sozialen und politischen Forderungen zu organisieren; bevor dieser bürgerliche Liberalismus sich im Staate durchgesetzt hatte, wurde er gleichsam von hinten her durch die Stoßkraft der organisierten Massen erschüttert und abgelöst, dadurch aber der befestigten Autorität des Staates zugetrieben. So geschah es, daß manche bürgerliche Schichten, die früher in breiter Front mit der Hoffnung des Nationalstaates gegangen waren, sich nunmehr um die Vollendung scharten, die in dem lebenden Staate erreicht war; sie ließen sich vor allem genügen, die wirtschaftlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, die ihnen durch Autorität und Macht dieses Reiches eröffnet worden waren. In dem komplizierten bundesstaatlichen Gefüge des Ganzen, in dem die Repräsentation in den Händen eines müder werdenden ehrwürdigen Greises lag, wurde Bismarck vielen Deutschen zum Symbol ihrer staatlichen Gemeinschaft. Wenn in den Spitzen des Staates vor allem der Druck empfunden wurde, der von dem einen Manne ausging, so wuchs dafür in breiten Schichten das Vertrauen zu dem Kanzler, der nicht über den Rechtstitel, aber über alle Gaben eines Diktators zu verfügen schien.

Man hat neuerdings, zumal seit dem Ausgange des Weltkrieges, immer nachdrücklicher die Frage aufgeworfen, ob diese Tatsache, die vermöge der geschichtlichen Gesamtleistung Bismarcks so tief in unsere Entwicklung eingegriffen hat, dem politischen Erziehungsprozeß zum Segen gereicht hat, und man neigt zu der Antwort, daß ein Durchgang dieser Erziehung durch die Schule der parlamentarischen Lebensformen des Staates der Nation dienlicher gewesen sein würde. Es handelt sich um das Problem, das sich einem überzeugten europäischen Liberalen wie Gladstone in der Formel darstellte: Bismarck habe Deutschland groß und die Deutschen klein gemacht - wobei wir den zugrunde liegenden insularen Maßstab zunächst auf sich beruhen lassen wollen. Auch wenn man die positiven Seiten des politischen Bildungsprozesses würdigt, durch den die Parteien, ob Konservative, Liberale oder Katholiken, in den siebziger und achtziger Jahren hindurchgegangen sind, so wird man doch zugeben müssen, daß ein höheres Maß von verantwortlicher und selbständiger Mitarbeit in den spezifisch parlamentarischen Formen diesen Prozeß beschleunigt und vertieft haben würde. Insofern ist das Parlament als Schule und Auslese staatsmännischer Begabung im Zeitalter Bismarcks und ebenso in der anschließenden Epoche nicht genügend zur Geltung gekommen. Gewiß, Bismarck hat das preußisch-deutsche Problem, soweit es in dem innersten Kern seiner Schöpfung zurückblieb, nicht zu einer endgültigen Lösung gebracht, sondern es seinen Nachfolgern in einem Zustande der Unfertigkeit überlassen; aber man kann im Zweifel sein, ob gerade dieses Problem durch die rein parlamentarischen Methoden - wie sie sich in der deutschen Begabung entfalten - zu einer leichteren und vollkommeneren Lösung gediehen wäre.

Man hat zur Kennzeichnung der politischen Leistung Bismarcks von den Ideen von 1871 gesprochen; es sei dahingestellt, ob in dem Bedürfnis, den Ideen von 1789 oder auch von 1848 ein gedanklich ausgeprägtes Gegengewicht zu konstruieren, oder ob mehr durch die allgemeine deutsche Neigung verführt, sich auch die Summe praktisch-politischen Handelns nur in einem geschichtsphilosophischen Denkzusammenhange vorstellen zu können. Man wollte damit zwar nicht den ganzen Inhalt deutschen politischen Lebens der siebziger Jahre, aber doch alles Wertvolle, was in der Staatsleitung und Persönlichkeit Bismarcks schöpferisch hervortritt, in einem verlockend einfachen, aber auch inhaltlich höchst unbestimmten Sammelbegriff einfangen. Denn die Staatskunst Bismarcks erstrebte den Ausbau des Deutschen Reiches nicht nach einem ideell eindeutig bestimmbaren System von politischen Grundsätzen, sondern unter der elastisch wechselnden Verwendung von Methoden, die geistesgeschichtlich sehr verschiedenen Ideenschichten angehören: die bald in der modernen zentralistischen Staatspraxis wurzeln und mit der großen Flut der liberal-parlamentarischen Überzeugungen des Jahrhunderts einhergehen, bald aber auf die historischen Argumente und die bodenständigen Traditionen zurückgreifen, wie sie sich in den einzelstaatlichen und föderalistischen Elementen des deutschen Staatslebens verkörpern. Der Wechsel zwischen beiden Wegen, eine höchstpersönliche Auswahl derjenigen Mittel, die nach Zeit

und Umständen dem obersten Zweck am sichersten dienen, eine Beweglichkeit auch in der inneren Haltung, die - ähnlich wie in der Außenpolitik - nicht durch Sympathien und Antipathien oder überhaupt durch vorgefaßte Überzeugungen, sondern durch realistische Abwägung im Hinblick auf den Endzweck geleitet wird: das ist Bismarck. Eine Staatskunst dieses Gepräges widerspricht einer ideellen Definition, auch wenn sie dadurch verklärt werden soll.

Danach könnte man zu dem Ergebnis kommen, der entgegengesetzte in verschiedenen Lagern erhobene Einwand sei berechtigt, daß die staatsmännischen Methoden Bismarcks, um eines höchsten, alle Mittel heiligenden Zweckes willen, allzu sprunghaft und skrupellos gewechselt hätten, daß sie allzusehr, um nicht von Ideenlosigkeit zu reden, von einer Geringschätzung der Idee getragen seien, was sich denn schließlich für ihn oder für sein Werk bestraft habe. Die höchste Pflicht des Staatsmannes, so wie sie von Bismarck aufgefaßt wurde, gebietet: in dem ewig wandelbaren und flüssigen Element der Politik mit immer wieder den Umständen, d. h. der Wahrscheinlichkeit des Erfolges sich anpassenden Mitteln, dem höchsten Gegenstande aller seiner Fürsorge, dem äußeren und inneren Leben des Staates zu dienen. Das ist seine Idee. Dieser Idee wird er alle anderen zur geschichtlichen Ausprägung gelangten Ideen unterordnen - in dieser großen Rangordnung aller Werte lebt er, findet er sein Genüge und auch seine Grenzen. Es kann wohl sein, daß er um seiner Idee willen unbarmherzig in Lebensgebiete eingreift, die ihre Idee und ihren Rang in sich selber tragen und sich letztlich als unbesiegbar erweisen - das hat auch Bismarck erfahren müssen. Von der sehr hohen Stellung aus, von der er die Dinge dieser Welt überschaute, sah er nicht so sehr ein System absoluter Werte, die er zu bejahen oder zu verneinen hatte, sondern er empfand die Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes, dessen Führung in seine Hände gelegt war, als ein so hohes und zentrales Gut, daß er alle anderen Werte in eine Beziehung dazu zu setzen versuchte, aus der allzu leicht eine Unterordnung wurde. Der Primat der äußeren vor der inneren Politik ist gewiß keine ethisch oder logisch zu beweisende Norm, aber sie ist ein Lebensgesetz, das zwar für die verschiedenen Staaten, in verschiedener Lage, in verschiedenem Ausmaß gilt, aber die säkularen Erfahrungen unseres geschichtlichen Lebensganges hatten für den Schöpfer des Reiches den Rang dieses Lebensgesetzes so erhöht, daß sein ganzes Handeln von dieser Seite her die letzten verpflichtenden Gebote erhielt. Weder der Versuch einer ideellen Dogmatisierung noch der Vorwurf der realpolitischen Ideenlosigkeit wird demjenigen gerecht, was in der Leistung Bismarcks das Eigentliche war. Sie trägt ein Ethos in sich, das weder auf "Ideen" abgezogen und dadurch scheinbar erhöht werden, noch von seiner Höhe durch den Nachweis rein realpolitischer taktischer Methoden herabgedrückt werden kann.

So erwuchs auf dem Boden des Deutschen Reiches ein neuer überlegener Typus der Staatsleitung, etwas Einmaliges und Vorbildloses, an seine Zeit und ihre Umstände gebunden: gebunden an die Monarchie, in deren Namen er sprach, gebunden an die parlamentarischen Einrichtungen, die er selber geschaffen hatte, die Summe seiner Ämter immer mehr mit seiner Persönlichkeit erfüllend, die schließlich alles, Dynastie und Bundesstaat, Reichstag und Massen in Beziehung auf seine Politik setzte. Gewiß steht die einzigartige Machtstellung auch in seinem Jahrhundert nicht ganz vereinzelt da. Man sieht neuerdings auch in altparlamentarischen Ländern ein persönliches Führertum sich über den formalen Repräsentationsgedanken erheben, und den Zeitgenossen Mussolinis wird manches an den Regierungsmethoden Bismarcks als vorweggenommen erscheinen. Es war eine Macht, deren er sich selbst niemals in ruhigem Besitze erfreuen durfte, die er täglich von neuem erobern mußte. Das mächtige Ansteigen seines europäischen Prestiges wirkte auch auf seine preußisch-deutsche Führerstellung zurück; die unbedingte Autorität, die er mit Hilfe des monarchischen Rückhalts im Innern besaß, gab nach außen jedem seiner Schritte ein wachsendes Gewicht. Seine äußere Autorität konnte auch in sein innerpolitisches Wollen bestimmend eingreifen, und es geschah wohl, daß er seine Spielmethoden von dem europäischen Schachbrett auf den innerpolitischen Kampf übertrug.

So sollte er in diesen Jahren von 1876 bis 1879, in denen er, auf einer zweiten Höhe schöpferischer

Produktion stehend, in eine neue Phase seiner inneren Reichsleitung hinübertrat, - wo er Lösung von den Liberalen und Abbruch des Kulturkampfes, Kampf mit der Sozialdemokratie und Übergang zum Schutzzoll durchführte - gleichzeitig auch die außenpolitische Machtstellung des Reiches, deren Probleme während der ersten Phase noch nirgends gelöst worden waren, endgültig befestigen, nach dem Bilde, welches er in seiner Seele trug. Das Innere und das Äußere, mit allen sachlichen Reibungen und allen persönlichen Gegensätzen, die auf so vielen Schauplätzen erwuchsen, wurde von einem einzigen Menschen, der seine gesamten Aufgaben unter einem einzigen Gesichtspunkte begriff, wie von einem Atlas, auf seine Schultern genommen.

Zu der Außenpolitik des Reiches seit 1876 kehren wir nunmehr zurück.

Anmerkungen:

1 [1/161] Manteuffel an Bismarck 13. August 1871; Bismarck an Manteuffel 14. August 1871. *Große Politik* 1, 61 ff. ...zurück...

2 [1/162] Chr. v. Tiedemann, *Sechs Jahre Reichskanzlei*, S. 95. Eine Probe dort die Verhandlung über die Frage der deutschen Beteiligung an der Weltausstellung in Paris. ...zurück...

3 [2/162] Eine der originellsten Charakteristiken, die Kronprinz Rudolf von Österreich am 11. 3. 1888 anonym veröffentlichte im *Neuen Wiener Tageblatt*: Freiherr Oskar v. Mitis, *Das Leben des Kronprinzen Rudolf*, S. 378 ff. ...zurück...

4 [3/162] Aufzeichnung von 1872. *Gr. Pol.* I, 158. ...zurück...

5 [1/163] Staatssekretär v. Bülow an Kaiser Wilhelm I 15. 5. 77; an Bismarck 17. 5. 77. *Große Politik* I, 318 ff. ...zurück...

6 [1/164] General von Stosch an G. Freytag, 2. 1. 1868 (Stosch, *Denkwürdigkeiten* S. 136). Kronprinz Friedrich Wilhelm an Schweinitz 25. 1. 1872. Bismarck zu Graf Alexander Keyserling Okt. 1872. Kronprinzessin Victoria an Königin Victoria Oktober 1881, Ponsonby, *Letters of Empress Frederick* 191. ...zurück...

7 [1/165] Kronprinzessin Victoria an Königin Victoria 5. 6. 75. Königin Victoria an Kronprinzessin Victoria 8. 6. 75. Ponsonby, 138 ff. ...zurück...

8 [1/166] Darauf wies man 1879 auch von österreichischer Seite hin. Andrássy betonte Bismarck gegenüber, auch nach der Meinung Erzherzog Albrechts werde die Festigkeit des Deutschen Reiches, und namentlich die Zuverlässigkeit von Bayern und Sachsen, durch das Zusammenhalten von Deutschland und Österreich für alle, auch die schwersten Eventualitäten sichergestellt. ...zurück...

9 [2/166] So 16. Juli 1876. *Ged. u. Er.* 1, 360. ...zurück...

10 [3/166] Hans Goldschmidt, *Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung*. Berlin 1931, S. 233 f. ...zurück...

11 [1/167] Ein merkwürdig verspäteter Nachklang solcher Sorgen in dem übertriebenen Urteil von O. Lorenz, *Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reichs* (1902), nach dem Preußen "seine Überlieferung, in welcher der Name Friedrichs des Großen in ehernen Lettern zu lesen stand, für immer preisgegeben hatte und mit sanfter Verbeugung vor der dünkelhaften Souveränität dreier vor den Weltmächten so gut wie nichts bedeutenden Könige auf seine eigene, blutig erstrittene Großmachtstellung verzichtete". ...zurück...

12 [1/168] Freiherr von Mittnacht, *Erinnerungen an Bismarck*, S. 36. ...zurück...

13 [1/169] Frhr. v. Lucius v. Ballhausen, *Bismarck-Erinnerunnen* S. 126 f. Chr. v. Tiedemann, *Sechs Jahre Reichskanzlei*, S. 227. Über den Verlauf der Interpellation **siehe Seite 209 f**. ...zurück...

14 [1/171] Vgl. Bismarck an Mittnacht 5. Dezember 1883. "Seit man im preußischen Staatsministerium wisse,

daß aller Wahrscheinlichkeit nach auf des Fürsten Antrag jeder Minister werde entlassen werden, herrsche im Staatsministerium eine Disziplin, wie sie nie bestanden habe." ...zurück...

15 [2/171] H. Goldschmidt, *Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung* (1930), S. 161 f. ...zurück...

16 [1/172] H. Goldschmidt a. a. O. S. 7 f. ...zurück...

17 [2/172] Bismarck an Roon 27. August 69. *Bismarck-Jahrbuch* 3, 283 ff. Vgl. H. Triepel, *Unitarismus und Föderalismus im Deutschen Reich* (1907), S. 34. Noch im Winter 1873/74 bedurfte es eines mehrmonatlichen Kampfes Bismarcks, bis die vom Kaiser befohlene Bezeichnung der Marine als einer Königlichen wieder vom Titelblatt der Rangliste verschwand. H. Goldschmidt a. a. O. S. 21. ...zurück...

18 [1/174] An Arnim 20. 12.1872. *Gr. Pol.* I, 161. ...zurück...

19 [2/174] H. Oncken, *Rudolf von Bennigsen* 2, 13. ...zurück...

20 [1/177] Vgl. H. Oncken, *Lassalle* 4. Aufl. (1923) S. 499 - 533: "Historische Perspektiven." ...zurück...

21 [2/177] H. Goldschmidt a. a. O. S. 63 f. ...zurück...

22 [1/178] Frensdorff, *Gottlieb Planck*, S. 301. ...zurück...

23 [1/180] H. Oncken, *Rudolf von Bennigsen* 2, 326 f. ...zurück...

24 [2/180] H. Goldschmidt a. a. O. ...zurück...

3. Die Begründung des deutschen Bündnissystems 1876 - 1883.

Die Situation des Deutschen Reichs in der europäischen Staatengesellschaft verfiel einer gründlichen Abwandlung, sobald der orientalische Fragenkomplex wieder in Bewegung geriet, der während der letzten Jahrhunderte die ungeklärten Beziehungen der Mächte wiederholt in stärkeren Fluß gebracht und zu festerer Gruppierung genötigt hatte. Sobald Rußland die Stunde einer großen Aktion gekommen glaubte - es mochte sein, daß schon seine Intervention im Alarm von 1875 dem Zwecke einer gewaltsamen Erkundung des Vorgeländes gedient hatte -, durfte es darauf rechnen, daß die Balkanstaaten mit richtiger Witterung schon die erforderlichen Tatsachen liefern würden, um mit der Türkei eines jener herkömmlichen diplomatischen Spiele einzuleiten, die sich von Reformnoten zu ultimativen Forderungen und kriegerischen Schritten zu steigern pflegten. Sobald nur die ersten Vorboten eines so schweren Gewitters am Horizonte sichtbar wurden, mußten alle Mächte, und zumal diejenigen, die sich in Orientfragen als interessiert betrachteten, sich auf das Heraufziehen einer großen und unabsehbaren europäischen Verwicklung einrichten und zunächst einmal den Bestand ihrer politischen Beziehungen nachprüfen. Das galt auch für das Deutsche Reich, obwohl es an sich weder Traditionen noch Interessen noch auch Wünsche in der Orientpolitik besaß. Aber es war das Reich der Mitte, auf allen Seiten von jenen Interessenmächten umgeben und schon aus diesem Grunde - auch das alte Preußen hatte diese Rückwirkung in den letzten Generationen immer wieder erfahren müssen - in einer Orientkrisis trotz aller Entfernung von dem Objekt doch in den Mittelpunkt des Ringens hineingezogen. Wohl bot das Wiederaufleben der orientalischen Frage den einen unschätzbaren Vorteil, daß sie den deutsch-französischen Gegensatz für längere Zeit in die zweite Linie der beherrschenden Fragen rückte und dadurch eine Entlastung der deutschen Politik anbahnte. Auf der andern Seite aber trug die Wendung doch auch die Möglichkeit ernster Gefahren in sich, weil jede kriegerische Entwicklung, die sich an dem alten Brandherd Europas entzündete, im weiteren Verlaufe die Einigkeit der im Dreikaiserverhältnis zusammengefaßten Ostmächte zu erschüttern oder zu sprengen drohte und schlimmstenfalls sich mit dem Motiv des deutsch-französischen Gegensatzes kombinieren konnte.

Sehr frühzeitig und mit vollkommener Klarheit erfaßte Bismarck die Möglichkeiten und die Aufgaben, die sich für ihn aus diesen Voraussetzungen ergaben. In seinem Geiste begannen sich die großen Linien eines geschlossenen und sich immer mehr vertiefenden Gedankenganges zu gestalten, der sich heute nach allen Seiten hin durchleuchten läßt. Die unantastbare Grundlage war die absolute Uninteressiertheit Deutschlands an allen Machtobjekten, die im Orient in Frage kommen konnten, und der feste Entschluß, in keinem Stadium eigene deutsche Wünsche anzumelden[1] oder ein Sonderinteresse an der Art der zwischen den Nächstbeteiligten zu vereinbarenden Ordnung der Einzelfragen zu verraten; aus diesem Grunde wünschte man in Berlin die orientalische Frage nicht als eine europäische, christliche zu behandeln, an der auch Deutschland gleichsam als Partner beteiligt gewesen wäre. In dieser grundsätzlichen Zurückhaltung lag die Stärke des Bismarckschen Spiels, die freiere Beweglichkeit gegenüber allen anderen interessierten Mächten, die, sobald ihr Stichwort fiel, an ihre Rolle zu denken hatten. Dieser **Eine** wollte unter allen Umständen in der Hinterhand der europäischen Machtauseinandersetzung bleiben - selbst Frankreich, das bei der Lage der Dinge zu einer ähnlichen abwartenden Haltung genötigt war, konnte sich seiner Orientinteressen doch nicht in gleichem Grade entäußern.

Von dem Standort dieser grundsätzlichen Enthaltsamkeit aus kam es für den Reichskanzler nicht auf die Türkei und die einzelnen Orientfragen, sondern in erster Linie auf das Verhältnis der Mächte untereinander, auf ihre aus der Orientkrise sich entwickelnde Gruppierung an: die künftige Stellung des Deutschen Reichs innerhalb der europäischen Staatengesellschaft, sie ist es, die im Mittelpunkt seines ruhelos wogenden Gedankenspiels steht. Wenn sich der *status quo* im Orient (den zu wahren er bereit gewesen wäre) nicht aufrechterhalten ließ, dann wollte er die Hand dazu bieten, auf die Befriedigung gewisser Wünsche von Rußland, Österreich und England auf Kosten der als Ganzes nicht mehr zu rettenden Türkei hinzuwirken, dergestalt, daß jede dieser Mächte ihre nächsten Absichten erreichte, ohne damit die Kreise der anderen zu stören; und zwar konnte seine Politik sich nicht darauf beschränken, auf den Ausgleich des Interessengegensatzes zwischen den beiden Partnern im Dreikaiserverhältnis hinzuarbeiten, sondern sie hatte von vornherein auch England in den Kreis ihrer Berechnungen einzubeziehen. Nur dann war das eigentliche Endziel zu erreichen: statt des zu vermeidenden Konfliktes der Mächte untereinander, der auf die Dauer das Deutsche Reich in sich hineinziehen mußte, die Befriedigung aller Wünsche, soweit sie nebeneinander durchführbar waren. Indem jede der Mächte auf diese Weise eine unausgesprochene Kompensation für den Machtaufstieg des Deutschen Reiches erhielt, wurde sie gleichsam mit ihm ausgesöhnt. Wenn man den Hintergedanken dieser friedlichen Vermittlungspolitik darin gesehen hat, die Isolierung des ohnehin vorsichtig zurückhaltenden Frankreich fortzusetzen, so verstand sich die Absicht Bismarcks von selbst, der Pariser Revanchepolitik jede Anknüpfungsmöglichkeit während der Orientkrise zu verbauen. Im übrigen würde auch eine Beteiligung Frankreichs an den Orientinteressen sich in seine Gedankengänge durchaus eingeordnet haben. Letzten Endes sagte er sich, daß alle einzelnen Machtkompensationen im Augenblicke nebeneinander bestehen mochten, aber auf die Dauer wieder neue Gegensätzlichkeiten, wie sie aus dem unerschöpflichen Schoße der Orientpolitik aufstiegen, erzeugen mußten - diese Folgeerscheinungen waren die Sache der einzelnen Mächte und ihrer politischen Verantwortlichkeit.

Es war die Gleichgewichtspolitik der uninteressierten Macht der Mitte, deren Leitmotiv die eigene Sicherheit und der mit dieser Sicherheit zusammenfallende Friede Europas waren - die Politik einer unbedingten Neutralität und Unparteilichkeit nach drei Seiten hin, einer unbedingten Sachlichkeit, die schon durch das leise Mitspielen eines persönlichen Motivs aus ihrer Bahn abgelenkt werden konnte. Schon in dem ersten Krisenjahr legte Bismarck sich die Richtpunkte seines Programms in einer Niederschrift fest: "Die Frage, ob wir über die orientalischen Wirren mit England, mehr noch mit Österreich, am meisten aber mit Rußland in dauernde Verstimmung geraten, ist für Deutschlands Zukunft unendlich viel wichtiger, als alle Verhältnisse der Türkei zu ihren Untertanen und zu den europäischen Mächten. Es erfordert für uns eine große Vorsicht und eine gänzliche Abstraktion von den gemütlichen Regungen, welche die Vorgänge im Orient, und welche das mehr

oder minder geschickte Verhalten der einzelnen Mächte in uns hervorrufen können, wenn wir uns das Kapital an guten Beziehungen, welche wir mit England, Österreich und Rußland besitzen, nach Möglichkeit erhalten wollen. Wir dürfen keinen Teil desselben aufs Spiel setzen, wenn wir nicht durch eigene deutsche Interessen oder sonst unausweichlich dazu genötigt werden."[2] In immer neuen Abwandlungen vertieft sich das Bild seiner letzten Ziele in Bismarcks politischer Phantasie. Beim Beginn des Russisch-Türkischen Krieges schloß er eine Niederschrift über die für Deutschland wünschenswerten Ergebnisse der Orientkrise mit den Worten: "wenn ich arbeitsfähig wäre, könnte ich das Bild vervollständigen und feiner ausarbeiten, welches mir vorschwebt: nicht das irgendeines Ländererwerbs, sondern das einer politischen Gesamtsituation, in welcher alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen, und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden."[3]

Aus der einstigen Blut- und Eisenpolitik war eine Politik der Erhaltung geworden, die den Weltzusammenhang um der eigenen Sicherheit willen, die zugleich den Weltfrieden verbürgt, gestalten will - das statische Motiv beherrscht eine Konzeption, die im Laufe der Zeit immer großartigere, aber auch verwickeltere Formen annehmen wird. Wenn es möglich gewesen wäre, hätte Bismarck seinen Weg schon beschritten, bevor die Orientkrise zum Ausbruch kam: er würde in erster Linie den Ausbruch eines Krieges vermieden haben, der mit vielen unberechenbaren Möglichkeiten des Ausgangs belastet war. Aber er verlor das Endziel nicht aus den Augen, als der Krieg europäische Dimensionen annahm. So einfach und durchsichtig das Programm des ehrlichen Maklers war, auf das er schon in den zweiundeinhalb Jahren vor dem Berliner Kongreß hinsteuerte, so schwer war es durchzuführen: der Weg durch die wechselnden Konstellationen, durch die sich kreuzenden Einflüsse der Mächte und Persönlichkeiten hindurch erforderte seine ganze Meisterschaft. Die Durchführbarkeit seiner Politik wird freilich davon abhängen, ob die deutsche Vermittlung auf allen Seiten ohne Mißtrauen aufgenommen werden wird, vor allem, ob die Machtziele Rußlands in der Orientkrise sich überhaupt in einem derartigen wohlabgewogenen System der Kompensationen befriedigen lassen, oder ob die russische Politik, von elementaren Kräften vorangestoßen, nicht alles daransetzen wird, die deutsche Macht und den deutschen Kaiser auf dem Wege weitausschauender Pläne hinter sich herzuziehen, die letzten Endes nur durch die schwersten Erschütterungen Europas verwirklicht werden konnten.

Aus der Entwicklung der europäischen Politik in den Jahren 1876 bis 1878 sind im folgenden nur diejenigen Momente herauszuarbeiten, die für die deutsche Außenpolitik von charakteristischer Farbgebung oder von nachwirkender Tragweite sind. Der Verlauf der Orientkrise als solcher hat für die Aufgaben unserer Darstellung nur insofern Bedeutung, als er auf die Entschließungen der deutschen Politik zurückwirkt, und ich wage geradezu ein Wort Bismarcks auch für mich anzuführen: "und nehmen wir unsere Stellung dazu nur nach den Erwägungen, die uns selber angehören".[4]

Als die Unruhen in Bosnien und der Herzegowina die Mächte vor die Frage stellten, auf die Türkei durch eine Reformnote eine gemeinsame Nötigung auszuüben, hatte Bismarck sich zunächst streng zurückgehalten und seinen beiden Bundesgenossen im Dreikaiserverhältnis die Verständigung über die nötigen Schritte überlassen, die dann in der Note Andrássys vom 30. Dezember 1875 ihren Ausdruck fand. Von diesem Augenblick an rückte die Stellungnahme sämtlicher Mächte zu der Reformnote und ihren praktischen Folgen in den Vordergrund. So fühlte Bismarck jetzt das lebhafte Bedürfnis, das Terrain seiner regelmäßigen Fühlung mit den Mächten über den bisherigen Kreis hinaus zu erweitern; er mußte sich auf alle Möglichkeiten einrichten, die unter den Mächten aus Anlaß ihrer öffentlichen oder geheimen Orientinteressen hervortreten konnten; er war insbesondere nicht frei von Sorge, daß auch die österreichisch-russische Gemeinschaft zu einer Intimität führen könne, bei der Andrássy einem deutschfeindlichen slawischen oder klerikalen Ministerium Platz machen würde. Alle diese Erwägungen erklären seinen Entschluß, in den ersten Tagen des Januar 1876 eine überraschend direkt angelegte Sondierung bei England vorzunehmen.[5] Sie lief auf den

mit allem Nachdruck vorgetragenen Wunsch hinaus, in einen vertraulichen Meinungsaustausch über die Orientkrise und die Note Andrássys einzutreten.

Was die Stellung Deutschlands betraf, so betonte Bismarck seine völlige Uninteressiertheit und den Wunsch, zunächst den *status quo* im Orient, vor allem aber den Frieden in Europa aufrechtzuerhalten. Indem er ein gewisses Mißtrauen gegen die "ehrgeizigen Politiker" in Österreich und Rußland nicht verhehlte, versicherte er in warmen Worten, daß für Deutschland die Freundschaft von England ebenso wesentlich sei wie die der beiden Kaisermächte und erklärte sich vor allem bereit, die englische Orientpolitik im Interesse des allgemeinen Friedens zu unterstützen. Dabei ließ er allem Anschein nach fallen, daß, wenn die andern ihren territorialen Gewinn suchten, für England seine Stellung in Ägypten[6] zu erwägen sein würde. Womit er einen Punkt berührte, der seit dem Ankauf der Suezkanal-Aktien durch Disraeli ein unausgesprochenes Geheimnis der englischen Politik war.

Der Gedanke Bismarcks war, die ihm unbekannten Absichten Englands in der Orientfrage zu ermitteln, die in jedem Falle österreichisch-russischen Zusammen- oder Auseinandergehens auch für Deutschland von ausschlaggebender Bedeutung werden mußten; nach seiner eigenen Angabe wollte er den Engländern zu Gemüte geführt wissen, daß sie kein größeres Interesse hätten, als "die Existenz eines mächtigen und friedlichen Deutschlands und ihre guten Beziehungen zu demselben". Er dachte, Disraeli und Derby zum Sprechen zu bringen. Aber in den englischen Staatsmännern war das Mißtrauen von 1875 noch zu lebendig, als daß sie offen auf diese Annäherung eingegangen wären oder auch nur geschäftlich den plötzlich hingeworfenen Ball aufgenommen hätten. Lord Derby antwortete erst am 12. Februar auf die entsprechenden Eröffnungen des Botschafters in einer so zurückhaltenden und gemessenen Haltung, wie sie seiner Natur entsprach, und auch die anscheinend geneigtere Stimmung Disraelis, der tiefer in die Psychologie Bismarcks eingedrungen war,[7] führte ihn nicht wesentlich über seine Linie hinaus. Als wenn ein direktes Bündnisangebot gemacht worden wäre, setzte er seinem Botschafter auseinander, daß England keine ausschließenden Bündnisse wolle, und daß die Prinzipien der englischen Politik ihren Abschluß nicht zuließen; ein Eintreten für den europäischen Frieden könne zwar durch ein herzliches Einvernehmen zwischen Deutschland und England gefördert werden, aber man könne diesen Weg nicht gehen, ohne eine klarere Kenntnis der Motive, die Bismarck zu seinen Eröffnungen geführt hätten, und der Erwartungen, die er sich von ihnen verspräche. Damit verschwand der erste Versuchsballon dieser Annäherungspolitik in den Lüften; mit lebhafter Erregung hat die Kronprinzessin Victoria, die übrigens auch an Bismarcks Bündnisabsichten glaubte, ihrer Mutter gegenüber das Verhalten der englischen Politik bedauert.[8] Noch auf dem Berliner Kongreß hat Bismarck dem englischen Premierminister mehr als einmal die kühle und eindeutige Absage, die er damals erhalten habe, mit stillem und erziehlichem Vorwurf vorgehalten.[9]

Die Episode bleibt denkwürdig als ein erstes Vorfühlen in der Richtung auf eine vertrauliche deutsch-englische Aussprache, das sich in mehreren Stufen wiederholen wird, ja man darf in ihr eines der ersten Glieder in jener langen Kette von Anläufen sehen, die weit über die Zeit von Bismarcks Staatsleitung hinausreichen.

So blieb dem Reichskanzler zunächst nichts anderes übrig, als auch weiterhin den Ostmächten eine Verständigung untereinander zu überlassen. Er beteiligte sich an dem Berliner Memorandum vom Mai 1876, in dem die scheinbare Einigkeit der Kaisermächte in der orientalischen Frage öffentlich festgelegt wurde; man schien noch auf der Linie des Dreikaiserverhältnisses vorzugehen, aber ohne eine Fühlung mit dem sich abseits haltenden England. Er ließ aber gleich darauf, auf dem Umwege über den dynastischen Briefwechsel mit der Königin Victoria, die englischen Staatsmänner wissen, daß Deutschland nur auf Grund des Dreikaiserverhältnisses mit den beiden Ostmächten zusammenwirke und das Verlangen nach einem gemeinsamen Vorgehen mit England hege.[10] Man erkennt von neuem, wie stark das Bedürfnis Bismarcks war, seinen Bündnispartnern nicht ohne

eigene Rückendeckung in der Welt gegenüberzutreten.

Sobald dann die Serben und Montenegriner um Anfang Juli losschlugen, im geheimen von den Russen ermutigt, mußten Rußland und Österreich sich untereinander über die weiteren Ziele ihrer Orientpolitik einig werden. In der Zusammenkunft der beiden Monarchen zu Reichstadt am 8. Juli kamen sie überein, im Falle einer Niederlage der Balkanstaaten den Bestand von Serbien und Montenegro, sowie ihr Reformprogramm aufrechtzuerhalten; für den Fall aber, daß der Angriff zu einem Zusammenbruch der Türkei führen sollte, nahmen sie den Anfall des größeren Teils von Bosnien und der Herzegowina an Österreich und der Donaumündungen an Rußland in Aussicht. Die Tatsache, daß der eigentliche Inhalt dieses Abkommens auf russischen Wunsch vor Deutschland geheimgehalten wurde, bestärkte Bismarck in seinem Mißtrauen gegen österreichisch-russische Intimitäten; wenn man in Petersburg vorzog, die deutsche Politik vor vollendete Tatsachen zu stellen, hatte **er** um so mehr ein Interesse, den Kreis seiner Fühlungen zu erweitern. Während Kaiser Wilhelm geneigt war, die russische Auffassung auch in London zu vertreten, zog der Kanzler es vor, zunächst einen selbständigen Meinungsaustausch mit England herbeizuführen.[11] So nahm er die ergebnislos gebliebene Politik vom Januar wieder auf und eröffnete am 22. Juli dem englischen Botschafter von neuem, wenngleich in mehr akademischer und zurückhaltender Weise: "Deutschland sei selbst zwar ohne Interessen im Orient, trotzdem drohten ihm von dort zwei Gefahren: die eine bestehe in der Möglichkeit eines Konfliktes zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, die andere in einer derartigen Verständigung beider Staaten, die eine Umwälzung der von Andrássy vertretenen äußeren und der damit verknüpften inneren Politik zu bewirken vermöchte. Deutschland habe daher den Wunsch, eine Schädigung der österreichisch-ungarischen Monarchie im Orient hintanzuhalten und werde allen Einfluß aufbieten, daß zwischen Österreich und Rußland Einigkeit erhalten bliebe."[12]

Aber statt den Zusammenbruch zu erleben, der in Reichstadt schon in Rechnung gestellt worden war, drangen die Türken siegreich in Serbien vor; schon Ende Juli 1876 war der Feldzug so gut wie zu ihren Gunsten entschieden. Damit rückte die Möglichkeit, ja die Unvermeidlichkeit eines Eingreifens Rußlands in den Krieg immer näher, es war nur eine Frage der Zeit, wann und unter welchen Umständen die ganze orientalische Angelegenheit in ihrem gefürchteten Zusammenhange aufgerollt werden würde. Das ging auch die deutsche Politik an. Denn die russische Staatskunst, belehrt durch die unzureichenden Vorbereitungen, mit denen sie sich zweimal in diesem Jahrhundert in das Abenteuer des Türkenkrieges gestürzt hatte, wollte diesmal die große Unternehmung nur unter gesicherter europäischer Rückendeckung wagen; und für jeden der Schritte, die im weiteren Verlaufe zum Kriege führen konnten, war nicht nur nur die Haltung der Interessentenmächte, sondern die des Deutschen Reiches als eines für die Entscheidungen der anderen sehr maßgeblichen Faktors die stärkste aller Voraussetzungen; es galt also, Deutschland möglichst früh und verbindlich auf der eigenen Seite festzulegen. Darin lag für die russische Politik der Kern der diplomatischen Vorbereitung des Türkenkrieges. Und so beginnt eine Reihe von Aktionen, in denen immer dringlicher die Gewissensfrage in Berlin gestellt wurde: eine Welle des russischen Forderns nach der anderen, immer höher ansteigend, immer sichtbarer über den Kopf des Reichskanzlers hinweg auf die persönlichen Empfindungen des alten Kaisers zielend, drohte das Programm Bismarcks, die deutsche Mittlerstellung in der Hinterhand, zu überfluten: von dem Monarchen gedachten der Zar und Gortschakow zu erlangen, was die deutsche Staatsräson, so wie Bismarck sie vertrat, ihnen versagte.

Diese Politik wurde am 6. August mit dem Antrage Gortschakows eröffnet, Deutschland möge als uninteressierte Macht die Initiative zur Einberufung einer Konferenz oder eines Kongresses der sechs Großmächte ergreifen. Wer die grundsätzliche Einstellung Bismarcks kennt, wird durch die Motive nicht überrascht sein, aus denen er den Kaiser bestimmte, den Kongreßvorschlag und die den Deutschen zugedachte Rolle abzulehnen. Er fürchtete, daß ein Kongreß, auf dem sich die auf dem Grunde liegende Wahlverwandtschaft der Interessen Österreich - Englands und Rußland -

Frankreichs stärker herausarbeiten würde, Deutschland in die undankbare und schwierige Lage eines Schiedsrichters versetzen könne. Das widersprach gerade dem deutschen Interesse: "da wir nicht geneigt sein können, von Hause aus und fest und rücksichtslos eine der beiden Parteien zu ergreifen und festzuhalten, so hätten wir die beste Aussicht, daß unsere drei Freunde, Rußland, Österreich, England, den Kongreß in übler Stimmung für uns verließen, weil keiner so von uns unterstützt worden, wie er es erwartete".[13]

Um den Zaren Alexander aber über diese Absage, die den ersten Akt des russischen Plans empfindlich durchkreuzte, zu beruhigen, veranlaßte Bismarck den Kaiser, den Feldmarschall von Manteuffel zu den russischen Manövern nach Warschau zu entsenden. Er sollte aller Verstimmung durch die ausdrückliche Versicherung vorbeugen, daß Deutschland sich "unter keinen Umständen zu feindlichen, auch nur diplomatischen Manövern gegen Rußland hergeben würde", und den ihm persönlich sehr geneigten Zaren in der Überzeugung bestärken, daß "wir, wie auch seine Entschließung ausfallen möge, ihm die freundschaftliche Gesinnung bewähren, die er uns 1864, 66 und 70 tatsächlich bewährt hat". Es ist bemerkenswert, daß Bismarck, wenn er selbst das Thema der preußischen Dankesschuld berührte, das hernach in immer vernehmlicheren Tönen von der andern Seite angeschlagen werden sollte, doch jede Verpflichtung dahin begrenzte, daß er nur von freundschaftlicher Gesinnung, nicht von freundschaftlichen Diensten sprach. Es mag sein, daß Manteuffel sich seines Auftrages mehr schwungvoll-militärisch als diplomatisch-exakt entledigt hat; er soll den Zaren nicht nur zum Türkenkrieg ermutigt, sondern von den gegen Österreich geleisteten Diensten so gesprochen haben, wie man am russischen Hofe das Maß der erwarteten Gegendienste auslegte.[14]

Amtlich ging Gortschakow noch nicht so weit, solche Forderungen zu stellen, aber er ließ keinen Zweifel, was er unter den deutschen Diensten verstand: "Krieg verlange er ja nicht von uns, aber wesentlich zur Erhaltung des Friedens werde es dienen, wenn das mächtige Deutschland prononcierter hervorträte und die Welt sähe, daß es Rußlands gerechten und interesselosen An- und Absichten in Erledigung der orientalischen Frage beiträte." Er verlangte für das, was er "eine besondere und getrennte Stellungnahme Rußlands" nannte, im voraus die Zusicherung der deutschen Mitwirkung, er wollte für ein Spiel, dessen weiteren Verlauf er selbst in Händen hielt, die Autorität Bismarcks von vornherein ausspielen, um alle europäischen Widerstände mit dieser geschlossenen Phalanx zu überwinden. In Berlin mußte man sich sagen, daß man durch eine so sichtbare und verkündete Unterstützung Rußlands aller Wahrscheinlichkeit nach Österreich zu England treiben und damit jetzt schon zu einer Spaltung der Mächte beitragen würde, an deren Ende für die deutsche Politik ein sehr unerwünschter Zwang zur Parteinahme stehen könnte. Seitdem am 1. September auch der russische Oberbefehlshaber der Serben, General Tschernajew, von den Türken vernichtend geschlagen war und nur eine schleunige Waffenruhe die Serben zu retten vermochte, verfiel Gortschakow auf immer dringlichere geschäftliche Methoden, um die deutsche diplomatische Haltung in verbindlicher Form an seiner Seite festzulegen. Er hatte am 12. September einen Antrag auf mehrmonatlichen Waffenstillstand gestellt, der auf den Widerstand Andrássys gestoßen war - der Deutsche sollte endlich Farbe bekennen.

So ließ er am 14. September durch seinen Berliner Botschafter dem deutschen Reichskanzler zwei formulierte Fragen vorlegen, an deren Stellung Bismarck schon formell einen Mangel an Takt rügte: was die Haltung Deutschlands sein würde, wenn Rußlands Würde es nötige, auf eigene Hand vorzugehen, und weiter, welche diplomatischen Schritte Bismarck vorschlagen würde, wenn er Bedenken hätte, den russischen Konferenzweg zu beschreiten. Noch einmal suchte Bismarck der Auseinandersetzung auszuweichen, indem er den Kaiser zu einer weitgehenden Erklärung an den Großfürsten Nikolaus veranlagte: Rußland könne, bei einem Angriff auf die Türkei, auf die wohlwollende Neutralität des Deutschen Reiches fest rechnen; man werde in Berlin bemüht sein, die anderen befreundeten Mächte mit dem Einschreiten Rußlands zu befreunden und ihnen gegenüber die eigene Überzeugung betätigen, daß der Zar ohne eigennützige Hintergedanken nur

den Schutz der Christen gegen die türkische Barbarei erstrebe. Bismarck konnte geltend machen, daß eine solche Zusicherung unter Umständen, wo Deutschland gar kein eigenes Interesse zu vertreten habe und über das Programm Rußlands vollkommen im Dunkeln sei, schon sehr weit gehe, vielleicht weiter, als eine Großmacht lediglich zur Betätigung ihrer Freundschaft und Dankbarkeit gegen die Person eines Souveräns einer andern in den letzten Dezennien gegangen sei. Aber er sollte erfahren, daß der Leiter der russischen Außenpolitik, weit entfernt, sich durch noch so herzliche Allgemeinheiten abfinden zu lassen, ganz bestimmte und weitausschauende Forderungen an das deutsche Handeln stellte. Schon am 25. September hatte der deutsche Militärbevollmächtigte General von Werder auf Veranlassung Gortschakows in Berlin auf Antwort gedrängt, und als Bismarck, unwillig über diese Gestaltung des Geschäftsganges, die Frage hinhaltend behandelte, lief am 1. Oktober 1876 ein Telegramm Werders in Berlin ein, das ohne Umschweife mitteilte: der Kaiser von Rußland habe dem Deutschen Kaiser in seiner Antwort[15] und dem Feldmarschall von Manteuffel mündlich gesagt, er hoffe, daß, wenn es zum Kriege mit Österreich kommen sollte, Kaiser Wilhelm gerade so handeln würde, wie er es selbst im Jahre 1870 getan; der Zar spreche ihm fast täglich davon und wünsche dringend eine Bestätigung.

So ließ denn Rußland alle Hüllen fallen, die seit dem Beginn der Orientkrise seine letzten Ziele verdeckten, und nannte mit Namen, was man von der deutschen Freundschaft verlangte. Eine große Reihe von Aufzeichnungen und Erlassen Bismarcks verrät die tiefe Erregung, mit der er die an Nötigung grenzende Fragestellung aufnahm. Er sah die Parität in dieser Art großmächtlicher Geschäftsführung verlorengehen und hätte am liebsten diesen preußischen General abberufen, da er sich gewissermaßen in der Gewalt Gortschakows befinde, der ihn unter der Maske freundschaftlicher Formlosigkeit durch den Zaren mißbrauche. Er konnte sich das Vorgehen Gortschakows nur als eine Falle erklären: wenn er nein sage, ihn beim Zaren zu verhetzen, wenn er aber ja sage, von dieser deutschen Bindung in Wien beliebigen Gebrauch zu machen. Denn man verlangte in Petersburg eine deutsche Erklärung, Österreich im Kriegsfalle preiszugeben, obgleich vor einigen Wochen erst ein russisch-österreichischer Staatsvertrag in der Orientfrage geschlossen war und russische Beschwerden gar nicht vorlagen. Man wollte einen deutschen Blankowechsel auf lange Sicht und auf alle Schicksalsfälle, mit dem man von Petersburg auf die schwebenden Verhandlungen mit Österreich nach Belieben drücken oder sie abbrechen konnte. Wie war von Bismarck, dessen Hauptziel die Erhaltung des Friedens und die Freundschaft zwischen Rußland und Österreich war, zu verlangen, daß er selbst die Entstehung eines Bruches erleichtere, der die deutsche Politik vor das schwerste Dilemma stellen mußte! Sollten die Methoden des Druckes, die Gortschakow im Jahre 1875 zugunsten Frankreichs ausgeübt hatte, jetzt nach Jahresfrist zuungunsten Österreichs wiederholt, ein Verhältnis der beiden Mächte begründen, in dem die eine Seite die Autonomie ihrer Politik mit einer vasallenmäßigen Gefügigkeit vertauscht hätte?

Wäre es überhaupt für Bismarck möglich gewesen, sich so unbedingt Rußland zu verschreiben? Die erste Folge wäre gewesen, daß die deutschfreundliche Staatsleitung Andrássys einem Regimente Platz gemacht hätte, in dem die Revanchestimmungen, die noch im Sommer 1870 dem Durchbruch nahe gewesen waren, sich noch einmal durchgesetzt hätten; wie stark diese Strömungen in Wien noch in den siebziger Jahren am Hofe, im Militär, im Hochadel waren, ist heute fast vergessen, mußte damals aber als ein ernster Faktor in Rechnung gestellt werden. Der nächste Schritt dieser föderalistisch-klerikalen Opposition wäre die Wiederaufnahme der Verbindung mit Frankreich gewesen: das Zusammenfließen der beiden Revancheströmungen von 1866 und 1870/71 - das, was Bismarck seit dem letzten Kriege so vorbedacht zu vermeiden suchte - würde sich ganz natürlich ergeben, und jeder österreichisch-französischen Kombination würde sich England als der natürliche Bundesgenosse gegen Rußland dargeboten haben. Die Verbindung der Westmächte mit Österreich, die Krimkriegssituation, war eine der Möglichkeiten, die Bismarck am stärksten beunruhigte, wenn er unter dem Albdruck der Koalitionen litt: wenn sie einst sich mit der Front gegen Rußland gebildet hatte, so mußte ihre Wiederkehr den Hauptstoß auf die deutsche Mitte als das vorgeschobene und leichter erreichbare Bollwerk Rußlands richten - daß dieses Deutschland, mit

der alleinigen Rückendeckung Rußlands, dadurch vollends in russische Abhängigkeit geraten wäre, wird nach der bisherigen Entwicklung keines Nachweises bedürfen.

Die Antwort auf die unheilvolle Gewissensfrage vom 1. Oktober ist erst einen Monat später durch den Botschafter von Schweinitz dem Zaren und dem Fürsten Gortschakow eröffnet worden. In ihrem Kern war das unvermeidliche Nein, das die deutsche Regierung aussprechen mußte, von der Meisterschaft Bismarcks in eine verbindliche und paritätische Form gehüllt worden: Unser erstes Bedürfnis sei, die Freundschaft zwischen den großen Monarchien zu erhalten, welche der Revolution gegenüber mehr zu verlieren, als im Kampfe untereinander zu gewinnen hätten. Wenn dies zu unserem Schmerze zwischen Rußland und Österreich nicht möglich sei, so könnten wir zwar ertragen, daß unsere Freunde gegeneinander Schlachten verlören oder gewönnen, aber nicht, daß einer von beiden so schwer verwundet oder geschädigt werde, daß seine Stellung als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht gefährdet würde. - So die klassische Formulierung der *Gedanken und Erinnerungen*.[16]

Die Gegenfrage, die Schweinitz im mündlichen Auftrage Bismarcks zu stellen hatte, eine vertragsmäßige Garantie Elsaß-Lothringens, wurde von Gortschakow mit leichter Handbewegung zur Seite geschoben. Eine große Rolle hat diese Sondierung, die Schweinitz von Hause aus für zwecklos hielt, nicht gespielt, und vollends ist deutscherseits nie die Rede davon gewesen, für diese Garantie weitgehende Zusicherungen für den Krieg zu geben.[17] Dem Botschafter war ausdrücklich verboten worden, vertragsmäßige Zusicherungen zu geben, die uns dauernd binden würden. Ein Eingehen auf die Garantie würde die Russen der wertvollen französischen Karte für immer beraubt haben. Gortschakow war durch die Antwort der deutschen Regierung durchaus unbefriedigt: "Wir erwarteten große Dinge von Ihnen, und Sie bringen nichts, was wir nicht schon längst wüßten." Auch der Zar nahm die verhüllte Absage sehr ernst auf. Schweinitz verließ den Hof in der unangenehmen Empfindung, daß der Kaiser in ihm einen säumigen Schuldner sehe, dem es leicht wäre zu zahlen, der aber aus verborgenen Gründen den Gläubiger nicht aus der Verlegenheit ziehen wolle.

Gortschakow begründete seine Anforderungen an die deutsche Politik mit dem Satze, daß Rußland als uneigennütziger Mandatar Europas handele. Bismarck blieb diesem Argument gegenüber kühl. Europa hat sich niemals, hielt er seinem alten Gönner entgegen, die Mühe gegeben, uns zu verpflichten, seit Jahrhunderten nicht, und im Jahre 1870, angesichts des ungerechtesten Krieges in der Mitte dieses selben Europas, hat seine Stimme sich nicht vernehmen lassen.[18] Dieser Fiktion entgegenzutreten, hielt er für eine Aufgabe der deutschen Politik, aber auch für die einzige, in welcher wir von Rußland dissentieren müßten. Er war bereit, die meisten russischen Anliegen zu erfüllen, nur nicht eine generelle Verpflichtung ins Ungewisse zu übernehmen, nur nicht den Versuchen des russischen Kanzlers zu unterliegen, "das politische Gewicht Deutschlands für unausgesprochene Zwecke zu gewinnen und uns zu bewegen, einen Wechsel *in blanco* zu zeichnen, den Rußland ausfüllen und Österreich und England gegenüber verwerten oder doch benutzen will".[19] Dieser russischen Politik gegenüber, die ihn hinter sich herzuziehen suchte, brauchte er europäische Gegengewichte, die vor allem die Unabhängigkeit seines politischen Handelns sicherstellten, und er wußte längst, daß sie in England zu finden waren.

Hier war inzwischen die Stimmung der leitenden Männer umgeschlagen. Schon schaute die immer lebendige Phantasie Disraelis, die seit Monaten die "unnatürliche" Verbindung des Dreikaiserverhältnisses sich ihrem Ende nähern sah, nach der Möglichkeit einer Verständigung mit Deutschland aus. Wie wäre es, schrieb er vertraulich am 17. Oktober an seinen unbeweglichen Außenminister, wenn wir einen Vertrag mit Deutschland schließen könnten, zur Aufrechterhaltung des allgemeinen *status quo*, nicht eine Offensiv- und Defensivallianz? Das würde uns in Konstantinopel beruhigen und Bismarck von seinem wirklichen Schreckbilde, der Möglichkeit eines englisch-französischen Bündnisses und dem Verluste der zwei Provinzen befreien. Wir

wünschen Frankreich nicht schwächer, als es ist; aber als es stärker war, machte es uns genug zu schaffen. Trotz aller Schwierigkeiten kam er zu dem Ergebnis, die Sache müsse gemacht werden, denn sie würde alles "für unsere Lebenszeit" sicherstellen. Von innerer Unruhe getrieben, kam der Premierminister immer wieder auf seine Idee zurück. Er griff schon stärker in den Bereich Lord Derbys ein, wenn er ihm am 3. November zu erwägen gab: Wir müssen, wenn wir einen langen Frieden zu erhalten wünschen, zu irgendeiner Verständigung mit irgendeiner europäischen Macht gelangen. Die Schwierigkeiten der Verständigung mit Deutschland mögen groß sein, aber Odo Russell sollte angewiesen werden, keine Gelegenheit zu versäumen, mit Bismarck in diesem Sinne zu sprechen. In diesem Zusammenhange geschah es, daß der englische Delegierte zur Botschafterkonferenz in Konstantinopel, Lord Salisbury, seinen Reiseweg über Berlin wählte. Der Reichskanzler nahm die Gelegenheit wahr, sich mit dem ihm noch unbekannten Staatsmanne, der in der Orientfrage eine aktivere Politik wollte als Lord Derby, sehr offenherzig über die Stellung der Mächte in der Orientfrage auszusprechen. Der Engländer nahm vor allem den Eindruck mit, daß Bismarck zwar den russisch-türkischen Krieg nicht verhindern wolle, wohl aber einen Zusammenstoß zwischen Rußland und England zu vermeiden wünsche, weil Deutschland dann in eine schwierige Lage kommen würde, sei es Rußland, sei es England gegenüber: "an dem großen Tage der Revanche, der beständig in seinen Gedanken lebt". Daß Bismarck auch die ägyptische Anregung fallen ließ, hatte keine Nachwirkung. Von Bedeutung aber war, daß man sich vertrauensvoll näherte und sich verstand - auch die persönliche Fühlung war seitdem erleichtert.[20]

Gleich darauf ging der Reichskanzler dazu über, die Nachwirkung seiner letzten Eröffnung an Rußland durch ein vorsichtiges Anrufen der deutschen Öffentlichkeit zu verstärken. Als er am 1. Dezember 1876 den Vorstand des Reichstages zu einem Essen bei sich empfing, griff er zu dem ungewöhnlichen Mittel eines längeren Vortrages in diesem Kreise, der trotz des privaten Charakters der Öffentlichkeit nicht unbekannt bleiben sollte. In diesem Vortrage, der die absolute Neutralität Deutschlands in der Orientfrage betonte, wurde die schwerwiegende Warnung nicht unterdrückt: "Wenn jedoch die Integrität Österreich-Ungarns gefährdet sein würde, ergebe sich für Deutschland die Zwangslage, für die Monarchie einzutreten, deren lebensgefährliche Verwundung er nicht dulden könne."[21] Es war die Formel, mit der Bismarck in Petersburg auf die ihm gestellte Gewissensfrage geantwortet hatte. Man wußte fortan in Deutschland und in Österreich, aber auch in England, daß an dieser Stelle eine Grenze für die deutsche Politik in ihrem Verhältnis zu Rußland liege.

Der ergebnislose Verlauf der Botschafterkonferenz in Konstantinopel (23. Dezember bis 20. Januar) war nicht dazu angetan, die deutsch-russischen Beziehungen zu verbessern; während Bismarck die sich vertiefende Intimität der russischen und der französischen Delegierten mit Mißtrauen verfolgte, beklagte sich der Russe heftig darüber, daß die deutsche Vertretung nicht unbedingt die Fühlung mit den russischen Forderungen pflege. Man sah sich in Petersburg schon in den Krieg hineintreiben und zu der endgültigen Auseinandersetzung mit Österreich genötigt, ohne dafür über den deutschen Blankowechsel verfügen zu können.

Diese Unsicherheit der russischen Politik wirkte sich nicht nur im geschäftlichen Umgang der Kabinette aus. Am 16. Januar 1877 ließ sich der Zar Alexander dazu hinreißen, dem deutschen Botschafter gegenüber mit solcher Heftigkeit die mangelhafte Unterstützung Rußlands seitens der deutschen Politik zu tadeln, daß er sogar die Formen darüber außer acht ließ. Bismarck wies zwar den General von Schweinitz an, aus Staatsklugheit jede Empfindlichkeit über die Formverletzung zu unterdrücken, aber er verhehlte sich nicht, daß sie nur das äußere Symptom einer innerlich veränderten Gesinnung sein könne. Seit Jahr und Tag, so vertraute er seinem Botschafter an, könne er sich dem Eindruck nicht verschließen, "daß unsere Neigung, uns für die praktisch wertvollen Dienste Rußlands im Jahre 1870 dankbar zu erweisen, bei Rußland kein freundliches Entgegenkommen findet. Man akzeptiert unsere Gefälligkeiten wie eine Pflicht und verkehrt mit uns nicht auf dem Fuße gegenseitiger Gleichheit." Gortschakow stoße die deutsche Freundschaft

zurück, "weil seine und des Generals Ignatiew persönliche Neigungen mehr nach Paris als nach Berlin gravitieren". Die ganze schlechte Behandlung, die uns seit der Botschafterkonferenz zuteil geworden, beruhe einmal auf der russischen Annahme, "als ob wir wegen der Leichtigkeit Rußlands, sich mit Frankreich zu verbünden, des russischen Wohlwollens in dem Maße bedürftig wären, daß wir uns gefallen lassen müßten, was immer uns von dort her zuteil werden mag". Aber zur Erklärung reiche auch dieses Motiv nicht aus, es müsse schon das Element persönlicher Ranküne hinzutreten. Und nun steigt zum ersten Male aus dem sorgenerfüllten Geiste des Staatsmannes eine ganz neue Vision auf: "Wenn es Gottes Wille ist, daß dieses Element (persönlicher Ranküne) auf die Entschließung eines so mächtigen Monarchen, wie des Kaisers von Rußland, entscheidend einwirkt, so müssen wir, so gut wir können, einen schweren Kampf bestehen, den wir nicht suchen. Wir werden ihn ungern fechten, aber mit dem Gottvertrauen, welches ungerechte Angriffe dem davon Betroffenen zu verleihen pflegen. Wenn wir aber uns der russischen Politik so bedingungslos hingeben wollten, daß wir uns darüber mit England, Österreich und anderen Staaten definitiv entfremdeten, so müßten wir zu der russischen Politik dasselbe Vertrauen haben wie zu unserer eigenen." - Wir beobachten, wie sein Mißtrauen in diesen Monaten unaufhaltsam im Ansteigen begriffen war.

So blieb das letzte Wort der deutschen Politik wohlwollende Neutralität.[22] Aber eben weil sie nur diese Neutralität und nicht mehr bot, warf man ihr vor, daß sie tatsächlich der Gegenseite ihre Dienste gewähre. Seit dem Abbruch der Botschafterkonferenz in Konstantinopel beschuldigte die Petersburger und Moskauer Presse den Reichskanzler in immer heftigerer Sprache, daß er die Türkei zum Widerstand ermutige. Schon sprach man von neuen Allianzen an Stelle derjenigen, die sich nicht bewährt hätten; schon war auch in Paris der unvermeidliche Widerhall solcher Stimmungen bemerkbar; und es liefen sogar beunruhigende Nachrichten über russische Rüstungen an der deutschen Grenze um. Mochten diese auch übertrieben oder falsch sein, eine Tatsache stand fest: die Saat Danilewskijs von 1870/71 begann aufzugehen. Seine Denkweise sickerte jetzt aus den Motiven, die in der Außenpolitik Gortschakows längst bemerkbar waren, in die öffentliche Meinung des nationalen und liberalen Rußlands nieder, sie wurde eine Macht, die man von oben her bald gewähren ließ, bald zu respektieren sich genötigt sah. Es war ein denkwürdiger Tag in der russischen Geschichte, als Zar Alexander II. am 10. November 1876 jene Moskauer Rede hielt, in der er von dem für die "slawische Sache" vergossenen Blute und der Zuversicht sprach, daß Rußland seinem Rufe folgen werde, wenn die Ehre des Landes es erfordere. Der Einfluß der Slawophilen auf die Außenpolitik wurde damit feierlich anerkannt, das europäisch-großmächtliche Terrain verlassen. Die slawische Sache erregte immer stürmischeren Widerhall in der russischen Gesellschaft und öffentlichen Meinung. Dieser russische Nationalismus, jetzt als Macht von der Autokratie anerkannt, begann sich auch in der Bewertung der deutschen Politik auf die Tonart Gortschakows abzustimmen; schon fehlte es nicht an Anspielungen auf die mächtigen falschen Freunde, die Rußland im Stiche ließen, und sie mußten um so schädlicher wirken, als sie der öffentlichen Meinung Frankreichs zu irrigen Anschauungen Anlaß gaben.

Man beobachtet, wie die sich verdunkelnde Gesamtlage Bismarck veranlaßte, die Pflege der Beziehungen zur anderen Seite nur um so sorgfältiger in die Hand zu nehmen. Zu seiner persönlichen Information ließ er dem Botschafter von Schweinitz am 30. Januar 1877 schreiben: durch Rußlands Haltung fänden wir uns absolut genötigt, uns mit Österreich und England in Beziehungen einzulassen, die bisher vermieden seien, und gehe es so weiter, auf Abreden mit Österreich Bedacht zu nehmen. Wenn der Reichskanzler erst Seiner Majestät Vortrag über die Sache gehalten, werde er wahrscheinlich in der Lage sein, die alte Idee eines organischen Bündnisses mit Österreich wieder aufzunehmen und dabei auf Englands guten Willen rechnen zu können.[23] Das mochte, aus verschiedenen Gründen, im Moment noch verfrüht sein, es verrät aber das wachsende Bedürfnis nach einer Fühlung mit der anderen Seite. So nahm denn Bismarck in den nächsten Tagen in vertraulichen Gesprächen mit dem englischen Botschafter das schon öfter berührte Thema des Bündnisses wieder auf; jedenfalls glaubten die Engländer wieder neue Vorschläge für eine

"Offensiv- und Defensivallianz" herauszuhören. Aber auch im englischen Kabinette hatte die weitausschauende Konzeption Disraelis noch keineswegs über das alte Mißtrauen gesiegt, das immer wieder auftauchte.[24]

Jeder blickte jedem scharf auf die Hände. Es würde eine irrige Annahme sein, daß Bismarck die einzelnen russischen Schritte, die diplomatisch der Kriegserklärung vorangingen, nicht auf das kräftigste unterstützt hätte. Vielmehr hielt er an seiner Linie fest, ohne sich durch kleinen Ärger oder große Sorgen, weder durch die ungeduldigen Vorwürfe Gortschakows noch durch die Berichte über russisch-französische Koketterien, von ihr abdrängen zu lassen. Er wollte an sich den Krieg zwischen Rußland und der Türkei nicht verhindern; schon darum nicht, weil er fürchtete, daß das "eiternde nationale Gift" des Panslawismus, wenn es keinen Abfluß nach der Türkei fände, auf Österreich-Ungarn übertragen werden könnte.[25] Mochte man ihm in London, wo man mehr von ihm verlangte, auch nachsagen, daß er die Russen in den Türkenkrieg verwickeln wolle, er war überzeugt, daß man jetzt den Dingen ihren Lauf lassen müsse. Sowohl den freundschaftlichen Ermutigungen als den besorgten Warnungen gegenüber, die der persönlich bewegte alte Kaiser nach Petersburg gelangen zu lassen neigte, riet er von jeder Art noch so wohlgemeinter Einwirkung auf den Zaren ab, da sie die zukünftigen deutsch-russischen Beziehungen gefährden könne: nehme man etwa in Petersburg unter solchem Eindruck Abstand vom Kriege, so würden später die Vorwürfe gegen die Mächte nicht ausbleiben, die zum Verzicht auf einen für Rußland ehrenvolleren Ausgang beigetragen hätten. Somit suchte er in diesem Stadium jeden deutschen Schritt zurückzuhalten, der die Dinge lenken wollte. Ihre Verantwortung mußten die Russen selber tragen. In diesem Sinne suchte der Kanzler sogar dem General Ignatiew im März 1877 den Sinn des Schillerwortes: "Und setzet Ihr nicht das Leben ein" zu erläutern. Lag eine entschlossene Politik Rußlands vor, dann war das Deutsche Reich bereit, ihre Schritte im einzelnen zu unterstützen, ohne ihr die Verantwortlichkeit für das ganze Unternehmen abnehmen zu können - alles weitere, wenn es zum Kriege kam, hing von den russischen Erfolgen und den russischen Endzielen ab, konnte auch von der deutschen Politik nur von ihrem Interesse aus, im Rahmen ihrer gesamten großmächtlichen Beziehungen, bewertet werden.

Für diese Politik begann eine neue Epoche, als am 24. April 1877 die russische Kriegserklärung erging. Der Botschafter von Schweinitz urteilt über die Weltlage in diesem historischen Momente: "Noch niemals seit der Zeit, in welcher Peter der Große zum ersten Male die Waffen ergriff, um die Glaubensgenossen auf der Balkanhalbinsel gegen den Islam zu schützen, hatte Rußland einen Türkenkrieg unter so günstigen Umständen begonnen; noch niemals war das diplomatische Feld so wohl vorbereitet und gut bestellt gewesen. Hierzu hatte freilich Fürst Bismarck mehr beigetragen als Fürst Gortschakow; durch seine Politik, seine Erfolge und guten Dienste war die Arena im Vergleich zu 1828 und 1853 so verändert und so gesäubert worden, daß sich Rußland seinem Gegner allein gegenübersah und keine Störung zu fürchten brauchte, solange es sich in den von ihm selbst gesteckten Grenzen hielt." In dieser Unterstützung der russischen Politik in den letzten Monaten hatte Bismarck sich in den Grenzen seines Programmes der unparteiischen Neutralität gehalten. Ununterbrochen hielt der Steuermann sein Auge auf den ganzen Horizont der europäischen Mächte gerichtet. Als die englische Note vom 6. Mai die Grenzen bezeichnete, innerhalb deren England seine Neutralität im Orient würde bewahren können, war der Reichskanzler äußerst ungehalten, daß Kaiser Wilhelm, seinen menschlichen Gefühlen nachgebend, sich sogar dem französischen Botschafter gegenüber zu einer Kritik der Note hinreißen ließ.[26]

Schon näherte sich der weltgeschichtliche Moment, in dem die Großmächte endgültig in ihre Stellungen einrückten. In dem patriotischen Hochgefühl, mit dem Rußland in den Krieg eintrat, lüftete auch die russische Presse das "Geheimnis", das der amtlichen Außenpolitik Gortschakows seit Jahren zugrunde lag. Bezeichnend dafür sind die von einer fanatischen und drohenden Logik durchzogenen politischen Aufsätze Dostojewskis. In einer bald nach Kriegsausbruch veröffentlichten Geschichtsphantasie ging er davon aus, daß die Sicherheit, welche die Deutschen

durch ihre Siege gewonnen zu haben glaubten, doch sehr zweifelhaft sei:[27]

> "1870/71 haben ja die Deutschen eigentlich nicht Frankreich besiegt, sondern nur Napoleon und seine Institutionen. Nicht immer werden in Frankreich die Heere so schlecht organisiert und kommandiert werden, nicht immer werden dort Usurpatoren herrschen, die aus dynastischen Interessen gezwungen sind, solche klägliche Fahrlässigkeit zu dulden, daß ein reguläres Heer sich nicht ein paar Monate im Felde erhalten kann. Nicht immer wird sich auch ein Sedan wiederfinden, nicht immer werden dort so wenig begabte Generäle wie MacMahon oder solche »Verräter« wie Bazaine sein... Und dazu kommt dann noch zum Überfluß, sagen wir, das Naturgesetz hinzu: Deutschland ist doch in Europa immerhin das Land, das in der Mitte liegt: wie stark es also auch sein mag - auf der einen Seite bleibt Frankreich, auf der anderen Rußland. Es ist ja wahr, die Russen sind vorläufig noch höflich. Wie aber, wenn sie plötzlich erraten, daß nicht sie das Bündnis mit Deutschland brauchen, wohl aber Deutschland das Bündnis mit Rußland; und überdies noch: daß die Abhängigkeit von dem Bündnis mit Rußland allem Anschein nach die verhängnisvolle Bestimmung Deutschlands ist, und besonders seit dem Deutsch-Französischen Kriege."

Der große nationale russische Epiker hatte zwar keine nachweisliche Fühlung mit der russischen Außenpolitik, aber er sprach Dinge aus, die in der russischen Gesellschaft von Mund zu Mund gingen und den Leitern der Außenpolitik nicht fremd blieben.

Man stelle sich vor, wie eine solche halb lockende, halb drohende Sprache auf die aufhorchende Seele Bismarcks wirkte, die, empfindlich wie ein Manometer, die leiseste Zunahme der europäischen Spannung registrierte. Er spielte in diesen ersten Kriegswochen von neuem mit dem Gedanken, die Engländer, wenn sie Absichten auf Ägypten hätten, darin zu ermutigen, nicht etwa um sie gegen Rußland zu treiben, sondern um einen Ausgleich auf freundschaftlicher Basis zwischen England und Rußland damit anzubahnen: "Wenn England und Rußland auf der Basis, daß ersteres Ägypten, letzteres das Schwarze Meer hat, einig würden, so wären beide in der Lage, auf lange Zeit mit Erhaltung des *status quo* zufrieden zu sein, und doch wieder in ihren größten Interessen auf eine Rivalität angewiesen, die sie zur Teilnahme an Koalitionen gegen uns kaum fähig macht".[28] Immer wieder kehren seine Gedanken zurück zu dem Albdruck der Koalitionen, der damals schon ein Thema der französischen Presse - und im Grunde auch in der Seele Dostojewskis, in den Methoden der russischen Diplomatie die große Rechnung war.

In jenen Wochen hatte Bismarck seinen langen Urlaub angetreten, um der großen Welt zu entgehen, den täglichen Rückfragen der Diplomaten und der Notwendigkeit, mitten in den Ungewißheiten der kriegerischen Ereignisse immer unmittelbar auf jede Frage zu reagieren. Fortan wurde er in seinen hinterpommerschen Wäldern der große Unsichtbare, scheinbar der Aktion auf der europäischen Bühne entrückt, tatsächlich aber mit der Macht des Unsichtbaren sein Gewicht erhöhend bis zu dem Moment, wo er wie das Schicksal selber hervortrat. Zu Beginn, am 20. Mai 1877, hatte er vertraulich eine vielleicht von heimlichen Wünschen nicht freie Prognose gestellt: "Alle diejenigen, welche den Krieg lokalisieren wollten, müßten wünschen, daß den Russen der Sieg nicht zu leicht würde. Gelinge es den Russen, rasch bis Konstantinopel vorzustoßen, so werde es für England und Österreich kaum möglich sein, neutral zu bleiben. Je länger dagegen der Kampf an der Donau fortdaure, desto wahrscheinlicher sei es, daß ein allgemeiner Krieg verhindert werde."[29] So sollte es kommen. Nach dem Donauübergange sollten die russischen Heere zwar in den ersten Wochen rasch vorankommen, ja, den Balkan überschreiten; schon verkündeten die Häupter der panslawistischen Propaganda, die Stunde sei da, in der die Hegemonie aus den Händen des altersschwachen Europas an das Slawentum übergehe, und ließen entsprechend ihre Kriegsziele in die Höhe schnellen. Dann aber setzte mit den vergeblichen Stürmen auf Plewna am 20. und 30. Juli der Stillstand des Vormarsches ein, bis tief in den Winter hinein. Auf dieser Grundlage einer langwierigen, in solchem Umfange doch kaum erwarteten Verschleppung der militärischen Entscheidung sollte die

eigentliche Auseinandersetzung der Großmächte in ihr entscheidendes Stadium treten.

Schon beim Beginn dieser Periode, am 11. August, hatte Bismarck seinem Kaiser gegenüber voll Genugtuung das Fazit der sich verändernden Lage gezogen. Nach einigen für den Empfänger bestimmten Wendungen über sein Mitgefühl mit den russischen Niederlagen, wog er befriedigt die Rückwirkungen der Ereignisse auf die deutsche Stellung in Europa ab: "Für Eurer Majestät Politik scheint wenigstens eine Frucht schon gewiß zu sein, die der richtigen Würdigung der deutschen Freundschaft in der öffentlichen Meinung Rußlands. Die vorjährigen Bestrebungen des Fürsten Gortschakow und anderer antideutscher Politiker, eine uns feindliche Fühlung zunächst mit Österreich und dann nach Belieben mit Frankreich zu finden, Deutschland aber in der Meinung des russischen Volkes und Heeres zu diskreditieren, sind definitiv mißlungen; wir sind mit England in gutem Einvernehmen geblieben, und die früher deutschfeindlichen Moskauer wollen eine Adresse an Eure Majestät richten; die Freundschaft Österreichs haben Eure Majestät in Ischl gestärkt, und die bisher unermüdlichen Verleumder der deutschen Politik finden mit ihren Fabeln über Kriegsgelüste keinen Anklang mehr." - Er konnte jetzt aufatmen. Von Woche zu Woche und von Monat zu Monat wuchs die Entlastung der deutschen Politik, wuchs das Umworbensein. Schon in den ersten Kriegswochen hatte Disraeli vorwurfsvoll seinen Außenminister Derby gefragt: wenn er nichts tun wolle, weshalb er dann Bismarcks Angebot nicht angenommen habe; und immer lebhafter kam er fortan auf den Gedanken zurück, eine Verständigung mit Deutschland zu suchen. Immer erregter blickte er nach dem deutschen Kanzler, von dem es hieß, daß man in Petersburg und in Wien keinen Schritt tue, ohne ihn, den Herrn der Situation, zu befragen.[30] Und auf der anderen Seite wurde der Ton der Musik, die jetzt aus Rußland nach Deutschland herüberklang, um so wärmer, je tiefer der verlustreiche Krieg der Russen sich in den Winter hineinzog. Derselbe Dostojewski, der im Mai noch mit dunkler Drohung das deutsche Geheimnis, seine Mittellage zwischen Rußland und Frankreich, enthüllt hatte, erging sich jetzt in dithyrambischer Sprache über ein ewiges Bündnis zwischen Rußland und Deutschland. "Die Idee des wiedervereinigten Deutschland ist groß und stolz und reicht bis in die Tiefe der Jahrhunderte. Doch was will denn Deutschland mit uns teilen? Die ganze westliche Menschheit ist sein Objekt, für sich hat es die ganze westliche Welt Europas bestimmt: statt der römischen und romanischen Idee soll die germanische die Führung übernehmen. Uns aber, Rußland, überläßt es den Osten. Zwei großen Völkern ist es bestimmt, das Angesicht der ganzen Welt zu verändern. Das ist kein menschliches Hirngespinst, das ist kein menschlicher Ehrgeiz, der sich das erdacht: so setzt sich die Welt selbst auseinander."

Solche Weltherrschaftspläne entstehen leichter in den Köpfen von Literaten als von verantwortlichen Staatsmännern, und niemand auf der Welt wäre weniger empfänglich dafür gewesen als der gefürchtete Träger der Blut- und Eisenpolitik, der nur die friedliche und sichere Behauptung seiner Schöpfung unter den Mächten der Erde, so wie wir sie kennen, als das Ziel seines Handelns vor Augen hatte. Diesem Leitstern allein folgte seine Politik, als nach dem Fall Plewnas im Dezember 1877 der russische Vormarsch von neuem einsetzte; am 22. Januar 1878, nachdem die letzte türkische Armee aus dem Felde verschwunden war, nahmen ihre Vortruppen Adrianopel und erreichten das Marmarameer. Schon um Weihnachten hatte die Pforte die Hilfe Englands angerufen. Sie stand vor ihrem Ende, wenn nicht die Mächte dazwischentraten. Der Moment war eingetreten, bis zu dem auch England nach dem Rate Bismarcks seine Aktion vertagt hatte.

Die Zeit war für Bismarck erschienen, aus dem Dunkel seiner ländlichen Verborgenheit hervorzutreten. Er hatte schon Ende Dezember Bennigsen zugesagt, auf eine etwaige Interpellation über die außenpolitische Lage im Reichstage zu antworten, und eine spätere formelle Anfrage gutgeheißen.[31] Zum erstenmal machte das Deutsche Reich eine große europäische Krisis durch, ohne direkt an ihr beteiligt zu sein, aber doch der Gefahr ausgesetzt, in sie hineingezogen zu werden. Da hatte Bismarck zu der nationalen Gemeinschaft zu sprechen, die ihm als Führer

unbedingt vertraute, aber als Nation auch den Anspruch erhob, zu wissen, wohin er sie führen wolle, zu seinen Deutschen, die, ohne eigentliche Tradition in diesem höchsten Erleben, allzu leicht geneigt waren, sich von Sympathien und Antipathien, von den flüchtigen Impulsen eines außenpolitischen Dilettantentums leiten zu lassen. Und auch ihnen konnte das Eigentlichste kaum gesagt werden, weil seine Worte zugleich die Resonanz der aufhorchenden Welt fanden, die darauf brannte, hinter den kampfbereiten Interessentenmächten einen überlegenen Willen zu erkennen, der diesen Kampf vielleicht unmöglich mache. Jedes seiner Worte konnte von unabsehbarer Tragweite für die europäische Staatengesellschaft werden.

In diesen letzten Wochen seiner Varziner Zurückgezogenheit rang er unablässig mit sich über die Form, die er seinem Auftreten geben wolle. Auf einem Spazierritt in den ersten Februartagen fragte er seinen Begleiter: er suche nach einem prägnanten Worte, das die Stellung Deutschlands gegenüber den Verwicklungen im Orient einleuchtend charakterisiere. Deutschland erstrebe nicht, etwa nach dem Vorbilde Napoleons III., die Rolle eines Schiedsrichters in Europa, sondern wolle nur die Hand bieten, zerrissene Fäden wieder anzuknüpfen und das Anrufen der *ultimo ratio regum* nach Möglichkeit zu verhindern oder doch hinauszuschieben. Da sei ihm die Figur des "Mittler" in Goethes Wahlverwandtschaften eingefallen, der überall auftauche, wo ein ehelicher Zwist zum Ausbruch gekommen, um einem Scheidungsprozeß entgegenzuwirken und durch sein Zureden die erbitterten Ehegatten wieder zusammenzubringen. Er ließ im Weiterreiten die Formel notieren: "Wir wollen uns in Europa auf die Rolle des Mittlers aus den Wahlverwandtschaften beschränken." Auf dem Ritte am andern Tage kamen ihm Zweifel, ob den Abgeordneten eine so genaue Kenntnis der Literatur zuzutrauen sei, daß sie diese Anspielung sofort verständen; wenn es nicht zuträfe, sei es besser, einen Vergleich aus dem Geschäftsleben zu nehmen. So ließ er schreiben: "Wir wollen in Europa nur die Rolle eines Maklers ohne Proxenetikum spielen." Am dritten Tag ließ er auch den klassischen Rechtsbegriff als nicht jedem geläufig fallen und entschloß sich zu der "Rolle eines ehrlichen Maklers", der das Geschäft wirklich zustande bringen wolle, das klinge einfacher und sei allgemein verständlich. Also mühte er sich, den Sinn seines Werkes auch in die bleibende Formel für die Gemüter der Menschen zu gießen.

Auf diesen Ton stimmte er die große Rede vom 19. Februar 1878, die in der Geschichte des Reichstages dieselbe Stellung behauptet wie in der Geschichte der europäischen Diplomatie. Nach der Begründung der Interpellation durch Bennigsen, der als Haupt der einstigen Nationalpartei das Zusammengehen mit Österreich warm betonte, besprach Bismarck mit einer die Welt verblüffenden Offenheit die Lage, die Forderungen von San Stefano, den Konferenzvorschlag, das Programm des ehrlichen Maklers, nach allen Seiten Öl auf die hochgehenden Wogen der Rivalität und der Eifersucht unter den Mächten gießend. Er scheute sich nicht, in wohlabgewogenen Sätzen die Beziehungen zu den einzelnen Mächten zu berühren, die seit einem Lustrum bestehende Einigkeit der drei Kaiserhöfe, die aber auch dem vertrauten Verhältnis entspreche, in dem Deutschland mit einem anderen Hauptinteressenten, mit England, lebe, mit dem kein Streit denkbar sei: "ich schmeichle mir deshalb, daß wir auch zwischen England und Rußland unter Umständen ebensogut Vertrauensperson sein können, als ich es sicher bin, daß wir es zwischen Österreich und Rußland sind, wenn sie sich nicht von selbst einigen können". Er wisse, daß er sehr viele Erwartungen täusche, aber er sei nicht der Meinung, "daß wir den napoleonischen Weg zu gehen hätten, um, wenn nicht der Schiedsrichter, auch nur der Schulmeister Europas sein zu wollen". Zum Schluß dann, weit über den Moment hin ausgreifend, gleichsam an die erste Thronrede des Reiches von 1871 wieder anknüpfend, ein Bekenntnis zur Friedenspolitik in Europa: "Nur für den Schutz unserer Unabhängigkeit nach außen, unserer Einigkeit unter uns und für diejenigen Interessen, die so klar sind, daß, wenn wir für sie eintreten, nicht bloß das einstimmige Votum des Bundesrats, sondern auch die volle Überzeugung, die volle Begeisterung der deutschen Nation uns trägt - nur einen solchen Krieg bin ich bereit, dem Kaiser anzuraten." In der Debatte gab der verdeckte Angriff Windthorsts, der im großdeutschen Stile den weltgeschichtlichen Gegensatz zwischen dem germanischen und slawischen Element unvorsichtig betonte, dem Kanzler eine erwünschte

Gelegenheit, mit polemischen Spitzen und höchst transparenten historischen Parallelen seine Gedanken zu vertiefen.

Der Eindruck der Rede in Europa war ungeheuer. Er genoß längst den überlegenen Ruf, wie Salisbury es damals formulierte, immer zu wissen, was er wolle, und manchmal es auch zu sagen. Selbst im Lager der Gegner stand man unter diesem Bann. Gambetta, der sonst von dem deutschen Kanzler nur als dem "*monstre*" zu sprechen pflegte, schrieb anderntags:

> "Ich bin entzückt, bezaubert, es ist gerade das, was ich gewünscht und erwartet hatte. Es ist wahrlich mehr, als wir hoffen durften von dem phantastischen und gewalttätigen Geiste des genialen Abenteurers, der das neue Deutschland mit Eisen und Feuer geschaffen hat. Jetzt steigt in diesem Manne die strahlende Morgenröte des Rechts empor. Es steht jetzt bei uns, von den Umständen, den Dispositionen, den ehrgeizigen Rivalitäten Nutzen zu ziehen, um unsere berechtigten Rückforderungen zu stellen und, im Einverständnis mit ihm, die neue Ordnung zu begründen."[32]

Und so hat denn auch die französische Geschichtschreibung den feinsten psychologischen Ton getroffen, um die Rede des 19. Februar zu charakterisieren:

> "Eine einzigartig kühne Lektion, die vielleicht zum ersten Male aus der diplomatischen Leistung ein Werk des hellen Tageslichtes macht und ihr alle Vorteile einer überlegten und berechneten Publizität verleiht. Seine bewunderungswürdige Kraft besteht darin, mitten in Kampf und Polemik, in der Erwiderung an die Gegner, die seinen Sinn übertreiben, die Nuancen zu unterscheiden, die Grenzen zu bezeichnen, die Grade und Feinheiten festzustellen, die ihm seine eigentümliche Physiognomie geben und ihm die volle Autorität über Menschen und Dinge verleihen. Der große Staatsmann vollbringt in dieser enormen und weitausholenden, stoffüberladenen und von gedrängten Gedanken überschwellenden Rede das wahre Meisterwerk des politischen Diplomaten."[33]

Ja, es ist vor den Augen des mit unerhörter Spannung aufhorchenden Europa das neue Bild eines Bismarck, der weit über die Streitfragen des Moments hinweg seinem Zeitalter die Möglichkeiten eines neuen Geistes der Politik und der Staatengesellschaft offenbart.

Die ehrliche Maklerschaft war schon in diesem Augenblick vor ihre ersten Aufgaben gestellt. Sobald die zu erwartenden russischen Friedensbedingungen bekannt wurden, hatte Andrássy den Antrag auf Berufung einer Konferenz oder eines Kongresses gestellt, und alsbald waren die Fragen des Ortes und der Kompetenz des Kongresses lebhaft umstritten. Als Gortschakow am Tage der Veröffentlichung des Friedens von San Stefano (3. März) sich für Berlin erklärte (um Wien zu vermeiden), blieb Bismarck nichts anderes übrig, als die Genehmigung seines Kaisers für die Wahl einzuholen, obwohl er nicht verkannte, wie er nach London wissen ließ, "daß wir hier am Ort mit aller Reserve doch sachlich mehr engagiert würden und eine gewisse politische Verantwortung trügen, die wir für Deutschland lieber vermieden gesehen hätten und durch Abhaltung der Konferenz an einem anderen Orte auch leichter hätten vermeiden können". Er gab aber jeden Widerstand auf, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, daß er irgend etwas zur Herbeiführung der Verständigung Dienliches unterlassen hätte; er mochte sich auch sagen, daß die Bedenken durch die Vorteile der geschäftlichen Leitung und Einwirkung aufgewogen würden. Aber bevor sich die Arena der großen Machtprobe öffnete, schien die Bedingung, unter der England an dem Kongresse allein teilzunehmen sich bereit erklärte, die Vorlegung des Friedenstextes von San Stefano in seinem ganzen Umfange, und die russische Weigerung, diese Bedingung zu erfüllen, alles in Frage zu stellen. Die englischen militärischen Maßnahmen, der Rücktritt Lord Derbys und die Übernahme des Auswärtigen Amtes durch Lord Salisbury, die zunehmende Erregung der englischen öffentlichen Meinung ließen zeitweilig den kriegerischen Ausgang als möglich erscheinen. Bei der

Nähe, in der sich die russischen Truppen und die englische Flotte an der Küste des Marmarameers gegenüberstanden, war nicht einmal mit Sicherheit zu sagen, ob die Kanonen nicht durch einen verhängnisvollen Zufall von selber losgehen würden. In dieser Spannung entschloß sich Bismarck am 9. April, die Vermittlung zu einer gleichzeitigen Zurücknahme beider Truppenkontingente zu übernehmen und, während der Abwendung dieser nächsten Gefahr, auf eine unmittelbare Aussprache zwischen Rußland und England hinzuwirken. Auf beiden Seiten wurde sein Eingreifen mit Dankbarkeit aufgenommen: "Bismarck ist erwacht." Seine Gestalt rückte in den Mittelpunkt, und die von ihm vertretene Macht sah sich von allen Seiten umworben. Als Graf Schuwalow auf der Durchreise nach London Bismarck in Friedrichsruh besuchte, "stellte er noch einmal die Frage eines russisch-deutschen Schutz- und Trutzbündnisses", und Bismarck erläuterte offen die Schwierigkeiten, die sich für ihn aus der Rücksichtnahme auf Österreich-Ungarn ergäben.[34] Aber auf der andern Seite sprach sich auch Lord Salisbury - auf einem langen Wege zu solcher Erkenntnis herangereift - für eine *entente cordiale* zwischen Deutschland und England aus: "Es gibt keine Länder, die so wenig Rivalitäten und so viele Gemeinsamkeiten haben, und deswegen keine, zwischen denen eine Verständigung so gut sein würde. Wir sind tatsächlich die einzige Nation nördlich der Alpen, die mit ungeteilter Genugtuung auf die Stellung zu blicken vermag, die das Deutsche Reich erreicht hat."[35] Diese Erkenntnis hatte viel Mißtrauen und Ressentiment überwinden müssen - auf ein Angebot von englischer Seite aber würde Bismarck in diesem Augenblick, ähnlich wie Schuwalow gegenüber, mehr von den Schwierigkeiten, die entgegenständen, als von den Gründen, die es empfahlen, gesprochen haben. Er sah seine Aufgabe nicht darin, den Konflikt durch Parteinahme zu vertiefen, sondern durch Vermittlung zu überbrücken. Im Sinne seines beim Beginn des Krieges aufgestellten Zukunftsbildes wirkte er darauf hin, daß Rußland und England sich zunächst in einer Aussprache zu zweien einigten, deren Ergebnis die unumgängliche Voraussetzung und die Grundlage des Kongresses sein mußte: er hatte die Mächte jetzt da, wo er sie schon vor Jahresfrist hatte haben wollen.

Es war ein großer historischer Moment, als die leitenden Minister und Diplomaten der Mächte in Berlin zu einem Kongreß zusammentraten. Nicht nur die orientalische Krisis, die seit mehr als zwei Jahren die Mächte in Spannung hielt, ging jetzt ihrer endgültigen Lösung entgegen. Auch jene dunkle Unsicherheit, die seit der Errichtung des Deutschen Reiches über der europäischen Staatengesellschaft gelastet hatte, war abgelöst durch eine Anerkennung der deutschen Machtverhältnisse auf allen Seiten. Sobald Fürst Bismarck die Leitung des Kongresses übernahm, konnte die Parole ausgegeben werden: Jetzt ist der Friede gesichert - nicht in dem heimtückischen Sinne, in dem Gortschakow diese Worte im Mai 1875 gegen das Deutsche Reich ausgespielt hatte, sondern in dem Sinne, in dem Bismarck seinen Weg durch das Gedränge der großmächtlichen Interessen zu bahnen entschlossen war.

Das Vertrauen Europas zu der Macht der Mitte als der zuverlässigsten Bürgschaft des Friedens siegte endgültig über die Furcht vor einer uferlosen Eroberungssucht des Deutschen Reiches und seines gewalttätigen Kanzlers, die in jenen Jahren in immer neuen Verkleidungen die Gemüter beunruhigt hatte. Die Mär von den preußischen Raubgelüsten auf Holland, von den Franzosen schon während der Luxemburger Krisis in London verbreitet,[36] war lange Zeit von den Engländern in allen Lagern gelehrig aufgenommen worden; die Königin Viktoria mußte erst durch ihren Botschafter von der Unwahrscheinlichkeit des lächerlichen Gerüchts überzeugt werden, ihre eigenen Staatsmänner konnten einen deutschen Hinweis auf ihre ägyptischen Interessen sich nur aus solchen bösen nachbarlichen Hintergedanken erklären und ließen sich an den seltsamsten Beweisstücken für ihren Irrglauben genügen. Selbst als man sich in London von der Natürlichkeit des deutsch-englischen Bündnisses überzeugt hatte, tat man es mit dem Vorbehalt, die Lage würde sich ändern, wenn es je den Deutschen in den Kopf kommen sollte, Kopenhagen oder Rotterdam zu wünschen, und fiel immer wieder in die seltsame Vorstellung zurück, daß man doch noch in den nächsten Jahren für die Unabhängigkeit Hollands würde fechten müssen.[37] Lord Salisbury war ganz erstaunt, daß die ihm in Paris vom Herzog von Decazes zugeflüsterten Besorgnisse, Bismarck sei

bereit, über Deutsch-Österreich herzufallen, in Wien von Andrássy jedenfalls nicht geteilt wurden;[38] dafür warnte der Erzherzog Albrecht die russischen Staatsmänner vor einem plötzlichen Überfall der Deutschen,[39] und der Zarewitsch Alexander wagte noch im Juni 1880 dem deutschen Kronprinzen von der feststehenden Absicht Bismarcks zu sprechen, die baltischen Provinzen zu annektieren.[40] Wird man sich wundern, wenn die Phantasie Disraelis die Frage auswarf: wo liegen Bismarcks Kompensationen, im österreichischen oder im russischen Deutschland, oder möchte er Seepolitik treiben und mit den Engländern zusammen die Wacht des Hellespontes und der Symplegaden übernehmen?[41] Zu der politischen Atmosphäre der siebziger Jahre gehört das System dieser Verleumdungen,[42] bei dem die Urheber und die Gläubigen niemals ausstarben - erst der Verlauf der Orientkrise und die Haltung Bismarcks auf dem Berliner Kongreß, auf dem der gefürchtete Gründer des Deutschen Reiches als der sichtbare Bürge einer uneigennützigen Friedenspolitik erschien, sollte eine Reinigung herbeiführen und das wahre Bild des europäischen Politikers Bismarck an die Stelle jener berechneten Verzerrungen setzen.

Denn jetzt lag das wirkliche Verhältnis vor aller Augen. Während alle übrigen sich vergrößerten oder sich zu vergrößern suchten, nahm die Politik der ehrlichen Maklerschaft für Deutschland nur eine einzige "Kompensation" in Anspruch: eine friedliche Auseinandersetzung in der Staatengesellschaft, in der die Reibungsflächen, unter Entlastung des Zentrums, in die Peripherie geschoben und der französischen Revanche alle europäischen Anknüpfungsmöglichkeiten genommen wurden. Was Bismarck seit dem Ausbruch der orientalischen Krisis erstrebt hatte, war eine neue Ordnung Europas, die Begründung einer dauernden Interessengemeinschaft zwischen der deutschen Sicherheit in der Mitte und dem Frieden Europas.[43]

Aber kommt in diesem Urteil nicht vielleicht die nationale Eigenliebe der Deutschen zum Ausdruck? Hören wir daher einen Vertreter derjenigen Nation, gegen die sich die Friedenspolitik Bismarcks vornehmlich zu decken suchte. Der französische Politiker und Geschichtschreiber Gabriel Hanotaux beurteilt das Geheimnis der europäischen Politik Bismarcks im Zeitalter des Berliner Kongresses mit den Sätzen:

> "In dieser feierlichen Stunde hat der Fürst, seine Leidenschaften beherrschend, sein Urteil gebildet und seinen Entschluß gefaßt. Was er will, ist eine solide Organisation von Mitteleuropa, die fähig ist, im Notfalle nach beiden Seiten hin standzuhalten, unabhängig von englischer Einmischung, ohne sich ihr gerade feindlich zu zeigen. Er hat sich zur Aufgabe gesetzt, Vertrauen zu erwecken und zwischen den anderen das Mißtrauen zu nähren. Alles dies durch die einfachsten, direktesten Mittel, die sich gleichsam aus dem Laufe der Dinge ergeben. Er tut dem Geschicke keine Gewalt an, er beobachtet es, drängt es und läßt es selbständig handeln, so wie Sokrates es mit den Geistern seiner Schüler machte. Die Umstände kamen ihm dabei zu Hilfe. Die Lage ist so, daß er mit unabweisbaren Notwendigkeiten zu tun hat, und er ist verständig genug, sie gewähren zu lassen; er hat mit Personen zu tun, mit Eitelkeiten und Empfindlichkeiten, die er als feiner Menschenkenner mit einem Blick überwacht und benutzt."[44]

Man braucht nicht jede Nuance dieses Urteils zu billigen, um das Ganze anzunehmen: das Innerste einer Diplomatie, die den natürlichen Lebensbedürfnissen der Mächte ihren Lauf läßt und sie nur in ihrem Verhältnis zueinander auszugleichen sucht, läßt sich nicht treffender in Worte fassen.

Es kann nicht die Aufgabe dieser Darstellung sein, den Gang, die Krisen und das Ergebnis der Verhandlungen auf dem Kongreß zu analysieren, nur die Richtung, die Bismarck dem Verlaufe als Präsident gab, sei mit einigen Strichen festgehalten. Die großen Entscheidungen waren in Wirklichkeit schon zwischen England und Rußland und zwischen Österreich und Rußland gefallen, und es konnte sich nur noch darum handeln, das prinzipiell Zugestandene in der Einzeldurchführung zur allgemeinen Annahme zu bringen. Für die deutsche Leitung ergab sich

daraus die Aufgabe, die Politik des Ausgleichs, die sie in den letzten Jahren verfolgt hatte, jetzt in der Stunde der Abrechnung mit festen Nerven durchzuführen: Österreich nach bestem Können zu fördern, aber nur bis zu der bekannten Grenze: keinen Bruch mit Rußland, also bis zu derselben Grenze, die man den russischen Ansprüchen gegenüber mit Rücksicht auf Österreich innegehalten hatte und halten wollte. Dasselbe gilt von dem Ausgleich zwischen Rußland und England. Der führende russische Geschäftsbevollmächtigte Graf Schuwalow hat nach Abschluß des Kongresses betont, daß es nur der deutschen Unterstützung verdankt werde, wenn der Kongreß nicht unter Abbruch der Verhandlungen zum Kriege geführt habe; in drei Angelegenheiten (Abgrenzung von Bulgarien, Sandschak, Batum) namentlich seien die Verhandlungen lediglich dadurch wieder in Fluß geraten, daß es Bismarck durch persönliches Eingreifen gelang, die englisch-österreichischen Beschlüsse in einem Rußland erwünschten Sinne umzugestalten.[45] Auf die ihm von Petersburg entgegengehaltene Frage, warum er mit der mächtigen Unterstützung Bismarcks nicht bessere Resultate erziele, hat Schuwalow darauf hingewiesen, daß dieser sich, in der Absicht, ein Scheitern des Kongresses zu vermeiden, genötigt sehe, zwischen den drei Mächten zu lavieren, und darum nicht immer energisch genug in seinem Wohlwollen für die russische Seite sei.[46] Daß Bismarck grundsätzlich die Rolle des ehrlichen Maklers festhielt, wird von keiner Seite bestritten, es war nur die Frage, ob er auf dieser Linie den Ansprüchen der russischen Politik Genüge tun werde. Denn sein Entschluß, an dem er in den vergangenen Jahren ohne Unterbrechung festgehalten hatte, nicht so weit mit den russischen Wünschen zu gehen, daß er sich dadurch Österreich und England entfremde und den Anstoß zu feindlichen Koalitionen gebe, dieser Entschluß wurde auch während des ganzen Kongresses behauptet.

Er hatte jetzt den eigentlichen europäischen Gegenspieler Rußlands, Lord Beaconsfield, zur Seite und sich gegenüber, mit dem ganzen Gewicht seiner langen politischen Erfahrung und der von ihm vertretenen Macht. Und dieser Führer der englischen Politik, dem Grabe schon nahe, war gewillt, große Politik zu machen, wie er denn bewußt aus der freihändlerisch-liberalen Staatspraxis des England der *non-intervention* in eine machtpolitisch-imperialistische Ära zurücklenkte. Wenn Bismarck den Blick der englischen Staatsmänner immer wieder auf Ägypten zu richten versucht hatte, so lag darin für Beaconsfield (nicht aber für Salisbury) ein Grund, den Wink, dessen Folgen die englische Politik mit der französischen Politik veruneinigen konnten, lieber zu überhören. Aber auch unabhängig davon war jetzt die Möglichkeit eines deutschen Bündnisses als eines für England erstrebenswerten Zieles immer nähergerückt.

Die Berührung Bismarcks mit Beaconsfield, den er vor sechzehn Jahren nur einmal gesehen hatte, war ihm ein neues Erlebnis. Die persönliche Auseinandersetzung mit Gortschakow und Andrássy war ihm seit Jahren vertraut; der Weg, den er zwischen den beiden Partnern des Dreikaiserverhältnisses zu gehen hatte, war von ihm in ungezählten Definitionen abgesteckt und die Formen des Umgangs schließlich der europäische Stil der kontinentalen Diplomatie. Beaconsfield war eine ganz andersartige Folie des deutschen Kanzlers. Die Spannung in dieser Berührung war, bei der Verschiedenheit der politischen Charaktere und der geistigen Naturen, größer, der Eindruck, den der eine auf den andern machte, auf beiden Seiten etwas viel Persönlicheres. Wie haben sich doch die literarischen Künste Disraelis bemüht, um der Königin Viktoria ein lebensvolles Bild von dem mächtigen Führer des Deutschen Reiches zu geben! Wie befremden ihn zunächst diese "Monologe im Stile des Rabelais", die der Kanzler ihm hält; wie horcht er auf die Redeweise eines Staatsmannes, "der so spricht, wie Montaigne schreibt", auf die Konversation des Gefürchteten, der in seiner feinen und hohen Stimme so viele schreckliche und unmögliche Dinge sagt, deren Kühnheit ihn erbleichen läßt! Scheinbar erschüttert meldet er seiner dafür äußerst empfänglichen Königin, wie jener ihm unvorsichtig rät, niemals Fürsten und Höflingen zu trauen - was dieser seltsamen Abart eines anglo-jüdischen Höflings den willkommenen Anlaß gibt, dem reinen und gerechten Herzen seiner Souveränin eine wortreiche Huldigung zu Füßen zu legen. Jedes Wort Bismarcks erregt seine Aufmerksamkeit; so, wenn er die Erwerbung Cyperns als einen weisen Schritt und einen Fortschritt lobt, der populär sein werde, "denn die Nationen lieben Fortschritt".

Der Engländer hat in den nächsten Jahren in seinem letzten Roman *Endymion* in dem Grafen Ferroll das Abbild eines Staatsmannes gezeichnet, der eine ganz originelle, fast exzentrische Denkweise besitze und fast nie einen Fehler mache - man sieht, wie auch ihn das persönliche Erlebnis bis zuletzt beschäftigt hat.

Bismarck behandelte den anderen mit ausgesuchtem Entgegenkommen und sichtbarem Respekt. Als er am 21. Juni, dem Höhepunkt der Kongreßkrisis, sich überzeugte, daß Beaconsfield wirklich in der bulgarischen Grenzfrage eine ultimative Haltung eingenommen habe, ließ er sich sofort zu einer ganz persönlichen Einladung herbei und veranstaltete eine vertrauliche Aussprache bei der Pfeife - nach diesem Eindruck führte er das Nachgeben Rußlands herbei. Er ging in solchen Aussprachen in seiner Weise weit aus sich heraus; mehrfach kam er auf die Episode vom Januar 1876 zurück, wo er sich England angeboten, aber erst nach sechs Wochen von Lord Derby eine Ablehnung erfahren habe. Daß er aber mitten in den Kongreßverhandlungen so weit gegangen sein soll, dem Engländer einen ernsthaften Bündnisvorschlag zu unterbreiten, hat alle Zeugnisse und Erwägungen gegen sich.[47] Wohl aber tat Bismarck alles, um die persönliche Grundlage des Verhältnisses sicherzustellen, auch durch die Anregung eines vertraulichen Briefwechsels - er wollte die bleibende Rückendeckung, um jedem Druck von russischer Seite begegnen zu können.

Denn es stellte sich bald heraus, daß die Russen das mit deutscher Hilfe auf dem Kongreß Erlangte doch nur an den überspannten Forderungen messen würden, die sie vor dem Ausbruch des Krieges im voraus an die deutsche Hilfe gestellt hatten. Fürst Gortschakow, der während des Kongresses hinter dem Rücken Schuwalows in Privatbriefen an den Zaren über den Kongreßverlauf berichtete, verfolgte nur das eine Ziel, sich zu entlasten und die Allerhöchste Verstimmung gegen den deutschen Reichskanzler zu schüren. Noch von Berlin aus hatte er dem Zaren nachgewiesen, daß es eine Illusion sein werde, weiterhin auf das Verständnis der Dreikaisermächte zu rechnen. "Das ist auch meine Meinung", bestätigte ihm der Zar, der sich schon gelehrig gewöhnte, von dem Kongreß als "der europäischen Koalition gegen Rußland, unter Führung des Fürsten Bismarck" zu sprechen.[48] Die Slawophilen erbitterten sich auf das höchste, daß Österreich-Ungarn ohne einen Schwertschlag slawische Gebiete, wie Bosnien und die Herzegowina, von dem Kongresse heimgebracht habe; aber weder der Zar noch Gortschakow hatten den Mut, ihnen zu gestehen, daß sie selbst der Habsburgischen Monarchie schon lange vor Beginn des Krieges die beiden Provinzen vertragsmäßig überantwortet hätten, und daß sie, ohne diese Abfindung, gar nicht in der Lage gewesen wären, Krieg gegen die Türkei zu führen. Die Slawophilen erhoben die leidenschaftlichsten Vorwürfe, daß man sich auf dem Kongreß zu so einschneidenden Veränderungen des Friedens von San Stefano, vor allem im Schicksal Bulgariens, hatte bereitfinden lassen; und wiederum wagten weder der Zar noch Gortschakow wahrheitsgemäß zu erklären, daß diese Abänderungen auf den geheimen Abmachungen beruhten, die Rußland im Mai 1878 mit England geschlossen hatte, um einem zweiten Kriege zu entgehen, in dem die Bestimmungen von San Stefano in alle Winde zerflattert wären.

Wenn aber in dieser Erbitterung Rußlands das Ergebnis bestand, muß man da nicht zu dem Schlusse kommen, daß die ehrliche Maklerschaft Bismarcks ihren Zweck verfehlt hatte, wenn sie nicht gar ein Fehler gewesen sein sollte, wie sogar von konservativer Seite gesagt worden ist, der einzige handgreifliche Fehler in seiner Außenpolitik?[49] Aber hätte er den Zusammentritt des Kongresses in Berlin ablehnen sollen, wie nachträgliche Kritik verlangt, um eine Überstimmung Rußlands unter seinem Vorsitz zu vermeiden? Rußland würde es ihm erst recht nicht vergeben haben, wenn er der russischen Politik den einzig möglichen ehrenvollen Rückzug aus den Positionen von San Stefano unmöglich gemacht hätte. Oder hätte er auf dem Kongreß eine unbedingtere Haltung an der russischen Seite, selbst in Fragen, in denen Rußland vorher schon den Rückzug angetreten hatte, einnehmen sollen? Dann würde Deutschland gegenüber einer englisch-österreichisch-türkischen Front, die sich in jedem Augenblick durch Frankreich hätte verstärken können, als der einzige Anwalt einer im Moment kampfunfähigen Macht dagestanden haben. Wenn es aber damals jede

englisch-österreichische Fühlung verscherzt hätte, wie würde dann wohl der russische Druck von 1879 auf die isolierte deutsche Politik ausgefallen sein? Oder aber wäre es richtig gewesen, schon lange vor dem Kriege die von Rußland verlangte unbedingte Gefolgschaft zu leisten und es gleichmütig in Kauf zu nehmen, daß eine solche um fremder Interessen willen im Osten festgelegte deutsche Politik einer feindseligen Einkreisung der anderen Mächte verfallen wäre? Man braucht die Fragen nur aufzuwerfen, um bald zu sehen - was Bismarck gern der Opposition im Reichstage entgegenhielt -, daß die Kritik leicht und die Kunst schwer ist. Besonders leicht auch die Kritik, die aus einer späteren Situation heraus urteilen möchte.[50] Jeder weittragende politische Entschluß hat seine unvermeidlichen Kehrseiten, und das Verlockende, das in dem politischen Besserwissen zu liegen scheint, kommt in irgendeinem späteren geschichtlichen Abschnitt sicher auf seine Kosten. Immer wieder war Bismarck, in fast monoton sich wiederholenden Situationen, auf denselben herrischen Geist der russischen Politik gestoßen. Voll befriedigen konnte er ihre Ansprüche nur durch Unterwerfung, früher oder später. Er hat immer von neuem den Versuch gemacht, sowohl das traditionelle deutsch-russische Verhältnis zu behaupten als auch die Autonomie der deutschen Außenpolitik sicherzustellen: dieses Verfahren gipfelt in dem Berliner Kongreß. In dem folgenden Jahre mußte er endgültig erkennen, daß der Gedanke der ehrlichen Maklerschaft nicht dazu ausreichte, die russische Freundschaft zu erhalten.

Seit dem Ausgang des Berliner Kongresses hat Bismarck mit der Möglichkeit gerechnet, daß der überalterte Fürst Gortschakow, der für die ungeschickte Staatsleitung der letzten Jahre die Verantwortung trug, sein Amt zugunsten einer sachlicheren Geschäftsführung aufgeben würde. Er sollte aber erleben, daß Gortschakow das Vertrauen des Zaren behauptete und seinerseits alle Schuld an dem unbefriedigenden Kriegsausgang auf die Macht der Mitte schob, die ihrer Verpflichtung des Dankes nicht nachgekommen wäre. Es war die wohlbekannte Tonart, unter deren Zeichen das deutsch-russische Verhältnis schon seit Jahren stand: jetzt wurde sie zu einer Anklage, mit der die Herrschenden in Rußland die Stimme des Volkes zu übertönen und abzulenken suchten. Sehr bald schlug der anfangs zurückhaltende Ton der russischen Presse vollends um,[51] um mit Vorliebe das Thema abzuwandeln, daß die traditionelle Feindschaft der einen und die falsche Freundschaft der anderen die Russen zu Zugeständnissen genötigt habe, die ihren kriegerischen Erfolgen nicht entsprächen; selbst ein Organ der Westler, wie die *Westnik Jewropy*, zog schon im August 1878 den Schluß: "Der Dreikaiserbund besteht nicht mehr. Rußland hat durch den Berliner Vertrag weniger erreicht, als ohne denselben zu erreichen gewesen wäre. Die daraus für unsere künftige Politik zu ziehende Schlußfolgerung erscheint außerordentlich einfach: wir müssen entweder auf die Lösung der orientalischen Frage überhaupt verzichten, oder wir müssen für diese Lösung **andere** Kombinationen ins Auge fassen." Das war zunächst eine einzelne Stimme, aber der Botschafter meldete schon am 20. Februar 1879, daß viele, die noch vor sechs Wochen den Gedanken einer Annäherung an Frankreich von sich gewiesen haben würden, heute geneigt seien, darauf einzugehen.[52]

Der Hauptanlaß der Klagen wurde den Arbeiten der gemischten Grenzkommissionen zur Durchführung des Friedens entnommen. Spezialfragen, wie die deutschen Sperrmaßregeln wider die Pestgefahr (die sogar Schweinitz für vexatorisch übertrieben hielt), die zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn vollzogene Aufhebung der **Prager Friedensklausel** über Nordschleswig, die Entwürfe des deutschen Schutzzolltarifs lieferten dem Pressekampf noch besonderen Zündstoff und verbitterten die Stimmung.

Als sich zu der Haltung der russischen Presse auch Nachrichten über militärische Vorgänge gesellten, Reform und Vermehrung des russischen Heeres, Truppenverschiebungen, namentlich der Kavallerie, an der deutsch-russischen Grenze gemeldet wurden, wurde Bismarck ernstlicher besorgt.[53] Aus einer großen Denkschrift von Schweinitz vom 22. März 1879 mögen ihn vor allem die Nachrichten über die Militärorganisation Miljutins schwerer beunruhigt haben.[54] Wenn Miljutin nun der kommende Mann statt des in Ungnade gefallenen Schuwalow nach dem Rücktritt

Gortschakows sein würde? Mehrten sich nicht die Anzeichen, daß die Situation des Winters 1876/77 sich trotz des Berliner Kongresses erneuere? Als der Botschafter von Schweinitz, der selbst für die russischen Klagen gegen die deutsche Politik bis zu einem gewissen Grade zugänglich war, Anfang April den Reichskanzler in Berlin aufsuchte, setzte Bismarck ihm auseinander, alle diese Erfahrungen der letzten Jahre hätten die Überzeugung in ihm zur Reife gebracht, daß kein Verlaß mehr auf Rußland sei und selbst auf dessen Beherrscher nicht mehr in demselben Grade wie früher; man könne sich also nicht um der unsicheren russischen Freundschaft willen mit den anderen Mächten verfeinden, und namentlich nicht mit England und Österreich. Man sieht, der *cauchemar des coalitions* begann ihn von neuem zu bedrücken, und so endete er denn auch diesmal mit der Schlußfolgerung, die sich schon seit mehreren Jahren in düsteren Stimmungen einstellte: mit Österreich müsse vielmehr ein engeres Verhältnis angestrebt werden, welches zu einem organischen, ohne Zustimmung der parlamentarischen Körperschaften nicht lösbaren Bündnis zu entwickeln sei.[55] Der Botschafter erschrak über diese ganz neuen, entsetzlichen Horizonte, die ihm eigentlich seit dem Januar 1877[56] nicht mehr fremd sein konnten, aber jetzt wie eine drohende Wirklichkeit nähergerückt waren. Er wäre noch überraschter gewesen, wenn er den Brief gelesen hätte, in dem Bismarck in den nächsten Tagen dem alten Lord Beaconsfield - neben entgegenkommenden Maßnahmen in Sachen des Welfenvermögens - ganz beiläufig und in einem sonst fremden Tone vertraulichen Scherzes seine Sympathie mit der Politik aussprach, die er gegen die unruhigen Wespen verfolge, welche den britischen Löwen belästigten.[57] Schon drängt sich die Frage auf, wie oft noch werden sich diese Eindrücke wiederholen und die übliche Reaktion in dem politischen Ingenium Bismarcks auslösen? Da sollte ein noch schrofferes Vorgehen des Zaren plötzlich die Wendung herbeiführen.

Am 7. August 1879 beklagte sich Zar Alexander dem Botschafter von Schweinitz gegenüber in ernstem Tone über die Abstimmung der deutschen Delegierten, die überall die Partei Österreichs ergriffen und gegen Rußland stimmten. Er schloß mit den Worten: "Wenn Sie wollen, daß die Freundschaft, welche uns hundert Jahre lang verbunden hat, fortdauere, dann sollten Sie dies ändern. Es ist ganz natürlich, daß der Gegenschlag hier nicht ausbleibt; Sie sehen die Sprache, welche die Zeitungen führen; das wird auf eine sehr ernste Weise ein Ende nehmen. Ich werde dem Kaiser darüber schreiben." Schweinitz schloß aus den Wahrnehmungen,[58] die er während der nächsten vierzehn Tage im Lager von Krasnoje-Selo machte, daß "Kaiser Alexander momentan nicht mehr das ist, was er uns seit 1862 war, und daß er bei sich bietender Gelegenheit bereit sein würde, trotz seiner Freundschaft für die Person unseres Kaisers in Gegensatz zu dessen Politik zu treten". Das von dem Zaren angekündigte Schreiben an Kaiser Wilhelm I. vom 15. August 1879, das die Annahme des Botschafters in vollem Umfange bestätigte, ist dadurch denkwürdig geworden, daß es einem sich schon seit langer Zeit entwickelnden Prozesse die endgültige Wendung gab. Das Handschreiben des Zaren, in einem anderen Tone und in einem anderen Stil verfaßt, die auf einen anderen Berater deuten, entwickelte in wörtlich anklingenden Wendungen die Beschwerden: während Franzosen und Italiener sich fast immer dem russischen Votum anschlössen, schienen die deutschen Delegierten angewiesen zu sein, immer die der russischen systematisch feindliche Meinung der Österreicher zu unterstützen. "Ich halte es für meine Pflicht", erklärte der Zar seinem Oheim, "Ihre Aufmerksamkeit auf die traurigen Folgen zu lenken, die das in unseren gut nachbarlichen Beziehungen hervorbringen könnte, indem es unsere beiden Nationen gegeneinander erbittert, wie die Presse beider Länder es schon zu tun beginnt... Ich begreife durchaus, daß Sie auf die Pflege Ihrer guten Beziehungen zu Österreich halten, aber ich begreife nicht das Interesse Deutschlands, das russische Interesse zu opfern. Ist es eines wahren Staatsmannes würdig, einen persönlichen Streit ins Gewicht fallen zu lassen, wenn es sich um das Interesse zweier großer Staaten handelt, die geschaffen sind im guten Einverständnis zu leben, und von denen der eine dem anderen im Jahre 1870 einen Dienst geleistet hat, den Sie nach Ihrem eigenen Ausdruck niemals vergessen zu wollen erklärt haben? Ich würde mir nicht erlaubt haben, Sie daran zu erinnern, aber die Lage wird zu ernst, als daß ich Ihnen meine Befürchtungen verbergen dürfte, deren Folgen verhängnisvoll für unsere beiden Länder werden können." Schon auf die ersten Meldungen des

Botschafters hatte Bismarck erwidert, daß russische Drohungen ihn nur nötigen könnten, die bisherige Unparteilichkeit zwischen den beiden Nachbarn aufzugeben, "aber gewiß nicht zugunsten der drohenden Seite": ohne einen Moment zu versäumen, hatte er noch von Gastein aus, wo er zur Kur weilte, bei dem Grafen Andrássy um eine Zusammenkunft anfragen lassen. Als er aber den strengen Drohbrief des Zaren in Händen hielt, der ihn selbst im Vertrauen seines kaiserlichen Herrn aus dem Sattel zu heben versuchte, war unwiderruflich der Entschluß gefaßt, der sich seit Jahren immer wieder seiner Seele genähert hatte.

In derselben Stunde ging er zur Tat über, mit jener unbeirrbaren Sicherheit, die ihm in solchen Schicksalsstunden aus dem dunklen Gefühl erwuchs, in seinem menschlichen Tun den Willen der Vorsehung zu vollstrecken. Am 24. August meldete er dem Kaiser, der den Feldmarschall von Manteuffel zur Begrüßung des Zaren nach Warschau entsenden wollte, daß er selbst in den nächsten Tagen mit dem Grafen Andrássy über die Möglichkeit eines deutsch-österreichischen Bündnisses verhandeln und dann den Kaiser vielleicht um die Erlaubnis bitten würde, seine Rückreise von Gastein über Wien antreten zu dürfen. Und nun begann in den nächsten Wochen ein Schauspiel, das in der diplomatischen Geschichte aller Zeiten, und insbesondere für das Verhältnis von Staatshaupt und oberstem Ratgeber, ewig denkwürdig bleiben wird. Schon der Ausgangspunkt dieses Ringens setzte mit einem diametralen Gegensatz ein. Am 27. August hatte Bismarck sich mit dem leitenden Minister Österreich-Ungarns prinzipiell über den Bündnisschluß mit höchster Schnelligkeit geeinigt; auf der anderen Seite hatte sein Monarch durch Manteuffels Vermittlung eine Zusammenkunft mit dem Zaren in Alexandrowo verabredet, um alles, was ihm als Mißverständnis erschien, persönlich aus der Welt zu schaffen. Kaiser Wilhelm suchte seinem Kanzler von vornherein jede Reise nach Wien zu untersagen: "in keinem Fall, weil Rußland dies sofort als eine *rupture* ansehen muß" - entsprechend setzte Bismarck alles daran, die Reise des alten Kaisers zu dem Zaren nach dem Empfang des Drohbriefs, als eine seiner kaiserlichen Ehre zuwiderlaufende und politisch unkluge Handlung, zu verhindern. Jeder der beiden handelte mit dem höchsten Aufgebot seiner Kräfte, um den Staat auf der von ihm für richtig gehaltenen Linie seiner Außenpolitik festzuhalten. Seit dem 7. September verknüpften sich die Entschließungen, die zwischen Gastein und Wien auf der einen und Danzig und Stettin auf der anderen Seite hin und her jagten, mit einer Kanzlerkrisis von einer Dauer und Tiefe, wie sie seit dem September 1862 noch nicht stattgefunden hatte. Die Berichte Bismarcks wachsen zu ausgedehnten Staatsschriften bis über 60 Seiten Länge an, und die Berichterstattung des 82jährigen Kaisers über seine Aussprache mit dem Zaren ist vielleicht die eindringendste Auseinandersetzung, die wir aus seiner Feder besitzen. Die Randbemerkungen, mit denen jeder die Gedankengänge des anderen begleitet, bieten das Bild einer Mensur, in der auf beiden Seiten Hieb und Parade wechseln. Beide setzen in diesem Ringen alles auf alles. Kaiser Wilhelm steht eher allein, wenn er mit scharfsinnigen Einwänden und höchster Energie jede seiner Positionen verteidigt; man sieht wenigstens nicht, wer - außer Manteuffel - sein Berater sein könnte. Bismarck dagegen zieht allmählich zur Verstärkung seiner Person den Kronprinzen, die militärische Autorität Moltkes, das preußische Staatsministerium und den Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten heran, um den Willen des Monarchen gleichsam einzukreisen. Der Reichskanzler war entschlossen, seine Entlassung zu nehmen, wenn die Krone über seinen Rat hinwegschreiten würde, und der Kaiser trug sich vollends mit ernsten Rücktrittsgedanken, um sie dann doch mit der pflichtgemäßen Erkenntnis zu überwinden: "Bismarck ist notwendiger als ich." Nur in einer tiefen seelischen Erschütterung, die von der Treue seines politischen Charakters ein schönes Zeugnis ablegt, hat er sich schließlich unterworfen: "Seit vier Wochen kämpfe ich," schrieb er an den Minister von Bülow am 3. Oktober, "gegen eine Stipulierung in Wien, die meinem Ehrgefühl und meiner Pflicht widerstrebt, und welchem Kampf ich nur nach Erschöpfung aller Gegenvorstellung gestern nacht nachgegeben habe... Meine ganze moralische Kraft ist gebrochen! Ich weiß nicht, was aus mir werden soll! Denn der Kaiser Alexander muß mich für wortbrüchig halten, nachdem ich ihm schrieb und sagte auf Dictat des Fürsten Bismarck - »*de maintenir le legs centenaire de nos pères*.«"[59]

Die einzelnen Stadien dieses Ringens seien hier übergangen, ebenso die Phasen der Entwicklung, die der materielle Inhalt der Bündnisverpflichtung bis zum endgültigen Wortlaut des Vertrages durchmacht. Das Ergebnis der Verhandlungen war ein Defensivbündnis, das die beiden Mächte nicht generell, d. h. gegen den Angriff einer jeden dritten Macht, sondern ausschließlich, wie es der Entstehung des Bündnisvertrages entsprach, gegen einen Angriff des im Vertrage ausdrücklich genannten Rußlands eingingen. Danach könnte es scheinen, als wenn vor allem Österreich-Ungarn, als die von Rußland unmittelbar bedrohte Macht, eine Bündnisdeckung gefunden hätte und in erster Linie der Gewinner gewesen wäre. Die von der Gegenseite zu fordernde Verpflichtung, daß Österreich-Ungarn eine entsprechende Hilfsverpflichtung bei einem Angriff Frankreichs auf das Deutsche Reich übernehme, konnte Bismarck in Wien nicht durchsetzen, und man begreift, daß Kaiser Wilhelm an dieser sachlichen Ungleichheit den stärksten Anstoß nahm und statt dessen die Parität, die generelle Verpflichtung, auch aus dem Grunde verlangte, weil der kriegerische Ausbruch französischer Angriffsgelüste eine größere Wahrscheinlichkeit in Zukunft haben würde als ein russischer Angriff. Wenn Bismarck es trotzdem über sich gewann, den österreichischen Einwänden Gehör zu geben, so war entscheidend für ihn die Einsicht, daß **ohne** Bundesgenossen ein französischer Angriff auf das Deutsche Reich außer aller Wahrscheinlichkeit läge und nur in Verbindung mit einem russischen Angriff zur Wirklichkeit werden könnte: für den Fall eines Angriffs von zwei Seiten würden dann die weiteren vertragsmäßigen Hilfsverpflichtungen des Partners doch automatisch in Kraft treten. Daneben ließ er auch das Wiener Argument gelten, daß durch eine generelle Verpflichtung die zur Zeit friedliche Staatsleitung Frankreichs geradezu in die Arme Rußlands getrieben werden würde; er wußte selber gut genug, daß die Stellung Englands zu dem deutsch-österreichischen Bündnis dadurch, daß es keine offene Spitze gegen Frankreich nahm, unter allen Umständen erleichtert wurde. Auch in die Bestimmungen des deutsch-österreichischen Bündnisses spielte somit die gesamteuropäische Dynamik hinein. So begnügte sich eine jede Herausforderung vermeidende Staatskunst, allein gegen die stärkste friedensgefährliche Kraft, die durch ihr Vorgehen auch andere latente Kräfte verwandter Art auslösen konnte, in eine vertragsmäßige Verteidigungsstellung einzurücken.

Wenn man die immer von neuem durchdachte Frage der Motive aufwirft, die Bismarck im Herbst 1879 bestimmt haben, seine ganze staatsmännische Kunst an diese Entscheidung zu setzen, so muß mit Nachdruck bemerkt werden, daß seine Entschließung nicht das Erzeugnis eines Augenblickes, die Frucht einer Laune, eine Handlung aus einem bestimmten Anlaß gewesen ist, sondern daß sie langsam und unwiderstehlich als eine tiefe Überzeugung in ihm herangereift ist. Es ist die Summe alles dessen, was er in den Jahren 1875 bis 1879 erlebt und jetzt zu einem politischen Axiom verdichtet hatte, mit dem zu siegen oder zu fallen er entschlossen war. Niemals hat ein Staatsmann sich so zögernd von dem losgelöst, was bis dahin der Kern seines außenpolitischen Glaubens gewesen war. Nur aus diesem Grunde haben wir uns in die diplomatischen Einzelheiten dieses Prozesses so sehr vertieft, um an dem unaufhaltsamen Wachstum des Erlebnisses das Absolute des schließlich durchbrechenden Willensentschlusses zu erläutern. Weil sich in diesem Jahre ein Stein zum anderen gefügt hatte, um einen festen Bau der Argumente aufzurichten, stand sogleich beim Beginn der Krisis für ihn fest, daß er schnell und eindeutig handeln müsse. Als wenn er auf diese Stunde gewartet hätte, griff er nach dem Zarenbriefe als nach einer Waffe, um alle Widerstände zu überwinden. Schon in einem Telegramm vom 1. September war die Motivierung seines Entschlusses fast im Tone eines Richterspruches, der keine Appellation duldet, in monumentaler Kürze zusammengedrängt: "Wir dürfen nicht von dem Wohlwollen und der Ehrlichkeit einer mißgestimmten Macht abhängig werden, die so undankbar ist, daß sie nach den großen Diensten, die wir ihr leisteten, ihr fanatisches Volk gegen uns verhetzt, eine Invasionsarmee an unserer Grenze bereithält, im Frieden maßlos rüstet, und dann unter Kriegsdrohung Lehnsfolge von uns fordert. Österreich ist sicherer, weil das Volk dafür ist, dabei ungefährlich für uns, bringt England mit und verfällt feindlichen Einflüssen, wenn es den Halt an uns nicht findet."

Wo aber liegt in diesem an Tatsachen fast überladenen Motivenzusammenhang der Schwerpunkt?

Im Zentrum steht wohl seine Beurteilung des Panslavismus und seines Einflusses auf die amtliche russische Politik. Wie es in einer Denkschrift Bismarcks vom 7. September heißt: "Mit der unberechenbaren Elementargewalt dieser slawischen Revolution ist für uns keine Verständigung möglich, und es ist nicht denkbar, daß der Kaiser, und vielleicht ebenso wenig, daß der Thronfolger sich von diesen Einflüssen wieder hinreichend emanzipieren werde, um dem von seiner Regierung künstlich erzeugten Deutschenhaß seiner Untertanen Trotz zu bieten. Das Bewußtsein der deutschen Abstammung der Dynastie macht ihn schon ängstlich nach **der** Richtung hin, während der Mut und das Expansionsbedürfnis nach außen durch den Krieg krankhaft gesteigert ist, man könnte sagen, zum slawischen Napoleonismus."

Das dynastische Freundschaftsverhältnis zwischen Preußen und Rußland, dem Zeitalter der Befreiungskriege entstammend, war eigentlich an die Epoche gebunden, in der die preußisch-österreichische Rivalität mehr oder minder ausgesprochen den Lauf der Dinge bestimmte; es konnte nicht die alte Intimität bewahren, als diese Rivalität ausgekämpft und überwunden war. War die Freundschaft schon belastet durch die Verbindung Preußens mit dem deutschen Nationalismus, der seinerseits auch dem Hohenzollernstaate die politischen Aufgaben und Ziele wesentlich bestimmte, so ging sie vollends in Trümmer, als das Zarenhaus sich in das Gefolge einer neuen nationalistischen Bewegung begab, die noch tiefer als die Dynastie in dem russischen Volke wurzelte. Jetzt standen Machtstaat und Machtstaat einander gegenüber: in Rußland hatte sich die Verbindung vollzogen, die beim Ausbruch des Weltkrieges im Juli 1914 alle politische Klugheit über den Haufen rennen wird. Bismarck hatte im Herbst 1879 das Gefühl, diesem Gespenst zum ersten Male in die Augen zu sehen.

Der Eindruck verband sich für Bismarck mit der zweiten Beobachtung, daß Zar Alexander, nach der Meldung Manteuffels, seine Aversion gegen die französische Republik überwunden habe. Einst während des deutsch-französischen Krieges hatte der Kanzler vorhergesagt: Nur die Gefahr eines russisch-französischen Bündnisses könnte die Lösung unserer Freundschaft mit Rußland rechtfertigen. Nichts auf der Welt hatte in den verflossenen Jahren seine mißtrauische Aufmerksamkeit so sehr erregt, wie alles, was nach Vertraulichkeiten zwischen Petersburg und Paris aussah. Die Gefahr, die er befürchtete, klopfte zwar im Herbst 1879 noch nicht vernehmlich an die Tür, aber ihr Schatten fiel zum erstenmal, in einer Reihe von Symptomen erkennbar, auf den Weg der deutschen Politik. Das wichtigste Symptom hatte den Entschluß Bismarcks noch nicht mit ausgelöst, sondern wurde ihm erst nach Ablauf der ersten Septemberwoche bekannt: die Entsendung des gelehrten Generalstäblers General Obrutschew zu den französischen Manövern, mit dem Auftrage des russischen Kriegsministeriums, den Bereitschaftsgrad der französischen Armee zu erforschen. Der französische Minister Waddington war mit einer gewissen Beflissenheit, mit der Miene einer beleidigten Ehefrau, wie Bismarck scherzte, darauf aus, nach allen Seiten von russischen Annäherungen und von der Ablehnung und Neutralität Frankreichs einiges durchsickern zu lassen; vor allem seinen englischen Freunden versicherte er, daß, wenn Rußland und Italien sich mit Angriffsplänen gegen Deutschland und Österreich befaßten, Frankreich an irgendsolchen Plänen keinen Anteil nehmen werde.[60]

Auch wenn es noch nicht zu diplomatischen Sondierungen auf amtlichem Wege gekommen war, so konnte niemand garantieren, daß sie nicht im nächsten Augenblicke nachfolgten und eines Tages auch eine andere Aufnahme bei einer anderen französischen Regierung fänden. Bismarck sah nur ein weiteres Vortasten der Russen auf einem Wege, den er längst mit Sorge beobachtete, es war nicht seine Aufgabe abzuwarten, bis es sich zu positiveren Schritten verdichtete. Das französische Argument hatte in den ersten Wochen der Krisis noch nicht primär mitgewirkt; als es ihm in die Hände gespielt wurde, war es eine für seinen Entschluß nicht unwillkommene Verstärkung.[61]

Unter den Erwägungen, die jetzt für das Bündnis mit Österreich sprachen, spielte das negative Argument eine Rolle, daß der Rücktritt Andrássys bevorstand und damit die Unsicherheit seiner

Nachfolge; daß also, wenn man diesen Moment nicht nutzte, mit der Möglichkeit gerechnet werden mußte, daß Österreich unter anderer Leitung eine andere Richtung seiner Außenpolitik einschlagen würde.

Bismarck aber wollte Österreich für alle Zeit auf einer Linie festhalten, die dem realpolitischen Bedürfnis des deutschen Staates und dem lebendigen Gefühl der deutschen Nation in gleicher Weise entsprach. Schon in einem seiner ersten Berichte hatte er seinem Monarchen den großen historischen Zusammenhang aufzurollen versucht, in dem er selber sich stehend und handelnd empfand: "Ich habe schon bei den Friedensverhandlungen in **Nikolsburg 1866** der tausendjährigen Gemeinsamkeit der gesamtdeutschen Geschichte gegenüber das Gefühl gehabt, daß für die Verbindung, welche damals zur Reform deutscher Verfassung zerstört werden mußte, früher oder später ein Ersatz von uns zu beschaffen sein werde." Damit schlug der Mann, der im Jahre 1866 den Bruderkrieg entfesselt und die Spaltung des deutschen Gesamtkörpers vollzogen hatte, selbst die Brücke über die Kluft - in der Tiefe seines Herzens mochte der Gedanke schlummern, daß er damit erst vor dem höchsten Richterstuhle der geschichtlichen Vergangenheit seines Volkes die letzte Rechtfertigung seines Handelns, wenn man will, die endgültige Lossprechung gewinnen konnte. Er versuchte auch in dem Gemüt des alten Kaisers den Ton anzuschlagen, der ihm selbst in diesen Wochen in Gastein, und dann auf der Fahrt nach Wien, wie ein natürliches Erlebnis erscheinen mochte. Nicht ohne menschliche Wärme vorgetragen, aber zugleich etwas bürokratisch in der Form wirkend, wird dieses letzte Argument abgeschossen: "Schließlich gestatte ich mir, mit Bezugnahme auf die nationalen Empfindungen im gesamten Deutschland noch auf die geschichtliche Tatsache ehrfurchtsvoll hinzuweisen, daß das deutsche Vaterland nach tausendjähriger Tradition sich auch au der Donau, in Steiermark und in Tirol wiederfindet, in Moskau und Petersburg aber nicht. Diese Tatsache bleibt für die Haltbarkeit und für die Popularität unserer auswärtigen Beziehungen im Parlamente und im Volke von wesentlicher Bedeutung."[62] Aber es scheint nicht, daß er mit diesem Appell die Seele des historisch doch anders verwurzelten deutschen Kaisers zum Schwingen bringen konnte - die politischen Traditionen des Preußenkönigs, zumal im persönlichen Umgange mit dem Zaren aufgefrischt, führten in eine andere Welt zurück. Auch der Lenker der deutschen Geschicke hatte diese preußische Lebensluft mit Inbrunst geatmet, aber, mit seinem Werke wachsend, tauchte er in dieser großen Stunde in die deutschen Traditionen der Jahrhunderte ein.

Dazu sagte ihm sein realistisches Empfinden, daß ein Wiederanknüpfen an den Deutschen Bund und an das Verhältnis, das damals zwischen Österreich und Preußen fünfzig Jahre lang bestanden habe, auch vor der Welt die Herstellung als natürlich und berechtigt erscheinen lassen würde. So entwickelte er schon in der ersten Eröffnung an Andrássy den überraschenden Gedanken, für die neue Bindung, die er nach langdauernden Erwägungen einging, sich nicht mit dem hergebrachten diplomatischen Bündnisstil zu begnügen.[63] Sein Vorschlag lief hinaus auf ein Abkommen *publici iuris*, welches den beiderseitigen Parlamenten amtlich mitzuteilen wäre: "Die Öffentlichkeit hatte meiner Ansicht nach den Vorteil, daß die beiderseitigen Bevölkerungen, namentlich in Österreich-Ungarn, sich mehr von der Nützlichkeit des Vertragsverhältnisses durchdringen lassen, sich in das Vertrauen zu demselben einleben und dadurch beiden Regierungen vorkommendenfalls das Eintreten füreinander leichter machen würden, als es sein würde, wenn das Verhältnis den großen Massen erst in dem Augenblick klar wird, wo *Casus foederis* vorliegt." Ob dabei Erinnerungen an die süddeutschen Schutz- und Trutzbündnisse vom August 1866 mitspielten, die der erste Ersatz für das aufgehobene Bundesverhältnis waren und nach anfänglicher Geheimhaltung von Bismarck schon im März 1867 veröffentlicht wurden? Genug, er nahm während seines Aufenthaltes in Wien einen ernsthaften Anlauf, es nicht bei dem völkerrechtlichen Charakter des Bündnisvertrages bewenden zu lassen, sondern ihn staatsrechtlich auf beiden Seiten tiefer zu verankern. Sein Vorschlag enthielt nichts Geringeres als "ein öffentliches verfassungsmäßiges Bündnis gegen eine Koalition, das durch Mitwirkung aller konstitutionellen Faktoren zustande gekommen, auch nur mit Zustimmung in Deutschland des Kaisers, des Bundesrats und des Reichstags, in Österreich des Kaisers und der Vertretung von Cis- und Transleithanien auflösbar sein sollte". Ja, er ging so weit,

anzuregen, dieses so gut wie unauflösliche "ewige Bündnis" durch "pragmatische Einrichtungen, sei es auf Zollgebiet, sei es auf anderem Gebiet, zu befestigen". Alle diese Gedanken nähern sich der Gagernschen Idee des engeren und des weiteren Bundes, mit deren Hilfe einst die Erbkaiserlichen von 1848/49 Österreich mit der kleindeutschen Lösung zu versöhnen gedacht hatten.[64]

Diese weitgreifenden Vorschläge wurden jedoch von Andrássy nicht aufgenommen, der vielleicht befürchtete, daß eine Verhandlung in den Delegationen der Bündnisidee mehr Schaden als Nutzen bringen würde. Man hat wohl angenommen, daß Bismarck, der die Episode in den nur noch in abgeschwächter, halb abschiebender Form wiedergegeben hat, bald selbst von einem flüchtigen Einfall zurückgekommen sei. In Wirklichkeit sehen wir ihn an seiner Idee, trotz des erfahrenen Widerspruchs, in den nächsten Jahren festhalten. Noch nach der ersten Verlängerung des Bündnisses sollte er am 28. Februar 1883 dem Kronprinzen Rudolf von Österreich gegenüber seine weiteren Wünsche erneuern: in diesem Bündnis liege die Zukunft Europas, es müsse für alle Zeiten vor allenfallsigem Unverstand oder vor jedem Zwischenfall gesichert werden; die Zukunft werde seinen Gedanken eines noch engeren Anschlusses verwirklichen müssen, der Allianz mit Gesetzeskraft, deren Lösung nur durch einen gemeinschaftlichen Beschluß beider Monarchen und beider Parlamente bzw. der Delegationen möglich sei; insbesondere kam er dabei auf die ebenso notwendige engere handelspolitische Verbindung, mit der man nicht so rasch fertig werden würde, aber es sei ein Lieblingsgedanke von ihm, auch in dieser Beziehung die beiden mitteleuropäischen Großmächte fest aneinanderzuknüpfen.

Man kann aus diesen Teilen seiner Argumentation ersehen, wie tief in der Seele Bismarcks der Gedanke schlummerte, an der Stelle des Deutschen Bundes, den er hatte zerstören müssen, gleichsam eine neue weitgreifende und schlagfertige Organisation Mitteleuropas aufzurichten, und damit die negativen Seiten, die nun einmal mit seinem schöpferischen Werke verbunden gewesen waren, auch wieder auf die Dauer auszugleichen. Man könnte solche Konzeptionen rückwärts bis zum Jahre 1871, in einzelnem Anklingen bis in die Jahre von 1866 - 1870 verfolgen, ohne sie damit zu einem beherrschenden Motiv, zu seinem eigentlichen Hintergedanken zu erheben - der Gang der Dinge in der Welt gehört dazu, diese Keime zur Blüte und Frucht zu entwickeln. Aber indem es geschah, erscheint Bismarck doch, so paradox die Gegenüberstellung im ersten Augenblick wirken mag, als der große Fortsetzer der Metternichschen Politik, der das Werk des andern zerstörte, dann aber unter Verschiebung seines inneren Schwergewichts erneuerte und es in eine höhere Ebene der Aktivität emporgehoben haben würde. In dieser Richtung, nicht auf der Jagd hinter dem Phantom zielloser Eroberungen, die ihm verlogene Nachrede andichtete, mögen die letzten Gedanken seines europäischen Ehrgeizes gewandert sein.

Indem sich das deutsch-österreichische Bündnis zusammenfand, ergab sich unmittelbar die weitere Frage, ob die Mittelstellung, an der die deutsche Politik bisher zwischen den beiden großen Gegenspielern Rußland und England festhielt, in der bisherigen Art fortbestehen oder auch zugunsten einer formellen Neuorientierung nach der einen Seite hin verlassen werden sollte.

Noch von Gastein aus hatte Bismarck auf amtlichem Wege am 14. September eine vertrauliche und unmißverständliche Sondierung bei dem Leiter der englischen Politik angeordnet. Sie erfolgte erst am 26. September, gleich nachdem Bismarck in Wien den Entwurf des Bündnisvertrages unterzeichnet hatte, durch den Grafen Münster auf dem Landsitze Lord Beaconsfields.[65] Bismarck ließ die präzise Anfrage stellen, welches die Politik Englands sein würde, wenn das Deutsche Reich, ohne eigene zwingende Interessen, aus Rücksicht auf seine Freundschaft mit England und Österreich fortfahre, sich den russischen Zumutungen zu versagen, und darüber mit Rußland in Zerwürfnis geraten sollte. Die Anfrage wurde in aller Form in einem Augenblick gestellt, wo die diplomatische Welt wegen der Wiener Vorgänge in starke Bewegung geraten war. Lord Beaconsfield, der seit langem einem deutsch-englischen Bündnis geneigt war und das Scheitern der früheren Annäherung nachträglich bedauerte, hörte jetzt, über die konkrete Anfrage und ihren

weitreichenden Sinn hinweg, vor allem das heraus, was er hören wollte und was ihm der eindeutige Sinn des Schrittes zu sein schien: ein Bündnisantrag, Zuziehung Englands zu dem im Entstehen begriffenen deutsch-österreichischen Bündnis. Und diesen Schritt nahm er mit herzlicher Zustimmung, wenn auch mit dem Vorbehalte auf, daß das englische Interesse mit einem solchen Bündnis keinerlei Spitze gegen Frankreich verbinden könnte. Es steht außer Frage, daß die englischen Staatsmänner, sehr erfreut über die Annäherung, zu ernstlicher Verhandlung, auch über ein Spezialabkommen, bereit und später überzeugt waren, weit entgegengekommen zu sein. Sie waren hernach überrascht, daß Bismarck in dem Fortgang der Besprechungen offensichtlich den Eindruck erweckte, die Sache vorläufig unter den Tisch fallen lassen zu wollen. Und tatsächlich war Bismarck mit der englischen Antwort auf seine Erkundung ihrer letzten Absichten nicht zufrieden. Auf den französischen Vorbehalt war er gefaßt; auch Königin Viktoria band es hernach ihrem Premierminister auf die Seele, daß die öffentliche Meinung Englands ein Bündnis mit dieser Spitze nicht ertragen würde.[66] Es genügte dem Reichskanzler aber nicht, wenn man auf englischer Seite Frankreich und Italien in der Neutralität halten oder keinen französischen Angriff durch Belgien zulassen wollte, sondern er stand auf dem Standpunkt, schon ein russischer Angriff allein sei für Deutschland so unerwünscht, daß man wissen müsse, ob man in diesem Falle auf sofortige materielle Unterstützung Englands rechnen könne - darauf aber blieben die Engländer die Antwort schuldig oder ihre Antwort schien ihm "nicht so unumwunden zureichend, daß er es daraufhin hätte wagen mögen, wenn die Gefahr näher rückte".

Oder sollte der Reichskanzler noch aus einem anderen Anlaß die kaum eingeleitete Sondierung wieder abgestellt haben? Als er Ende September den Bericht des Grafen Münster erhielt, war die Spannung infolge des Widerstandes des alten Kaisers auf den Höhepunkt gestiegen; am 5. Oktober reichte der Kanzler in aller Form sein Entlassungsgesuch ein. Es könnte sehr wohl sein, daß er die ganze englische Aktion, die er dem Kaiser bisher vorenthalten hatte, auch aus dem Grunde nicht weiter verfolgte, weil er den seelischen Widerstand Wilhelms nicht noch weiter verschärfen wollte; auch die Mitteilung eines Memorandums über den Bündnisabschluß an Rußland, die der Kaiser bei Bismarck durchsetzte, mochte es wünschenswert erscheinen lassen, die englische Karte zunächst ruhen zu lassen. So wie er in derartigen Krisen immer wieder die Tragweite des nächsten Bültens vorsichtig ausprobte, bevor er einen Schritt weiterging, mochte er es vorziehen, die Wirkung der Mitteilung des Memorandums zunächst einmal abzuwarten. Gerade weil das englische Entgegenkommen in der exakten Frage seinen Wünschen nicht ganz entsprach und weil er kein Interesse daran hatte, in London ohne zwingenden Grund allzu bündnisbedürftig zu erscheinen, konnte er sich damit bescheiden, einen späteren Augenblick abzuwarten, um die englische Karte - über deren Wert er sich für die zur Zeit in der Herrschaft befindliche Partei überzeugt hatte - aufzunehmen.

Es lag in seiner Natur, die Trümpfe bis zum letzten Augenblick der Entscheidung womöglich in der Hand zu halten. Die auffallende Wärme, mit welcher der jetzt völlig bekehrte Salisbury am 17. Oktober die frohe Botschaft des deutsch-österreichischen Bündnisabschlusses öffentlich begrüßte, war eher dazu angetan, den deutschen Staatsmann zur Vorsicht zu mahnen; er hatte schon in diesen Wochen bei dem Nachfolger Andrássys eine unsachlich drängende Bewegung nach dem englischen Flügel hin zu korrigieren. An einem allzu intimen Zusammenspiel beider Lager konnte ihm kaum gelegen sein. So blieb die Frage des deutsch-englischen Verhältnisses, in der England in den letzten vier Jahren einen langen Weg zurückgelegt hatte, zunächst noch ungeklärt. Wenn es an allen Anlässen fehlte, gegeneinander zu gehen,[67] so waren doch auch der Reibungsflächen so wenige, daß man nicht unter allen Umständen miteinander gehen **mußte**. Das Nahen der Parlamentswahlen sollte schon nach einiger Zeit die Aufnahme der Verhandlung verbieten, und das Ergebnis der Wahlen zu Anfang April 1880, ein durchgreifender Sieg der Liberalen, machte ihr fürs erste ein Ende. Die veränderliche Parteiengrundlage der englischen Außenpolitik ist dem Reichskanzler niemals so stark zum Bewußtsein gebracht worden, wie in diesem Augenblicke. Dieser Umschwung war so recht ein Beispiel für sein Axiom, daß man auf lange Fristen hinaus die Wege der Vorsehung

nicht bestimmen könne. Er vertrat sowieso die Überzeugung, daß England im Falle eines Konflikts niemals um seine Existenz zu kämpfen haben werde, so groß auch die Interessen sein möchten, die es verteidige, und die Gewinne, die es bei einem glücklichen Ausgang mache; eben darum konnte es bei einem inneren Parteiwechsel wagen, in der ganzen Front seiner Außenbeziehungen das Steuer herumzuwerfen. Es war daher natürlich, daß Bismarck in ebendemselben Momente die Beziehungen vor allem zu Rußland und Frankreich einer Nachprüfung unterzog.

Vielleicht ist diese leichte Umstellung schon im Frühjahr 1880 bei der Behandlung einer rumänischen Annäherung zu beobachten. Fürst Karl von Rumänien,[68] mit schwerer Enttäuschung von dem Berliner Kongreß heimgekehrt, hatte das deutsch-österreichische Bündnis mit freudiger Zustimmung begrüßt und suchte jetzt, in seiner Mittelstellung zwischen Rußland und der russischen Gründung Bulgarien, einen Anschluß an das neue Bündnissystem. Der Bescheid, auf Umwegen in gewundener Form gegeben, besagte: Rumänien habe nur zu wollen, um in einem gegebenen Augenblick der dritte im Bunde zu sein; es habe nur in geeigneter Weise zu erklären, daß es entschlossen sei, für den Fall, daß es angegriffen würde, seine natürliche Anlehnung an die beiden Reiche zu vollziehen; eine solche, wenn auch nur einseitig ausgesprochene, Erklärung würde die beiden anderen Staaten moralisch binden. Da nun die Gefahr von 1879 heute nicht mehr vorliege, so würde eine Fortsetzung der Bündnispolitik durch die formelle Hinzuziehung eines dritten Staates als eine offensive Bedrohung Rußlands aufgefaßt werden können, die beiden Teilen fern liege; rücke aber die Möglichkeit einer solchen Gefahr wieder näher, so naturgemäß auch die Fortsetzung des Begonnenen. Das hieß, den rumänischen Antrag vorläufig zurücklegen, bis zu einem geeigneten Augenblick, wo sich die Annahme empfahl. In diesem Sinn war auch das persönliche Schreiben Bismarcks an den Fürsten Karl vom 20. Mai 1880 abgefaßt. In welchem Maße etwa der Widerstand des alten Kaisers damals ein näheres Eingehen verhindert hat, in welchem Maße auch die allgemeine Lage, der gleichzeitige englische Umschwung und die erneuten russischen Bemühungen im Sinne der Vertagung gewirkt haben, läßt sich mit Sicherheit nicht nachweisen.

Es verdient jedenfalls Beachtung, daß die russische Politik - was ihr durch die amtliche Mitteilung des Memorandums über das deutsch-österreichische Bündnis immerhin erleichtert wurde - in diesem Moment schon den Rückweg nach Berlin gefunden hatte. Der neue Botschafter in Berlin, Herr von Sabourow, hatte schon zu Anfang 1880 eine neue Verständigung zu dritt auf der Grundlage des Berliner Vertrages angeregt.[69] Da Bismarck diesen Schritt wohlwollend aufnahm und seit dem englischen Umschwung sogar Grund hatte, den Russen entgegenzukommen, wurden die Verhandlungen seit dem August 1880 fortgesetzt. Vor allem gelang es ihm nunmehr, die Zustimmung des neuen österreichisch-ungarischen Außenministers Baron Haymerle zu dem Fortgang der Verhandlungen zu gewinnen. Während aber der Österreicher ohne viel Vertrauen und Eifer sich auf eine Sache einließ, die ihm beinahe eines Zurücklenkens zu dem Dreikaiserverhältnis verdächtig war, hielt Bismarck es unter allen Umständen für geboten, die friedliche Stimmung in Rußland zu benutzen: "Die Früchte unserer Annäherung an Österreich sind unverkennbar. Die Russen haben viel Wasser in ihren Wein gegossen." Von jeder Überschätzung frei, sagte er sich selbst, daß die Rivalität bestehen bleibe und auch ein Vertrag dagegen nicht helfen könne; wohl aber helfe ein Vertrag gegen kontrollierbare Handlungen. In dem Entwurfe des neuen "Bündnisses" war ein erster Artikel vorgesehen, daß im Falle einer der Partner mit einer vierten Großmacht in Krieg gerate, die beiden andern zu wohlwollender Neutralität und zur Bemühung um die Lokalisation des Konflikts verpflichtet seien. In dieser Garantie konnte vom deutschen Standpunkt aus doch ein realer Wert erblickt werden. Wenn weiterhin die deutsche Neutralität in einem russisch-englischen Konflikt (etwa in Sachen der Dardanellen) vorgesehen war, so war auf der anderen Seite für den Fall eines deutsch-französischen Konflikts die russische Neutralität gewährleistet.

Die Zustimmung des Zaren war von dem neuen russischen Minister, Herrn von Giers, der an die Stelle Gortschakows getreten war, im Januar 1881 herbeigeführt worden. Wenn sich der Abschluß noch länger hinzog, so geschah es, weil die unstaatsmännische Hand des innerlich widerstrebenden

österreichischen Ministers immer neue Schwierigkeiten machte.[70] Es bedurfte, wie der deutsche Botschafter an Bismarck berichtete, "der vollen Wucht des Einflusses, den Euer Durchlaucht auf den Geist des Ministers sowohl wie auf den seines Kaisers ausüben, und des unbegrenzten Vertrauens in die guten und ehrlichen Absichten des deutschen Bundesgenossen", um die nichtendenwollenden Bedenken der anderen Seite zu ersticken. Dem österreichischen Mißtrauen begegnete der Reichskanzler mit dem unwiderleglichen Argument: wenn die russische Politik gegenwärtig bedenkliche Absichten hätte, so würde sie vermeiden, sich die Verwirklichung derselben durch die Herstellung der Barriere zu erschweren, welche durch ein kaiserliches, zwei benachbarten Monarchen gegebenes Wort neu errichtet werden solle. Zwischen Wien und Berlin lag jetzt vor allem die Frage: in welches Verhältnis das neue "Bündnis" zu dem deutsch-österreichischen Bündnis von 1879 zu treten habe. Bismarck ließ keinen Zweifel darüber, daß er dieses letztere als das Primäre und Weitergreifende ansähe; er betonte, daß der Dreiervertrag, ein diplomatisches Mittel zur Sicherung des Friedens, nicht so weit gehe wie das deutsch-österreichische Bündnis (das er selbst ja für immer und öffentlich gewollt habe!), da dieses eventuell militärische Mittel im defensiven Sinne in Aussicht nehme; dagegen nehme das neue Abkommen eine kriegerische Leistung in keinem Fall in Anspruch, sondern nur gegenseitige kaiserliche Versprechungen, Frieden miteinander zu halten und auf Beteiligung an kriegerischen Koalitionen gegeneinander verzichten zu wollen: darin sah er einen "sehr erfreulichen Zuwachs zu den Bürgschaften des allgemeinen Friedens".

Und an diesem Kernpunkt sollte der Wert des neuen Bündnisses durch ein unvorhergesehenes Ereignis sich bewähren. Während die Verhandlungen noch schwebten, wurde Zar Alexander II. im März 1881 das Opfer eines Bombenattentats. Der neue Zar, Alexander III., der bis dahin dem slawophilen Lager näherstand, trat, wie nicht anders zu erwarten, in die Verhandlungen ein und bestätigte sie "nicht nur als Vermächtnis, sondern als Ausdruck eigener Überzeugung". So gewann das neue am 18. Juni 1881 abgeschlossene Vertragsverhältnis gerade durch den Thronwechsel, der an sich es hatte gefährden können, noch erhöhte Bedeutung. Insofern war Bismarck in vollem Rechte, wenn er seinem tiefbefriedigten Monarchen den realen Gewinn des Abschlusses erläuterte: "Da der Kaiser Alexander für einen Monarchen gilt, auf dessen Wort sicher gebaut werden kann, so dürfen wir den Frieden unserer beiden Nachbarn auf Jahre hinaus als gesichert ansehen. Außerdem aber wird für Deutschland die Gefahr einer französisch-russischen Koalition vollständig beseitigt und dadurch das friedliche Verhalten Frankreichs gegen uns so gut wie verbürgt; ebenso wird den Versuchen der deutschfeindlichen Kriegspartei in Rußland, Einfluß auf die Entschließungen des Kaisers zu gewinnen, durch das gegebene Wort des letzteren der Boden entzogen." Er bezweifelte nicht, daß nach Ablauf der drei Jahre der Gültigkeitsdauer eine weitere Verlängerung zu erreichen sein werde. Sie ist im März 1884 nicht ausgeblieben.

In der wohlabgewogenen Reihenfolge der Vorteile des Vertrages für die deutsche Seite vermied Bismarck jede Erinnerung an das Dreikaiserverhältnis von 1872, das scheinbar so viel weniger, tatsächlich aber so viel mehr gewesen war. Denn hatte der alte Bund auf dem Gefühl der traditionellen Freundschaft, auf allen jenen Imponderabilien geruht, die selbst ein gewisses Maß von ehelichem Streit ertragen können, so war die Grundlage der neuen Ordnung eher eine sachlich kühle und zeitlich befristete Erwägung, bei der die Staatsräson auf beiden Seiten den Ausschlag gab. Das eigentliche Imponderabile war die schwere Seele des neuen Autokraten und der Zugang, den der Geist des russischen Nationalismus zu ihr finden sollte.[71] Das neue Bündnis wurde damals so streng geheimgehalten, daß es zunächst in der europäischen Diplomatie ziemlich unbemerkt blieb. Der Franzose Hanotaux, der von ihm noch keine nähere Kunde hat, glaubt sogar in der Thronbesteigung des Zaren einen tiefen Abschnitt in den großmächtlichen Beziehungen zu erblicken, und in der deutschfeindlichen Rede des Generals Skobelew in Paris (Januar 1882) das erste Symptom für den veränderten Geist der Zeit. Und daß diese Rede schon in dem ersten Jahre des neuen Vertragsverhältnisses möglich war, gehört allerdings auch zur Kennzeichnung der neuen Lage: die deutschfeindliche Kriegspartei, deren Erwartungen durch den Vertrag zunächst zum

Schweigen gebracht waren, durfte immerhin die Franzosen daran erinnern, daß sie noch am Leben sei. Sie wurde amtlich verleugnet und getadelt, und Bismarck blieb entschlossen, den Vorfall hinzunehmen, um die wiederhergestellten amtlichen Beziehungen nicht zu gefährden. Aber er blieb sich bewußt, daß er hinfort mit einem zweiten Rußland werde zu rechnen haben, und daß andere Mächte in der Welt eben auf dieses Rußland ihre Hoffnungen setzten. Wenn Skobelew vor serbischen Studenten die Parole ausgab: "Der Kampf zwischen Slawen und Teutonen ist unvermeidlich, und er wird lang, blutig und fürchterlich sein, aber die Slawen werden siegen", so dachte er vor allem an die weitere Resonanz seiner Worte in der französischen öffentlichen Meinung, der ihre Hoffnung erhalten werden sollte.[72]

Bismarck hätte von vornherein gewünscht, auch die Absichten Frankreichs irgendwie in der Peripherie der orientalischen Frage zu befriedigen. Er stimmte durchaus der englischen Anregung in der Zeit des Berliner Kongresses zu, den Franzosen eine Kompensation in Tunis in Aussicht zu stellen; er war im nächsten Jahre auch bereit, England und Frankreich ein europäisches Mandat in Ägypten zu erteilen, hauptsächlich, um "hierbei Frankreich eine kleine Satisfaktion zu verschaffen"; auf der Madrider Konferenz im Jahre 1880 wies er seinen Vertreter an, aus allgemeinen politischen Gründen Hand in Hand mit Frankreich zu gehen, das seiner benachbarten algerischen Besitzungen wegen in Marokko berechtigte Interessen zu vertreten habe. Eben im Hinblick auf derartige Interessen formulierte er im April 1880 einen immer wieder auftauchenden Lieblingsgedanken: "Unser Verständigungsgebiet mit Frankreich erstreckt sich von Guinea bis nach Belgien hinan und deckt alle romanischen Lande; nur auf deutsche Eroberungen braucht Frankreich zu verzichten, um uns befreundet zu bleiben." Und so vollzog sich die Festsetzung von Frankreich in Tunis durch den Bardovertrag im Mai 1881 unter wohlwollender Unterstützung der deutschen Politik. An dieser Haltung änderte sich auch dann nichts, als Gambetta, der noch in seiner berühmten Rede vom 10. August 1880 der Idee der Revanche einen mächtigen oratorischen Auftrieb gegeben hatte, im November 1881 die Leitung der Geschäfte übernahm.

Eben der sehr peripherische Vorgang in Tunis sollte Nachwirkungen auslösen, die für die europäische Staatengesellschaft für lange Zeit hinaus bestimmend waren: die Abwendung Italiens von Frankreich und seine Hinwendung zum deutsch-österreichischen Bündnis. Seit der schweren Enttäuschung des Bardovertrages sah Italien sich durch eine tiefe Kluft von der französischen Politik getrennt; die Monarchie war schon längst durch die Gefahren beunruhigt, die ihr von Frankreich und seiner republikanischen Propaganda drohten. Auf der anderen Seite erkannte man in Rom, daß eine Spekulation auf einen russisch-österreichischen Zusammenstoß, für den man sich im Stillen in der Reserve gehalten hatte, sehr lange auf ihre Stunde werde zu warten haben, und ertrug es in der Zeit des Bardovertrages schwer, daß man keine Politik und keine Freunde hatte. So begann man sich notgedrungen Deutschland zu nähern. Bismarck, der früher wohl mit dem italienischen Machtfaktor gerechnet hatte, dann aber zweifelhafter geworden war, hielt zunächst zurück, da ihm die italienischen Ministerien zu schwach schienen, um selbst eine vertragsmäßig zugesagte Politik gegen die öffentliche Meinung mit Erfolg durchzuführen. Als dann, nachdem König Humbert Ende Oktober 1881 einen Besuch in Wien abgestattet hatte, die italienische Regierung von neuem den Wunsch aussprach, dem angestrebten freundschaftlichen Verhältnis zwischen den drei Mächten auch festere Formen zu geben, glaubte Bismarck die herübergestreckte Hand ergreifen zu sollen. Während Graf Kálnoky, der Nachfolger Haymerles, dem italienischen Antrag eher auszuweichen geneigt war, erklärte er es sofort für angezeigt, alles, was von den Italienern ohne Anspruch auf Gegenleistung geboten würde, anzunehmen und soviel wie möglich zu verwerten. Für die behutsame Taktik, die Bismarck in solchen Fällen anzuwenden pflegte, sind die verschiedenen Stufen des Verfahrens kennzeichnend, das er auf dem schwierigen österreichisch-italienischen Terrain einschlug. Er verwies den italienischen Botschafter, der ihm unaufgefordert versicherte, daß von einer *Italia irredenta* keine Rede mehr sei, zunächst auf die Tatsache, daß innerhalb der Friedensgemeinschaft der drei Kaisermächte (deren Existenz er nicht verschwieg) zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn eine Art von politischer Ehe bestünde, die ihm die Pflicht

auferlege, in einer so wichtigen Frage - angesichts der vielfältigen österreichisch-italienischen Berührungen - der befreundeten österreichischen Regierung nicht vorzugreifen. Indem er die Schwierigkeiten, die einer vertragsmäßigen Formulierung der Verständigung entgegenständen, nicht verhehlte, stellte er die Vorbedingung, daß Italien sich zunächst mit Österreich über ihre beiderseitigen Interessen verständigen müsse: was Italien für Österreich tun werde, würden wir als uns erwiesen betrachten. Der Schlüssel der Tür, die zu uns führe, sei für Italien in Wien zu finden. Dann aber suchte er auf den Gang der Wiener Verhandlungen, als ein versöhnlicher und praktischer Berater, in dem Sinne des ehrlichen Maklers, der das Geschäft zustande gebracht sehen will, nach Bedarf einzuwirken. Als Kálnoky, für den die ursprünglich in Rom gewünschte Form eines Garantievertrages - schon der römischen Frage wegen - überhaupt nicht in Betracht kam, sich mit der Form eines Neutralitätsvertrages begnügen wollte, wies Bismarck mit Nachdruck darauf hin, daß man weitergehen müsse, da den Italienern ihre Sorge vor Frankreich durch einen bloßen Neutralitätsvertrag nicht erleichtert werden würde. Er schlug statt dessen vor, die beiden Kaisermächte möchten, um die italienische Regierung auf ihrer Linie festzuhalten, ihr den Beistand gegen einen unprovozierten Angriff von seiten Frankreichs in Aussicht stellen; die Form der Gegenseitigkeit bringe dann mit sich, daß Italien die entsprechende Verpflichtung auf sich nehme, deren praktisch zu erwartende Leistung zwar nicht hoch einzuschätzen sei, aber immerhin im Falle eines russisch-französischen Angriffes gewisse Truppenmengen der Mittelmächte frei machen werde. Daß Bismarck überhaupt solche Möglichkeiten trotz des vor einem Jahre abgeschlossenen Dreikaiserbündnisses in Betracht ziehen konnte, müßte an sich überraschen, wenn er nicht durch die panslawistischen Reden des General Skobelew in Paris 1882 daran erinnert worden wäre, daß in dem ewig flüssigen Element der Politik auch so feste Tatsachen wie das Wort des absoluten Zaren nicht mehr ihren alten Wert besaßen; er war sogar in diesen Wochen der italienischen Verhandlung geneigt, Rußland auf dem abschüssigen Wege zum Kriege selbst Frankreich voran zu sehen. Um so mehr fuhr er fort, an dem großen Netze der Friedenssicherung weiterzuknüpfen, auch wenn er ein neues Werkstück von vornherein als nicht sehr widerstandsfähig einschätzte. Gerade bei dem Dreibundvertrage, dessen einzelne Bestimmungen in diesem Zusammenhange keiner Erläuterung bedürfen, nahm er wohl absichtlich eine Haltung ein, die man sonst in seiner Geschäftsführung kaum bemerkt. Er betonte während der Verhandlungen wiederholt, daß man Italien gegenüber auf die Wahl der Ausdrücke in dem Vertrage ein so großes Gewicht nicht zu legen brauche; er warnte sowohl vor jeder allzu feinen Zuspitzung als auch vor jedem auf Annehmen oder Ablehnen gestellten Druck; er war frei von jeder Illusion, aber doch gewillt, das neue Werkstück bei aller Relativität nicht aus der Hand zu geben. Für seine Beurteilung des neuen Partners und des Vertrages war es charakteristisch, daß er sogar für einen Vermerk in den Akten sorgte, der die deutsche Diplomatie für die Redaktion der Aktenstücke nach Form und Inhalt von jeder Verantwortung entlastete: "Es kam für uns lediglich darauf an, dem uns verbündeten Österreich für den Kriegsfall die Sorge der Deckung seiner italienischen Grenze nach Möglichkeit abzunehmen." Es war eine Entlastung der großmächtlichen Stellung Österreichs, die dessen Bündniswert für Deutschland vermehrte, insofern eine Hilfskonstruktion, deren Entwicklung zu einem selbständigen Element der Politik abgewartet werden mußte. Indem aber sowohl Rußland als auch Frankreich in jeder gegen die Mittelmächte gerichteten Aktion eines möglichen Partners beraubt wurden, wurden sie in ihrem diplomatischen Wirkungskreise eingeengt, während das Deutsche Reich die Sicherung seines Bestandes und des europäischen Friedens - denn immer mehr begannen beide Ziele sich zu einem einzigen zu vereinen - in einem nach und nach sich erweiternden Radius durchführte.

Die Wirkung erhöhte sich noch, als im Herbst 1883 auch der Anschluß Rumäniens, der im Frühjahr 1880 hatte vertagt werden müssen, zustande kam. Formell vollzog er sich in der Weise, daß Österreich-Ungarn und Rumänien einen Friedens- und Freundschaftsvertrag abschlossen und sich verpflichteten, im Fall eines Krieges von dritter Seite einander Hilfe zu leisten und im Falle der Bedrohung über die militärisch notwendigen Schritte eine Militärkonvention abzuschließen. Diesem Vertrage trat das Deutsche Reich am 30. Oktober 1883 bei.

Der Beitritt Italiens wie Rumäniens übte eine ähnliche dynamische Funktion aus. Sowohl die Politiker in Rom wie die in Bukarest mußten, so schwer es ihnen fiel, die Irredenta-Ansprüche, die sie, die einen vornehmlich gegen Österreich, die anderen vornehmlich gegen Ungarn, verborgen im Herzen trugen, fortan einsargen; allein durch diesen Verzicht konnten sie den Anschluß an das Bündnissystem Mitteleuropas und die damit verbundene Lebensversicherung, die ihnen eine unabhängige Politik verbürgte, überhaupt erlangen. Bismarck aber vermochte erst durch die beiden Anschlüsse von 1882 und 1883 das Bündnis mit Österreich-Ungarn - das am 22. März 1883 erneut auf fünf Jahre, vom 21. Oktober 1884 gerechnet, verlängert wurde - so wertvoll und risikofrei zu gestalten, wie er es im Interesse des Deutschen Reiches wünschen mußte. Indem er die italienische wie die rumänische Hypothek für eine absehbare Zeit von dem Hause der Doppelmonarchie herunterholte, wurden aus den inneren Grenzlinien des mitteleuropäischen Blockes die Reibungsflächen entfernt, die dem Frieden Europas und der Erhaltung des *status quo* gefährlich werden konnten. Je weiter diese Politik sich ausdehnte, desto stärker war der Eindruck, daß sie zwar vom deutschen Interesse geleitet war, aber zugleich dem allgemeinen Frieden zugute kam. So sollte jede der Nachwirkungen, in denen die Periode des Berliner Kongresses abläuft, doch dazu dienen, die gesicherte Mittelstellung des Deutschen Reiches zu befestigen.

Wer die Bündnispolitik Bismarcks, die in diesen Jahren im wesentlichen ihr Gebiet absteckte, auf ihre ausgesprochenen und unausgesprochenen Motive hin untersucht, wird ihr nicht den Vorwurf machen können, daß sie etwas anderes als die Befestigung des Friedens erstrebt habe. Auch die neuere außerdeutsche Forschung, die sich auf den deutschen Aktenpublikationen aufbaut, ist so gut wie einmütig zu dem Ergebnis gekommen, ihren unbedingten Friedenscharakter anzuerkennen.[73] Jeder einzelne Schritt bei dem Ausbau des Bündnissystems wird von diesem Motiv gelenkt; in jeder Lage wird die bloße Möglichkeit eines Krieges, selbst eines siegreichen, als eine Kalamität bezeichnet, die man zu vermeiden habe; noch in den Bündnisverhandlungen hatte Bismarck seinen Partnern auf die Finger zu passen und selbst dem König von Rumänien gegenüber die defensive Erhaltung des Friedens als den eigentlichen Bündniszweck auf das schärfste zu betonen. Aber könnte man nicht trotzdem den Einwand machen, daß diese Sicherheitspolitik des Deutschen Reiches immerhin von dem egoistischen Gedanken geleitet war, einem unversöhnlichen Gegner alle und jede Koalitionsmöglichkeit zu versperren? Solange in Frankreich der Geist der Revanche die öffentliche Meinung beherrschte und die Kabinette beeinflußte, hat Bismarck aus seiner Politik der Isolierung kein Hehl gemacht. Sobald aber eine versöhnlichere Richtung emporkam und, zumal seit Beginn der Orientkrisis, einen *modus vivendi* suchte, hatte er diesen realpolitischen Verständniswillen ehrlich und nicht nur mit Worten begrüßt.

Und so führen wir denn, zum Abschluß dieser Periode des deutschen Bündnisaufbaus, ein Urteil des ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Waddington an, das er im August 1883 als Botschafter in London dem Grafen Herbert Bismarck über die weise und friedliche Politik des Reichskanzlers aussprach, in der er die größte Friedensgarantie sehe. Er habe die Stellung eines Schiedsrichters in Europa und kein anderer nach ihm werde eine ähnliche Position haben: "Meine feste Überzeugung ist, daß, solange Bismarck am Ruder bleibt, wir uns unbedingt auf die Loyalität Deutschlands verlassen können. Wenn der Kanzler aber einst sein Amt niederlegt, werden stürmische Zeiten für Europa kommen. Dann wird man erst erkennen, von welchem unschätzbaren Wert für den Frieden und das Gedeihen der Völker die jetzige deutsche Politik ist."

Anmerkungen:

1 [1/191] Auch nicht in anderen Teilen Europas. Selbst ein so verständnisvoller Mitarbeiter Bismarcks, wie Schweinitz, dachte gelegentlich an eine Verbesserung der deutsch-russischen Grenze. Die Engländer vollends konnten von dem Gedanken nicht loskommen, daß holländische oder andere Pläne in der Seele Bismarcks schlummern müßten. ...zurück...

2 [1/192] Diktat vom 14. 10. 76. *Gr. Pol.* 2, 64 f. ...zurück...

3 [2/192] *Gr. Pol.* 2, 154. ...zurück...

4 [1/193] 27. November 1876. ...zurück...

5 [1/194] Es gibt über die Anfänge der Annäherung Bismarcks an England eine ausgedehnte Literatur, doch sind die früheren Forschungen von F. Rachfahl, H. Rothfels, *Bismarcks englische Bündnispolitik*, 1924, Fr. Frahm, "England und Rußland in Bündnispolitik," *Arch. f. Pol. u. Gesch.* 8, 382 (1927) überholt, seitdem das erst neuerdings durch David Harris, "Bismarck's advance to England," *The Journal of modern history* (Sept. 1931), S. 441 - 456, das wichtigste Material der Forschung zugänglich gemacht worden ist. Die viel erörterte Frage der noch sehr im Dunkeln liegenden Mission Buchers, die kurze Zeit vorher, Mitte Dezember 1875, stattgefunden haben soll, tritt gegenüber diesem Material fast in den Hintergrund. Es mag sich um eine auf privatem und diskretem Wege erfolgende Einleitung und Unterstützung des amtlichen Schrittes vom Januar 1876 gehandelt haben. ...zurück...

6 [2/194] Die Erwähnung Ägyptens findet sich merkwürdigerweise nur in dem Erlasse, in dem Bülow dem Botschafter in London über die Sondierung Bismarcks berichtet; nicht aber in den Berichten von Lord Odo Russell selbst. Es mag aber sein, daß dieser gerade eine Anspielung auf Ägypten mit Rücksicht auf seinen auch in dieser Frage mißtrauisch zurückhaltenden Chef absichtlich unterdrückt hat. ...zurück...

7 [1/195] Disraeli an Derby 15. 2. 76: "*You have to deal with a man, who is dangerous, but who is sincere; and who will act straightforward with an English Minister...; a man, too, very sensitive and impulsive. The step he is now taking is one which he has long and often meditated.*" Buckle, *Disraeli* 6, 21. ...zurück...

8 [2/195] Kronprinzessin Victoria an Königin Victoria: "*...He (Bismarck) would have given anything for a hearty response to his overtures... he got no answer.*" Ponsonby a. a. O. 143. ...zurück...

9 [3/195] Vgl. **S. 218**. ...zurück...

10 [1/196] Die Antwort Disraelis in seinem Schreiben an Königin Victoria vom 18. Juni 1876 (Buckle 6, 33) ist entgegenkommend, ohne aber an das Anerbieten anzuknüpfen. ...zurück...

11 [2/196] Vgl. außer dem bekannten Aktenmaterial: Georg Wittrock, "Gorčakov, Ignatiev och Šuvalov." *Historisk tidskrift* 1931, S. 1 - 117. ...zurück...

12 [3/196] Karolyi an Andrássy, 22. 7. 1876. E. v. Wertheimer, *Andrássy*, 2, 329. Es ist unbekannt, wie die Engländer damals reagierten. ...zurück...

13 [1/197] Bismarck an Bülow, 14. August 1876. Den Russen waren die deutschen Fühler in London nicht verborgen geblieben, vgl. G. Wittrock a. a. O., S. 92. ...zurück...

14 [1/198] Schweinitz. Briefband, S. 115, 116. ...zurück...

15 [1/199] Das trifft auf den Brief des Zaren an Kaiser Wilhelm I. vom 26. August/7. September 1876 keinesfalls zu. ...zurück...

16 [1/201] Die ausführliche Instruktion für Schweinitz vom 23. Oktober enthält die (nicht zu wörtlicher Wiedergabe bestimmte) Formulierung: "Ebenso tief aber würde es die Interessen Deutschlands berühren, wenn die österreichische Monarchie in ihrem Bestande als europäische Macht oder in ihrer Unabhängigkeit derart gefährdet würde, daß einer der Faktoren, mit denen wir im europäischen Gleichgewicht zu rechnen haben, für die Zukunft auszufallen drohe." ...zurück...

17 [2/201] *Denkwürdigkeiten von Schweinitz*, I. 355 ff., 361, II. 86, 89, f. Briefwechsel 121, 141. ...zurück...

18 [3/201] Bismarck an Gortschakow, 14. November 1876. ...zurück...

19 [4/201] 9. November 1876. ...zurück...

20 [1/202] Buckle, *Life of Disraeli*, 6, 81, 88. Die Berichte Salisburys (Gw. Cecil, *Life of the Marquess of*

Salisbury. II. 99) und die Aufzeichnungen Bismarcks geben nur zusammen ein deutliches Bild von dem Hergang der Besprechungen. ...zurück...

21 [1/203] H. v. Poschinger, *Fürst Bismarck und die Parlamentarier* 1, 110 - 116. Fortsetzung am 2. Dezember 1, 118 ff. Der letzte Satz auch wörtlich in dem Erlaß an Graf Stolberg vom 12. Dezember 1876. E. v. Wertheimer, *Andrássy* 2, 367. ...zurück...

22 [1/204] Das war auch die Antwort Kaiser Wilhelms I., als Großfürst Konstantin ihm am 21. Januar vortrug, der Zar müsse für den Kriegsfall wissen, ob er Freundschaft oder Feindschaft zu erwarten habe. ...zurück...

23 [1/205] Bülow an Schweinitz 30. 1. 77 (*Denkwürdigkeiten* I, 383 Anm. 7). Ob in Wien damals tatsächlich solche Schritte folgten, läßt sich nicht ermitteln. ...zurück...

24 [2/205] Tagebuch Gathorne-Hardy's vom 11. 2. 77. Gwendolin Cecil, *Salisbury* II, 127. 129. Buckle, *Disraeli*, 6, 123 ff. ...zurück...

25 [3/205] E. v. Wertheimer, *Andrássy* 2, 404 f. ...zurück...

26 [1/206] Über seine damalige Auseinandersetzung mit dem Kaiser vgl. oben **S. 162**. ...zurück...

27 [1/207] Die deutsche Weltfrage und anderes. Mai 1877. ...zurück...

28 [2/207] Diktat vom 15. Juni 1877. *Gr. Pol.* II, 153. ...zurück...

29 [1/208] Tiedemann a. a. O., S. 142. ...zurück...

30 [1/209] Buckle, *Disraeli*, 6, 141. 144. 148 f., 178. 188 f., 194. ...zurück...

31 [2/209] Über ihre Vorgeschichte vgl. oben **S. 169**. ...zurück...

32 [1/211] Hanotaux, *Histoire de la France contemporaine*, 4, 62. ...zurück...

33 [1/212] Hanotaux, 4, 329 ff. ...zurück...

34 [1/213] *Ged. u. Erinn.* 2, 224. ...zurück...

35 [2/213] Salisbury an Odo Russell 10. April 1878. Übrigens meinte Salisbury in dieser Zeit, daß Bismarck doch im Grunde zu dem antirussischen Wege neige, und daß nur sein "Herr" unbelehrbar sei. Gw. Cecil, 2, 242, 253. ...zurück...

36 [1/214] H. Oncken, *Die Historische Rheinpolitik Napoleons* III, Bd. 2, 235. ...zurück...

37 [2/214] Buckle, *Disraeli* 6, 104. (29. November 1876.) Bericht Münsters 12. Juni 1877, *Große Politik* 2, 153. Gw. Cecil, *Salisbury* 2, 127, 129. Für die Untergründe solchen Geschwätzes kennzeichnend ist die Erzählung in dem Schreiben Salisburys an Odo Russell 14. Januar 1880: "Daß es am deutschen Hofe eine Partei gibt, die ernstlich auf die Besitznahme Hollands blickt, entnehme ich aus einer Bemerkung der kleinen Herzogin von Connaught zu mir, sie fürchte, es werde ein Zankapfel werden. Sie sprach zweifellos nach dem, was sie ihren Vater (Prinz Friedrich Karl) sagen gehört." ...zurück...

38 [3/214] Salisbury an Derby, 26. November 1876. ...zurück...

39 [4/214] Lord Odo Russell an Derby, 12. Februar 1876. ...zurück...

40 [5/214] Schweinitz, *Denkwürdigkeiten* 2, 117, 135 f. Der Botschafter meinte, daß die Hälfte aller politisierenden Russen ebenso dächte wie der Thronfolger. ...zurück...

41 [6/214] Disraeli an Derby 4. September 1876. Buckle, *Disraeli* 6, 53. ...zurück...

42 [1/215] Graf Münster berichtete am 28. Juni 1877 aus London: "Die Besorgnis vor deutschen Vergrößerungsplänen wird hier fortwährend von Frankreich aus genährt, und auch von russischer Seite ist

entschieden in diesem Sinne gewirkt worden." ...zurück...

43 [2/215] Die Auffassung Buckles, *Disraeli* 6, 386, mit dem Berliner Kongreß sei die Führung von dem autokratischen Europa des Dreikaiserbundes auf das freie Europa übergegangen, sucht ein innenpolitisches Schlagwort - dessen Verwendung übrigens die Opposition der englischen Liberalen schwerlich den Tories zugestanden haben würde - auf die von ganz anderen Kräften bewegte Außenpolitik der Mächte zu übertragen. ...zurück...

44 [1/216] G. Hanotaux, *Histoire de la France contemporaine* 4, 352. ...zurück...

45 [2/216] Berchem an Bismarck, 22. Juli 1878. - Radowitz an Bismarck, 8. August 1878. *Große Politik* 2, 336. 3, 4. ...zurück...

46 [3/216] Gorjainow, *Le Bosphore et les Dardanelles*, S. 378. ...zurück...

47 [1/218] Die Erzählung des Freiherrn Hermann v. Eckardstein, *Lebenserinnerungen* usw. (1920) 1, 104, Bismarck habe dem Lord Beaconsfield in einem kritischen Moment des Kongresses den Vorschlag eines deutsch-englischen Bündnisses gemacht, der wohlwollend aufgenommen worden und zu weiteren geheimen Beratungen mit Andrássy zu dritt geführt habe, hat - zumal in der weiteren Ausmalung - alle Wahrscheinlichkeit gegen sich. Sie wird an keiner Stelle bestätigt in dem gleichzeitigen sehr eingehenden Briefwechsel Beaconsfields mit Königin Victoria, und eher widerlegt durch die Tatsache, daß auch sein rückblickender Brief an die Königin vom 27. September 1879 nichts Derartiges erwähnt. Auf der anderen Seite ist das Angebot weder in die damalige politische Situation Bismarcks noch in seine Geschäftsführung auf dem Kongreß mit irgendeiner Wahrscheinlichkeit einzuordnen. Die kritische Zuverlässigkeit Eckardsteins reicht auch nicht aus, den Glauben zu erwecken; da er seine Erzählung auf den Privatsekretär Beaconsfields, den späteren Lord Rowton, zurückführt, so bliebe vielleicht ein Kern, der auf einer Kombination einzelner Kongreßsituationen mit der Sondierung vom September 1879 beruht. ...zurück...

48 [2/218] Gorjainow, 380. Radowitz an Bismarck, a. a. O. ...zurück...

49 [1/219] Von Senfft-Pilsach, *Aus Bismarcks Werkstatt*, S. 45. J. v. Eckardt, Lebenserinnerungen II, 40-45, 86. ...zurück...

50 [2/219] So hat René Pinon, *L'Europe et la jeune Turquie* (Paris 1911, S. 445 ff.), die Meinung vertreten, daß eine Verwirklichung von San Stefano Europa dreißig Jahre Balkanwirren hätte ersparen können, und daß Fürst Bismarck einen großen politischen Fehler gemacht hätte, als er zuließ, daß der russischen Begehrlichkeit entgegengetreten wurde. Dieses Urteil wäre nur unter der Voraussetzung richtig, daß irgendwelche Aussicht bestanden hätte, daß die Großmächte, besonders England, einer solchen Ausdehnung des russischen Einflusses bis zum Ägäischen Meer ruhig zugesehen haben würden. ...zurück...
51 [1/220] Irene Grüning, *Die russische öffentliche Meinung und ihre Stellung zu den Großmächten*. (Berlin 1929.) ...zurück...

52 [1/221] Schweinitz, a. a. O. 2, 42. Ein Widerhall dieser Meldung war das Gespräch Bismarcks mit Moritz Busch vom 27. Februar 1879. *Die sämtlichen Werke Bismarcks* 7, 306 f. ...zurück...

53 [2/221] Vgl. Notiz bei Graf Al. Keyserling 24. April 1879. ...zurück...

54 [3/221] Schweinitz a. a. O. 2, 48 ff.; vgl. dazu die Berichterstattung Moltkes an den Reichskanzler 16. Mai 1879. *Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft*, Anlagenband. (1930; S. 22 ff.) und die Randbemerkungen Bismarcks. ...zurück...

55 [4/221] Schweinitz a. a. O. 2, 60. ...zurück...

56 [5/221] Vgl. **S. 205**. ...zurück...

57 [1/222] Bismarck an Disraeli, 16. April 1880. Buckle a. a. O. 6, 339. ...zurück...

58 [2/222] In diese Tage fällt auch ein Artikel der offiziösen *Agence Russe* vom 10. August, der scharfe Angriffe gegen Bismarck richtete und eine neue Ära in der Haltung des Kabinetts ankündigte. ...zurück...

59 [1/224] *Große Politik* 3, 111 Anm. ...zurück...

60 [1/227] Über die Mission Obrutschew: Schweinitz, *Denkwürdigkeiten* 2, 68. 75 ff. 82. 97 ff. - Fürst Chlodwig Hohenlohe, 2, 275 ff. *Große Politik*, 3, 41. 141. Waldersee (nach Mitteilungen des Militärattachés Wesdehlen) 1, 196 ff. 200. Salisbury an Malet, an Beaconsfield, Gw. Cecil 2, 363 f. Daß man über die Mission Obrutschew nicht viel wußte und mehr zu erfahren suchte, ergibt sich aus dem Schreiben von Radowitz an Schweinitz vom 6. 2. 1880. (Schweinitz-Briefe S. 154.) Man vergleiche auch die spätere Bemerkung von Giers: "Die Franzosen haben schon einmal versucht, Deutschland gegen uns mißtrauisch zu machen, damals, als Waddington behauptete, Obrutschew wäre nach Frankreich geschickt worden, um dieses für eine Allianz mit Rußland gegen Deutschland zu gewinnen." 24. 12. 1886 (*Gr. Pol.* 6, 106). Und allerdings werden sich diese französischen Offenherzigkeiten in ähnlichen Fällen wiederholen, sie scheinen System zu sein. ...zurück...

61 [2/227] Ein Symptom war immerhin, daß Gortschakow es während seines Aufenthalts in Baden-Baden am 6. September für angezeigt hielt, sich in einer französischen Zeitung für ein russisch-französisches Bündnis gegen Deutschland auszusprechen. ...zurück...

62 [1/228] *Große Politik* 3, 27, 30, 33, 58, 73 f. ...zurück...

63 [2/228] So im November 1879, K. A. v. Müller in: *Erinnerungen an Bismarck*, hrsg. v. A. v. Brauer, E. Marcks u. K. A. v. Müller (Stuttgart 1915), S. 243. Im November 1880 zu Schweinitz (a. a. O. 2, 137). *Gedanken und Erinnerungen* 2, 249. M. Busch, *Unser Reichskanzler* 1, 451 (1884). Bismarck an Prinz Reuß, 1. Februar 1881 (*Große Politik* 3, 165). Frhr. Oskar v. Mitis, *Das Leben des Kronprinzen Rudolf*, S. 271 - 274 (1928). In der Reichstagsrede Bismarcks vom 14. März 1885 beobachtet man zum ersten Male, daß er die Idee der Zollgemeinschaft nicht weiter verfolgt. ...zurück...

64 [1/229] Der Botschafter von Schweinitz verwendet öfter, aber mehr kritisch als zustimmend, diesen Vergleich. ...zurück...

65 [1/230] Inhalt und Ziel dieser Episode erscheinen in den Akten der beiden Seiten nicht ganz in derselben Beleuchtung. Für die deutsche Seite: *Gr. Politik* 4, 3 - 12 (1922); dazu auch 3, 130 f. Für die englische Seite: Buckle, *Life of Benjamin Disraeli* 6, 486 - 491 (1920). Gw. Cecil, *Life of Salisbury* 2, 367. ...zurück...

66 [1/231] Königin Victoria 3. November 1879: "*The value of such an alliance, however, would be greatly diminished in my eyes if it gave umbrage to France... I am certain that any league against France would never be tolerated by this country.*" Ponsonby 187 f. ...zurück...

67 [1/232] Vgl. Salisbury an Russell 14. Januar 80: "Nach der gesunden Regel, daß man am meisten liebt, mit denen man am wenigsten rivalisiert, ist Deutschland klärlich auserlesen dazu, unser Verbündeter zu sein." ...zurück...

68 [1/233] *Aus dem Leben Fürst Karls von Rumänien* 4, 301 ff. Es ist sehr merkwürdig, wie vorsichtig man in Berlin und Wien den nicht unwillkommenen Schritt behandelt hat. Das Merkwürdigste ist, daß Andrássy, der seit dem Herbst 1879 sein ministerielles Amt aufgegeben hatte, in die Lage kam, dem Fürsten von Rumänien als Privatmann, im Einverständnis mit seinem Nachfolger, Baron Haymerle, gleichsam im Namen beider Großmächte, zu antworten. Dieses Schreiben vom 21. April 1880 - a. a. O. 4, 317 ff. - trägt in auffallender Weise den Stil Bismarcks! Fürst Karl Anton von Hohenzollern bringt das Rücktrittsgesuch des Reichskanzlers vom 6. April 1880 in Zusammenhang mit seinen Bemühungen, den Kaiser so weit von der alten Tradition loszulösen, daß er freie Hand bekomme und der österreichischen Aktion zu größerem Nachdruck verhelfe. ...zurück...

69 [2/233] Vgl. J. J. Simpson, "*Russo-german Relations and Sabouroff Memoirs.*" *Nineteenth Century* Nr. 82, 83. (1917). ...zurück...

70 [1/234] Übrigens ist auch von dem Grafen Andrássy aus dem Jahre 1885 bezeugt, er habe sich an das Dreikaiserverhältnis von 1881 anfangs gar nicht gewöhnen können. ...zurück...

71 [1/235] Wie sehr Bismarck innerlich beunruhigt blieb, zeigt seine Kriegsbesorgnis im Oktober 1881, als das neue Bündnis "noch nicht viel über ein Vierteljahr alt war". (Schweinitz a. a. O. S. 180.) ...zurück...

72 [1/236] Zur Aufnahme der Rede in Rußland vgl. das Schreiben des Fürsten N. Mestscherski an Pobiedonostsew vom 10. 3. 1887: "*Mais voici qu'à la suite d'une démarche hardie de Skobélev, la Russie et la*

France se découverent des intérêts communs, à la grande stupéfaction et au grand effroi de Bismarck. A partir de ce jour ni la France ni la Russie ne sont plus isolées. Skobélev est mort victime de ses convictions, c'est ce dont pas un vrai Russe ne doute". Constantin Pobiédonostsew, *Mémoires politiques*, S. 425. (Paris 1927.) ...zurück...

73 [1/239] So der Holländer Japikse, *Europa und Bismarcks Friedenspolitik* (1927). ...zurück...

4. Ausdehnung des politischen Horizontes über See 1883 - 1885.

In den Jahren, die auf den Abschluß des Bündnisses mit Österreich-Ungarn folgten, hatte das Deutsche Reich innerhalb der Staatengesellschaft eine Stellung gewonnen, die weitreichenden Einfluß mit unangefochtener Sicherheit vereinte. Man würde sogar von einer hegemonischen Stellung sprechen dürfen, wenn sich mit einer solchen Kennzeichnung nicht allzu leicht die Vorstellung von einer hegemonischen Machtausübung, wenn nicht gar von einem übergreifenden Mißbrauch dieser Macht verbände. Die Beispiele dafür aus den letzten europäischen Jahrhunderten liegen allzu nahe. Das neue maßgebende Zentrum der Großmächte sollte seine Ausnahmestellung nicht in einem solchen Sinne der Vergewaltigung der andern ausnutzen, sondern ausschließlich zu dem Zwecke der allgemeinen Friedenssicherung verwenden. Das ist das Geheimnis dieser Jahre.

Alle Welt war sich darüber einig, daß um 1880 Fürst Bismarck den Höhepunkt seiner Macht und seines Ruhmes in Europa erreicht hatte. "In St. Petersburg", schrieb der englische Botschafter in Berlin an seinen neuen Chef Mr. Gladstone, "ist sein Wort Evangelium, sowohl wie in Paris und Rom, wo seine Worte Respekt einflößen und sein Schweigen Befürchtung".[1] Und wenn das neue englische Ministerium auch die Linie der bündniswilligen Politik der Tories sofort verlassen hatte, so ist es doch bezeichnend, wie die diplomatische Technik des milden und nicht entschlußfreudigen Lord Granville alles daran setzte, in den schwebenden orientalischen Fragen zunächst Bismarcks Meinung zu ermitteln und seinen Rat zu erlangen.[2] So wird es nicht überraschen, daß auch von Bismarck selbst, der wenig Neigung hatte, sich beruhigt auf das Faulbett zu legen, aus dem Jahre 1882 die befriedigte Äußerung überliefert ist, die auswärtige Politik mache ihm auch keine einzige schlaflose Nacht, die Sache sei seit zehn Jahren so aufgezogen, daß sie von selbst gehe.[3] Der ehemalige französische Ministerpräsident Waddington, damals Botschafter in London, gestand im August 1883 dem Grafen Herbert Bismarck, der Reichskanzler habe die Stellung eines Schiedsrichters in Europa, und kein anderer nach ihm werde eine ähnliche Stellung haben.[4] Das glanzvolle Hauptquartier des Kaisers Wilhelm bei den Herbstmanövern in Homburg im Jahre 1883 war ein Beweis für die Weltgeltung, die die deutsche Monarchie im Kreise der Fürsten und Völker Europas gewonnen hatte. Und die Reise, die der deutsche Kronprinz bald hernach an die königlichen Höfe in Madrid und Rom sowie an den Vatikan unternahm, hinterließ den weithin wirkenden symbolischen Eindruck, daß, wenn die alte Generation eines Tages abtrete, eine neue Generation ihre Aufgabe übernehmen würde. Der Vorgang wurde wie eine Kräftigung der monarchischen Staaten in Europa überhaupt empfunden.

Das Bündnissystem, das sich um das Deutsche Reich gruppierte, - das einzige in dem damaligen Europa, - besaß nichts von dem offensiven Charakter, der in der Politik der letzten Jahrhunderte - man denke noch einmal an die letzten Allianzenpläne Napoleons III. von 1869 zurück! - in der Regel auf dem Untergrunde ihrer Bündnisbildung verborgen war. Die von Deutschland geführte Kombination stellte geradezu eine neue Erscheinung von Friedensbündnissen dar, in denen der Mächtigste nicht nur darüber wachte, daß die Sicherheit der Partner nicht durch Angriffe von fremder Seite gestört wurde, sondern zugleich darüber, daß die eigenen Bündnisglieder die Bündnisbestimmungen nicht mißbrauchten, um durch neue ausgreifende Bestrebungen den Frieden zu gefährden. Vom ersten Tage an hatte Bismarck das Motiv und den Bereich seiner Bündnispolitik zu verteidigen gegen Auslegungen oder Schlußfolgerungen, die ihm seine Idee von dem Wesen und Zweck dieser diplomatischen Hilfskonstruktionen zu verfälschen drohten. Unmittelbar nach dem Abschluß des österreichischen Bündnisses hatte er die Andeutungen Baron Haymerles abgelehnt,

der englischen Politik im Orient "in deutlicherer Weise" seine Unterstützung in Aussicht zu stellen, und grundsätzlich davor gewarnt, daß "die Übertragung dieser Sympathien auf unser defensives Bündnis das Bündnis in Gefahr bringen würde, sich in eine aggressive Koalition zugunsten der englischen Politik zu verwandeln". Es handelt sich um eine Auffassung des Geistes der Bündnispolitik in Wien, die unter Kálnoky mehr und mehr zurücktritt, aber doch eines Tages wiederkehren wird. Selbst der bescheidenen Macht des Fürsten von Rumänien, so sahen wir, mußte sofort ein Zügel angelegt werden, weil er sich unter dem Abkommen "eher ein Schutz- und Trutzbündnis mit Gewinnanteil dächte, als eine rein defensive Friedensassekuranz". Als vollends die italienische Regierung im April 1884 das Eintreten des Deutschen Reiches für die von seiten Frankreichs angeblich bedrohten künftigen italienischen Interessen in Marokko erbat (bevor sie selbst einen Schritt getan hatte), konnte Bismarck seine schwere Verstimmung über solches Verkennen der Gemeinschaft kaum verbergen: "Wir sind bereit, Italien zur Seite zu stehen, wenn es von Frankreich angegriffen oder auch nur ernstlich bedroht ist. Aber wegen vager Sorgen über nicht einmal aktuelle, sondern erst von der Zukunft gehoffte italienische Interessen in Marokko oder im Roten Meer oder in Tunis oder in Ägypten oder in irgendeinem anderen Weltteile Händel mit Frankreich anzufangen und Europa vor die Eventualität eines Krieges von größten Dimensionen zu stellen, das ist eine Zumutung, die man wegen der sich darin ausdrückenden Geringschätzung unserer und aller sonstigen nichtitalienischen Interessen kaum mit Gleichmut entgegennehmen kann."[5] Ein Bündnissystem, in dem alle weiterreichenden politischen Nutzanwendungen von vornherein vorsichtig abgeschnitten waren, war geradezu darauf angelegt, jede Umbildung zu einer hegemonisch angehauchten Erwerbsgenossenschaft zu vermeiden. Es liegt auf der Hand, daß in dieser begrenzten Auffassung des Bündniszwecks das deutsche Interesse dominierte, und weiterhin, daß damit eine gewisse Grenze, wenn nicht gar Schwäche des Bündnissystems gegeben war, weil nun einmal die positiven Bedürfnisse des Handelnden wirksamere Bindemittel sein können, als die scheinbar nur negative Funktion der friedlichen Abwehrbereitschaft.

Die einzelnen Teile des Bündnissystems waren auch für Bismarck niemals unveränderliche, absolute Werte; sie waren politische Aushilfen, deren relativen Wert er möglichst scharf sich klar zu machen suchte. Er wußte, wie wir sahen, daß er mit dem Dreikaiserbündnisse vom 18. Juni 1881 nur das eine, das friedliche Rußland an seiner Seite hielt, und damit das andere, das angriffslustige Rußland zwar lahmlegte, aber doch nicht auslöschte. Er war sich weiter bewußt, daß der Russe trotz dieses Bündnisses seine Kavalleriepositionen an der deutschen Ostgrenze sehr verstärkte, oder jedenfalls eine solche Verstärkung für nötig hielt, um innerhalb des Bündnisses die richtige Stellung zu behaupten. Der deutsche Botschafter war durchaus im Recht, wenn er Herrn von Giers statt auf die eingebildeten russischen Besorgnisse vor Deutschland auf unbestrittene Tatsachen hinwies, "nämlich fünf Kavalleriedivisionen mit so und so viel bespannten Geschützen und Munitionswagen, verstärkten Mannschaftsbestand bei so und soviel Bataillonen, eine kaukasische Division von 16 Bataillonen nach Westen vorgeschoben - jeder General würde ihm zugestehen, daß diese Aufstellung eine Drohung sei".[6] Als Bismarck bei einem Besuche des Herrn von Giers in Friedrichsruh am 14. November 1883 gleichfalls diese Rüstung, die mit dem Vertragsverhältnis nur schwer in Einklang zu bringen war, zur Sprache brachte, wußte dieser nur auf die Möglichkeit eines Thronwechsels in Berlin und eines dann stärker einsetzenden englischen Einflusses zu verweisen, also auf die Gefahr, daß das Vertragsverhältnis eines Tages nicht mehr bestehe. Um so eher verständigten sich beide Staatsmänner darüber, daß bei der sich verschärfenden Spannung zwischen Rußland und Österreich die Kriegsgefahr nur durch die Verlängerung des Dreikaiserbündnisses zu bannen sein würde. So war Bismarck sehr erfreut, daß der Russe den Antrag auf Erneuerung des Dreikaiserbündnisses stellte. In den Verhandlungen, die an sich nicht besondere Schwierigkeiten machten, fehlte es nicht an einigen Quertreibereien von russischer Seite; auch mußte eine formale Abänderung zugestanden werden, die angeblich die russische freie Hand für den unwahrscheinlichen Fall verstärkte, daß Deutschland zum Angriff gegen Frankreich schreiten würde. Genug, daß die Erneuerung am 27. März 1884 auf drei Jahre vollzogen wurde. Bezeichnend bleibt, wie gelassen Bismarck die geschäftliche Behandlung nahm: "Das Wichtigste ist, daß ein

Vertrag dieser Art überhaupt zwischen den Mächten existiert. Den Wortlaut so verklausulieren, daß böser Wille gar keine Fugen darin finde, in welchen sich unehrliche Vorwände zum Vertragsbruch anbringen ließen, ist sprachlich nicht ausführbar." Was das Bündnis bisher geleistet hatte, die Lahmlegung des deutschfeindlichen Elements in Rußland, konnte es auch fortan leisten, und ebenso setzte es allen französischen Hoffnungen eine gewisse Grenze. Seine Achillesferse, das wahre Verhältnis zwischen Rußland und Österreich, dessen bedenkliche Seiten gewissermaßen in dem Dreikaiserbündnisse "aufgehoben" wurden, blieb auch jetzt bestehen. Es war dafür charakteristisch, daß Zar Alexander nach erfolgtem Abschluß zu dem deutschen Botschafter nur von dem Nutzen des Bündnisses für "beide Staaten" sprach, mit dem Zusatz: "von Österreich spreche er nicht, weil zwischen diesem und Rußland so viele divergierende Interessen beständen". Aus diesem Grunde, aus Furcht vor der panslavistischen Kritik an der Einbeziehung Österreichs, hielt man in Petersburg auch an der strengen Geheimhaltung fest.[7]

Immerhin, die Maschinerie des Dreikaiserbündnisses, so vorsichtig sie auch gehandhabt werden mußte, war für weitere drei Jahre aufgestellt. Um so schwerer wiegt die Feststellung, welchen Gebrauch Bismarck, auf der Höhe seiner Macht, im Besitze der freien Hand und Sicherheit nach so viel Seiten von dem gesamten Bündnissystem zu machen gewillt war. Der grundsätzliche Charakter dieser Politik wird am deutlichsten in der Einstellung, die sie von dieser verstärkten Position aus gegenüber Frankreich und seinen Weltzielen beobachtete. Bismarck hatte, als die tunesische Frage noch schwebte, im Sommer 1881 die Franzosen wissenlassen, daß sie sich in ihrer afrikanischen Politik durchweg auf die freundliche und wohlwollende Nachbarschaft Deutschlands verlassen könnten. Immer wieder kam er auf seinen Lieblingsgedanken zurück, daß es in der Welt ein freies Feld gäbe, auf dem wir Frankreich ganz freie Hand lassen könnten, und wollte die Hoffnung nicht aufgeben, "daß die französische Politik am Ende doch zu der Einsicht gelange, wie ein befreundetes Deutsches Reich mit 45 Millionen Einwohnern nützlicher sei und ein stärkerer Posten unter den französischen Aktiven sein würde als eine Million Elsaß-Lothringer". Er hielt an seinem Programm der wohlwollenden und friedlichen Nachbarschaft sowohl gegenüber einem Manne von der chauvinistischen Vergangenheit Gambettas als gegenüber den konservativen Gewalten Frankreichs fest, die nach dem Tode Gambettas noch einmal nach Rückhalt in Europa suchten. Es verstand sich auch jetzt für ihn von selbst, das Prinzip der "strengsten Unabhängigkeit in der Regelung seiner inneren Verhältnisse" im Hinblick auf Frankreich zu wahren. Auch als gegen Ende des Jahres 1883 sich französische monarchistische Bestrebungen auf Umwegen der Reichsregierung näherten, verließ er die Linie der Nichteinmischung nicht, die er seit dem **Frankfurter Frieden**, er könne sagen seit dem ersten Waffenstillstande im Jahre 1871, auf das strengste innegehalten habe. Auf die ihm vorgelegte Frage entschied er nicht mehr in der einfachen Weise, wie in den siebziger Jahren, ob "die Republik oder die Monarchie und welche Gattung derselben", gemessen an ihrer Bündnisreife, dem Frieden gefährlicher werden könnte, sondern begnügte sich mit der Feststellung, daß er auch einer französischen Monarchie gegenüber, wenn sie kommen sollte, die bisher gegen die Republik geübte Politik beibehalten würde. Auch diese Möglichkeit eines Konfliktes wollte er jetzt von vornherein ausschalten: "sicher bin ich nur, daß wir mit Frankreich wegen der **Regierungsform**, die es sich zu geben für gut findet, niemals Krieg führen werden, weder für noch gegen".[8] Auch darin ist das Fundament einer Politik zu erkennen, die lehrreich und vorbildlich genannt werden kann und sich vorteilhaft von aller Machtpolitik abhebt, die sich - sei es durch vertragliche Bindung oder durch machtpolitische Einwirkung oder auf dunklen Schleichwegen - in die Regierungsform oder den Staatsaufbau eines Nachbarn sich einzumischen für berechtigt hält. Die Haltung Bismarcks zeigt den richtigen Weg an, in dem zwei große Völker nach der schweren Heimsuchung eines mörderischen Krieges mit der Zeit wieder zum Sichverstehen und Sichvertragen zurückgeführt werden können.

Eben das Festhalten an dieser Überzeugung ließ Bismarck geradezu ergrimmen, als sein italienischer Bundesgenosse ihm mit seinen leichtfertigen Vorschlägen die Kreise zu stören suchte. Er verwarf sie nicht nur, weil die leiseste Ingerenz Deutschlands in der Marokkofrage eine starke

Verstimmung Frankreichs hervorrufen würde. "Ich gehe noch weiter," - so formulierte er seine Politik in immer neuer Fassung - "die Wahrnehmung, daß Deutschland nicht nur Metz und Straßburg behalten will, sondern den Franzosen die Möglichkeit mißgönnt, in überseeischen Erfolgen eine Entschädigung für die Rheingrenze zu suchen, die Wahrnehmung, daß Frankreich auf **allen** seinen Wegen Deutschland als Gegner findet, würde die Parteien der Revanche, den Nationalhaß der Franzosen und ihre Energie uns gegenüber wesentlich kräftigen und den Ausbruch des neuen französischen Krieges beschleunigen".[9]

Die andern Mächte, Petersburg und London voran, hatten die Sorge Bismarcks vor dem französischen Angriff jederzeit als den sichersten unveränderlichen Posten in ihre politischen Berechnungen eingesetzt. Der große Realist selbst wird auch gegenüber dieser Gefahr, die dauernd auf seiner Schöpfung lastet, nicht von der Leidenschaft mitgerissen, er erkennt sogar die innere Berechtigung dieses nationalen Lebenswillens so vorbehaltlos an, wie er einst in den sechziger Jahren die innere Berechtigung der deutschen Politik Österreichs aus ihren eingeborenen Lebensbedürfnissen zu würdigen vermocht hatte.

Diese grundsätzliche Stellungnahme wird auch durch das Verhältnis Bismarcks zu der englischen Politik unter dem Ministerium Gladstone-Granville, zumal seit der englischen Festsetzung in Ägypten, nicht verändert. Er stand dem Haupte dieses Ministeriums politisch fremd und kühl gegenüber. Es ist nicht bekannt, daß er Gladstones Meinung, der in dem Kanzler ein Stück vom leibhaftigen Bösen erblickte, mit derselben gläubigen Überheblichkeit erwiderte; er begnügte sich, in ihm einen Reichsverminderer und Staatsverderber vom englischen Standpunkt aus zu sehen. Von diesen Werturteilen abgesehen: daß es sich bei den beiden Staatsmännern um zwei politische Antipoden handelt, bedarf keines Nachweises. Aber da Gladstone sich von den auswärtigen Geschäften durchweg fernhielt, kam es mehr auf Lord Granville an, der, wie wir sahen, Bismarck in der Haltung eines für jeden Rat in der großen Politik dankbaren Kollegen gegenübertrat.

Dieses lose Verhältnis trat in ein anderes Stadium, als der Ausbruch der ägyptischen Unruhen im Juni 1882 dazu führte, daß die Westmächte auf diesem alten Schauplatze englisch-französischer Zusammenarbeit und Rivalität einen getrennten Weg einschlugen. Während man in London bald zur Einmischung neigte, faßte man in Paris den folgenreichen Entschluß, sich aus dem ägyptischen Handel möglichst herauszuhalten, und zwar aus Gründen der Gesamtpolitik. Die Worte, die Clemenceau damals den Franzosen zurief, daß in dem von Soldaten wimmelnden Europa alle Mächte ihre Freiheit sich vorbehielten: "behalten Sie sich die Freiheit des Handelns vor", gaben den Ausschlag. Die maßgebenden französischen Staatsmänner sahen in jeder Verwendung französischer Truppen am Nil eine Entblößung der Front an den Vogesen. Infolgedessen schied Frankreich, in dem geheimen Bewußtsein seiner am Ende aller Dinge gegen Deutschland gerichteten Politik, als handelnde Macht auf dem Schauplatze der ägyptischen Rivalitäten aus, auf dem es hätte stark bleiben müssen, und begnügte sich fortan mit dem Versuch, auf diplomatisch-europäischem Wege der jetzt allein vorgehenden Festsetzung Englands in den Weg zu treten. Jedenfalls war durch die Ereignisse des Sommers 1882, das Bombardement von Alexandria und die Landung der englischen Truppen am 19. August eine Machtfrage von unabsehbarer Tragweite eröffnet. Im Kern dieser Machtfrage stand die alte, jetzt wieder ausbrechende Rivalität der beiden Westmächte, die seit 1871 immer auf vertraute Fühlung untereinander gehalten hatten: dadurch sah auch die deutsche Politik sich ganz neuen Möglichkeiten gegenüber.

Die Engländer gingen auf dem Wege ihrer Ägyptenpolitik nur zögernd vor, ob sie nun von einer rein machtpolitischen Erwägung ihres Interesses oder - um es mit den Worten Lord Cromers auszudrücken - von dem Gefühl der Verantwortlichkeit vorgetrieben wurden, das ihnen ihre Geschichte und ihre Stellung in der Welt zugewiesen habe.[10] Sie waren sich von vornherein bewußt, daß sie in dem Fortgang eines so weitausschauenden Unternehmens die Vorteile ihrer insularen Lage einbüßen mußten, und, indem sie sich von der französischen Freundschaft trennten, auch ihre

Stellung unter den europäischen Mächten gefährdeten. So waren sie denn von der Stunde ihres Eintritts in die Aktion an auf das Höchste begierig zu erfahren, wie Bismarck sich zu ihrer Unternehmung stellen würde. Dieser aber, der seit Mitte Juni 1882 seinen Sohn Herbert, gleichsam als einen persönlichen Vertreter für einen vertraulichen Meinungsaustausch, der Botschaft in London beigeordnet hatte, hielt zunächst zurück. Er hatte zwar von jeher eine Berücksichtigung der englischen Interessen in Ägypten gewünscht, aber immer wieder die Erfahrung gemacht, daß man in London so mißtrauisch war, in jeder Ermunterung nur ein berechnetes Mittel zu vermuten, die englische Politik mit Frankreich zu verhetzen. Jetzt freilich war durch den unerwarteten Lauf der Dinge, infolge des Ausscheidens der Franzosen, die Sache dahin gediehen, daß die Engländer ihrerseits ohne eine sichere Kenntnis der von Bismarck zu erwartenden Haltung ungern vorgehen wollten. Unmittelbar, nachdem der erste Versuch einer Konferenz ergebnislos verlaufen war und die englischen Truppen in Ägypten gelandet waren, wandte sich die englische Regierung auf einem naheliegenden diplomatischem Umwege vertraulich an den deutschen Reichskanzler. Auf Veranlassung seines Schwagers, des Prinzen von Wales, eröffnete Kronprinz Friedrich Wilhelm dem Kanzler am 4. September 1882 den Wunsch der englischen Staatsmänner ohne Unterschied der Parteistellung, "ein engeres und vertrauteres Verhältnis zu Deutschland zu finden"; er habe den Eindruck, daß man dem deutsch-österreichischen Bündnis im Sinne gemeinsamen Zusammenstehens gegen jede Gefahr, welche dem Frieden drohe, eine weitgehende Ausdehnung zu geben wünsche.

Eine in der Form unverbindliche Bündnissondierung, die aber im Keime mit den ganzen Konsequenzen der englischen Ägyptenpolitik belastet war! Es liegt auf der Hand, daß Bismarck in seiner Antwort an den Kronprinzen vom 7. September - die zugleich für London geschrieben war und sich daher auch in den Akten des *Foreign Office* wiederfindet - eine so weitgehende Anfrage etwas zu überhören für gut hielt.[11] Der Ausgangspunkt seiner Antwort war ein europäisches Situationsbild: "Bei dem Mangel direkter deutscher Interessen an der Gestaltung der Zukunft Ägyptens, bei der Gewißheit, mit der wir Frankreich, und der Wahrscheinlichkeit, mit der wir Rußland unter Umständen zu Gegnern haben werden, habe ich bei Seiner Majestät die Notwendigkeit vertreten, unabhängig von den jeweiligen englischen Regierungen und ihrer mitunter wunderlichen Politik, mit der englischen Nation und der öffentlichen Meinung derselben jeden Konflikt zu vermeiden, der das englische Nationalgefühl gegen uns verstimmen könnte, ohne daß wir durch überwiegende deutsche Interessen dazu gezwungen würden." Er ging noch weiter: selbst dann, wenn der Ehrgeiz einer englischen Regierung die Grenzen einer besonnenen Politik überschritte, würden wir keinen Beruf haben, uns darüber anderen Mächten zuliebe mit England zu erzürnen. Danach habe man bis jetzt verfahren, immer in den Grenzen der Zurückhaltung verharrend, um nicht dem Verdacht Vorschub zu leisten, daß man England und Frankreich miteinander zu entzweien beabsichtige. Er schloß dann mit einigen Bemerkungen, die auf die Bündnissondierung deutlicher Bezug nahmen: "die größte Schwierigkeit, unserer Beziehung und Neigung für England **praktischen** Ausdruck zu geben, liegt in der Unmöglichkeit jeder vertraulichen Besprechung wegen der Indiskretionen der Minister dem Parlament gegenüber, und in dem Mangel an Sicherheit eines Bündnisses, für welches in England nicht die Krone, sondern nur eines der wechselnden Kabinette haftbar bleiben würde." Gegen diese Erinnerung an den Umschwung im April 1880 konnte das liberale Kabinett keine Einwände erheben. Unmittelbar darauf sprach Bismarck durch seinen Sohn Herbert sich dem Leiter der englischen Außenpolitik noch offener darüber aus, was er selbst in der ägyptischen Politik für richtig hielte: er würde als englischer Minister nicht auf direkte Besitznahme Ägyptens unter englischer Souveränität hinarbeiten, sondern auf den vorwiegenden Einfluß in ägyptischen Angelegenheiten auf Grund einer Verständigung mit dem Sultan, wie es englischer Tradition entspräche. Wenn man die Annexion vorziehe, so würde von Deutschland kein Einspruch erfolgen, da die dauerhafte Freundschaft des britischen Reiches für die deutsche Politik wichtiger sei als das Schicksal Ägyptens; er wolle keinen Rat geben, aber er sehe voraus, daß die Annexion große Schwierigkeiten mit Frankreich, Rußland und dem Islam nach sich ziehen werde; sie würde zumal zwischen England und Frankreich viel

Übelwollen zurücklassen und Gefahren für die Zukunft in sich schließen.[12]

So sehen wir die seit dem Jahre 1876 eingeschlagene Linie der Politik Bismarcks sich auch in dieser Stellungnahme fortsetzen: eigene Uninteressiertheit, mit dem Ziel, Befriedigung und Beschäftigung in den anderen Lagern hervorzurufen. Aber es wird die Frage sein, ob diese Grundlage der wunschlosen Saturiertheit des eigenen Landes, deren Vertretung der deutschen Politik zu ihrer innerlich und äußerlich überlegenen Stellung gegenüber den andern verholfen hat, sich auf die Dauer innehalten ließ: ob sie nicht eines Tages verlassen werden mußte, weil dieselben machtpolitischen Kräfte, die sie sonst überall in der Welt, in Tunis, in Ägypten hatte entbinden helfen, auch auf deutschem Boden das Bedürfnis verrieten, sich an das Licht zu drängen.

An den binnenländischen Staat des deutschen Reiches von 1870/71 und an seine ganz überwiegend binnenländisch gerichtete Bevölkerung tritt jetzt die Schicksalsfrage heran, mit ihren Machtmitteln auch über See zu gehen und eine neue Lebenssphäre zu gewinnen, nicht nur für den Einzelnen, sondern für die nationale Gemeinschaft. Eine solche Wendung konnte nur in einer vorbereiteten günstigen Weltgelegenheit vollzogen werden.

Der soziale Aufbau und die wirtschaftliche Lage der deutschen Bevölkerung unterlag seit der Reichsgründung einer fundamentalen Lebenstatsache: der stetigen Einwirkung einer noch sehr hohen Geburtenziffer und eines regelmäßig wachsenden Geburtenüberschusses. So war die Einwohnerzahl von 40,8 Millionen im Jahre 1870 auf 45,1 Millionen im Jahre 1880 gestiegen und wuchs im gleichen Verhältnis weiter auf 49,2 Millionen im Jahre 1890. Dieses Fünftel aber, um das die Bevölkerung sich in diesen beiden Jahrzehnten vermehrt hatte, mußte irgendwo von dem Wirtschaftskörper der Nation aufgenommen und ernährt, irgendwie in die sich verändernde soziale Struktur des Bevölkerungsaufbaus eingefügt werden. Daß bereits eine immer stärker zunehmende soziale Verschiebung von der ländlich-agrarischen zu der städtisch-gewerblich-industriellen Seite eingesetzt hatte, machten die Ergebnisse der ersten Berufszählung von 1882 zum ersten Male allgemein erkennbar. Aber auch dieser Umschwung reichte nicht aus, um dem Jahr für Jahr immer stärker anschwellenden Zuwachs Nahrung und Unterhalt zu gewähren. So begann denn die überseeische Auswanderung, vor allem durch die weiten Ebenen des Farmerlandes im mittleren Westen der **Vereinigten Staaten** verlockt, einen immer größeren Bruchteil der Bevölkerungszunahme an sich zu ziehen. In dem einzigen Jahrfünft von 1881 bis 1885 stieg die überseeische Auswanderung auf 857 287 Köpfe - davon allein nach Nordamerika auf 797 019 -, die Zahlen gingen noch etwas über die Auswanderungsziffern des Jahrfünfts von 1851 bis 1855 hinaus. Damals hatte man die Enttäuschungen der Revolution und den Zwang der Reaktion dafür verantwortlich gemacht, daß in wenigen Jahren dreiviertel Millionen ihrem uneinigen und unfertigen Vaterlande den Rücken kehrten - sollte das wiederhergestellte Reich, der einige und mächtige Nationalstaat, seinen Söhnen auch nicht mehr Lebensmöglichkeiten in der Heimat geben können? Wenn in dem einen Jahre 1881 - in einem Augenblicke, wo dieses deutsche Reich nach allgemeinem Urteil auf der Höhe seiner Macht angelangt war - nicht weniger als 220 902 Menschen den deutschen Boden verließen, dann war das allein die Hälfte eines Jahreszuwachses und bedeutete für die Gesamtsumme der werktätigen Bevölkerung sogar eine Verminderung. Wie man sich auch zu dem Auswandern stellte - und Bismarck selbst konnte eine Abneigung gegen den das Land seiner Väter untreu verlassenden Landflüchtling niemals ganz überwinden, er beschäftigte sich kaum mit dem schwierigen Problem, wie die entfremdeten nationalen Werte doch noch dem Vaterlande wieder nutzbar gemacht werden könnten -, die eine Tatsache ließ sich nicht aus der Welt schaffen: die Einbuße an Blut und Leben, an wirtschaftlichen Energien, an verheißungsvoller Zukunft war ein national-politisches Problem erster Ordnung, das den Staat, der verlassen wurde, und seine Machthaber vor eine sehr ernste Frage stellte. Mochten die wirtschaftlichen Parteien sich darüber streiten, ob diese hohe Auswanderungszahl den Nachwehen der Freihandelszeit zuzuschreiben sei oder vielmehr die Antwort auf den Übergang zur Schutzzollära darstelle, schwerer wog die weitere Frage, ob nicht entweder neue wirtschaftliche Möglichkeiten im Vaterlande erschlossen werden

konnten, oder sonst in der Welt noch "herrenlose" und offene koloniale Gebiete zu finden waren, damit der Auswanderer nicht unweigerlich verurteilt war, den politischen und nationalen Zusammenhang mit dem Staate und Volk seiner Geburt zu verlieren.

Sobald man sich nur diesem Gedanken näherte, eröffnete sich ein großer geschichtlicher Zusammenhang, die Zeit der verpaßten Gelegenheiten, die Jahrhunderte, in denen der einst meergewohnte Deutsche sich binnenländisch in seiner engen und gespaltenen Territorialwelt verkapselt hatte, während die andern Völker die Welt untereinander verteilten. Wohl hatten zu Beginn der Kolonialperiode in den Unternehmungen der Welser und Fugger die Gestalten der Hutten, Hohermuth und Federmann unter den verwegenen Konquistadoren Venezuelas gestanden, dann aber folgten die langen Zeiten, in denen der Deutsche nur als dienendes Glied an der kolonisatorischen Erschließung der Erde seinen Anteil nahm, und jene Frankfurter und Krefelder Teutsche Kompagnie, die unter Führung von Franz Daniel Pastorius in die Siedlung William Penns hinüberging und den Grundstein von Germantown legte, war zum Vorläufer von vielen Hunderttausenden geworden. Schon Goethe hatte den Strom dieses Völkerschicksals als den würdigen Gegenstand einer großen Epopöe erkannt, und dann erst, nach ihm, waren die Millionen der Auswanderer nachgefolgt; derselbe deutsche Bauer, der im 18. Jahrhundert in den Wolganiederungen und in der ungarischen Pußta festen Fuß gefaßt hatte, war hundert Jahre später zu den Massen eines wandernden Volkes angewachsen, das nach Wisconsin, Illinois und Iowa hinüberging.

So war denn wohl der Gedanke aufgetaucht, im Augenblick der Reichsgründung schon, den Friedensschluß mit Frankreich zu kolonialen Erwerbungen zu benutzen, und statt der Annexionen am Rhein an Cochinchina oder Martinique zu denken. Bismarck lehnte das ab, und er blieb bei seiner Ablehnung auch später lange Zeit gegenüber allen Vorschlägen, die von Patrioten, Kaufleuten und Projektenmachern an ihn herangebracht wurden. Es käme ihm vor, so antwortete er wohl, wie bei den polnischen Adelsfamilien, wo man einen seidenen Zobelpelz, aber kein Hemd habe - er sah in solchen Plänen eine verfrühte und darum falsche Machtbetätigung. Wenn er dem englischen Botschafter gegenüber im Jahre 1873 sich gegen Kolonien aussprach, die eine Grundlage der Schwäche seien, weil sie nur durch mächtige Flotten verteidigt werden könnten,[13] so erkennt man, daß sein machtpolitischer Realismus ihn vor Abenteuern warnte, hinter die das Deutsche Reich noch nicht eine starke Hand zu setzen imstande war. Wer die ganze Arbeit überblickt, die ihm bis in die achtziger Jahre hinein in dem inneren Ausbau und der äußeren Sicherung des Reiches oblag, wird das innere Widerstreben begreifen, den werdenden Staat mit überseeischen Aufgaben zu belasten, für deren Lösung ihm noch alle wesentlichen Vorbedingungen fehlten.

Bei dieser Abneigung gegen Kolonien verharrte der Kanzler auch dann, als die koloniale Erschließung Afrikas, mitbeflügelt durch das Übergreifen der europäischen Mächte in die nordafrikanischen Gebiete des Osmanenreiches, begann, als **die kühnen Entdecker Afrikas** die Kunde von nie gesehenen Welten brachten, und der ebenso geschäftsgewandte wie phantasiebegabte König Leopold von Belgien den Amerikaner Stanley mit der Erschließung Afrikas im Bereich des Kongoflusses beauftragte: als plötzlich ein allgemeines Wettlaufen der Völker einsetzte.

Über die Völker kam das Gefühl, daß der letzte Kampf um die Teilung der Erde beginne, und daß, wer jetzt zurückbleibe, sich selber für immer ausschließe. Eine auf Veranlassung von Adolf Woermann verfaßte Denkschrift der Hamburger Handelskammer vom 6. Juli 1883 suchte das Gebot der Stunde in einem größeren geschichtlichen Zusammenhange auszulegen: "Das energische Vorgehen der Franzosen und Portugiesen an der Westküste Afrikas zeige, daß, wenn Deutschland nicht für immer auf den Besitz von Kolonien daselbst verzichten wolle, jetzt gewissermaßen der letzte Augenblick sei, um solche zu erwerben. Wolle Deutschland dauernd einen größeren praktischen Vorteil aus Afrika ziehen - worauf es gewiß berechtigten Anspruch habe..., so müsse es

jetzt und zwar rasch vorgehen. Daß aber Deutschlands Handel und der Absatz deutscher Industrieprodukte in einer eigenen Kolonie sich schneller und günstiger entwickeln werde, als unter fremder Herrschaft, ergebe sich aus den dargelegten Verhältnissen."[14] Gewiß trat bei den kolonialen Plänen der Kaufleute das Siedlungsmotiv der weißen Niederlassung stark hinter dem Handelsmotiv in tropischen Besitzungen zurück, aber die öffentliche Meinung, hingerissen von dem kolonialen Gedanken, fragte nicht nach dem Wie, sondern wollte das Ziel überhaupt.

Das koloniale Interesse wurde in Deutschland zunächst nur in kleinen Kreisen lebendig: der geographischen Forschung, des hanseatischen Handelsinteresses, der christlichen Mission, der volkswirtschaftlichen Erwägung: darüber hinaus trug es lange Zeit einen fast akademischen Zug. Man könnte sagen: wie der politischen Nationalbewegung der Deutschen die Denker und Dichter mit ihren Mahnrufen vorangingen, so der deutschen Kolonialbewegung ein schwungvolles Vereinstreiben von Männern, die durchweg keinen Atemzug kolonialer Luft in sich aufgenommen hatten. Nicht der koloniale Praktiker war die Regel, der auf eigene Faust hinausgezogen war und dann für sein und der Seinen Werk den Schutz der Macht von seinem Vaterlande erbat - dieser Typus konnte am ehesten das Ohr des politischen Praktikers Bismarck finden -, sondern häufiger fast war der koloniale Theoretiker, der Kolonialschwärmer, der aus wirtschaftlichen Berechnungen oder aus nationalen Erziehungsbedürfnissen die Notwendigkeit kolonialer Betätigung erwies und seinem Volke die Lehre verkündigte, daß es, ob es wolle oder nicht, Kolonien erwerben müsse. Damit begann der Zusammenschluß auch politischer Kreise, die den in Europa brachliegenden und gebundenen nationalen Kräften eine Betätigung, der Nation ein neues Erlebnis wünschten.

So vollzog sich im Laufe des Jahres 1882 **die Bildung des "Deutschen Kolonialvereins" unter dem Vorsitz des Fürsten Hohenlohe-Langenburg**, um einen Mittelpunkt für die vielfachen getrennten Bestrebungen zu schaffen und das "koloniale Gewissen" Deutschlands zu wecken. An seine noch rein theoretische Propaganda schlossen sich Agitationen an, die selber von den Worten zur Tat übergehen wollten, wie die von dem Grafen Behr-Bandelin und **Carl Peters** im März 1884 gegründete "Gesellschaft für deutsche Kolonisation". In ihrem Aufruf hieß es schon aktivistischer: "Jeder Deutsche, dem ein Herz für die Größe und die Ehre unserer Nation schlägt, ist aufgefordert, unserer Gesellschaft beizutreten; es gilt das Versäumnis von Jahrhunderten gutzumachen, der Welt zu beweisen, daß das deutsche Volk mit der alten Reichsherrlichkeit auch den alten deutsch-nationalen Geist der Väter überkommen hat."

Daß es zu einer solchen Entwicklung kommen müsse, war tief begründet. Weitblickende Engländer hatten sie längst vorausgesehen. Schon im Jahre 1874 wollte der englische Diplomat Lord Lytton sich nicht mit der These von der grundsätzlichen Kolonialgegnerschaft Bismarcks zufrieden geben. Tiefer in die Psychologie der Völker und das Wesen der Macht eindringend, faßte er seine Anschauung in den Sätzen zusammen: "Es scheint mir ein völlig natürlicher und ganz unvermeidlicher Ehrgeiz seitens einer Macht, die so stark ist wie Deutschland, nicht länger als nötig ein binnenländischer Staat zu bleiben, sondern zur See zu gehen und seine Seeküsten nach allen Richtungen hin auszudehnen. Gibt es in der Geschichte irgendeinen Fall eines binnenländischen Staates, der plötzlich die militärische Vorherrschaft von Europa gewinnt, ohne sich mittels seiner militärischen Stärke und seines Ansehens zu bemühen, eine Seemacht zu werden? Aber man kann nicht eine Seemacht sein ohne Kolonien... Es scheint jedenfalls jetzt eine ziemlich allgemeine Stimmung durch Europa und selbst Amerika zu gehen, daß eine Politik der maritimen und kolonialen Entwicklung das natürliche Ergebnis von Deutschlands gegenwärtiger Position sein muß, und solche Instinkte pflegen untrüglich zu sein".[15]

Besser läßt sich nicht ausdrücken, was unausgesprochen dem dunklen Drange zugrunde lag, der im Laufe der Jahre immer weitere Kreise erfaßte und seit dem Frühjahr 1884 auch im Willen Bismarcks eine feste Stelle eroberte. Man könnte eher die Frage auswerfen, aus welchen Gründen es so spät geschehen, als warum es überhaupt geschehen sei. Aber es erscheint bezeichnend für das

hohe Maß von Umsicht und Vorsicht, mit dem Bismarck zu operieren pflegte, daß es seiner Politik so lange widerstrebte, von dem gefahrenreichen, aber immerhin übersehbaren Boden und Interessenkreise Europas hinüberzutreten in eine seiner lebendigen Anschauung fremde Welt, in der die wirtschaftlichen Werte in dem gleichen Dunkel lagen wie die politischen Rechtstitel, während schon die Möglichkeit des Zugangs und der Behauptung zugleich eine Frage der Seemacht und jedenfalls eine Kompilierung der kontinentalen Außenpolitik war. Schon auf dem Schauplatze, auf dem er zunächst genötigt wurde, aus dem Kreise seiner Macht herauszutreten und sich für bedrohte hanseatische Handelsinteressen in der Südsee einzusetzen, mußte er die ihm nicht wünschenswerte Erfahrung machen, daß eine wirkliche Machtausübung im Konfliktsfalle an viele und von ihm nicht beherrschte Vorbedingungen geknüpft war.

Es ist nicht genau zu sagen, wann Bismarck den Standpunkt seiner Ablehnung deutscher Kolonialpolitik verlassen hat; von einer Bekehrung und bewußten Wendung wird überhaupt nicht die Rede sein können; eine Summe von Erfahrungen und äußeren Anstößen mußte sich mit der Gunst der Stunde vereinen, da ihm der erste entschlossene Schritt vorwärts in dieser Richtung angezeigt erschien. Wenn Lord Odo Russell (aus Anlaß der Fidji-Kommission) noch am 15. März 1884 darauf zurückkam, es sei wohlbekannt, daß der Fürst dem feurigen Begehren der deutschen Handelskreise nach Erwerbung von Kolonien vollkommen entgegengesetzt und entschlossen sei, ihren wachsenden Einfluß zu bekämpfen,[16] so formulierte er seinen Glaubenssatz in einem Augenblick, da Bismarck sich bereits den neuen Horizonten seiner Außenpolitik zuwandte. Der Engländer hatte im Mai 1878, nach dem Untergang eines großen deutschen Kriegsschiffes, die Prophezeiung gewagt, daß dieses Mißgeschick die eingeborene deutsche Abneigung gegen den seemännischen Beruf verstärken und die Admiralität von weiterem Panzerschiffbau abhalten würde; es ist dieselbe optimistische Selbsttäuschung, die man bei James Bryce beobachtet, wenn er die eingeborene Abneigung der Amerikaner gegen Flottenbau und Außenpolitik als eine Art von Lebensgesetz mit Befriedigung feststellt. Und allerdings hat die englische Regierung unter dem Einfluß ihres Berliner Vertreters sich viel zu lange dem Glauben hingegeben, daß es Bismarck gar nicht ernst mit seinen plötzlich auftauchenden kolonialen Liebhabereien sei und daß irgend etwas anderes dahinter stecken müsse.

Wenn man nach den Motiven für den Eintritt Bismarcks in die Kolonialpolitik sucht, darf nicht übersehen werden, daß für diese Wendung noch eine Erklärung angeführt wird, die sogar in das Bismarcksche Lager selbst zurückweist. Der Botschafter von Schweinitz will im März 1890, nach dem Sturze Bismarcks, von dem Grafen Herbert gehört haben: man habe in diesen Jahren mit einer langen Regierung des Kronprinzen rechnen müssen, während der ein englischer Einfluß hätte dominieren können, welcher die deutsche Politik für das eigene Interesse mißbrauchen würde; um diesem vorzubeugen, habe die Kolonialpolitik eingeleitet werden müssen, welche volkstümlich sei und jeden Augenblick Konflikte mit England herbeiführen könne.[17] Daß ein Unterton solchen Kalküls gelegentlich einmal in die Erwägungen Bismarcks hineingespielt haben mag, könnte schon zugestanden werden. Daß es sich aber mit diesem Hintergedanken um das entscheidende und primäre Motiv gehandelt haben sollte, in dem ein unbändiger Herrscherwille, um sich nach innen und außen zugleich zu behaupten, mit kühlem Machiavellismus das Mittel der Kolonialpolitik aufgreift, kann nur derjenige glauben, der weder von den Voraussetzungen der Großmachtspolitik Bismarcks, noch von seinem sehr allmählichen Hineingleiten in koloniale Unternehmungen eine Vorstellung hat. Wer die etwas zynische Kraftäußerung Herbert Bismarcks auf die Goldwaage legt, kann schwer erklären, weshalb der Fürst dann so lange grundsätzlich einer Kolonialpolitik widerstrebte, die ihm so wertvolle unterirdische Dienste leisten konnte. Schließlich aber darf die entscheidende Tatsache nicht außer acht gelassen werden, daß es sich ursprünglich gar nicht voraussehen ließ, daß der Eintritt des Deutschen Reiches in die Kolonialpolitik überhaupt mit ernsten Konflikten mit England verbunden sein würde.

Statt dessen muß man sich vergegenwärtigen, daß in dem Augenblicke, wo die ersten kolonialen

Schritte getan werden, das Reich zwei Unternehmungen in die Hand nahm, die es auch als Macht zur See kennzeichneten. Schon in den Verhandlungen über den Beitritt von Hamburg und Bremen zum Zollverein hatte der Bau des Nordostseekanals eine gewisse Rolle gespielt. Die Pläne hatten sich zu großen Projekten verdichtet: im Winter 1883/84 und im Frühjahr 1884 wurden die entscheidenden Entschlüsse gefaßt. Dazu gesellte sich ein zweites Unternehmen, der Plan einer vom Reiche zu übernehmenden Subventionierung von Postdampferlinien nach Afrika und der Südsee, ursprünglich aus dem Ressortbedürfnis der Reichspostverwaltung hervorgegangen, aber dann aus allgemeinen weltpolitischen Erwägungen aufgegriffen. Von zwei verschiedenen Seiten her traten an Bismarck Unternehmungen heran, in die der Seewind hineinblies und in denen die weite Welt das Ziel war. Unter diesem Auftrieb konnten auch koloniale Pläne, wenn sie gleichsam als neue geschäftliche Aufgabe an das Auswärtige Amt gelangten, einer anderen Behandlung und eines tieferen Verständnisses gewärtig sein. Die Möglichkeit eines neuen Horizontes begann sich zu enthüllen.

Die Beziehungen der deutschen und englischen Politik waren bisher diejenigen zweier Großmächte gewesen, deren Interessenbereiche sich unmittelbar gar nicht berührten. Erst seit Beginn der deutschen kolonialen Bemühungen begannen die beiden Kreise einander zu schneiden. Wenn die erste Episode dieser Auseinandersetzung einen nichts weniger als glatten Verlauf nahm, sondern durch eine Reihe von Spannungen, von Mißverständnissen und Vorwürfen auf beiden Seiten gestört wurde, so hat daran die in der Sache nicht begründete und auf den ersten Blick kaum erklärbare Art der englischen Geschäftsführung einen ganz überwiegenden Anteil gehabt. Der Grundfehler der englischen Politik im Anfang war, daß sie an den Ernst der kolonialen Pläne Bismarcks nicht glauben wollte, sondern sich durch ihren Berliner Botschafter bis in den Mai 1884 in der Meinung erhalten ließ, daß er eigentlich ein heftiger Gegner der Kolonialpolitik sei, der nur durch chauvinistische Schlagworte genötigt werde, wider bessere Meinung der Kolonialmanie nachzugeben, um dann allerdings eine unausgebeutete Mine der Popularität in ihr zu entdecken. Ein weiteres schweres Hindernis der geschäftlichen Verständigung war das unverbundene Nebeneinander des englischen Auswärtigen Amtes und des englischen Kolonialamtes. Dieses stand unter dem Einfluß eines kolonialen Chauvinismus, der sowohl in Südafrika als auch in Australien keine deutsche Nachbarschaft in Gebieten wünschte, die man zwar noch nicht rechtsgültig und tatsächlich besetzt hatte, aber mit der naiven Selbstverständlichkeit der alten Kolonialmacht als der künftigen Okkupation verfallen ansah. Der eigentliche Kampf wurde von deutscher Seite weniger ausgefochten mit der Leitung der Außenpolitik, die nichts weniger als imperialistisch, eher noch in der liberalen Doktrin kolonialer Enthaltsamkeit befangen war, als mit dem robusten Nationalismus der Kolonialengländer, die von Kapstadt aus, wie Bismarck bald erkannte, eine afrikanische Monroedoktrin, und bald darauf von Sidney und Melbourne aus eine australische Monroedoktrin zu verkünden sich anmaßten. Diese Gesinnungen wurden nicht nur im Kolonialamt gepflegt, sondern griffen auch auf die Londoner Presse derartig über, daß es bald aus dem Walde der deutschen Presse ebenso laut zurückschallte. Außenamt und Kolonialamt schoben sich wechselseitig die Kompetenzen zu, bis Bismarck die doppelte Buchführung mit getrennten Konten nachdrücklich ablehnte. Dabei verkannte man in London viel zu lange, daß diese Fragen nicht von der Kolonialperspektive aus, sondern nur im Rahmen der allgemeinen Großmachtspolitik und der englischen Weltinteressen entschieden werden konnten. Der Mangel an jeder politischen Einstellung größeren Stils machte die unklare und schleppende Geschäftsführung Lord Granvilles für Bismarck fast unverständlich; daß sie über alle Maßen ungeschickt gewesen sei, wird von angesehenen liberalen Kabinettsmitgliedern übereinstimmend zugestanden.[18] So geschah es, daß es immer wieder zu Ärgernissen kam, die mit dem sachlichen Gewicht des Gegenstandes nicht verbunden, sondern durchaus zu vermeiden waren, auch von Bismarck kaum in diesem Umfange hatten vorausgesehen werden können.

Schon das erste Vorspiel stand nicht unter einem glücklichen Stern. Am 1. Mai und dann am 25. August 1883 hatte ein Agent des Bremer Tabakkaufmanns **F. A. E. Lüderitz**, der schon in den

früheren kolonialen Bestrebungen sich mehrfach bemerkbar gemacht hatte, von einem Häuptlinge in **Angra Pequeña in Südwestafrika** ein zunächst kleines, später durch gleichartige Verträge wesentlich vergrößertes Gebiet auf die übliche Weise gekauft. Bereits vorher hatte die Reichsregierung angesichts der undurchsichtigen Rechtslage in London vorsichtig sondiert, ob England in diesen Gegenden Schutz gewähren könne, aber die ausweichende Antwort erhalten, ohne genaue Angaben sei eine Entscheidung nicht möglich: man mochte daraus entnehmen, daß die Engländer einen eindeutigen Rechtsanspruch nicht besaßen. Nach geschlossenem Kaufe ließ die Reichsregierung am 10. September 1883 mündlich und nichtamtlich, dann von neuem am 12. November formell anfragen, ob England für die bezeichneten Gebiete die Suzeränität beanspruche oder nicht. Die Antwort besagte nunmehr, die Suzeränität werde nicht längs der ganzen Küste, sondern nur an bestimmten Punkten - wie der Walfischbai und den "Inseln" (!) von Angra Pequeña - beansprucht, man sei aber der Ansicht, daß irgendwelche Souveränitäts- oder Jurisdiktionsansprüche einer fremden Macht auf jenes Gebiet in die eigenen legitimen Rechte eingreifen würden. Eine eigene territoriale Besitzergreifung hielt man in London - wegen des angenommenen geringen Wertes des Objektes - für noch nicht angezeigt, wohl aber behielt man sie sich mit einer Formel, die einer afrikanischen Monroedoktrin gleichkam, für später vor. Darauf wurde Bismarck deutlicher. Er stellte in einer Note vom 31. Dezember 1883 die amtliche Anfrage in London, auf welche Rechtstitel sich der von ihm bezweifelte Anspruch Großbritanniens gründe und welche Einrichtungen es dort besitze, um den Rechtsschutz, den Deutschland seinen kolonisierenden Untertanen schulde, seinerseits entbehrlich zu machen; er berief sich dabei auf frühere Fälle, in denen man übereingekommen sei, daß nur effektive Okkupation und faktisch ausgeübte Souveränität einen Anspruch auf Anerkennung begründeten. Die Absicht Bismarcks, der mit der Note auch eine Erneuerung schwebender Reklamationen in einer Streitfrage in Fidji verband, war unverkennbar, auf diese Fragen eine formelle Anerkennung zu erhalten, daß der Landstreifen im europäischen Sinne *res nullius* sei, eine positive Erklärung, daß England bis zu diesem Augenblick keinen Anspruch oder kein Anrecht dort habe. Die englischen Staatsmänner aber, die in der Vorstellung von einer ihnen zustehenden Einflußsphäre und in der Abneigung gegen unerwünschte Nachbarschaft lebten, hörten nur den Wunsch nach effektivem Schutz für deutsche Kolonisten in diesen unbekannten Gegenden heraus, praktisch also die Frage, ob England noch mehr als die Walfischbai dort zu annektieren wünsche. So traten sie einstweilen in gemächliche Verhandlungen mit der Kapregierung und legten ihr unter der Hand nahe, ob man nicht die Kontrolle über Angra Pequeña übernehmen wolle, da man sonst den deutschen Ansprüchen nicht widersprechen könne. Auf diese Weise sollte es bis in den Mai 1884 dauern, daß eine Antwort von Kapstadt erging. So wurde von englisch-kapländischer Seite die Verhandlung in ihrem Anfangsstadium in einer Weise hingezogen, die der selbstherrlichen Tradition der alten Kolonialmacht nicht fremd war, aber sich im Ernstfalle gegen den Vorwurf einer zweideutigen und berechneten Verschleppung schwer verteidigen ließ.

Aber in diesen Monaten verschob sich die Stellung der Gestirne am politischen Himmel. Die afrikanische Kolonisationsfrage als Ganzes wurde plötzlich dadurch in den Vordergrund gerückt, daß am 13. März 1884 Frankreich gegen den anglo-portugiesischen Vertrag Protest einlegte, durch dessen Bestimmungen das Unternehmen König Leopolds von Belgien im Kongogebiet praktisch lahmgelegt und statt dessen das Englischwerden Afrikas gesichert zu werden drohte. Auch wenn diese weiteren Perspektiven damals noch im Dunkeln lagen, so überwog doch der Eindruck, daß es sich in diesen Zukunftsfragen um Entscheidungen von großer Tragweite handele. Für die deutsche Reichsregierung erhob sich nicht nur die Frage, ob sie sich an dem französischen Proteste beteiligen solle, sondern für den Fall, daß sie hier aus ihrer Zurückhaltung heraustrat, ob sie dann nicht recht daran täte, selber in die afrikanische Arena mit einem eigenen Kampfziele hinabzusteigen. Sie entschloß sich im Laufe des Monats April, gegenüber der englischen Verschleppung auf eigene Faust vorzugehen.

Ein Vorspiel, vielleicht bestimmt, die allgemeine Atmosphäre zu klären, war eine nach London

gerichtete Note vom 4. April, in der die immer noch schwebenden Reklamationen in der Fidjifrage wiederholt wurden, jetzt aber mit einem politischen Unterton; nach einem mehrjährigen Entgegenkommen in der ägyptischen Frage, in der England stets der empfangende Teil gewesen sei, habe man in einer zweifellosen Rechtsfrage eine andere als die bisherige unfreundliche Haltung erwarten dürfen. Unmittelbar darauf lassen die Randbemerkungen Bismarcks zu einer Denkschrift des Herrn von Kusserow über das Lüderitzunternehmen vom 8. April zum erstenmal einen tieferen persönlichen Anteil erkennen: "Jetzt werden wir handeln", antwortete er demjenigen seiner Räte, der vor allem die kolonialen Interessen vertreten hatte.[19] Dieser Entschluß spielt ohne Zweifel in dem Anteil mit, den die Reichsregierung gleich darauf an dem Kongounternehmen König Leopolds von Belgien nahm; am 18. April schloß sie sich dem Proteste an, der einige Wochen vorher von seiten Frankreichs gegen den anglo-portugiesischen Vertrag eingelegt worden war. Es schien Bismarck wünschenswert, daß weder England, noch Frankreich, noch Portugal sich im Herzen Afrikas festsetzten; aus einer Unterredung mit **dem Afrikareisenden Rohlfs** scheint hervorzugehen, daß er sich in den nächsten Wochen (bevor er von dem Vorkaufsrechte Frankreichs wußte) selbst mit dem Gedanken trug, das Deutsche Reich in die Internationale Gesellschaft einzuschieben.[20] Gleich darauf trat er auf dem bescheidenen Schauplatze, auf dem das deutsche Vorgehen eigene Ansprüche erhoben hatte, handelnd hervor. Am 24. April 1884 wurde der deutsche Konsul in Kapstadt benachrichtigt, daß das Deutsche Reich das Lüderitzgebiet in Südwestafrika unter seinen Schutz gestellt habe. Damit war der amtliche Eintritt in die Kolonialpolitik in aller Form vollzogen: so geringfügig und unbekannt zunächst auch das südwestafrikanische Objekt erschien, der erste Ansatz zu einer weitausschauenden Wendung in der Außenpolitik überhaupt.

Um so bemerkenswerter ist es, daß Bismarck sein Vorgehen auf dem unerprobten Boden der Kolonialpolitik schon in dieser ersten Minute mit einer ganz anderen Angelegenheit verknüpfte. Schon bald nach der Reichsgründung war die Erwerbung von Helgoland, dieser einst schleswig-holsteinischen Insel, die im 18. Jahrhundert an Dänemark gefallen, dann aber von den Engländern im Kampf gegen die napoleonische Kontinentalsperre den Dänen entrissen und in ihrer Hand verblieben war, in unverbindlicher Weise zwischen Deutschland und England besprochen worden. Damals ließ man die Frage wegen Prestigebedenken der englischen Admiralität wieder fallen.[21] Sie tauchte in ernsthafterer Form erst wieder auf, als der Plan des Baues eines Nordostseekanals festere Gestalt gewann. Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes, General von Caprivi, regte bei der Beratung des Planes im Staatsministerium im Mai 1884 an, der Erwerbung Helgolands als einer notwendigen Deckung für den künftigen Kanal näherzutreten.[22]

Diesen Anlaß griff Bismarck auf, um am 5. Mai 1884 - zehn Tage nach der Erklärung des Protektorats über Angra Pequeña - in London eine Sondierung wegen der Geneigtheit Englands zur Abtretung Helgolands einzuleiten. Ein Erlaß an den Grafen Münster ging von der Betrachtung aus, daß Helgoland im englischem Besitz nichts weiter als ein Stützpunkt für Angriffe auf die Elbmündung sei, im deutschen Besitz dagegen zu einem Sicherheitshafen ausgebaut werden könne, der auch im Interesse der englischen Schiffahrt liege. Ein vertragsmäßiges Abkommen, durch das die Insel Deutschland überlassen würde, werde auf die öffentliche Meinung Deutschlands einen sehr günstigen Eindruck machen und die freundschaftliche Begünstigung der englischen Politik sehr erleichtern: "Unsere Freundschaft kann der englischen Politik von hohem Nutzen sein. Es ist für dieselbe nicht gleichgültig, ob die Macht des Deutschen Reiches ihr wohlwollend und förderlich zur Seite stehe oder sich kühl zurückhalte." Wie die Note vom 4. April schon Kolonialinteressen und große Politik zu verknüpfen gesucht hatte, so wurde auch hier der ganze Horizont der großmächtlichen Beziehungen aufgerollt. Bismarck gab sich den Anschein, als wenn in seiner Anregung mehr ein Anerbieten als eine Forderung liege: "denn die Unterstützung, die wir England leisten können und eventuell leisten werden, ist mehr wert als Helgoland, samt Fidji und Little Popo". Der Botschafter begrüßte die Anregung (die ihm viel sympathischer war als alle Kolonialwünsche) um so mehr, als der Kolonialminister Lord Derby ihm im letzten Winter gelegentlich davon gesprochen hatte, daß über die Abtretung der Insel, wenn Deutschland sich zum

Bau eines Sicherheitshafens verpflichte, sich noch einmal werde reden lassen. Darauf kam Bismarck auf seinen Plan zurück, indem er seinem Botschafter ausdrücklich als das Wesen des vorgeschlagenen Abkommens, das Anerbieten des deutschen Beistandes in den politischen Geschäften Englands bezeichnete, "den wir unter der Bedingung leisten würden, daß wir in der Südsee und in Afrika einschließlich des englisch-portugiesischen Vertrages klaglos gestellt werden, und daß England uns durch Abtretung Helgolands in dem Bestreben unterstützt, die öffentliche Meinung Deutschlands für eine entsprechende Haltung der deutschen Politik zu gewinnen".[23] Der Kanzler mochte nicht ohne Hoffnung sein.[24] Aber die ganz persönlich und vertraulich angelegte Besprechung zwischen Granville und Münster am 17. Mai verlief negativ. Der ausgemalten Wirkung Helgolands auf die deutsche öffentliche Meinung hielt Granville ironisch entgegen, daß die Abtretung von Gibraltar auch die guten Beziehungen zu Spanien verstärken würde; vor allem bezweifelte er den geeigneten Moment, da England in den Verdacht kommen könnte, sich damit die deutsche Hilfe für andere Angelegenheiten gewinnen zu wollen; das entscheidende Motiv, Helgoland als Symbol einer praktischen Interessengemeinschaft, ging ihm überhaupt nicht ein. Man versteht, daß Bismarck sofort seinem Botschafter die Weisung gab, Helgoland nicht mehr zu erwähnen. Mit aller Schärfe erläuterte er sich die Situation: "Die Helgoländer Wünsche sind ohne Rechtsboden, und würden unsere **berechtigten** Forderungen in überseeischen Verhältnissen auf das gleiche Niveau herabdrücken, wenn das Ganze zur öffentlichen Kontestation käme".[25] Damit war die Helgolandepisode so schleunig geschlossen, wie sie eröffnet worden war.

Im weiteren Verlauf haben Gladstone und Granville, immer in der Erwartung, daß man von deutscher Seite auf die Sache zurückkommen würde, untereinander wohl einmal die Frage aufgeworfen, ob Helgoland nicht in dem Kern der ganzen Spannung ruhe, und ob es sich nicht am Ende lohne, mit einem solchen Kaufpreis aus allen ägyptischen Schwierigkeiten herauszukommen.[26] Wenn wir auch nicht das letzte Wort sprechen können, so drängt sich doch die Vermutung auf, daß die deutsche Politik vom Mai 1884 sich aller Wahrscheinlichkeit nach mit Helgoland und einem sehr bescheidenen Kolonialprogramm begnügt haben würde. Erst nach dem Ausweichen der Engländer in der einen Sache ging Bismarck energisch, in kräftigerem Tone und mit erweitertem Ziele in der anderen Sache vor. Während die Helgolandfrage bis zu einer günstigeren Gelegenheit vertagt wurde, verstattete er von nun an dem Kolonialprogramm einen breiteren Raum in seiner Gesamtpolitik. Wie man in der Staatsleitung Bismarcks seit 1862 immer wieder bemerken kann: seine Ziele beruhen nicht auf der Bindung an ein feststehendes Programm, sondern sie entwickeln sich erst in Berührung mit den Schwierigkeiten oder auch den Förderungen, die er auf dem Wege zu seinem Ziele findet. Und für eine Kämpfernatur seines Schlages waren Schwierigkeiten immer nur ein Antrieb, sie zu überwinden.

Dazu kamen grobe Ungeschicklichkeiten der englischen Regierung, um Bismarck auf dem Wege der Kolonialpolitik voranzutreiben. Am 19. Mai 1884 sprach sich der Kolonialsekretär Lord Derby im Oberhause, in Beantwortung einer Interpellation - ohne auf den ungeklärten Zustand der Rechtsfrage, ohne auch auf die am 24. April erfolgte deutsche Übernahme von Angra Pequeña irgendwie Rücksicht zu nehmen - in einem Sinne aus, als ob England, wenn es auch nicht formell den Besitz Angra Pequeñas beanspruche, doch das Recht zu haben glaube, andere Mächte von dem Besitz auszuschließen. Anscheinend ohne sich mit Granville verständigt zu haben, nahm er in der seit langem schwebenden Rechtsfrage eindeutig Stellung; und da ihm immer noch die vollzogene Tatsache fehlte, ließ er, von Granville an die Erledigung der endlos liegengebliebenen Angelegenheit gemahnt, unter der Hand nach Kapstadt die Empfehlung gelangen, die Besitzergreifung Angra Pequeña schleunigst vorzunehmen. Diesem Drängen gab die Kapkolonie nach und erklärte sich Anfang Juni bereit, den ganzen Küstenstrich zu übernehmen. Als diese Absicht dem deutschen Konsul in Kapstadt am 3. Juni mitgeteilt wurde, antwortete Bismarck andern Tags, er sei nicht in der Lage, eine solche Besitzergreifung anzuerkennen, und bestritte das Recht. Damit war das Gewebe von Verschleppung und Unehrlichkeit, das sich nur durch die Rollenverteilung von Außenamt und Kolonialamt hatte ermöglichen lassen, zerrissen und dem

englischen Anspruch auf Einflußsphäre das deutsche Recht der vollzogenen Okkupation entgegengesetzt. Ein symbolischer Vorgang sollte in den nächsten Tagen der ganzen Welt zeigen, daß man es ernst meine. Es war die Behandlung der Burengesandtschaft, die damals Europa bereiste und gerade in den Tagen vom 7. bis 9. Juni in Berlin weilte: der feierliche Empfang des Präsidenten Krüger durch den alten Kaiser im Schlosse war ein Akt, der höchste Courtoisie mit politischen Möglichkeiten verknüpfte und ungewohnte Stimmungen in der deutschen öffentlichen Meinung auslöste.[27] Man mußte auch in London allmählich erkennen, daß die Deutschen ihre kolonialen Ziele mit England oder aber gegen England zu erreichen gewillt seien.

Die Wendung in diesen Wochen war von einer starken Erregung in der deutschen Presse begleitet, die in England die Besorgnis erweckte, die deutsche Politik möchte in der ägyptischen Frage von der englischen nach der französischen Seite hinüberwechseln. Schon am 24. Mai hatte der Kronprinz, wohl einem Londoner Winke folgend, sich im Auswärtigen Amte nach den Ursachen der Erregung, insbesondere nach der deutschen Stellung zu England in der ägyptischen Frage erkundigt. Auch der Brief, in dem seine Gemahlin, die Kronprinzessin, anderntags ihre Mutter, die Königin Victoria, zu beruhigen suchte, ist erhalten:[28] er spiegelt die Schwierigkeiten wider, unter denen der Reichskanzler die politische Parität von der englischen Denkweise zu erkämpfen hatte. Sie beruhigte die Königin über Bismarcks ägyptische Politik gegenüber England, aber kam auch nicht auf den Gedanken, die Gegenleistung eines kolonialen Entgegenkommens von englischer Seite damit zu verbinden. Im Gegenteil, sie verurteilte, nachdem sie ihrem Kummer über die arrogante Haltung der deutschen Presse Ausdruck gegeben hatte, die deutsche Kolonialbewegung so scharf, wie es nur der deutsche Botschafter in London (in der Stille) getan haben könnte: "ihre Ideen über Kolonien halte ich für sehr töricht und ich kann mir nicht denken, daß sie Erfolg haben, aber sie sind auf England so eifersüchtig wie nur möglich". Sie schloß mit der Bitte an die liebe Mama, sie möge das bewunderungswürdige Buch des Professors Seeley, *Die Ausdehnung Englands*, lesen: es sei wundervoll, staatsmännisch und weitsichtig, klar und gerecht. Für das im Jahre vorher erschienene Werk, das die Idee des englischen Imperiums, "dieses größten Experimentes der Weltgeschichte", in der Seele des englischen Volkes vertiefte und zum Textbuch des Imperialismus werden sollte, besaß die Fürstin volles Verständnis; nicht aber dafür, daß der Deutsche, wie der zu spät gekommene Poet im Gedicht, nun auch an die Tore einer Welt von Macht und Größe zu klopfen wagte. Nicht nur persönliches Vorurteil, sondern auch die weltanschauliche Haltung einer ganzen Generation, die durchbrochen werden mußte, war in diesem fast symbolischen Vorgange erkennbar.

Bismarck war zum Durchbruch entschlossen. In seinem Erlaß an den Botschafter vom 1. Juni an schlug er einen veränderten Ton an: "Wenn wir wirklich Absichten hätten, Kolonien einzurichten, wie kann Lord Granville unser Recht dazu bestreiten, in dem Augenblick, wo die englische Regierung die Ausübung desselben Rechtes der Kolonialregierung am Kap nach Belieben anheimstellt. Es liegt in dieser Naivität des Egoismus eine Verletzung unseres Nationalgefühls." So drohte er, dem Reichstage den ganzen Schriftwechsel vorzulegen. Die bevorstehenden Verhandlungen würden den Ernst der Lage klarstellen, denn keine Regierung sei heute stark genug, um öffentlich den Vorwurf tragen zu können, daß sie die eigenen nationalen Interessen aus Gefälligkeit für befreundete auswärtige Mächte fallen ließe. Wenn für die Kapkolonie die Möglichkeit bestand, die Souveränität zu proklamieren, so existierte sie ebenso für jeden anderen. Zugleich aber ließ er den Botschafter mündlich mitteilen, daß eine freundliche Haltung in Ägypten nicht zu erwarten sein werde, wenn die unfreundliche Haltung Englands in den Kolonien fortgesetzt würde. Noch deutlicher nannte er durch seinen Sohn Herbert, dem jetzt ein Teil der Geschäftsführung in London zufiel, die Dinge beim Namen: er wünsche über Ägypten einerseits und die Kolonien anderseits einen Handel mit England zu machen, und wenn es nicht wolle, werde man ihn mit Frankreich machen müssen.

Unter diesem wohlberechneten Drucke lenkte Lord Granville ein. Er nahm die Schuld der

Verschleppung auf sich und schob die Mißverständnisse auf seine Unkenntnis der kolonialen Materie; er wollte bis jetzt nicht den Eindruck gewonnen haben, daß die deutsche Regierung Kolonialpolitik treiben wolle. So ließ der Abschluß nicht mehr lange auf sich warten. Am 21. Juni faßte das englische Kabinett, das damals der Londoner Konferenz über die ägyptischen Finanzen entgegenging, den Beschluß, keinen Widerspruch gegen die deutsche Besitznahme von Südwestafrika zu erheben.[29] In den nächsten Tagen erfolgte die Preisgabe des englisch-portugiesischen Vertrages gegenüber den Protesten von Frankreich und Deutschland sowie die Einsetzung einer gemischten Kommission in der Fidjifrage. Damit war die erste Krisis zwischen England und Deutschland, so schnell, wie sie sich erhoben hatte, überwunden.

Bevor wir uns dem Fortgang der kolonialen Aktion Bismarcks zuwenden, ist es von Bedeutung, einen Blick auf die Gestaltung der großmächtlichen Beziehungen im Sommer 1884 zu werfen, insbesondere auf die Sicherungen, die man in Berlin einerseits nach Petersburg und anderseits nach Paris einschalten konnte.

Schon bald nach der Erneuerung des Dreikaiserverhältnisses am 17. März 1884 sollte sich Bismarck eine Gelegenheit bieten, die Wärme der neugefestigten Beziehungen zu Rußland zu erhöhen. Er hatte immer, zumal den Österreichern gegenüber, darauf gehalten, daß das Fürstentum Bulgarien, gemäß dem Sinn der Bestimmungen des Berliner Kongresses, als eine russische Einflußsphäre behandelt wurde. Fürst Alexander von Bulgarien, der als Neffe des Zaren und russischer Vertrauensmann in Sofia eingesetzt worden war, hatte aber seit Jahren den steigenden Unwillen des Zaren erregt, weil er sich nicht nur (was sich aus der Natur der Dinge ergab) auf die wachsende nationalbulgarische Stimmung im Innern stützte, sondern auch mehr und mehr auf seine dynastischen Beziehungen im Auslande rechnete. Statt die russischen Interessen zu vertreten, begann der ehrgeizige Fürst - ein typisches *sujet mixte*, preußischer Offizier von Hause aus, daneben sich als Russe fühlend und zugleich nach seiner englischen Verwandtschaft ausblickend - seine eigenen Wege zu gehen. Seit dem Herbst 1883 trat er als Bewerber um die zweite Tochter des Kronprinzenpaares in Berlin auf, von der Mutter leidenschaftlich willkommen geheißen, von der Königin Victoria in einer sentimentalen Mischung von familienhaften und politischen Interessen auf das wärmste begrüßt. Sobald aber die bloße Möglichkeit auftauchte, warf Bismarck sich ihr mit ungewöhnlicher Energie in den Weg. Es handelte sich um einen zentralen Punkt seines Bündnisgebäudes, denn an keiner Stelle war Rußland so empfindlich wie in der Aufrechterhaltung seiner vorwaltenden Einflußstellung in Bulgarien; es stand damals in einem laufenden diplomatischen Kleinkrieg mit Wien, um die dortigen Neigungen zum Mitsprechen in Sofia einzudämmen. Wenn es nun gelang, den in Petersburg längst in Ungnade gefallenen Battenberger in die kaiserliche Familie aufzunehmen, und ihm damit einen dynastischen, sich auch nach London verzweigenden Rückhalt für künftige Verwicklungen zu schaffen, so würde das nichts anderes bedeutet haben, als um einer prinzlichen Liebesgeschichte willen das kunstvolle Gewebe der europäischen Politik an der delikatesten Stelle aufzulösen. So ging der Kanzler mit seiner durch Persönliches nicht berührten furchtbaren Sachlichkeit gegen den Fürsten - hinter dem er die Königin Victoria zu erblicken vermeinte, die einen Keil in die deutsch-russische Freundschaft zu treiben suche - zum Angriff vor, mit dem unerschütterlichen Willen, ihm "entweder die Braut oder das Fürstentum oder beides zu nehmen". Er veranlaßte Kaiser Wilhelm I., den Wünschen des Fürsten Alexander am 10. Mai eine unbedingte Absage zu erteilen,[30] und setzte gleichzeitig durch, daß der junge fünfundzwanzigjährige Prinz Wilhelm, der auch zu den Gegnern der Heirat gehörte, nach Petersburg zur Großjährigkeitserklärung des Thronfolgers entsandt wurde, um dem Zaren die erfolgte Ablehnung, als einen Beweis korrekt-bündnisgemäßer Haltung der deutschen Politik, vertraulich mitzuteilen. Daß der Prinz bei diesem seinem ersten politischen Hervortreten eine besonders freundliche Aufnahme in Petersburg fand, war zu erwarten. Der politischen Taktik Bismarcks entsprach es, in diesen Tagen, in denen die erste koloniale Auseinandersetzung mit England eingeleitet wurde, alle Sonne über Rußland scheinen zu lassen.[31]



Prinz Wilhelm als Abgesandter des Kaisers bei Zar Alexander III. in Petersburg 1884.

Sobald er dann den Kreis der kolonialen Unternehmungen erweiterte, ging er dazu über, die dafür erforderliche weltpolitische Rückendeckung noch weiter auszudehnen. Wenn England seine Anregung, ein politisches Geschäft auf der Grundlage der Gleichberechtigung abzuschließen, eigenwillig überhörte, dann mußte man versuchen, mit dem Gegenspieler Englands, mit dem Franzosen, der damals mit starkem Tatendrang in den großen Wettbewerb um die Aufteilung der Welt eintrat, eine koloniale Entente herbeizuführen. So entschloß sich Bismarck, unmittelbar nach dem Scheitern der Londoner Konferenz, in Paris vertraulich den gemeinsamen Entwurf eines Abkommens vorzuschlagen, vermöge dessen die Freiheit des Handels mit den bisher unter keiner Jurisdiktion stehenden Küstenstrichen in Westafrika für die Vertragsteilnehmer (und im Einigungs-falle für alle weiterhin Beitretenden) gewährleistet würde. Der französische Botschafter würde diesen "recht weit abseits" gelegenen Anknüpfungspunkt lieber nach Ägypten verlegt haben. Bismarck aber gab zu erwägen,[32] die "von ihm seit Jahren gesuchte Annäherung" an Frankreich nicht durch Mißtrauen zu erschweren; dazu seien die Deutschen mit mehr Grund berechtigt, da die Kontinuität der französischen Regierungen geringer sei, was immer die Befürchtung offenlasse, daß Frankreich, "nachdem wir im Verein mit ihm bis zum Bruche mit England oder nahe daran gelangt sein würden", plötzlich die Situation benutzen werde, um sich auf die andere Seite zu stellen. Der französische Ministerpräsident Jules Ferry nahm nach anfänglichem Zögern in den Verhandlungen mit dem Fürsten Hohenlohe und dem Baron Courcel das Prinzip der Verständigung an. Daß er dabei die Voraussetzung betonte, es solle sich eben "nur um ein *rapprochement*, um gemeinsame Schritte in bestimmten Angelegenheiten, nicht um eine förmliche Allianz" handeln, verstand sich ebenso von selbst, wie daß die Franzosen eine vorsichtige Behandlung gegenüber der leicht erregbaren öffentlichen Meinung erbaten. Nachdem die einzelnen Verhandlungsgegenstände (Handelsfreiheit im Kongogebiet, Grundsatz der Effektivität für Okkupationen, Einberufung einer europäischen Konferenz nach Berlin, freie Schiffahrt auf dem Niger) zwischen Hatzfeldt und Courcel am 25. August in Berlin vereinbart worden waren, brachte Bismarck, jetzt persönlich hervortretend, die Verhandlung mit dem französischen Botschafter in Friedrichsruh zum Abschluß. Während man übereinkam, ein Vorgehen in der ägyptischen Angelegenheit - abgesehen von dem Eintritt Rußlands und Deutschlands in die internationale Schuldenkommission - zunächst zurückzustellen, wurden in der westafrikanischen Sache alle Einzelheiten des gemeinsamen Vorgehens durchgesprochen. Auf

dieser Grundlage stellte dann ein Notenaustausch zwischen Berlin und Paris das grundsätzliche Einverständnis fest, und danach ergingen Anfang Oktober die Einladungen der beiden Mächte an die übrigen beteiligten Regierungen, einschließlich der Vereinigten Staaten, zu einer Konferenz in Berlin.

Die getroffene Vereinbarung war weniger dadurch bedeutsam, daß sie einen bestimmten Kreis von westafrikanischen Fragen einträchtig regelte, als dadurch, daß sie grundsätzlich zwischen diesen beiden Staaten möglich geworden war. Mit dieser Eventualität hatten die übrigen Glieder der europäischen Staatengesellschaft überhaupt noch nicht gerechnet. So mochte denn die öffentliche Meinung, immer geneigt, den Moment und das Neue zu überschätzen, auf beiden Seiten ihre Hoffnungen allzu weit spannen. Man konnte im August 1884 im *Figaro* die gewiß nicht auf die Goldwaage zu legenden Sätze lesen, daß heute die Allianz mit Deutschland derjenigen mit England hundertmal vorzuziehen sei; Frankreich werde niemals vergessen, daß überall, wo ein Engländer lebe, dieser ein Feind seiner kolonialen Ausdehnung sei; man brauche nur an Tunis, Ägypten, Tonking, Madagaskar zu erinnern, um zu erkennen, daß zwischen England und Frankreich ein weit erbitterterer Kampf bestehe als der einstige mit Deutschland. Daß überhaupt in Paris eine solche Sprache geführt werden konnte, zeigt die Hitzigkeit der Umstellung an. Es gab manche Franzosen, die sich mit übergroßer Lebhaftigkeit in die ungewohnte Situation fanden und verwegene Schlüsse nach ihrer Art daraus zu ziehen suchten. Der französische Gesandte in Kairo, Mr. Barrère, sprach in diesen Wochen zu Herbert Bismarck von der Tatsache, daß das stärkste Bündnis auf der Welt das deutsch-französische sein würde; sei dieses einmal etabliert, so habe niemand sonst etwas zu sagen. Auch der französische Kriegsminister Campenon gestand dem zu den Herbstmanövern entsandten deutschen General einen angeblich seit Jahren genährten Gedanken: "wenn diese Allianz zustande käme, würde Frankreich mit einem Schlage seine frühere Stellung in der Welt wieder einnehmen. Frankreich und Deutschland vereint, würden die Welt beherrschen". Solche Stimmen mit hegemonischem Unterton pflegen nicht von Dauer zu sein, aber sie liefern immerhin die Begleitmusik zu dem in Westafrika begonnenen praktischen Zusammengehen.

Schon nach einigen Wochen schlug die französische Regierung auch ein gemeinsames Vorgehen in Sachen des ägyptischen Liquidationsgesetzes vor und deutete an, daß man diesen Weg weiter verfolgen würde, wenn man sicher wäre, dafür bei Deutschland moralische und politische Anlehnung zu finden. Bismarck griff die Anregung auf und entsandte seinen Sohn Herbert nach Paris zu unmittelbarer Aussprache mit dem Ministerpräsidenten. Sie verlief durchaus befriedigend. Ferry erkannte dankbar an, daß die deutsche Regierung niemals der jetzt vollzogenen Befestigung der republikanischen Staatsform Schwierigkeiten bereitet hätte, und gestand, daß er seinerseits seit der Tunisfrage das vollste Vertrauen zu der deutschen Politik gewonnen habe. Seine letzten Bedenken wurden dadurch überwunden, daß Bismarck - weit entfernt, den englisch-französischen Gegensatz vertiefen zu wollen, - ihm ausdrücklich sagen ließ, daß er das gleiche Interesse wie Frankreich daran habe, einen Bruch mit England zu vermeiden, daher auch einen englisch-französischen Krieg vermieden zu sehen wünsche und ehrlich bemüht sein werde, die ägyptische Frage friedlich zu lösen - an dieser Stelle saß in Paris der letzte Kern des Mißtrauens. Daraufhin erklärte Ferry, in Zukunft keinen Schritt in der ägyptischen Frage tun zu wollen, ohne sich mit Bismarck ins Einvernehmen zu setzen. Baron Courcel zog nicht mit Unrecht den Schluß: "*Voilà donc l'entente établie!*" Es war ein verbindliches doppelseitiges Vertrauensverhältnis, über den Kreis konkreter und begrenzter Verabredungen hinaus, alle peripherischen Interessen der beiden Mächte umfassend, ohne den zentralen Gegensatz zu berühren. Daß diese Entente sehr leicht der Wiederkehr mißtrauischer Schatten ausgesetzt war, lag auf der Hand. Wie auf der einen Seite die Regierung Ferrys von der Opposition auf das schärfste überwacht wurde, so blieb auf der anderen Seite auch Bismarcks ägyptische Politik an die Beständigkeit der französischen Haltung gebunden. Er durfte keinen Moment aus dem Auge verlieren, daß sein Experiment auf dem Flugsand der öffentlichen Meinung in Frankreich aufgebaut war. Der Ministerpräsident selbst, wie er auch im Innern gesinnt sein mochte,[33] hielt an seiner Linie fest. Sein Vertrauen in die Absichten Bismarcks,

glaubte der deutsche Botschafter am 27. Januar 1885 feststellen zu können, sei unerschüttert, und er sei weit entfernt von dem landläufigen Mißtrauen, das bei den Franzosen gewöhnlichen Schlages überall hinterlistige Pläne und Fallen der deutschen Politik wittern lasse.

Für die Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen im Menschenalter nach dem Kriege ist es von bleibender Bedeutung, daß Bismarck in der Zeit vom Sommer 1884 bis zum Frühjahr 1885 die Möglichkeit eines auf Vertrauen und Freundschaft beruhenden Zusammenlebens mit Frankreich durch die Tat erwiesen hat. Das Programm des Zusammengehens auf allen "anderen" Schauplätzen, das ihm von Anfang an vorgeschwebt hatte,[34] ist während der Dauer dieser Entente auf der ganzen Linie mit Erfolg verwirklicht worden. Es geschah gewiß im Zusammenhang mit einer Kolonialpolitik, die mit einer Front gegen England sich Luft und Licht erkämpfen mußte und dafür auch die französische Verstärkung brauchte; aber diese Politik war doch tiefer begründet, als in den Bedürfnissen einer politischen Konjunktur, die nicht ewig dauern konnte. Auf der Höhe der Macht hat Bismarck nicht, wie später wieder die völlig politisierte Geschichtschreibung der Franzosen zu behaupten pflegte, die Macht dazu benutzt, die berechtigten Interessen Frankreichs zu verkürzen, sondern das volle Gewicht seiner Autorität dafür eingesetzt, diese französischen Interessen in der Welt zu fördern und damit einem letzten, jenseits der engeren Machtpolitik liegenden Ziele, der Befestigung des Weltfriedens, zu dienen.

In dem Fortgang der deutsch-englischen Kolonialauseinandersetzung seit dem Sommer 1884 sollte nunmehr ein neuer Schauplatz nach dem andern auftauchen. Dabei stellte sich heraus, daß jene Rivalität, die bei der Besitzergreifung von **Südwestafrika** zu beobachten gewesen war, sich immer wiederholte: in **Kamerun und Togo**, in **Neu-Guinea**, in **Ostafrika**. Das große Problem war überall das gleiche, auch wenn es im Einzelfalle ein sehr verschiedenes Gesicht gewann.

Die neue deutsche Aktion setzte mit der Entsendung **des Afrikareisenden Nachtigal** zu weiteren Besitzergreifungen an der afrikanischen Westküste ein; sie schob sich hier, was an sich dem englischen Interesse nicht unerwünscht war, zwischen englische und französische Niederlassungen und Bestrebungen ein. Daß in dem jetzt beginnenden Wettlauf von beiden Seiten kein Mittel verschmäht wurde, soll nicht verschwiegen werden. **Die Fahrt Nachtigals** war ursprünglich als Unternehmen eines geographischen Forschungsreisenden auch durch Empfehlungsschreiben englischer Beamter unterstützt worden. An Ort und Stelle hinwiederum suchten amtliche und nichtamtliche Vertreter englischer Lokalinteressen ihm innerhalb der Grenzen europäischer Höflichkeit, Intrigue und Übervorteilung so viel Steine wie möglich in den Weg zu werfen. Jedenfalls gelang es im Laufe des Juli, diejenigen Besitzergreifungen vorzunehmen, die den Grundstock **der späteren Kolonien in Togo und vor allem in Kamerun** bildeten.

Im Laufe des August und September 1884 griffen die Besitznahmen auf die inneren Landschaften von Südwestafrika über. Auf diesem Schauplatz suchten auch die Burenregierungen sich durch umfangreiche Annexionen an dem allgemeinen Zugreifen zu beteiligen (Betschuanaland), um dann doch durch englische Drohungen zurückgescheucht zu werden. Noch flammte der Streit zwischen der Kapregierung und den deutschen Ansprüchen von neuem auf, und es bedurfte dringlicher Noten, die diplomatische Schwierigkeiten an anderen Stellen ankündigten, um den Rückzug zu erzwingen. Immer wieder suchte das englische Weltreich, das seit Menschenaltern sich einer solchen kolonialen Situation nicht gegenüber gesehen hatte, die Wünsche und Ansprüche seiner Kolonialen doch noch zu retten. Selbst ein so wenig imperialistisch gesinnter Staatsmann wie Gladstone gab in einer Rede vom 1. September 1884 zu bedenken, ob nicht England von der Vorsehung zu diesem hohen Beruf ausersehen sei, und ob nicht andere Völker bei einem Wettbewerb um diese Aufgaben leicht ihre politische Stärke einbüßen könnten. Erst am 22. September erfolgte von englischer Seite die bedingungslose Anerkennung des **deutschen Protektorates über das ganze in Südwestafrika okkupierte Gebiet**, mit Ausnahme der Walfischbai.
Inzwischen war in der Südsee, die schon in Fidji und Samoa zu heftigen Rivalitäten Anlaß gegeben

hatte, ein neues Ziel zwiefacher kolonialer Bestrebungen aufgetaucht: Neu-Guinea, dessen weitaus größter Teil (abgesehen von dem von den Holländern beanspruchten westlichen Drittel) von den Europäern noch kaum berührt war. Anfangs schien es, als ob es hier nicht zu einem Wettstreit kommen könne; noch am 17. Juni 1884 teilte Granville dem deutschen Vertreter aus eigenem Antrieb seine weitgehende Uninteressiertheit in Neu-Guinea mit, da in England selbst, angesichts der großen Ausdehnung des Kolonialreiches, eine sehr starke Opposition gegen die volle Annexion der auf jenen Inseln okkupierten Striche erhoben würde. Vermutlich trug diese Erklärung dazu bei, daß **eine Neu-Guinea-Kompagnie, die sich in Berlin mit Hilfe eines von Herrn von Hansemann geführten Konsortiums am 26. Mai 1884 gebildet hatte, in den nächsten Wochen den Reisenden Otto Finsch nach Neu-Guinea entsandte**, der auf seinem weiteren Wege allerdings erhebliche Verzögerungen erlitt, bevor er mit der Landerwerbung beginnen konnte.

Während dieser Monate begann man sich in Australien, wohin die Nachrichten von diesen Plänen drangen, zu beunruhigen, besonders in der Kolonie Queensland, deren Nordküste dem Südrande von Neu-Guinea gegenüberliegt. So erklärt es sich, daß in dem Schwebezustande, während nähere Nachrichten von Neu-Guinea ausblieben, sowohl die deutsche als auch die englische Regierung unabhängig voneinander zu amtlichen Schritten vorgingen. Der deutsche Reichskanzler sprach in einer Note vom 2. August den Wunsch nach einer deutsch-englischen Verständigung über die beiderseitigen Interessensphären in der Südsee aus. Bisher seien die deutschen Südseewünsche vom britischen Kolonialamt dilatorisch behandelt worden, das zwar die eigene Annexion vermeide, aber ein australisches Vorgehen nicht ungern geschehen lasse; da man dort aber die Gebiete der bisher dem Handel offenen Südsee für eine natürliche Domäne Australiens halte und alle von anderen gemachten Erwerbungen schon im voraus für null und nichtig erkläre, so könne er nicht früh und bestimmt genug dagegen Verwahrung einlegen: er könne die Verantwortlichkeit der englischen Kolonialregierungen von derjenigen der Reichsregierung nicht trennen. Er sei wohl bereit, die Berechtigung des australischen Wunsches auf einen Schutz der Südküste Neu-Guineas anzuerkennen, darüber hinaus müsse er ein australisches "Naturrecht" bestreiten. Damit war die Deckung für die noch bevorstehenden deutschen Erwerbungen vorbereitet.

Als Graf Münster diese Note am 8. August Granville zur Kenntnis gab, war aber auch in London bereits eine Entschließung erfolgt, sei es infolge eines Durchsickerns der deutschen Absichten, sei es infolge australischen Drängens. Am Nachmittag des 6. August hatte das Kabinett auf Antrag des Kolonialministers den Beschluß gefaßt, ein britisches Protektorat über die Insel Neu-Guinea zu errichten, soweit sie nicht von den Holländern beansprucht würde. Als Motive dieser Entscheidung bezeichnet Lord Derby der Königin: den starken einmütigen Willen der ganzen australischen Bevölkerung; die bestehende Furcht vor Sträflingskolonien; die Ermutigung, die Fürst Bismarck, wie man glaube, deutschen Kolonisationsplänen gebe; schließlich die Unmöglichkeit, auf anderem Wege Unordnungen und Gesetzwidrigkeiten unter den Eingeborenen zu verhindern. Beglückt hatte Königin Viktoria am 8. August, also an dem Tage, wo Granville die deutsche Note empfing, die Mitteilung Derbys begrüßt, da sie England instand setze, die armen Eingeborenen zu beschützen und die Zivilisation zu verbreiten, die sie als Mission Großbritanniens betrachtete.[35]

Es ist begreiflich, daß Lord Granville bei diesem überraschenden zeitlichen Zusammentreffen in eine gewisse Verlegenheit geriet. Den Beschluß jetzt veröffentlichen, oder - als eine Antwort auf die Note vom 2. August! - nach Berlin mitteilen, hätte nicht nur einer unfreundlichen, sondern vielleicht sogar einer hinterhältigen Handlung gleichgesehen: ein solcher Eindruck mußte unter allen Umständen vermieden werden. So gewann er die Zustimmung Derbys für eine Einschränkung des Programms, und teilte am 9. August dem Grafen Münster mit, daß "die Ausdehnung der britischen Oberhoheit in Neu-Guinea nur denjenigen Teil der Insel umfassen solle, der ein spezielles Interesse für die australischen Kolonien habe".[36] Diese Beschränkung des Schutzes auf die Südküste wurde durch Gladstone am 11. August im Unterhause bekanntgegeben.

Auf dieser Grundlage wurde von der deutschen Reichsregierung der Neu-Guinea-Kompagnie die zur Wahrung ihres nationalen Charakters erforderliche amtliche Unterstützung am 20. August zugesichert. Am 26. September begannen die rasch sich ausdehnenden deutschen Besitzergreifungen. Nachträglich aber äußerte das englische Kolonialamt, wohl von Australien her wieder vorwärtsgetrieben, den Wunsch, im Ostzipfel der Insel von der Südküste auch ein Stück auf die Nordküste überzugreifen.

Granville erachtete eine vorherige Rückfrage in Berlin für erforderlich und erhielt zur Antwort, daß dieser Wunsch jetzt unerwartet komme und eine Verständigung auf dem Kommissionswege nötig mache.[37] Bei dieser Sachlage konnte es nicht ausbleiben, daß in der Südsee selber die Tätigkeit der Pioniere, auf beiden Seiten von hitzigem Eifer vorwärtsgetrieben, sich in weitem Umfange ins Gehege kam. Über die Abgrenzung kam es seit dem Dezember 1884 zu erneuter schwieriger Auseinandersetzung. So sehr man auch in London die australische Erregung für übertrieben hielt, so eifrig war man bemüht, das deutsche Vorgehen, gegen das man keine eigentlichen Einwände geltend machen konnte, in engere Grenzen einzuschließen.[38]

Während auf allen diesen Gebieten, in Südwestafrika, in Togo und Kamerun, in der Südsee, die deutsche Kolonisation dem deutschen Handel folgte, an bestehende Handelsniederlassungen oder doch vorhandene Interessen anknüpfte, sollte eine letzte koloniale Gründung ganz aus wilder Wurzel erstehen, ohne den kaufmännischen Pionier und ohne den vorgängig gesicherten Rückhalt des Reiches: das ist **Deutsch-Ostafrika**. Diese Erwerbung ging aus dem aktivistischeren Kreise der Gesellschaft für deutsche Kolonisation hervor, die sich um den achtundzwanzigjährigen **Karl Peters** gebildet hatte. Und wie dieser tatkräftige junge Mann seine Vorstellungswelt gleichsam an dem Studium des englischen Imperialismus entzündet hatte, so übertrug er in seine Pläne und sein Tun etwas von dem harten und abenteuerlichen Geiste angelsächsischen Konquistadorentums. Mit einer kleinen Gruppe, in der allein Graf Pfeil über afrikanische Farmererfahrung verfügte, begab er sich im Herbst 1884 nach Sansibar und begann im Laufe des November mit Flaggenhissungen und Vertragsschlüssen. Es gelang Peters nach seiner Rückkehr, Ende Februar 1885, in dem Augenblicke, da die englisch-deutsche Spannung auf den Höhepunkt gelangt war, einen kaiserlichen Schutzbrief für sein verwegenes Unternehmen zu erwirken.[39]

Also begann sich seit dem Herbst 1884 das Angesicht der Erde zu verändern. In dem allgemeinen Wettlauf der Völker war auch der Deutsche in die Reihe getreten und zog überall da, wo noch vor Toresschluß Niemandesland zu erwerben war, die schwarzweißrote Fahne auf. Jene Träume, in denen auch der junge Cecil Rhodes damals mit naivem Stolze geschwelgt hatte, daß das ganze Kolonialgebiet der Erde eines Tages doch noch auf der Landkarte rot würde angestrichen werden, waren ausgeträumt. Es war ein überaus günstiger weltgeschichtlicher Moment, der diesen fast stürmischen Eintritt der Deutschen in die überseeische Welt ermöglichte. Die führende Macht des Dreibundes stand jetzt im Mittelpunkt des ganzen Kontinentes.

Um Mitte September 1884 war die Dreikaiserzusammenkunft in Skiernewice erfolgt, die gleichsam das persönliche Siegel unter den im Frühjahr erneuerten Vertrag setzte. In einer kleinen polnischen Kreisstadt, deren Namen die Welt bis dahin kaum gekannt hatte, bekräftigten die Monarchen die Geltung ihres den Frieden sichernden und die künftigen Geschicke bestimmenden Bundes. Bis tief nach Asien waren die Auswirkungen dieser gegenseitigen Versicherung der Macht zu erkennen; zu Beginn des Jahres 1884 hatten die Russen die Oase Merw in Turkestan besetzt und im Herbst schon, während die allgemeine Aufmerksamkeit auf Afrika gerichtet war, beobachteten weltkundige Diplomaten mit Interesse ein kleines Staubwölkchen, das in der Turkmenensteppe an den Grenzen von Afghanistan und Persien aufwirbelte.[40] Gleichzeitig aber, am 8. Oktober 1884, ergingen die Einladungen zur Kongokonferenz, die sich am 15. Oktober in Berlin versammelte, und der Welt das Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich in afrikanischen Fragen und damit die Isolierung Englands auf einem zweiten Schauplatz der Zukunft offenbarte. Befriedigt konnte



Dreikaiserzusammenkunft in Skiernewice im September 1884.
(Erneuerung des Dreibund-Vertrages.)

Bismarck in jenen Wochen, in denen Neuwahlen zum Reichstag stattfanden, Vertrauten gegenüber feststellen, daß die afrikanischen Unternehmungen unerwartet viel Wind in seine Segel gebracht hätten. In dieser Weltlage hatte er alle Trümpfe in seiner Hand vereinigt, um die kolonialen Erwerbungen gegen den überall einsetzenden oder zu erwartenden Widerspruch Englands zu behaupten. Schon Anfang Dezember 1884 richtete er die Weisung nach London, wenn in dem Verhalten des englischen Kolonialressorts nicht eine Wandlung einträte, so werde er die deutsche Gesamtpolitik mit Bezug auf England und namentlich in der ägyptischen Frage einer erneuten Prüfung unterwerfen müssen, und in der Erwartung einer solchen Wandlung sich zunächst jeder Äußerung über die ägyptische Angelegenheit enthalten. Der ägyptische Hebel, den er jeden Augenblick in die Hand nehmen konnte, gewann eben damals eine erhöhte Bedeutung. Der Aufstand des Mahdi begann die englische Machtstellung in Ägypten so zu gefährden, daß ihrer Politik jetzt ein Rückzug unmöglich wurde; der Fall Khartums und das tragische Schicksal General Gordons, das im Februar 1885 in London bekannt wurde, band die englische Ehre und die englischen Waffen vollends an das Land, das sie ursprünglich nur vorübergehend hatten besetzen wollen. Sie waren jetzt, wie sie sich selber gestanden, in der "Mausefalle der Politik Bismarcks".

Auf diesem Welthintergrunde sollten sich die entscheidenden Auseinandersetzungen zwischen London und Berlin vollziehen, aus denen die Grundlegung eines deutschen Kolonialreiches hervorging.

Inzwischen hatten sich auf den verschiedenen kolonialen Schauplätzen Reibungen und Streitigkeiten aller Art gehäuft. Ihnen folgten in der Presse Vorwürfe und Wortgefechte, zwischen den Kabinetten ein umfangreicher und ärgerlicher Notenwechsel - ohne daß ein Ausweg aus dieser Sackgasse sichtbar wurde. So beschloß Bismarck, wie er schon mehrfach angekündigt hatte, auch das Instrument der öffentlichen Verhandlung in die Hand zu nehmen. In einer Reichstagsrede vom 10. Januar 1885 stellte er den ganzen Bereich der Kolonialfragen - noch zog er den Ausdruck "Schutz unserer überseeischen Ansiedlungen" vor - zur Debatte. Er betonte, daß man diese Politik nur machen könne, wenn eine gesicherte Reichstagsmehrheit mit nationalem Enthusiasmus hinter

ihr stehe; wenn man zu dem Wagemut und der Sachkunde der Hamburger königlichen Kaufleute kein Vertrauen habe, dann müsse man auf die Aktion verzichten, "dann kriechen wir auf unseren Thüringer Bergen zusammen und sehen das Meer mit dem Rücken an". In der Auseinandersetzung mit England war er versöhnlich genug, die Schwierigkeiten anzuerkennen, die sich aus dem kaum übersehbaren englischen Kolonialnetz ergäben, aber er unterließ es nicht, mehr als eine nach London gerichtete Mahnung damit zu verknüpfen. Er schilderte die glänzende außenpolitische Lage des Reiches ("wir sind von Freunden umgeben in Europa") und erwähnte mit besonderer Wärme die Beziehungen zu der "weisen und gemäßigten" Regierung Frankreichs. Den Engländern aber deutete er jetzt auch öffentlich an, was er ihnen bisher mit wachsender Deutlichkeit auf diplomatischem Wege zu verstehen gegeben hatte: daß die deutsche Politik bei Fortdauer der kolonialen Schwierigkeiten kaum imstande sein würde, sie in anderen Fragen zu unterstützen. Die dunkle Ausmalung kriegerischer Gefahren, mit der der Abgeordnete Windthorst zu warnen suchte, wurde schließlich vom Kanzler benutzt, um auch die eigene unerschrockene Festigkeit anklingen zu lassen. Er könne, so antwortete er seinem alten parlamentarischen Gegner, nach seinen diplomatischen Erfahrungen keinen Grund absehen, warum ein Friedensbruch zwischen Deutschland und England möglich sein sollte: "es müßte denn irgendein unberechenbares Ministerium in England, das weder da ist noch nach der politischen erblichen Weisheit der englischen Nation wahrscheinlich ist, in der ruchlosesten Weise uns angreifen und beschießen - ja mein Gott, dann werden wir uns wehren - aber abgesehen von dieser Unwahrscheinlichkeit ist gar kein Grund für eine Friedensstörung".

Auf diesen Appell an die politische Erbweisheit glaubte Lord Granville irgendwie antworten zu müssen. Es war wohl in diesem Augenblick, daß er im strengsten Geheimnis dem deutschen Botschafter gegenüber auf den Helgolandplan zurückkam.[41] Er hatte immer auf eine erneute Initiative von deutscher Seite gewartet, und stand vielleicht auch der negativ verlaufenen Unterhausdebatte nicht fern, in der im Dezember 1884 ein nicht zur Mehrheit gehöriger Abgeordneter die Abtretung Helgolands angeregt hatte. So eröffnete er jetzt dem Botschafter, daß er nach endgültigem Abschluß der ägyptischen Sache und einer befriedigenden Vereinigung der Kolonialfragen bereit sein würde, das Kabinett zu befragen, ob man in eine freundschaftliche Besprechung der Helgolandfrage eintreten wolle. Selbst wenn Graf Münster es gewagt hätte, seinem längst mit ihm unzufriedenen Vorgesetzten dieses von vielen Vorbehalten umgebene Angebot zu berichten,[42] so muß man es für ausgeschlossen halten, daß Bismarck auf solche Ungewißheiten hin seine kolonialen Forderungen mit den Helgoländer Wünschen vermengt haben würde.

Vielmehr gab ihm schon das Eintreten Münsters für die englischen Vorschläge in der ägyptischen Frage den Anlaß, in seinen Erlassen vom 24. und 25. Januar den Botschafter energisch auf seine Linie der Verhandlung zurückzurufen. Gegenüber den englischen Reklamationen stellte er fest, daß nicht die deutsche Politik in Ägypten eine Ursache der unfreundlichen Kolonialpolitik Englands, sondern umgekehrt, die anti-englische Politik des Deutschen Reiches sei erst die Folge der anti-deutschen Kolonialpolitik in Guinea, in Neu-Guinea und in Südwestafrika. Er machte dem Botschafter den ernstlichen Vorwurf, dieses Verhältnis nicht instruktionsgemäß rückhaltlos betont und dadurch die Entfremdung mit verschuldet zu haben. Gerade weil er es mit einem heimlichen Kolonialgegner zu tun hatte, schärfte er ihm ein: "ich wiederhole, daß alle ägyptischen Dinge für uns nur ein mittelbares Interesse haben, daß die Kolonialfrage aber schon aus Gründen der inneren Politik eine Lebensfrage für uns ist... Der kleinste Zipfel von Neu-Guinea oder Südwestafrika, wenn derselbe objektiv auch ganz wertlos sein mag, ist gegenwärtig für unsere Politik wichtiger, als das gesamte Ägypten und seine Zukunft".

Gegenüber dem sich verstärkenden deutschen Druck, der sich jetzt vor allem in der ägyptischen Frage bemerkbar machte, verfiel Lord Granville auf den unglücklichen Gedanken, eine Sprengung des deutsch-französischen Zusammengehens zu versuchen. Bismarck hatte schon Anfang Dezember, vielleicht ohne zureichenden Grund, zu bemerken geglaubt, daß Granville den

Franzosen gegenüber nicht die geschäftsübliche Diskretion wahre, und ziemlich grobes Geschütz auffahren lassen.[43] Einige Wochen später kam es auch in der englischen Presse zu Erörterungen, in denen die zweideutige, anfangs zuratende, dann Schwierigkeiten machende Politik Deutschlands aufzudecken versucht wurde. Auf der Höhe des Streites um die Kolonien griff Granville selbst nach dem Mittel, gegenüber den Vorwürfen der öffentlichen Meinung sich in einer Sitzung des Oberhauses am 27. Februar 1885 mit der Erklärung zu verteidigen, man sei seinerzeit in Ägypten auf den Ratschlag Bismarcks "es zu nehmen" vorgegangen. Diese jetzt amtlich aufgenommene "Enthüllung" widersprach nicht nur den im diplomatischen Verkehr der Großmächte üblichen Regeln, sondern im besonderen auch den vertraulichen Umständen, unter denen man in London zuerst im Herbst 1882 den Rat des unbeteiligten Kanzlers erbeten hatte. Sie war aber auch insofern unrichtig, als die mit allem Vorbehalt gegebene Meinung Bismarcks gar nicht auf ein einfaches "Nehmen" hinausgelaufen war, sondern auf eine im Grunde mit der Türkei durchzuführende Ausdehnung des tatsächlichen englischen Einflusses. So mußte Bismarck den öffentlichen Vorstoß als eine unfreundliche, wenn nicht berechnet feindselige Handlung auffassen. Nicht nur, daß durch eine solche Enthüllung die deutsche Politik dem Sultan gegenüber bloßgestellt wurde, in Paris mußte geradezu der Eindruck erweckt werden, als ob der Reichskanzler ein hinterlistiges Spiel gespielt hätte. Granvilles Strategem schien doch vor allem den Sinn zu haben, sich nicht bloß nach innen zu decken, sondern zugleich die deutsch-französische Kombination, deren Druck die englische Politik auf Schritt und Tritt begegnete, zu sprengen und durch eine Wiederauffrischung des französischen Mißtrauens gegen Berlin sich selber etwas Luft zu verschaffen. Je mehr für Bismarcks Politik Ägypten ein tatsächliches *Arcanum imperii* in der Weltlage war, um so weniger durfte er zulassen, daß die vorsichtige Methode seiner Operationen in vergröbernder Mißdeutung benutzt wurde, ihm den europäischen Kredit zu verkürzen und vor allem in Paris die Früchte seiner sorgfältig gepflegten Entspannungspolitik zu zerstören. So beschloß er denn, die Indiskretionen Granvilles, die den verletzlichsten Punkt seiner Gesamtpolitik trafen, zum Anlaß zu nehmen, um im Reichstag, wie er früher schon gedroht hatte, die ganze zwischen Deutschland und England schwebende Kolonialfrage aufzurollen, das volle Gewicht der öffentlichen Meinung hinter die endgültige Auseinandersetzung zu werfen und zugleich, auf dem Höhepunkt des Streites, den Weg zu seiner endgültigen Vereinigung zu eröffnen.[44]

Er ergriff sofort die erste Gelegenheit, um in einer Rede im Reichstage am 2. März das Problem, das sich zwischen Deutschland und England erhoben hatte, in seinem ganzen Umfange zu behandeln. Er schickte voraus, daß Kolonialpolitik nur dann möglich sei, wenn sie von einer Mehrheit des nationalen Willens mit Entschlossenheit getragen werde; das Ausland werde eine andere Stellung einnehmen, wenn der Reichstag sich einheitlich und mit Enthusiasmus hinter sie stelle. Dann ging er dazu über, eine Reihe von Beschwerden gegen das englische Verhalten im geschäftlichen Verkehr vorzubringen und in ausführlicher Form, unter Benutzung des Aktenmaterials,[45] sich gegen seine angebliche Ermunterung zur Annexion Ägyptens zu verwahren - an dieser Stelle mußte das aufflackernde Mißtrauen Frankreichs schleunigst zur Ruhe gebracht werden. Aber er verband mit der langen Liste seiner Beschwerden die Ankündigung, er hoffe diese Dinge wieder in das Geleise des freundschaftlichen und ruhigen Verkehrs zu bringen, der zwischen Deutschland und England jederzeit bestanden habe. Nur halte er es für einen Irrtum in der Schätzung, wenn England uns unsere bescheidenen Kolonialversuche nicht gönne. Die deutschen Vorgänge erweckten ja sehr leicht den Eindruck, daß unter Umständen wohl, wie 1870, wie 1813, die geharnischten Männer aus der Erde wüchsen, wie nach der Saat der Drachenzähne in dem griechischen Mythos in Kolchis, aber daß sich dann auch stets irgendein Zaubersteinchen der Medea finde, das man zwischen sie werfen könne, worauf sie übereinander herfielen. Im Schlußsatz sprang er vom antiken zum germanischen Mythos über, in dem eine eigentümliche prophetische Voraussicht liege, insofern als, so oft ein deutscher Völkerfrühling anbreche, auch stets der Loki nicht fehle, der seinen Hödur finde - er gab dem letzten Bilde wieder eine Spitze gegen die inneren Gegnerschaften, aber der Eindruck blieb doch zurück, daß er der englischen Staatsleitung mit diesem ernsten Appell an das deutsche Nationalgefühl eine Warnung hätte erteilen wollen. Um so

mehr beeilte er sich fast mit derselben Post, statt der gepanzerten Faust die Freundeshand mit dem Ölzweig über den Kanal hinüberzureichen. Am zweiten Tage nach seiner Rede entsandte er seinen Sohn Herbert nach London, um in dieser persönlichsten Form die zerrissenen Fäden wieder anzuknüpfen. Schon am 5. März hatte Herbert Gelegenheit, mit Gladstone vertraulich zu sprechen und ihm den Sinn der anspruchslosen deutschen Kolonialpolitik und ihre Rückwirkung auf die beiderseitigen Beziehungen freundschaftlich und maßvoll vorzutragen. So wenig Gladstone auch außenpolitischer Weitblick eignete, er überzeugte sich jetzt sofort, daß alles darauf ankomme, das Hindernis für die ägyptische Vereinbarung aus dem Wege zu schaffen; dringlichst legte er Granville nahe, die Grenzregulierung an der Küste von Nord-Neu-Guinea unter allen Umständen zu fördern. So verliefen denn die weiteren Verhandlungen in den folgenden Tagen nach Wunsch. Wenn in Nord-Neu-Guinea und in Kamerun die deutschen Wünsche erfüllt wurden, so gab man in südwestafrikanischen Fragen (Betschuanaland, Luciabai[46]) auf deutscher Seite nach. Schon am 12. März konnte Gladstone in einer Unterhausrede mit einer freundlichen Begrüßung des Eintritts Deutschlands in die Reihe der kolonisierenden Mächte die letzten Schatten verwischen. Der Führer der größten Kolonialmacht der Erde rief Gottes Segen auf die deutschen Bestrebungen herab; Deutschland werde Englands Bundesfreund und Genosse zum Segen der Menschheit sein; indem es sein Genosse in der Verbreitung des Lichts und der Zivilisation werde, werde es bei diesem Werke die herzlichsten Wünsche Englands und jede Ermutigung finden, die in seiner Macht stehe. Die Rede wurde, wie Gladstone sofort der Königin meldete, mit einer allgemeinen und bemerkenswerten Herzlichkeit von dem Unterhause aufgenommen.[47] Es war wie eine Wende der Zeiten. Jenes Zeitalter, in dem England in vielen Teilen der Erde fast das Monopol der kolonialen Betätigung ausgeübt und infolge seines Vorsprungs die unerschlossene Welt offen gehalten oder nur nach Bedarf seinem eigenen Zugreifen reserviert hatte, war endgültig geschlossen. Die europäischen Rivalitäten hatten in diese neu zu erschließende Welt übergegriffen. Auch Bismarck konnte, als er am 13. März im Reichstage bei Beratung der Postdampfervorlage das Wort ergriff, dankbar die Einigung anerkennen. Schon wandte er den kampfbereiten Ton der letzten Debatten vollends von außen nach innen. So, wenn er, zu dem Bilde vom Völkerfrühling und seinem Loki zurücklenkend, das persönliche Bekenntnis ablegte, daß diese Analogie der deutschen Geschichte mit der deutschen Göttersage etwas sei, was ihn in den letzten zwanzig Jahren ununterbrochen gequält und beunruhigt habe. Er malte aus, worin dieser Völkerfrühling für die Deutschen bestanden habe, und wie der Loki über ihn gekommen sei: "Der alte deutsche Erbfeind, der Parteihader, der in dynastischen und konfessionellen, in Stammesverschiedenheiten und in Fraktionskämpfen seine Nahrung findet": ihn klage er vor Gott und der Geschichte an, wenn das ganze herrliche Werk der Nation von 1866 und 1870 wieder in Verfall gerate. Er redete, so schildert ihn ein Hörer unter den Abgeordneten, als wenn eine Inspiration über ihn gekommen sei, die Sprache, sonst zögernd und stockend, floß leicht dahin, die Stimme tönte gewaltig durch den weiten Raum, sein Antlitz und seine Augen wurden feucht.[48]

Mochte der Kanzler auch in den nächsten Tagen diese Gedanken gegen die Abgeordneten Windthorst und Eugen Richter weiter verfolgen und dabei die taktischen Vorteile seiner Kampfstellung gegen den politischen Gegner berechnend und erbarmungslos ausnutzen, er war sich bewußt, von einer ansteigenden Woge der nationalen Stimmung getragen zu werden. Von dem Ganzen seines Lebenswerkes aus wandte sich der Siebzigjährige an die heranwachsende Generation: "In unserer Jugend ist ein ganz anderer Schwung und eine großartigere Auffassung des politischen Lebens als in allen meinen Altersgenossen, die durch die Jahre 1847/48 mit dem Fraktions- und Parteistempel hindurchgegangen sind. Lassen Sie uns mal alle erst sterben, dann sollen Sie sehen, wie Deutschland in Flor kommt." Wohl fühlte er einen neuen Ton und ein neues Geschlecht, das Geschlecht, das auf dem Boden des wiedergewonnenen Reiches erwachsen war. Gerade auf dem Gebiet der kolonialen Unternehmungen sehen wir es bald mit dreisterem Ausgreifen und schrofferen Ansprüchen sich erheben. In dem einzigartigen Augenblick einer günstigen Weltlage hatte Bismarck selber den Schlauch des Äolus geöffnet, um diesen jugendlichen Kräften einen Ausweg in die Welt zu schaffen. Er mußte bald erleben, daß diese Kräfte sich nicht

ohne weiteres wieder einfangen ließen, wenn die Stellung der Gestirne am politischen Himmel ungünstiger wurde, sondern über ihn selber hinausstrebend, das Recht ihrer Generation für sich verlangten. Schon im nächsten Jahre sollte er auf den neuen Typus eines deutschen "Kolonialjingos" stoßen, dessen Begehrlichkeit viel größer sei als unser Bedürfnis und unsere Verdauungsfähigkeit. Für den Kanzler verstand es sich von selbst, diesen abenteuernden Geist in seine durch die Gesamtpolitik gebotenen Grenzen zurückzuweisen.

Wir sehen unsere Aufgabe nicht darin, die Abmachungen über die Kolonialgebiete bis in alle Einzelheiten zu verfolgen, und fassen nur noch die Summe und den Sinn dieses Geschehens in der Entwicklung der deutschen Außenpolitik zusammen. Die ganze Erwerbung dieser Kolonien im Laufe eines Jahres und damit die Grundlegung des deutschen Kolonialreiches in seinem wesentlichen Umfange war der Gunst der Stunde abgewonnen, ohne den Besitz maritimer Machtmittel, die auf Englands Entschließungen hätten einwirken können: so ruhte denn das Ergebnis auf der Machtstellung Deutschlands, wie sie seit dem Anfang der achtziger Jahre errichtet, und auf der Weltkonjunktur, wie sie zum Teil sich ungewollt ergeben hatte, zum Teil von Bismarck geschickt gefördert wurde: die Bindung Englands in Ägypten und der Fall Khartums, die deutsch-französische Entente und die Kongokonferenz, die herannahende russisch-englische Spannung in Afghanistan, das alles trug zu seinem Triumphe bei. So waren die Kolonien in ausgesprochener Weise die Frucht der kontinentalen Politik Bismarcks. Ihr Besitz, ihre Blüte, ihre Erweiterung ruhten weitgehend auf diesem Grunde unserer heimischen Kräfte.

Dabei war Bismarck sich durchaus bewußt, daß dieser Gewinn der Kolonien die Bewegungsfreiheit der deutschen Politik England gegenüber dauernd modifizieren würde. Er hatte am 5. März dem englischen Premierminister durch seinen Sohn einen Gedankengang vortragen lassen, der den charakteristischen Stempel seines realistischen, mächte-dynamischen Denkens trug. Es hieß darin: "Wir sind die jüngste der Großmächte, und wir wünschen die Art von kolonialer Betätigung, die einer Großmacht zusteht. Aber wir denken es nur in sehr kleinem und bescheidenem Umfang zu tun, und, indem wir es tun, geben wir Euch den stärksten Beweis des Vertrauens auf die künftige Freundschaft der beiden Länder. Denn wir wissen, daß, wenn eine Kontinentalmacht unsere kleinen Kolonien angreifen sollte, wir in ihr Gebiet zur Vergeltung wieder einmarschieren können. Aber wir wissen auch, daß Ihr unsere Kolonien wirksam angreifen könnt, und daß wir an Euch nicht zur Vergeltung herankommen können, weil Ihr Herren der See seid."[49] So sehr das Argument auf den Hörer berechnet war, so war darin zugleich eine Erkenntnis ausgesprochen, die in der Tiefe der Seele Bismarcks ruhte: daß jede Kolonialerwerbung auf Kosten Englands letzten Endes auch ein gewisses Maß von Abhängigkeit von der englischen Politik in sich schloß, daß die rein kontinentale Grundlage der Machtstellung Deutschlands nicht ganz mehr die alte sei, sondern leise verlassen werde, daß insbesondere ein neues Element in das Verhältnis zu England, in die einzige noch nicht endgültig geklärte und noch immer labilste aller großmächtlichen Beziehungen einzutreten beginne. Das bedeutete im Augenblick noch nicht viel und konnte in der Gesamtlage wohl ertragen werden. Aber eines Tages konnte auch von hier aus das Gesicht der deutschen Politik sich stärker verändern; es konnte geschehen, daß die kolonialen Interessen Deutschlands weiter um sich griffen, daß die hinter ihnen stehenden Kräfte stürmischer über das bescheidene Anfangsprogramm hinausdrängten oder auch die maritimen Machtmittel der kolonialen Betätigung auszudehnen verlangten.

Der schnelle Verlauf der deutsch-englischen Verständigung stand schon unter der Einwirkung einer dunklen Wolke, die sich infolge des russischen Vormarsches in den afghanischen Grenzgebieten zusammenzog und sich plötzlich in einer ernsten englisch-russischen Kriegsgefahr zu entladen drohte. Der Zusammenstoß russischer und afghanischer Truppen am 29. März in Pendjeh stellte die ganze Welt vor die bange Erwartung, daß sich ein ungeheurer Aufeinanderprall der russischen und englischen Macht im mittleren Osten anbahne. Gegenüber dieser Gefahr, mit der Rußland seine Revanche für die englische Intervention im nahen Osten im Jahre 1877/78 zu nehmen schien, standen die Engländer vor dem Zwange einer ganz eindeutigen Rechnung: wenn der Emir von

Afghanistan, durch das russische Vordringen beschwert, sich an ihre Hilfe wende und keinen Schutz empfinge, würde er sich den Russen in die Arme werfen und zu einem Trabanten Rußlands herabsinken. Ein solcher Ausgang, nahe den Toren Indiens, müsse mit allen Mitteln, selbst mit Waffengewalt, verhindert werden. Der Kampf um Afghanistan, bei dem so gewaltige Einsätze auf dem Spiele standen, mußte also auf den ganzen Orient übergreifen - es ist begreiflich, daß die Engländer in einem Kriegsfalle auch auf türkische Diversionen an der russischen Grenze rechneten. In solcher Erwartung erinnerte Rußland sofort bei dem Beginn der Krisis in Berlin an die Bestimmung der Verträge von 1881/84, die Deutschland gegen jede Störung in den Dardanellen (auch gegen den Eventualfall) festlegte. Unverzüglich beteiligte sich Bismarck am 9. April an einer formellen Erklärung der Kaisermächte an die Pforte, daß eine Öffnung der Dardanellen für Kriegsschiffe der Kriegführenden einen Bruch der Neutralität bedeute. Es war die Probe auf die Festigkeit des Vertrags von 1884 - wäre sie nicht bestanden worden, so wäre der Vertrag zerrissen worden. So erfolgte unter Leitung Deutschlands der entscheidende Schritt, um die Pforte in dem drohenden Kriege in der Neutralität zu erhalten und dadurch diesen Krieg, der wohl eine ungeheure Resonanz, aber kaum einen unmittelbaren Schauplatz hatte, wesentlich zu lokalisieren. Gegen Ende April und im ersten Drittel des Mai stieg die Kriegsgefahr immer höher, um dann, auf der Spitze der Erregung, umzuschlagen und einer englischen Bereitschaft zur Entscheidung durch Schiedsspruch Platz zu machen. Diese Nachgiebigkeit war "der offenkundige Beweis dafür, daß England in der europäischen Situation keinen Rückhalt für kriegerisches Vorgehen gegen Rußland fand". Die unter deutscher Führung herbeigeführte neutrale Haltung der Türkei hatte entschieden dazu beigetragen, diese englische Entschließung für den Frieden zu erleichtern.[50] Der Reichskanzler führte durch seine Haltung zugleich den Nachweis, daß Deutschland nicht etwa einen englisch-russischen Krieg wünschte, wie die englische Presse nachher behauptete - es lag im deutschen Interesse, daß er vermieden wurde. Denn man mußte sich in Berlin sagen, daß ein unterlegenes Rußland sich blindlings in der französischen Allianz erholen, ein Unterliegen Englands aber ein noch weiteres Ansteigen des russischen Druckes zur Folge haben würde. Gewiß lag es im deutschen Interesse, nicht darauf hinzuwirken, eine russische militärische Beschäftigung in Asien zu verhindern und dadurch auf sich selbst zu lenken. Aber es tauchten auf dem Höhepunkte der englisch-russischen Spannung schon Stimmen auf, die sie in eine russisch-englische Verbindung zu überführen suchten. Bismarck war sich sofort darüber klar, daß damit eine Basis für eine englisch-russische Koalition gegeben sein würde, wie sie gefährlicher nicht gedacht werden könne. Er führte aber unter dem 27. Mai 1885 seinem greisen Monarchen aus: "Es liegt daher für die deutsche Politik die Versuchung sehr nahe, zwischen Rußland und England lieber feindselige als zu intime Verhältnisse herbeizuführen. Wir haben derselben aber gewissenhaft widerstanden und nichts getan, um Kriegsaussichten zu fördern; aber wenn wir diese Enthaltsamkeit aus allgemeinen christlichen Erwägungen üben, so sind wir doch der deutschen Nation schuldig, alles zu vermeiden, was dahin führen könnte, daß wir England die russische Feindschaft abnehmen, indem wir sie uns selbst aufladen. Um dies herbeizuführen, dazu würde schon der leiseste direkte oder indirekte Druck auf Rußland genügen, schon eine freundschaftliche Empfehlung Frieden zu halten."[51] Nur sorgfältige Zurückhaltung bedeute sorgfältige Pflege des Friedens. So bewährte diese Politik in den schwierigsten Situationen und auf lange Fristen hinaus, daß ihr nichts weniger innewohne, als das billige Wohlgefallen am Zwiste der anderen untereinander: sie schaute vielmehr mit starkem Verantwortungsgefühl über diese Zwistigkeiten hinweg und sah in ihnen nur eine Ermutigung, auf dem geraden Wege weiterzugehen.

Die deutsch-englische Spannung war durch die höher gehenden Wogen des englisch-russischen Weltgegensatzes überdeckt worden: sie erschien nur noch als eine Episode, die beruhigt in sich selber ablief. Schon aber hatte in der Staatengesellschaft, insbesondere in dem Verhältnis der beiden Westmächte zum Deutschen Reiche, eine Wandlung von Grund aus begonnen sich anzukündigen.

Den ersten Stoß brachte ein Umschwung in Frankreich. Am 30. März wurde Jules Ferry, das Ministerium der Entspannung mit Deutschland, gestürzt. Den äußeren Anlaß des Sturzes gab eine im ersten Schreck überschätzte Niederlage der französischen Truppen in Hinterindien gegenüber

den Chinesen; während die leitenden Männer in Paris eine deutsche Intervention in China zugunsten Frankreichs erbaten[52] - gleichsam eine Steigerung der Vertraulichkeiten in der Welt -, waren ihre Gegner sofort entschlossen, diesen Vertraulichkeiten ein Ende zu bereiten; was eine Schlappe der französischen Kolonialpolitik auf einem einzelnen Schauplatz war, erschien als eine allgemeine und grundsätzliche Bloßstellung dieser Politik überhaupt, insbesondere ihres Zusammengehens mit Deutschland. Das innerste Motiv des Sturzes von Ferry war die Verurteilung seines Verhältnisses zu dem deutschen Nachbar. Während des ganzen Winters schon hatte die Opposition den Ministerpräsidenten angeklagt, daß er in die Vasallität Bismarcks geraten sei und um eines kolonialen Linsengerichtes willen die Zukunft Elsaß-Lothringens verrate, jetzt bot ihr ein flüchtiger Anlaß die Handhabe, "den Preußen" zu beseitigen. Ein nationalistischer Radikaler wie Clemenceau, der von jeher die englischen Beziehungen gepflegt hatte, setzte sich an die Spitze der Gegner, um Ferry, den Schöpfer der neuen französischen Kolonialmacht, als unwürdig zu brandmarken, "die großen Interessen des Vaterlandes zu diskutieren". Jeder verstand diese Sprache: es war der Geist der Revanche, der über die weltpolitische Möglichkeit, zu einem dauernden Frieden mit Deutschland zu kommen, triumphierte.

Natürlich sprang der Wind nicht mit einem Male in die entgegengesetzte Richtung um. Aber Bismarck konnte die Tragweite der Wendung, die fast auf den Tag mit seinem siebzigsten Geburtstage zusammenfiel, nicht verkennen. Schon am 25. Mai kam er zu dem Ergebnis, "daß die Furcht vor den Revanchebewegungen und der Ausbeutung derselben durch die jeweilige Opposition jede Regierung hindern werde, **feste** Anlehnung an Deutschland zu nehmen." Da die gereizte Politik des verschmähten Liebhabers nicht seine Sache war, so begnügte er sich mit der sachlichen Schluß-folgerung: "Eine **vorübergehende** Anlehnung ist deshalb von uns noch nicht zu verschmähen, aber wir können keine politischen Häuser darauf bauen; das Mißtrauen gegen uns wird im entscheiden-den Augenblick immer noch größer sein als der Ärger über England. Aus diesem Grunde müssen wir uns fortgesetzt enthalten, die Spitze gegen England zu nehmen und französischer zu sein als die Franzosen." Unter diesem Zeichen wird immer mehr die Abwicklung der deutsch-englischen kolo-nialen Schwierigkeiten stehen. Schon in den nächsten Monaten mußte man erleben, daß angesichts der bevorstehenden Neuwahlen zur Deputiertenkammer der chauvinistische Geist weiter um sich griff; als die französische Presse die Verlegung von Kavallerieregimentern an die deutsch-französische Grenze verlangte, hielt Bismarck es doch für angezeigt, einen kalten Wasserstrahl in der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* vom 3. August nach Paris zu senden; der Artikel suchte von den "turbulenten Minoritäten *à la Déroulède*" an die friedliebende Mehrheit der französischen Nation zu appellieren und verband damit die kühle Feststellung, daß die deutsche Politik der Versöhnung gescheitert sei. Als sich dann während der vorübergehenden Spannung zwischen Deutschland und Spanien (aus Anlaß der Karolinenfrage) herausstellte, daß die französische öffentliche Meinung, auch auf überseeischen Schauplätzen gegen Deutschland Partei nehmend, mit allen Kräften den Streit zu schüren sich vorsetzte, zog der Kanzler unter die bisherige Politik einen entschlossenen Strich: "Fünfzehn Jahre freundlichen Entgegenkommens auf **jedem** Gebiete der Politik, mit alleiniger Ausnahme des Elsaß", so hieß es in einem Erlasse vom 21. September 1885, "haben hierin eine Wandlung oder Ermäßigung nicht bewirken können. Das Mißtrauen, womit die französische Bevölkerung unser langjähriges Entgegenkommen aufgenommen hat, ihre nicht bloß im Geheimen günstige Haltung gegenüber der Patriotenliga, der Terrorismus, den letztere auf die öffentliche Meinung ausübt, die Fortdauer agitatorischer Einwirkungen auf die Bevölkerung der Reichslande, das sind Momente, die wir nicht unberücksichtigt lassen können."[53] Die Episode der deutsch-französischen Entspannung von 1884/85, die einen breiten Weg zum Weltfrieden hätte eröffnen können, war endgültig abgelaufen, um bis zu dem Weltkriege hin sich nicht zu erneuern. Sie schlug unvermittelt, wie schon das nächste Jahr lehren wird, in den schärfsten Gegensatz um und wird einem Nationalismus Platz machen, der nur ein Gebot kannte.

Das dynamische Gesetz, das die Beziehungen innerhalb der Staatengesellschaft regiert, brachte es mit sich, daß während der Sommermonate, in denen dieser Umschwung sich vorbereitete, der

entgegengesetzte Umschwung in den Beziehungen zwischen Deutschland und England einsetzte. Die Regierung Gladstones, durch vielerlei auswärtiges Mißgeschick in ihrem Ansehen erschüttert, nahm eine am 8. Juni 1885 durch Tories und Irländer erlittene Niederlage im Unterhause zum Anlaß des Rücktritts, und so ging die Staatsleitung, obgleich die Tories nicht über die Mehrheit verfügten, an Lord Salisbury über - an den Staatsmann, der sechs Jahre zuvor den Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses als eine "frohe Botschaft" begrüßt hatte. Er machte gleich bei Antritt seines Amtes kein Hehl daraus, daß er die unglückliche Politik der Liberalen in den Beziehungen zu Deutschland zu verlassen gedenke; der tatkräftige Lord Randolph Churchill, der als Sekretär für Indien in das Kabinett eingetreten war, suchte ihn durch seinen Einfluß noch stärker auf die andere Seite zu drängen. So nahm er gleich den ersten Empfang der Botschafter am 26. Juni wahr, um dem Grafen Münster ein gutes Verhältnis mit Deutschland als leitenden Grundsatz der konservativen Partei zu bezeichnen. Als Bismarck die Erklärung mit Dank aufnahm, da auch nach seiner Auffassung solches Einvernehmen dem Interesse beider Staaten entspreche, und er sich gern der Zeiten erinnere, da er mit Salisbury in freundschaftlicher Beziehung gestanden habe, ging der englische Premierminister noch einen Schritt weiter. Er ließ dem Kanzler seine Ansichten über die Zukunft der englischen Politik vertraulich aussprechen und wiederholte auch in einem Privatbriefe den Wunsch, das gute Einvernehmen wiederherzustellen, das in der neueren Zeit leicht umwölkt gewesen sei. In seiner Antwort vom 8. Juli beteuerte wiederum Bismarck seine feste Überzeugung, daß die traditionellen freundlichen Beziehungen zwischen den beiden Dynastien und den beiden Nationen genügende Sicherheit gäben, jede vorhandene oder aufsteigende Frage in einem versöhnlichen Sinne zu begleichen; die Kolonialfragen seien zu seiner großen Genugtuung fast ganz erledigt und der Endabschluß vor der Tür.[54] Es war von beiden Seiten eine auch in das Persönliche übertragene Absage an den Geist der Rivalität und Verstimmung, der in den letzten Jahren zwischen London und Berlin geherrscht hatte. Daß diese Rückkehr zu einem früheren Einvernehmen in Paris nur mit gemischten Gefühlen aufgenommen wurde und die längst wieder im Ansteigen begriffene Revancheneigung verstärken mußte, liegt auf der Hand.

"Zwischen den beiden Dynastien und den beiden Nationen" - so hatte Bismarck sich in dem Schreiben an Salisbury ausgedrückt. Mit gutem Grunde. Denn allerdings schien der Augenblick sich zu nähern, wo diese dynastischen Beziehungen, die so lange in dem Schatten zukünftiger Möglichkeiten gelegen hatten, aus der zweiten Linie heraustreten und eine höhere Bedeutung gewinnen konnten. Es schien, als ob das lange Herrscherdasein des greisen Kaisers sich seinem Ende zuneige. Schon bei der Thronrede zur Eröffnung des Reichstages im Oktober 1884 hatte er nur mit Mühe die körperliche Hemmung überwinden können; seit Anfang des Jahres 1885 wiederholten sich Ermattungsanfälle in besorgniserregender Weise, und im Laufe des Mai 1885 konnte sich der Kaiser nur langsam von den ihn häufig heimsuchenden Anfällen seines Blasenleidens erholen. Als er dann im Juni zu seiner Wiederherstellung nach Ems übergesiedelt war, erlitt er einen schweren Ohnmachtsanfall, der zu ernster Beunruhigung Anlaß gab: man mußte fortan jeden Augenblick damit rechnen, daß das Leben des achtundachtzigjährigen Greises zu Ende gehe. Diese plötzlich auftauchende Möglichkeit stellte den Kronprinzen Friedrich Wilhelm und den Reichskanzler vor schwerwiegende politische Entscheidungen, vor das Problem einer grundsätzlichen Verständigung über ihre Zusammenarbeit. Am 7. Juli 1885 sprachen die beiden Männer, die schon in der nächsten Stunde aufeinander angewiesen sein konnten, sich eingehend über die Zukunft des Reiches aus - ein flüchtiges Nachbild jener ersten Besprechung, die der Gesandte von Bismarck ein Menschenalter zuvor mit König Wilhelm im Parke von Babelsberg gepflogen. Die Einigung war vollkommen. Der Kronprinz erklärte dem Kanzler "in sehr gnädiger Form und mit rückhaltlosem Vertrauen", daß er die Zusammenarbeit wolle, und dieser antwortete, daß er seinem König, nach seiner Denkungsweise, noch den letzten Rest, der ihm an Arbeitskraft bleibe, nicht versagen könne, wenn er seiner Dienste zu bedürfen glaube und sie von ihm verlange, ohne ihm Handlungen zuzumuten, die dem Lande, der Dynastie oder seiner Ehre schädlich seien.[55] Es war am nächsten Tage, daß Bismarck jene Antwort an Salisbury schrieb, die neben der Freundschaft der Nationen auch von der Freundschaft der Dynastien sprach - wie denn auch die

vorgehende Annäherung der englischen Seite durch Nachrichten von der Möglichkeit eines Thronwechsels beschleunigt oder vertieft worden sein mag. Genug, die zu Anfang Juli sichtbare deutsch-englische Freundschaftserneuerung stand dieses Mal unter einem besonderen Zeichen.

Mit diesen Möglichkeiten mußte auch die eingeweihte politische Welt im Sommer 1885 rechnen. Wie viele Fragen schloß doch der deutsche Thronwechsel in sich! Würde die Persönlichkeit eines neuen Kaisers und seiner englischen Gemahlin, die so oft ihre Neigungen und Hoffnungen hatten unterdrücken müssen, nicht doch einen stärkeren Einfluß auf die deutsche Außenpolitik, insbesondere auf das Verhältnis zu England hier und Rußland dort ausüben, so wie es in London herbeigewünscht und in Petersburg befürchtet wurde? Würde die Alleinherrschaft Bismarcks, die soeben wieder alle Krisen siegreich durchschritten hatte, sich in der großen Politik auch fortan ungeschwächt behaupten? Welche Erwartungen immer sich mit dem Wechsel verbanden, welche Sicherheit immer Bismarck für seinen Kurs zu gewinnen glaubte, irgendwie konnten gerade an derjenigen Stelle des Weltzusammenhanges, an der seit langem das höchste Maß von Beständigkeit und Kraft gewaltet hatte, fortan die Dinge in Bewegung kommen.

Die Engländer glaubten mit der neuen Ära schon rechnen zu dürfen. Als der jüngere Sohn Bismarcks im Laufe des August, gleichsam als ein persönlicher Horchposten des Kanzlers, nach London entsandt wurde, bekam er von dem aktivistischen Lord Randolph Churchill eine ganz ungewohnte Tonart zu hören: kriegerische Entschlossenheit in dem noch keineswegs gelösten englisch-russischen Konflikt wegen Afghanistan, und heißes Bemühen, die deutsche Bundesgenossenschaft in die antirussische Weltfront Englands hineinzuwerfen. Die englischen Phantasien kreisten, über Konstantinopel und Ägypten hinausreichend, jetzt um die Verteidigung Indiens in Afghanistan: hier in Mittelasien sollte auch Deutschland, vermöge einer englisch-deutschen Garantie Persiens, mit deutscher Vorhand in der wirtschaftlichen Erschließung des Landes, ein angemessener Kampfpreis geboten werden! Diese Ideen, unverbindlich hingeworfen von einem jüngeren stürmischen Kabinettsmitgliede, wogen um so weniger schwer, als das Torykabinett, wie der Engländer selbst gestand, auf sehr unsicherem Grunde ruhte; und wenn er auch dem deutschen Botschafter zurief: "Zusammen würden wir beide die Welt regieren können, aber Ihr habt ja nicht gewollt", so blieb Bismarck solchen Weltherrschaftsteilungen gegenüber, die er auch von russischer und sogar von französischer Seite kannte, sehr kühl: "reicht nicht" lautete die knappe Randbemerkung.[56]

Wie wenig die Kolonialpolitik Bismarcks, bei allem ihrem Ausgreifen, die Grenzen verkannte, an die sie durch den Weltfrieden und die Gesamtlage gebunden war, sollte eben in diesen Wochen, in der wie ein plötzliches Gewitter am heiteren Himmel losbrechenden Episode des Streites mit Spanien vor aller Welt erwiesen werden. In der deutsch-englischen Südseevereinbarung vom April 1885 war auch das Gebiet der Karolinen und benachbarten Inseln als deutsche Interessensphäre anerkannt worden; schon vor Jahren waren von Spanien erhobene Ansprüche auf die Karolinen auf einen englischen und einen deutschen Protest gestoßen, und Spanien konnte, wenn es sich nicht auf die Bulle Papst Alexanders VI. und ihre Weltteilung zwischen Spanien und Portugal berufen wollte, nur sehr zweifelhafte Akte tatsächlicher Hoheitsübung hier geltend machen. Die Reichsregierung hatte die Absicht der Besetzung in Madrid mitgeteilt und die Flaggenhissung im Laufe des August vorgenommen. Wenn schon die erste Mitteilung eine Erregung in Spanien hervorrief, die weder zu dem Wert des Objektes noch zu den spanischen Interessen in einem rechten Verhältnis stand, so führte die vollzogene Tatsache am 4. September 1885 zu schweren Ausschreitungen gegen die deutsche Gesandtschaft und zu einer hochgradigen Spannung, die jeden Augenblick in eine wirkliche Kriegsgefahr oder in eine Erschütterung des spanischen Thrones ausmünden konnte. Beides aber war Bismarck entschlossen zu vermeiden. Vom ersten Augenblick an war er, obgleich sich der "schönste Kriegsgrund" dargeboten hätte, zu einem versöhnlichen Ausgang vermöge eines Schiedsgerichtes, d. h. bei der verwickelten, wenn auch nicht ungünstigen Rechtslage, zur Nachgiebigkeit bereit. Auf einem Wege, den nur er wagen durfte. Da es durch Zufall bekannt

wurde, daß ein Wortführer der katholischen Partei in Spanien stolz erklärt hatte, sie würde als Schiedsrichter nur einen Nachfolger Alexanders VI. anerkennen können, so griff der Reichskanzler mit der blitzschnellen Intuition des Genius zu dem damals die ganze Welt überraschenden Ausweg, seinerseits den Papst Leo XIII. als Schiedsrichter in Vorschlag zu bringen. Nachdem Spanien zugestimmt hatte, übernahm der Papst mit hoher Freude die "dem Geiste und dem Wesen des Papsttums" so gemäße Aufgabe. Was außenpolitisch eine rasche Lösung des Konflikts brachte, war zugleich ein verblüffender innerpolitischer Schachzug Bismarcks, der den Papst, in der endlichen Befriedung des kirchenpolitischen Streites, vollends auf den Weg der Versöhnung hinüberführte und der Zentrumspartei eine niemals erwartete Bundesgenossenschaft gegenüberstellte. Die salomonische Entscheidung der Kurie sprach zwar, wie zu erwarten gewesen, Spanien die Karolinen und die Palauinseln zu, aber den Deutschen alle wünschbaren Schiffahrts- und Handelsrechte, einschließlich des Rechtes einer Marinestation. Bismarck aber hatte der Welt gezeigt, daß das kunstvolle System der europäischen Friedenspolitik ihm wertvoller war als alle "Korallen der Südsee", und daß die stärkste Macht am ehesten einem Schwächeren nachgeben könne: nachdem sie der englischen Weltmacht in langwierigem diplomatischen Kampfe den Eintritt in die Kolonialpolitik abgerungen hatte, durfte sie es auf sich nehmen, vor einem Gegner zurückzuweichen, der selber für eine Nachgiebigkeit zu schwach war.

Gerade in dem Augenblicke der höchsten spanischen Erregung sollte es in dem sprunghaft-dramatischen Ablauf der Dinge, der dieses Jahr beherrschte, sich ereignen, daß dieses letzten Endes ungefährliche Feuerwerk durch den Ausbruch eines wirklichen Brandherdes in Europa abgelöst wurde. Während vielerorten die Dinge noch in einer gewissen Schwebe verharrten, entschloß man sich an einer Stelle zu handeln, im Orient, in dem das verantwortungslose Vorgehen einzelner am leichtesten die allgemeine Ordnung verwirren und mit einem geringen Aufwand von Verschwörerkünsten ganz Europa zu erschüttern vermochte. Unmittelbar nachdem der Kaiser Alexander III. und Franz Joseph eine Zusammenkunft in Kremsier gehabt hatten, brach am 17. September 1885 eine längst vorbereitete und von mehr als einer Seite geförderte Revolution in Ostrumelien aus, die eine Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien verkündigte und den Fürsten Alexander nötigte, sich an ihre Spitze zu stellen. Damit war das mühsam auf dem Berliner Kongreß geschaffene Werk der großen Mächte zerstört und die Orientfrage eröffnet, so wenig sich auch im ersten Augenblick die Verteilung der Rollen und die Gruppierung der Parteien vorhersagen ließ. Am 20. September 1885 rief die Türkei bereits die Intervention der Großmächte an: statt Afrika und Asien beherrschte fortan wieder der nahe Orient die Geschicke. Als die Nachricht von der Revolution nach Petersburg gelangte, schrieb General von Schweinitz in sein Tagebuch: "Dies ist die größte Nachricht, welche ich seit dem Jahre 1870 erhalten habe". Und allerdings, der Einschnitt, den die Ereignisse in der europäischen Geschichte machten, war tief und von Dauer. Eine neue Epoche, von höchster Spannung erfüllt, setzt ein - ihre Kämpfe werden die letzten und schwersten Jahre der Staatsleitung Bismarcks erfüllen.

Anmerkungen:

1 [1/241] Lord Fitzmaurice a. a. O., 2, 207. ...zurück...

2 [2/241] Der Erlaß Granvilles vom 13. Oktober 1880 (Fitzmaurice a. a. O. 2, 218 ff.) kennzeichnet das Übergewicht, das Bismarcks Autorität erworben hatte, und die respektvolle Ergebenheit, mit der auch eine unabhängige großmächtliche Regierung diese Autorität anerkennt. ...zurück...

3 [3/241] Brauer-Marcks-Müller, *Erinnerungen an Bismarck* (1915), S. 319. ...zurück...

4 [1/242] Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 270. ...zurück...

5 [1/243] Österreich: *Gr. Politik* 3, 130. Rumänien: *Gr. Pol.* 3, 266. Italien: *Gr. Pol.* 3, 410 ff. ...zurück...

6 [2/243] Schweinitz, *Denkwürdigkeiten* 2, 247 (11. Sept. 1883). ...zurück...

7 [1/244] Es soll nicht verschwiegen werden, daß man im russischen Außenministerium Katkow, als er von der Erneuerung erfahren, mit der Wendung zufriedenzustellen suchte: "*D'ailleurs, cela n'est qu'un chiffon de papier que nous pourrons déchirer quand nous le voudrons.*" Saburow an Pobiédonostew, 19. 5. 87 (Constantin Pobiédonostew, *Mémoires politiques* S. 471). ...zurück...

8 [1/245] Bismarck an Reuß 18. November 1883 (*Gr. Pol.* 3, 406). Vgl. auch die bei dem Abschluß des Dreikaiserbündnisses gegen Saburows Intrige gerichtete Bemerkung vom 5. Februar 1884: "So lange ich Minister bin, wird ein **Angriff** Deutschlands auf Frankreich nicht stattfinden. Ich würde zurücktreten, wenn eine so unmotivierte Gewalttat befohlen würde." (*Gr. Pol.* 3, 324.) ...zurück...

9 [1/246] *Gr. Politik* 3, 401, 402, 405, 406 ff., 412. ...zurück...

10 [1/247] Lord Cromer, *Modern Egypt*, Deutsche Übersetzung I, 306. ...zurück...

11 [1/248] Gr. Pol. 4, 32 ff. Ein englischer Text bei Fitzmaurice, *Granville* 2, 274 ff. ...zurück...

12 [1/249] Aufzeichnung des Grafen Herbert Bismarck, September 1882 (*Gr. Pol.* 4, 36 ff.) Diese Form seines motivierten "Ratschlages" ist von Bismarck in seiner Reichstagsrede vom 2. März (**s. u. S. 275**) zugrunde gelegt worden. ...zurück...

13 [1/251] Fitzmaurice a. a. O. 2, 337 ...zurück...

14 [1/252] Vgl. zu dem Folgenden: P. Darmstädter, *Geschichte der Aufteilung und Kolonisation Afrikas*, 2 Bände (1916/20). M. von Hagen, *Bismarcks Kolonialpolitik* (1923). Dazu: *Große Politik*, Bd. 4, 48-108, verarbeitet von W. Stuhlmacher, *Bismarcks Kolonialpolitik* (1927). ...zurück...

15 [1/253] *Cambridge History of British foreign policy* 3, 207. ...zurück...

16 [1/254] *Cambridge History of British foreign policy* 3, 207. ...zurück...

17 [2/254] Briefwechsel des Botschafters von Schweinitz S. 193. Schweinitz hielt sich später für berechtigt, diese Version auch der Kaiserin Friedrich mitzuteilen, die am 21. Juni 1894 die Erzählung der Königin Victoria weitergab. Ponsonby, *Letters of Empress Frederick* S. 448. Bei ihr wird aber das Gespräch von Schweinitz nicht mit Herbert, sondern mit dem Fürsten Bismarck geführt, in dessen Munde diese "Enthüllung" seiner wahren Motive noch mehr als massive Vergröberung wirkt. ...zurück...

18 [1/256] So von Sir William Harcourt, 22. Juni 1884, Mr. Joseph Chamberlain, 9. Juli 1884 ("geradezu verrückt"), Sir Charles Dilke ("alles Unrecht war auf unserer Seite"). Ebenso der Prinz v. Wales, Gr. Pol. 4, 74, 76 f., 83 f., 85 f., 88 f. ...zurück...

19 [1/258] Darmstädter, a. a. O., 2, 65. ...zurück...

20 [2/258] K. Günther, *Gerhard Rohlfs* (1912). ...zurück...

21 [1/259] Im Jahre 1873. Vgl. Fitzmaurice, *Granville*, 2, 113, 361 f. Vgl. die Darstellung von M. v. Hagen, *Geschichte und Bedeutung des Helgolandvertrages* (1916), die sich jetzt aus dem neuerdings bekanntgewordenen englischen Material ergänzen läßt. ...zurück...

22 [2/259] Die Bemerkungen von A. v. Tirpitz, *Lebenserinnerungen*, S. 59: "Caprivis Grund bei der Erwerbung Helgolands war also nicht sowohl dessen militärische Bedeutung, wie vor allem der Wunsch, sich mit England gut zu stellen", sind durch nichts gerechtfertigt. ...zurück...

23 [1/260] Bismarck an Münster, 11. Mai 1884. ...zurück...

24 [2/260] Als Caprivi in der Sitzung des Preußischen Staatsministeriums am 16. Mai die Notwendigkeit Helgolands für den Nordostseekanal erwähnte, ließ Bismarck fallen, daß er auch "daran arbeite", Lucius, a. a. O., S. 293. ...zurück...

25 [3/260] Randbemerkung zum 24. Mai 1884. Erlaß am 25. Mai 1884. Eine spätere Bemerkung des Grafen Münster vom 19. 6. 1890 (*Gr. Pol.* 8, 26), er habe immer Helgoland betrieben, aber niemals Bismarck, der keinen Wert darauf legte, zum Vorgehen bewegen können, entstellt den wirklichen Sachverhalt. ...zurück...

26 [4/260] Fitzmaurice, a. a. O., 2, 361 f., 363. ...zurück...

27 [1/261] Von burischer Seite: Joh. Andreas Wüd, *Die Rolle der Burenrepubliken in der auswärtigen und kolonialen Politik des Deutschen Reiches 1883 bis 1890* (Münchener Diss.,1927), S. 22 ff. ...zurück...

28 [1/262] Buckle, *Letters of Queen Victoria* 3, 505 f. ...zurück...

29 [1/263] Die englische Note vom 19. Juli, die zur formellen Ausführung bestimmt war, gab der deutschen Regierung erneuten Anlaß zur Beschwerde und wurde am 8. August zurückgezogen. ...zurück...

30 [1/264] Corti, *Alexander v. Battenberg*, S. 165 - 67. ...zurück...

31 [2/264] General v. Schweinitz, *Denkwürdigkeiten* 2, 273 und *Briefwechsel*, S. 204 f. Dazu *Große Politik* 3, 339 ff. ...zurück...

32 [1/265] Erlaß Bismarck an Hatzfeldt, 7. August 1884. Vgl. Rambaud, *Ferry*, S. 279. ...zurück...

33 [1/267] Vgl. neuerdings das Urteil des Fürsten Bülow, der damals als junger Legationssekretär in Paris tätig, über diesen innerlichen Chauvinismus Ferrys, *Denkwürdigkeiten* 4, 483. Es entspricht dem Urteil von Déroulède **s. u.** ...zurück...

34 [2/267] Siehe oben **S. 236**. **245 f**. ...zurück...

35 [1/269] Buckle, *Letters of Queen Victoria*, 3, 524 f. ...zurück...

36 [1/270] M. v. Hagen, a. a. O., S. 445. ...zurück...

37 [2/270] Granville, 30. September 1884. Fitzmaurice, a. a. O., 2, 371 f. ...zurück...

38 [3/270] Gladstone an Königin Victoria, 5. Januar 1885, Buckle, a. a. O., 3, 591. ...zurück...

39 [1/271] Karl Peters, *Die Gründung von Deutsch-Ostafrika* (1906). Dazu unentbehrlich: Graf Pfeil, *Zur Erwerbung von Deutsch-Ostafrika* (1907). ...zurück...

40 [2/271] Schweinitz, a. a. O., 2, 291. ...zurück...

41 [1/273] Die Initiative ging nicht von Bismarck, bzw. von Münster, aus, wie Fitzmaurice, a. a. O., 2, 425 (danach auch M. v. Hagen) das an Gladstone gerichtete Memorandum Granvilles falsch interpretiert. Es lag für Bismarck kein Grund vor, die grundsätzliche Haltung vom Mai (zumal nach der Parlamentsdebatte!) aufzugeben und sich einem zweiten Korbe auszusetzen. Seine Erlasse vom 24./25. Januar lassen für einen solchen Schritt weder vorher noch nachher Raum. Wie ich nachträglich sehe, hat schon H. Rothfels, *Englische Bündnispolitik Bismarcks*, S. 86, den richtigen Tatbestand erkannt. ...zurück...
42 [2/273] In den Akten findet sich keine Spur davon. Eine private Benachrichtigung bleibt nicht ausgeschlossen. Wahrscheinlicher ist, daß Münster fürchtete, mit der Mitteilung dieses Angebots noch mehr zu verderben, und darüber schwieg. ...zurück...

43 [1/274] Aus der Konfrontation der deutschen und der englischen Akten (Fitzmaurice, a. a. O., 2, 376) läßt sich kein ganz eindeutiges Bild gewinnen. ...zurück...

44 [1/275] Zu dem Schreiben Gladstones an Königin Victoria vom 28. 2. 1882 (Buckle a. a. O. 3, 615), in dem von einer Note Bismarcks, die nicht weniger als drohend genannt werden könne, und einem englischen Antwortentwurf die Rede ist, sei bemerkt, daß beide Aktenstücke nicht bekannt sind. Es ist nicht unmöglich, daß man in den nächsten Tagen, anläßlich der Mission Herbert Bismarcks, mit dem laufenden Papierkrieg großzügig aufgeräumt und vielleicht ergangene Aktenstücke als nicht vorhanden behandelt hat. ...zurück...

45 [2/275] Er gab die Aufzeichnung seines Sohnes Herbert vom September 1882 (**s. o. S. 248 f.**), den englischen Text während der Rede übersetzend, zum größten Teile wieder. ...zurück...

46 [1/276] Über die Bedeutung dieser Konzessionen, die für die Situation der Burenstaaten sehr wichtig waren, vgl. Joh. Andreas Wüd, *Die Rolle der Burenrepubliken*, a. a. O., S. 37 - 74. Die deutsche Politik ließ damals die Burenkarte, die sie eine Zeitlang hatte ergreifen wollen, wieder fallen. Vgl. Bismarcks Gespräch mit dem Transvaalfarmer Adolf Schiel. *Gesammelte Werke* 8, 515. ...zurück...

47 [2/276] Gladstone an Königin Victoria, 12./13. März 1883, Buckle, *Letters of Queen Victoria*, 3, 625 f. ...zurück...

48 [1/277] H. v. Poschinger, *Bismarck und die Parlamentarier*, 3, 163. ...zurück...

49 [1/278] Fitzmaurice, *Granville* 2, 431. ...zurück...

50 [1/279] Radowitz, *Aufzeichnungen und Erinnerungen* 2, 246. ...zurück...

51 [1/280] *Große Politik* 4, 125 f. ...zurück...

52 [2/280] Ebenda 3, 699 f., 13, 53 f. ...zurück...

53 [1/282] Bismarck an Hohenlohe, 21. September 1885. *Gr. Pol.* 3, 452. Vgl. auch die Äußerungen zu Lucius am 6. Oktober 1885. *Bismarck-Erinn.* S. 319. ...zurück...

54 [2/282] Daß in verkleinertem Umfange sich auch jetzt noch Beschwerden auf deutscher Seite (in Sansibar und Samoa) und kolonialbritischer Widerstand fortsetzten, sei hier übergangen, weil es den Gesamtverlauf der Politik nicht mehr beeinflußt. Das koloniale Interesse begann von diesem Augenblick an für Bismarck in die zweite Linie zu rücken. ...zurück...

55 [1/283] Vgl. General von Albedyll an Bismarck, 7. Juli 1885, Bismarck an Albedyll, 16. Juli 1885 (Anhang zu *Ged. u. Er.* 2, 540 ff.), ferner Waldersee I., 261, 266. Die Verständigung setzte sich im Laufe des Jahres fort. Aus dem November 1883 liegt das Zeugnis des Kronprinzen vor, er habe wieder gefunden, wie seit den Tagen von **Nikolsburg**, daß er sich in allen großen Fragen in vollem Einvernehmen mit dem Fürsten befinde. Sie hätten sich gegenseitig die Worte aus dem Munde genommen (Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 324). ...zurück...

56 [1/284] Graf Wilhelm Bismarck an Bismarck, 19. August 1885. Graf Hatzfeldt an Bismarck, 5. Dezember 1882 ("*À nous deux nous pourrions gouverner le monde. Mais vous n'avez pas voulu.*") *Gr. Pol.* IV, 134 ff., 138 ff. ...zurück...

5. Europäische Hochspannung in den letzten Jahren der Staatsleitung Bismarcks (1885 - 1890).

Mit einer ermüdenden Monotonie kehren gewisse Grundhaltungen der Außenpolitik Bismarcks, zumal in dem Abwägen seiner Stellung zwischen Österreich und Rußland, bis zu dem Ausgang seiner Staatsleitung wieder. Sie lassen in ihrem Gesamtverlauf, wenn auch die einzelnen Phasen in dem vergänglichen Wechsel der Taktik sich unterscheiden, den Geist, der die Friedenspolitik des Deutschen Reiches beherrschte, in einem monumentalen, bei aller Bewegtheit einheitlichen Bilde erscheinen - aber die Gewalten, die dieser Friedenspolitik in den Weg treten, werden fortan in allen Lagern in steigendem Wachsen sein.

Seit dem September 1885 war von neuem, wie einst in dem Winter 1875/76, die orientalische Arena der diplomatischen Rivalitäten eröffnet, die sich bei jeder Wendung zu einem europäischen Kriegsschauplatze zu erweitern drohte. Die neue Sachlage erschien dadurch besonders verwickelt, daß nicht eigentlich der Ausgangspunkt, die Tatsache der bulgarisch-ostrumelischen Union, über die sich auch die Kaisermächte längst grundsätzlich geeinigt hatten, wohl aber die Begleit- und Folgeerscheinungen, die durch den Unionsakt mittelbar oder unmittelbar ausgelöst wurden, den

Anstoß zur Verschärfung der europäischen Gegensätze gaben. So zufrieden auch Rußland mit einem Groß-Bulgarien, das dem russischen Einfluß gesichert war, gewesen wäre, so erbittert verwarf man in Petersburg die Möglichkeit, daß der verhaßte Fürst Alexander als Vollstrecker der Union sich dadurch befestigte; man sann vielmehr auf eine Gelegenheit, seine Person zu beseitigen und die gefährdete Beute wieder unmittelbar in die Hand zu bekommen. Auf der anderen Seite wollte Österreich, durch einen Freundschaftsvertrag mit König Milan von Serbien verknüpft, gegenüber der bulgarischen Machtverstärkung dem serbischen Staate, der nach Kompensationen begehrte, irgendeinen Ersatz verschaffen, um dadurch die eigene Partei in Belgrad am Ruder zu erhalten und einem Ausbrechen des serbischen Nationalgefühls in eigene Machtbezirke vorzubeugen. Im Grunde war das ganze Machtverhältnis zwischen Rußland und Österreich auf der Balkanhalbinsel, dieses ganze sorgfältig ausbalancierte Gleichgewicht höchst labiler Elementargewalten, hinter denen die dunkle Urkraft der slawischen Gesamtbewegung sich rührte, in Gefahr, sich einer Lawine gleich in Bewegung zu setzen. Die dritte der Orientmächte aber, England, sah gerade in diesen Balkanwirren eine höchst willkommene Ablenkung von jenem großen Gegensatz, der es noch vor wenigen Monaten in Mittelasien an den Rand eines Krieges mit Rußland gebracht hatte; da es in einem vergrößerten und verselbständigten Bulgarien eine künstliche Barriere gegen den russischen Vormarsch auf Konstantinopel erkannt hatte, stellte es sich mit Entschiedenheit hinter den Fürsten Alexander. Wenn man dabei auch die Möglichkeit eines deutschen Thronwechsels in Rechnung setzte, so sollte diese Erwartung sich allerdings als verfrüht erweisen. Denn Kaiser Wilhelm I. hatte sich überraschend erholt, er schoß am 1. November 1885 dreißig Hirsche in der Schorfheide und ließ auch weiter die Politik der Staatsräson walten, ungestört durch dynastische Wünsche.

Gegenüber den sich kreuzenden Interessen der großen Mächte stand somit die Politik des Deutschen Reiches wie vor zehn Jahren auf dem Standpunkt der völligen Uninteressiertheit. Aber während damals die einzelnen Mächte noch ganz frei in ihren Beziehungen zueinander gewesen waren, war jetzt ein verwickeltes Bündnissystem an die Stelle getreten, in dessen Zentrum Deutschland als ehrlicher Makler und Friedenswächter seines Amtes waltete; es hatte in der neuen Krisis zugleich das Ergebnis der Friedenspolitik des letzten Jahrzehntes und damit seine eigene europäische Position nach allen Seiten zu verteidigen. In dem Zusammenhange dieser Sorgen erscheint es begreiflich, daß Bismarck unmutig von oben herab über die zwei Millionen Hammeldiebe schalt, die den Frieden Europas aufs Spiel setzten. Darum sah er, nach einer Besprechung mit Herrn von Giers in Friedrichsruh, zunächst seine Aufgabe darin, in Wien Zurückhaltung und Verständigung mit Rußland zu predigen. Er hatte einst genügend mit Kompensationsansprüchen, die sich aus dem europäischen Gleichgewicht[1] herleiteten, zu tun gehabt, um dem Serben die Übertragung dieser Gleichgewichtsmethoden auf die Balkanwelt zu gestatten, und warnte die Österreicher davor, eine Verpflichtung gegenüber Serbien anzuerkennen. So gelang es ihm, Österreich und Rußland zur Verständigung zu bringen, die auf einer Botschafterkonferenz in Konstantinopel erfolgen sollte. Nicht aber gelang es, eine serbische Kriegserklärung an Bulgarien zu verhindern, die dem Verlauf der Dinge eine überraschend andere Wendung gab. Die unerwartet schnellen und vernichtenden Siege des Bulgarenfürsten nötigten die Vertreter der Mächte in Belgrad, seinem weiteren Vordringen mit einem kollektiven Schritte entgegenzutreten, und führten, als Fürst Alexander zunächst jedes Einlenken verweigerte, den Österreicher zu dem weiteren Schritte, mit einer Drohung des Einmarsches in Serbien die Nachgiebigkeit des Bulgaren zu erzwingen.

Damit aber war die Situation von neuem und zwar in doppelter Hinsicht verschärft. Rußland war nicht nur über den Siegeslauf des Fürsten Alexander erbittert, weil er dessen bulgarische Stellung befestigen mußte, sondern ebensosehr durch das Dazwischentreten Österreichs gekränkt, das diesem Siegeslauf ein Ende machte, aber die Linie der geltenden vertraglichen Verpflichtungen überschritt und das slawische Gesamtgefühl verletzte. England dagegen sah jetzt die Stunde gekommen, die Botschafterkonferenz zum Scheitern zu bringen und sich bedingungslos hinter den

Fürsten Alexander zu stellen, dem nach seinen Erfolgen, wie immer in solchen Fällen, auch die europäischen Sympathien aus vielen Lagern zuflogen. Um so mehr glaubte Graf Kálnoky, der bisher die Verständigung mit Rußland im Sinne des Dreikaiserbündnisses gepflegt hatte, im österreichischen Interesse handeln zu müssen. Solange der Waffenstillstand noch nicht gesichert erschien, war Österreich sogar gewillt, in Serbien einzurücken - und auf diesem heißen Boden konnte jede Stunde den Zwischenfall bringen, der den äußeren Anlaß zum Einmarsch gab. Ungeheuer aber wallte die Aufregung in den politischen Kreisen Rußlands auf. Der Zar rief aus: Wir sind von Österreich betrogen. Während in Wien Kálnoky offen klagte, Österreich hätte hoffen dürfen, daß sein deutscher Verbündeter auf seine Interessen Rücksicht nehme, glaubte Herr von Giers, niemals ganz fest in der Gunst des Kaisers stehend, schon sein Amt niederlegen zu müssen - das Ende der Politik des Dreikaiserbündnisses stand vor der Tür.

Um so bestimmter erklärte Bismarck, die Mitverantwortlichkeit für einen Einmarsch nicht übernehmen zu können. Die Sorge, daß Österreichs Interessen verletzt werden **könnten**, reichte für ihn nicht aus, um ein Überschreiten der Verträge von 1881/84 durch so folgenschwere Gewaltmaßregeln zu gestatten. Er wußte zur Genüge, daß bei einer militärischen Operation, welche die Leidenschaften der Völker und Stämme wecke, die Grenzen zwischen zeitweiligem Eingreifen und längerer Aufrechterhaltung zu unsicher seien, um nicht bei der nächsten Wendung schon die russische Kriegsgefahr zu entfesseln. Mit hohem Ernste verteidigte er gegenüber dem stillen Vorwurfe Wiens seine Politik, an der vorgängigen Verständigung seiner beiden Verbündeten in allen Orientfragen festzuhalten, und erinnerte warnend daran, daß auch für Rußland ebenso wie für Österreich Interessen der inneren Ruhe und Ordnung auf dem Spiele ständen: "Wenn es dem Kaiser Alexander bisher auch gelungen ist, Ausbrüche der Österreich feindlichen öffentlichen Meinung seines Landes zu dämpfen, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß sich in Rußland eine große Aufregung für die slawischen Brüder zeigt, welche leicht wie vor dem letzten Türkenkriege zu hoher Spannung des nationalen Drucks und zu Attentaten gegen die Person des Zaren führen kann." So sehr er die Gefährlichkeit der panslawistischen Tendenzen seit langem bekämpfte, so stellte er doch ihr Vorhandensein und ihre Einwirkung auf die amtliche Politik realistisch in Rechnung, um verständnisvoll seine Ratschläge für den Frieden zu erteilen. So gab er auch in Wien ernstlich zu erwägen, ob der Doppelmonarchie in ihrem eigensten Interesse an der Förderung national-serbischer Bestrebungen gelegen sein könne.

Seinen Bemühungen gelang es, die Leitung der österreichischen Politik zum Verzicht auf den Einmarsch in Serbien zu bringen, der durch den Abschluß des förmlichen Waffenstillstandes zwischen Serbien und Bulgarien am 22. Dezember sowieso unnötig wurde. Auch fortan verfolgte er die Linie der Zurückhaltung und mäßigenden Einwirkung auf Gegensätze, in denen der Keim zu einem europäischen Zerwürfnis lag. Das völkerrechtliche Verhältnis zwischen der Türkei und Bulgarien wurde am 5. April 1886 in der höchst provisorischen Form wiederhergestellt, daß nur der jeweilige Fürst von Bulgarien auf fünf Jahre zum Generalgouverneur von Ostrumelien bestellt wurde. Damit schien zunächst eine Schonzeit des Friedens auf dem Balkan und in Europa eingeleitet, aber sie erwies sich als nicht von langer Dauer. Es hätte vielleicht nicht einmal des unruhigen Tatendranges des Fürsten Alexander bedurft, der in seiner Thronrede vom 14. Juni 1886 eigenmächtig die Realunion zwischen Bulgarien und Ostrumelien vollzog und gleich darauf sogar Bündnissondierungen in Bukarest vorzunehmen wagte - um nicht, nachdem einmal der Widerstreit der großmächtlichen Orientinteressen aufgerufen war, eine viel ernstere Gefahr für den europäischen Frieden zu entfesseln.

Es waren nicht eigentlich Einzelvorgänge in der Abwicklung der bulgarischen Geschicke, die eine neue Krisis heraufbeschworen, sondern entscheidend wurde die im Laufe der Monate sich immer mehr vertiefende Erkenntnis der Russen, daß die ganze Befreiungspolitik gescheitert sei. Man konnte sich nicht länger verhehlen, daß die Orientpolitik des Zarbefreiers, die man einst nach jahrelanger Vorbereitung unter vielen Opfern und Schwierigkeiten unternommen hatte, schließlich

doch nicht zu der erhofften russischen Machtverstärkung geführt habe, sondern zur Bildung eines neuen, auf sich selber gestellten und seiner Unabhängigkeit nachtrachtenden Nationalstaates, der durch sein Dasein und unter dem Einfluß anderer großmächtlicher Einflüsse den Weg nach Konstantinopel, statt ihn zu öffnen, eher versperren mußte - jenem geschichtlichen Lebensgesetze gemäß, daß befreite Völker nicht dankbar, sondern undankbar sind, weil sie sich von dem Befreier befreien müssen. Das war die ungeheure Enttäuschung, die das russische Volk oder genauer, seine aktive slawophile Oberschicht mit brennendem Schmerze empfand. Der säkulare Machtwille, der in dem riesigen russischen Körper steckte, sah sich gleichsam um seine letzten Ziele an der entscheidenden Stelle betrogen, und alle politischen Lebenskräfte, die sonst in dem Innern des Zarenreiches nicht zur Geltung kamen, entluden sich nach dieser Seite, nach außen hin. Und so wenig die im geschichtlichen Zusammenhange unausweichliche Entwicklung der Balkanvölker irgendwie Dritten und zumal der deutschen Politik zur Last gelegt werden konnte, so versteifte sich doch der nationalistische Instinkt in der Vorstellung, daß der Ausgangspunkt aller dieser Dinge in dem Berliner Kongreß zu finden sei, daß aber die erneute Anlehnung an die beiden anderen Kaisermächte an diesem für Rußland negativen Ausgang nichts geändert habe. Dieser politische Kalkül erzeugte wiederum, wie in den Jahren nach dem Berliner Kongreß, eine gegen Deutschland gerichtete Stimmung, mit allen Bitterkeiten, die sich aus einem solchen Prozeß der Verdrängung ergeben, und befestigte weiterhin die Überzeugung, daß die Verträge von 1881 und 1884, während deren Dauer das alles sich vollzogen hatte, eigentlich ein Fehler seien. Man sah tagtäglich die Ergebnisse des letzten Krieges, eines nach dem andern, verschwinden, und da diese Verluste sozusagen unter der Flagge des Dreikaiserbündnisses vor sich gingen, so verringerte sich die niemals sehr lebhafte Stimmung für diesen Geheimbund, um sich mehr und mehr in einen offenen Widerstand dagegen zu verwandeln.[2] Man fragte sich, wozu er diene, und fand die Antwort: nur um dem österreich-ungarischen Ehrgeiz ein freies Feld auf dem Balkan zu eröffnen und den Deutschen eine überragende Stellung in der Mitte Europas zu sichern.

Dementsprechend begann sich in der öffentlichen Meinung, ohne einen greifbaren Anlaß, zunächst kaum merkbar, dann schärfer zugespitzt, die politische Verstimmung gegen Deutschland zu richten. Schon Anfang Mai 1886 hatte Katkow in der *Moskovskija Vedomosti* jenes verschwiegene Lieblingsthema angeschlagen, das wir seit 1871 kennen: Rußlands Freundschaft werde für Deutschland so lange einen Wert haben, als es notwendig sein würde, am Rhein und hinter dem Rhein große Massen aufzustellen.[3] Als der Botschafter von Schweinitz Ende Mai 1886 auf seinen Posten zurückkehrte, fiel ihm vor allem die veränderte Sprache auf, welche von den russischen Zeitungen und von einigen Personen in bezug auf Frankreich geführt wurde.[4] Das wohlbekannte Spiel, dessen Ton früher nur in der Diplomatie leicht und versteckt angeschlagen wurde, begann jetzt in der russischen Öffentlichkeit, die sich nur innerhalb der ihr von oben gezogenen Grenzen frei bewegen konnte, die Musik zu bestimmen.

Durch diesen Umschwung der Stimmung aber - das war das Neue und für die europäische Staatspolitik unendlich Folgenreiche - wurde ein anderer gefährlicher Gegenspieler aufgerufen, der nach längerer Zurückhaltung nunmehr seine Zeit hereinbrechen sah: der französische Chauvinismus, der seit dem Sturz Ferrys im Frühjahr 1885 in den Vordergrund drängte und seit der bulgarischen Revolution die Gunst der Stunde witterte. Es war nicht etwa ein einzelner Konflikt oder ein allgemeiner Interessengegensatz, der die stärkere Wendung zur Revanche auslöste - denn von alledem war in den deutsch-französischen Beziehungen damals nicht die Rede -, sondern der Umschwung der Weltlage, der nach der Periode der Entspannung von 1884/85 wieder den anderen und eigentlichen Weg möglich machte, nach dem die Seele so vieler Franzosen verlangte. Schon bald nach dem Kriege hatte Bismarck vorausblickend geurteilt, es könne sich nur darum handeln, welche Zeit die Franzosen brauchen würden, um ihre Armee oder ihre Bündnisse so weit zu reformieren, daß sie ihrer Meinung nach zur Wiederaufnahme des Kampfes fähig sein würden.[5] Jetzt zum ersten Male glaubte man, der Armee sich sicher fühlend, auch die Möglichkeit eines Bündnisses heraufziehen zu sehen. Des einen Bündnisses, das man brauchte. Noch während des

Krieges von 1870/71 hatte ein unpolitischer Kopf wie Erneste Renan das allein mögliche Programm der Zukunft für Frankreich in die prophetische Forderung gefaßt: "*Attiser la haine toujours croissante des Slaves contre les Allemands, favoriser le panslavisme, servir sans réserve toutes les ambitions russes*" - immer war es die heimliche Hoffnung geblieben, aber erst wenn das Dreikaiserbündnis, das im Wege stand, ernstlich durchlöchert wurde, ließ sich an die Verwirklichung des Traumes denken.

Dieses neue Verhalten der öffentlichen Meinung hatte seit dem Januar 1886 in dem Kriegsminister General Boulanger auch die persönliche Verkörperung gefunden, deren der politische Sinn der Franzosen bedarf, um die Geister mit Enthusiasmus fortzureißen.[6] Der Ruf der Revanche ging ihm schon voraus, und sobald er im Amte stand, sah er seine oberste Pflicht darin, das heilige Feuer zu schüren. Tapfer und tätig, ehrgeizig und eitel, hatte er damals noch nicht die Mängel des Charakters enthüllt, die später seine innere Leere und Haltlosigkeit aufdeckten. Bald umgab eine lärmende und herausfordernde Presse die aufsteigende Hoffnung der Franzosen, vielfach Eintagserzeugnisse, die heute hunderttausend Abnehmer fanden und morgen schon andern Platz machten; schon strömte, von dem Zentrum ausgehend, aus manchen Kundgebungen der Generale ein verheißender und drohender Ton, der die Herzen höher schlagen ließ. Die Seele dieses Revanchegeistes, dessen Hauptprediger Paul Déroulède, der Gründer der Patriotenliga war, lebte innerlich von der russischen Möglichkeit, und was sie fühlte und mit lauter Gebärde kundgab, geschah vor allen Dingen im Hinblick auf den russischen Widerhall. Es war noch nicht die Forderung des Revanchekrieges: wenn sie bestimmt und auf nahe Frist gestellt worden wäre, würde sie wohl von der erdrückenden Mehrheit der Franzosen abgelehnt worden sein. Allein nach einer chauvinistischen Hetzschrift, wie der von Déroulède eingeleiteten "*Avant la bataille*" (April 1886), ist die französische Stimmung noch keineswegs zu beurteilen. Einer der klügsten deutschen Beobachter sagte damals mit Recht: "Trotz der Antipathie, die Revanche praktisch in Szene zu setzen, ist das Spiel mit der Revancheidee allen Franzosen eine angenehme Beschäftigung und für die Staatsmänner eine Pose, die sie nicht entbehren können. Somit ist das Revanche**gefühl** ein wichtiger Faktor der inneren und äußeren Politik - im Innern der fortgesetzten militärischen Machtvermehrung und Reformarbeit - nach außen des Strebens nach europäischen Konstellationen, welche eintretendenfalls die **Ausführung** der Idee erleichtern und begünstigen."[7]

Diese Konstellation schien mit jedem Tage günstiger zu werden. An den bulgarischen Vorgängen erhitzte sich der gegen die Mitte gerichtete Ton der Moskauer und Petersburger Presse; er wirkte anfeuernd auf die Revanchehoffnungen zurück, die sich immer kecker in einem Teil der Pariser Presse äußerten. Es war ein Ineinanderspielen zweier wesensverwandter Triebkräfte, die sich wechselseitig steigerten; so wenig sie zunächst auf der einen oder andern Seite die amtliche Politik bestimmten, so sehr vermochten sie, sich wechselnd den Ball zuwerfend, die Atmosphäre zu erhitzen, damit sie eines Tages der amtlichen Politik ihren Weg vorschreiben könnte. Sie fanden in Rußland seit der Gründung der *Nouvelle Revue* durch den Franzosen Cyon ein Organ, das sich geradezu dieses Wechselspiel der Ermutigung zur Lebensaufgabe machte. Schon begann man, in einem systematischen Zusammenspiel, den Ton und den Grad der Herausforderungen schrittweise zu steigern. Im Laufe des Sommers wurde Déroulède auf einer Rundreise in Rußland, besonders in Odessa, von den Behörden und von der Gesellschaft lärmend gefeiert, und gleichzeitig, gleichsam im Austausch kriegerischer Gefühle, hielt ein russischer General eine anspielungsreiche Verbrüderungsrede, als jenes Denkmal des Generals Chancy in Nouart eingeweiht wurde, dessen pathetische Aufschrift die französischen Generale aufforderte, sich den Marschallstab jenseits des Rheines zu holen. So wurde im Laufe des Jahres General Boulanger, der diesen neuen Geist ausgesprochen vertrat, eine Macht. Im August 1886 bezeichnete ihn Jules Ferry bereits als eine Gefahr für das Kabinett, eine Gefahr für die Armee, eine Gefahr für die nationale Sicherheit.[8] Vom europäischen Standpunkt aus mußte man hinzufügen: eine Gefahr für den Frieden.

Aber man begreift, daß die panslawistische Partei in Rußland mit diesem Geiste ihre Orientpolitik

gewinnen wollte: und so begann sie im Sommer 1886 ihr Spiel offener und angriffslustiger aufzudecken. In einem berühmt gewordenen politischen Artikel in der *Moskovskija Vedomosti* vom 19./31. Juli 1886 übernahm Katkow selbst die Führung. Er war durch die Indiskretion russischer Diplomaten über die geheimen Verträge von 1881 und 1884 unterrichtet worden[9] und entschloß sich, in sorgfältig verdeckten Laufgräben, zum Angriff auf diese ihm verhaßte Zentralstellung. Wie zehn Jahre zuvor Dostojewski stellte er die große Frage, ob die deutsche Freundschaft eine Notwendigkeit für Rußland sei, oder ob sie nicht alles für Deutschland bedeute. Er kam zu dem Ergebnis, wenn Deutschland so hoch dastehe, so tue es dies, weil es auf Rußland stehe: Deutschland verdanke Rußland alles, sogar seine Existenz, und sinke zu einer gewöhnlichen europäischen Macht herab, sobald Rußland ihm nicht mehr als Piedestal diene. Er war klug genug, nicht einen völligen und plötzlichen Kurswechsel in der Außenpolitik vorzuschlagen: "Wir sind überzeugt, daß man in unseren Worten eine Anspielung auf eine franco-russische Allianz sehen wird, aber wir protestieren gegen eine solche Auslegung. Wir wünschen, daß Rußland sich in freien, wenn auch freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland befinden soll, daß aber solche Beziehungen auch zwischen uns und anderen Mächten bestehen, desgleichen auch mit Frankreich, welches mehr und mehr eine ihm gebührende Stellung einnimmt." Es war noch nicht die Forderung eines neuen Separatbündnisses, um so mehr aber Spott über Herrn von Giers, der Bismarck in Friedrichsruh besuche, wie einst die russischen Gesandtschaften zum Khan der goldenen Horde während der Tatarenherrschaft pilgerten, es war die Forderung der freien Hand, um sich auch den Weg nach Paris zu öffnen, damit Deutschland von seiner hegemonischen Höhe heruntergeholt und Rußland an seine Stelle gesetzt werde. Man hat mit Recht von diesem Artikel Katkows die bewußt gewordene Abkehr von der bisherigen Politik datiert.[10] Er bereitete einen Weg, dessen Ende nicht mit Worten genannt, aber eindeutig zu erkennen war. Es war die versteckte Kriegserklärung gegen das Dreikaiserbündnis von 1881 und 1884.

In diesem Augenblick sah Bismarck seine Politik, den Russen an seiner Seite zu halten,[11] an einem kritischen Wendepunkt angelangt. Gewiß, er konnte die Russen "stellen", sie amtlich befragen, welchen Sinn alle diese Vorgänge hätten, die "in der öffentlichen Meinung Deutschlands nicht nur, sondern ganz Europas den Eindruck hervorrufen, als ob wir nicht, wie wir glaubten, in einem freundschaftlichen, sondern in einem feindlichen Verhältnis zu Rußland ständen". Dieses Verhalten erschwere jede Anlehnung Deutschlands an Rußland, wie es anderseits Frankreich zu einem Kriege ermutigen müsse.[12] Aber er kannte die Art, in der man amtlich auswich. Auch diesmal hieß es, daß die russische Diplomatie die Hetze gegen Deutschland mißbillige; man erklärte die Artikel der Presse für ganz belanglos gegenüber der Autorität des Zaren und konnte sich nicht genug tun, von oben herab, fast verächtlich, über die französischen Annäherungen zu sprechen.[13] Nicht aber wurde die Frage beantwortet, weshalb in einem Lande, in dem der Wille des Zaren-Selbstherrschers unumschränkt gebot, alle diese Dinge zugelassen wurden. Wollte man durch dieses Spiel mit der französischen Karte die deutsche Politik einschüchtern, sie in der Orientpolitik von der Seite Österreichs ablösen oder gar das deutsch-österreichische Bündnis zu sprengen suchen? War es nicht die alte, wohlbekannte Melodie, einst nur im diplomatischen Verkehr gespielt, jetzt gröber instrumentiert, mit populären Mitteln vor aller Öffentlichkeit geübt? Ging es nicht von neuem um die Autonomie der deutschen Politik, die Bismarck im Jahre 1879 begründet hatte? Trotz der neuen Verträge zu Dreien wußte der Reichskanzler ganz genau, daß er es nicht wie in früheren Zeiten mit einem eindeutigen Partner zu tun hatte. Er fühlte, wie das monarchische und amtliche Rußland, mit dem das Deutsche Reich durch Verträge freundschaftlich verbunden war, immer mehr jenes andere unterirdische und deutschfeindliche Rußland gegen seine Friedenspolitik ausspielte.

So sah Bismarck sich, wie vor sieben Jahren, erneut an den Kreuzweg der Entscheidungen zurückgeworfen. Was in seinem Innern vorging, erhellen blitzartig seine Randbemerkungen zu den Berichten über die russischen Äußerungen. Am 5. August: "ja. *confer* 1879!... Drohungen rufen in der großen Politik nicht nur Verstimmungen, sondern **Gegenverstimmungen** hervor, die sich nicht rückgängig machen lassen und die Wege festlegen." Und am 10. August: "Zu spät; inzwischen tritt

Anlehnung an England ein, wie 1879 an Österreich." Das war nur der erste Eindruck, der Gedanke, das System der Bündnisse eines Tages noch weiter ausdehnen zu müssen; vielleicht dadurch ausgelöst, daß einige Tage zuvor in England ein Ministerium Salisbury erneut an die Stelle Gladstones getreten war und die Möglichkeit eröffnete, im Notfall den Dreibund über den Kanal hinweg zu verlängern. Aber es war nur eine unter vielen Möglichkeiten, die in der ruhelosen Seele des Staatsmannes erwogen wurden. Er war entschlossen, an keiner vorbeizugehen, die sich seinem erfindungsreichen Nachdenken bot, als er jetzt in die letzte und unruhigste Epoche seiner europäischen Politik eintrat. Jede Auseinandersetzung mit Rußland hatte auch eine Seite, die nicht nur die Außenpolitik des Deutschen Reiches anging, sondern auch seine Innenstruktur: das war die Polenfrage. Bevor wir dazu übergehen, das System der Politik aufzurollen, mit der Bismarck der europäischen Krisis begegnete, haben wir einen Blick auf seine Polenpolitik zu werfen, auf die gesetzgeberischen Maßnahmen des preußischen Staates, die mit der Ausweisung fremdstaatlicher Elemente in den östlichen Grenzprovinzen im Jahre 1885 begannen und in der Ansiedlungspolitik in der Ostmark im Jahre 1886 gipfelten. Daß diese Polenpolitik ihre zwingenden innerpolitischen Motive besaß, bedarf keiner Erörterung; die bevölkerungspolitische Verschiebung in der Ostmark sprach eine deutliche Sprache, und es lag nahe, nach dem Abschluß des Kulturkampfes, die nationale Abwehr auf ein vom Konfessionellen nicht berührtes Gebiet zu verlegen. Die Dinge hängen aber zugleich mit dem deutsch-russischen Spannungszustande zusammen, sie haben auch ein außenpolitisches Gesicht.[14] Die herkömmliche Auffassung besagt, daß jede scharfe Polenpolitik Preußens auch den Russen eine gewisse Garantie gab. Bismarck nahm gleichsam die Tradition wieder auf, die seine Außenpolitik im Jahre 1863 während des Polenaufstands begründet hatte, und mochte daher auf eine günstige Aufnahme seiner Maßnahmen rechnen, die sich auf dem ursprünglichsten Gebiet deutsch-russischer staatspolitischer Interessengemeinschaft bewegten. Aber schon die Ausweisungspolitik stieß in Petersburg auch auf Kritik, weil sie dem Nationalismus der Slawophilen ein Schlagwort lieferte, und Schweinitz neigte dazu, sie für falsch berechnet und fehlerhaft zu halten. Das letzte Motiv der Polenpolitik Bismarcks ließ aber auch noch eine andere Deutung zu. Wenn eines Tages trotz aller Bemühungen ein Krieg mit Rußland unvermeidlich wurde, gewann die polnische Frage sofort eine zentrale Bedeutung. Die österreichische Politik war entschlossen, im Kriegsfalle diese Karte mit höchster Wucht gegen Rußland auszuspielen, Polen zu insurgieren und eine national-polnische Armee aufzustellen; auch im deutschen Generalstab rechnete man in einem solchen Falle mit dem Projekt einer Herstellung Polens. Das war ein Kampfmittel, das an sich Bismarck nur in dem Entschluß bestärken konnte, den russischen Krieg, wenn irgend möglich, zu vermeiden; aber wenn ihm der Krieg aufgezwungen wurde, gedachte auch er, um der Selbsterhaltung willen, diese Waffe aufzunehmen.[15] Wenn aber mit einer solchen Möglichkeit gerechnet werden mußte, so empfahl es sich, rechtzeitig und im Frieden die eigene nationale Stellung im Osten so stark wie möglich zu machen, und in Westpreußen und Posen das polnische Element zu schwächen, sei es durch Abschiebung von Ausländern, sei es durch deutsche Ansiedler: so erklärte er dem österreichischen Bundesgenossen seine Maßnahmen.15 Und es entsprach dem elastischen Geiste des Listenreichen, auch gegen künftig vielleicht zu entfesselnde Gefahren der Infektion den deutschen Staatskörper frühzeitig zu immunisieren. Wie dem auch sei, die halb innenpolitische, halb außenpolitische Gegnerstellung der preußischen Polen machte sie ihm gefährlich. Er war erbittert, als die polnische Fraktion die Abwehr aus dem dafür zuständigen preußischen Landtag in den deutschen Reichstag verlegte, dessen oppositionelle Mehrheit in einer Resolution die Ausweisungen als nach Art und Umfang unberechtigt verurteilte (16. Januar 1886); in heftigen Ausbrüchen schalt er über den Vorstoß und drohte, sich von dem Reiche auf die Preußische Position oder gar einen neuen "Bund" zurückzuziehen.[16] Der europäische Spannungszustand begann auch bei uns auf die innenpolitische Situation zurückzuwirken. Wenn im weiteren Verlauf russische Ukase das Recht ausländischen Grundbesitzes in den Westprovinzen wesentlich einengten, oder zum Angriff gegen die deutsche Kultur in den baltischen Landen vorgingen,[17] so mochte auch diese Antwort der Säuberung eines Kampfplatzes der Zukunft dienen. Der Vorgang verriet zugleich das Übergreifen des nationalistischen Elements auf die Außenpolitik. Die alte autonome Politik der Großen Mächte sah sich überall den Strömungen der Tiefe ausgesetzt,

die den Kurs zu bestimmen trachteten, und auch für das System Bismarcks wurde eine neue Problematik sichtbar. Insbesondere begann in der jetzt gewitterschwer heraufziehenden europäischen Krisis, wie jedesmal in den großen Krisen des Jahrhunderts, im tiefsten Grunde auch das ungelöste polnische Problem mitzuspielen.

Aber das polnische Mittel war doch so beschaffen, daß man, bevor man es anwandte, vom preußisch-deutschen Standpunkte alles getan haben mußte, um seine Anwendung zu vermeiden. Und so entschloß sich Bismarck, in jenen Tagen der erregten Randbemerkungen, vor allen Gegenstößen zunächst einen Versuch zu machen, die anscheinend verlorengegangene Fühlung mit Rußland wiederherzustellen. Da in dem nächsten Monat der Zar sich an der russisch-deutschen Grenze aufhielt, ließ er ihm mitteilen, daß er, wie im Vorjahre, den jungen Prinzen Wilhelm zu seiner Begrüßung entsenden werde.

Schon vorher hatte Bismarck dem russischen Minister von Giers auf einer Zusammenkunft in Franzensbad am 25. August 1886 die Gewißheit gegeben, daß er niemals die Wege Rußlands in Bulgarien kreuzen würde; er schlug ihm vor, den großen Gegensatz durch eine Demarkationslinie auf dem Balkan zu entgiften,[18] nach der Österreich den russischen Einfluß in Bulgarien und Rußland den österreichischen Einfluß in Serbien gewähren lassen solle. Ferner erörterte man die Grundlage eines neuen Vertrages, wenn der bestehende ablaufen und in derselben Form nicht wieder erneuert werden sollte.[19] Giers, der für seine Person an der Aufrechterhaltung der bisherigen Verträge festhielt, erklärte, den deutschen Freundschaftsdienst in der bulgarischen Sache nicht vergessen zu wollen.

Denn schon war der Russe dazu übergegangen, das in Bulgarien verlorene Terrain auf dunklen und gewaltsamen Wegen zurückzugewinnen. In der Nacht vom 20./21. August war Fürst Alexander von militärischen Verschworenen überfallen und über die Grenze geschafft worden; nach seiner Rückkehr am 30. August entschloß er sich, vor der feindseligen Ungnade, die ein Telegramm des Zaren ihm vor aller Welt ankündigte, den bulgarischen Boden nach wenigen Tagen zu verlassen. Die Russen hatten mit ihren asiatischen Methoden der englischen Politik, die soeben wieder in die Hände Salisburys übergangen war, ihre "wesentlichste Waffe"[20] aus der Hand geschlagen. Bismarck aber sah mit der gefährlichen Person des Fürsten Alexander nur den Zankapfel zwischen Rußland und Österreich verschwinden; so übel der allgemeine Eindruck in Europa war, er blieb entschlossen, die in Bulgarien vollzogenen Tatsachen um seiner allgemeinen Friedenspolitik willen hinzunehmen und über alle Nebenumstände souverän hinwegzusehen. Darum hielt er auch jetzt an der Reise des Prinzen Wilhelm nach Brest-Litowsk (12. September) aus dem entscheidenden Motiv fest; "unser Zweck, vor Europa die Dreikaiser-Entente zu dokumentieren und dadurch den Frieden zu befestigen, bleibt derselbe."[21] So hatte denn der Besuch des Prinzen, der zugleich die russischen Gewaltsamkeiten vor der Welt deckte, zunächst die formelle Wirkung, daß der Zar dem Prinzen befriedigt erklärte, er wolle den Frieden und die Aufrechterhaltung der Dreikaiserentente.

Aber der große sachliche Gegensatz, der die Krisis hervorgerufen hatte, war durch die Entfernung der Person des Fürsten Alexander nicht aufgehoben, er schwoll nur immer stärker an, je mehr die endgültige Entscheidung über das Schicksal Bulgariens - und hinter ihm stand der russische Landweg nach Konstantinopel! - herannahte. Dabei stellte sich sehr bald heraus, daß die formale Lösung, die Bismarck mit dem Vorschlag der Demarkationslinie und der Teilung der Interessensphären anstrebte, bei keiner der beiden Mächte auf Gegenliebe stieß.

Die österreichische Politik, der Gunst der europäischen Meinung sicher, von der englischen Staatskunst angespornt, wollte die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, ohne die Verlegenheit Rußlands im Sinne seiner eigenen Orientinteressen zu nutzen. Eine russische Festsetzung in Bulgarien erschien unerträglich, weil sie den Weg nach Konstantinopel scheinbar widerstandslos öffnete; und der heimliche Rat Bismarcks, einem russischen Vorstoß über den Balkan auf

Konstantinopel zuzusehen, weil man dann militärisch und politisch in die Flanke der Russen käme, war zu fein, um die Gemüter zu beruhigen.[22] Wenn Kálnoky persönlich auch zu weitgehender Anpassung an die Politik Bismarcks bereit war, im ungarischen Parlament wallten die Leidenschaften, von dem ehemaligen Minister Andrássy selber angefeuert, heftig empor und drängten zur Tat. In der öffentlichen Meinung stellte man sich, als ob man von der deutschen Bundestreue die Unterstützung einer aktiven Orientpolitik erwarten dürfe, und begann schon die Frage aufzuwerfen, wenn das Bündnis in dieser Lebensfrage versage, welchen Nutzen es dann eigentlich habe für die habsburgische Monarchie? Diese Stimmungen setzten sich auch nach Zisleithanien fort, und Bismarck selbst mußte sich herbeilassen, in Artikeln der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* in eine Polemik mit der Wiener Presse einzutreten und den richtigen Sinn des von ihm geschaffenen Bündnisinhaltes wiederherzustellen.

Ja, zum ersten Male geschah es, daß Bismarck sich genötigt sah, seine Außenpolitik auch gegen die Kritik eines großen Teils der deutschen öffentlichen Meinung, die den Gesamtzusammenhang nicht zu durchschauen vermochte, zu verteidigen.[23] Ein großer Teil der Presse nahm für Bulgarien und den Battenberger Partei; nicht nur aus dem sentimentalen Motiv, das für den "ritterlichen" Fürsten gegen die russische Barbarei sprach, oder aus dem unklaren Gefühl, daß die deutsche Macht solche Gewalttaten vor Europa decke. Sie übernahm zugleich die Argumentationen der Wiener Staatsleitung und Presse, und auch die englisch-battenbergische Tonart, die am kronprinzlichen Hofe einen leidenschaftlichen Rückhalt fand, hallte in dem Lager der schon auf den Thronwechsel eingestellten deutsch-freisinnigen Parteipresse lärmend wieder. Die Opposition des Reichstages glaubte in günstiger Stunde den sonst gemiedenen Boden der Außenpolitik betreten zu dürfen. Wenn die einen klagten, die monarchische Gesinnung müsse Schaden leiden durch die Billigung der Sofioter Vorgänge, so erhoben die anderen den Vorwurf, daß man gegen eine junge, sich selber bestimmende Nation Partei zugunsten der Unterdrücker nehme. Die *Germania* sah wieder einmal den großen Augenblick für den deutsch-österreichischen Bund gekommen, die Straße nach Konstantinopel den Russen zu versperren, und die *Freisinnige Zeitung* Eugen Richters meinte, die Unterwerfung unter den Willen des Zaren möge den Weltfrieden bedeuten, aber man nähere sich der Grenze, wo die Unterwerfung aufhören müsse. Die demokratische *Volkszeitung* (die regelmäßig von der Kronprinzessin gelesen wurde) höhnte sogar: "die brutalsten Rechtsbrüche des zaristischen Despotismus ruhig hinzunehmen, weil ihnen die »Gewissenlosigkeit« fehle, einen Krieg mit Rußland zu führen, das hätten die Diplomaten des Deutschen Bundes wirklich auch gekonnt"; sie verstieg sich sogar zu der Phrase: wenn Deutschland in der Weltpolitik auf diese bescheidene Rolle sich beschränken wollte, dann hätte das deutsche Volk sich die Ströme von Blut und Schweiß sparen können, die dazu gehörten, das Deutsche Reich zu gründen. Das *Berliner Tageblatt* wagte auch den letzten Schritt zu dem Ruf nach den Waffen: wenn der europäische Friede nur durch ein Mittel erhalten werden könne, welches die Moral im Volke untergrabe, so dürfe man fragen, ob nicht ein gesunder Krieg einem so krankhaften Frieden vorzuziehen sei?

Selbst in dem militärischen Lager begann hier und da schon die echte Besorgnis aufzusteigen, ob in der Mitte zwischen dem französischen Chauvinismus und der drohenden Sprache der russischen Presse ein kraftvolles Auftreten der deutschen Politik nicht die einzig mögliche Antwort sei.[24]

Genug, auf einer sehr weit ausladenden Basis der Kritik wurde die sonst über jede Anfechtung erhabene Außenpolitik Bismarcks einer Prüfung unterworfen, ob sie mit ihrer Nachgiebigkeit gegen Rußland nicht zu weit gehe, ob sie nicht der Meinung Europas oder gar der Würde der Nation zuwiderlaufe; vor allem aber: ob sie überhaupt den von ihr verfolgten Zweck erreiche. Das ganze System dieser Politik stand mit einem Schlage, aus den verschiedensten Beweggründen, zur öffentlichen Erörterung - dagegen hatte die Autorität Bismarcks, ja, letzten Endes seine innere und äußere Machtstellung im Staate sich zu behaupten.[25]

Unerschüttert durch den Ansturm von allen Seiten blieb Bismarck entschlossen, seine Politik unter

allen Umständen weiter zu verfolgen. Gegen die Kritik in allen Lagern, gegen die bitteren Klagen der Enttäuschung in Wien, und gegen die skrupellose Ausnutzung der Konjunktur von der russischen Seite her. Wenn ein Pariser Chauvinistenblatt beklagte, daß mit dem Battenberger der Kriegsanlaß zwischen Rußland und Deutschland hinweggeräumt sei, so verstand sich für Bismarck die umgekehrte Schlußfolgerung von selbst; mochte die Königin Victoria, auf der höchsten Woge ihrer Familienpolitik treibend, ihrem geliebten "Sandro" immerhin versprechen, ihre Regierung würde alles aufbieten, "um die Mächte gegen Rußland und für Dich zu gewinnen";[26] das deutsche Interesse verbot es, zumal bei der Unsicherheit jeder englischen Hilfe, sich aus diesem Anlaß ins Feuer schicken zu lassen.[27] Aber Bismarck war sich natürlich darüber im klaren, daß dieser Widerstand nach innen, gegen Wien und London, doch nur eine Kampffront zweiten Grades war, daß die eigentliche Kampffront gegen die russische Politik und die in ihr liegenden Gefahren gerichtet war. Sollte es ihm gelingen, Rußland an der Seite Deutschlands und im Lager des Friedens festzuhalten, oder mußte er damit rechnen, daß es sich ablöste und die ihm dargebotene Hand der französischen Revanche ergriff?

Es war im Grunde das alte Spiel von 1876/77, das jetzt von neuem, nur mit stärkeren Druckmitteln, nicht mehr in diplomatischen Noten, sondern in voller Öffentlichkeit von der russischen Seite gespielt wurde. Diese russische Politik besaß seit einem Jahrhundert ihre große Tradition. Seit den Zeiten Katharinas verfolgte sie diese Methode, durch einen wachsenden Druck auf die Mitte Europas ihren Machtwillen in Europa durchzusetzen. In den früheren Stadien hatte sie sich des preußischen Staates als eines Helfers bedient und aus diesem Grund seinen Aufstieg gefördert. Dieser säkularen Tendenz war seit der Reichsgründung Bismarcks ein Riegel vorgeschoben. Das Deutsche Reich verlangte, seinem Lebensgesetz folgend, seine außenpolitische Autonomie, und war als Mittel zu anderen Zwecken nicht mehr in Dienst zu stellen. Aber immer wieder spannte man in Petersburg die Einwirkung auf Berlin an, um dadurch die europäische Deckung für das Ausgreifen im nahen Orient zu gewinnen. Man hatte in den siebziger Jahren die Methode des Druckes überspannt und dadurch eine erhöhte Widerstandsfähigkeit Mitteleuropas hervorgerufen; jetzt glaubte man stärkere Mittel in der Hand zu haben, um das Ziel zu erreichen. Mit einer Demarkationslinie auf dem Balkan wollte man sich nicht abfinden lassen; man traute sich zu, die Einflußstellung in Bulgarien mit brutalen Gewaltmitteln aufrecht halten zu können, und hütete sich nur, das Land militärisch zu besetzen, weil man dadurch in die Mausefalle Bismarcks zu geraten fürchtete. Aber man blieb entschlossen, die moralische Unterstützung seitens der deutschen Politik mit allen Mitteln, auch mit denen der eindeutigen Nötigung, herbeizuführen.

Das ganze Selbstgefühl einer großen Machttradition lebte in der dumpfen Seele des Zaren. Die Gestalt Alexanders III., die von nun ab tiefer in die europäischen Geschicke eingreift, besaß keinen großen Zug. Seine in einem riesigen Körper lebende Natur bewegte sich zwischen Indolenz und Jähzorn und verdeckte den Mangel an Urteil und Entschlußkraft durch eine hochmütige Gleichgültigkeit nach allen Seiten; sein äußeres Auftreten, das den Eindruck der Geradheit erweckte, ließ die ihm keineswegs fremde Hinterhältigkeit nicht unmittelbar sichtbar werden. Als Selbstherrscher sah er auf die französische Republik ebenso herab, wie er gegen die neubegründete deutsche Machtstellung eine gereizte Eifersucht hegte. Aber so selbstherrlich er im Innern schaltete, er hatte doch das dunkle Empfinden, daß er die Fühlung mit dem russischen Nationalismus nicht aufgeben dürfe; nicht umsonst hatte Katkow in ihm den Gedanken erweckt, daß er den Thron stütze. Der Zar führte eigentlich die Geschäfte nicht selbst, sondern er ließ seinen Außenminister Verträge schließen, die von der Gesamtlage erfordert wurden, und die unverantwortlichen russischen Gewalten dagegen ankämpfen, wenn sie damit noch mehr aus dem Vertragsverhältnis herausschlagen konnten: mochten solche Elemente immerhin die französische Karte ausspielen, um die nötige Gefügigkeit der deutschen Politik zu erzielen und aus der bulgarischen Sackgasse herauszukommen. Er meinte höher als sie alle zu stehen.

Die amtliche russische Politik mochte an der Dreikaiser-Entente festhalten, aber die

unverantwortlichen Organe, die den Willen und die Launen des Zaren widerspiegelten, forderten die Ablösung Deutschlands von Österreich. Das war der springende Punkt, zu dem jede vertrauliche deutsch-russische Diskussion unweigerlich zurückkehrte. Selbst ein gemäßigter Mann wie Graf Paul Schuwalow, der sich zum deutschfreundlichen Lager zählte, gestand in einer champagnerseligen Stimmung dem Grafen Herbert Bismarck: "Es ist absolut nötig, daß wir Österreich von der Karte Europas verschwinden lassen. Ihr werdet seine deutschen Provinzen nehmen und nichts wird uns politisch noch trennen können. Laßt uns auf Österreich sch........"[28] Der trunkene Ausbruch wiederholte im Grunde nur das telegraphische Ansinnen Gortschakows, das genau zehn Jahre zurücklag, und sein Sinn sollte bis zum Weltkriege nicht aus dem Lexikon der russischen Vertraulichkeiten verschwinden.

Bismarck konnte im Herbst 1886 nicht verkennen, daß er nicht mehr so sicher in der Hinterhand dieses Spieles saß wie zehn Jahre zuvor. Die Weltlage war verwickelter geworden, selbst die Rückendeckung im Innern war nicht mehr so zuverlässig; der eigene Partner ließ sich im Bündnis nicht mehr so leicht binden, und der Gegner hielt jetzt den französischen Trumpf in der Hand, der inzwischen an Stärke gewonnen hatte. Die Fortsetzung seiner bisherigen Politik war viel schwieriger geworden, ja, er mußte sich fragen, ob sie noch möglich war. Sie wurde unmöglich, wenn die russische Politik wirklich den Versuch machte, statt des bloßen Liebäugelns mit der französischen Karte sie offen aufzunehmen und mit ihr zu stechen. Und jetzt schien es, als ob man ernstlich mit einem solchen Schritte rechnen müsse. Im Anfang Oktober erhielt der Kanzler aus Paris die Meldung, daß, nach verschiedenen Quellen, in den letzten Tagen des August oder im Anfang September - in den Tagen des bulgarischen Gewaltstreichs! - nichtamtliche russische Bündnissondierungen an die französische Regierung herangebracht und von dieser abgelehnt worden seien.[29] Bismarck wollte diesen Angaben, die von dem französischen Botschafter in Berlin auf das Bestimmteste für falsch erklärt wurden, zunächst keinen Glauben schenken. Dann aber ließ sich der französische Ministerpräsident M. de Freycinet selbst am 5. November zu der Mitteilung an den deutschen Botschafter herbei, daß ihm zu Anfang September plötzlich "sehr weitgehende" Vorschläge von einem Vertrauten des Zaren gemacht, von seiner Regierung aber abgelehnt worden seien; vor 12 Tagen seien sie noch einmal aufgetaucht. Aus welchen Gründen die amtliche französische Politik - mit einer Mitteilsamkeit, wie sie sich auch in den Jahren 1879 und 1882 in ähnlicher Lage gezeigt hatte - so beflissen war, die Annäherung und ihre Ablehnung nicht für sich zu behalten, sei dahingestellt. Aber wie stand es um die russischen Absichten? Die Nachforschung in Petersburg führte zu keinem eindeutigen Ergebnis. Herr von Giers erklärte, sich den Kopf abschneiden lassen zu wollen, wenn irgend etwas an dem Gerüchte wäre, und der deutsche Botschafter bezeichnete es als unvereinbar mit dem Charakter des Zaren, ein solches Doppelspiel zu spielen. Jedoch auch er kam zu dem Resultat, daß die Annäherungsversuche an Frankreich stattfanden, "aber ohne Autorisation des Kaisers und seines Ministers".[30] Bismarck konnte sich nicht mehr gegen die Tatsache verschließen, daß der Kern der Mitteilung Glauben verdiene; die Sondierung mochte auf nichtamtlichem Wege erfolgt sein, "durch Persönlichkeiten, welche leicht desavouiert werden können",[31] immerhin durch Persönlichkeiten, welche damit einer geheimen Neigung des Zaren zu dienen glaubten.

Jedenfalls erzielten sie eine Wirkung, auf die vielleicht das ganze Manöver angelegt war. Der Vertreter des Aktivismus im französischen Kabinett wurde dadurch ermutigt, auf seinem Wege kecker voranzugehen. Im Anfang Oktober legte der Kriegsminister Boulanger eine Forderung von 7 Millionen Francs zur Ausführung einer Probemobilmachung im nächsten Frühjahr vor; die Zeitungen deuteten an, was man bisher nicht gewagt habe, solle jetzt dazu dienen, sich bei Deutschland in Respekt zu setzen, oder sprachen geradezu davon, daß man Deutschland provozieren wolle. Bismarck ließ darauf dem Generalstab die Frage vorlegen, ob die Durchführung dieses Projektes uns irgendwie der Gefahr der Überraschung aussetze. Moltke aber wahrte die Ruhe: nur, wenn die Mobilmachung in der Form kompakter Aufstellung schlagfertiger Formationen an der Grenze beabsichtigt sein sollte, würden Gegenmaßregeln, dann aber auch die ernstesten, zu ergreifen sein.[32]

Aber man konnte sich nicht verhehlen, daß die Flut in Paris höher stieg. Mochte der neue Botschafter in Berlin, M. Herbette, sich auch mit der beruhigenden Erklärung einführen, daß der Déroulèdismus ein überwundener Standpunkt und die Idee der Revanche überaltert sei, daß alle Franzosen statt dessen für ihre Mittelmeerinteressen leicht zu entflammen wären[33] (er betrieb eine deutsche Unterstützung der französischen Ansprüche in Ägypten), so fand er jetzt weder Glauben noch Gegenliebe. In Wirklichkeit war die Idee, die man Berlin gegenüber so eifrig verleugnete, zu einer Macht geworden, die den Staat noch nicht beherrschte, aber sich bereits anschickte, ihn zu erobern. Das Spiel Boulangers mit dem Feuer wurde nur darum so gefährlich, weil der Russe jeden Augenblick ein Scheit hineinwarf. Wie es auch um die Art der russischen Bündnissondierungen in Paris stand, an der Revanchestimmung konnte man die Nachwirkungen wie an einem Barometer ablesen. Im Laufe des Oktobers begann der deutsche Militärattaché in Paris[34] immer ernster zu warnen: "General Boulanger und die Revancheidee gehören jetzt so eng zusammen, daß der eine nur mit dem andern bestehen kann; nach dem übereinstimmenden Urteil aller herrscht eine so gereizte Stimmung gegen Deutschland, wie vielleicht noch nie nach dem Kriege." Eine neue, nur dem Anfachen des Hasses dienende Zeitschrift *La Revanche,* die als ihr Programm verkündete, die öffentliche Meinung auf die Idee des Kampfes vorzubereiten, wurde am ersten Tage ihres Erscheinens in 130 000 Exemplaren verkauft, und das Organ der Patriotenliga *Le Drapeau* sprach die Zuversicht aus, daß Elsaß-Lothringen im Jahre 1889 wieder mit Frankreich vereint sein würde. Wenn es zwei Frankreich gab, eines, das den Gedanken der Revanche, ohne ihm innerlich untreu zu werden, auf längere Zeit vertagt wissen wollte, und ein anderes, das jetzt schon die Stunde gekommen, die Freunde bereit und die eigene Kraft stark genug glaubte, dann war die Gefahr im Wachsen, daß die ungestümere Richtung das abwartende Element eines Tages überrennen würde.[35]



Kriegstreiber General Boulanger, Kriegsminister 1885-1886.

So war die Weltlage beschaffen, der die noch vor kurzem hegemonisch führende Politik Bismarcks zu begegnen hatte. Nur ein kompliziertes System von politischen Methoden konnte der Vielfältigkeit der Aufgabe begegnen. Es galt zunächst, sowohl in Rußland, als auch in Frankreich, das friedlichere Element gegen das kriegerische zu stützen, namentlich die beiden kriegerischen Flügel, von denen der eine nur gegen Österreich, der andere nur gegen Deutschland gerichtet war,

vor einem Ineinanderaufgehen mit aller Kraft und Klugheit zu bewahren. Zu diesem Zwecke mußte er vor allen Dingen die enthaltsame Friedenspolitik im Orient weiterführen, um die Fühlung mit dem Zaren nicht zu verlieren. Aber er mußte gleichzeitig mit der Möglichkeit rechnen, daß das trotz aller Opfer undurchführbar sein werde: für diesen Fall galt es - da die französische Revanche den eigentlichen Auftrieb für die russischen Kriegsgelüste lieferte -, der Abwehrkraft die Hauptfront gegen Westen zu geben, damit auch die friedlichen Franzosen den Ernst der Lage erkannten. Schließlich war der Dreibund zu befestigen und zu vertiefen, zumal in seiner Aktionskraft nach Westen, und womöglich, ohne neues Risiko für die deutsche Politik, zu verlängern. Alle diese Mittel greifen ineinander, dienen **einem** Zwecke und sind als Einheit zu würdigen. Nimmt man die einzelnen Linien für sich heraus, so gerät man leicht in Gefahr, sich scheinbar widersprechende Teile in der Hand zu halten: man darf über den Einzelheiten, die kommen und gehen, niemals die ihnen übergeordnete politische Gesamtidee aus den Augen verlieren.

Die erste der von Bismarck betriebenen Maßnahmen war die Verstärkung des deutschen Heeres. Er hatte zu Beginn des Jahres einige technische Vermehrungen des Heeres zurückstellen lassen, um mit der Erneuerung des Septennats bis zu dessen ordnungsmäßigem Ablauf (31. März 1888) zu warten. Jetzt setzte er, unter persönlichem Eingreifen bei den militärischen Instanzen, durch, daß eine neue, ausgedehntere Wehrvorlage mit Rücksicht auf die gefährdetere politische Lage noch vor Ablauf des Septennats eingebracht wurde, damit die Verstärkungen schon zum 1. April 1887 in Kraft treten konnten. Der Entwurf, der dem zum 25. November berufenen Reichstage vorgelegt wurde, sah nur eine Erhöhung der Präsenzstärke um 42 000 Mann (von 427 274 auf 468 409) vor, die auf Grund des Satzes von 1% der Zählung von 1885 angepaßt war. Diese Erhöhung konnte sich darauf berufen, daß Frankreich, wo die Friedenspräsenzstärke im Jahre 1886 schon auf 471 811 Mann gesteigert worden war, trotz seiner geringeren Einwohnerzahl die Rüstung schon erheblich weitergetrieben hatte. Während in Deutschland im laufenden Jahre die Ausgaben für die Kriegsmacht (Heer und Marine) 446 Millionen Mark betrugen, für den Kopf der Bevölkerung 9,53 Mark, wurden in Frankreich für diesen Zweck bereits 826 Millionen Mark, also 21,57 Mark für den Kopf, verausgabt. Wenn man also beklagt, daß von diesem Augenblicke an das Wettrüsten in Europa in ein neues Stadium trat, so muß man zugleich feststellen, daß Frankreich darin vorangegangen war und daß das militaristische Deutschland ihm nur unter dem mächtigen Zwang der Weltlage nachgefolgt ist. Es war nicht etwa ein wachsender Angriffswille,[36] sondern das Gebot der Selbsterhaltung in der Defensive, das die Heeresverstärkung forderte.

Wer in die innersten Beweggründe Bismarcks eindringen will, tut gut, nicht nur einen Blick in seine diplomatischen Weisungen und seine öffentlichen Reden in diesen Wochen zu werfen: man könnte ja einwenden, daß die politische Berechnung hier überwiege. Wir halten auch seinen ganzen vertraulichen Briefwechsel mit dem preußischen Kriegsminister Bronsart von Schellendorf[37] über die Heeresvorlage in Händen. Nirgends erklingt ein Ton der Kriegslust oder auch nur verborgener kriegerischer Absichten. Wohl aber bricht die tiefe Sorge durch seine Betrachtungen. Er war jetzt für die Einführung eines kleinkalibrigen Gewehrs und machte gegen die Neigung des Kriegsministers, so tiefgreifende Änderungen für ein Retablissement **nach** dem nächsten großen Kriege in Aussicht zu nehmen, den Gedanken geltend, daß die Hoffnung, in dem nächsten großen Kriege Sieger zu bleiben, doch nicht verbürgt sei. Und so entwickelte er, am Weihnachtsabend 1886, ein Zukunftsbild, das die Unbeirrbarkeit seines prophetischen Blickes auch gegenüber dunklen Gefahren bewährte: "Aber wenn diese Hoffnung eine Täuschung wäre, wenn wir nach Gottes Willen im nächsten Kriege unterliegen sollten, so halte ich das für zweifellos, daß unsere siegreichen Gegner jedes Mittel anwenden würden, um zu verhindern, daß wir **jemals** oder doch im nächsten Menschenalter wieder auf eigene Beine kommen, ähnlich wie im Jahre 1807. Die Aussicht, uns aus unserer damaligen Ohnmacht bis zur Lage von 1814 wieder emporzuarbeiten, wäre eine sehr geringe gewesen, ohne die unberechenbare und von uns unabhängige Vernichtung der großen französischen Armee durch den russischen Winter und ohne den Beistand Rußlands, Österreichs und Englands. Daß wir auf letzteren wiederum rechnen können, nachdem diese Mächte

gesehen haben, wie stark ein einiges Deutschland ist, hat wenig Wahrscheinlichkeit. Nicht einmal auf das einige Zusammenhalten des jetzigen Deutschen Reiches würden wir **nach** einem unglücklichen Feldzuge rechnen können."

Von dieser Prophezeiung ist heute **der über alles Maß getriebene gegnerische Wille, uns nicht wieder aufkommen zu lassen**, vor aller Welt erwiesen worden; und nicht minder ist eingetroffen, daß wir auf Hilfe anderer bei einem neuen Aufstieg nicht würden rechnen können. Nur das einige Zusammenhalten des Reiches, die innere Kraft seiner eigenen Schöpfung hat sich als stärker erwiesen, als die Sorge des Kanzlers in dunkler Stunde ahnte. Aber wie dem auch sei, diese innerste Stimmung verrät unwidersprechlich, wie wenig das Verantwortungsgefühl Bismarcks gemein hat mit der kriegerischen Herausforderungslust, die ihm die Franzosen damals andichteten. Dafür rechnet sein Wirklichkeitssinn mit dem wahrscheinlichen Vernichtungswillen, der in diesem Europa, für den Fall des Streites, unter der Oberfläche verborgen war.

Mit der Objektivität einer wissenschaftlichen Untersuchung wog er in demselben Schreiben die Kriegs- und Friedenschance in der damaligen Weltlage ab: "Frankreich wird sicher losschlagen, sobald es der russischen Anlehnung sicher ist. Ich sage Anlehnung und nicht Bündnis, und verstehe darunter eventuell eine Zusage Rußlands, den Franzosen aktiv oder demonstrativ gegen uns beizustehen, **im Falle** es ihnen wieder schlecht gehen sollte, gewissermaßen »mise freies Spiel« für Frankreich. Bisher liegt keine Befürchtung vor, daß der Kaiser von Rußland dazu geneigt sei, aber wer den kaiserlichen Einfluß übt, ob Alexander III. oder Katkow, ist eine Frage, die sich aufwerfen läßt. Solange die jetzige Haltung Rußlands bleibt, wird Frankreich uns mit **berechneter Überlegung** nicht angreifen, aber Berechnung und Überlegung können leicht in die Brüche gehen, wenn solche Verlegenheiten der Republik, wie der jüngste Regierungswechsel, sich wiederholen und Boulanger dreist genug ist, die Verlegenheit aller anderen zu benutzen, um sich in der leitenden Rolle, unter Ablenkung des Zündstoffes nach außen, zu versuchen."

Die nächste, zur gleichen Zeit ergriffene Aufgabe war die Erneuerung und Befestigung des Dreibundes. Man stand hier vor einer doppelten Aufgabe. Einmal mußte, wenn irgend möglich, dem Österreicher ein Äquivalent dafür beschafft werden, daß er, der sich ohnehin in seiner Bündniserwartung verkürzt sah, durch die französische Bedrohung des wesentlichsten Teiles der deutschen Beihilfe im Osten beraubt wurde. Sodann mußte der Versuch gemacht werden, die Italiener, die bisher eine ziemlich passive Rolle im Dreibund gespielt hatten, als einen aktiveren Faktor einzusetzen.

In der ersten Frage lag es nahe, der englischen Politik, die in Bulgarien so eng mit den österreichischen Interessen zusammenging, auch einen Teil der Verantwortlichkeit zuzuschieben. In London aber hieß es, man könne sich an Österreich mit der Tat nur anschließen, wenn man die moralische Unterstützung Deutschlands habe. Bismarck war zu einer gewissen Ermutigung Englands schon bereit, aber er konnte sie nicht im Osten selber geben, weil er unter allen Umständen vermeiden wollte, sich durch Balkanfragen in einen Krieg mit Rußland verwickeln zu lassen. Wohl aber konnte er eine Bindung im Westen eingehen. In diesem Sinne ließ er am 27. November die Engländer wissen: "Wir würden einen gefährlichen Angriff Frankreichs auf England nicht zulassen können. Jede ernste Gefahr, die England durch Frankreich drohen würde, würde heute so gut wie bei Waterloo uns in den Kampf ziehen." Churchills Antwort lautete: "Wenn Österreich unter stillschweigender Billigung (*connivence*) Deutschlands eine entschiedene Stellung im Orient einnehmen wollte, werde England mitgehen und seine ganze Macht in die Waagschale werfen... Zwischen England und Österreich werde die Verständigung jeden Tag und ohne Schwierigkeit zustande kommen, sobald Bismarck sie für wünschenswert hielte und fördern wollte." Der Ansatzpunkt war gegeben, und Churchill übernahm sich bereits in starken Wendungen gegen den gemeinsamen Feind Frankreich: man würde keine Ruhe haben, bis er nicht völlig vernichtet sei.[38] Aber Bismarck wollte es vermeiden, in irgendeiner Form sich für die

österreichische Politik verbindlich zu machen, und wartete einen günstigeren Augenblick der inzwischen im Flusse befindlichen Dreibundverhandlungen ab, um das Band zwischen Wien und London, ohne selber dabei hervorzutreten, fester zu ziehen.

Die Italiener hatten schon im Vorjahre, bei der ersten Anregung zur Erneuerung, angedeutet, daß sie den Wunsch hätten, das Bündnis "intimer" und "positiver" zu gestalten. Nachdem im Oktober 1886 die Verhandlungen über die Verlängerung des Dreibundes begonnen, regte der italienische Ministerpräsident Graf Robilant wiederum an, in diesem Falle auch gewisse Mittelmeerinteressen Italiens und seine Zuziehung zu Balkanfragen vertragsmäßig zu berücksichtigen. Man fühlte sich begehrter und auch von Frankreich umworben. Auch für Bismarck war der Italiener, infolge des Ansteigens des französischen Chauvinismus, wertvoller geworden: anders als früher und als noch in Gastein verabredet war, zeigte er sich nicht abgeneigt, dem Italiener entgegenzukommen und das Band fester zu ziehen. Der am 1. Dezember 1886 vorgelegte italienische Vertragsentwurf brachte allerdings keine geringe Erweiterung; er bezog die Aufrechterhaltung des *Status quo* auf dem Balkan ein und wollte etwaige Veränderungen von einem vorgängigen Abkommen mit Österreich abhängig gemacht sehen; vor allem sollte für den Fall, daß es wegen der Mittelmeerfragen (Tripolis oder auch Marokko) zu einem Kriegszustand zwischen Frankreich und Italien käme, das Eintreten des *casus foederis* stipuliert werden. Zugleich ließ man wissen, daß man größere Truppenmassen nicht nur an der französischen Grenze, sondern auch auf anderen Kriegsschauplätzen zur Verfügung halte. Der italienische Machtwille, der die Weltlage seinen Träumen günstiger werden sah, drängte sich stürmisch und nichts weniger als kriegsscheu herzu. Bismarck erklärte den Entwurf für annehmbar und empfahl den österreichischen Staatsmännern mit Nachdruck eine wohlwollende Prüfung; er ging dabei von dem Gesichtspunkt aus, "daß wir einem französisch-italienischen Kriege doch nicht untätig würden zusehen können, und daß somit der Anlaß zu einem solchen, wenn er einmal ausgebrochen sein sollte, für den Eintritt des *casus foederis* irrelevant sein dürfte." Als Kálnoky Bedenken gegen das ungleiche Verhältnis der Verpflichtung und Leistung geltend machte, erwiderte er mit realistischer Einschätzung des dritten Partners, daß das Maß der Leistungen Italiens wesentlich von seinem Interesse zur Sache abhängen würde. Die eingehenden Abänderungs-vorschläge, die Kálnoky am 20. Dezember vorlegte, zeigten jedoch, daß man in Wien gegen die orientalischen Hoffnungen Italiens mißtrauisch und zugeknöpft blieb. Es ließ sich nicht mehr verkennen, daß die beiden Bündnispartner Deutschland und Österreich-Ungarn bei ihrer verschiedenen Interessenrichtung auch in der Bewertung des italienischen Partners auseinandergingen. Eine Randbemerkung Bismarcks vom 3. Januar 1887 formulierte den Tatbestand: "Unser Interesse bringt mit sich: Beistand Italiens **für uns** gegen Frankreich, und für Österreich gegen Rußland, und **keine** Ausdehnung unserer Pflichten gegen Österreich, so lange dort Parlament, Presse und ungarischer Chauvinismus in heutiger Kraft bleiben; eventuell als *pis aller* Abschluß mit Italien zu 2, nur gegen Frankreich, und wohlwollende Neutralität Italiens bei österreichisch-russischen Händeln, die **ohne** uns möglich sind, sobald sie nur Balkan, nicht Österreich direkt betreffen. Daß auch in **solchen** Händeln Österreich durch Italiens und eventuell Englands Beistand möglichst stark sei, ist unser Interesse."[39] Hier sind schon die Gesichtspunkte angedeutet, aus denen sich dann im Laufe des Januar die Verlängerung und Ausgestaltung des Dreibundes ergeben wird.

Während sich der neue Dreibund vorbereitete, war Bismarck gleichzeitig bemüht, den Draht nach Petersburg nicht abreißen zu lassen, sondern neu zu befestigen. Die Zunahme der russisch-österreichischen Spannung erforderte seine höchste Kunst. Am 13. November vertrat Graf Kálnoky in den Delegationen eine Auffassung der bulgarischen Frage und eine Beurteilung der russischen Maßregeln in Bulgarien, die in Petersburg maßlose Empörung erregte. "Aller Haß richtet sich gegen Österreich", gestand selbst der maßvolle Herr von Giers. Nirgends konnte man sich mehr verhehlen, daß das Dreikaiserbündnis, das selbst Bismarck seit einiger Zeit nur noch als Dreikaiser-Entente bezeichnete, der Vergangenheit angehörte. Schon wagte Katkow anzukündigen, daß Rußland über den Kopf Österreichs und Deutschlands hinweg einem sichereren Bundesgenossen die Hand

reichen und im entscheidenden Augenblick nicht alleinstehen werde. Und der Widerhall aus Paris blieb nicht aus. Auf der anderen Seite scheute der ehemalige Ministerpräsident Andrássy sich nicht, gerade der Kombination des deutsch-österreichischen Bundes mit der Dreikaiser-Entente die Schuld an den geringen Früchten des Bündnisvertrages zu geben. Die Politik Bismarcks, die zu den Verträgen von 1881 und 1884 geführt hatte, war zerrissen, und es war die Frage, ob sich noch irgend etwas davon retten lasse.

An dem Tage vor dem Beginn der Heeresdebatte im Deutschen Reichstage hatte Bismarck die russische Zirkularnote über Bulgarien mit einer Note vom 2. Dezember 1886 beantwortet, die in förmlicher Weise anerkannte, daß die prinzipielle Haltung des Reiches durch die jüngsten Ereignisse in Bulgarien sich nicht geändert habe, und daraus den Schluß zog, daß die Kaiserliche Regierung weder den Beruf noch die Absicht habe, dem Bestreben der russischen Regierung nach Wiederherstellung ihres verfassungsmäßigen Einflusses entgegenzutreten. Diese absolute deutsche Enthaltsamkeit wurde, ohne jede Verschleierung, als die natürliche Folge der Weltlage bezeichnet, bei der die vorwiegende Aufgabe der deutschen Politik in der Sicherstellung des Reiches liege gegen die Angriffe, von denen die territoriale Sicherheit Deutschlands bedroht sein könne, "und auf die wir im Rückblick auf die mehr als 200jährige Geschichte unserer Beziehungen zu Frankreich und auf die Fortschritte der republikanischen und sozialistischen Bewegung in diesem Lande früher oder später gefaßt sein müssen". Es war die bestimmte Erklärung, daß die deutsche Politik den Russen freie Hand geben und Österreich nicht unterstützen werde, wenn es in Bulgarien Schwierigkeiten mache.[40] Die Antwort war ein russisches amtliches Kommuniqué vom 15. Dezember, das die Zeitungsartikel über die russenfeindliche Haltung Deutschlands bedauerte und der Presse größere Vorsicht anempfahl. Da die gemessene Erklärung Österreich überhaupt nicht erwähnte, glaubte Schweinitz folgern zu müssen, daß von der Dreikaiser-Entente nicht mehr die Rede sein könne. Aber Bismarck gab noch nicht nach: "Warum nicht, es ist nicht unsere Aufgabe, diese Konsequenz zu ziehen. Wir müssen das Dreikaiserbündnis weiterspinnen, solange ein Faden dran ist".[41]

Er erwog jedes denkbare Mittel, um den Zugang zu dem persönlichen Vertrauen des Zaren zurückzugewinnen. Da er erfuhr, daß Alexander III. über die historische Entwicklung der Vorgänge, die seinerzeit zum deutsch-österreichischen Bündnis geführt hatten, sehr unvollkommen unterrichtet war, so entwarf er eine längere Denkschrift (14. Dezember), von der er sich eine objektive Aufklärung versprach; und da Giers von einzelnen Wendungen fürchtete, daß sie den Unwillen des Zaren nur steigern würden, und deswegen die Denkschrift vorzulegen Bedenken trug, ließ Bismarck sie sogar entsprechend abändern, um den Erziehungsprozeß nicht scheitern zu lassen. In dieser, dem Selbstherrscher vorsichtig angepaßten Form wurde die Denkschrift am 4. Januar dem Zaren von Herrn v. Giers vorgelesen.[42] Der Zar sträubte sich zwar gegen manche Wahrheiten der Vergangenheit, aber er schien einzusehen, daß eine russische Annäherung an Frankreich notgedrungen dazu führen müsse, die Beziehungen des Deutschen Reiches zu den übrigen europäischen Mächten enger zu gestalten. Es schien sogar, als ob man an diese Einsicht des Zaren wirklich werde anknüpfen können.

Am 6. Januar erschien Graf Peter Schuwalow, der Bruder des Berliner Botschafters, in einer besonderen Mission des Zaren in Berlin. Er hatte den Auftrag, von Kaiser Wilhelm ein Schreiben zu erwirken, in dem er als oberster Kriegsherr dem noch in der militärischen Rangliste geführten Battenberger die Rückkehr nach Bulgarien untersagen solle. Der Russe verband aber damit vertrauliche Eröffnungen, die sich nur als Einleitung einer neuen Verhandlung auffassen ließen. Er verbürgte sich nicht nur, daß der Zar niemals Deutschland angreifen werde, am wenigsten mit Frankreich; er äußerte sogar seine Überzeugung, daß sich innerhalb von 24 Stunden vom Zaren eine schriftlich bindende Erklärung in Form eines Vertrages erreichen lasse, daß er sich in französisch-deutsche Händel niemals einmischen werde, einerlei, ob Frankreich Deutschland angreifen werde oder auch im umgekehrten Falle; die einzige deutsche Gegenleistung - abgesehen von der

Zurückhaltung in Bulgarien - würde in einer Erklärung zu bestehen haben, daß Deutschland Rußland nicht verhindern wolle, die "Schließung der Meerengen" zu erlangen.[43] Es ist begreiflich, daß Bismarck, der gerade zu den Reichstagsverhandlungen in Berlin eintraf, diese Eröffnung mit hoher Genugtuung zur Kenntnis nahm; er veranlaßte Schuwalow, den Entwurf eines solchen Vertrages, der an die Stelle der nicht mehr haltbaren Dreikaiser-Entente werde zu treten haben, aufzusetzen, und ging in Erwartung dieser neuen Entwicklung zuversichtlich in den politischen Kampf. Schon glaubte er im Staatsministerium die Hoffnung aussprechen zu dürfen, es werde gelingen, den russischen Elefanten so zu leiten, daß er kein Unheil bei seinen täppischen Bewegungen anrichten könne.

In dieser Stimmung hielt er am 11. Januar 1887 die große Rede zur Heeresvorlage, und von keiner seiner außenpolitischen Reichstagsreden kann man sagen, daß sie so viel berechnete Diplomatie enthalte. Das gilt natürlich nicht von ihren fundamentalen Thesen über das Wesen der deutschen Friedenspolitik: "Wir gehören zu den, wie der alte Fürst Metternich sagte, saturierten Staaten, wir haben keine Bedürfnisse, die wir durch das Schwert erkämpfen könnten"; es gilt ebensowenig von der grundsätzlichen Ablehnung des Präventivkrieges, von der Stellung des Reiches zu seinem westlichen Nachbarn und von seiner politischen Uninteressiertheit im Orient, die in dem durch diese Anwendung auf Bulgarien klassisch gewordenen Hamletzitat gipfelt: "Was ist ihm Hekuba." Wohl aber ist diplomatische Berechnung die Art, wie er die Kriegsgefahr des Augenblicks analysiert. Zur Überraschung der Welt erklärte er die Freundschaft mit Rußland als über jeden Zweifel erhaben und verzichtete damit auf alle Gründe, die aus einer russischen Gefahr zugunsten der Heeresvorlage entnommen werden konnten. Das alles lag auf der Linie der Politik Bismarcks, aber auf die optimistische Färbung seiner Worte wirkte doch auch die unmittelbar voraufgegangene Eröffnung Peter Schuwalows ein. Wie sehr er sich trotzdem bewußt blieb, daß er die Beziehungen zu Rußland günstiger dargestellt habe, als er sie in der Tat bewertete, beweist ein diplomatischer Erlaß der nächsten Wochen, der gleichsam einen authentischen negativen Kommentar zu diesem Teil der Rede enthält.[44] Er war Realist genug, um sich zugleich alle inneren und äußeren Gründe zu vergegenwärtigen, die die Stimmung des Zaren wandeln könnten. Im Moment der Rede aber stand ihm das Ziel fest vor Augen, die Fühlung mit Petersburg wiederherzustellen, den Tatendrang der Ungarn zu ernüchtern[45] und die Franzosen gründlich abzukühlen.

Aus diesen taktischen Gründen beleuchtete er die französische Gefahr auf das schärfste, als wenn sie die einzige wäre. In weit ausgreifendem Überblick ordnete er die deutsch-französischen Beziehungen in den geschichtlichen Prozeß ein, auf dessen Wiederaufnahme man vorbereitet sein müsse; er sprach von seinen gescheiterten Bemühungen, das Geschehene zum Vergessen zu bringen, und erklärte das Unterhalten und Schüren des *feu sacré* für im höchsten Grade bedenklich. Dem friedlichen französischen Bürger rief er zu: "Man spricht nicht von der Revanche, man spricht nur von der Befürchtung, von Deutschland angegriffen zu werden. Diese Befürchtung ist unwahr, und wer sie in Frankreich ausspricht, weiß, daß er die Unwahrheit sagt. Wir werden Frankreich nicht angreifen." Den Deutschen aber malte er in ähnlichen Wendungen, wie er sie schon in dem Briefe an den Kriegsminister gebraucht hatte, die Folgen einer Niederlage aus: sie würden dieselben Franzosen sich gegenüberfinden, unter deren Herrschaft sie von 1807 - 1813 gelitten hätten, und die sie ausgepreßt hätten bis aufs Blut - wie die Franzosen sagen: *saigner à blanc*. Aus dieser geschichtlichen Erinnerung mochten sich dann auch die Franzosen das Ihre entnehmen.[46]

Die Beurteilung der Rede Bismarcks war in Wien sehr geteilt. Kálnoky machte dem Reichskanzler den Vorwurf, er habe durch die Präzisierung der Stellung Deutschlands die allgemeine Lage verschoben, während Bismarck für sich in Anspruch nahm, die Lage wieder richtiggestellt zu haben: die in Pest erfolgte russenfeindliche Verschiebung habe ihm die Aufgabe auferlegt, das Gleichgewicht der Beziehungen durch erhöhte Russenfreundschaft wiederherzustellen. Das war nicht unrichtig und doch auch nicht ganz die Wahrheit. Denn es ließ sich nicht leugnen, daß die Front des deutsch-österreichischen Bündnisses von 1879 von Bismarck gewaltsam nach Westen

verlegt wurde, aber nicht um den Krieg auszulösen, sondern um ihn zu verhindern.

Der außenpolitische Machtkampf war zugleich ein innenpolitisches Ringen um die Macht im Staate geworden. Die parlamentarische Opposition hatte ursprünglich es sich zugetraut, wie Windthorst es ausdrückte, zunächst ein außenpolitisches Examen mit dem Reichskanzler anzustellen, aber sich dann doch wohl überzeugt, daß die Stunde dazu nicht geeignet sei. So beschränkte sie sich darauf, den vollen Umfang der Heeresvorlage zu bewilligen - "jeden Mann und jeden Groschen" - aber nur auf drei Jahre, d. h. sie machte den Versuch, das einst durch Kompromiß ausgeglichene Machtverhältnis zwischen Krone und Parlament zu ihren Gunsten zu verschieben. Auch damit wählte sie einen unglücklichen Anlaß zur Machtprobe, denn Bismarck war entschlossen, die Durchbrechung der bisherigen Praxis nicht zuzulassen. Wenn man auf der anderen Seite den Streit wollte, dann nahm er den Handschuh auf, ja, es reizte ihn, den parlamentarischen Gegner auf einem letzten Endes für ihn gefährlichen Kampffelde auflaufen zu lassen. Er fühlte, wie alle, schon den Schatten des Thronwechsels in das öffentliche Leben sich niedersenken und mußte alles daran setzen, einer solchen Möglichkeit mit dem sicheren Rückhalt eines zuverlässigen Reichstags gegenüberzutreten. Wenn er aber die Kronrechte gegen eine parlamentarische Verkürzung verteidigte, entfesselte er einen Kampf, in dem er zugleich die eigene politische Macht, auch einem neuen Träger der Krone gegenüber, verstärken konnte. Mit dem Vollgefühl eines Kämpfers, der mehr als eine Abrechnung vor sich sah, löste er am 14. Januar 1887 den Reichstag auf.

Während der Wochen des Wahlkampfes stieg die Erregung immer höher: es war, als ob man vor dem Hereinbrechen eines ungeheuren Schicksals stünde. Auch in der deutschen und französischen Presse steigerte sich die Erregung gegenseitig. Man hörte von allen Arten französischer Vorbereitungsmaßregeln an der Grenze (weil man an einen deutschen Angriff glaubte), auch von Pferdeankäufen auf deutschem Gebiet, die von deutscher Seite mit einem Pferdeausfuhrverbot beantwortet wurden; einige Tage lief das Gerücht um, daß Bismarck sich an den preußischen Landtag mit einer großen Kreditanleihe wenden wolle. Die Skrupellosigkeit des Wahlkampfes übersteigerte manche Argumente, und Bismarck konnte sogar den taktischen Erfolg verzeichnen, daß es ihm gelang, die Autorität des Papstes gegen das Zentrum in Sachen des Septennats auszuspielen. So stieg die Spannung der europäischen Krisis immer höher.

Vergegenwärtigen wir uns zunächst den Verlauf, den in dieser Zeit die nach allen Seiten noch völlig im Fluß befindlichen Bündnisverhandlungen nahmen.

Da sollte sich zunächst herausstellen, daß die an die Mission des Grafen Peter Schuwalow geknüpften Hoffnungen verfrüht, wenn nicht gar eitel waren. Schuwalow hatte seine Instruktion weit überschritten und fand bei seiner Rückkehr nach Petersburg gar keine Neigung vor, auf seine Vorschläge einzugehen. Woche auf Woche verging, ohne daß eine Rückäußerung erfolgte, bis man sich in der ersten Hälfte des März mit dem Gedanken vertraut machte, daß das ganze Unternehmen gescheitert sei.[47] Dafür mehrten sich die Anzeichen, daß der wankelmütige Zar mehr denn je den Einflüssen der Gegenseite verfallen sei und im Bann der slawophilen Argumentation stehe. Die Stellung von Giers schien erschüttert, der Einfluß von Katkow im Steigen. "Früher glaubte ich", sagte der Zar am 17. Januar zu seinem Minister, "das sei nur Katkow, aber ich habe mich überzeugt, daß dies ganz Rußland ist."[48] Alexander III. glaubte an den deutsch-französischen Krieg[49] und wollte ihn im russischen Interesse nicht verhindern; von beiden Seiten sich umworben fühlend, suchte er die Situation dadurch zu nutzen, daß er den Franzosen in der Stille Ermunterungen zukommen ließ.[50] Als der französische Botschafter Laboulaye ihm am 21. Januar seine Sorge vortrug, antwortete ihm der Zar - sehr gegen den Willen seines Außenministers und trotz seiner freundschaftlichen Versicherungen nach deutscher Seite - mit direkten Andeutungen, daß Frankreich bei ihm im Notfalle auch gegen Deutschland Unterstützung finden würde. Schon drang der Botschafter auch in Giers, er möge ihm eine klare und womöglich schriftliche Antwort zu geben, welche Haltung Rußland im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland

einnehmen werde: werde es Frankreich moralisch unterstützen und Truppen an die deutsche Grenze werfen?[51] Man ließ immerhin von russischer Seite die Mitteilung nach Berlin gelangen, daß man im Kriegsfalle Frankreich als Großmacht erhalten wissen wolle.[52] Der deutsch-französische Krieg würde Rußland in die Hinterhand des europäischen Mächtespiels gebracht haben, darum tat man in Petersburg nichts, ihn zu verhindern, einiges ihn zu fördern und hüllte sich nach Berlin in tiefes Schweigen.[53] Aus diesem russischen Verhalten schöpfte Boulanger die Kraft des Entschlusses, mit aller Energie auf den Krieg hinzuarbeiten.

Inzwischen aber gelang es Bismarck, den anderen Flügel seines Bündnissystems wieder unter Dach und Fach zu bringen. Wir sahen, daß sich dem Abschluß des Dreibundes in der von den Italienern vorgeschlagenen Form allerhand Schwierigkeiten in den Weg gestellt hatten. Am 16. Januar teilte Kálnoky, zur peinlichen Überraschung auch der deutschen Diplomatie, mit, daß Österreich statt des italienischen Vorschlags, den Bismarck sich angeeignet hatte, vorziehen werde, den Vertrag in der früheren Gestalt zu erneuern. Unter dem Eindrucke der Reichstagsrede Bismarcks und eines nahenden deutsch-französischen Krieges machte er geltend, daß Österreich keinen Mann im Osten entbehren könne; wenn man in Berlin sich so stark im Osten desinteressierte, wollte man in Wien keine neuen Verpflichtungen im Westen übernehmen. Daraufhin einigte Bismarck sich zunächst mit den Italienern über einen neuen Vorschlag: den alten Vertrag zu Dreien zu erneuern, dazu zwei Zusatzakte, eine mit Österreich, eine mit Deutschland zu vereinbaren; in der letzteren sollten die von Italien gewünschten Verpflichtungen allein von Deutschland übernommen werden. Er empfahl den Österreichern dringend die Annahme dieses vermittelnden Vorschlages, indem er daran erinnerte, daß man das Bündnis mit Italien weniger des Beistandes gegen Frankreich halber erstrebe, als um Österreich im Falle eines russischen Angriffes die Sicherheit vor Italien im Rücken zu verschaffen. Er erreichte seinen Zweck, als Kálnoky am 12. Februar seine Zustimmung zu dem vorgeschlagenen Wege gab. Die formelle Erneuerung und Ergänzung des Dreibundvertrages erfolgte am 20. Februar 1887.

Aus dem schleppenden Gange dieser Verhandlungen hatte Bismarck immerhin den Schluß gezogen, daß noch ein weiteres Eisen in das Feuer zu legen sei, um die zwischen Österreich und Italien im Orient noch nicht erreichte engere Fühlung vermöge einer neuen Klammer herzustellen. So kam er auf den Gedanken, an dieser Stelle das englische Interesse einzuschieben, ohne das Maß der deutschen Verpflichtungen im Osten zu erhöhen. Schon längst hatte er im stillen erwogen, auf welche Weise für die österreichische Orientpolitik eine englische Rückendeckung beschafft werden könne; zugleich sagte er sich, daß die italienische Militärmacht ganz anders verwendbar sein würde, wenn sie im Bunde mit der englischen Seemacht aufträte. Da es ihm bisher nicht gelungen war, auf dem Wege über Wien eine Sicherstellung englischer Beihilfe im Orient herbeizuführen, schlug er den Weg über Rom ein. Indem er die Italiener ermutigte, eine Annäherung an England zu suchen, warf er das ganze Gewicht seiner Autorität zur Unterstützung dieses Versuches in die Waagschale. Am ersten Februar begab er sich persönlich zu dem englischen Botschafter Sir Edward Malet, um den Abschluß eines Abkommens mit Italien zu empfehlen.[54] Da er die formelle Schwierigkeit für eine parlamentarische Regierung würdigte, riet er, die Verständigung nur für die Amtsdauer des gegenwärtigen Ministeriums anzustreben, und legte dem Mutterlande der *public opinion* um so mehr die Verpflichtung der Regierung ans Herz, in ihrem Sinne die öffentliche Meinung zu formen. "Sie ist nichts anderes, als ein aus einer Menge kleiner Flüsse gebildeter Fluß, deren einer die Regierung ist; wenn die Regierung ihren Nebenfluß genügend speisen würde, trüge sie auf wirksame Weise dazu bei, die große allgemeine öffentliche Meinung zu bilden." In der Sache wies er darauf hin, daß auch im deutschen Bündnis Italien nur von Bedeutung sei, wenn es seine Truppen zu Schiff befördern könne, und erinnerte ernst an die Pflicht Englands, einen Teil der Verantwortung auf sich zu nehmen, um Europa zu sichern. Wenn es sich weigere, müsse er anderswo Fühlung nehmen, wobei er leise durchblicken ließ, daß die deutsch-französischen Beziehungen (Ägypten!) wie die deutsch-russischen Beziehungen (Bosporus!) sich auch leicht freundlicher gestalten lassen würden. Unter dem Druck der gespannten Weltlage ging die englische Regierung, deren Versuche,

sich mit Frankreich in Ägypten besser zu stellen, gescheitert waren, auf den Vorschlag Italiens ein. Sie wünschte nur, das Einvernehmen in eine Form zu kleiden, die ihr im Falle von neugierigen Interpellationen gestatte, jede Allianz in Abrede zu stellen. Salisbury sprach dabei in Berlin am 5. Februar seinen lebhaften Dank aus, daß England in dem befreundeten Deutschland ein sicheres Bollwerk gegen französische Angriffe besitze - in dieser Zusicherung bestand die Gegengabe der deutschen Politik. So kam am 12. Februar, als die höchste Kriegsspannung kaum überwunden war, das englisch-italienische Abkommen zustande. Der englische Premierminister bezeichnete es als die weitestgehende Zusicherung, welche ein parlamentarischer Staat überhaupt erteilen könne: nämlich daß er im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland sich aktiv derjenigen Staatengruppe anschließen werde, welche die Friedenspolizei im Orient bilde.[55]

Zum ersten Male hatte Bismarck sich dem schon längst erwogenen Ziele genähert, auch England in verbindlicher Form mit dem von ihm geführten Mitteleuropa zu verknüpfen. Er durfte es als einen nicht zu unterschätzenden Erfolg betrachten, "daß wir England so weit zu engagieren vermocht haben".

Der nächste Schritt war fast nur eine Formsache: der Beitritt Österreichs zu dem englisch-italienischen Abkommen. Bismarck veranlaßte, daß dieses auch in Wien mitgeteilt wurde, "um Kálnoky anzuregen!", und riet im stillen, den guten Willen Englands rasch beim Worte zu nehmen, legte selbst aber Wert darauf, die Hand nicht in dieser Sache zu haben. Der formelle Beitritt Österreichs wurde am 23. März vollzogen. Nun blieb nur noch übrig für die drei verbundenen Mächte, den Sultan dem russischen Einfluß zu entreißen und sich womöglich, wozu Bismarck den Engländern längst geraten hatte, einen Einfluß auf die militärischen Machtmittel der Türkei zu verschaffen. Aber das war ihre Sache.[56] Die ganze nur durch die Kriegsspannung ermöglichte Entwicklung setzte Bismarck instand, der weiteren Auseinandersetzung mit Frankreich und Rußland, im Besitz einer elastischen Rückendeckung mit größerer Ruhe entgegenzusehen.

Die französische Politik Bismarcks verfolgte im Grunde ein eindeutiges Ziel: den Frieden zu erhalten, aber das Haupt der Kriegspartei aus der Macht zu drängen, um damit der für Rußland so verführerischen Revanche einen Schlag zu versetzen. Aber es ließ sich nicht verkennen, daß dieser Weg des Friedens nahe an Kriegsgefahren vorbeiführte und daß eine Politik, die das französische Schwert in der Scheide halten wollte, damit rechnen mußte, daß es nun gerade gezogen wurde.[57] Als die durch die Wahlbewegung und die Maßregeln Boulangers gesteigerte Beunruhigung auf den Höhepunkt stieg, legte Bismarck Wert darauf, über seinen ernsten Friedenswillen niemanden in Frankreich im unklaren zu lassen. Am 31. Januar erklärte er dem französischen Botschafter wiederholt, daß Deutschland den Frieden wünsche und nicht angreifen würde; was er fürchte, sei das Emporkommen Boulangers als Ministerpräsident oder Präsident der Republik: das würde den Krieg auf kurze Frist bedeuten.[58] Auch der Ministerpräsident de Freycinet bestätigte dem deutschen Botschafter, Herbette habe sich sehr befriedigt über sein Gespräch mit dem Kanzler geäußert und seine bestimmte Überzeugung ausgesprochen, daß der Frieden erhalten bleibe.[59]

In den nächsten Tagen ging Bismarck auf den beiden Linien vor, die seinem doppelten Ziele entsprachen: die Friedlichen zu beruhigen und die Kriegerischen einzuschüchtern. Am 4. Februar hatte der deutsche Botschafter dem französischen Außenminister gegenüber mit der erneuten Erklärung der friedlichen Absichten seiner Regierung die Mitteilung verbunden, daß der große Generalstab in Berlin niemals den geringsten Protest gegen die französischen Vorsichtsmaßregeln erhoben habe. Die französische Regierung ließ diese Erklärung, die mit den Meldungen ihres Botschafters übereinstimmte, sofort amtlich verbreiten. Am anderen Tage aber erging in Berlin ein Kaiserlicher Erlaß, der auf den 7. Februar 73 000 Reservisten zu einer zwölftagigen Übung mit dem neuen Magazingewehr einberief.[60] Mit anderen Worten, wenn man die Franzosen ungestört militärisch das ihre tun ließ, so behielt man sich auch auf deutscher Seite die für richtig gehaltenen militärischen Schritte vor.

Boulanger aber entnahm daraus den Anlaß, jetzt einige Schritte weiterzugehen. Zunächst beschloß er an den Zaren einen Brief zu richten, der nur durch das Eingreifen des Außenministers und des Präsidenten Grévy aufgehalten wurde.[61] Seine eigentliche Antwort aber war ein Versuch, die Franzosen in den Krieg zu treiben. Er beschloß, die deutsche Maßregel durch die Einberufung der französischen Reserven und die Mobilmachung zu beantworten - wodurch er natürlich sofort die allgemeine Mobilmachung auch auf deutscher Seite ausgelöst haben würde. Er brachte, so erzählte später M. Grévy dem deutschen Botschafter,[62] das dafür erforderliche Dekret in den Ministerrat und verlangte die Unterschrift des Präsidenten. "Das ist wahnsinnig, was Sie mir da vorschlagen, General!" antwortete der Präsident, "wissen Sie nicht, daß das den Krieg bedeuten würde?" - "Nun, ich bin bereit", entgegnete Boulanger. - "Ebenso bereit wie Leboeuf seinerzeit, und ich werde nicht einmal die Diskussion dieses Projektes zulassen." - "In diesem Falle werde ich meinen Rücktritt einreichen müssen!" - "Gut, tun Sie es," antwortete der Präsident. Boulanger aber reichte seinen Rücktritt nicht ein und war nachher sehr untertänig und ruhig: "So ist dieser Mann." - Damit schloß Grévy die Erzählung des Vorgangs.[63]

Der Verlauf der Krise hatte erwiesen, daß die Friedenspartei in Paris noch stärker war als die Kriegspartei. So war denn auch Bismarck geneigt, sich optimistischer über die Erhaltung des Friedens auszusprechen; er ging zunächst nicht weiter, sondern begnügte sich mit dieser Erschütterung der Stellung Boulangers, zumal da er die Zwangslage der leitenden Männer in Paris würdigte, die den Kriegsminister nicht entfernen konnten, ohne ihn zum Heros und Märtyrer als Opfer der Deutschen zu machen. Es kamen in den nächsten Wochen eine Reihe von Momenten hinzu, die die Entspannung förderten: der Abschluß der deutschen Wahlen, die am 21. Februar einen starken Sieg der regierungsfreundlichen Parteien brachten, und die Annahme der Heeresvorlage am 11. März.

Trotzdem bleibt die Frage zurück: was ist in dieser ersten Krisis das eigentliche Ziel Bismarcks gewesen? Hat er nicht trotz aller friedlichen Worte doch innerlich den Krieg gewollt? - Es steht zunächst einwandfrei fest, daß Bismarck sowohl die gegnerischen als auch die befreundeten Mächte darüber nicht im Zweifel ließ, daß er an einen Angriff auf Frankreich nicht denke. Wie den Franzosen, so hatte er den Russen ohne Umschweife erklärt, daß er den Krieg nicht wolle.[64] Wenn Boulanger und Déroulède mit dem Gedanken operierten, nie sei die Gelegenheit so günstig gewesen, so verwarf er seinerseits jede Gelegenheitsrechnung, jede Verlockung, einen Krieg aus diesem Grunde zu führen. Er erörterte wie schon oft seinen Lieblingsgedanken: niemand könne der göttlichen Vorsehung so weit vorgreifen, um dies mit unbedingter Sicherheit behaupten zu können, denn es könnten sich im Laufe der Zeit allerhand unberechenbare Vorfälle ereignen, die den Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges verhinderten. Das ließ er auch dem russischen Botschafter in Wien sagen, der es als im Interesse Deutschlands liegend bezeichnet hatte, die "beklagenswerte Notwendigkeit" nicht hinauszuschieben.

Bismarck glaubte aber auch zu bemerken, daß man selbst im befreundeten Lager ihm zutraue, den Krieg zu wollen, und daß man dort den Krieg nicht ungern sah. Fast mit Empörung stellte er fest, daß man selbst in Wien "den ganz unglaublichen Gedanken" hegte, die deutsche Regierung oder wenigstens "die deutsche Militärpartei" habe wirklich an einen Anfall auf Frankreich gedacht. "Daß unsere Gegner den Sachverhalt im Sinne der altbekannten Fabel des Phädrus von dem Wolf und dem Lamm umdrehen und uns in bewußter Verlogenheit aggressive Absichten imputieren, ist natürlich. Daß aber unsere Freunde in Wien sich soweit haben verblenden lassen können, jenen Unterstellungen auch nur für eine kurze Zeit Glauben beizumessen, ist sehr niederschlagend."[65] Er wiederholte dieses Bekenntnis auch dem Kronprinzen Rudolf: "Sie wollen mich in den Krieg drängen, und ich will den Frieden; einen Krieg vom Zaun brechen, wäre frivol; wir sind kein Raubstaat, der Krieg führt, nur weil er eben einigen konveniert."[66] Auch wenn Bismarck dem englischen Botschafter versicherte, daß er Frankreich trotz aller Boulangerschen Provokationen nicht angreifen werde, hielt er es für angezeigt, im Hinblick auf englische Zeitungen die Frage

damit zu verbinden, ob England ein Interesse daran zu haben glaube, daß dieser Krieg ausbreche.[67] Der am berühmtesten gewordene englische Zeitungsartikel dieser Art, der in einer ganz anderen Konstellation zu einer unbequemen Erinnerung für die gelenkige englische Staatskunst werden sollte, erschien am 4. Februar im Londoner *Standard*, einem dem Ministerpräsidenten Salisbury nahestehenden Organ, in der Form eines Briefes von "*Diplomaticus*". Er enthielt eine vom englischen Standpunkt aus höchst bemerkenswerte Betrachtung: "Wie sehr auch England einen Einfall in belgisches Gebiet durch eine der kämpfenden Parteien bedauern möge, so könnte es doch nicht Frankreichs Partei gegen Deutschland ergreifen, ohne dabei die Hauptziele der britischen Weltpolitik ernstlich zu gefährden oder preiszugeben. Aber, wird man fragen, ist nicht England durch seine Unterschrift gebunden und muß es nicht seinen öffentlichen Verpflichtungen treubleiben? Meine Antwort ist, daß Englands auswärtiger Minister imstande sein müßte, diesem Einwand Rechnung zu tragen, ohne daß England in einen Krieg verwickelt wird. Die zeitweise Benutzung eines Wegerechtes ist etwas anderes, als eine dauernde, unrechtmäßige Besitzergreifung eines Gebietes, und sicherlich würde England leicht vom Fürsten Bismarck angemessene Garantien dafür erhalten können, daß nach Beendigung des Konfliktes das belgische Gebiet unversehrt wie vorher bleiben würde." Daß dieser Artikel einen amtlichen Ursprung gehabt habe, läßt sich zwar nicht "beweisen", aber viel weniger kann es als ein belangloser Zufall gedeutet werden, daß er in der ministeriellen Zeitung im Augenblicke höchster kriegerischer Spannung Aufnahme fand.[68] Tatsächlich fügt er sich durchaus in den Rahmen dessen ein, was wir von der amtlichen Leitung der englischen Politik in diesen Wochen wissen: eng an Deutschland angeschlossen, rechnete sie mit dem Ausbruch des Krieges.[69] Man mußte aber in London den Krieg schon sehr innig wünschen, wenn man ihm das empfindlichste englische Interesse auf dem Kontinent - obgleich ein Durchmarsch durch Belgien damals außerhalb der deutschen Kriegspläne lag[70] - so uneigennützig zum Opfer bringen wollte.

Es war nicht anders: in mehr als einer europäischen Großstadt sah man einem deutsch-französischen Kriege sehr viel gelassener entgegen als in Berlin. Sowohl in Petersburg als in London verkannte man nicht, daß man dann erst die freie Bewegung ganz zurückgewinnen würde. Der Zar sah naturgemäß in dem Ausbruch des Krieges den günstigsten Fall, "um mit wenig Mitteln einen zwingenden Druck auf Deutschland auszuüben"; vermutlich verschob er das offensive Vorgehen gegen die Bulgaren gerade deswegen, weil er den Ausbruch abwarten wollte. Die Engländer aber wären aller ägyptischen Sorgen ledig gewesen, wenn der große Kampf entbrannte; eine gleichzeitige Bindung des französischen Gegners **und** des deutschen Freundes wäre vielleicht das Willkommenste gewesen. Bismarck machte sich auch keine Illusionen darüber, warum man in beiden Lagern es als eine Erleichterung empfunden hätte, wenn das Schicksal seinen Lauf nahm. Wer seinem Friedenswillen mißtraut, wird ihm wenigstens das nüchterne Abwägen der wirklichen deutschen Interessen nicht abstreiten wollen.

In dieser erregten Zeit wirkte der neunzigste Geburtstag des alten Kaisers (22. März 1887) wie eine jener Unterbrechungen, bei denen auch die hochgespannten Rivalitäten der Völker eine Pause der Ehrerbietung oder doch der Konvention eintreten lassen. Die Fürstenhöfe Europas waren fast vollzählig vertreten und huldigten einer ehrwürdigen Erscheinung, die den monarchischen Gedanken so treu und so vornehm verkörperte. Nur die französische Leidenschaft ließ sich auch bei solchem Anlaß nicht zügeln, und eines der Boulanger nahestehenden Blätter *La France* schrieb: "Für uns ist der Name des Kaisers Wilhelm gleichbedeutend mit Blut, Diebstahl, Mord; er erinnert uns an die Niederlage unseres Vaterlandes, die Hinschlachtung unserer Soldaten, den brutalen Diebstahl zweier unserer Provinzen."[71] Daß der Krieg von 1870/71 von den Franzosen selbst vom Zaune gebrochen und nichts als ein Einbruch in die nationale Selbstbestimmung der Deutschen gewesen war, war von diesem Geschlecht längst vergessen. Aber von solchen Mißtönen abgesehen, die Stimme der Welt klang an diesem Tage, so wie der Kardinal Galimberti im Namen des Papstes Leo XIII. dem Kaiser aussprach: tiefe Ehrfurcht vor einem dem Wohl der Nation und dem Frieden der Welt geweihten, gottgesegneten Leben.

Auch die Russen hatten in diesem Augenblicke, nach mehr als zweimonatlichem Schweigen, die Verhandlungen über einen Vertrag wieder aufgenommen; am 19. März hatte Giers es dem deutschen Botschafter im tiefsten Geheimnis angekündigt. Großfürst Wladimir, der Bruder des Zaren, der zu dem Festtage in Berlin erschien, besprach mit Bismarck von neuem den Abschluß eines Neutralitätsvertrages für den Fall eines russisch-türkischen und eines deutsch-französischen Krieges. Während das bulgarische Thema verlassen wurde, beteuerte er, das Hauptinteresse des Zaren sei auf Zentralasien und den Besitz der Dardanellen gerichtet, die er als seine Hausschlüssel betrachte.[72] Aber in denselben Tagen stieg die Woge der deutschfeindlichen Propaganda noch höher; mit einer Heftigkeit ohnegleichen, als wenn es gälte, den Eindruck der Mission des Großfürsten im selben Augenblicke wieder auszulöschen, griff Katkow in der *Moskauer Zeitung* die Politik des Herrn v. Giers an, die im Gegensatz zu der des Zaren den deutschen Interessen diene. Alle russischen Zeitungen unterstützten Katkow in dem offenkundigen Bestreben, die Erneuerung des Dreikaiserbündnisses zu verhindern, das in den letzten Zügen liege. Und tatsächlich ließ die amtliche Einleitung der Verhandlung von neuem Woche auf Woche auf sich warten.[73] Erst in der letzten Aprilwoche, als das System des berechneten Verschleppens und Durchkreuzens bis auf das Äußerste ausgeschöpft war, erlaubte der Zar seinem Ratgeber, das Gespräch über einen neuen Vertrag zu Zweien zu eröffnen.

Der Beginn der Besprechungen wurde zunächst am 20. April durch einen unvorhergesehenen Zwischenfall zwischen Berlin und Paris gestört. Ein zufälliges und untergeordnetes Ereignis, die Verhaftung des französischen Polizeiagenten Schnäbele, löste noch einmal einen Ausbruch der Leidenschaften aus, der hart an der Kriegserklärung vorbeiging. Daß dieser tief in die elsässische Spionage verwickelte Agent auf deutschem und nicht auf französischem Boden auf Grund eines schwebenden reichsgerichtlichen Haftbefehls verhaftet wurde, steht einwandfrei fest; darin ist die deutsche Auffassung im Recht gegenüber der französischen Lesart, die das Gegenteil, die Grenzverletzung, behauptete; selbst Maurice Barrès, der in seinem "*Appel au Soldat*" von diesem Erlebnis die Geburtsstunde des heiligen Fiebers in Frankreich datiert, begnügt sich mit einem verlegenen "*très probablement sur notre territoire*". Daß Schnäbele aber auf das deutsche Gebiet auf Einladung eines deutschen Beamten zu Grenzgeschäften herüberzukommen veranlaßt wurde, kann ebensowenig bestritten werden; insofern ist die französische Seite im Recht. Für die Gesamtbeurteilung des Zwischenfalls ist durchschlagend, daß sich hinter dem Zwischenfall keine politische Absicht der deutschen Regierung verbarg und daß Bismarck von Anfang an, sobald der Tatbestand sich aufklärte, die Sache auf das versöhnlichste behandelte.[74] Dagegen suchte Boulanger, von der aufgepeitschten öffentlichen Meinung und der leidenschaftlichen Parteinahme der russischen Presse unterstützt,[75] den Zwischenfall zu einem Kriegsanlaß zu steigern. Er erneuerte den Versuch, Frankreich zur Mobilmachung zu drängen, und verlangte ein Ultimatum, "ehe die Kaiserliche Regierung eine Antwort habe geben können".[76] Es gelang ihm, den Ministerpräsidenten Goblet für sein Programm: Abberufung des Botschafters in Berlin und 50 000 Mann an die Grenze, zu gewinnen, aber er unterlag im Ministerrat. Mit der Entlassung Schnäbeles am 28. April war der Anlaß aus der Welt geschafft. Aber die Erregung in Paris blieb noch lange auf dem Siedepunkt: sie sah auf der einen Seite Bismarck, der mit der unerhörten Herausforderung (einer Grenzverletzung, die gar nicht stattgefunden hatte!) den Krieg hatte entfesseln wollen, und auf der anderen Seite Boulanger, vor dem der Herausforderer (der also doch den Krieg nicht wirklich gewollt haben mußte) zurückgewichen war. Präsident Grévy aber war seit diesem Vorfall entschlossen, das Kabinett Goblet und vor allem Boulanger zu beseitigen. Dieser lieferte schon vierzehn Tage später selber den Anlaß. Er forderte einen Kredit für eine im Herbst auszuführende Probemobilmachung eines Armeekorps. Der Außenminister Flourens protestierte, zumal der deutsche Botschafter nicht verschwieg, daß Deutschland, wenn der Plan Boulangers zur Ausführung kommen sollte, zu Gegenmaßregeln gezwungen sein werde. Flourens hatte sogleich durchblicken lassen, daß mit dem Gesetzentwurfe auch Boulanger fallen würde. Und so geschah es. Am 17. Mai wurde das Kabinett Goblet von der Kammer gestürzt, und es war damit entschieden, daß der Minister, der auf den Krieg hinsteuerte, nicht wieder in das Kabinett eintreten würde. Während der Ministerkrisis fiel es auf,

daß der russische Botschafter, Baron Mohrenheim, sich dahin aussprach, der Rücktritt Boulangers würde dem Zaren unerwünscht sein.[77] Aus diesem Auftreten - es fällt in eine Zeit, wo die russisch-deutschen Verhandlungen über den "Rückversicherungsvertrag" schon mitten im Flusse waren! - zog Bismarck den Schluß, daß Rußland der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich sehr erwünscht sein müsse.

Er hatte sein nächstes Ziel erreicht, mit der Person Boulangers den Geist der unverhüllten Revanche aus der Leitung des französischen Staates zu entfernen, und war entschlossen, dem neuen Kabinett Rouvier die Führung der Geschäfte in der Hoffnung und Annahme zu erleichtern, daß dem bisherigen Treiben eine Grenze gesetzt werde. Gewiß, er hätte einen Angriff Boulangers, wenn dieser sich in Paris durchgesetzt hätte, "auflaufen lassen", wie Gramont im Jahre 1870, und er hätte dafür gesorgt, daß es in einer nicht ungünstigen europäischen Konstellation geschehen wäre. Aber wichtiger war es ihm, den Weg zur Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Berlin und Paris frei zu machen. Daß sie möglich waren, ohne die Ehre, die Stärke und die Wohlfahrt Frankreichs zu beeinträchtigen, wird durch den Verlauf der folgenden Jahre erwiesen. Wo hätte auch in den achtziger Jahren für die Franzosen der unerbittliche Zwang der inneren Not gelegen, der heute die tiefe Gärung im deutschen Volke hervorruft, - wo die aufreizende Feindseligkeit, die von außen her in alle Lebensfragen einer Nation eingreift?[78] Die letzten Jahre Bismarcks stehen, was die Beziehungen des Reiches zu Frankreich betrifft, unter demselben Gesetz, das seit dem **Frankfurter Frieden** seinen Weg bestimmt hatte.

Inzwischen war in Berlin zwischen dem Reichskanzler und dem Botschafter Grafen Paul Schuwalow die formelle Verhandlung über den Zweiervertrag endlich eröffnet worden.[79] Die Grundlage des Vertrages war: russische Neutralität bei einem französischen Angriff auf Deutschland, deutsche Neutralität bei einem österreichischen Angriff auf Rußland. Daran schloß sich die deutsche Anerkennung der historisch erworbenen Stellung Rußlands auf dem Balkan und namentlich in Bulgarien und Ostrumelien, sowie eine gemeinsame Anerkennung des europäischen Prinzips des Verschlusses der Dardanellen und des Bosporus. Insofern wurde die Basis des bisherigen Vertragsverhältnisses erneuert, wenn auch mit manchen Nüancierungen. Darüber hinaus wurde noch ein Geheimvertrag abgeschlossen, in dem Deutschland auch in Zukunft sich zur Unterstützung der russischen Politik in Bulgarien verpflichtete, sowie - und das war das schwerwiegende Neue - seine moralische und diplomatische Unterstützung zusicherte, falls der Zar sich genötigt sehen sollte, den Eintritt in das Schwarze Meer zu verteidigen, um die Schlüssel seines Reiches zu bewachen, d. h. sich der Meerengen bemächtigen würde. An dieser Stelle einer einseitigen deutschen Verpflichtung war Bismarck viel weiter gegangen, als nach dem Beginn der Verhandlung im Januar zu erwarten gewesen war. Die Verhandlungen, Ende Mai noch durch eine Reise Schuwalows nach Petersburg unterbrochen, verliefen in ihrem Endstadium, wie sie in den vorbereitenden Stadien eingesetzt hatten: ohne den Geist des gegenseitigen Vertrauens. Noch in einem Erlasse vom 13. Juni gestand Bismarck dem Botschafter von Schweinitz, daß er sich seit langem mit der Möglichkeit einer Nichterneuerung der Verträge vertraut gemacht habe und nach den "nur in letzter Zeit schüchtern und teilweise zensurierten, sonst aber in breiter Weise geduldeten und gepflegten russisch-französischen Sympathien und Allianzneigungen" vertraut machen mußte. Er war so skeptisch geworden, daß er den Wert, den die deutsche Politik auf das Vertragsverhältnis zu Rußland zu legen habe, geradezu durch die Frage vermindert sah, ob der Zar gegenüber der künstlich aufgeregten öffentlichen Meinung imstande sein werde, den Vertrag zu halten, wenn Deutschland von Frankreich angegriffen werde. Noch in den letzten Tagen vor dem Abschluß stellte er fest, daß die Schwierigkeiten, die es mache, einen für Rußland so günstigen Vertrag in Petersburg zur Annahme zu bringen, kein Vertrauen wecken könnten. Ja, die Finasserien und Zusatzforderungen von seiten des russischen Unterhändlers nahmen noch in den letzten Tagen einen Umfang an, daß Bismarck bei der Frage der Vertragsdauer (ob 5 oder 3 Jahre) - obgleich der Russe zu einem längeren Termin bereit war - im Hinblick auf diese Verzögerungen den kürzeren Termin vorzog, um dem anspruchsvollen Partner die Überschätzung des Vertragsbedürfnisses auf deutscher Seite zu benehmen.[80]

So blieb er kühl bis zu dem letzten Augenblicke des Vertragsabschlusses, der am 18. Juni 1887 erfolgte. Selten ist ein so bedeutsamer Vertrag mit so geringen Illusionen zustande gekommen.

Von Bismarck selbst ist das Urteil überliefert: "Der Haupteffekt unseres deutsch-russischen Vertrages bleibt für uns immer der, daß wir drei Jahre hindurch die Zusicherung haben, daß Rußland neutral bleibt, wenn wir von Frankreich angegriffen werden." Der Zar dagegen stellte später nur fest: "Ich denke in der Tat, daß für Bismarck unsere Entente eine Art Garantie ist, daß kein schriftliches Abkommen zwischen uns und Frankreich existiert, und das ist sehr wichtig für Deutschland."[81] Wenn in der russischen Auffassung der Nachdruck auf das Wort "schriftlich" gelegt wurde, dann enthielt der Vertrag für Deutschland sehr wenig. Aber bevor man ein Urteil fällt, wird man zunächst beobachten müssen, welche Wirksamkeit er während der Zeit seines Bestehens ausüben wird. Das muß besonders betont werden, weil die Bedeutung des Vertrages durch spätere Ereignisse, durch den zufälligen Zusammenfall seiner Nichterneuerung mit dem Rücktritt des Reichskanzlers, und dann durch das Ausspielen des Vertrages gegen die Politik des Neuen Kurses in eine Beleuchtung gerückt worden ist, die sich mit seiner tatsächlichen Funktion von 1887 - 1890 nicht vereinbaren läßt: so tut man gut, das Spätere zunächst einmal zurückzuschieben.

Bismarck selbst verhehlte sich nicht, daß die Beziehungen zu Rußland weniger auf dem Vertrage als auf der Persönlichkeit des Zaren ruhten: "Einen anderen Boden hat das Faß dort nicht", ließ er sich schon in einem Erlaß vom 28. Juni vernehmen, "wenn wir denselben ausschlagen, so läuft das Faß aus." Der alte Kaiser Wilhelm aber, der damals mit Kaiser Franz Joseph zum letzten Male in Gastein zusammentraf (und ihm den russischen Vertrag zu verheimlichen genötigt war!), machte kein Hehl daraus, daß sein Vertrauen in den Zaren tief erschüttert war.[82]



*Letzter Besuch Kaiser Wilhelms I., begleitet vom Prinzen Wilhelm,
bei Kaiser Franz Josef in Gastein 1886.*

Wenn somit der Rückversicherungsvertrag schon hinsichtlich der Gesinnung der Vertragschließenden auf einem unsicheren Grunde ruhte, so glaubt man vollends einen schwankenden Boden zu betreten, wenn man die Frage aufwirft: Wie war sein Inhalt, insbesondere das Geheimabkommen über den Bosporus, mit dem Wortlaut und dem Geist der anderen

Bündnisverpflichtungen des Deutschen Reiches zu vereinbaren,[83] und weiter, mit jener Politik, die in einer Art von stiller Partnerschaft den Abschluß der Oriententente begünstigt hatte? Bismarck würde auf die erste Frage erwidert haben, daß die Verpflichtungen des österreichischen Bündnisses und die Zusagen des Rückversicherungsvertrages sich formell nicht schnitten; und weiter, daß er selbst einen Fall, in dem sich ein Durchkreuzen hätte ergeben können, rechtzeitig zu vermeiden gewußt haben würde. Er ging formell bis an die Grenze der Bundestreue, als er den Vertrag vom 18. Juni auch vor Wien geheim hielt, aber er hat in den drei Jahren, in denen der Vertrag bestand, trotzdem dem Österreicher mit der Tat die Treue gehalten.

Noch komplizierter erscheint die zweite Frage: Zwischen der Preisgabe der Meerengen im Rückversicherungsvertrage an Rußland und der Rückendeckung der Oriententente Österreich-Italien-England bestand vielleicht kein formaler Widerspruch - denn im lebendigen Geschehen können viele Eventualitäten nebeneinander bestehen - aber doch ein starker innerer Gegensatz. Stoßen wir hier nicht auf die tiefe Verschlagenheit eines Staatsmannes, dessen linke Hand nicht mehr wissen darf, was die rechte tut? Aber was hier als Zweideutigkeit erscheint, ist doch nur erzwungen durch das bis zum letzten Augenblick hin- und herspringende Doppelspiel des Russen, dem nur durch eine Politik mit doppeltem Boden begegnet werden konnte. Bismarck war auch in diesem höchst verwickelten Spiel nicht ein willkürlicher Vergewaltiger fremder Kräfte, sondern der sich in die Lebenswillen der anderen Staaten einfühlende Gestalter, der ihnen mit leichter Hand und ohne die ihnen innewohnende Dynamik zu stören, ihre Auswirkung erleichterte, vorausgesetzt, daß die deutsche Existenz nicht berührt wurde. Wenn nun einmal mit dem russischen Machtziel Konstantinopel zu rechnen war, so war es nicht der Beruf des Deutschlands in der Mitte Europas, sich dort im Südosten in den Weg zu stellen: mochte der Russe den Weg antreten, aber selber das Risiko tragen. Der deutschen Politik konnte alles, was ihn von der deutschen Grenze abzog, erwünscht sein. Die Mächte aber, deren Interesse das nicht zuließ, mochten sich vereinigen, ebenfalls aber auf ihre eigene Gefahr; wenn der russisch-französische Druck auf die Mitte stärker wurde, konnte man diese Vereinigung befördern, ohne jedoch selber in Aktion zu treten: die Gegnerschaften der anderen untereinander sollten sich nur auf ferneren Schauplätzen entladen. Für die deutsche Politik blieb die Hauptaufgabe, das französische Schwert in der Scheide zu halten und damit den russischen Tatendrang zu dämpfen. Immer von neuem predigte Bismarck in Wien, man möge die Russen ruhig nach Konstantinopel vorstoßen lassen: dann nämlich stehe man nicht nur militärisch in ihrer Flanke, sondern auch politisch. Auch dem Kronprinzen Rudolf gegenüber bezeichnete er es als ratsam, die Russen, wenn sie im Falle eines deutsch-französischen Krieges nach Bulgarien und auf Konstantinopel marschieren sollten, in die Mausefalle hineinzulassen und abzuwarten, bis die Engländer den ersten Schuß getan - eine Perspektive, die von seiner politischen Phantasie noch weiter ausgestaltet wurde.[84]

Das Deutsche Reich aber rückte auf alle Fälle - wie es das Lebensgesetz seiner Mittellage erforderte - in die Hinterhand des europäischen Machtspiels und konnte die Entscheidung so bringen, wie seine eigene Sicherheit gebot. Diese Politik ist nicht etwa einseitig in dem Sinne, daß sie nur mit den befestigten Staatsgewalten, nicht aber mit den ursprünglichen politischen Kräften der Tiefe rechnete. Sie blickte auch hier mit unerhörtem Wirklichkeitssinn in die Zukunft; sie schätzte Rußland als viel demokratischer ein, als es nach außen hin schien, und sah in der Ferne schon Revolutionen als Folge der russischen Außenpolitik aufsteigen - den Kronprinzen Rudolf fragte Bismarck geradezu, ob die slawischen Landsturmbataillone ihre Schuldigkeit tun würden. Sein sorgenvoller Blick verweilte auf allen problematischen Stellen, die das Gefüge der deutschen Außenpolitik aufwies. Wohl aber darf man fragen, ob diese Politik, so vollendet sie in sich selber war, nicht die Kehrseite haben mußte, daß ihr, ebenso wie im Innern, alles und jedes Mittel zum Zweck wurde. Mußte es nicht dahin kommen, daß die Mittel, welche sie aufnahm und fallen ließ, sich innerlich dagegen widersetzten und schließlich revoltierten? Man kann das Gefühl nicht abweisen: dieses Spiel mit den fünf Kugeln ist so verwickelt geworden, daß ein anderer es nicht würde spielen können; ja, eines Tages kann es nicht mehr weitergetrieben werden, sondern erfordert eine

eindeutige Entscheidung. Bismarck aber war nicht der Mann, einer Entscheidung auszuweichen, wenn sein seherisches Gefühl ihm sagte, daß der Weg der Vorsehung erkennbar geworden sei.

Noch einmal hatte der Reichskanzler über den Ansturm aller gegnerischen Gewalten in der Welt triumphiert. Der Ausfall der Septennatswahlen, die Befestigung des Dreibundes und seine Verlängerung durch die österreichisch-italienisch-englische Mittelmeerentente, der Sturz Boulangers und der Abschluß des Rückversicherungsvertrages, alle diese Glieder einer Kette waren zugleich Stufen auf einem Wege, auf dem das Herrschaftssystem Bismarcks noch einmal nach innen wie nach außen verstärkt worden war. Wie lange das alles auf dem in heftige Bewegung geratenen europäischen Untergrunde Bestand haben würde, war nicht abzusehen - der Moment aber erhob die Gestalt des Kanzlers noch einmal in eine beherrschende Höhe.

Mehr als je erschien der Wille des Reiches in seinem Willen verkörpert, und die Sorge des Reiches in seiner Sorge. Wie konnte es anders sein, als daß auch sein Selbstbewußtsein, in unablässigem Kampfe verhärtet, sich mit der deutschen Politik geradezu gleichsetzte? Einige Jahre vorher schon hatte er dem Botschafter von Schweinitz gesprächsweise gestanden, er habe sich mit dem Staate identifiziert; er sage freilich nicht wie Louis XIV.: "*L'État c'est moi!*", sondern "*Moi, je suis l'État*". Schweinitz, der auch dem Kanzler gegenüber tiefe Bewunderung mit psychologischer Kritik vereinigte, sah in diesem von Anmaßung ganz freien Ausspruch die Eigenart Bismarcks ausgedrückt, den Egoismus mit dem Patriotismus zu verschmelzen. Er fand darin genau so viel Selbstaufopferung wie Selbstsucht, vor allem aber eine wirkungsvolle Konzentrierung sämtlicher ihm verliehenen Kräfte. "Dies ist nicht der gewissenhafte Beamte, welcher, wenn er sein Büro verläßt, keine geschäftliche Sorge mit in den Kreis seiner Familie nimmt, nicht der glänzende Staatsmann, der den Zauber seiner politischen Erfolge in den Salons verwertet. Fürst Bismarck ist jenen Kaisern zu vergleichen, die das Reich und die Hausmacht gleichzeitig groß und stark machten; auch mit den Hohenzollern hat er vieles gemein, besonders den stark ausgeprägten Erwerbssinn, die Freude am Besitz und die Herrschergabe. Wenn wir nicht, Gott sei es gedankt, eine Dynastie hätten, er würde eine solche gründen und, wenn die Merowinger in Berlin regierten, so würde er ein Pippin sein." Seine Machtstellung schien sich von der Summe seiner Ämter abzulösen und etwas Besonderes und Eigenartiges darzustellen: sie weckte Bewunderung und Liebe, Furcht und Haß. Es fehlte schon nicht an Stimmen, die das gefährliche Wort vom Hausmeier aufgriffen - als wenn dieser Machtwille sich empfindungsmäßig nicht immer durch die Haltung des kurbrandenburgischen Vasallen begrenzt hätte. In den letzten Jahren hatte Bismarck seinen ältesten Sohn Herbert näher an sich herangezogen und häufig die schwierigsten Sachen mit ihm zusammen erledigt. Der Sohn, in der Schule des Vaters groß geworden und ihm bedingungslos ergeben, besaß große Fähigkeiten; er war vielleicht der stärkste und gewandteste Arbeiter im Auswärtigen Amte, als er zum Staatssekretär aufstieg; er dachte politisch in Bismarckschen Kategorien, auch wenn er sie nur als ein Erbe übernommen hatte; wenngleich sein geistiges Wesen nicht so fein und seine Form nicht so beherrscht war, konnte er vielleicht ein Erbe werden, der die Kontinuität der Politik seines Vaters verbürgte.

Solche Erwägungen mochten sich immer mehr einstellen, weil in diesen Monaten ein längst nahender Schatten sich auf die Dynastie niedersenkte und jene Kontinuität, die ihre Idee ist, einen Augenblick zu erschüttern drohte. Bei der russischen Entscheidung für den Rückversicherungsvertrag mochte schon der Gedanke mitgespielt haben, gerade für die nächsten Jahre, in denen nach menschlichem Ermessen der Kronprinz Friedrich Wilhelm seinem neunzigjährigen Vater folgen mußte, noch einmal das bisherige Vertragsverhältnis der beiden Reiche herzustellen. Wer weiß, ob nicht auch in der Seele Bismarcks - neben dem entscheidenden mächtedynamischen Gesichtspunkt - das Nebenmotiv mitsprach, auf diesem Wege zugleich seine Politik gegen eine allzu unvermittelte Wendung nach der englischen Seite hin sicherzustellen. Aber diese Möglichkeiten, wenn sie bestanden hatten, waren schon im Augenblick des Vertragsabschlusses so gut wie ausgelöscht.

Schon mit Beginn des Jahres hatte der Kronprinz an einer wachsenden Heiserkeit gelitten. Am 20.

Mai 1887 stellte das ärztliche Konsilium den schweren Ernst der Erkrankung fest und erklärte eine sofortige eingreifende Operation für geboten, für die alleinige Rettung. Wenn in den nächsten Tagen, nach der Zuziehung des englischen Arztes, zunächst die günstigere Auffassung den Sieg davontrug und die schon vorbereitete Operation vertagte, so stand doch unter den Eingeweihten das Gespenst eines möglichen dunklen Ausganges vor der Tür.

Eine unerwartete und einschneidende Wendung! So tief ein jeder die menschliche Tragik empfand, die ein Leben eben dann zerstörte, wo es sich endlich erst zu entfalten vermochte, die Regierenden erwogen zugleich die unermeßlichen Folgen, die sich daraus für die Staatsleitung, vielleicht für die Geschicke des deutschen Volkes ergeben mochten. Es ist überliefert, daß Bismarck, als ihm die Nachricht von der verhängnisvollen Diagnose gebracht wurde, im ersten Augenblick in Tränen ausbrach. War es Mitgefühl mit einem menschlichen Schicksal, oder war es die Sorge um den Staat, um die plötzliche Umwälzung einer Zukunft, auf die er sich selbst und seine außenpolitischen Entwürfe seit dem Sommer 1885 eingestellt hatte? Andere empfanden bereits in dieser Stunde anders. Der ehrgeizige Generalquartiermeister, kommender Chef des Generalstabs, Graf Alfred von Waldersee, vertraute schon am 23. Mai seinem Tagebuch die merkwürdige Betrachtung an: "Der Kanzler steht vor einer völlig neuen Konstellation; wenn er bisher darauf gerechnet hatte, sich mit dem Kronprinzen einzurichten, muß er nun darauf gefaßt sein, mit dem Prinzen Wilhelm zu gehen. Nach meiner Überzeugung ist das aber nicht durchführbar. Der 28jährige lebhafte und ehrgeizige Prinz und der 72jährige Kanzler!" - Sollte das Problem der Dynastie auch das Problem der Herrschaft des Kanzlers in sich schließen? Wenn der erste Blick in die Zukunft einem Deutschen schon den Keim eines Machtkampfes enthüllte, welche Gedanken mußten dann in den europäischen Zentren wach werden, in denen man die Macht des Reiches, so wie sie unter Bismarcks Leitung sich erhoben hatte, nur murrend hinnahm?

Nun sollte allerdings in den nächsten Monaten alle Sorge vor anscheinend günstigeren Nachrichten zurücktreten. Noch vermochte der kranke Kronprinz als Repräsentant des Deutschen Reiches bei dem 50jährigen Regierungsjubiläum der Königin Victoria in London sein Leiden äußerlich zu verbergen und ahnte selbst nicht, daß dies - es war Schicksal und Symbol zugleich - seine letzte Rolle auf der Bühne des Lebens gewesen war. Bald aber wurden die Meldungen über sein Befinden wieder ungünstiger, und im Laufe des November 1887 ließ es sich auch vor der Welt nicht mehr verbergen, daß der Verlauf der tödlichen Krankheit nur noch auf kurze Frist aufgehalten werden konnte; die unheilvolle Wucherung setzte ihr zerstörendes Werk fort; man konnte fortan nur noch hoffen, einer unmittelbaren Erstickungsgefahr durch einen operativen Eingriff zu begegnen. Allen Selbsttäuschungen im engsten Familienkreise zum Trotz wußte die Welt fortan, daß das Schicksal des Kronprinzen sich in wenigen Monaten erfüllen werde, noch bei Lebzeiten des hinsinkenden alten Kaisers, oder aber, wenn dieser plötzlich hinweggerafft werden sollte, um als ein schon vom Tode Berührter nur eine geringe Spanne Zeit den Schein der Kaiserkrone zu tragen.

Die Gesamtlage der Dynastie erforderte, daß der junge Prinz Wilhelm, dessen Thronbesteigung in jedem Augenblick eintreten konnte, mit einer Stellvertretungsorder für gewisse Notfälle ausgestattet werde (18. November); fast gleichzeitig mit dem Beginn einer Einführung in die Staatsgeschäfte, die bis dahin zurückgehalten war. Pflichtmäßig und im Stile seiner Tradition trat er an seine Aufgabe heran, vielleicht schon etwas hastiger, als der Moment gebot, den Wechsel, der eines Tages kommen mußte, vorwegnehmend.[85] Ein neuer Mann rückte damit in den Vordergrund, und in einem Augenblick, in dem sich die schwerwiegendsten Entscheidungen drängten. Was bedeutete das für alle Erwägungen der inneren und äußeren Staatsleitung Bismarcks, aber auch für jede politische Rechnung, die den europäischen Mächten ihren Gang vorschrieb! Ihnen allen gegenüber hatte Bismarck seine Staatsräson vertreten, durch den hinter ihm stehenden Monarchen wie durch eine unerschütterliche Kraft der Beständigkeit gedeckt; vom November an konnte seine Haltung nicht ganz so sicher sein, weil er sehr verschiedenen Möglichkeiten ausgesetzt war, die nicht in seiner Hand lagen und seinen Weg durchkreuzen konnten; er hatte das Schicksal der Dynastie selbst durch

den reißenden Strom zu tragen. Das alles wog um so schwerer, als der Umschwung mit der schwersten europäischen Krisis seit 1871 zusammenfiel. Es stellte sich nichts Geringeres heraus, als daß der Zar, dem innerlich geschwächten Willen der deutschen Dynastie gegenüber nur noch selbstherrlicher auftretend, noch einmal zu der zweiseeligen und zweideutigen Außenpolitik des Vorjahres zurückgekehrt war. Der Monat November, der die Tragik im Hause der Hohenzollern vor der Welt enthüllte, sollte das Deutsche Reich vor die Frage: Krieg oder Frieden? stellen.

Es war, als wenn der Rückversicherungsvertrag vom 18. Juni 1887 kaum eine Spur in den deutsch-russischen Beziehungen zurückgelassen hätte. So wenig er bei dem greisen Kaiser Wilhelm das stark angewachsene Mißtrauen verringerte, so wenig vermochte er die Grundgesinnung des Zaren zu verändern. Wenn der Zar beim Tode Katkows am 1. August 1887 mit besonderer Wärme sich zu dem Manne bekannte, der in begeisterter Vaterlandsliebe das russische Nationalgefühl in Zeiten der Trübsal belebt habe, so klang das wie ein Bekenntnis zu dem anderen Rußland, vor dem die amtlichen Kreise den Rückversicherungsvertrag ängstlich geheimhielten.

Schon der Fortgang der bulgarischen Entwicklung, in der Prinz Ferdinand von Coburg im Laufe des August 1887 die Schaubühne betrat, trug dazu bei, das alte Spiel, dieses Mal mit verstärkten Akzenten, wieder aufzunehmen. Als damals Déroulède eine neue agitatorische Rundreise durch Rußland antrat, wurde er bereits unter Teilnahme der Behörden geräuschvoll gefeiert; der schwülstige Stil seiner Reden, der von der heimlichen Ehe des Liebespaares Rußland-Frankreich sprach, rief in der leicht entzündlichen russischen Presse einen stürmischen Widerhall hervor; es war, als ob der Gedanke der Revanche in dem Lande, in dem nichts gegen den Willen des Selbstherrschers geschah, so gut wie amtlich genehmigt sei. Für die untern Instanzen, die ihr Verhalten nach der Stimmung des Hofes einrichteten, war es ein deutliches Symptom, daß der Zar auf seiner Reise nach Kopenhagen es vermied, den naheliegenden Besuch bei Kaiser Wilhelm zu erwidern. Gerade in Kopenhagen sollten sich dann unterirdische Kräfte in Bewegung setzen, um die Verstimmung des Zaren leidenschaftlich zu steigern; die Auszeichnungen aber, die den bei den antideutschen Kundgebungen vornehmlich beteiligten russischen Beamten zufielen, schienen wie berechnet, diese Verstimmung zur allgemeinen Kenntnis zu bringen. Wenn man sich von deutscher Seite über solche Vorgänge, als im Widerspruch zu dem Vertragsverhältnis stehend, beschwerte, antwortete Herr von Giers im herkömmlichen Tone: das alles habe nichts zu bedeuten, für den Zaren sei das gute Einvernehmen mit Deutschland nach wie vor die Hauptsache, ein Zusammengehen mit Frankreich gegen Deutschland undenkbar.[86]

Es war nicht die Art Bismarcks, bei solchen beunruhigenden Beobachtungen stille zu sitzen und die Russen im Glauben zu lassen, daß ihre Methode der Druckmittel ihre Wirkung auf den Nachbarn nicht verfehle. Er begann, noch weitere diplomatische Vorsichtsmaßregeln nach der einen Seite zu treffen, auf die Gefahr hin, daß solche Maßregeln wieder anreizend auf den Offensivgeist der anderen Seite zurückwirken würden. Noch im September lud er den tatenfreudigsten Staatsmann der Dreier-Gruppe, Francesco Crispi, zu einem Besuch in Friedrichsruh ein.

Tatsächlich verging kaum eine Woche nach dem Beruhigungsversuche von Giers, und die Sturmzeichen mehrten sich. In einem Toast an Bord eines französischen Kriegsschiffes wagte Großfürst Nikolaus auf einen baldigen gemeinsamen Krieg Rußlands und Frankreichs anzuspielen (7. Oktober).[87] Die Welt mochte annehmen, daß auf diese Weise eine Antwort auf die Besprechungen in Friedrichsruh gegeben werden solle. Wenn der Zar solche Vorgänge zuließ, mußte er jeden Glauben an die deutsche Politik verloren haben. Man darf annehmen, daß ihm schon in diesem Augenblick die gefälschten Briefe vorgelegt worden waren, die Bismarck der Untreue und des Doppelspiels in der bulgarischen Laufbahn Ferdinands von Coburgs zu verdächtigen suchten. Der Kanzler konnte sich nicht der Erkenntnis verschließen, daß die Politik des Rückversicherungsvertrages aus Gründen, die sich nicht völlig durchschauen ließen, kaum noch am Leben sei. Wenn er eine Rückendeckung durch einen förmlichen Vertrag gesucht hatte, so verfügte der Zar anscheinend über eine

Rückversicherung, die der Form eines Vertrages nicht einmal bedurfte und nach Belieben verwendet werden konnte. Um so mehr befestigte er sich in der Überzeugung, daß man gegen russische Kriegsdrohungen durch "anderweitige Koalitionen" sich sichern (9. Oktober) und die bisherige Bindung an die russische Orientpolitik einstellen müsse: "Die Drohungen, welche in allen diesen Kundgebungen gegen Deutschland Ausdruck finden, machen es uns ehrenhalber gar nicht möglich, die russische Politik öffentlich zu unterstützen. Es würde das so aussehen, als fürchteten wir uns vor einer russisch-französischen Koalition, was durchaus nicht der Fall ist. Ein solcher Eindruck aber würde die öffentliche Meinung in Deutschland der Regierung entfremden" (12. Oktober).

Die Welt ahnte, daß hinter dem Spiel der offenen Manifestationen, der Kämpfe in der Presse, der unterirdischen Intriguen in Wahrheit eine Art diplomatischer Kraftprobe zwischen dem Dreibunde und den russisch-französischen Zukunftsmöglichkeiten verborgen lag. Man konnte nicht ganz auf den Grund sehen. In einer Rede, in der Crispi am 25. Oktober 1887 in Turin den Fürsten Bismarck feierte, streifte er fast ihre Geheimnisse: "Ein Name beherrscht die Zeitepoche, in der wir leben: der eines Staatsmannes, für den ich seit langem große Bewunderung hege..., dessen Regierungsprogramm sich durch die wunderbare Anordnung der verschiedensten Mittel zur Erreichung eines einzigen Zieles auszeichnet. Dieses scheinbar doppelte Ziel, der Friede und die Größe seines Vaterlandes, ist nur eins." Aber schon das Wort der Friedensliga, insofern sie mit einer zentralen Machtstellung des Deutschen Reiches verknüpft war, reizte den elementaren russischen Machtinstinkt leidenschaftlich auf und trieb sein innerstes Wesen nach der französischen Revancheseite hinüber. Wenn auf diesem Hintergrunde die unmittelbare russisch-österreichische Kriegsgefahr, ausgelöst durch die Befestigung des Coburgers in Bulgarien, sich seit Anfang November von neuem erhob, so war der Friede ernster bedroht als seit Jahren. Seit der Rede Kálnokys in den Delegationen (5. November) begann sich Giers mit unversöhnlicher Härte gegen Österreich auszusprechen. Vor allem beunruhigte in den selben Tagen die Verlegung einer russischen Kavalleriedivision an die galizische Grenze; sie hatte zum mindesten den Zweck, einen österreichischen Aufmarsch in Galizien zu verhindern oder aber den Gegner zu entsprechenden militärischen Schritten zu provozieren; man konnte fragen, ob nicht der Aufmarsch mit dem unmittelbaren Ziel des Krieges eingeleitet werden sollte. Die Dinge schienen einen Lauf zu nehmen, in dem, wie häufig vor den großen Kriegen der letzten Jahrhunderte, die Rüstungen des einen und die Verteidigungen des anderen sich wechselseitig so lange steigerten, bis die Gewehre von selbst losgingen. Es waren die Tage, in denen die düsteren Nachrichten von San Remo der Welt die Tragödie im deutschen Kaiserhaus offenbar machten. Sollte es darauf abgesehen sein, daß sie sich mit einer Erschütterung der deutschen Machtstellung verbinde? In dieser Weltlage schien die lange aufrechterhaltene Unsicherheit, ob der Zar auf seiner Rückreise von Kopenhagen Berlin berühren oder vorbeifahren würde, fast die Entscheidung: Krieg oder Frieden in sich zu schließen.

Bismarcks Sorge war in diesen Wochen auf das höchste gestiegen. Hatte die Zarenkarte nicht absolut fehlgeschlagen?[88] Lohnte es sich noch, vom Rückversicherungsvertrag zu sprechen?[89] War es nicht geboten, auf die Drohungen mit einem unzweideutigen Gegenzuge zu antworten? Ein solcher Gegenschlag auf wirtschaftlichem Gebiete war das am 10. November von Bismarck veranlaßte Verbot der Reichsbank, Lombard-Darlehen auf russische Wertpapiere zu gewähren.[90] Eine Maßregel um des Friedens willen, die, wie manche Schritte, die in höchster Spannung zu solchem Zwecke unternommen werden, auch entgegengesetzte Wirkungen auslösen konnte. Aber Bismarck hielt die Stunde jetzt für gekommen, die Karten offen auf dem Tisch zu spielen. Noch am Tage vor der Ankunft des Zaren ließ er sich zu Schuwalow vernehmen: "Ihr habt uns nach Wien genötigt, im vorigen Jahre nach Rom, jetzt werden wir nach Konstantinopel gehen und euch schließlich noch die Chinesen auf den Hals hetzen" (17. November).[91]

So war die Besprechung des Zaren mit dem Reichskanzler am 18. November auf den ernstesten Ton gestimmt. Sie konnte allerdings einen äußeren Anlaß der schweren Verstimmung des Zaren als stärkstes Friedenshindernis aus dem Wege schaffen. Es gelang dem Kanzler ohne Mühe, die dem

Zaren in Kopenhagen vorgelegten Briefe als berechnete Fälschungen aus einem interessierten Lager zu erweisen - aber an welchen Zwirnsfäden hing das Verhältnis zweier Großmächte, wenn ein listiger Betrüger das Vertrauen radikal zerstören konnte! Es blieb jedoch die Frage der deutschen Orientpolitik überhaupt - hatte der Zar recht, wenn er das dunkle Gefühl hegte, als ob Bismarck hier doch einen doppelten Weg verfolgte? Der Kanzler stellte gar nicht in Abrede, daß er in den letzten Monaten seinem Botschafter andere Instruktionen gegeben habe,[92] aber als unvermeidliche Folge der russischen Unfreundlichkeiten. Seine Gegenargumentation lautete: "Wir befinden uns unter dem Druck der öffentlichen Drohungen Rußlands folgerichtig in der Unmöglichkeit, ihm Konzessionen zu machen, solange wie dieser Eindruck ohne irgendeine Richtigstellung andauert; dieser Druck hat uns notwendigerweise dazu geführt, die Beziehungen und die Allianzen, auf die wir im Falle eines französisch-russischen Angriffs rechnen könnten, zu befestigen; es würde ein Mangel an Respekt vor dem russischen Kaiser und der Größe seines Landes bedeuten, wenn man sich nicht vorsehen wollte, wo man von so furchtbaren Kräften bedroht ist."[93] Demgegenüber gab der Zar die erneute Versicherung, daß er keine Angriffsabsichten gegen Deutschland hege. - So wertvoll diese Erklärung an sich war, so war sie praktisch gebunden an die Absichten, die Rußland gegen Österreich hegte: nach dieser Seite hin gab der Zar keine friedliche Erklärung, er verhehlte nicht seine schweren Differenzen, aus denen wohl einmal eine Katastrophe erwachsen könne. Es versteht sich, daß Bismarck gegenüber dieser drohenden Sprache auf die dem Zaren bekannte Bündnisverpflichtung Deutschlands gegenüber Österreich im Falle eines russischen Angriffs hinwies. Er scheute sich nicht, für diesen Fall auch die weiteren Konsequenzen anzudeuten: "Zu Bundesgenossen würden wir bei der Abwehr das **ganze** übrige Europa haben,[94] da keine der anderen Mächte sich mit dem Gedanken würde befreunden können, nach Besiegung des Deutschen Reiches durch eine französisch-russische Koalition sich der Macht dieser letzteren, **ohne** Deutschland, in Europa gegenüber zu befinden".[95] Ja, er hielt es für angezeigt, dem Zaren als Gegengabe gegen russische Selbstüberschätzung und gegen die Annahme, als fürchteten wir Rußland, nicht zu verschweigen, daß der Feldmarschall Graf Moltke und andere Militärs einen Angriffskrieg für nützlich hielten.[96] Aber sein Kaiserlicher Herr und er selbst seien dagegen.

Bei allem Austausch friedlicher Versicherungen war der Gesamteindruck der Besprechung für Bismarck doch problematisch: er war nur über die persönliche Gesinnung des Zaren, nicht über mehr, nicht über den Augenblick hinaus beruhigt.[97] In dieser Ungewißheit fühlte er sich verpflichtet, auf dem seit Ende September eingeschlagenen Weg der vorbeugenden Maßregeln fortzuschreiten, den anderen Flügel seines Systems, die im Februar und März gebildete Dreiergruppe, zu verstärken. Die österreichisch-italienisch-englische Gruppe bildete - nach seiner eigenen Ausdrucksweise - "die Reserve für den Fall, daß es wirklich zum Schlagen kommt".[98] **Daß** es zum Schlagen komme, mußte verhütet werden, darin sah er die höchste Aufgabe der Diplomatie. Für den Fall aber, daß der Friede sich trotzdem nicht erhalten ließe, mußte man folgerichtig die "Reserve", die für einen bestimmten Fall eine lose Verlängerung nach Spanien hin gewonnen hatte,[99] in der Stille noch weiter verstärken. Er hatte die Bemühungen Crispis begrüßt, die theoretische Ideengemeinschaft der drei Kabinette in eine praktische Arbeitsgemeinschaft in der Orientpolitik zu verwandeln. Jetzt handelte es sich in der Besprechung mit Crispi[100] darum, ein solches gemeinschaftliches Vorgehen der Gruppe, und zwar zunächst durch Zusammentritt der drei Botschafter in Konstantinopel einzuleiten. Es war für Bismarck geboten, auf diesem Wege den anderen die Vorhand zu lassen und selbst möglichst unsichtbar im Halbdunkel zu bleiben; zumal dem Sultan gegenüber ließ sich die bisherige deutsche Unterstützung der russischen Wünsche nur schwer mit dem Rate in Einklang bringen, seinerseits eine Anlehnung an die Dreiergruppe zu suchen. Das ganze Gewebe dieser Politik nahm einen fast undurchsichtigen Charakter an, aber es handelte sich um eine Verschwörung nicht gegen den Frieden, sondern zur Aufrechterhaltung des Friedens: "Wir haben Europa einen Dienst geleistet", lautete das Abschiedswort Bismarcks an den Italiener.

Daraufhin kam zwischen den Botschaftern Österreich-Ungarns, Italiens und Englands in Konstantinopel der Entwurf eines Orientabkommens in 8 Punkten zustande, das ein gemeinsames Vorgehen

der Gruppe, womöglich unter Einbeziehung des Sultans, vorsah. Bismarck hielt sich dem materiellen Inhalt des Abkommens gegenüber in einer gewissen Distanz: "Wir haben kein Interesse, für dieses Programm zu **fechten**, aber auch keines es zu bekämpfen. Wir können nur für deutsche Interessen kämpfen, die liegen nicht vor." Dabei spielte auch die Rücksicht auf den Sultan mit. Denn der Wert der neuen Interessengemeinschaft der Gruppe bestand für ihn vornehmlich darin, den Sultan im antirussischen Fahrwasser zu erhalten und zu kräftigen. In dieser Richtung suchte er auch in London für die Annahme des in Wien und Rom genehmigten Abkommens zu wirken. Es kam ihm dabei weniger auf die materielle Leistung Englands an, als auf die dynamische Wirkung seiner Beteiligung, sowohl in Konstantinopel - als unentbehrliche Verstärkung des Einflusses der "Gruppe" - als auch auf der Linie Wien - Rom: "Um Österreich und Italien dauernd zusammenzuhalten, bedarf es des englischen Kitts." Die englische Regierung erklärte sich grundsätzlich zum Beitritt bereit, aber sie erstrebte eine Art von Garantie, die man in London schon längst in der Formel "unter moralischer Billigung Deutschlands" gewünscht hatte; angesichts der Erkrankung des Kronprinzen konnte Salisbury sogar auf die Sorge hinweisen, daß über kurz oder lang in Berlin eine dem englischen Interesse nachteilige Wendung der Politik eintreten könne.[101] Bismarck gab den gewünschten Vertrauensbeweis dadurch, daß er den greisen Kaiser veranlaßte, die "moralische Billigung" gegenüber dem englischen Botschafter auszusprechen, und den Text des österreichischen Bündnisses in London mitteilen ließ. Darüber hinaus aber beantwortete er am 22. November - vier Tage nach dem Besuch des Zaren! - die ihm gestellte Gewissensfrage in einem persönlichen Schreiben an Lord Salisbury, das zu den überlegtesten diplomatischen Schriftstücken aus seiner Feder gehört.

Es ist ein großes Gemälde der deutschen Politik, in dem kein einzelner Zug demjenigen fremd ist, der ihre Entwicklung nach den Akten verfolgt hat, zu einem Ganzen gerundet, wie es geschlossener und überzeugender nicht gedacht werden kann - gewiß, ein Bild, wie es von London aus gesehen werden sollte, und doch um dieses Zweckes willen nirgends tendenziös angelegt oder falsch belichtet. Der Hauptgedanke ist: die Wege der deutschen Politik sind durch die Staatsräson und ihren kategorischen Imperativ unerschütterlich festgelegt. Daraus ergibt sich die Antwort auf die besorgte englische Frage: "Ebenso wie Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz seine Politik eines Tages als Kaiser nicht von englischen Einwirkungen abhängig werden lassen wollte und konnte, ebenso würde Prinz Wilhelm an seiner Stelle stehend, nicht darauf verfallen, sondern sich geradezu einer Unmöglichkeit gegenübersehen, in seiner Politik den Einwirkungen zu folgen, die von Petersburg kommen. Beide Fürsten werden, wenn sie zur Herrschaft berufen sind, der eine wie der andere, genau die gleiche Linie des Verhaltens befolgen; sie werden sich nicht von anderen als den deutschen Interessen inspirieren lassen wollen und können." Das Zwingende der deutschen Staatsräson wird aus der deutschen Wehrverfassung mit mächtigen Pinselstrichen begründet. Die Kriege der vergangenen Jahrhunderte, aus dynastischen Sympathien, Antipathien oder Ambitionen hervorgehend, sind heute eine Unmöglichkeit; denn die Massen des deutschen Volksheeres, die etwa 3 - 4 Millionen Mann vom 20. bis 45. Jahrgang umfassen, können nur aufgerufen werden, wenn die nationale Unabhängigkeit oder die Integrität des Reiches bedroht ist, nicht aber für fremde Interessen. Das Deutsche Reich hat drei große Mächte zu Nachbarn und offene Grenzen; wenn Österreich geschlagen wird, würde es allein mit Rußland und Frankreich zurückbleiben; das müssen wir verhindern, die Erhaltung Österreichs als Großmacht ist eine Notwendigkeit. Der Friede wird bedroht von Frankreich, das den Traditionen der Jahrhunderte getreu bleibt, und von Rußland, das dem Frieden Europas gegenüber aus einer ganzen Reihe von innerpolitischen Gründen die gleiche beunruhigende Haltung einnimmt, wie einst das Frankreich Ludwigs XIV. oder Napoleons I. Angesichts dieser doppelten Gefahr wird kein deutscher Kaiser eine andere politische Linie verfolgen können als die eine: die Unabhängigkeit der befreundeten und saturierten Mächte zu verteidigen. Wir werden den Russenkrieg vermeiden, solange es mit unserer Ehre und Unabhängigkeit vereinbar und solange die Unabhängigkeit Österreich-Ungarns nicht in Frage gestellt ist. Aus diesen Prämissen ergibt sich für die konkrete Frage die Schlußfolgerung: wir wünschen, daß die Mächte, die im Orient die gleichen Interessen haben - die nicht die deutschen

sind - sich stark machen, den russischen Degen in der Scheide zu halten oder ihm die Stirn zu bieten, wenn es zum Bruch kommt. Daher wird kein deutscher Kaiser Rußland seine Waffenhilfe leisten, um eine dieser Mächte niederzuwerfen oder zu schwächen. Vielmehr wird die deutsche Politik immer gezwungen sein, in die Kampflinie einzurücken, wenn die Unabhängigkeit Österreich-Ungarns von einem russischen Angriff bedroht sein wird, oder wenn England oder Italien Gefahr laufen sollten, von französischen Heeren überflutet zu werden.

Der starke Vertrauensbeweis dieses Schreibens gab - zusammen mit den übrigen Schritten - der englischen Politik genau die Garantien, die ihr wünschenswert erschienen. So bestätigte denn Lord Salisbury in seinem Antwortschreiben vom 30. November mit tiefer Befriedigung die Beseitigung aller Bedenken.[102] Er schloß sein Schreiben mit der Feststellung: "Die Gruppierung der Staaten, die das Werk des letzten Jahres gewesen ist, wird eine wirksame Schutzwehr gegen jeden möglichen Angriff Rußlands sein,[103] und die Errichtung dieser Schutzwehr wird nicht zu den geringsten Diensten zählen, welche Euer Durchlaucht der Sache des europäischen Friedens erwiesen hat." Man hört den Engländer nicht anders sprechen, als es Crispi einige Wochen vorher öffentlich getan hatte. Am 12. Dezember vollzog sich in Form einer Antwortnote auf die identischen Noten Österreich-Ungarns und Italiens der Anschluß Englands an das Programm der 8 Punkte. Das diplomatische Verteidigungsprogramm Bismarcks war damit zunächst abgeschlossen - ob es eines Tages noch weiter auszugestalten sein würde, blieb der Zukunft vorbehalten.

Nach einem alten Hohenzollernwort sind Allianzen gut, aber eigene Kräfte noch besser. So entschloß sich Bismarck im Einverständnis mit dem Kriegsminister, angesichts der sich verändernden Gesamtlage, die deutsche Wehrkraft fundamental zu verstärken.[104] Das militärische Kräfteverhältnis drohte sich dadurch zu verschlechtern, daß die im Sommer 1887 in Frankreich angenommenen Gesetze über die Reform des Wehrpflichtsystems eine neue Verstärkung der französischen Kriegsmacht erwarten ließen, und auch in Rußland eine Erhöhung der Dienstzeit in Linie und Reserven beabsichtigt wurde. Um den zahlenmäßigen Vorsprung in der Kriegsstärke einigermaßen auszugleichen, wurde eine zeitliche Erweiterung des deutschen Wehrpflichtsystems vorgenommen; es handelte sich dabei hauptsächlich um eine Verlängerung der Dienstzeit der Landwehr und gleichzeitig um ihre Teilung in zwei Aufgebote - wodurch sich ein Zuwachs von sechs bis sieben ausgebildeten Jahrgängen (rund 700 000 Mann) ergab. Es war die politisch-militärische Zweifrontenmöglichkeit des Reiches, die dazu zwang, dem Druck von beiden Seiten nach Möglichkeit gewachsen zu bleiben - in dieser Dynamik lag die Wurzel des Wettrüstens der kommenden Jahrzehnte.

Wenn somit die verschobene politische Lage dazu nötigte, das militärische Prinzip stärker anzurufen, konnte es da ganz ausbleiben, daß das Militär - da die Künste der Diplomatie allein nicht mehr auszureichen schienen - sich kräftiger zur Geltung zu bringen suchte: daß es zur Anwendung der Waffen riet, solange die bisherige Überlegenheit noch dauere? Während Bismarck durch Verstärkung der Allianzen und der Heereskraft den Frieden erhalten wollte, ging der Generalstab dazu über, den Präventivkrieg als die sicherste Verteidigung des Reiches zu fordern. Bismarck sah seine Aufgabe darin, eine Politik fortzusetzen, die eine Anwendung der - so hoch wie möglich zu steigernden - Heereskraft nach Möglichkeit vermeiden wollte und das Mittel des Präventivkrieges verwarf. Die Autonomie der Politik und die militärisch-strategische Denkweise, die wir zuletzt während des Krieges von 1870/71 miteinander ringen sahen, stießen aufs neue aufeinander, und die tragische Situation der Dynastie gab diesem Kampf um den entscheidenden Einfluß in der Staatsleitung ein besonderes Gesicht.

Der greise Moltke, mit 87 Jahren noch Chef des Generalstabs, aber wohl von seinem nächsten Helfer, dem Generalquartiermeister Grafen Alfred Waldersee gedrängt, legte am 30. November dem Reichskanzler eine Denkschrift über die russischen Rüstungen vor.[105] Er ging davon aus, daß die russischen Maßnahmen des letzten Jahres "die teilweise Mobilmachung, bzw. den allmählichen Aufmarsch der Armee" bedeuteten, und zog aus dem vermutlichen Verlauf eines russisch-

österreichischen Krieges sehr ernste Folgerungen. Der Schluß lautete so eindeutig wie möglich: nur der Präventivkrieg kann, bei der Sicherheit eines französischen Angriffs während eines Kriegsbrandes im Osten die Rettung bringen: nur wenn wir frühzeitig und gemeinsam mit Österreich-Ungarn **angriffsweise** gegen Rußland vorgehen, werden uns - wie die Verhältnisse einmal liegen - günstige Chancen begleiten... Wollen wir dieser Gefahr begegnen, um nicht später unter ungünstigen Verhältnissen zum Kampfe schreiten zu müssen, so dürfen wir die Kriegsvorbereitung Rußlands, sei sie nun gegen Österreich allein oder gegen uns mit gerichtet, nicht dulden. Der Winter steht einem Angriffskriege[106] gegen Rußland - und nur ein solcher bietet uns Chancen - nicht im Wege, im Gegenteil wird der Frost die Wegbarkeit des Kriegsschauplatzes erhöhen und die Möglichkeit bieten, die vorbereiteten Stellungen der Russen zu überwinden."

Der Reichskanzler erklärte dem Feldmarschall, diesem Antrage, so richtig das ihm zugrunde liegende militärische Urteil auch sein möge, aus politischen Gründen nicht zustimmen zu können.[107] Er hatte die größte Mühe, den Feldmarschall zu beruhigen.[108] Zum dritten Male hatte er jetzt mit dem Generalstab über die Frage eines Präventivkrieges in einen Kampf einzutreten, und die früheren Meinungsverschiedenheiten von 1867 und 1873 wogen leicht gegenüber dem, was dieses Mal auf dem Spiele stand. Er wollte einen Krieg mit Rußland sich nur aufnötigen lassen, ihn präventiv[109] herbeizuführen widersprach allen seinen Überzeugungen. Im Kern des Präventivkriegswillens des Generalstabes aber sah er die Gestalt des Grafen Waldersee, dessen militärische Begabung er geringer einschätzte[110] als seine höfischen Talente und seinen Ehrgeiz, scharf an die Person des jungen Thronerben heranrücken, um dessen militärisches Herz mit dem Vorschlag der großen Aktion zu gewinnen.

Vor allem griff die Ansicht des Generalstabs jetzt auch nach Wien über. Bismarck war bisher mit Kálnoky darüber einig gewesen, allen russischen Provokationen auszuweichen; so sehr er die Österreicher drängte, rechtzeitig militärische Gegenmaßregeln zu treffen, so sorgfältig vermied er jede Ermunterung zum Kriege, die über den vertragsmäßigen Wortlaut des *casus foederis* hinausgegangen wäre. Nachdem aber Kaiser Franz Josef am 8. Dezember eine gemeinsame Besprechung über militärische Maßnahmen beantragt hatte, ließ sich voraussehen, daß in deren Verlauf die Frage der militärischen Initiative und des Eintretens des *casus foederis*, und damit zugleich die Frage des deutschen Aufmarsches im Osten oder im Westen gestellt werden würde. Erzherzog Albrecht hatte schon in der Krisis des Winters 1886/87 den Versuch einer Verschiebung des Bündnisfalles gemacht,[111] und es war damit zu rechnen, daß dieser Versuch unter günstigeren Aussichten sich wiederholen würde.

So wurde Bismarck von der Sorge ergriffen, daß die Summe der Entscheidungen, auf dem Wege der militärisch-technischen Verabredungen, ihm entgleiten könne. Er vernahm, daß auch der deutsche Militärattaché in Wien, Major v. Deines, völlig im Gedankengange von Moltke und Waldersee, sich zu Kaiser Franz Josef und dem Generalstabschef Frhr. v. Beck für die unbedingte Notwendigkeit des Krieges aussprach, und rief ihn in der schärfsten dienstlichen Form zur Ordnung, weil er die Grenze zwischen politischen und militärischen Fragen überschritten habe. Seine eigene Stellung zu dem größten möglichen Kriege, in dem es für Deutschland keinen anderen annehmbaren Kampfpreis und keinen anderen Erfolg geben könne als die dauernde Ausdehnung der französischen Revanchestimmung auf die russische Nation, formulierte er in wuchtigen Sätzen: "Die Politik S. M. des Kaisers geht in erster Linie dahin, daß dieser Krieg überhaupt vermieden werde; ob dies unmöglich sei, kann niemand mit Sicherheit vorhersagen; dahin zu streben aber ist die von S. M. gegebene Direktive und die Pflicht, welche die Reichsregierung den Regierungen der deutschen Nation gegenüber obliegt. Wird dieser Krieg dennoch notwendig, so ist doch zu wünschen, daß wir nicht der mutwilligen Herbeiführung desselben mit Grund beschuldigt werden können. Denn für freiwilliges Unternehmen desselben wird weder im Volke noch im Reichstage bei uns die Begeisterung vorhanden sein, welche allein die Anspannung aller, auch der letzten Kräfte der Nation sicherstellt. Außerdem habe ich darauf zu halten, daß wir nicht durch eigene Initiative unseren 91jährigen

Kaiser und den Kronprinzen in seinem gegenwärtigen Gesundheitszustande zum Ausrücken nötigen, und daß wir ferner die volle Neubildung des Heeres, einschließlich von Landwehr und Landsturm und deren Neubewaffnung, durchgeführt haben, bevor wir den Eintritt der Eventualitäten, welche uns bevorstehen, aus eigenem Entschluß beschleunigen."[112]

Nun sollte der Höhepunkt der großen Krisis bald überschritten werden, da am 18. und 22. Dezember der russische Botschafter in Wien, Fürst Lobanow beruhigende Erklärungen abgab. Die akute Kriegsgefahr schien damit geschwunden, das Auftreten der beiden Mittelmächte hatte seine Früchte getragen. Aber die militärische Spannung zog sich doch noch länger hin und konnte im Handumdrehen die vorherige Bedrohlichkeit wieder annehmen.

In diesen Wochen wurde der Kampf zwischen Politik und Strategie ausgekämpft, in dem Bismarck gegen eine zwiefache Front stand, gegen den Präventivplan des eigenen Generalstabs und gegen die Absicht der österreichischen Staatsmänner und Militärs, den Charakter des Bündnisses zu erweitern und zu verschieben. Er hielt unbedingt an dem Bündnisfall fest, der nur für einen russischen Angriff auf Österreich vorgesehen war; er mußte daran festhalten, weil der russische Rückversicherungs-vertrag ihn im anderen Falle band; er hat in dem entscheidenden Augenblick Moltke in das Geheim-nis eingeweiht und dadurch seine Bedenken zerstreut. Die weitere (in späteren Zeiten noch häufig wiederkehrende) Frage, was unter einem "unprovozierten" Angriff zu verstehen sei, war nicht so einfach zu lösen. Eine Formel zu finden, die bei Festhaltung des defensiven Charakters des Vertra-ges die nötige militärische Initiative sicherte, war allerdings, wie Bismarck selber zugab, eine Quadratur des Zirkels, eine unlösbare Aufgabe: "Wer Angreifer ist, das wird eintretendenfalls von unserem Kaiser ehrlich erwogen."[113] Er wollte, mit anderen Worten, die politische Entscheidung nicht aus der Hand geben und einen "Übergang der Politik auf die beiden Generalstäbe" nicht zulassen. Ja es schien, als wenn er vielmehr seinerseits in die Strategie übergreife. Für den Fall eines russischen Angriffes auf Österreich rechnete er mit einem sofortigen französischen Angriff auf Deutschland - das ergab ohne weiteres die Verwendung des größten Teils der deutschen Armee im Westen. Bismarck ließ in Wien, um den österreichischen Kriegswillen zu dämpfen, diese Notwen-digkeit noch stärker betonen, als der deutsche Generalstab es tat. Man hat sogar den Eindruck, daß seine Entscheidung für den Westaufmarsch im Zweifrontenkriege sich zu den Operationsplänen Moltkes und den konkreten Vorsorgen der beiden Generalstäbe in einem Gegensatze befand,[114] der letzten Endes mit seiner grundsätzlich anderen Stellung zu der Frage Krieg oder Frieden zusam-menhing. Jedenfalls gab Moltke unter seinem Einfluß den Verhandlungen über die militärischen Punktationen mit den Österreichern am 3. Januar 1888 von vornherein eine Wendung, die man in Wien als Ablehnung auffassen mußte.[115] Die Idee eines Präventivkrieges war damit endgültig begraben. Man begreift, daß man unter den leitenden deutschen Militärs es nicht überall leicht nahm, wenn der Wille des allmächtigen Kanzlers so tief in Dinge hineinreichte, die sie als ihres Amtes ansehen mußten; und nicht minder, daß man in Wien mit einer gewissen Enttäuschung erkennen mußte, wie der Schwerpunkt der Bündnisentscheidungen unweigerlich in Berlin lag. Nach beiden Seiten hin hatte die Staatsräson, so wie sie sich in Persönlichkeit und Politik des Kanzlers verkörperte, sich siegreich durchgesetzt.

Der vorläufige Abschluß der Krisis erfolgte in der Reichstagsrede Bismarcks vom 6. Februar 1888, in der er die Annahme der Heeresreformvorlage empfahl; er hatte ihr, gleichsam als Auftakt für Europa, einige Tage vorher die Bekanntgabe des deutsch-österreichischen Bündnisses von 1879 vorausgeschickt. Während er in seiner Rede vom Januar 1887 die Front gegen Frankreich gewissermaßen vor die andere Front vorgeschoben hatte, erkannte er jetzt an, daß die Aspekten nach Frankreich friedlicher aussähen als vor einem Jahre, und erhob die russische Front zu seinem eigentlichen Thema, das er mit tiefem Ernst behandelte. Er scheute sich dabei nicht, manche Dinge verblüffend beim richtigen Namen zu nennen, während er andere Bestandteile seiner Gesamtpolitik in tiefem Schatten ruhen ließ; sorgenvolle Perspektiven wurden gern in irrealen Bedingungssätzen untergebracht und warnende Sätze allgemein formuliert, so daß die Gegenseite ihre Nutzanwendung

selber ziehen mochte. Gegen die Haltung der russischen Presse führte er die persönliche Zusage des Zaren ins Feld, kraft deren man keines Überfalles gewärtig zu sein brauchte. Den russischen Truppenaufstellungen, derentwegen man nicht koramieren könne,[116] schrieb er den objektiven Zweck zu, das Gewicht der russischen Stimme in Europa, etwa für den Fall einer Orientkrisis, zu verstärken. Die deutsche Politik habe in einer solchen Krisis keinen Beruf: "Jede Großmacht, die außerhalb ihrer Interessensphäre auf die Politik der anderen Länder zu drücken und einzuwirken und die Dinge zu leiten sucht, die periklitiert außerhalb des Gebietes, welches Gott ihr angewiesen hat, die treibt Machtpolitik und nicht Interessenpolitik, die wirtschaftet auf Prestige hin. Wir werden das nicht tun." Es war ein Bekenntnis, aus dem andere Mächte für sich eine Warnung entnehmen mochten. Dann ging er die europäischen Kriegsgefahren seit 1848 durch, in einem machtvollen Fresko seiner Geschichtsansicht, das noch heute für diejenigen lehrreich ist, die mit Bismarck eine neue Ära der politischen Kampfmethoden beginnen lassen. Aus dem permanenten Zustand der Kriegsgefahr zog er den Schluß, daß man stark sein müsse, um mit dem Selbstgefühl einer großen Nation seine Geschicke auch gegen Koalitionen in die eigene Hand zu nehmen. Zumal angesichts der deutschen Mittellage in Europa: "Gott hat uns in eine Situation gesetzt, in welcher wir durch unsere Nachbarn daran verhindert werden, irgendwie in Trägheit oder Versumpfung zu verfallen. - Die Hechte im europäischen Karpfenteich hindern uns, Karpfen zu werden." Dann zum zweiten Male historisch ausholend, verfolgte er die deutsch-russischen Beziehungen im 19. Jahrhundert, insbesondere die Motive, aus denen man den deutsch-österreichischen Bündnisvertrag von 1879 geschlossen habe: "Wenn wir ihn nicht geschlossen hätten, so müßten wir ihn heute schließen." Von hier aus verbreitete er sich mit starken Akzenten über die Verstärkung durch die Heeresreform: er entrollte das Bild des Volkes in Waffen, des Offizier- und Unteroffizierkorps, das kein Land der Welt nachmachen könne. Aber der Schluß war wiederum: "Die Stärke stimmt uns notwendig friedlich. Sie ist nicht verwendbar für einen Angriffskrieg in vorteilhafter Situation; der Volkskrieg, mit dem Enthusiasmus geführt wie im Jahre 1870, wo wir rechtlos angegriffen wurden, ist nur dann möglich, wenn wir angegriffen werden: dann allerdings wird das ganze Deutschland von der Memel bis zum Bodensee wie eine Pulvermine aufbrennen und von Gewehren starren, und es wird kein Feind wagen, mit diesem *Furor teutonicus* es aufzunehmen." Er blickte zurück in vergangene Reibungen und Spannungen, um die veränderte innere Haltung zu betonen: "Die Zeit ist vorbei, um Liebe werben wir nicht mehr, weder in Frankreich noch in Rußland. Wir werden zu unseren Verträgen stehen, aber uns durch Drohungen nicht einschüchtern lassen." So stieg dann, gleichsam durch die ganze Rede vorbereitet, gleichsam als ihre letzte Quintessenz, das Wort empor: "Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts in der Welt" - jene schon aus der Antike stammende Formel, die durch Racines Athalie: "*Je crains Dieu, cher Abner, et n'ai point d'autre crainte*", dem europäischen Bildungsschatze einverleibt war, nun aber, wohl nach dem Vorgänge von E. M. Arndts Wort über die alten Teutschen, von Bismarck auf sein eigenes Volk angewandt wurde.

Die Wirkung der Rede in Europa war überwältigend. Bismarcks alter Gegner Stosch urteilte: "Ich kann ihn nicht lieben, aber ich muß ihn bewundern mit allen meinen geistigen Kräften"; selbst in Rußland, wohin die Rede doch vor allem gerichtet war, rief sie nicht nur einen tiefen Eindruck, sondern einen völligen, wenn auch nur vorübergehenden Umschwung der öffentlichen Meinung hervor.[117]

Es war die letzte der Reichstagsreden Bismarcks in europäischem Stil und der Ausklang der Ära Kaiser Wilhelms I. Bei aller Stärke der Zuversicht, die sie atmet, wird man den leichten Ton der Resignation nicht überhören, der in der Tiefe mitschwingt. Das Werk der Reichsgründung, das Bismarck nur im Kampfe mit Frankreich hatte vollenden können, blieb, so mächtig es aufstieg, doch gebunden an den Hergang seinen Ursprungs und bedroht durch Koalitionen, von denen Frankreich ein Teil war. Wie alle Großen der Geschichte, hatte Bismarck bis zuletzt die Konsequenzen seines eigensten schöpferischen Handelns zu tragen: So mußt du sein, du kannst dir nicht entfliehen! Gegen eine schwachmütige Kritik, die eben daraus eine Begrenzung dieses Werkes und der Hergänge seiner Entstehung ableiten möchte, läßt sich das eine sagen, daß auch die größten

Männer der Geschichte in einem überpersonalen Zusammenhange stehen und die ehernen Notwendigkeiten des Geschehens wohl durchbrechen, aber nicht auslöschen können. Wenn die Schöpfung Bismarcks sich in der Welt behaupten wollte, mußte sie kämpfend immer von neuem das Schicksal überwin-den, das ihr durch die deutsche Lage und Geschichte gesetzt war. In einer kurzen Epoche hatte sie überspringen und einholen müssen, was in Jahrhunderten uns entglitten war, und konnte nun nicht hoffen, von dem Lebensgesetz dispensiert zu werden, das unter den Völkern gilt, aber den Deutschen vor allem auferlegt ist.

Wenige Wochen nach der Reichstagsrede Bismarcks wurde der erste deutsche Kaiser durch den Tod hinweggerafft. Auch dieses erlöschende Leben hatte bis zuletzt die schwere Problematik getragen, die auf der Außenpolitik des Reiches lastete. Er hatte im Laufe des letzten Jahres immer sorgenvoller die neuen Methoden der russischen Politik verfolgt und im Grunde das Vertrauen zu dem Zaren verloren. Wenn Wilhelm I. in seinen letzten Stunden auf seinem Sterbelager zu seinem Enkel (es war in Wirklichkeit Bismarck) die Worte sprach: "Mit dem russischen Kaiser mußt du immer Fühlung halten, da ist kein Streit notwendig", so scheint weniger die alte dynastische Tradition nachzuklingen, als vielmehr eine Art Vermächtnis, die Absage an die präventiven Pläne der letzten Monate.

Die tragische Episode der Regierung Kaiser Friedrich III. blieb für die Stellung Deutschlands unter den Mächten naturgemäß ohne jede Nachwirkung. Auch die von dem leidenschaftlichen Eigenwillen der Kaiserin Friedrich hervorgerufene Krisis, die ihr Plan einer Einladung des Battenbergers nach Berlin und seiner Verlobung mit der Prinzessin Viktoria auslöste, rief nur eine vorübergehende innere Bewegung hervor. Immerhin rührte die Kanzlerkrisis an die große Politik und ihren beherrschenden Gegensatz. Dabei gelang es Bismarck, das englische Kabinett und sogar die Königin Victoria in einer persönlichen Audienz auf seine Seite hinüberzuziehen, weil er darlegen konnte, daß ein Gelingen der Pläne der Kaiserin zwangsläufig die Reichspolitik stärker auf die russische Seite drängen müsse. Auf der anderen Seite konnte Herr v. Giers damals eine gewisse Freude über die Verlegenheit des Kanzlers nicht verbergen[118] - es schien, als ob er eine Erleichterung empfunden haben würde, wenn die Krisis anders auslief.

Die Monate, die der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. folgten, wirkten zunächst wie eine festliche und sorgenfreie Unterbrechung des Spannungszustandes, der über Europa lastete - aber es konnte nicht anders sein, als daß nach ihrem Ablauf die Wirklichkeit wieder ihr Haupt erhob. Daß die europäischen Besuchsreisen des jungen Kaisers eingeleitet wurden mit dem Besuche bei dem Zaren in Peterhof (August 1888), entsprach nicht den gegenwärtigen politischen Beziehungen zwischen den Mächten, sondern nur den Traditionen der Höfe, die einst bestanden hatten und fast erloschen waren: sie kündigten immerhin den guten Willen an, die dynastischen Erinnerungen der Vergangenheit zu pflegen. Aber es zeigte sich bald, daß sie gegenüber der russischen Realpolitik in der rauhen Luft der politischen Gegenwart nicht viel mehr bedeuteten; wie immer wollte man auf russischer Seite Taten sehen und es hieß schon im Herbst, man habe nach den Zusagen von Peterhof mehr Dienste erwarten können; schon ließ die alte Melodie sich wieder vernehmen: laßt uns nur mit Österreich allein.[119] Vor allem aber liefen gleichzeitig, im Laufe des Oktober und November 1888, so beunruhigende Nachrichten über russische Truppenverschiebungen ein, daß man sich keinen Illusionen über die politischen Wirkungen der Monarchenzusammenkunft mehr hingeben konnte.[120] Wohl suchte der Großfürst Wladimir, der Bruder des Zaren, der im Rufe deutschfreundlicher Gesinnung stand, in Berlin in der üblichen Weise zu beruhigen.[121] Aber er war gleichzeitig in Paris intensiv damit beschäftigt, die russisch-französischen Beziehungen zu vertiefen, zum ersten Male auf einem Gebiete, das von weitem an militärische Fühlung streifte. Anfang November erbat sich der Großfürst bei einem Besuche in Paris ein Modell des neuen französischen Lebelgewehrs, das dann in den nächsten Monaten - gleichzeitig mit der Begebung einer russischen Anleihe an der Pariser Börse - Anlaß zu einem großen Auftrage an französische Gewehrfabriken wurde. Die Russen verstanden sich auf die Kunst, durch Gefälligkeiten, die sie sich von den Franzosen erbaten, sich im Vertrauen ihrer Geld-geber zu befestigen, und diese hinwiederum brannten darauf, diesen

Geschäften eine politische Andeutung zu entlocken. Ein bei der Gewehrlieferung gefallenes Wort des Ministers de Freycinet: "Wir möchten aber die Gewißheit haben, daß diese Gewehre nicht auf uns schießen werden", wurde von dem russischen Militärattaché und dann auch von dem Botschafter in einer Form beantwortet, die so gut wie jede Garantie gab.[122] Die Hoffnungen, die der Russe in Paris erweckte, die moralischen Verpflichtungen, die er einging, die wachsenden Vertraulichkeiten, die fast zwangsläufig immer weitere Steigerung auslösten, waren mit dem Geiste der amtlichen Beziehungen, wie sie in dem Rückversicherungsvertrage formuliert waren, nicht mehr zu vereinen. In dem Frankreich von 1888 riefen sie eine doppelte Wirkung hervor. Von diesem Augenblicke an verknüpfte das Schicksal des französischen Kapitals sich eng mit dem Geschick der russischen Autokratie.[123] Die Massenbewegung des Boulangismus, der die seelischen Energien der Nation in der einen Richtung der Revanche steigerte, stellte der russischen Politik für die Stunde, da sie Gebrauch davon machen wollte, den Enthusiasmus einer kriegerischen und entzündbaren Nation zur Verfügung. So begann sich gegen Ende des Jahres 1888 der politische Horizont wieder zu verdunkeln. Bismarck stand vor der neuen Aufgabe, den schnell beweglichen jungen Kaiser, der auf jeden Eindruck heftig reagierte und sogleich gehandelt wissen wollte, auf dem steilen Wege der Politik an seiner Seite zu halten. Man hat den Eindruck, als wenn diese Auseinandersetzung ihn tiefer erregte und seine Hand unsicherer machte.[124] Vor allem waren es die langen, recht ernsten Berichte aus Petersburg, in denen Schweinitz dem Kanzler eine schnell sich verändernde Lage ankündigte.[125] Er sah die Stunde näherrücken, wo es galt, das bisherige System des lavierenden Doppelspiels in der Hinterhand zu verlassen oder es mit entscheidenden Entschlüssen zu vertauschen - wenn anders er sich das Gesetz des Handelns nicht entreißen lassen wollte.



Kaiser Wilhelm II. bei Fürst Bismarck in Friedrichsruh 1888.

So faßte Bismarck zu Anfang des Jahres 1889 den Entschluß, die Initiative in der Entwicklung der Beziehungen zu England zu ergreifen, einen zweiten Schritt auf dem Wege zu tun, den er im November 1887 betreten hatte, auf derselben Ebene eines hohen Vertrauens und in einer ungewöhnlichen Form. Er ermächtigte am 11. Januar den Botschafter in London, Grafen Paul Hatzfeldt,[126] zu einer Verhandlung mit Lord Salisbury, die auf nichts Geringeres als den Abschluß eines Bündnisses zur gemeinschaftlichen Abwehr eines französischen Angriffs hinauslief. Es war kein förmlicher An-

trag auf Eröffnung der Bundesverhandlung, sondern eine Vorfrage, vom englischen Interesse aus die Beschreitbarkeit dieses Weges zu prüfen, vorläufig von der Person an die Person gerichtet, auf jede Frist der Beantwortung sich einrichtend: aber der prinzipielle Ernst stand außer Frage. Denn dieser Vorschlag ging auf das Ganze, er wollte einen öffentlichen Vertrag. Ein geheimer Vertrag würde den Ausgang des Krieges entscheiden, die Verhinderung des Krieges aber könne nur von dem öffentlichen Abschluß erwartet werden. Beide Staaten seien von einem anderen als dem französischen Angriff nicht bedroht; ihre auswärtige Politik würde nach allen Seiten freie Bewegung haben, wenn sie nur gegen die französische Kriegsgefahr durch ausreichende Bündnisse gedeckt sei. In immer neuen Wendungen kam er darauf zurück, daß es sich nur um das Verhindern des Krieges handle: "Wenn nur festgestellt wird, daß England gegen einen französischen Anfall durch ein deutsches und Deutschland gegen einen französischen Anfall durch ein englisches Bündnis gedeckt sein würde, so halte ich den europäischen Frieden für gesichert für die Zeit eines solchen öffentlich verlautbarten Bündnisses." Man hat das Gefühl, daß er nach derjenigen Argumentation sucht, mit der gerade der englischen öffentlichen Meinung ein solcher Entschluß zu empfehlen sei: "Ich glaube, daß die Wirkung eines offenen und männlichen Schrittes in dieser Richtung nicht nur in England und Deutschland, sondern in ganz Europa eine erleichternde und beruhigende sein würde, und daß derselbe dem englischen Ministerium die Stellung als Hort des Friedens in der Welt gewähren würde." Nur leise ließ er diesmal einfließen, daß es nicht nützlich für England sein würde, die Politik der Enthaltung so weit zu treiben, daß Deutschland sich darauf einrichten müsse, seine Zukunft ohne Rechnung auf England sicherzustellen: "solche Wege, einmal eingeschlagen, sind in der Politik nicht leicht zu verlassen."

Ein Schriftstück von weltgeschichtlicher Tragweite! Für die Politik Bismarcks wäre es die Krönung des Gebäudes und das letzte Wort, nach seinen russischen Erfahrungen die dauernde Sicherung seiner Schöpfung, wenn man will, ein deutscher Weg zum Weltfrieden gewesen. Wie sehr er damals diese Wendung erstrebte, ergibt sich auch aus seinem damaligen Bedürfnis, alle kolonialen Schwierigkeiten hinwegzuräumen; niemals waren seine Bemerkungen über die deutschen Kolonien kühler als in diesen Tagen, wo ihm alles hinter dem Verhältnis zu England zurücktrat.[127] Es war auch kein Zufall, daß er schon am 26. Januar die Kolonialdebatte des Reichstages zum Anlaß nahm, um den Wert der Übereinstimmung mit der englischen Regierung zu betonen und im Vorbeigehen zu erklären: "Ich betrachte England als den alten und traditionellen Bundesgenossen, mit dem wir keine streitigen Interessen haben; - wenn ich sage »Bundesgenossen«, so ist das nicht in diplomatischem Sinne zu fassen, wir haben keine Verträge mit England - aber ich wünsche die Fühlung, die wir seit nun doch mindestens hundertfünfzig Jahren mit England gehabt haben, auch in kolonialen Fragen." Er dachte in diesen Worten, deren vollen Sinn keiner seiner Hörer erriet, nicht mehr an Ostafrika, sondern an den Kontinent. Es ist damit nicht gesagt, daß er mit der Wendung, die ihm vorschwebte, den Abbruch der vertragsmäßigen Beziehung zu Rußland einleiten wollte; im Gegenteil, nur solange er diese Beziehung hatte, konnte das deutsche Bündnis für England begehrenswert genug erscheinen. Aber wenn er das Bündnis gewann, war er auch gegen jeden Mißbrauch des Vertragsverhältnisses durch den russischen Partner gesichert.

Der Grundgedanke Bismarcks lag der englischen Tradition nicht fern. Auf dem **Wiener Kongreß** hatte Castlereagh gefordert, daß die Mitte Europas um jeden Preis gestärkt werden müsse gegen die Gefahren, die sie von Frankreich und Rußland bedrohten,[128] und die politische Phantasie Disraelis hatte sich nicht unempfänglich für das Fortspinnen dieses Fadens erwiesen. Von der ersten Berührung des Themas, die Bismarck in den Jahren 1876 - 1878 versuchte, schweift der Blick vorwärts in die Zukunft, bis zu der letzten Aufnahme der Diskussion in den Jahren 1898 - 1901 und zu ihrem Scheitern, hinweg über den ganzen Weg der Möglichkeiten, die durch die entgegengesetzte Politik Englands unheilbar abgeschnitten wurden. Die englische Generation des Weltkrieges hat sie verworfen. Aber ich bin mir nicht sicher, ob die Gestaltung der Weltgeschicke, wie sie seitdem vor sich geht, nicht auch das englische politische Denken zur Nachprüfung des Problems nötigt: was sich im Bunde mit der kontinentalen Friedenspolitik des Reiches für England hätte gewinnen lassen.

Die hinübergestreckte Hand wurde nicht ergriffen. Lord Salisbury erbat sich in der Besprechung des Vorschlages mit dem deutschen Botschafter am 15. Januar Zeit zu reiflicherer Überlegung mit den führenden Kabinettsmitgliedern. Seine Antwort erfolgte erst nach zwei Monaten, am 22. März, als Herbert Bismarck in einer besonderen Mission in London weilte.[129] Der Premier bezeichnete das Bündnis, in Übereinstimmung mit seinen Kollegen, als das Heilsamste für beide Länder und für den europäischen Frieden, aber die Ausführung doch als inopportun, da die parlamentarische Mehrheit darüber in die Brüche gehen würde: er zog sich auf die bedauernde Feststellung zurück, daß man nicht mehr im Zeitalter Pitts, sondern in dem der Demokratie und des Parteiregiments stehe. Er fügte hinzu, er hoffe noch Zeitumstände zu erleben, die ihm gestatteten, auf die Bündnisidee einzugehen: "Einstweilen lassen wir sie auf dem Tische liegen, ohne daß ich ja oder nein sage: das ist unglücklicherweise alles, was ich zur Zeit tun kann." Er könne einstweilen nichts tun, als möglichst demonstrativ mit der deutschen Politik zusammenzugehen. Man durfte es als einen Beweis dieser freundschaftlichen Absicht auffassen, wenn Joseph Chamberlain in den nächsten Tagen die Abtretung von Helgoland im Austausch gegen Südwestafrika anregte.

Aber der Bündnisvorschlag war in London abgelehnt worden und Bismarck faßte die Antwort als Ablehnung auf.[130] Sie war auch nicht allein auf die innerpolitische Schwierigkeit, sondern wohl auf eine allgemeine politische Erwägung zurückzuführen. Auch Salisbury war sich des starken Rückhaltes bewußt, den ein von Deutschland geführtes mächtiges Mitteleuropa der englischen Weltstellung und ihrer Rivalität mit Frankreich und Rußland gewähren konnte, aber er unterschied zwischen der Notwendigkeit, die Festigkeit des Dreibundes zu erhalten, und der anderen, ein verpflichtetes Mitglied des Bundes zu werden.[131] Er hatte in diesen Jahren auch eine Empfindlichkeit gegen den Zwang zurückbehalten, der von der Mitte ausging, und mochte sich fragen, ob dieses Mitteleuropa nicht allzumächtig werden könne. Seine "Kastanientheorie", wie Bismarck sie nannte, empfand die Bindung an die überlegene Staatskunst des Kanzlers als eine Art von Knechtschaft, und in seiner allgemeinen Abneigung gegen Alliancen schlummerte die Vorliebe für die "*splendid isolation*". Er wollte die freie Hand nicht ganz aufgeben.

Bismarck ließ den Gedanken, der zunächst nicht zu verwirklichen war, darum nicht fallen, sondern wollte ihn weiterreifen lassen, wie es seiner Art entsprach. Er schob daher das Geschäft Helgoland-Südwestafrika beiseite, und auch als der junge Kaiser Verlangen danach bezeichnete, blieb er fest: "Man muß die englische Initiative abwarten und dafür den Moment, wo England uns braucht. Bisher brauchen wir England, wenn der Frieden noch etwas erhalten werden soll" (21. Juni 1889). Die russischen Erfahrungen im Sommer 1889 konnten ihn nur in dieser abwartenden Haltung befestigen; auch die Kritik, die seine russische Politik bei dem Kaiser und dem Generalstab fand, ließ es als geboten erscheinen, die englische Karte sorgfältig im Auge zu behalten. Der günstige Verlauf des kaiserlichen Flottenbesuches in England im August 1889 mochte seine Erwartungen ermutigen.[132] Unter diesem Eindruck entwickelte Bismarck in der Sitzung des preußischen Staatsministeriums am 17. August den Gedanken,[133] das ganze Ziel und Absicht der deutschen Politik seit zehn Jahren sei, England für den Dreibund zu gewinnen. Er fügte dabei hinzu, das sei nur möglich, wenn Deutschland in der orientalischen Frage immer wieder seine Indifferenz bezeuge. Denn an dieser Stelle lag der Schlüssel zu dem letzten Geheimnis dieser Politik: auch der Rückversicherungsvertrag (so wenig positive Leistung er auch aufwies) hatte seine letzte Funktion darin, daß er durch sein bloßes Dasein schließlich doch noch die englische Politik an die Seite Bismarcks führen sollte; es ließ sich voraussehen, daß nach einem endgültigen Abreißen des Drahtes Berlin - Petersburg die Engländer sich vollends dem Genuß der glänzenden Isolierung hingeben würden.

So erscheint das Deutsche Reich unter der Staatsleitung Bismarcks zuletzt noch in einer weltpolitischen Konstellation, deren ersten Umrisse schon im Moment der Reichsgründung, in der Pontuskonferenz während des Französischen Krieges, sich angekündigt hatten: zwischen dem

englischen und dem russischen Weltreich. Sie harrt der Stunde, in der eine Option unvermeidlich, der Zwang zum Handeln unabweisbar wird, aber sie sucht den Eintritt dieser Stunde nicht gewaltsam herbeizuführen - denn die Wege der Vorsehung lassen sich nicht im voraus bestimmen. Das letzte Wort über das Ziel Bismarcks läßt sich nicht aussprechen, weil diese letzte Entscheidung niemals gefallen, sondern durch sein Ausscheiden aus der Staatsleitung vorzeitig abgeschnitten worden ist. Schon in diesen Monaten begann sich in eingeweihten Kreisen die Frage zu erheben, ob der allmächtige Kanzler seine Macht behaupten werde. Der Zar war der erste, der ihn bei seinem Besuch in Berlin im Oktober 1889 zweifelnd fragte, ob er seiner Stellung gewiß sei. So mündet die Entwicklung der Außenpolitik des Reiches, der wir bis hierher gefolgt sind, in der Geschichte des Sturzes Bismarcks, in einem mächtig sich überstürzenden Fluß der Ereignisse, der das außenpolitische Schicksal des Reiches mit dem persönlichen Schicksal seines Schöpfers verbindet!

Anmerkungen:

1 [1/288] "Es wäre eine interessante und nützliche Studie, zu verfolgen, welche Vorstellungen und welche Eroberungen seit Ludwig XIV. mit dem Ausdruck gedeckt worden sind." ...zurück...

2 [1/291] So schildert ein neutraler Zuschauer wie der belgische Gesandte am 4. Juli 1886 diesen Prozeß. Schwertfeger, *Die belgischen Dokumente* 1, 108. ...zurück...

3 [2/291] Irene Grünberg a. a. O., S. 92 f. ...zurück...

4 [3/291] *Denkwürdigkeiten* 2, 321 f. ...zurück...

5 [1/292] Vgl. **S. 133**. ...zurück...

6 [2/292] Bericht des Oberstleutnants v. Villaume vom Oktober 1886: "Das schärfere Hervortreten der Revanchegelüste in Frankreich datiert von dem Zeitpunkt, wo General Boulanger zum Kriegsminister ernannt wurde, da derselbe schon lange vorher als Revanche-Kriegsminister der Zukunft für sich hatte Reklame machen lassen. Seitdem hat die Revancheidee in demselben Maße zugenommen, wie seine Popularität, weil er kein Mittel und keine Gelegenheit unbenutzt ließ, um den ihm vorausgegangenen Ruf zu rechtfertigen." *Gr. Pol.* 6, 146. ...zurück...

7 [1/293] General der Kavallerie Frhr. v. Loë an Graf Waldersee, 7. November 1886. H. O. Meisner, *Aus dem Briefwechsel Waldersees* 1, 35 ff. ...zurück...

8 [2/293] Rambaud, *Jules Ferry* (1903) S. 429. ...zurück...

9 [1/294] Constantin Pobjédonostsew, *Memoires politiques* (1927) S. 471. ...zurück...

10 [2/294] O. Hoetzsch, *Rußland*, S. 65. Die mildere Auffassung von Irene Grüning a. a. O., S. 99, scheint mir die programmatische Bedeutung des Artikels zu unterschätzen. ...zurück...

11 [3/294] Dazu gehört auch die deutsche Billigung der vertragswidrigen Verfügung über den Freihafen Batum durch die Russen. ...zurück...

12 [4/294] Erlaß an Berchem 22. Juli 1886 (noch vor Katkows Artikel). ...zurück...

13 [1/295] Berichte von Berchem (Gespräch mit Schuwalow) 15. August 1886, (Gespräch mit Giers) 10. August 1886, und von Bülow (Gespräch mit Tscherewin) 10. August 1886. Tscherewin machte geradezu den Vorschlag: "*Arrangeons-nous à deux, sans l'Autriche, et si vous voulez, à ses frais.*" Gr. Pol. 5, 53. ...zurück...

14 [1/296] J. Behrendt, "Die polnische Frage und das österreichisch-deutsche Bündnis 1885 - 1887" (*Arch. f. Pol. u. Gesch.* 7 [1926], 699 - 767). - Feldman, *Bismarck a sprawe polska 1930*. (Nach *Ostland*, Berichte, Jg. 5 [1931], 222 - 230.) ...zurück...

15 [2/296] Erlaß an Prinz Reuß 1. Februar 1886: "Die Entwicklung werde um so gefährlicher sein, je kräftiger das polnische Element in Posen und Westpreußen noch ist, in der Abschwächung des polnischen Elements bei uns liegt die Verstärkung unserer Bündnisfähigkeit mit Österreich." ...zurück...

16 [1/297] In der damaligen Äußerung Bismarcks zu Schweinitz: "den Prinzen Wilhelm kann man hierfür leicht haben" ist vielleicht die Keimzelle zu den Plänen von 1890 zu erkennen; vgl. Zechlin, *Staatsstreichpläne Bismarcks*, S. 25. ...zurück...

17 [2/297] Zeugnisse aus dieser Zeit belegen, daß das russische Mißtrauen wegen der baltischen Provinzen noch fortdauerte. *Große Politik* 5, 53 f., 100 f. ...zurück...

18 [3/297] Formulierung 13. September. *Große Politik* 5, 62 f. ...zurück...

19 [1/298] Bismarck erklärte Giers: "Ein paar Zeilen genügen, in denen man sich versichert, daß man sich nichts zuleide tun will." (*Große Politik* 5, 221; vgl. 4, 61.) Ein belgischer Bericht vom 30. Januar 1887 spricht von der Giers gegebenen "Blankovollmacht für den Orient" (Schwertfeger a. a. O.). ...zurück...

20 [2/298] *Große Politik* 4, 292. ...zurück...

21 [3/298] Randbemerkung Bismarcks vom 2. September 1886. Selbst der alte Kaiser hatte gewisse Bedenken gegen den Besuch in diesem Augenblick geäußert. ...zurück...

22 [1/299] In diesen Jahren gehörte dieses Strategem zu den geheimsten Listen Bismarcks: die Russen, da sie doch einmal nach Konstantinopel wollten, ungehindert vorstoßen zu lassen und die dann eintretenden Folgen abzuwarten. So im November 1886: "Aufgabe Österreichs wird es sein, die Russen in der Richtung von Stambul zu ermutigen und dann erst zu déployieren." ...zurück...

23 [2/299] Schon am 10. August hatte Bismarck über die russische Presse auch deshalb geklagt, weil durch sie "die deutsche öffentliche Meinung noch antirussischer werde, als sie ist; wir bedürfen derselben." (*Große Politik* 5, 51). ...zurück...

24 [1/300] So meldete aus Konstantinopel der Militärattaché **Frhr. Colmar von der Goltz**, die Beflissenheit Deutschlands, Rußland zu dienen und angenehm zu sein, und die zur Schau getragene Kriegsscheu hätten dort Staunen erregt. ...zurück...

25 [2/300] Die aus dem österreichisch-englischen Lager genährten Gedankengänge der Kritik kehren in dem interessanten Buche von Ulrich Noack: *Bismarcks Friedenspolitik und das Problem des deutschen Machtverfalles* (1928) noch einmal in einem großen historischen Zusammenhange, den Kern der Politik Bismarcks ergreifend, wieder. Seine Argumentationen, die aus pazifistischer Grundstimmung zu einem leichten Herzens entfesselten Weltkrieg (um der Zurückweisung Rußlands nach dem Osten willen!) führen, vermögen mich nicht zu überzeugen, daß es einen anderen und besseren Weg gegeben hätte. Für den handelnden Politiker ist das Durchdenken aller Möglichkeiten, die eintreten könnten, geboten. Wenn aber die Historie nachträglich solche anderen Möglichkeiten, die hätten eintreten können, durch eine Kettenreihe von Konsequenzen zu verfolgen sucht und daraus ihre Maßstäbe und Werturteile gegenüber dem Geschehenen entnimmt, so wagt sie sich an Dinge, die nicht ihres Amtes sind. ...zurück...

26 [1/301] Corti, *Alexander v. Battenberg* S. 210. ...zurück...

27 [2/301] Ein die Deutschen vor aller Selbsttäuschung warnender Artikel in der *Kölnischen Zeitung* vom 31. August 1886 meinte: "Wenn England den Fortschritt Rußlands im Orient hemmen wolle, so möge es versuchen, die mohammedanische Welt widerstandsfähig zu machen, aber Deutschland mit der Zumutung verschonen, den Expansionsdrang der herrschenden Klassen in Rußland auf sich abzulenken." ...zurück...

28 [1/302] 17. Oktober 1886. ...zurück...

29 [1/303] Über die Bündnissondierung: *Große Politik* 6, 93 - 100; 5, 119. Dazu Schweinitz a. a. O., 2, 325; Waldersee 1, 303 f., 318. ...zurück...

30 [2/303] Schweinitz, a. a. O., 2, 331. ...zurück...

31 [3/303] So Bismarck im Staatsministerium am 15. November 1886. Lucius a. a. O. 356. ...zurück...

32 [1/304] *Große Politik* 4, 186 ff., 193 f.; 6, 144. Der Revanchegedanke habe momentan nur bei dem verrückten Déroulède und einigen seiner bedeutungslosen Anhänger Anklang. Der ganze Rachekrieg und die Frage des Hasses gehöre aber in das Reich der *contingences lointaines de l'avenir*. ...zurück...

33 [2/304] *Große Politik* 6, 143, 192. ...zurück...

34 [3/304] Die Berichte Villaumes beleuchten scharf den chauvinistischen Ausschnitt der öffentlichen Meinung, sie geben darum noch kein objektives Gesamtbild. So sah z. B. Waldersee im Augenblick noch das Friedensbedürfnis vorherrschen und wollte die Auffassung, daß man auf einen baldigen Ausbruch des Krieges gefaßt sein müsse, "vom militärischen Standpunkte" nicht gelten lassen. Auch der neue Botschafter Graf Münster schätzte die Gefahr Boulanger nicht so hoch ein und sah, von der französischen amtlichen Lesart allzusehr beeinflußt, die Idee der Revanche schon verblassen. *Große Politik* 6, 152 f., 157 ff., 160 ff. Vgl. Tagebücher Waldersees 1, 298 f. ...zurück...

35 [1/305] Für das Nebeneinander dieser beiden Richtungen ist eine klassische Aussage die Ausführung, die Déroulède bei seinem Rücktritt von der Leitung der Patriotenliga am 18. April 1887 machte: "Die Zeit sei endlich dagewesen, wo Frankreich der Gefahr kühn entgegenblickte; Frankreich hatte ernste Stütze an Rußland, Italien zauderte. Noch nie sei die Gelegenheit so günstig und nie der Reichskanzler so unverschämt gewesen. Die französische Regierung aber nahm alles hin und bereitete nichts vor gegen eine plötzliche Invasion. Und wenn man ihnen von verlorenen Provinzen sprach, antworteten Mitglieder des Kabinetts: wir verzichten auf nichts, aber wir sind nicht bereit, wir müssen warten, Deutschland bedurfte 60 Jahre, um Jena zu rächen. Da bedauerte ich, daß Ferry nicht da war; Ferry hätte die einzige Gelegenheit für eine sichere Revanche ergriffen." ...zurück...

36 [1/306] Über Bismarcks Entschluß, die Franzosen nicht anzugreifen, vgl. **S. 317 ff**. Dagegen ist bei dem impressionablen Grafen Waldersee in der nächsten Zeit ein Spiel mit dem Gedanken, den Krieg herbeiführen zu müssen, zu bemerken. *Tagebücher Waldersees* 1, 301, 308, 310 f., 317. ...zurück...

37 [2/306] Der Briefwechsel Bismarcks mit dem Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf aus den Jahren 1886/87 und 1887/88 ist in der *Deutschen Allgemeinen Zeitung*, Jahrgang 1922, abgedruckt. ...zurück...

38 [1/308] "*quand elle sera complètement écrasée*" (*Große Politik* 4, 283 f, 285 f, 290 ff.). ...zurück...

39 [1/309] *Große Politik* 4, 228. ...zurück...

40 [1/310] So Schweinitz am 6. Dezember 1886. ...zurück...

41 [2/310] Randbemerkung Bismarcks zum Bericht von Schweinitz vom 17. Dezember 1886. Bismarck mutete damals der Tragkraft des deutsch-österreichischen Bündnisses das Äußerste zu; vgl. das Urteil des belgischen Gesandten am 27. Dezember 1886: "Die enge Annäherung Deutschlands an Rußland ruft im Wiener Kabinett bittere Erwägungen hervor." Schwertfeger a. a. O. 1, 144 ff. ...zurück...

42 [1/311] *Große Politik* 5, 96 - 115. ...zurück...

43 [2/311] Der Bericht Herbert Bismarcks vom 6. Januar 1887 ist in der *Großen Politik* 5, 160 - 163 und 212 - 214 in zwei Teile geschnitten. Über Bismarcks Besprechung mit Schuwalow am 9. Januar: Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 363 ff. Der Entwurf Schuwalows vom 10. Januar: *Große Politik* 5, 214 f. ...zurück...

44 [1/312] Erlaß an den Gesandten in München, Graf Werthern, vom 24. Januar 1887, *Große Politik* 5, 116 ff. Vgl. Uebersberger a. a. O. - Bismarck ließ auch Kálnoky wissen, daß er es für diplomatisch gehalten habe, das Vertrauen zu Rußland stark zu unterstreichen. ...zurück...

45 [2/312] Dem Kronprinzen Rudolf bezeichnete er geradezu als Zweck der Rede, den Ungarn zu zeigen, daß Deutschland sich durch ihre chauvinistischen Reden nicht in einen Krieg hineinschwatzen lassen würde. ...zurück...

46 [1/313] Dabei liefen die wirklichen Absichten Bismarcks im Kriegsfalle gar nicht in dieser Richtung. Vgl. seinen Erlaß an Schweinitz vom 25. Februar 1887: "so wird sich im nächsten Kriege, wenn wir siegen, eine schonende Behandlung empfehlen, gerade wie Österreich gegenüber 1866. Wenn ich im Reichstage anders

gesprochen habe, so geschah es, um vom Kriege abzuschrecken. Gelingt letzteres nicht, so würden wir nach der ersten gewonnenen Schlacht Frankreich unter günstigen Bedingungen den Frieden bieten." *Große Politik* 6, 178. ...zurück...

47 [1/314] Erlasse Bismarcks vom 17. Februar, 28. Februar, 10. März 1887. - Die Überbringung des Schreibens von Kaiser Wilhelm an den Fürsten Alexander vom 3. Februar führte nicht dazu, daß der Zar den Vertragsentwurf Schuwalows aufgenommen hatte. ...zurück...

48 [2/314] Einen Einblick gewährt das Tagebuch des Grafen Lamsdorff, vgl. H. Uebersberger, *Abschluß und Ende des Rückversicherungsvertrages*, Kriegsschuldfrage, Oktober 1927. ...zurück...

49 [3/314] Tagebuch des Grafen Lamsdorff, 9. Januar 1887: "Ich glaube, daß unser allergnädigster Herr im Grunde seiner Seele entzückt wäre, wenn Deutschland und Frankreich aneinandergerieten, um diesen Konflikt für irgendwelche Zwecke auszubeuten. Andererseits bin ich nicht der Ansicht, daß Frankreich eine Gefahr droht, nur muß sich Fürst Bismarck, um für alle Fälle eine erfolgreiche Verteidigungsstellung gegen uns vorzubereiten, den Anschein geben, als seien diese Maßregeln gegen Frankreich gerichtet, das ihn deswegen nicht angreifen wird." ...zurück...

50 [1/315] Ebenda. In diplomatischen Kreisen hieß es damals, daß in einer Art von Kriegsrat im Januar der Generalstabschef Obrutschew den großen europäischen Krieg an der Seite Frankreichs gefordert habe, während Giers für den Frieden eintrat und bei dem Kaiser Recht erhielt. Graf Wolkenstein an Kálnoky, 23. Januar 1887. - Corti, *Alexander von Battenberg*, S. 293. ...zurück...

51 [2/315] Tagebuch Lamsdorffs, 24. - 26. Januar, Uebersberger, S. 941. - Goriainow, *The end of the alliance of the Emperors*. - *The American Historical Review* XXIII. 336. ...zurück...

52 [3/315] *Große Politik* 6, 177. ...zurück...

53 [4/315] Die Mitteilung von André Melvil, *De la Paix de Francfort à la conférence d'Algeciras*, S. 5, am 7. Februar habe Schweinitz dem Zaren die Frage vorgelegt, ob im Kriegsfalle die russische Neutralität angenommen werden dürfe, gegen deutsche Unterstützung auf dem Balkan, und der Zar habe sie abgelehnt, scheint mir nicht genügend beglaubigt. ...zurück...

54 [1/316] Memoiren Francesco Crispis, Deutsche Ausgabe (1912), S. 169. Dazu Erlaß Bismarcks vom 8. Februar 1887. *Große Politik* 4, 300 ff. ...zurück...

55 [1/317] Memorandum Salisburys für Königin Victoria vom 23. Februar 1887 (augenscheinlich von der Königin dem Kronprinzlichen Hofe in Berlin mitgeteilt). *Große Politik* 4, 316. ...zurück...

56 [2/317] Hajo Holborn, *Deutschland und die Türkei* 1878 - 1900 (1926). Bismarck sagte am 11. April den Engländern: "Wird dem Sultan seitens des englischen Kabinetts nur eine Tür geöffnet, durch deren Benutzung er sich der gefährlichen russischen Umarmung entziehen kann, so bin ich überzeugt, daß er sich einer solchen bereitwillig zuwenden wird." ...zurück...

57 [3/317] Belgische Berichte vom 28. Januar (Schwertfeger a. a. O. 1, 152, 156). ...zurück...

58 [1/318] An dieser Formel hielt er auch späterhin fest. ...zurück...

59 [2/318] Bericht des Grafen Münster: 2. Februar 1887. *Große Politik* 6, 169. ...zurück...

60 [3/318] Vgl. den Schriftwechsel Flourens-Herbette bei G. Pagès, *Rapport de la Commission d'Enquête*, 1919. ...zurück...

61 [4/318] Über die Mitteilung von Mme. Flourens an die Komtesse Marie Münster, vgl. die belgischen Berichte vom 8. und 11. Februar 1887 (Schwertfeger a. a. O. 1, 160 f.). ...zurück...

62 [5/318]Münster an Bismarck, 17. Juli 1887 (*Große Politik* 6, 203 ff.). ...zurück...

63 [1/319] Einen zweiten Anlauf unternahm Boulanger am 19. Februar, indem er im Ministerrat ein Kriegsleistungsgesetz für den Kriegsfall vorlegte, aber auch für den einer versuchsweisen Mobilisierung, die er

beabsichtigte. Auch dieser Wunsch scheiterte an dem Widerstande des Kabinetts und des Präsidenten Grévy. Man erklärte den Augenblick - unmittelbar vor der Reichstagswahl! - für schlecht gewählt. Bericht Münsters vom 23. Februar 1887. ...zurück...

64 [2/319] Er wolle den Krieg überhaupt nicht und werde auch nicht den aussichtslosen Versuch machen, Frankreich als Macht zu vernichten, sondern im Gegenteil - was er öffentlich nicht sagen könne - es schonend behandeln. ...zurück...

65 [1/320] Graf Herbert Bismarck an Prinz Reuß, 16. Februar und 19. März 1887 (*Große Politik* 6, 172, 180 ff.). Bismarck hatte keine Ahnung davon, daß der österreichische Kronprinz damals eine zweideutige Rolle spielte: man vergleiche seine Schreiben an seinen - mit Clemenceau verschwägerte - journalistischen Freund M. Szeps von 1886/1887 mit dem Bericht des deutschen Militärattachés vom 25. Mai 1887 (*Große Politik* 6, 135). ...zurück...

66 [2/320] A. Fr. Pribram, *Österreichische Rundschau* 1921, S. 57 - 61; O. v. Mitis a. a. O., 359 ff. ...zurück...

67 [3/320] Erlaß an Hatzfeldt vom 3. Februar 1887. *Große Politik* 4, 300. ...zurück...

68 [1/321] Wenn die englische Regierung während des Weltkrieges in ihren Erklärungen vom 19. Januar und 14. März 1917 bestritt, daß dieser Brief die Auffassung der Regierung wiedergebe, so ist das so wenig zu widerlegen, wie alle Auskünfte, die sie im Parlament auf Anfragen über auswärtige Politik gegeben hat. ...zurück...

69 [2/321] Vgl. die Erklärung Salisburys vom 5. Februar 1887 (**o. S. 317**) und den englisch-italienischen Abschluß vom 12. Februar 1887. Für die innersten Gedanken Salisburys ist es bezeichnend, daß er noch am 20. Juli 1887 dem Botschafter Lord Lyons gestand, an fünf oder sechs Stellen stehe man mit Frankreich im Streit: "Könnten Sie sich wundern, daß in meinen Augen ein Silberstreifen selbst an der großen, dunklen Wolke eines französisch-deutschen Krieges haftet?" ...zurück...

70 [3/321] Graf Waldersee antwortete am 10. Juli 1888 auf eine Frage Bismarcks, ob es zweckmäßig sei, unter Bruch der Neutralität durch Belgien zu marschieren: daß er abraten müsse, es dagegen für sehr erwünscht halte, wenn Frankreich durch Belgien operieren wolle (*Denkwürdigkeiten* 1, 412). ...zurück...

71 [1/322] Mit Recht legte die *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* diesen Ausbruch zu den zahllosen Belegen, die eines Tages den Beweis der Ruhe erbringen würden, mit der Deutschland lange Jahre hindurch die frechsten Herausforderungen ertragen habe. Der französische Botschafter sah sich jedoch veranlaßt, über den schulmeisterlichen Ton des offiziösen Organs sich vertraulich zu beklagen. Bericht des belgischen Gesandten vom 1. April 1887 (Schwertfeger a. a. O., 1, 184). ...zurück...

72 [2/322] Lucius a. a. O., S. 378 ff. Daß Bismarck in diesen Tagen im tiefsten Geheimnis die damals von verschiedenen Seiten betriebene Rückkehr des Battenbergers nach Bulgarien seinerseits gefördert habe (Corti 294), ist bei dem Mangel an authentischem Material nicht einwandsfrei zu beweisen. ...zurück...

73 [3/322] Dementsprechend wurde das Urteil Bismarcks wieder pessimistischer, vgl. seine Mitteilung in der Sitzung des preußischen Staatsministeriums am 10. April (Lucius a. a. O., 381). Auch als Giers am 14. April mitteilte, er werde nunmehr die Sache in die Hand nehmen, hatte er nur ein mißtrauisches "Abwarten" dafür übrig. ...zurück...

74 [1/323] Schon am 22. April ließ er den französischen Außenminister wissen, daß der Polizeiagent sofort in Freiheit gesetzt werden würde, wenn sich seine Unschuld aus der schwebenden Untersuchung ergebe. Am 24. April erklärte er, wenn Mißgriffe vorgekommen seien, würde er sie lebhaft bedauern und mißbilligen. ...zurück...

75 [2/323] H. O. Meisner, *Aus dem Briefwechsel Waldersees*, S. 85. ...zurück...

76 [3/323] So Präsident Grévy zum Grafen Münster. *Große Politik* 6, 204. ...zurück...

77 [1/324] Während der Kabinettskrise erfolgte übrigens eine Veröffentlichung des Depeschenwechsels Décazes-Leflô aus dem Jahre 1875. Der belgische Gesandte Beyens urteilte damals: "Wenn der große Kanzler 1875 wirklich den Plan eines Angriffs auf Frankreich gefaßt hätte, so mußte er mehr als einmal und muß besonders heute bedauern, ihn nicht ausgeführt zu haben" (Schwertfeger a. a. O., 1, 192). ...zurück...

78 [2/324] Dieses sei gesagt, um die neueren französischen Versuche abzuweisen, die Revanche Boulangers mit der nationalistischen Bewegung Adolf Hitlers auf eine Stufe zu stellen: die scheinbare Parallele versagt an allen entscheidenden Stellen. Wenn man in Frankreich trotzdem vergleichen will, wird man den Methoden, die Bismarck gegen den Kriegswillen von 1887 anwandte, mehr Verständnis entgegenbringen müssen als bisher. ...zurück...

79 [3/324] Über die Verhandlung: Goriainow a. a. O. ...zurück...

80 [1/325] Bei einem Abschluß auf 5 Jahre wäre der Ablauf nicht mit dem Rücktritt Bismarcks zusammengefallen! ...zurück...

81 [1/326] Randbemerkung des Zaren, nach einer Mitteilung Schuwalows vom 12. Februar 1890. ...zurück...

82 [2/326] Kaiser Franz Joseph an Kálnoky am 9. August 1887. Die Klagen Kaiser Wilhelms hängen zum Teil damit zusammen, daß er nicht die ganze Wahrheit sagen konnte, vgl. Bismarcks Denkschrift für den Kaiser vom 28. Juli 1887 (*Große Politik* 5, 266 ff.), aber alle seine Urteile aus den letzten Lebensjahren sind auf denselben Ton gestimmt. Vgl. Radowitz, *Aufzeichnungen* 2, 274 (August 1887). ...zurück...

83 [3/326] Die neueste Untersuchung von H. J. Schlochauer, *Der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag* (1931), sieht in dem Rückversicherungsvertrage wegen der Unvereinbarkeit der Meerengenbestimmung des Zusatzprotokolls mit dem Dreibundsvertrag und dem italienischen Separatvertrag ein völkerrechtliches Delikt, auf Grund dessen Österreich und Italien die Rückgängigmachung hätten fordern können. Es ist aber sehr bemerkenswert, daß die Bedenken der Praktiker, des Auswärtigen Amtes im Jahre 1890, sich keineswegs auf diese, sondern auf andere Gründe der Unvereinbarkeit (mit den rumänischen Verträgen) gründeten. ...zurück...

84 [1/328] Bismarck an Kaiser Wilhelm II. am 19. August 1888. *Große Politik* 6, 343 f.: Wenn Rußland über Schluß und Öffnung des Bosporus verfüge, sei es im Schwarzen Meer gesichert und seine Expansionskraft gegen Persien und Indien verwendbar: "damit ist dann für England die Unmöglichkeit gegeben, in seiner bisherigen Fiktion einer kühlen Zuschauerrolle zu verharren, und wir können abwarten, wie die Konstellation unter den übrigen Mächten sich gestaltet, da ein russischer Angriff auf Konstantinopel an sich noch keinen *casus foederis* zwischen Österreich und uns herstellt." ...zurück...

85 [1/331] Die Situation wird durch die Zusammenstellung der Daten erleuchtet: 16. November: Waldersees Vortrag vor Moltke über den Krieg gegen Rußland; 18. November: Besuch des Zaren in Berlin; Stellvertretungsorder für Prinz Wilhelm. 28. November: Stöcker-Versammlung bei Waldersee; 29. November: Entwurf einer Proklamation an die Bundesfürsten durch Prinz Wilhelm. 30. November: Moltkes Denkschrift an Bismarck über den Präventivkrieg. ...zurück...

86 [1/332] Herbert Bismarcks Beschwerde bei Murawiew, 21. September 1887. Bericht Bernhard v. Bülow, 28. September 1887. *Große Politik* 5, 293 ff., 301. ...zurück...

87 [1/333] Nach einer - nicht ausreichend beglaubigten - Erzählung Salisburys an Eckardstein hat der Zar damals bei dem englischen Premierminister durch eine hochgestellte Persönlichkeit unter der Hand anfragen lassen, welchen Preis England für eine wohlwollende Neutralität im Falle eines deutsch-russischen bzw. französischen Krieges den letzteren beiden Mächten gegenüber verlangen würde, aber von Salisbury eine dilatorische Antwort erhalten. Eckardstein 2, 154. ...zurück...

88 [1/334] So Loë an Waldersee am 7. November 1887 (H. O. Meisner, S. 106 f.). ...zurück...

89 [2/334] Graf Herbert Bismarck zu Schuwalow am 1. November 1887: "Es sei ja möglich, daß jene Abmachung nur getroffen sei, um uns die Hände zu binden, bis Rußland mit seiner Rüstung und Flotte fertig sei." ...zurück...

90 [3/334] Bismarck hatte schon im Juli die deutsche Presse gewähren lassen, in der - in Beantwortung des russischen Ukases vom Mai über die Beschränkung ausländischen Grundbesitzes in den West-Provinzen - gegen die russischen Staatspapiere Repressalien gefordert wurden. ...zurück...

91 [4/334] Waldersee, *Denkwürdigkeiten* 1, 334. ...zurück...

92 [1/335] Giers, 14. Dezember 1887. *Große Politik* 5, 203 ff. ...zurück...

93 [2/335] Randbemerkung Bismarcks in französischer Sprache zum 14. Dezember 1887. *Große Politik* 5, 205. ...zurück...

94 [3/335] Wenn Kaiser Wilhelm I. dem Zaren sagte: "Wenn Sie mit Frankreich verbündet gegen uns Krieg fühlen wollen, so sind Sie die Stärkeren und können uns vernichten, aber glauben Sie mir, Europa wird das nicht dulden", so sieht Waldersee, der diese Formulierung überliefert (*Denkwürdigkeiten* I, 348), darin einen Schwächebeweis; er verkennt aber, daß der Hinweis auf Europa eine versteckte Drohung enthielt. ...zurück...

95 [4/335] Bismarck an Schweinitz am 12. Juni 1887. *Große Politik* 5, 249. ...zurück...

96 [1/336] Schweinitz an Bismarck, 27. Januar 1888 und Randbemerkung Bismarcks, *Große Politik* 6, 47, 50. ...zurück...

97 [2/336] Bismarck an Solms, 19. November 1887: "Wir werden sehen, ob die Gesinnung Sr. Majestät eine beruhigende Wirkung auf die Haltung der russischen Presse, auf diejenige der Beamten und der Botschafter und vor allem auf die des Botschafters in Paris auszuüben vermag." ...zurück...

98 [3/336] Randbemerkung, 29. August 1887. *Große Politik* 5, 198. ...zurück...

99 [4/336] In einem italienisch-spanischen Geheimabkommen vom 4. Mai 1887 verpflichtete sich Spanien, in nordafrikanischen Angelegenheiten kein Abkommen mit Frankreich zu treffen, das irgendwie gegen den Dreibund gerichtet sein könne, und im Einvernehmen mit Italien den *status quo* im Mittelmeer aufrechtzuerhalten. Pribram, *Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879 - 1914*, 1, 48 f. ...zurück...

100 [5/336] Memoiren Crispis, Deutsche Ausgabe. Dazu Immediatbericht Bismarcks vom 3. Oktober 1887. ...zurück...

101 [1/337] Die vorübergehende Neigung Salisburys zur Entspannung mit Rußland im August 1887, die an sich aus dem Bedürfnis nach etwas freierer Hand gegenüber Berlin zu erklären ist, dürfte auch schon von der Sorge vor einer "anderen" Richtung der Politik unter dem dritten Kaiser bestimmt gewesen sein. ...zurück...

102 [1/338] Das muß scharf betont werden, weil später Herr v. Holstein in seiner berühmten Denkschrift vom 14. Juni 1901, *Große Politik* 17, 83, die Antwort Salisburys als "ausweichend" und von Bismarck als "Ablehnung" empfunden bezeichnet hat. Es liegt hier aber eine - immerhin schwer erklärliche - Verwechslung mit dem Bündnisangebot Bismarcks vom Januar 1889 und die darauf im März erfolgte (mündliche) Antwort Salisburys zugrunde, deren Ausweichen von Bismarck allerdings als Ablehnung empfunden wurde (s. unten **S. 350**). Im November 1887 kam ein weitergehendes Bündnisangebot, auch wenn es im Unterton leise mitschwingen mochte, noch nicht in Betracht. ...zurück...

103 [1/339] Randbemerkung Bismarcks: "besonders, wenn die Türkei sich anschließt." ...zurück...

104 [2/339] Auch über diese zweite Heeresvorlage gibt der Briefwechsel Bismarcks mit Bronsart von Schellendorf (*Deutsche Allgemeine Zeitung* 1922) wichtige Aufschlüsse. ...zurück...

105 [1/340] Der Verfasser war Waldersee, *Denkwürdigkeiten* 1, 339. Dazu Moltke an Bismarck, 30. November 1887 (Auswärtiges Amt; ungedruckt). ...zurück...

106 [2/340] Randbemerkung Bismarcks: "Dazu werden wir weder den Reichstag noch Österreich überreden können." ...zurück...

107 [3/340] Eine schriftliche Antwort Bismarcks liegt meines Wissens nicht vor. ...zurück...

108 [4/340] Herbert Bismarck an Prinz Reuß, 9. Dezember 1887 (Auswärtiges Amt). ...zurück...

109 [1/341] Bemerkenswert sind auch die Argumente von Schweinitz gegen den Präventivkrieg: "Durch einen solchen Angriff würden wir die Macht Rußlands verdoppeln, die unsere halbieren, denn während das friedliebende russische Volk durch einen Einbruch in sein Land zu höchster Opferwilligkeit begeistert werden würde, dürfte die Notwendigkeit eines mit so großen Opfern zu führenden Winterfeldzuges weder unserem Bundesrate noch der deutschen Nation einleuchten. Auch aus militärischen Gründen mißbillige ich die Idee eines Winterfeldzuges nach Polen, welche auf der ganz falschen Voraussetzung beruht, daß man dort auf einige Monate

harten Frost rechnen kann" (*Denkwürdigkeiten* 2, 351). ...zurück...

110 [2/341] Herbert Bismarck ließ zu Eulenburg am 8. Dezember 1887 das scharfe Wort "Hohenlohe vor Jena" fallen. Auch Erzherzog Albrecht hatte den Eindruck, "als ob der stark kriegslustige Waldersee uns mit benützen möchte, um mit seinen Absichten in Berlin durchzudringen". Erzherzog Albrecht an F. Z. M. Beck, 29. November 1887. - v. Glaise-Horstenau, *Der Weggefährte des Kaisers*, S. 311. ...zurück...
111 [3/341] Vgl. E. Heller, "Bismarcks Stellung zur Führung des Zweifrontenkrieges"; *Arch. f. Pol. u. Gesch.* 7 (1927), 677 - 698. ...zurück...

112 [1/342] Bismarck an Major v. Deines, 16. Dezember 1887 (Auswärtiges Amt, ungedruckt). ...zurück...

113 [2/342] Randbemerkung Bismarcks zum 4. Januar 1888 (Große Politik 6, 77). Vgl. die Randbemerkung zum 17. Januar 1888. "**Verhandlungen** sind über Phrasen unfruchtbar. Österreichs Hauptsicherheit für unsere ehrliche Auslegung des *casus foederis* liegt nicht in Klauseln und Wort-Texten, sondern in der unzweifelhaften Tatsache, daß die ungeschwächte Existenz Österreichs ein Lebensbedürfnis für uns und für das europäische Gleichgewicht ist", a. a. O., S. 82. ...zurück...

114 [1/343] Eduard Heller a. a. O., 693. ...zurück...

115 [2/343] Ich hoffe, auf die militärisch-politische Krisis im Dezember/Januar 1887/88 auf Grund eines weiteren Materials, als es in Bd. 6 der *Großen Politik* vorliegt, an anderer Stelle zurückkommen zu können. ...zurück...

116 [1/344] Kaiser Wilhelm I. hatte einen Artikel des offiziellen russischen Militärorgans, das mit vielen Unrichtigkeiten und Weglassungen die russischen Truppenaufstellungen als nur durch die vorgängigen deutschen Maßregeln hervorgerufen bezeichnet hatte, in einem eingehenden freundschaftlichen Schreiben an den Zaren vom 5. Januar richtiggestellt. Der Zar antwortete, ohne auf die Sache selbst einzugehen, mit allgemeinen Wendungen eines unerschütterten Vertrauens. Man sieht, wie für ihn dieser monarchische Briefwechsel zu einer reinen Formsache geworden war. ...zurück...

117 [1/345] So Schweinitz a. a. O., 2, 361. Bei Irene Grüning a. a. O. gewinnt man einen nicht so günstigen Eindruck. Ein Beispiel der ungünstigen Wirkung ist der leidenschaftliche Brief des slawophilen Generals Baranow in den *Denkwürdigkeiten* von Pobiédonostsew, S. 593 ff. ...zurück...

118 [1/346] Er lehnte es anfangs ab, amtlich den Empfang des Battenbergers als schädlich für die deutsch-russischen Beziehungen zu bezeichnen und dadurch die Gegenwehr Bismarcks zu unterstützen. ...zurück...

119 [2/346] Pourtalès an Bismarck, 9. Oktober 1888. *Große Politik* 6, 349 ff. ...zurück...

120 [3/346] *Denkwürdigkeiten* Waldersees 2, 12 ff. ...zurück...

121 [1/347] Aufzeichnung H. Bismarcks. *Große Politik* 6, 353. ...zurück...

122 [2/347] *Souvenirs* von C. de Freycinet (1913), S. 414 ff. ...zurück...

123 [3/347] So der russische Historiker Pokrovsky. ...zurück...

124 [4/347] Seine Behandlung der Frage des Tagebuches Kaiser Friedrichs, des Konfliktes mit dem englischen Diplomaten Morier, die damals auf die Unfehlbarkeit seines politischen Handelns einen leisen Schatten warf, scheinen darauf hinzudeuten. ...zurück...

125 [5/347] Schweinitz 2, 372. Die Berichte selbst fehlen in der *Großen Politik*; über ihre Wirkung: Waldersee, 2, 28. Schweinitz fand in den russischen Noten "eine Sprache, welche wir nicht gewohnt sind", und betonte, daß die alten Mittel Rußland gegenüber nicht mehr verfingen. ...zurück...

126 [1/348] Bismarck hatte seine Absicht dem Grafen Hatzfeldt schon in der ersten Januarwoche in Friedrichsruh angekündigt. ...zurück...

127 [1/349] Am 16. Januar 1889 zu Schweinitz: "Er wolle nichts mehr mit Kolonien zu tun haben, sondern sie der Admiralität übergeben." Noch schärfer in der Sitzung des Staatsministeriums am 14. August 1889, mit Ausfällen gegen den "deutschen Kolonialschwindel", der seine Kreise tölpelhaft störe, Lucius a. a. O., S. 500 f. ...zurück...

128 [2/349] "*That the centre of Europe must, at all costs, be strengthened against the dangers which threaten it from France and Russia.*" ...zurück...

129 [1/350] Die Mission erweckte ein starkes Mißtrauen des Zaren und entlockte ihm - Bismarck hatte Murawiew mit einer gewissen Geflissentlichkeit gesagt, es handle sich um englische Hilfe in der Samoafrage gegen Amerika - den groben Ausbruch: "Wieder führt dieses Obervieh etwas im Schilde und will uns die Augen mit der Geschichte mit den Amerikanern und Samoa auswischen. Das ist naiv." Uebersberger a. a. O., S. 946. ...zurück...

130 [2/350] Auf diese Ablehnung bezieht sich die historische Erinnerung Holsteins und seiner Denkschrift vom 14. Juni 1901, die sie fälschlich auf den Briefwechsel des November 1887(s. oben **S. 338**) bezieht. ...zurück...

131 [3/350] Mit Sicherheit wird man über die Motive der Ablehnung Salisburys erst urteilen können, wenn die Biographie von Lady Gwendolen Cecil soweit vorgerückt ist. Doch sei aus einem Briefe von Lady Gw. Cecil an Lord Rayleigh, den ich in einem Nachrufe auf W. Wien (Leipzig 1930) mitteilen konnte, der (auf das Jahr 1887 bezügliche) Satz wiederholt: "*My father was distinctly annoyed with Bismarck all the earlier part of the year (he was maddeningly arrogant in detail) and was doing his best to arrange a scheme of ultimate evacuation of Egypt and to make friends with France and escape, as he said, 'servitude' of Bismarck's help. But France would not.*" ...zurück...

132 [1/351] Wenn der Kaiser allerdings in diesen Tagen der Königin Victoria einen Dankbrief, ohne Wissen Bismarcks, für die Ernennung zum englischen Admiral schrieb, in dem es hieß, daß er es sich zur höchsten Ehre anrechne, der ersten Marine der Welt anzugehören, die stark und mächtig genug sei, eines Tages, wenn es die politischen Verhältnisse erheischen, sich den Durchgang durch die Dardanellen zu erzwingen (Széchényi an Kálnoky, 26. April 1890, bei Schüßler, *Bismarcks Sturz* S. 286), und dieser Brief in Petersburg bekannt wurde, war das feine diplomatische Spiel Bismarcks in peinlicher Weise durchkreuzt. ...zurück...

133 [2/351] Lucius a. a. O. Vgl. die Überzeugung Herbert Bismarcks vom 18. August, daß die Regierung Salisburys sich befestige und daraus die Kraft schöpfe, "die Stellung Englands als europäische Großmacht mehr zur Geltung zu bringen, als das zum Nachteil unserer politischen Konstellationen seit Jahren geschehen ist". *Große Politik* 4, 418 f. ...zurück...

Namen- und Sachverzeichnis

Bearbeitet von M. Schwarte.

Vorbemerkung: ~~Die im Verzeichnis aufgeführten Seitenzahlen befinden sich von Seite 1 bis Seite 352 in Band 6, von Seite 353 ab in Band 7~~. Anmerkung des Hilfsbibliothekars: In der gedruckten Original-Ausgabe befand sich dieses Verzeichnis für die Bände 9 und 10 am Ende des 10. Bandes. Für diese Druckversion wurde das Verzeichnis auf die Bände 9 und 10 aufgeteilt. Die Seitenzahlen entsprechen den Seitenzahlen im Original, die Verweise führen zu den entsprechenden Stellen im Text.

A.

B.

C.

D.

E.

F.

G.

H.

I.

J.

K.

L.

M.

N.

O.

P.

Q.

R.

S.

T.

U.

V.

W.

Z.